

Drittes Buch

Vom 18.12.2014

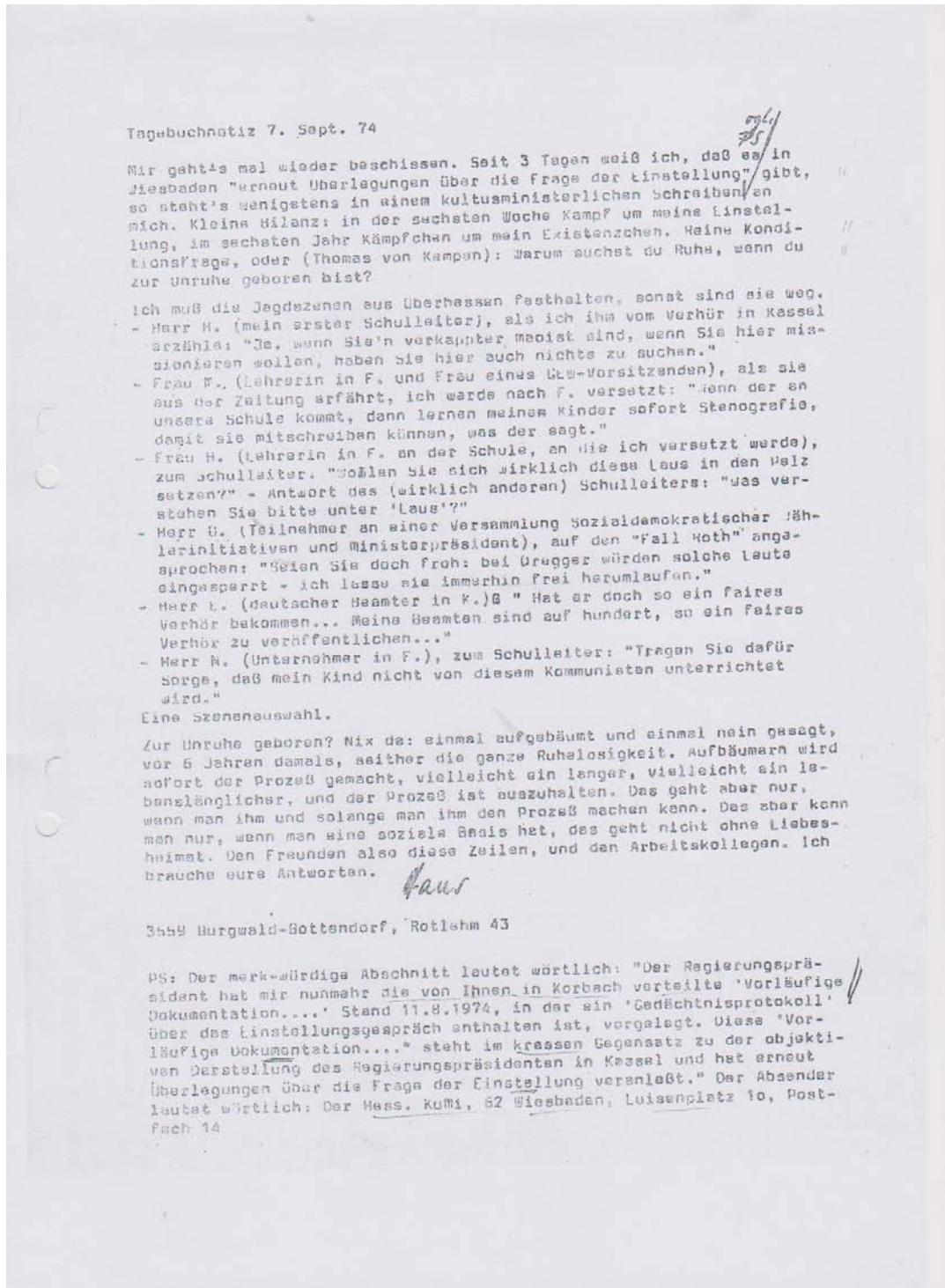
(„erledigt“ des Hessischen Landtages)

bis 19.10.2015

**(„Der von den Fraktionen DIE LINKE. und
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag,
die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung
zu überweisen und den Fraktionen
des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben,
ist mehrheitlich abgelehnt worden.“)**

1. „Meine Beamten sind auf hundert, ...“ oder: „Was verstehen Sie bitte unter ‚Laus‘?“

Ein weiteres Dokument zum Menschen- und Sachverhalt hatte mich erreicht:



>Tagebuchnotiz 7. Sept. 74

Mir geht's mal wieder beschissen. Seit 3 Tagen weiß ich, daß es in Wiesbaden „erneut Überlegungen über die Frage der Einstellung“ gibt, so steht's wenigstens in einem kultusministerlichen Schreiben (vgl. PS) an mich. Kleine Bilanz: in der sechsten Woche Kampf um meine Einstellung, im sechsten Jahr Kämpfchen um mein Existenzchen. Reine

Konditionsfrage, oder (Thomas von Kempen): Warum suchst du Ruhe, wenn du zur Unruhe geboren bist?

Ich muß die Jagdszenen aus Oberhessen festhalten, sonst sind sie weg.

- Herr H. (mein erster Schulleiter), als ich ihm vom Verhör in Kassel erzähle: „Ja, wenn Sie'n verkappter Maoist sind, wenn Sie hier missionieren wollen, haben Sie hier auch nichts zu suchen.“
- Frau (Buchstabe unleserlich). (Lehrerin in F. und Frau eines GEW-Vorsitzenden), als sie aus der Zeitung erfährt, ich werde nach F. versetzt: „Wenn der an unsere Schule kommt, dann lernen meine Kinder sofort Stenografie, damit sie mitschreiben können, was der sagt.“
- Frau H. (Lehrerin in F. an der Schule, an die ich versetzt werde), zum Schulleiter: „Wollen Sie sich wirklich diese Laus in den Pelz setzen?“ - Antwort des (wirklich anderen) Schulleiters: „Was verstehen Sie bitte unter ‚Laus‘?“
- Herr (Buchstabe unleserlich). (Teilnehmer an einer Versammlung Sozialdemokratischer Wählerinitiativen und Ministerpräsident), auf den „Fall Roth“ angesprochen: „Seien Sie doch froh: bei Dregger würden solche Leute eingesperrt – ich lasse sie immerhin frei herumlaufen.“
- Herr (Buchstabe unleserlich). (deutscher Beamter in K.): „Hat er doch so ein faires Verhör bekommen... Meine Beamten sind auf hundert, so ein faires Verhör zu veröffentlichen...“
- Herr N. (Unternehmer in F.), zum Schulleiter: „Tragen Sie dafür Sorge, daß mein Kind nicht von diesem Kommunisten unterrichtet wird.“

Eine Szenenauswahl.

Zur Unruhe geboren? Nix da: einmal aufgebäumt und einmal nein gesagt, vor 6 Jahren damals, seither die ganze Ruhelosigkeit. Aufbäumern wird sofort der Prozeß gemacht, vielleicht ein langer, vielleicht ein lebenslänglicher, und der Prozeß ist auszuhalten. Das geht aber nur, wenn man ihm und solange man ihm den Prozeß machen kann. Das aber kann man nur, wenn man eine soziale Basis hat, das geht nicht ohne Liebesheimat. Den Freunden also diese Zeilen, und den Arbeitskollegen. Ich brauche eure Antworten.

Hans (Adresse)

PS: Der merk-würdige Abschnitt lautet wörtlich: „Der Regierungspräsident hat mir nunmehr die von Ihnen in Korbach verteilte ‚vorläufige Dokumentation...‘ Stand 11.8.1974, in der ein ‚Gedächtnisprotokoll‘ über das Einstellungsgespräch enthalten ist, vorgelegt. Diese ‚Vorläufige Dokumentation...‘ steht im krassen Gegensatz zu der objektiven Darstellung des Regierungspräsidenten in Kassel und hat erneut Überlegungen über die Frage der Einstellung veranlasst.“ Der Absender lautet wörtlich: Der Hess. KuMi, 62 Wiesbaden, Luisenplatz 10, Postfach 14<

Der Citoyen – und der Freiherr?

2. Eine verdeckte Operation und das „Zwischenspiel in Ägypten“

„Der ägyptische Soldat war mutig, ja man kann sagen: todesmutig. Als Naturmensch war er außerdem für den Nachtkampf nicht ungeeignet.“ So schreibt Friedrich August Freiherr von der Heydte in „Muß ich sterben, will ich fallen? ...“¹ im Kapitel „Zwischenspiel in Ägypten“. Immer wieder mußte ich Texte mehrfach lesen; manch ein mir zunächst völlig

¹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...“. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

unbekannter Name tauchte immer mal wieder auf, und ich wußte dann nicht mehr, wo und wie.

So erging es mir, als ich in „Treue Freunde...“? ...“² (s.o.) in Kapitel V.1.3

„Nationalsozialisten, SS-Offiziere und Kollaborateure in Spanien“ las: „Neben den zahlreichen unbedeutenderen Nationalsozialisten, Wehrmichtsangehörigen, SS-Offizieren oder sonstigen Kollaborateuren mit dem Nazi-Regime, deren Ankunft und Aufenthalt in Spanien **von der deutschen und spanischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen** oder problematisiert wurde, gab es drei Prominente, die Staub aufwirbelten: Léon Degrelle, Otto Skorzeny und Pierre Laval.“³

Otto Skorzeny – diesen Namen hatte ich schon bei Friedrich August Freiherr von der Heydte gelesen, wußte aber nicht mehr, in welchem Zusammenhang. Es half mir wieder „Das Personenlexikon zum Dritten Reich“⁴ (s.o.):

„Skorzeny, Otto. Leiter der Gruppe VI S (Sabotage) im Reichssicherheitshauptamt, SS-Obersturmbannführer (1945). Geboren 16.6.1908 Wien. 1930 NSDAP. Dipl.-Ing. Schwiegersohn Hjalmar Schachts. Experte für Spezialkommandos, gefeiert als Befreier des in Italien festgesetzten Mussolini am 12.9.1943. Oktober 1944 Verhaftung des ungarischen Staatschefs Miklós Horthy, Dezember 1944 bei Ardennenoffensive Leiter der als GIs verkleideten SS-Panzerbrigade 150. 1948 Flucht aus Internierungslager. Inhaber eines Ingenieurbüros und einer Export-Import-Firma in Madrid. Laut brit. Geheimdienst Kontakte zum Gauleiter-Kreis um den Ex-Staatssekretär Werner Naumann (BA N 1080/272). Laut Simpson (auch Müller/Mueller) Agent des US-Geheimdienstes und der Organisation Gehlen. Gestorben 6.7.1975 Madrid ...“.



„Experte für Spezialkommandos, gefeiert als Befreier des in Italien festgesetzten Mussolini am 12.9.1943“⁵ – jetzt erinnerte ich mich: „Am 12. September war die Lage für uns allerdings noch eher unklar: Gerüchte wollten von Widerstandsnestern da und dort wissen. Insbesondere auf der Insel Elba vermutete man noch einigen Widerstand, der von der 2. Fallschirmdivision gebrochen werden sollte. ... Um mir Klarheit über die Lage zu verschaffen, wollte ich selbst am späten Nachmittag des 12. September mit einem Fieseler-Storch den Raum Elba erkunden. Doch wenige Minuten nach dem Start bei Rom stürzte die Maschine, in der ich saß, steil ab. ...

² Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag)

³ a.a.O., S. 196

⁴ Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, 42013 (Fischer Taschenbuch)

⁵ Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, 42013 (Fischer Taschenbuch), Stichwort „Skorzeny, Otto“

Mitte August hatte sich der SS-Sturmbannführer Otto Skorzeny bei meinem Divisionskommandeur, General Ramcke, gemeldet, er habe unsere Division bei Sonderaufträgen zu unterstützen.

... Man kann Skorzeny vielleicht als Begleiter Mussolinis, aber nicht als seinen Befreier bezeichnen.“⁶

Hier begegnete mir wieder der Mensch von der Heydte. Nein, er mochte ihn nicht, diesen SS-Sturmbannführer, der sich selbst später als den „gefährlichsten Mann der Welt“ bezeichnete



Nachdem Henry Nannen für den »Stern« abgelehnt hatte, brachte die »Quick« in großer Aufmachung eine Serie über den »Gefährlichsten Mann der Welt«. Aber sein Hauptquartier blieb Madrid, wo er nach der Trennung von seiner früheren Frau mit einer Tochter des ehemaligen Reichsfinanzministers Hjalmar Schacht, die in der Hitlerjugend eine Führungsrolle gespielt hatte, zusammenlebte.

7

und mit dem „Massenverkauf spanischer Ferienhäuser“ entlang der Costa del Sol „Millionengeschäfte“ machte.⁸

Er kannte ihn – gut. Sie waren beide an der „Befreiung Mussolinis“ beteiligt, waren auch beide in der „Ardennenoffensive“ – und sie waren beide in Ägypten.

Birgit Aschmann schreibt im Zusammenhang mit Ägypten zwar nur von Otto Skorzeny:

„Nach Ostern Urteil galt Skorzeny zwar im allgemeinen als ‚ein politischer Wirrkopf‘, verfüge aber nach wie vor über gute Verbindungen insbesondere zu hohen amerikanischen Kreisen. In Spanien kam Skorzeny zugute, daß er oft in engen Zusammenhang mit seinem ‚politischen Onkel‘, dem ‚berühmten‘ Hjalmar Schacht gebracht wurde, dessen Sachverstand ...“ In Fußnote 144: „Vgl. Bericht von Hans Georg Richert, Heliopolis, an Achim Oster, Bonn, vom 9.2.1953, betr.: Skorzeny in Ägypten. Richert kommentierte die vorgebliche Verdienstbestätigung: ‚Gezeigt hat er aber die Bescheinigung nicht, ich kann mir auch nicht denken, daß es in Bonn einen derartigen Hornochsen gibt, der diesem Strolch eine derartige Bescheinigung ausstellen würde‘. Er empfahl statt dessen, ‚diesen komischen Zeitgenossen einmal eingehend unter die Lupe zu nehmen‘, und denjenigen, der – sollte es ihn gegeben haben – Skorzeny die entsprechende Bescheinigung ausgestellt hätte, ‚wegen geistigen

⁶ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinkel), S. 142-144

⁷ Rena und Thomas Giefer: „Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis. Eine Dokumentation“; Frankfurt/M. 1991, S. 133

⁸ Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...‘. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 155

Defekte als ungeeignet zu entlassen'. Vgl ebenda. Zum u.a. durch die CIA finanzierten Aufbau des ägyptischen Sicherheitsdienstes, für den Skorzeny ca. 100 Spezialisten rekrutierte, ... , vgl. Giefer 1992, S. 134f.⁹

Also besorgte ich mir auch dieses Buch und las dort¹⁰: „Den Einstieg in den internationalen Waffenhandel verschaffte zwei Jahre später ein Auftrag des deutschen BND-Chefs Reinhard Gehlen. Skorzeny sollte als Ausbilder den ägyptischen Sicherheitsdienst aufbauen. Da Nasser nicht genug bezahlen konnte, wurden die Honorare der Beteiligten durch CIA-Gelder aufge bessert. Skorzeny rekrutierte zu diesem Zweck etwa 100 Spezialisten, viele von ihnen alte Kameraden, bzw. Angehörige der Nazi-Nachfolgeorganisationen, mit denen er in ständigem Kontakt stand. Die amerikanischen und deutschen Geheimdienste schlugen zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie blieben mit Nasser im Geschäft, ohne sich durch eine direkte Beteiligung gegenüber Israel zu kompromittieren – und sie konnten den Ägyptern in der Wolle gefärbte Nazis liefern, von denen die arabischen Partner annehmen konnten, daß sie mit eigener Überzeugung und Leidenschaft die Aufrüstung gegen den jüdischen Staat unterstütze würden. Zu den Spezialisten Skorzenys gehörte übrigens auch Alois Brunner, einer der engsten Mitarbeiter Eichmanns, ...“¹¹.

Von Friedrich August Freiherr von der Heydte war auch bei Giefers keine Rede – wie ich denn meinen Freiherrn oft regelrecht suchen mußte. Warum nur? Ein so großer Mann! Aber daß auch er in Ägypten war, schreibt er selbst – aber nicht von Otto Skorzeny, sondern von Heinrich von Brentano¹² angefragt: „So erhielt ich Ende 1955 – zwischen Weihnachten und Neujahr – einen überraschenden Anruf des CDU-Politikers Heinrich von Brentano, der wissen wollte, ob ich bereit sei, ohne Verzögerung nach Ägypten zu fliegen, um dort Fallschirmjäger auszubilden. Die Briten hatten ihre militärische und damit auch politische Position in Ägypten, ohne einen Schuß Pulver zu opfern, Ende 1955 aufgegeben. In den personellen Leerraum drängte die Sowjetunion. Ägypten andererseits brauchte Ausbilder, woher sie auch kommen mochten.“¹³

In „Verschwörung im Namen des Kreuzes“¹⁴ heißt es dazu¹⁵: „Und es gab noch andere Beziehungen alter Kameraden und Freunde aus diesem Umfeld zum Dienst in Pullach: Gehlen organisierte zu jener Zeit gerade in Zusammenarbeit mit der CIA eine großangelegte verdeckte Ausbildungshilfe für Ägypten. Die ägyptische Episode begann 1951 zunächst als Versuch der CIA, amerikanische Interessen in der dahinsiechenden Monarchie König Faruks zu sichern. Oberst Gamal Abd el Nasser, der starke Mann unter den ägyptischen Offizieren, putschte ein Jahr später, möglicherweise mit CIA-Unterstützung, gegen Faruk, stellte sich an die Spitze eines Revolutionsrates und bat die Regierung in Washington um Unterstützung beim Aufbau eines militärischen Geheimdienstes, nicht zuletzt, um seine Macht zu sichern.

Die CIA wandte sich mit Rücksicht auf ihre Innen- und Israel-Politik deshalb an Reinhard Gehlen, der schon in den Jahren zuvor ehemalige Nazis, SA- und SS-Schergen für

⁹ a.a.O., S. 156

¹⁰ Rena und Thomas Giefer: „Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis. Eine Dokumentation“; Frankfurt/M. 1991

¹¹ Rena und Thomas Giefer: „Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis. Eine Dokumentation“; Frankfurt/M. 1991, S. 134

¹² „Daß **prominente Persönlichkeiten aus der bundesrepublikanischen Politik und Gesellschaft** zu ihren Mitgliedern zählten, machte die eigentliche Bedeutung der **Abendländischen Akademie** aus. Neben Politikern wie **Außenminister Heinrich von Brentano**, ...“; in Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...? Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 428. Auch in DER SPIEGEL 33/1955 im Artikel „Weltanschauung. **Abendland – Die missionäre Monarchie**“: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31970943.html>. Auch in DER SPIEGEL 7/1956 in „Weltanschauung. Wo hört der Unsinn auf? Abendländische Akademie?“, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31587424.html>.

¹³ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...? Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 196

¹⁴ Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe)

¹⁵ Fettmarkierungen von mir

seine Zwecke angeheuert hatte. Diese Leute besaßen, was für die heikle Ägypten-Mission notwendig war: **Erfahrungen im militärischen oder paramilitärischen Bereich** und dazu die nötige Portion Antisemitismus.

Chef der geheimen Ägypten-Mission wurde Otto Skorzeny, ein ehemaliger SS-Standartenführer und rechter Haudegen mit langem **Schmiß** auf der linken Wange, der mit einer deutschen Fallschirmjäger-Einheit **Mussolini** im September 1943 vom Gran Sasso befreit, während der **Ardennenoffensive**, im Dezember 1944, eine Gruppe **Saboteure in amerikanischen Uniformen** hinter die feindlichen Linien geführt und nach dem Krieg dann eine **Fluchthilfeorganisation** für Faschisten aufgebaut hatte.

Skorzeny sträubte sich zunächst zwar, den Afrika-Auftrag zu übernehmen. Erst als Gehlen **Druck auf Skorzenys Schwiegervater, Hjalmar Schacht, Hitlers einstiges Finanzgenie, ausübte**, besann er sich eines anderen. **Schacht fühlte sich den Amerikanern verpflichtet**, weil der amerikanische Hochkommissar für Deutschland, **John McCloy**, seine **achtjährige Gefängnisstrafe**, zu der er bei den Nürnberger Prozessen verurteilt worden war, **ausgesetzt** hatte. Angesichts dieser **Vorleistung** erklärte sich Skorzeny also bereit, den ägyptischen Ausbildungsvertrag zu unterschreiben.

Mit CIA-Geld rekrutierte er 18 Monate lang rund hundert deutsche Berater, darunter außer Landes geschleuste SS-Leute und alte Kameraden. **Auch der Grabesritter und Abendländer Friedrich August von der Heydte**, ein rechter Haudegen wie Skorzeny, der wie dieser an der Ardennenoffensive teilgenommen hatte, war mit von der Partie. **Anfang 1956, zur Zeit der Suezkrise, zog es ihn nach Ägypten**, um Nassers Luftlandeeinheiten auszubilden. In seinem Kampf für die ‚gerechte Sache‘ konnte Gehlen offenbar nicht nur auf Alt-Nazis, sondern auch auf **konservative Zirkel mit faschistischen Anwandlungen wie die ‚Abendländische Akademie‘ und elitäre katholische Kreise wie den Ritterorden vom Heiligen Grabe zurückgreifen**, zumal es ja in Ägypten darum ging, den Erzfeind des Judenstaates Israel zu unterstützen.

... Friedrich August Freiherr von der Heydte war einer der einflußreichsten Grabesritter in den fünfziger und sechziger Jahren. Er bestimmte maßgeblich den stramm rechten Kurs des katholischen Ordens vor allem in der Zeit zwischen 1958 und 1965, als er der deutschen Statthaltereier vorstand. **Auf kaum einen Ordensbruder trifft die Bezeichnung ‚Krieger Christi‘ besser zu als auf ihn**¹⁶.

„Auch für **Reinhard Gehlen** hatte der Start seiner neuen Existenz im Umkreis der ‚Alpenfestung‘ begonnen. Zwar hatte er noch **Ende 1944 mit Otto Skorzeny die sogenannten ‚SS-Jagdverbände‘** auf die Beine gestellt, die hinter den Linien der roten Armee eine **antikommunistische Partisanenarmee** installieren und durch Sabotage und Diversion das sowjetische Hinterland destabilisieren sollten – **ein Plan, der auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges noch einmal eine Rolle spielen würde**. Doch im Winter 44/45 hatten solche fantastischen Abenteuer keine Chance. ...“, schreiben Giefers in „Die Rattenlinie“¹⁷.

Leider schrieb Reinhard Gehlen in „Der Dienst“¹⁸, er könne über „Auslandseinsätze“ nichts sagen. Zum „Zwischenspiel in Ägypten“ vielleicht nur das: „Ich kann verständlicherweise nicht aufzeigen, wie sich das Zusammenspiel mit anderen NATO-Diensten abwickelte und in den Jahren 1953 bis 1956 immer weiter verbesserte. Ich kann aber immerhin feststellen, daß sich in allen wichtigen Krisen, wie 1953, dem Suez-Konflikt, 1958 während der Vorgänge in

¹⁶ Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe), S. 99-101

¹⁷ Rena und Thomas Giefer: „Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis. Eine Dokumentation“, Frankfurt/M. 1991, S. 169

¹⁸ Reinhard Gehlen: „Der Dienst. Erinnerungen 1942-1971“, Mainz-Wiesbaden 1971 (v. Hase & Koehler Verlag)

Berlin, in der Kuba-Krise, sowie auch bei manchen Vorgängen in Asien unsere Zusammenarbeit, abgesehen von gelegentlichen Reibungen, voll bewährt hat.“¹⁹



20

Und so titschte ich nun immer zwischen den Büchern hin und her und fand immer die gleichen Namen.



Und immer wieder war ich beeindruckt, wen mein Freiherr alles kannte. So schreibt er in seinen Lebenserinnerungen: „Einer meiner ägyptischen Kollegen und Freunde, Professor Boutros-Ghali, Sohn oder Enkel eines zu Anfang dieses Jahrhunderts ermordeten ägyptischen Ministers, ist Kopte. Ich war bei seiner Mutter, die Vorsitzende des koptischen Roten Kreuzes war, zum Abendessen eingeladen und hatte das Gefühl, in einer Welt zu sein, die außerhalb dieses Hauses nicht mehr existierte ...“.

dest in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch kaum denkbar.
Einer meiner ägyptischen Kollegen und Freunde, Professor Boutros-Ghali, Sohn oder Enkel eines zu Anfang dieses Jahrhunderts ermordeten ägyptischen Ministers, ist Kopte. Ich war bei seiner Mutter, die Vorsitzende des koptischen Roten Kreuzes war, zum Abendessen eingeladen und hatte das Gefühl, in einer Welt zu sein, die außerhalb dieses Hauses nicht mehr existierte ...
Aus Ägypten zurückgekehrt, fand ich eine Einladung vor, Universitäten der Vereinigten Staaten zu besuchen. Nach dem Aufenthalt in Ägypten war der Besuch in den Vereinigten

21

¹⁹ a.a.O., S. 219

²⁰ a.a.O., zwischen S. 96 und 97

²¹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 198

Witzig, dieses „Sohn oder Enkel“ bei Boutros-Ghali, seinem „Kollegen“ (Professor – für Völkerrecht?), und ob es in Ägypten wohl auch ein koptisches Rotes Kreuz gab, hatte ich mich noch nie gefragt. Ja - mein Freiherr mit seinen internationalen Beziehungen ...

3. Der Ausbilder. Erste Kontakte zwischen deutschen und spanischen Militärs. Religiöse und militärische Kompetenzen bei der Bildung eines geeinten, christlichen Europas

Im gleichen Jahr, in dem sich Hans Georg Richert an Achim Oster „betr.: Skorzeny in Ägypten“ wandte, also 1953²² (s.o.), war Friedrich August Freiherr von der Heydte in Spanien: „... der ganze Aufenthalt in Spanien war für mich eine einzigartige Erfahrung: Ich habe zum ersten Mal ein Land gesehen, das aus dem Glauben lebt und mit dem Glauben seiner Politik Gestalt gibt; ich hoffe, daß dieses Land für ein Europa ohne Glauben oder zum wenigsten einem kraftlosen Glauben eine Anregung, ein Vorbild und eine Basis sein wird. Spanien ist das katholische Gewissen Europas“, schrieb er dem spanischen Außenminister am 19.10.1953²³.

In „Treue Freunde ...? Westdeutschland und Spanien 1945-1963“ schreibt Birgit Aschmann im Kapitel „Die Abendländische Aktion und das CEDI“: „Gerade auch die deutsch-spanischen Beziehungen profitierten von dem Forum, da es den Politikern beider Länder Möglichkeiten schuf, sich ohne den administrativen Aufwand und das politische Risiko offizieller Ministerreisen miteinander auszutauschen. So ergaben sich schon 1953 ohne jeden Pressewirbel erste Kontakte zwischen deutschen und spanischen Militärs, indem General Heinrich Eberbach nach seinem Vortrag beim CEDI den spanischen Kollegen zum Gespräch zur Verfügung stand.“

Fußnote 242: „Nach seiner Spanienreise erstattete Eberbach Hans Speidel Bericht, vgl. Brief von Heinrich Eberbach, General der Panzertruppen a.D., an Speidel vom 6.10.1963 [hier handelt es sich wohl um einen Druckfehler; es müßte 1953 sein; eigene Anmerkung]; in: MA BW 9/1545. Speidel schrieb zurück, daß er bereits über den ‚Fallschirmprofessor‘ von der Heydte über die CEDI-Tagung informiert worden sei. Siehe Brief von Speidel an Eberbach vom 10.10.1953; in: MA BW 9/1545.“²⁴

Schon am 25. Juni des Jahres hatte sich der „Fallschirmprofessor“ an Hans Speidel gewandt: „Um nicht zuletzt auch auf dem militärischen Sektor prominente Persönlichkeiten zu gewinnen, trat einer der aktivsten Mitglieder der **Abendländischen Akademie**, Prof. Friedrich-August Freiherr von der Heydte, 1953 an Hans Speidel heran, um ihm eine Mitgliedschaft im Kuratorium anzutragen. Dieser lehnte jedoch mit dem Hinweis auf seine zeitliche Gebundenheit dankend ab“²⁵.

Nachdem Heinrich Eberbach, General der Panzertruppen a.D., also einen Vortrag im CEDI gehalten hatte²⁶, erstattete Eberbach Hans Speidel Bericht.

²² Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...? Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 156

²³ in eigener Übersetzung zitiert nach Carlos Collade Seidel, UNED: „En defensa de occidente. Perspectivas en las relaciones del régimen de Franco con los gobiernos democristianos de Alemania (1949-1966)“, in Javier Tusell, Susana Sueiro, José Marín und Marina Casanova (Hrsg.): „El régimen de Franco (1936-1975)“, Madrid 1993Bd. 2, S. 481

²⁴ Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...? Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 432

²⁵ a.a.O., S. 428, Fußnote 216

²⁶ Ob sie schon alle 1953 dabei waren, weiß ich nicht – die meisten waren es: der Rektor der Münchener Universität Prof. Dr. Michael Schmaus, Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger, der späteren Bundesjustizminister Hans-Joachim von Merkatz, der spätere Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß,

(hilfesuchend) „Ehernst!“
(geduldig²⁷) „Ja?“
„Wer war Hans Speidel?“

„Speidel, Hans. Generalleutnant.

Geboren 28.10.1897 Metzingen als Sohn eines Forstrats. Berufssoldat. Im Krieg unter anderem Generalstabschef beim Militärbefehlshaber Frankreich und Heeresgruppe Süd in Russland. Verhaftung nach Attentat vom 20. Juli 1944, keine Verurteilung. Nach 1945 Militärberater Adenauers, 1957-1963 als erster Deutscher Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa. Verabschiedung am 31.3.1964. Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Gestorben 28.11.1984 Bad Honnef. Lit.: Herbert; Ueberschär H.²⁸

Nein, Friedrich August Freiherr von der Heydte mochte Otto Skorzeny wohl nicht, den SS-Sturmbannführer a.D., der sich selbst als den „Gefährlichsten Mann der Welt“ bezeichnete und Millionen mit dem Verkauf spanischer Immobilien an der Costa del Sol „verdiente“²⁹ – aber er kannte ihn wohl gut: von der „Befreiung Mussolinis“, von der „Ardennenoffensive“ und auch von Ägypten her.

Und sie waren beide in Spanien sehr aktiv – aber eben doch sehr unterschiedlich. Während Otto Skorzeny als „politischer Wirrkopf“³⁰ (s.o.) galt, zählte der „Rosenkranz-Parachutist“ (Hermann Göring über Friedrich August Freiherr von der Heydte³¹) und „Fallschirmprofessor“ (Hans Speidel³²) zur **katholischen Elite, die sich in El Escorial versammelte**. Birgit Aschmann: „Im Eröffnungsvortrag zur dritten Jahrestagung, die unter dem Thema ‚Die föderale Konstruktion eines christlichen Europa‘ stand, akzentuierte der Generalsekretär des CEDI, Marqués de Valdeiglesias, diesen Aspekt der indirekten Europapolitik, indem er auf die ‚insuffisance évidente‘ der bisherigen europäischen Einigungsprojekte aus Straßburg einerseits und die ‚importance vitale‘ andererseits verwies, die der sofortigen Errichtung eines geeinigten Europas auf christlichen Prinzipien zukomme, welche unterstützt werden müssen durch die dringend erforderliche Schaffung einer europäischen Armee.³³ Daß Spanien auf diese Art seinen Anspruch anmeldete, nicht zuletzt aufgrund seiner religiösen und militärischen Kompetenzen bei der Bildung eines geeinten, christlichen Europas mitzuwirken, ergibt sich von selbst.“³⁴

Nur so ist es wohl zu erklären, wenn der Freiherr nicht zu den 100 Spezialisten gehört hat, die von Otto Skorzeny 1951 rekrutiert wurden, sondern erst „Ende 1955 – zwischen Weihnachten und Neujahr – einen überraschenden Anruf des CDU-Politikers Heinrich von Brentano“³⁵

Otto Georg Prikham von der Deutschen Bank und der politische Kommentator sowie der Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, Paul Wilhelm Wenger und Otto B. Roegel

²⁷ und stromlos, wie Bücher nun einmal sind. Beim Rest braucht man nur den Stecker zu ziehen – und alles ist weg! „Wer die Daten hat, hat die Macht.“ Also: Wer den Stecker ziehen kann, hat die Macht. Wenn demnächst alle Enzyklopädien nur noch digital verbreitet werden, werden wir uns bald wieder fragen, wie man Feuer macht.

²⁸ Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, 42013 (Fischer Taschenbuch)

²⁹ Birgit Aschmann: „„Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag)

³⁰ Birgit Aschmann: „„Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 156

³¹ zitiert nach H. van Bergh in „Über den Autor“, in Friedrich August Freiherr von der Heydte: „„Muß ich sterben, will ich fallen...“. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

³² zitiert nach Birgit Aschmann: „„Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag), S. 432

³³ a.a.O., S. 430. Fußnote an dieser Stelle: „... Gaupp-Berghausen 1971, S. 52-54, S. 53.“

³⁴ a.a.O., Fußnote an dieser Stelle: „Vgl. ... Gaupp-Berghausen 1971, S. 55ff.“

³⁵ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „„Muß ich sterben, will ich fallen...“. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

bekam (s.o.)³⁶. Denn wenn es einen Spezialisten, einen wirklichen Experten gab, dann war es Friedrich August Freiherr von der Heydte:

„Der Monat Oktober verging, solange ich das Regiment führte, d.h. bis zum 23. Oktober, mit Kämpfen von Haus zu Haus – ja teilweise von Zimmer zu Zimmer – in den Orten Hoogerheide und Woonsdrecht.

Die Kanadier waren gut ausgebildete und faire Nahkämpfer ...

Die Kanadier kämpften – ich muß das als Deutscher sagen – hervorragend; bis zum Brigadegeneral standen die Offiziere neben und mit ihren Soldaten in erster Reihe.

Am 23. Oktober 1944 erhielt ich zwei Fernschreiben, von dem mich das eine erfreute, das andere ebenso sehr in Trauer versetzte. Das erste Fernschreiben teilte mir die Verleihung des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit, das andere meine Versetzung vom Regiment weg als Kommandeur der Fallschirmarmee-Waffenschule, der die Ausbildung der jungen Fallschirmoffiziere oblag. Mein letzter Befehl als Regimentskommandeur ordnete das Ausweichen des Regiments in eine wohl schon von den Holländern vor Kriegsbeginn erbaute Bunkerlinie südlich von Bergen ob Zoom an.

Der Tagesbefehl, in dem ich mich von meinem Regiment verabschiedete, wiederholte einen Appell, den ich bei Aufstellung des Regiments in Wahn an die Soldaten gerichtet hatte: ‚Wenn alles zusammenbricht und Welle über Welle über unserem Volk zusammenschlägt, dann wird noch ein Fallschirmjäger meines Regiments dem Schicksal trotzen und im Sturm und Ungewitter die Fahne hoch über die Fluten halten, auf der *ein* Wort in leuchtenden Buchstaben steht: >Groß-Deutschland<!’³⁷

So schreibt der Autor von „Daedalus returned“³⁷, der „Gentleman at Arms“, der „remarkable man– as he then was, Lieutenant Colonel Friedrich Freiherr von der Heydte, commander of the 1st Parachute Battallion ...“³⁸ in „Muß ich sterben, will ich fallen ...“³⁹ im Kapitel „Ein fliegender Holländer“⁴⁰.

Noch Monate nach der Landung der alliierten Truppen in der Normandie am 6. Juni 1944 und dem Massaker der „soldats de la deuxième division Waffen SS Panzer“ in Oradour-sur-Glane am 9. Juni

³⁶ auch . „Eine verdeckte Operation und das Zwischenspiel in Ägypten“ unter <http://www.heise.de/tp/foren/S-Eine-verdeckte-Operation-und-das-Zwischenspiel-in-Aegypten/forum-152348/msg-26435074/read/>

³⁷ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Daedalus returned. Crete 1941“; Übersetzung aus dem Deutschen durch W. Stanley Moss, Hutchinson, London 1958

³⁸ J. W. Lloyd in Festschrift für Friedrich August (Freiherr) von der Heydte: „Um Recht und Freiheit“; Berlin 1977 (Duckler & Humblot), Bd. 2, S. 1379

³⁹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

⁴⁰ a.a.O., S. 170f



41



42

- dazu schreibt Hans Roth in „Okzitanische Kirschen“⁴³ - lautete der Tagesbefehl von Friedrich August Freiherr von der Heydte:

„Wenn alles zusammenbricht und Welle über Welle über unserem Volk zusammenschlägt, dann wird noch ein Fallschirmjäger meines Regiments dem Schicksal trotzen und im Sturm und Ungewitter die Fahne hoch über die Fluten halten, auf der ein Wort in leuchtenden Buchstaben steht: ‚Groß-Deutschland!‘“

So schreibt er in seinen Lebenserinnerungen 1987⁴⁴, gewidmet „Dem Vorkämpfer für die Einheit eines christlichen Europas Dr. Otto von Habsburg in Treue und Ergebenheit“.

Wieviele Menschen hätten überleben können, wenn die deutsche Armee schon damals kapituliert hätte? Immer wieder klingt der Satz „Was meinst Du, wen sie kurz vor Kriegsende noch alles erschossen haben?“ in meinem Ohr.⁴⁵

⁴¹ <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/bb/Oradour003.jpg?uselang=de>

⁴² <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/2a/Oradour-sur-Glane-Entrance-1361.jpg?uselang=de>

⁴³ Hans Roth: „Okzitanische Kirschen. Auf Nebenwegen durch Frankreichs Süden. Ein Reisebuch“, Gießen 1987, S. 242-246: „nach General Eisenhower lag ihr [der französischen Résistance; eigene Anmerkung] Kampfwert bei 7 oder 8 Divisionen“, S. 244

⁴⁴ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 170

⁴⁵ aus Wolfgang Staudte: „Rosen für den Staatsanwalt“, Deutschland 1959

„Zeigt dem Feind: Hier ficht ein Heydte,
Seinen tapfern Ahnen gleich,
Ritterlich für Pflicht und Ehre,
Für das Heil’ge Röm’sche Reich:
Pflicht und Ehr
Ruft zur Wehr
Ge’n den Feind zu reiten“⁴⁶

Der Freiherr und der Citoyen, Brigadegeneral d.R. Friedrich August Freiherr von der Heydte und sein Student in Würzburg, Oberleutnant d.R. Hans Roth, veröffentlichten beide im Jahr 1987: der Eine „Muß ich sterben, will ich fallen“, der Andere „Okzitanische Kirschen“. Einen größeren Unterschied bzw. unterschiedlichere Positionen kann ich mir nicht vorstellen. Nein, die beiden paßten wirklich nicht zusammen!

4. Blutige und schreckliche Schlachten. Verdeckte Operationen. Gladio

Daß der hochdekorierte Nahkämpfer Friedrich August Freiherr von der Heydte Otto Skorzeny nicht mochte – dieses Eindruck hatte ich mehrfach gewonnen. Nun fand ich in seinen Memoiren genau das Wort, das mir diesen Eindruck bestätigte:

„So wurde mein Schrei nach Munition wenigstens für einen halben Tag erhört.
Am 11. Juni ... entschloß ich mich, ... , den Befehl zur Räumung von Carentan in
hinhaltendem Gefecht zu geben. Auf dem Weg ... zu meinem Gefechtsstand begegnete ich zu
meinem Erstaunen einem Mercedes der Waffen-SS, aus dem der Ia der Division ‚Götz von
Berlechingen‘ stieg. Ich meldete ihm pflichtgemäß, daß ich eben den Befehl zur Räumung
von Carentan gegeben hatte. Der SS-Führer war darüber wütend, da seine Division von
Carentan aus nach Norden oder Osten angreifen sollte. Mein Einwand, er sei verpflichtet
gewesen, mir das Herankommen einer ganzen SS-Division durch einen vorausgeschickten
Spähtrupp sofort zu melden, damit ich meine Befehle entsprechend formulieren könnte, ließ
ihn kalt. ‚Bei uns ist das nicht üblich‘, meinte er. Im übrigen habe er Befehl, mein Regiment
der SS-Division ‚Götz von Berlechingen‘ zu unterstellen. Er selbst enthebe mich hiermit des
Befehls über mein Regiment und teile mir mit, daß ich mich vor seinem
Divisionskommandeur wegen der Aufgabe von Carentan noch am Abend zu verantworten
habe.
Meine Wut über diese Großschnäuzigkeit dürfte verständlich sein. Doch Befehl ist
Befehl“^{47,48}

Immer wieder stellt der Freiherr heraus, daß die Waffen-SS seinen militärischen Vorstellungen bzw. Qualitäten nicht entsprach: „Am 12. Juni versuchte die Division, ‚Götz von Berlechingen‘, Carentan wiederzugewinnen. Es gelang ihr nicht. Versprengte junge SS-Soldaten wurden auf meinen Befehl in die Fallschirmtruppe übernommen. ... Ich begleitete mit dem Regimentskampfbataillon die angreifenden Angehörigen der Division ‚Götz von

⁴⁶ a.a.O., Ende

⁴⁷ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 155

⁴⁸ vgl. Fritz Bauer: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“, Stuttgart 1965 (Europäische Verlagsanstalt). Unter X. auf S. 26f: „Die Deutschen wurden auf ihre sachliche Arbeit ausgerichtet. Dem Anspruch des Staates auf Machtentfaltung nach außen und innen entsprach die Forderung nach fragloser, mechanischer Disziplin des Untertanen. Hier galt die Ideologie ‚Gesetz ist Gesetz‘ und ‚Befehl ist Befehl‘, sie sicherte Präzision. Weltanschaulicher, moralischer und humanitärer Ballast machten nach der herrschenden Auffassung einen Staat schwach und anfällig.“ Und um wie viel mehr noch einen „Krieger“ ...

Berlechingen'. Da wir das Gelände schon kannten, gelang es uns, bis zu meinem alten vorgeschobenen Gefechtsstand in Bahnhofsnähe in die Stadt Carentan einzudringen.⁴⁹

„Von Carentan setzten wir uns daher nach Westen in ein für Panzer schwer gängiges Gelände ab, in dem wir uns etwa einen Monat hielten. Links an uns angelehnt war die Division ‚Götz von Berlechingen‘, die allein das Tempo unseres Ausweichens bestimmte.“⁵⁰

„Am 23. Juli lagen wir auf den Höhen südlich von Périers ... Wir versuchten, den Kessel zu durchbrechen, indem wir auf die Panzer der mit uns eingeschlossenen SS-Verbände aufsaßen“⁵¹.

Und vollends deutlich wird die Einstellung des Majors hier: „Übernervöse SS-Führer suchten den deutschen Truppen, die Tinchebray erreichten, irgendwelche unsinnigen Befehle oder – seltener – Auskünfte zu geben; sie drohten dabei mit der Pistole in der Hand, ihre Weisungen auszuführen“⁵².

Nein, er mag sie nicht, die Waffen-SS. Er pflegt anderen Umgang:

„Am 9. oder 10. Juni kam über die Reste der gesprengten Brücke an der Nationalstraße ein amerikanischer Melder und brachte mir eine in Deutsch geschriebene Aufforderung zur Übergabe seitens des amerikanischen Divisionskommandeurs. Sie begann mit den Worten: ‚Der Tapferkeit ist jetzt Genüge getan ...‘ Ich antwortete auf englisch mit der Frage: ‚Would you surrender in the same situation?‘ Damit war mein erster Briefwechsel mit General Maxwell Taylor beendet.“⁵³

Das besondere Verhältnis dieser beiden verdeutlichen folgende Zeilen:

„Bei mir zuhause hängt noch eine Tafel, die mir die Veteranen der 90. Infanteriedivision der Vereinigten Staaten von Amerika gewidmet haben. Der Text lautet: ‚Am 22. und 23. Juli des Jahres 1944 haben die 90. Infanteriedivision der Vereinigten Staaten und das 6. Fallschirmjägerregiment von Deutschland gegenseitig blutige und schreckliche Schlachten geschlagen. Während der Schlacht hat der damalige Major v. d. Heydte einen dreistündigen Waffenstillstand angeboten, so daß beide Seiten ihre Verwundeten versorgen konnten. Wir Amerikaner wollen ihm und den Soldaten des 6. Fallschirmjägerregiments für immer dankbar bleiben für diese menschliche Tat‘.“⁵⁴

28 Jahre später veröffentlicht der Freiherr „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“⁵⁵ und widmet es „Jacques Massu und Maxwell Davenport Taylor, die unter den ersten waren, die das Wesen und die militärische Bedeutung des modernen Kleinkriegs erkannt hatten“.

Friedrich August Freiherr von der Heydte will darin „nicht Kleinkriege schildern, die in jüngster Zeit im Mittelmeerraum, im Fernen Osten, in Latein-Amerika, in Afrika oder in Nord-Irland geführt worden sind oder noch geführt werden“. Seine Schrift „beschreibt den Kleinkrieg, der noch nicht begonnen hat, der aber in einer vielleicht schon nahen Zukunft in Europa – auch in Mitteleuropa – furchtbare Realität werden kann.“⁵⁶

Die Lektüre dieses Buches war mir nicht möglich. Nach nur wenigen Zeilen wehrte sich jede einzelne Faser meines Seins gegen dieses Handwerk. „Die vorstehende Studie beschreibt den modernen Kleinkrieg als strategisches Modell ... In dieser Auseinandersetzung obsiegt der Streitteil, dem es gelingt, seinen Gegner im Verlauf des Kampfes mit der Zeit psychologisch

⁴⁹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 156

⁵⁰ a.a.O., S. 156

⁵¹ a.a.O., S. 157

⁵² a.a.O., S. 160

⁵³ a.a.O., S. 154

⁵⁴ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 157

⁵⁵ „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

⁵⁶ a.a.O., Einleitung, S. 11

und räumlich so zu isolieren und moralisch so zu zermürben, daß er alle ihm gestellten Bedingungen annimmt.“⁵⁷

Niemals wollte ich auch nur einen Blick in Bücher tun, die Krieg „handwerklich“ beschreiben. Nun hatten mich „Der Freiherr und der Citoyen“, der Professor und sein Student der Wehrwissenschaft in Würzburg, dazu gebracht. Das Inhaltsverzeichnis belegt, daß der „verdeckte Kampf“ einen Großteil des „modernen Kleinkriegs“ ausmacht:

„Fünfter Teil: Der verdeckte Kampf

- XIII. Das Wesen des verdeckten Kampfes
 - § 1 Grundlagen
 - § 2 Die Mittel des verdeckten Kampfes
 - § 3 Die Propaganda im verdeckten Kampf
- XIV. Führungsprobleme
 - § 1 Führerqualitäten
 - § 2 Führungsorgane
 - § 3 Verbindung durch Kontaktpersonen
 - § 4 Verbindung durch andere Mittel
 - § 5 Aufklärung
 - § 6 Der interessierte Dritte
- XV. Terror und Sabotage im verdeckten Kampf
 - § 1 Der Terrorakt
 - § 2 Die Eskalation des Terrors
 - § 3 Brandstiftung und Bankraub
 - § 4 Der Menschenraub
 - § 5 Die Sabotage
 - § 6 Objekt der Sabotage
- XVI. Attentate und Überfälle im verdeckten Kampf
 - § 1 Das Attentat
 - § 2 Die Bedeutung des Überfalls für den verdeckten Kampf
 - § 3 Voraussetzungen des bewaffneten Überfalls
 - § 4 Die Durchführung des Überfalls
 - § 5 Taktische und kampftechnische Randbemerkungen

Sechster Teil: Der Übergang zum offenen Kampf

- XVII. Verdeckter Kampf und offener Kampf
 - § 1 Grundlagen
 - § 2 Die Schaffung größerer Verbände
 - § 3 Einige Voraussetzungen des Übergangs zum offenen Kampf
 - § 4 Das Gefecht des Kleinkriegs
 - § 5 Das operative Kleinkriegsunternehmen
- XVIII. Ungelöste Probleme beim Übergang zum offenen Kampf
 - § 1 Die völkerrechtliche Problematik
 - § 2 Befreite Gebiete
 - § 3 Der interessierte Dritte beim Übergang zum offenen Kampf
 - § 4 Das Verhalten des Gegners der Guerilleros“⁵⁸

Mehr als erste Blicke in Einleitung, Nachwort und Inhaltsverzeichnis konnte es für mich zunächst nicht geben. Ich verstand überhaupt nicht, wie man so denken und schreiben

⁵⁷ a.a.O., Nachwort, S. 262

⁵⁸ „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), Inhaltsverzeichnis, S. 9f

kann und konnte diese Sprache einfach nicht ertragen. Schon die Lektüre der Lebenserinnerungen waren mir unendlich schwer gefallen, und ganz hatte ich es einfach nicht geschafft. Es war mir unmöglich zu verstehen, wie man betend Angriffskriege führen kann. Der Freiherr schreibt in seinen Memoiren immer und immer wieder, daß, wie und wo er betet, aber niemals wofür.

Mein Vater liebte Jürgen von Manger; wir hörten gern zusammen seine Schallplatten, und einmal haben wir ihn sogar gemeinsam auf der Bühne erlebt. In „Der Unteroffiziersunterricht“ fragt der Ausbilder in die Runde: „Was macht der Soldat, wenn er morgens aufsteht?“ Ich glaube, es ist „der mit den Blumenkohlhören“ – es könnte aber auch „der mit der Blechbrille“ sein -, der antwortet: „Beten.“

Die Reaktion war eindeutig: „Ja, ‚Beten.‘ Passen Sie ja auf, daß Sie hier einen Vorgesetzten verkackeiern wollen: Auf – hinsetzen – auf – hinsetzen!“

Die Reaktion war eindeutig, und nie im Leben hatte irgendjemand, den ich kenne, einen Zweifel daran, wofür ein Soldat beten könnte: dafür, daß es keinen Krieg gibt bzw. daß der Krieg so schnell wie möglich aufhört!

Der Freiherr aber hatte die Möglichkeit, den Krieg zu beenden. Nach der Landung der Alliierten in der Normandie, lange „nach Stalingrad“ und „nach Leningrad“, wird er „seitens des amerikanischen Divisionskommandeurs“, von einem US-amerikanischen Befreier also, zur Übergabe aufgefordert. Maxwell D. Taylor spricht von „Tapferkeit“ und räumt dem deutschen Major also alle Chancen ein, „ohne Gesichtsverlust“ zu übergeben. Und der ständig betende Major antwortet: „Would you surrender in the same situation?“ Wie viele Menschen starben noch in den folgenden elf Monaten?

„Dienstag, 6. Juni 1944

Liebste Kitty!

„This is D-Day“, sagte um zwölf Uhr das englische Radio, und mit Recht! ‚This is the day‘, die Invasion hat begonnen. ... Sollte denn nun wirklich die lang ersehnte Befreiung nahen, über die so viel gesprochen wurde, die aber zu schön, zu märchenhaft ist, um je wirklich werden zu können? Sollte dieses Jahr, dieses 1944, uns den Sieg schenken? Wir wissen es noch nicht, aber die Hoffnung belebt uns, gibt uns wieder Mut, macht uns wieder stark. Denn mutig müssen wir die vielen Ängste, Entbehrungen und Leiden durchstehen. Nun kommt es darauf an, ruhig und standhaft zu bleiben, lieber die Nägel ins Fleisch zu drücken, als laut zu schreien. Schreien vor Elend können Frankreich, Rußland, Italien und auch Deutschland, aber wir haben nicht das Recht dazu!

Kitty, das Schönste an der Invasion ist, daß ich das Gefühl habe, daß Freunde im Anzug sind. Die schrecklichen Deutschen haben uns so lange unterdrückt und uns das Messer an die Kehle gesetzt, daß Freunde und Rettung alles für uns sind. Nun gilt es nicht mehr den Juden, nun gilt es den Niederlanden und dem ganzen besetzten Europa.

Vielleicht, sagt Margot, kann ich im September oder Oktober doch wieder zur Schule gehen. Deine Anne M. Frank⁵⁹

Über den Morgen des gleichen Tages schreibt Friedrich August Freiherr von der Heydte: „In der Mitte des Dorfes stand eine alte Kirche mit einem hübschen, vor allem verhältnismäßig hohen Turm. Nachdem wir ins die Schlüssel zum Turm besorgt hatten, bestieg ich ihn und hatte vor mir ein einmalig schönes Bild, das ich nie vergessen werde. Vor mir lag tiefblau und fast unbewegt das Meer. Am Horizont reihten sich zahlreiche Kriegsschiffe zu einer fast geschlossenen Kette. Zwischen den Kriegsschiffen und dem Ufer herrschte ein reger Verkehr von Barken, die amerikanische Soldaten im Wechsel von den Kriegsschiffen an das Ufer brachten. Widerstand erhielten die landenden Amerikaner nur von

⁵⁹ aus Anne Frank Tagebuch

einem deutschen Bunker, der – von mir aus in Richtung Schiffe rechts liegend – auf die landenden Soldaten schoß.“⁶⁰



61

Mit meinem Vater habe ich einen dieser entsetzlichen deutschen Bunker besucht, und ich fühle mich jedem einzelnen US-amerikanischen Soldaten zu ewigem Dank verpflichtet, der meine Eltern und mein Land vom Nationalsozialismus befreit hat! 300 000 US-Amerikaner sind für unsere Freiheit gestorben, und jedes Mal, wenn ich den Film „Der längste Tag“ sehe, versuche ich mir diese entsetzliche Angst vorzustellen – und diesen Mut, wirklich ins Wasser zu springen und über den Sand mit nasser Uniform und Gepäck auf diese Bunker zuzulaufen, aus denen sie beschossen wurden.

„Freitag, 9. Juni 1944
Liebe Kitty!

Mit der Invasion geht es oberprima! Die Alliierten haben Bayeux eingenommen und kämpfen jetzt um Caën. ... Jeden Abend erzählen Kriegsberichterstatter von den Schwierigkeiten, dem Mut und der Begeisterung der Armee. Die unglaublichsten Dinge passieren. Auch Verwundete, die schon wieder in England sind, waren am Mikrophon. ... Hier hat sich die Aufregung etwas gelegt. Trotzdem hoffen wir, daß der Krieg Ende des Jahres endlich vorbei sein wird. Es wird auch Zeit.“⁶²

Die Befreier sind da, und der deutsche Major nannte die Landung in der Normandie „ein einmalig schönes Bild“. Was um alles in der Welt konnte an diesem Bild „einmalig schön“ sein, wenn nicht der Gedanke an die baldige Niederlage Nazi-Deutschlands bzw. das baldige Kriegsende? Also: Hat der Major sich der Übermacht ergeben und den Krieg jedenfalls für sich und die ihm „Anvertrauten“ beendet? „Am 9. oder 10. Juni kam über die Reste der gesprengten Brücke an der Nationalstraße ein amerikanischer Melder und brachte mir eine in Deutsch geschriebene Aufforderung zur Übergabe seitens des amerikanischen Divisionskommandeurs. Sie begann mit den Worten: ‚Der Tapferkeit ist jetzt Genüge getan ...‘ Ich antwortete auf englisch mit der Frage: ‚Would you surrender in the same situation?‘ Damit war mein erster Briefwechsel mit General Maxwell Taylor beendet. ...

⁶⁰ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 152

⁶¹ Omaha Beach: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/a/a5/Into_the_Jaws_of_Death_23-0455M_edit.jpg/2048px-Into_the_Jaws_of_Death_23-0455M_edit.jpg

⁶² aus Anne Frank Tagebuch

Am **11. Juni** ... Meine Wut über diese Großschnäuzigkeit dürfte verständlich sein. Doch Befehl ist Befehl. ...

Am **12. Juni** versuchte die Division, ‚Götz von Berlechingen‘, Carentan wiederzugewinnen. Es gelang ihr nicht. Versprengte junge SS-Soldaten wurden auf meinen Befehl in die Fallschirmtruppe übernommen. ... Ich begleitete mit dem Regimentskampffzug die angreifenden Angehörigen der Division ‚Götz von Berlechingen‘. Da wir das Gelände schon kannten, gelang es uns, bis zu meinem alten vorgeschobenen Gefechtsstand in Bahnhofsnähe in die Stadt Carentan einzudringen..⁶³

„Dienstag, 13. Juni 1944

Liebe Kitty!

Der Geburtstag ist wieder vorbei, jetzt bin ich also 15. ...

Liegt es daran, daß ich meine Nase so lange nicht an die frische Luft stecken konnte, daß ich so versessen auf alles bin, was Natur ist? Ich weiß noch sehr gut, daß ein strahlend blauer Himmel, zwitschernde Vögel, Mondschein und blühende Blumen früher meine Aufmerksamkeit lange nicht so gefesselt haben. Hier ist das anders geworden. Ich habe z.B. an Pfingsten, als es so warm war, abends mit Gewalt die Augen offen gehalten, um gegen halb zwölf am offenen Fenster den Mond mal richtig und allein betrachten zu können. Leider führte dieses Opfer zu nichts, denn der Mond war zu hell, ich durfte kein offenes Fenster riskieren. ...

Es hat so sein müssen, daß ich die Natur nur ausnahmsweise durch dick verstaubte und mit schmutzigen Vorhängen versehene Fenster sehen darf. Und da durchzuschauen, ist kein Vergnügen mehr. Die Natur ist das Einzige, das wirklich kein Surrogat vertragen kann! ...⁶⁴

„Von Carentan setzten wir uns daher nach Westen in ein für Panzer schwer gängiges Gelände ab, in dem wir uns etwa **einen Monat** hielten. Links an uns angelehnt war die Division ‚Götz von Berlechingen‘, die allein das Tempo unseres Ausweichens bestimmte. Es kam dabei zu mehreren, teilweise sehr harten Gefechten mit verschiedenen amerikanischen Divisionen. ... Es würde den Rahmen dieses Buches sprengen, wenn ich die einzelnen Gefechte der Reihe nach aufzählen wollte..⁶⁵

„Freitag, **16. Juni 1944**

Neue Probleme! Frau van Daan ist verzweifelt, spricht von: Kugel durch den Kopf, Gefängnis, Aufhängen und Selbstmord. ...

Dabei ist noch das Schlimmste, daß Peter frech wird, Herr van Daan gereizt und Mutter zynisch. Was für ein Zustand! Es gibt nur eine Regel, die du dir vor Augen halten musst: Lache über alles und störe dich nicht an den anderen! Es scheint egoistisch, ist aber in Wirklichkeit das einzige Heilmittel für Selbstmitleid. ...

Freitag, **23. Juni 1944**

Hier ist nichts Besonderes los. Die Engländer haben den großen Angriff auf Cherbourg begonnen. Laut Pim und van Daan sind wir am 10. Oktober bestimmt frei. Die Russen nehmen an der Aktion teil und haben gestern ihre Offensive bei Witepsk begonnen, genau auf den Tag drei Jahre nach dem deutschen Einfall.

Beps Laune ist noch immer unter Null. Wir haben fast keine Kartoffeln mehr. ...

Dienstag, **27. Juni 1944**

Liebste Kitty!

⁶³ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 154-156

⁶⁴ aus Anne Frank Tagebuch

⁶⁵ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 156

Die Stimmung ist umgeschlagen, es geht enorm gut. Cherbourg, Witepsk und Slobin sind heute gefallen. Sicher viel Beute und Gefangene. Fünf deutsche Generäle sind bei Cherbourg gefallen, zwei gefangen genommen. Nun können die Engländer an Land bringen, was sie wollen, denn sie haben einen Hafen. Die Halbinsel Cotentin drei Wochen nach der Invasion englisch, eine gewaltige Leistung! ...

Was glaubst du, wie weit wir am 27. Juli sind?

Deine Anne M. Frank“

Am gleichen Tag: „Im Kampfe für Deutschlands Freiheit und Zukunft gab unser guter, lebensfroher, unvergesslicher Sohn, unser herzlieber Bruder, der Oberfähnrich Alfred Thelen, Flugzeugführer in einem Sturzkampfgeschwader, Abiturient der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Oranienstein, sein Leben im Alter von 20 Jahren. Er starb am 27. Juni 1944 im Osten [bei Witepsk; eigene Anmerkung]. Daß er den ehrenvollsten Tod fand, ist unser Trost.“⁶⁶ Daß er schon lange nicht mehr gut und lebensfroh war, sondern wahrscheinlich als Flieger viele russische Menschen getötet hatte und sich bei seinem letzten „Fronturlaub“ vor lauter Zittern kaum mehr rasieren konnte, erzählt diese Todesanzeige nicht. Davon erzählte dann später sein Bruder, mein Vater, damals 19.

„Freitag, **30. Juni 1944**

Liebe Kitty!

Schlechtes Wetter oder bad weather from one at the stretch to thirty June. Ist das nicht gut? Oh, ich kann schon ein bisschen Englisch. Um das zu beweisen, lese ich ‚An ideal Husband‘ (mit Wörterbuch). Krieg hervorragend: Bobruisk, Mogilew und Orscha gefallen, viele Gefangene. ...“⁶⁷

Am **1. Juli 1944** starb Tanja Sawitschewa⁶⁸.

„Donnerstag, **6. Juli 1944**

Liebe Kitty!

... Peter fängt an, sich ein bisschen auf mich zu stützen, und das darf unter keinen Umständen sein. Auf eigenen Beinen im Leben stehen ist schwierig, aber noch schwieriger ist es, charakterlich und seelisch allein zu stehen und doch standhaft zu bleiben. Ich bin ein bisschen durcheinander, suche schon seit Tagen, suche nach einem ausreichenden Mittel gegen das schreckliche Wort ‚bequem‘. Wie kann ich Peter klarmachen, daß das, was so bequem und schön scheint, ihn in die Tiefe ziehen wird, die Tiefe, wo es keine Freunde, keine Unterstützung, nichts Schönes mehr gibt, eine Tiefe, aus der es fast unmöglich ist, herauszukommen. ...

Wie schön und gut wären alle Menschen, wenn sie sich jeden Abend die Ereignisse des Tages vor Augen riefen und prüften, was an ihrem eigenen Verhalten gut und was schlecht gewesen ist. Unwillkürlich versucht man dann jeden Tag von neuem, sich zu bessern, und selbstverständlich erreicht man dann im Laufe der Zeit auch einiges. Dieses Mittel kann jeder anwenden, es kostet nichts und ist sehr nützlich. Denn wer es nicht weiß, muß es lernen und erfahren: ‚Ein ruhiges Gewissen macht stark!‘

Deine Anne M. Frank

Samstag, **8. Juli 1944**

Liebe Kitty!

⁶⁶ Todesanzeige des Bruders meines Vaters vom 31. Juli 1944

⁶⁷ aus Anne Franks Tagebuch

⁶⁸ siehe S. 23 und „Zum 27. Januar – Zwei Jahrestage und zwei Tagebücher“: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=15970>

... Ich glaube, daß die Mehrzahl der Menschen nicht weiß, wie vitaminreich, lecker und weich die Schoten von Erbsen schmecken, wenn das innere Häutchen herausgenommen wird. Die drei gerade angeführten Vorteile kommen aber nicht gegen die Tatsache an, daß die Portion, die man essen kann, wohl dreimal größer ist, als wenn man nur die Erbsen ißt. ...

Samstag, **15. Juli 1944**

Liebe Kitty!

... Es ist mir nun mal unmöglich, alles auf der Basis von Tod, Elend und Verwirrung aufzubauen. Ich sehe, wie die Welt langsam immer mehr in eine Wüste verwandelt wird, ich höre den anrollenden Donner immer lauter, der auch uns töten wird, ich fühle das Leid von Millionen Menschen mit. Und doch, wenn ich zum Himmel schaue, denke ich, daß sich alles wieder zum Guten wenden wird, daß auch diese Härte aufhören wird, daß wieder Ruhe und Frieden in die Weltordnung kommen werden. Inzwischen muß ich meine Vorstellungen hochhalten, in den Zeiten, die kommen, sind sie vielleicht doch noch auszuführen!

Deine Anne M. Frank

Freitag, **21. Juli 1944**

Liebe Kitty!

... Verstehst du's ein bisschen, oder bin ich wieder vom Hundertsten ins Tausendste gekommen? Ich kann's nicht ändern. Ich bin viel zu fröhlich, um logisch zu sein bei der Aussicht, daß ich im Oktober wohl wieder auf der Schulbank sitzen kann! Oh, là, là, habe ich nicht gerade noch gesat, daß ich nicht voreilig sein soll? Vergib mir, ich habe nicht umsonst den Ruf, daß ich ein Bündelchen Widerspruch bin!

Deine Anne M. Frank⁶⁹

„Bei mir zuhause hängt noch eine Tafel, die mir die Veteranen der 90. Infanteriedivision der Vereinigten Staaten von Amerika gewidmet haben. Der Text lautet: ‚Am **22. und 23. Juli** des Jahres 1944 haben die 90. Infanteriedivision der Vereinigten Staaten und das 6. Fallschirmjägerregiment von Deutschland gegenseitig **blutige und schreckliche Schlachten** geschlagen. Während der Schlacht hat der damalige Major v. d. Heydte einen **dreistündigen Waffenstillstand angeboten, so daß beide Seiten ihre Verwundeten versorgen** konnten. Wir Amerikaner wollen ihm und den Soldaten des 6. Fallschirmjägerregiments für immer dankbar bleiben für diese menschliche Tat.‘ ...

Am **23. Juli** lagen wir auf den Höhen südlich von Périers ... Wir versuchten, den Kessel zu durchbrechen, indem wir auf die Panzer der mit uns eingeschlossenen SS-Verbände aufsaßen.⁷⁰

„Dienstag, **1. August 1944**

Liebe Kitty!

Es schluchzt in mir: Siehst du, das ist aus dir geworden: schlechte Meinungen, spöttische und verstörte Gesichter, Menschen, die dich unsympathisch finden, und das alles, weil du nicht auf den Rat deiner guten Hälfte hörst. Ach, ich würde gern darauf hören, aber es geht nicht. Wenn ich still oder ernst bin, denken alle, daß das eine neue Komödie ist, und dann muß ich mich mit einem Witz retten. Ganz zu schweigen von meiner Familie, die bestimmt glaubt, daß ich krank bin, mir Kopfwepillen und Beruhigungspillen zu schlucken gibt, mir an Hals und Stirn fühlt, ob ich Fieber habe, mich nach meinem Stuhlgang fragt und meine schlechte Laune kritisiert. Das halte ich nicht aus, wenn so auf mich aufgepaßt wird, dann werde ich erst schnippisch, dann traurig, und schließlich drehe ich mein Herz wieder um, drehe das Schlechte nach außen, das Gute nach innen und suche dauernd nach einem Mittel, um **so zu**

⁶⁹ aus Anne Franks Tagebuch

⁷⁰ Friedrich August Freiherr von der Heydte: ‚,Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 157f

werden, wie ich gern sein würde und wie ich sein könnte, wenn ... wenn keine anderen Menschen auf der Welt leben würden.

Deine Anne M. Frank⁷¹

Hier endet das Tagebuch von Anne Frank, geboren am 12. Juni 1929 in Frankfurt am Main, gestorben **Anfang 1945** im Konzentrationslager Bergen-Belsen.

In diesen Tagen befindet sich Major von der Heydte auf dem Rückzug.

„**In einer der ersten Augustnächte** suchten wir dem Kessel von Falaise über einen Ort namens Tinchebray zu entkommen. ... In dieser Lage bat mich mein Gefechtsmelder, für zehn Minuten wegtreten zu dürfen. Begeistert kam er nach diesen zehn Minuten wieder – in der Hand ein großes Spielzeugschiff, das er seinem kleinen Bruder als Erinnerung an die Normandie mitbringen wollte und das er in einem Spielwarengeschäft ‚organisiert‘ hatte, bevor das Geschäft samt dem Schiff verbombt wurde.“⁷²

Leider – oder vielleicht Gott sei Dank – sind im Buch zwischen diesen „ersten Augustnächte(n)“ und dem **11. September** keine genauen Datumsangaben. Das Kapitel „Ein fliegender **Holländer**“ beginnt so:

„Nach Rückkehr von der Invasionsfront wurde das Regiment – d.h. das, was von ihm übrig war – zur Auffrischung auf den Fliegerhorst Güstrow in Mecklenburg verlegt, nach „etwas über vierzehn Tage(n)“ dann „zur Verfügung der Heeresgruppe nach Nordbelgien ... Der Eisenbahntransport verlief ohne Schwierigkeit; **an der Grenze bei Aachen** hatten wir das einzige Mal längeren Aufenthalt. Auf zwei Nachbargleisen standen zwei andere Züge: Ein **Zug mit KZ-Insassen in Güterwagen**, die mir in ihrem Elend einen furchtbaren Eindruck machten. Nicht nur ich, sondern auch meine Männer gaben den verhungerten Gestalten in diesen Güterwagen, trotz des Widerspruchs der Wachmannschaft, alles, was wir an Eßbarem zur Verfügung hatten. Viel war es nicht.“⁷³

Jetzt wird der Krieg für den Major doch aber sicher bald zuende sein.

„Mein Regiment war nur ‚halbmotorisiert‘, ... mit dem Auftrag, eine Erweiterung des britischen Brückenkopfes zu verhindern ... Immerhin machte er mit 50 Mann 30 englische Panzerkampfunfähig ... und einen Teil des Städtchens bis zum 11. September in teilweise harten Kämpfen zu halten ...“⁷⁴ Und so geht das immer weiter: „Eindhoven ... Schindel ... St. Oederode ... Tilburg ... Goirle ... Bergen op Zoom ... Der Monat Oktober verging, solange ich das Regiment führte, d.h. bis zum 23. Oktober, mit Kämpfen von Haus zu Haus – ja teilweise von Zimmer zu Zimmer – in den Orten Hoogerheide und Woonsdrecht“⁷⁵.

Am **23. Oktober 1944** freute sich der Freiherr über die Verleihung des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Sein Tagesbefehl: „Wenn alles zusammenbricht und Welle über Welle über unserem Volk zusammenschlägt, dann wird noch ein Fallschirmjäger meines Regiments dem Schicksal trotzen und im Sturm und Ungewitter die Fahne hoch über die Fluten halten, auf der ein Wort in leuchtenden Buchstaben steht: ‚**Groß-Deutschland!**‘“⁷⁶

„... und suche dauernd nach einem Mittel, um so zu werden, wie ich gern sein würde und wie ich sein könnte, wenn ... wenn keine anderen Menschen auf der Welt leben würden.“

Deine Anne M. Frank⁷⁷

⁷¹ aus Anne Franks Tagebuch

⁷² Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinkel), S. 160

⁷³ a.a.O., S. 163

⁷⁴ a.a.O., S. 165

⁷⁵ a.a.O., S. 168-170

⁷⁶ a.a.O., S. 170

⁷⁷ letzte Tagebucheintragung von Anne Frank – sie war gerade 15 Jahre jung geworden

Anne Frank wurde in ihrem niederländischen Versteck gefunden und nach Auschwitz deportiert. Die Rote Armee der Sowjetunion befreite Auschwitz am 27. Januar 1945, wie genau ein Jahr zuvor Leningrad - nach 872tägiger Belagerung der deutschen Wehrmacht, die das Ziel verfolgte, daß alle Einwohner verhungern sollten. Tanja Sawitschewa war eines der Opfer. Auch sie schrieb ein Tagebuch, das bei den Nürnberger Prozessen auch als Beweis vorgelegt wurde:

- „Schenja starb am 28. Dezember um 12.00 vormittags 1941 (28 декабря 1941 года. Женя умерла в 12 часов утра.)
- Großmutter starb am 25. Januar, 3 Uhr nachmittags 1942 (Бабушка умерла 25 января 1942-го, в 3 часа дня.)
- Ljoka starb am 17. März um 5 Uhr vormittags 1942 (Лёка умер 17 марта в 5 часов утра.)
- Onkel Wasja starb am 13. April um 2 Uhr nach Mitternacht 1942 (Дядя Вася умер 13 апреля в 2 часа ночи.)
- Onkel Ljoscha am 10. Mai um 4 Uhr nachmittags 1942 (Дядя Лёша 10 мая в 4 часа дня.)
- Mutter am 13. Mai um 7.30 vormittags 1942 (Мама — 13 мая в 730 утра.)
- Die Sawitschews sind gestorben. (Савичевы умерли.)
- Alle sind gestorben. (Умерли все.)
- Nur Tanja ist geblieben. (Осталась одна Таня.)⁷⁸

Tanja Sawitschewa (Таня Савичева) starb am 1. Juli 1944. Sie wurde 14 Jahre jung.



79

Wofür also kann man als Soldat beten, wenn nicht für die sofortige Beendigung des Krieges? „Would you surrender in the same situation?“ Yes, Sir! Dann hätten vielleicht beide Mädchen überlebt.

„Dienstag, **6. Juni 1944**
Liebste Kitty!

„This is D-Day“, sagte um zwölf Uhr das englische Radio, und mit Recht! „This is the day“, die Invasion hat begonnen. ... Sollte denn nun wirklich die lang ersehnte Befreiung nahen,

⁷⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Tatjana_Nikolajewna_Sawitschewa

⁷⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Tatjana_Nikolajewna_Sawitschewa#/media/File:Tanya_Savicheva.jpg

über die so viel gesprochen wurde, die aber zu schön, zu märchenhaft ist, um je wirklich werden zu können? ...“

Wie konnten der Freiherr und so viele andere betend Kriege führen? Führen – denn nicht die Sowjetunion hatte das „Deutsche Reich“ angegriffen, sondern das „Deutsche Reich“ hatte die Sowjetunion überfallen.

DER SPIEGEL 32/2006



Die deutsche Wehrmacht führte Krieg, und manch ein Geistlicher hielt flammende Reden, „predigte“ und schrieb Entsetzliches, wie Ernst Klee den Erzbischof von Paderborn aus dem Kirchliches Amtsblatt vom 12.2.1942 zitiert: „Ist jenes arme unglückliche Land nicht der Tummelplatz von Menschen, die durch ihre Gottfeindlichkeit und durch ihren Christenhaß fast zu Tieren entartet sind? ... Und warum? Weil man die Ordnung des menschlichen Lebens dort nicht auf Christus, sondern auf Judas aufgebaut hat.“⁸⁰



81

Wie ging das mit der Bibel zusammen? Wo war dann das „Diligite inimicos vestros, benefacite his, qui oderunt vos, et orate pro persequentibus, et calumniantibus vos“ = „Liebet Eure Feinde, und tut denen Gutes, die Euch hassen, und betet für die, die Euch verfolgen“ (Mt 5,44)? Wie konnte der Freiherr, konnte irgendjemand betend gegen „Feinde“ kämpfen, wenn

⁸⁰ Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, #2013 (Fischer Taschenbuch)

⁸¹ Peter Bürger / Jens Hahnwald / Georg D. Heidingsfelder: „Zwischen Jerusalem und Meschede. Die Massenmorde an sowjetischen und polnischen Zwangsarbeitern im Sauerland während der Endphase des 2. Weltkrieges und die Geschichte des ‚Mescheder Sühnekreuzes‘“, Eslohe 2015, S. 61

er Mt 25,40 im Ohr hatte: „Amen dico vobis, quamdiu fecistis uni ex his fratribus meis minimis, mihi fecistis“ = „Wahrlich ich sage Euch: Was immer Ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, daß habt Ihr mir getan“.



82

„Wahrlich ich sage Euch: Was immer Ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, daß habt Ihr mir getan“. Wie konnten Menschen, die sich „Christen“ nannten, dann losziehen und Menschen töten? Waren das keine „Brüder“? Waren es „Menschen, die durch ihre Gottfeindlichkeit und durch ihren Christenhaß fast zu Tieren entartet sind? ... Und warum? Weil man die Ordnung des menschlichen Lebens dort nicht auf Christus, sondern auf Judas aufgebaut hat“? Konnte es das geben: „Christen“, die andere Menschen nicht als ebenbürtige Menschen ansahen, sondern als ... ja, als was?



„Tue Dein Schwert an seinen Platz. Denn alle, die das Schwert ergreifen, werden durch das Schwert umkommen“, sagt Jesus nach Mt 26,52. Immer hatte ich diese Stelle als absolutes Waffenverbot verstanden. Wenn der Freiherr sich als so dermaßen „katholisch“ begriff und gleichwohl mit Waffengewalt gekämpft hat – wie war das möglich? Mt 26,52: „Converte gladium tuum in locum suum; omnes enim, qui acceperint gladium, gladio peribunt.“ Wie nun, wenn man diesen Satz nicht als Waffenverbot interpretierte, sondern als Warnung? Die Geschichte des zur Macht gekommenen „Christentums“ ist eine Geschichte von Kreuz-Zügen. 1099 „eroberten“ „Christen“ Jerusalem und töteten mit dem Schlachtruf „Deus lo

⁸² http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_146-1970-043-52_Russland_bei_Minsk_tote_Zivilisten.jpg: Dort zum Bild: „1943, Sowjetunion, Ukraine, bei Minsk.- Getötete sowjetische Zivilisten (Männer und Frauen) in einer Ortschaft („Partisanenbekämpfung?“)“

vult“ alle Einwohner. „Deus lo vult“ ist heute noch das Motto der „Ritter vom Heilige Grabe zu Jerusalem“, was mir völlig unerklärlich ist. Was für eine Tradition ist das?

Lorenz Jaeger war von 1950 bis 1965 Großprior der deutschen Statthalterei der Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem, Friedrich August Freiherr von der Heydte von 1958 bis 1965 der Statthalter der Deutschen Statthalterei. 1965 wurde Lorenz Jaeger Kardinal, und der Freiherr war stolz, ihn als solchen zu besuchen.



Im Gespräch mit Kardinal Jäger, dem früheren Erzbischof von Paderborn, in Rom.

83

„Qui acceperint gladium, gladio peribunt“ („Die das Schwert ergreifen, werden durch das Schwert umkommen“) als Warnung? Und wenn jemand Macht hat und jemanden warnt – ist das dann nicht sogar eine Drohung? „Gladio peribunt“ – sie werden durch das Schwert umkommen?

Inzwischen hatte ich öfters von „Gladio“ gehört. DER SPIEGEL 47/1990 vom 19.11.1990 schrieb über „Das blutige Schwert der CIA“⁸⁴: „In ganz Europa gibt es geheime Nato-Kommandos, die dem Feind aus dem Osten widerstehen sollen. Kanzler, Verteidigungsminister und Bundeswehrgenerale wußten angeblich von nichts.“⁸⁵

Geheime Kommandos, verdeckte Operationen? Was bedeutete das?

5. Nicht in allen Punkten in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz. „Ich bin ein praktizierender Katholik, aber diesen Ritterorden muß die Kirche schließen.“

In „Die Zeit“ erschien am 5. März 1965 der Artikel „Professoren in Deutschland. Einzelgänger im politischen Nebel. Professor von der Heydte hatte mit seiner Klage kein Glück“⁸⁶. Nach zwei Jahren Rechtsstreit hatten Richter der 2. Zivilkammer in Würzburg ein Urteil über eine Klage des Ordinarius für Staatsrecht an der Würzburger Universität gegen die „Frankfurter Rundschau“ gesprochen. Die Zeitung hatte über die Motive geschrieben, die ihn 1962 zur Anzeige wegen „Landesverrats“ gegen den Spiegel bewogen haben könnten und dabei die

⁸³ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

⁸⁴ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501822.html>

⁸⁵ <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13501822>

⁸⁶ Thilo von Uslar: „Professoren in Deutschland. Einzelgänger im politischen Nebel. Professor von der Heydte hatte mit seiner Klage kein Glück“, in „Die Zeit“ vom 5.3.1965; <http://www.zeit.de/1965/10/professoren-in-deutschland>

„Abendländische Aktion“ ins Blickfeld genommen, deren Vorstandsmitglied Professor von der Heydte war. Dieser hatte sich in seinem Persönlichkeitsrecht verletzt gefühlt und deswegen geklagt.

Das Würzburger Gericht wurde mit den Worten zitiert: „Als Ordinarius für Staatsrecht kann doch sicherlich angenommen werden, daß es dem Kläger bewußt war, daß sich das Programm der ‚Abendländischen Aktion‘ nicht in allen Punkten in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz befindet.“

Und mit: „Hier wird nur auf die zumindest personellen Beziehungen der ‚Abendländer‘ zu dem Europäischen Dokumentationszentrum in Madrid angespielt und daraus der Schluß gezogen, daß Spanien, das in vieler Beziehung klerikal-faschistisch genannt werden kann, den ‚Abendländern‘ als Staat erschien, der von allen zur Zeit bestehenden Staaten die meisten von ihnen gewünschten Merkmale trage.“ Das war 1962, also im Spanien unter Franco.

Thilo von Uslar hebt die Meinung des Gerichts hervor: „Zweifellos würden derartige Gedankengänge gefährlich, wenn sie von Menschen aufgegriffen würden, die sich nicht mit gedanklichen Überlegungen zufrieden geben, sondern durch Sturz der bestehenden Ordnung ihre Gedanken verwirklichen wollten.“

Am 25.3.1994 erschien in „Die Zeit“ der Artikel „Dunkle Ritter im weißen Gewand“ von Egmont R. Koch und Oliver Schröm⁸⁷. Er beginnt mit den Worten „Meine Rechte führt das Schwert der Wahrhaftigkeit gegen das Unrecht in dieser Welt“. Aus dem Gebetbuch der Grabesritter.“ Der Artikel weist auf „Das Geheimnis der Grabesritter“, einen Film von Egmont Koch und Oliver Schröm (Mitarbeit: Angela Klose und Maria Galluzzo) hin, der wohl am 24.4.1994 in der ARD gesendet wurde.

Der Zeitartikel berichtet vom 3. Oktober 1993, als 500 „Mitglieder im Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem, einem Eliteorden, der unter dem Schutz des Papstes steht“, durch Köln zogen.

„Die Besten der Besten‘ nennen sie sich selbst. Zum Orden gehören sowohl Laien als auch Geistliche. Ihre Aufgabe: ‚Die Verteidigung der Rechte der katholischen Kirche im Heiligen Land.‘ Ihr Privileg: ‚Vollkommener Ablass durch den Heiligen Stuhl.‘ Ihr Leitspruch: ‚Deus lo vult‘ (Gott will es).“

Die weißen Gewänder der Männer wie auch die schwarzen der Damen zierten „fünf blutrote Kreuze, Symbol für die fünf Wunden Christi. Sie nennen es Jesuskreuz, Jerusalemkreuz oder auch Gottfried-von-Bouillon-Kreuz. ‚Miles Christi‘ – ‚Krieger Christi‘, so bezeichnen sich die Grabesritter in ihren Gebetbüchern. Sie sehen sich in der Tradition des Kreuzritters Gottfried von Bouillon, der am 15. Juli 1099 Jerusalem eroberte und unter dem Schlachtruf ‚Deus lo vult‘ ein Blutbad unter den Muslimen anrichtete. ‚Im Ritterorden vom Heiligen Grab‘, heißt es in einem Ordensstatut, ‚sollen die **Ideale der Kreuzzüge in neuzeitlicher Form weiterleben.**‘ Während Gottfried von Bouillon noch mit dem Schwert für die Verteidigung des Heiligen Grabes kämpfte, zücken die Glaubenskrieger heute ihre Scheckbücher, um katholische Palästinenser in Israel, der Westbank, im Gaza-Streifen und in ihrem Existenzkampf gegen Juden zu unterstützen.“⁸⁸

In dem Artikel kam auch Leoluca Orlando vor. Von Leoluca Orlando hatte ich schon vorher gehört. „Orlando war Mitte der achtziger Jahre für fünf Jahre Bürgermeister von Palermo. Jetzt wurde er wiedergewählt. Aber schon seit seiner ersten Amtsperiode ist er die Nummer

⁸⁷ Egmont R. Koch und Oliver Schröm: „Dunkle Ritter im weißen Gewand“, in „Die Zeit“ vom 25.3.1994: <http://www.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand> als PDF: <http://pdfarchiv.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand.pdf>

⁸⁸ Egmont R. Koch und Oliver Schröm: „Dunkle Ritter im weißen Gewand“, in „Die Zeit“ vom 25.3.1994: <http://www.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand>, als PDF: <http://pdfarchiv.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand.pdf>

eins auf der Todesliste der Cosa Nostra und lebt schwerbewacht an geheimgehaltenen Orten. Trotzdem entging er Weihnachten 1992 nur knapp einem Attentat“.⁸⁹

Soviel wußte ich; aber im Zeit-Artikel heißt es weiter: „Orlando sieht müde aus, gehetzt, hat dunkle Ränder unter den Augen. Er setzt sich auf einen Stuhl, mit dem Rücken zum Meer. Sofort stellt sich einer der Bodyguards hinter ihn. ‚Ich bin ein praktizierender Katholik‘, sagt Orlando, ‚aber diesen Ritterorden muß die Kirche schließen.‘

Orlando weiß, wovon er spricht: Sein Vater steht noch im Mitgliederverzeichnis der sizilianischen Statthalterei des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem, ist aber wegen der Mafia-Connection des Ordens mittlerweile ausgetreten. ‚Die Kirche muß kämpfen. Aber nicht mehr der Kommunismus ist der Feind, sondern geheimbündlerische Logen und Orden wie die P 2, das Opus Dei oder der Ritterorden vom Heiligen Grab – Feinde also innerhalb der Kirche, oft als Bischöfe verkleidet.‘

Zum Beispiel der Bischof von Montreale, Salvatore Cassisa, Großprior der sizilianischen Grabesritter: Millionenbeträge aus windigen Grundstücksspekulationen mit Mafiosi wanderten auf sein Konto bei der Vatikanbank, so kann man es in der italienischen Presse lesen. Als 1993 ein Pater in Palermo von einem Mafiakommando erschossen wird, schreiben acht Priester an den Papst und weisen darauf hin, daß der Bischof Cassisa Mafiakontakte hat. Oder Graf Arturo Cassina, jahrzehntelang Statthalter der sizilianischen Grabesritter: größter Grundbesitzer auf der Insel. Wo immer in Palermo gebaut wird, hat Cassina die Finger im Spiel – und mit ihm, so heißt es, die Cosa Nostra.

Orlando verweist auf das Schicksal seines Vorgängers: Giuseppe Insalaco. Der frühere Bürgermeister von Palermo führte Tagebuch. Aus einer Eintragung Mitte Januar 1988 geht hervor, daß er Graf Cassinas mafiösen Machenschaften auf der Spur war, die ihn zum Ritterorden führte. Insalaco vertraute sich nicht nur seinem Tagebuch, sondern auch dem Geheimdienstchef Siziliens, Bruno Contrada, an. Der sitzt mittlerweile wegen seiner Mafiaverbindungen im Gefängnis. Aber davon konnte Insalaco damals nichts wissen. Ebenso wenig konnte er wissen, daß Contrada auch ein Grabesritter ist. Wenige Tage nach dieser Tagebucheintragung starb Insalaco im Kugelhagel der Mafiakiller.“⁹⁰

Über Friedrich August Freiherr von der Heydte berichten Oliver Schröm und Egmont R. Koch in zwei Absätzen:

„Würzburg, 1955: Grabesritter Friedrich August Freiherr von der Heydte gründete die Abendländische Aktion. Ihr Credo: Abschaffung wesentlicher demokratischer Grundrechte. Mit von der Partie ist der Großprior der deutschen Grabesritter, Kardinal Lorenz Jaeger, der als Militärpfarrer während des Zweiten Weltkrieges gegen die ‚slawischen Untermenschen‘ gehetzt und für den Ostfeldzug geworben hatte. Nun gab Kardinal Jaeger in der Abendländischen Aktion und im Ritterorden die Marschrichtung vor. ‚Die Spielregeln der Demokratie haben das Denken weithin verbogen‘, sagte er bei einer Investiturfeier. ‚Da braucht es eine religiöse Führerschaft, die sich den ewigen Wahrheiten verschrieben hat.‘

Friedrich August Freiherr von der Heydte wurde 1958 Statthalter des Ordens. Als oberster deutscher Grabesritter betrachtete er den Orden als Stoßtrupp des Vatikans im Kampf gegen den Bolschewismus, war geringesehener Gast in Francos Spanien, Berater der griechischen Militärjunta und stieg 1968 zum Brigadegeneral der Reserve auf. [Das war 1962; eigene Anmerkung] Ende der Achtziger engagierte er sich für die ‚Patrioten für Deutschland‘. Jedoch das meiste Aufsehen erregte der Würzburger Juraprofessor Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre: Sein Institut für Staatslehre und Politik e. V. (ISP) in Würzburg wurde als Geldwaschanlage für Parteispenden enttarnt.“⁹¹

⁸⁹ a.a.O.

⁹⁰ Egmont R. Koch und Oliver Schröm: „Dunkle Ritter im weißen Gewand“, in „Die Zeit“ vom 25.3.1994: <http://www.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand>, als PDF: <http://pdfarchiv.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand.pdf>

⁹¹ a.a.O.

In diesen Tagen wurde überall viel vom „Abendland“ gesprochen. Am 13.1.2015 um 22:45 Uhr diskutierten bei Sandra Maischberger⁹² Alfred Grosser, Alexander Gauland, Volker Beck, Necla Keklek und Carla Amina Baghajati zum Thema „Gefährden Radikale unsere Gesellschaft?“, und auch da fiel mehrfach der Begriff „jüdisch-christliches Abendland“. Kurz vor seinem 90. Geburtstag sagte der mit seiner Familie vor den Nazis ins französische Exil geflohene Alfred Grosser: „Jüdisch-christliches Abendland’ – da wird es mir als Jude schlecht.“ Die Reaktion eines Gesprächsteilnehmers war das Geschmackloseste, was ich mir überhaupt nur vorstellen kann; irgendjemand sagte: „Das ist Ihr gutes Recht.“

„Hitler war auch Abendland“, sagte Prof. Alfred Grosser; „also bitte den Begriff nicht überspannen“.

Während der Sendung wartete ich immer auf ein Wort von Alfred Grosser zu Hans Roth („Gefährden Radikale unsere Gesellschaft?“), wie auch bei seiner Rede während der Gedenkstunde an den Beginn des Ersten Weltkrieges im Deutschen Bundestag am 3.7.2014⁹³. Schade, daß er seine Worte vom 1.12.2008 nicht wiederholt hat: „Ich hätte nie gedacht, dass ein Berufsverbot ein Leben lang dauern kann, dass man nicht seinen Beruf ausüben darf, dass man seine beruflichen Einnahmen überhaupt nicht mehr bekommt. ... Er hat keinen Pfennig bekommen von der deutschen, von der hessischen Regierung. An sich stünde ihm enorme Entschädigung zu!“

„Radikale“ – das Wort war auch plötzlich wieder da, ebenso wie „Abendland“, „Extremisten“, „Terroristen“, „Kreuzzug“, „Sympathisanten“, ...

Abendland. Okkzident. – Morgenland. Orient.

Okkzident. Von „occidere“, also „untergehen“. Da, wo die Sonne untergeht.

Als ich in meinem Wörterbuch nachsah, habe ich mich dann aber doch erschrocken:

„occidens, entis, m: Westen, Abendland

occidio, onis, f: Vernichtung, Niedermetzlung

oc-cido, cidi, casum: niederfallen, untergehen (sol); umkommen, sterben, verloren gehen

⁹² <http://www.daserste.de/unterhaltung/talk/menschen-bei-maischberger/sendung/13012015-gefaehrden-radikale-unsere-gesellschaft100.html>

⁹³ <http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/-/286168>

oc-cido, cidi, cisum: zu Boden schagen; niederhauen, töten; zu Tode martern, peinigen, verderben

occiduus: untergehend, westlich; dem Tode nahe

occillo: zerschlagen (os)“

Ex 20,13: „Non occides!“ Eines der „Zehn Gebote“, die eigentlich Verbote sind: „Töte nicht!“ Non occides! Vielleicht wäre „Non occidens!“ auch nicht schlecht.

Okkzident – Abendland. Jüdisch-christliches Abendland? Da wird es mir als Jude schlecht.

6. Auf Grund meiner Stellung gebührt mir der Rang und die Ehre eines Generals oder Georg von Gaupp-Berghausens Familienalbum

„Ich bin ein praktizierender Katholik, aber diesen Ritterorden muß die Kirche schließen“, hatte Leoluca gesagt.⁹⁴ Das interessierte mich sehr, und so freute ich mich Stein und Bein, als mir wieder von einem Büchertisch (wie „Das Oktoberfestattentat“ von Ulrich Chaussy)

Leoluca Orlando: „Ich sollte der Nächste sein“⁹⁵ in die Augen sprang:

„Wir marschierten jeden Sonntag zu unserer Pfarrkirche – außer an Weihnachten. Da durfte sich die adelige Seite unserer Familie zur Geltung bringen, und wir nahmen an der Mitternachtsmesse in der Malteserkirche oder in der Kirche des Heiligen Grabes teil. Mein Vater gehörte selbst dem Orden vom Heiligen Grabe an, ...“⁹⁶.

Aber es gibt nur wenige Stellen im Buch, in denen ausdrücklich von den Rittern vom Heiligen Grabe die Rede ist; sonst geht es immer um die Mafia, die im Sommer letzten Jahres vom Papst exkommuniziert wurde.



97

Ich war schon erstaunt gewesen über die Nachrichten vom 22. Juni 2014: „Papst im Kampf gegen Mafia. ‚Sie sind exkommuniziert‘. 100.000 Gläubige applaudierten Papst Franziskus in

⁹⁴ Egmont R. Koch und Oliver Schröm: „Dunkle Ritter im weißen Gewand“, in „Die Zeit“ vom 25.3.1994: <http://www.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand>, als PDF: <http://pdfarchiv.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand.pdf>

⁹⁵ Leoluca Orlando: „Ich sollte der Nächste sein“, Freiburg 2002 (Herder)

⁹⁶ a.a.O., S. 24

⁹⁷ <http://www.tagesschau.de/ausland/papst-kalabrien-102.html>

Kalabrien, als er zum Kampf gegen die Mafia aufrief. Zum ersten Mal hat ein katholisches Kirchenoberhaupt Mafiosi für ‚exkommuniziert‘ erklärt⁹⁸.

Tilmann Kleinjung berichtete am 22.6.2014, Ministerpräsident Matteo Renzi habe von einer „starken und unmissverständlichen Botschaft“ gesprochen: „Nun sei es an allen Menschen guten Willens, sich nicht der Kultur der Illegalität zu beugen. Der Besuch des Papstes in Kalabrien stand ganz im Zeichen des kirchlichen Kampfes gegen die organisierte Kriminalität, die Ndrangheta, die von Kalabrien aus operiert. In seiner Predigt hatte Papst Franziskus die Machenschaften der Mafia als unvereinbar mit dem christlichen Glauben verurteilt. Die Ndrangheta habe die Verehrung Gottes durch die Verehrung des Geldes ersetzt. Die Mafia sei nichts Anderes als die ‚Anbetung des Bösen und Verachtung des Gemeinwesens‘. ...

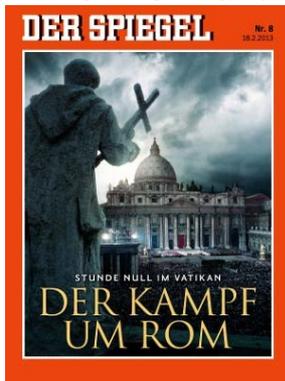
Die Exkommunikation ist die schwerste Kirchenstrafe. Sie schließt den Exkommunizierten vom Empfang der Sakramente aus. **Die Religion spielt im Leben der Ndrangheta eine wichtige Rolle.** In vielen Ortschaften gibt es eine **enge Verbindung zwischen der Kirchengemeinde und den Clans. Priester** werden von Mafiosi **als Zeremonienmeister** missbraucht. Anti-Mafia-Autor Roberto Saviano sagt, die Predigt des Papstes in Kalabrien entlarve die Lüge der Mafia, die sich selbst als ‚**ehrenwerte Gesellschaft**‘ zelebriere, die die Armen und Schwachen verteidige. Jetzt müsse die Kirche konsequent sein und dürfe keine Spenden der Mafiosi annehmen. Priester, die allzu nah an der organisierten Kriminalität seien, müssten abgesetzt werden.“

Staatsanwalt Nicola Gratteri: „Zum ersten Mal erleben wir einen Papst in Kalabrien, der das Wort Ndrangheta in den Mund nimmt. Es war gut, dass er in das Gefängnis gegangen ist. Denn dieser unschuldige Junge ist für uns ein Symbol für die Gewaltbereitschaft der Mafia, die sogar die Kinder tötet.“

Schon Johannes Paul II. habe den Mafiosi 1993 bei einem Besuch in Sizilien zugerufen: „Bekehrt Euch, das Urteil Gottes wird kommen!“ Die Mafia verstand diese Worte als Kampfansage der Kirche. Im Jahr darauf wurden zwei Priester, die sich im Kampf gegen die organisierte Kriminalität engagierten, ermordet“, so Tilmann Kleinjung damals.⁹⁹

Leoluca Orlando berichtete in seinem Buch¹⁰⁰ von 2002 über so viele Morde der Mafia an Staatsanwälten und Priestern. Wenn die katholische Religion im Leben dieser „ehrenwerten Gesellschaft“ eine so große Rolle spielte: Wie konnte es sein, daß ein Papst ihre Mitglieder erst im Juni 2014 exkommuniziert hatte? Mir fiel ein merkwürdiges Bild ein:

DER SPIEGEL 8/2013



Daß manch ein Würdenträger der katholischen Kirche „qua Amt“ ein Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem war, las ich in „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes“¹⁰¹ im Kapitel „Mit Gottes Hilfe für alte Kameraden. Wie Grabesritter sich als Fluchthelfer für NS-Verbrecher

⁹⁸ <http://www.stern.de/panorama/papst-im-kampf-gegen-mafia-sie-sind-exkommuniziert-2118771.html>

⁹⁹ Tagesschau vom 22.6.2014, <http://www.tagesschau.de/ausland/papst-kalabrien-102.html>

¹⁰⁰ Leoluca Orlando: „Ich sollte der Nächste sein“, Freiburg 2002 (Herder)

betätigten“: „In Köln bedurfte es des Winks vor vorgesetzter Stelle gar nicht. Josef Frings, seit 1942 als Nachfolger des Kriegstreibers Schulte auf dem Bischofsstuhl der Domstadt und damit qua Amt Konfrater im Ordensbund vom Heiligen Grabe, hatte seine Probleme mit dem Untergang des Dritten Reiches¹⁰². Am 18. Juli 1945 ließ sich der Erzbischof nur unter Protest dazu bewegen, einer Aufforderung des britischen Militärs Folge zu leisten, in deren Hauptquartier vorzusprechen.

„Der Vertreter einer Kulturnation hätte meinen Rang respektieren und mich aufsuchen müssen. Eine solche Behandlung ist mir in den drei Jahren, seit ich Bischof bin, noch nicht widerfahren“, wettete Frings. „Auf Grund meiner Stellung gebührt mir der Rang und die Ehre eines Generals.““

Kulturnation – Ehre eines Generals – in Deutschland nach 1939-1945? Und die katholische Kirche so hoch erhobenen Hauptes?



103

Wenn Josef Frings als Erzbischof „qua Amt“ Ritter war – waren dann alle Erzbischöfe Ritter vom Heiligen Grabe? Und gebührte ihnen allen dann auf Grund ihrer Stellung „der Rang und die Ehre eines Generals“, so als „Soldat Christi“?

Seit geraumer Zeit versuchte ich, den beiden Protagonisten von „Der Freiherr und der Citoyen“ gleichermaßen gerecht zu werden, und so vermißte ich Hans Roth. Zur Zeit war ich regelrecht umzingelt von Material über Friedrich August Freiherr von der Heydte, der zusammen mit Hans Filbinger am 9.5.1954 bei einer Investitur in Freiburg zum Ritter geschlagen worden war. „Vier Jahre später ging Filbinger in die Politik und brachte es bis zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg.“

Und mein Freiherr? Was wurde aus ihm? Warum ist er nicht so bekannt? Zu seinem Tod schrieb der Spiegel vom 11.7.1994:

„87. Dem Fallschirmjäger, der im Zweiten Weltkrieg mit hohen Auszeichnungen geehrt wurde, waren die militärischen Lorbeeren nicht genug. 1962 bot sich dem Statthalter der deutschen Statthalterei des katholischen Ritterordens vom Heiligen Grabe, Mitglied der ‚Abendländischen Akademie‘, Mitbegründer der reaktionären Organisation ‚Rettet die

¹⁰¹ Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe)

¹⁰² Leider findet sich auch hier wieder das Propagandawort der Nazis ohne Gänsefüßchen.

¹⁰³ aus Peter Bürger / Jens Hahnwald / Georg D. Heidingsfelder: „Zwischen Jerusalem und Meschede. Die Massenmorde an sowjetischen und polnischen Zwangsarbeitern im Sauerland während der Endphase des 2. Weltkrieges und die Geschichte des ‚Mescheder Sühnekreuzes‘“, Eslohe 2015

Freiheit', Vorsitzenden der ‚Christlich-Demokratischen Hochschulgemeinschaft‘, Mitglied der CSU und nebenher Ordinarius für Völkerrecht sowie bayerisches Staatsrecht an der Universität Würzburg, eine Gelegenheit zur Profilierung. Er erstattete Anzeige gegen den SPIEGEL wegen Landesverrats und löste damit die SPIEGEL-Affäre aus. Wenig später wurde von der Heydte zum Brigadegeneral d. R. ernannt. Der rechtskonservative Politiker geriet Anfang der Achtziger erneut in die Schlagzeilen, als bekannt wurde, daß das von ihm viele Jahre geleitete ‚Institut für Staatslehre und Politik‘ in Würzburg als Geldwaschanlage für Parteienspenden an Union und FDP gedient hatte.“¹⁰⁴

Auch die folgenden Artikel hatte ich ja schon erwähnt – aber manches mußte ich mehrfach lesen, bevor ich sie verstand– oder sie lasen sich jetzt irgendwie anders:

Weltanschauung/ Abendland: Die missionäre Monarchie (10.08.1955)¹⁰⁵:

Weltanschauung: Wo hört der Unsinn auf? (15.02.1956)¹⁰⁶

Zeitgeschichte/ Von der Heydte: General-Anzeiger (21.11.1962)¹⁰⁷

Verzicht-Gutachten: Im Alleingang (20.03.1963)¹⁰⁸

Hochschulen/ Relegation: Athener Format (3.03.1969)¹⁰⁹

Spionage/ Von der Heydte: Sofort zuschlagen (6.04.1970)¹¹⁰

1/3 Graf Lambsdorff, 2/3 Landesverband (26.09.1983)¹¹¹

Rechtsextremisten: Südtirol ist überall (7.11.1994)¹¹²

Ebenso die Festschrift „Um Recht und Freiheit“¹¹³ zu seinem 70. Geburtstag, u.a. mit Ernst Bendas „Verteidigungsfall und Bundesverfassungsgericht“, Alfred Seidls „Die Beiträge Bayerns zur Sicherung des inneren Friedens“ zum §129a StGB und einem Text mit dem verführerischen Titel „**Flächenbombardement und Völkerrecht**“ wirkten inzwischen wie Puzzle-Teile auf mich. Hier etwas, da etwas, erst völlig vereinzelt und nichts zu erkennen – aber manchmal schien etwas zusammenzugehören.

Inzwischen hatte ich mir das von Birgit Aschmann¹¹⁴ mehrfach erwähnte Buch „**20 años/ années/ years/Jahre C.E.D.I.**“¹¹⁵ des langjährigen Generalsekretärs ausgeliehen, das 1971 in Madrid erschienen war. Die vielen Photos und Texte u.a. von „Rapporteur“ von der Heydte, von Otto Roegele, Wilhelm Wenger, Otto von Habsburg und dem späteren König Juan Carlos und so vielen hochrangigen Personen des öffentlichen und nicht so öffentlichen, aber gleichwohl sehr mächtigen Lebens wirkten auf mich wie ein stolzes Familienalbum. Und tatsächlich hatte ich irgendwo von der „katholischen Familie“ gelesen ...

¹⁰⁴ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9285396.html>

¹⁰⁵ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31970943.html>

¹⁰⁶ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31587424.html>

¹⁰⁷ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45124776.html>

¹⁰⁸ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45142767.html>

¹⁰⁹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45763619.html>

¹¹⁰ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45197375.html>

¹¹¹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021356.html>

¹¹² <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684555.html>

¹¹³ Festschrift für Friedrich August (Freiherr) von der Heydte: „Um Recht und Freiheit“; Berlin 1977 (Duckler & Humblot)

¹¹⁴ Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...“. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag)

¹¹⁵ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971 (Editora Nacional)

Tagungsort u.a.:
Kloster in El Escorial
(S. 140)



Tagungsort Santiago
de Compostella, mit
den Kardinal-Erzbischof
(S. 458)



Tagungsort Santiago
de Compostella
(S. 459)



Generalissimo Franco (S. 507)



der spätere König
Juan Carlos
und Otto von Habsburg
(S. 435)



Friedrich August Freiherr
von der Heydte (S. 57)



Heinrich von Merkatz und
Franz-Josef Strauß
(S. 376)



116

Manchmal wurde mir richtig unheimlich bei dieser „katholischen Familie“, ja, der ganze katholische Glaube wurde mir suspekt. Aber dann fielen mir wieder Leoluca Orlandos Worte ein: „Ich bin ein praktizierender Katholik“¹¹⁷ und wußte wieder ganz genau, daß es völlig unsinnig ist, von „dem jüdischen“, „den christlichen“, „dem katholischen“, „dem islamischen“, „dem schiitischen“ oder „dem sunnitischen“ oder sonst irgendeinem Glauben in der „Dem“-Form zu sprechen.

In „Ich sollte der Nächste sein. Ein Politiker im Fadenkreuz der Mafia“¹¹⁸ fand ich so viele schöne Stellen, die Schilderung vom Falcone-Baum¹¹⁹ und vom Frühling in Palermo etwa. Und manch religiöse Stelle - „Ich habe, wie wohl jeder andere Katholik auch, den starken Glauben, daß diese Welt von Kindern des Lichts und Kindern der Dunkelheit bewohnt ist. Und jahrelang war ich pessimistisch gewesen, aber jetzt¹²⁰ war ich zu der immer stärkeren

¹¹⁶ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971

¹¹⁷ Egmont R. Koch und Oliver Schröm: „Dunkle Ritter im weißen Gewand“, in „Die Zeit“ vom 25.3.1994: <http://www.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand>, als PDF: <http://pdfarchiv.zeit.de/1994/13/dunkle-ritter-im-weissen-gewand.pdf>

¹¹⁸ Leoluca Orlando: „Ich sollte der Nächste sein“, Freiburg 2002 (Herder)

¹¹⁹ a.a.O., S. 171

¹²⁰ „Einige Tage vor Beginn des Prozesses rief die Stadt Palermo zu einer ‚nationalen Kundgebung gegen die Mafia‘ auf.“

Überzeugung gelangt, daß die Kräfte des Lichts in meinem verwundeten Land endlich ihre Kräfte sammelten“¹²¹ – fielen meinen Wünschen vis-à-vis.

Licht und Dunkelheit, Sichtbares und Verborgenes, Transparenz und verdeckte Operationen - wie mutig mußten italienische Polizisten, Staatsanwälte und Richter sein, wenn sie gegen die Mafia vorgingen¹²². Und wie dankbar und demütig war ich ihnen allen gegenüber, als ich in Constanze Reuschers Artikel „**Die Rebellion des Leoluca Orlando. Gegen Mafia und Machtkartell. Palermos ehemaliger Bürgermeister setzt die italienische Politik auf die Anklagebank**“ vom 14.12.1990¹²³ las:

„Innenminister Antonio Gava trat Mitte Oktober zurück, offiziell aus Gesundheitsgründen. Der wahre Grund dürfte jedoch seine gescheiterte Justizpolitik gewesen sein. Die Affäre um die Nato-Geheimorganisation Gladio, die inzwischen europaweit für Wirbel sorgt, nahm in Italien ein besonders großes Ausmaß an. Zuvor hatte der Tod des sizilianischen Richters Rosario Livalino, der Ende September von der Mafia bei Agrigent erschossen worden war, das Land erschüttert. Auf die Beileidserklärung von Staatspräsident Francesco Cossiga reagierte Orlando empört: ‚Wir haben es satt, dieser Film lief schon zu oft. In diesem Land gibt es rechtsfreie Gebiete: Sizilien, Kampanien, Kalabrien. Ein Richter, der dort seine Pflicht erfüllt, ist ein einsamer Abenteurer.‘ Cossiga rief ihn öffentlich zur Ordnung: ‚Orlando ist ein anständiger Junge, aber leider wird er von Fanatikern beraten.‘ Für Orlandos Sicherheit sorgen zwölf schwerbewaffnete Leibwächter.“

„Die Affäre um die Nato-Geheimorganisation Gladio, die inzwischen europaweit für Wirbel sorgt“? Am 19.11.1990 wies der „Spiegel“ auf dem Titelbild auf „Gladio - Das blutige Schwert der CIA“¹²⁴ hin:

DER SPIEGEL 47/1990



¹²¹ Leoluca Orlando: „Ich sollte der Nächste sein“, Freiburg 2002 (Herder), S. 119

¹²² <http://www.tagesschau.de/ausland/italien826.html>

¹²³ Constanze Reuscher: „Die Rebellion des Leoluca Orlando. Gegen Mafia und Machtkartell. Palermos ehemaliger Bürgermeister setzt die italienische Politik auf die Anklagebank“, in „Die Zeit“, 14.12.1990: <http://www.zeit.de/1990/51/gegen-mafia-und-machtkartell>

¹²⁴ DER SPIEGEL 47/1990 vom 19.11.1990: „Das blutige Schwert der CIA“: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501822.html>, als PDF: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13501822>

„In ganz Europa gibt es geheime Nato-Kommandos, ... Kanzler, Verteidigungsminister und Bundeswehrgenerale wußten angeblich von nichts. Die Spuren führen nach Pullach, zur ‚Stay Behind Organisation‘ des Bundesnachrichtendienstes.“¹²⁵



Ex-BND-Chefs Wessel, Gehlen: Angst vor Weltrevolution



Anschlag in Bologna 1980: Die Staatsguerilla als Attentäter?



Panorama-Titel: „Gladio, was für eine Bombe!“



Nato-General Farrar-Hockley
„Netz aus Widerstandskämpfern“

Wieder schämte ich mich: Der Artikel auf dem SPIEGEL-Titelbild war von 1990, und vor wenigen Monaten hätte ich weder etwas über „Gladio“ noch über den größten Terroranschlag in Deutschland nach 1945 etwas sagen können. Jetzt mußte ich immer häufiger über mögliche Zusammenhänge lesen: in Ulrich Chaussys „Das Oktoberfestattentat“¹²⁷ und seinem Feature „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“¹²⁸, und Hans Roth hatte mir den Zeitungsartikel „Mein Vater war ein Terrorist“ von Hayke Lanwert¹²⁹ zugeschickt und mehrfach „Gladio“ erwähnt¹³⁰. In seinem Brief an Bundespräsident Joachim

¹²⁵ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501822.html>

¹²⁶ <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13501822>

¹²⁷ Ulrich Chaussy: „Oktoberfest - Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann“, Berlin 2014 (Ch. Links Verlag)

¹²⁸ Ulrich Chaussys Feature „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5 um 11:05 Uhr

¹²⁹ Hayke Lanwert: „Mein Vater war ein Terrorist“, WAZ vom 9.5.2013, siehe S.

¹³⁰ <http://www.heise.de/tp/foren/S-Gladio-das-bestgehuetete-Geheimnis-Europas/forum-152348/msg-26023808/read/>

Gauk vom 5.5.2012¹³¹ etwa schreibt er: „G. Wallraff hatte mich einst gebeten, mich einzuschleichen in ein geheimes ‚Gladio‘-Lager; er kannte nur einen Offizier, der das konnte“ und erwähnt Mt 10 („Sehet, ich schicke euch wie Schafe mitten unter die Wölfe“).

Und ich dachte zum erstn Mal – und dann immer und immer wieder - an die Schlußszene im Film „Eine Frage der Ehre“ von Bob Reiner: „Ich will die Wahrheit!“



Und als religiöser Mensch las ich in Joh 8, 32: „Und Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird Euch frei machen.“ Amen!

7. Karfreitag: Der Staat – Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie (Ernst Albrecht)

Es wurde Karfreitag, der Tag, der dem Tag gedenkt, an dem der große jüdische Rabbi, nach dem die Christen sich benennen und den die Muslime als den Propheten Isa verehren, gekreuzigt worden ist. „Das Bestimmungswort, das als selbständiges Wort in spätmhd. Zeit untergegangen ist, bedeutet ‚Klage, Trauer‘, vgl. mhd. kar, ahd. chara ‚Wehklage, Trauer‘, denen got. kara ‚Sorge‘, engl. care ‚Kummer, Sorge‘ entsprechen“ (Duden).

Ja, es war schon ein Kreuz (zum Jammern) mit diesem Jesus:

Erst lief er kreuz und quer und erzählte seine vielen Geschichten, durch die er mit vielen über Kreuz stand und ins Kreuzfeuer geriet. Manch einer bemühte sich, ihn mit Fragen aufs Kreuz zu legen (hereinzulegen) und ihm etwas aus dem Kreuz zu leiern (etwas mit viel Mühe bekommen). Aber weder kroch er zu Kreuze (gab nie unter demütigenden Umständen nach), noch fluchte er „Himmel, Kreuz, Donnerwetter!“ oder „Ihr könnt mich mal kreuzweise!“.

Ob Jesus bzw. Isa nach seiner Auferstehung von den Toten - Tote sind erst dann endgültig tot, wenn niemand mehr von ihnen und ihren Gedanken, Worten und Werken spricht - das Kreuz schlug (sich bekreuzigte) oder gar drei Kreuze machte (froh war, daß etwas erledigt war)? Sprache, Kultur und Religion ...

In diesen Tagen hörte man vom „christlichen Abendland“ oder vom „jüdisch-christlichen Abendland“ (Alfred Grosser: „Da wird es mir als Jude schlecht“¹³²). Aber unser palästinensisches Flüchtlingskind kam nicht aus den Ländern, in denen die Sonne untergeht

¹³¹ Brief an den Bundespräsidenten vom 5.5.2012; Bestandteil meiner zweiten Petition (Kapitel 3), als PDF http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/themen/berufsverbot/hans_roth_zweite_petition.pdf, dort S. 68-70

¹³² in „Menschen bei Maischberger“ vom 13.1.2015: <http://www.daserste.de/unterhaltung/talk/menschen-bei-maischberger/sendung/13012015-gefahrden-radikale-unsere-gesellschaft100.html>

(„Abendland“, „Okzident“). Vielmehr verdanken wir ihn wie so vieles Andere dem „Orient“, dem „Morgenland“, den Ländern, wo die Sonne aufgeht!

Die „drei große Buchreligionen“¹³³ betonten, daß sie sich alle auf die fünf Bücher Mose, die jüdische Thora, berufen, daß sie also viel mehr Gemeinsamkeiten haben als manch ein Rabbi, Priester oder Imam uns glauben machen will. „O Ihr Heuchler, Pharisäer und Schriftgelehrte“, klagt Jesus bzw. Isa denn auch immer wieder im „Neuen Testament“, und Milliarden Menschen erzählen sich seit Jahrtausenden die gleichen Geschichten von Abraham bzw. Ibrahim und seinen Söhnen Ismail und Isaak, König David bzw. Dâwûd und seinem Sohn Salomon bzw. Süleyman bzw. König Schloime.

Wir Juden, Christen und Muslime lieben unsere alten Geschichten, und der Film „Ghandi“ betont, daß auch und vielleicht gerade auch andere Buchreligionen von Liebe und Toleranz erzählen (die absolut gewaltlose Demonstration und das daraufhin begangene Massaker durch britische „Christen“ fand wohl nicht zufällig in der heiligen Stadt Amritsar statt). Und Nelson Mandela, der große Prophet: Was für eine Religion hatte er - und wurde wie lange von wem als „Terrorist“ bezeichnet? 28 Jahre Gefängnis in Südafrika ...

Ich weiß wenig von Religionen, weiß nur, daß meine religiösen Freunde – auch die konfessionell gebundenen - alle dasselbe sagen: Wir alle sind Gottes Kinder, haben gleiche Rechte, gleiche Bedürfnisse und wollen alle in Frieden miteinander leben. Und immer wieder erzählen wir uns die gleichen Geschichten, in denen Gott Propheten schickt, durch die er seine Wahrheiten offenbart.

Eine der bekanntesten handelt von Abraham, also Ibrahim, dem „Stammvater“ der Juden, Christen und Muslime. Schon als Kind lernte ich sie im Religionsunterricht, und sie begründete meine tiefe Ablehnung jeder Idee, die es für „gottgewollt“ („Deus lo vult“) halten kann, Menschen zu töten, aus was für Gründen auch immer!

Die Tatsache, daß sich Menschen „auf Gott berufen“ und andere Menschen töten, ist für mich einfach unfaßbar, denn jeder, der so etwas tut, bricht schon das Erste Gebot („Du sollst den Namen Deines Gottes nicht mißbrauchen“). So viel Schönes steht in unseren Heiligen Büchern (Thora, Neues Testament, Koran, Veden und wie sie alle heißen). Wie kann es nur sein, daß es immer wieder sogenannten „Schriftgelehrten“ gelingt, uns gegeneinander auszuspielen und „im Namen Gottes“ Menschen zu töten („gladio peribunt“)?

Und ich dachte an diese Geschichte, die ich im Religionsunterricht lernte (1. Buch Mose = Genesis 22, 1-10) – und meine eigene Fortsetzung, die sie interpretiert und bekräftigt:

>Abraham! Um Himmels Willen, Abraham!

„1 Nach diesen Begebenheiten geschah es, da prüfte Gott Abraham und sprach zu ihm: ‚Abraham, Abraham!‘ Er antwortete: ‚Hier bin ich!‘ 2 Da sprach er: ‚Nimm deinen Sohn, deinen einzigen, den du lieb hast, den Isaak, und gehe in das Land Morija und bringe ihn dort auf einem der Berge, den ich dir sagen werde, als Brandopfer dar!‘ 3 Abraham stand früh am anderen Morgen auf, sattelte seinen Esel, nahm zwei Knechte mit sich und seinen Sohn Isaak. Nachdem er Holz zum Brandopfer gespalten hatte, brach er auf und begab sich nach dem Ort, den ihm Gott gesagt hatte.

4 Am dritten Tag erhob Abraham seine Augen und sah den Ort von ferne. 5 Da sagte Abraham zu den Knechten: ‚Bleibt mit dem Esel hier! Ich und der Junge wollen dorthin gehen, um anzubeten, dann kehren wir zu euch zurück.‘ 6 Darauf nahm Abraham das Holz zum Brandopfer und lud es seinem Sohne Isaak auf; er aber nahm das Feuer und das Messer in seine Hand. So gingen sie beide miteinander.

7 Da sprach Isaak zu Abraham, seinem Vater: ‚Mein Vater!‘ Er antwortete: ‚Ja, mein Sohn!‘ Der sagte: ‚Siehe, da ist das Feuer und das Holz, wo ist denn das Lamm

¹³³ Warum denke ich jetzt wieder an Amritsar und seinen goldenen Tempel?

zum Brandopfer?' 8 Abraham erwiderte: ‚Gott wird sich das Lamm zum Brandopfer schon ansehen, mein Sohn.‘ So gingen sie beide miteinander.

9 Als sie an den Ort kamen, den Gott ihm gesagt hatte, baute Abraham den Altar, schichtete das Holz auf, band seinen Sohn und legte ihn auf den Altar, oben auf das Holz. 10 Dann nahm er das Messer, um seinen Sohn zu schlachten“ (Gen 22, 1-10).

In diesem Augenblick trat Satan vor Gott und sprach: „Großer Gott! Siehst Du, wozu die Menschen fähig sind? In Deinem Namen und zu Deiner Ehre sind sie sogar bereit, ihre Kinder zu töten! Was, glaubst Du, werden sie erst mit den Kindern ihrer Feinde tun?“

Gott antwortete: „Siehe, Du hast wieder einmal nichts verstanden! Ich werde Dir und allen beweisen, wie groß und gütig ich bin. Ich werde der erste Gott sein, der keine Menschenopfer mehr will! Ich will denjenigen, die bereit sind, mir das Liebste zu opfern, ihr Liebstes schenken. Ab heute soll keine Angst mehr herrschen vor mir, der ich so groß bin, alles zu geben und alles zu nehmen.

Befreien will ich die Menschen vor ihrer schrecklichen Furcht vor schrecklichen Göttern, die Menschenopfer fordern. Ab jetzt soll die Liebe oberstes Gebot sein!“

Während Gott dies sprach, hatte Abraham seinem Sohn Isaak die Kehle durchgeschnitten. Er hatte sein Liebstes, das Gott ihm geschenkt hatte, für Gott geopfert, weil er es von ihm verlangt hatte.

„Abraham! Abraham! Was hast Du getan?“, rief Gott ihn entsetzt an. „Herr! Ich tat, was Du von mir verlangt hast!“

Satan lachte laut auf. „Großer Gott! Siehst Du jetzt, wozu Menschen fähig sind? Habe ich es Dir nicht immer gesagt? In Deinem Namen und zu Deiner Ehre sind sie sogar bereit, ihre eigenen Kinder zu töten! Was, glaubst Du, werden sie erst mit den Kindern ihrer Feinde tun?“<

So ging meine Geschichte, die ich vor vielen Jahren einmal geschrieben hatte. Im Fach

„Religion“ hatte ich immer eine Eins, bis statt dessen „aus Lehrermangel nicht erteilt“ auf meinem Zeugnis stand. Hans Roth wollte damals Religionslehrer sein ...

Karfreitags fallen mir immer solche Sätze ein wie: „Ihr habt gehört, daß gesagt ist: ‚Liebe Deinen Nächsten und hasse Deinen Feind.‘ Ich aber sage Euch: **Liebet Eure Feinde** und tut denen Gutes, die Euch hassen, und betet für die, die euch verfolgen, damit Ihr Söhne Eures Vaters im Himmel werdet, denn er läßt seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte. Wenn Ihr nämlich nur die liebt, die Euch lieben, welchen Lohn habt Ihr dafür? Machen nicht auch die Zöllner dasselbe? Und wenn Ihr nur Eure Brüder grüßt, was tut Ihr da Besonderes? Tun das nicht auch die Heiden? Seid Ihr also vollkommen, wie Euer himmlischer Vater vollkommen ist.“¹³⁴

Friedrich August Freiherr von der Heydte betete und betete und betete – so schrieb er jedenfalls in seinen Memoiren „**Muß ich sterben, will ich fallen**“. Ein Zeitzeuge erinnert sich¹³⁵. Und er schrieb darin von seinen vielen Schlachten, auch **in Begleitung der Waffen-SS** noch nach der Landung der Alliierten in der Normandie („**Befehl ist Befehl**“¹³⁶; s.o.¹³⁷).

¹³⁴ Mt 5, 43-48

¹³⁵ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

¹³⁶ vgl. Fritz Bauer: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“, Stuttgart 1965 (Europäische Verlagsanstalt)

¹³⁷ siehe Anne Frank und Friedrich August Freiherr von der Heydte zur gleichen Zeit – sie wurde 15, er 87 Jahre alt

Das Alles ist mir völlig unverständlich: Wie kann man sich so als „katholischen Christen“ begreifen?

Daß man es als „Christ“ sogar unter Umständen für „**sittlich geboten**“ halten könne, Menschen **zu foltern**, hatte ich bis dahin für undenkbar gehalten. Das Buch „Der Staat – Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie“¹³⁸ belehrte mich. Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident **Ernst Albrecht** - der jüngst verstorbene Vater unserer jetzigen Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Nachfolgerin von Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Enkel des gleichnamigen parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeskanzleramt während der Amtszeit von Kurt Georg Kiesinger¹³⁹ - schreibt darin: „Wenn es z.B. etabliert wäre, daß ein bestimmter Kreis von Personen über moderne Massenvernichtungsmittel verfügt und entschlossen ist, diese Mittel innerhalb kürzester Frist zu verbrecherischen Zwecken einzusetzen, und angenommen, dieses Vorhaben könnte nur vereitelt werden, wenn es gelingt, rechtzeitig den Aufenthaltsort dieser Personen zu erfahren, so kann es sittlich geboten sein, diese Information von einem Mitglied des betroffenen Personenkreises auch durch Folter zu erzwingen, sofern dies wirklich die einzige Möglichkeit wäre, ein namenloses Verbrechen zu verhindern. Nach dem, was gerade unsere Zeit wieder an Unmenschlichkeiten erlebt hat, fällt es schwer, auch nur diese kleine Tür für Eingriffe in das zur Erörterung stehende Grundrecht zu öffnen. Eine theoretische Analyse kann jedoch zu keinem anderen Ergebnis gelangen. Für die anderen, nicht absoluten Rechte erster Ordnung gelten entsprechende Überlegungen.“¹⁴⁰

Eine von Hans Roth behauptete „Folter-Ausbildung bei der Bundeswehr“¹⁴¹ war für mich undenkbar gewesen, und folternde „Christen“ auch. Aber: „Gladio peribunt“¹⁴². Immer wieder hat Hans Roth von „Gladio“ geschrieben. Eine theoretische Analyse ...

Karfreitag 2015: Klage und Trauer ...

8. „Ein heilsamer Schock“? Und noch ein Ritter vom Heiligen Grabe ...

Zugegeben: Es muß der Eindruck entstehen, daß ich „vom Hölzken aufs Stöcksken“ komme. Wieso denn nun Ernst Albrecht?

Nun, auch, weil im diesjährigen Karneval von ihm die Rede gewesen war. Dann aber auch, weil ich mich in die Zeit von „Der Freiherr und der Citoyen“, also von Friedrich August Freiherr von der Heydte und Hans Roth, einarbeitete. Das **Oktoberfestattentat vom 26.9.1980 ereignete sich nur wenige Tage vor der Wahl, in der Franz Josef Strauß Bundeskanzler werden wollte**, und der Film „Der Kandidat“ nach dem Drehbuch von Stefan Aust von Alexander Kluge u.a. zeigt den Kanzlerkandidaten und Ernst Albrecht so einträchtig neben- und so begeistert voneinander, daß ich mehr von Ernst Albrecht wissen wollte.

¹³⁸ Ernst Albrecht: „Der Staat – Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie“, Stuttgart-Degerloch 1976 (Seewald Verlag)

¹³⁹ Stefanie Waske: „Nach Lektüre vernichten. Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“, München 2013 (Carl Hanser Verlag); darüber schreibt sie in der Zeit: <http://www.zeit.de/2012/49/Spionage-CDU-CSU-Willy-Brandt>

¹⁴⁰ Ernst Albrecht: „Der Staat – Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie“, Stuttgart-Degerloch 1976 (Seewald Verlag), S. 174

¹⁴¹ „Dokumentation zu Hans Roth“. „Es gab nie einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln“: http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappe1.pdf; S. 12 und 13

¹⁴² <http://www.heise.de/tp/foren/S-Gladio-das-bestgehuete-Geheimnis-Europas/forum-152348/msg-26023808/read/>?



143

Auf der Seite der Konrad-Adenauer-Stiftung¹⁴⁴ entdeckte ich die Literaturangabe „Ernst Albrecht: Der Staat – Idee und Wirklichkeit, Stuttgart 1976“ ebenso wie im Buch „Sturmfest und erdverwachsen. Schwarze Geschichten über Ernst Albrecht und die CDU“¹⁴⁵. Im Steidl-Verlag erschien im Wahljahr 1980 das Buch von Wolfgang Bittner (Schriftsteller), Hasso Düvel (Gewerkschaftssekretär), Werner Holtfort (Rechtsanwalt) und Eckart Spoo (Journalist) mit grausigen Informationen und anderen „Fällen“ wie Hans Roth. Und es wurde eben aus „Der Staat – Idee und Wirklichkeit“ zitiert; der Titel erinnerte mich an Goethes „Dichtung und Wahrheit“. Weil ich es schier nicht glauben wollte, hatte ich mir auch das Buch von Ernst Albrecht ausgeliehen, über das am 2.8.1976 schon der Professor der Politikwissenschaft Ulrich Lohmar im Spiegel schrieb, ohne den Begriff „Folter“ zu erwähnen. Dafür kritisiert er in seinem Artikel über das Buch einige Gedankengänge, die mir inzwischen schon von von der Heydtes „Abendländlern“ mehrfach angetragen wurden:

„Ihm geht es darum, die von ihm vermuteten Vorzüge der Herrschaft weniger mit der Volksherrschaft in der Demokratie zu verbinden, also mehr aristokratische Elemente in das politische System unseres Staates einzufügen. Denn er registriert, daß ‚in der reinen Volksherrschaft aus Wesensgründen stets nur ein durchschnittliches Maß an Einsicht zum Tragen kommen‘ kann. Insbesondere stören ihn die ‚Unvollkommenheitsfaktoren Unvernunft, Selbstsucht, Trägheit‘. Die Parteien finden seine eher skeptische Aufmerksamkeit: ‚Gerade über die Parteien und den Parteienhader ist viel gescholten worden und nicht zu Unrecht. Parteien sind höchst unvollkommene Gebilde. Wie schon ihr Name sagt, sind sie ein Element der Zwietracht‘.“¹⁴⁶

Ähnliches hatte ich ja schon in der Titelgeschichte in

DER SPIEGEL 47/1962

¹⁴³ Stefan Aust, Alexander Kluge u.a.: „Der Kandidat“, ARTHAUS, DVD; leider nicht im Handel erhältlich, aber über Fernleihe zu bestellen

¹⁴⁴ <http://www.kas.de/wf/de/71.8396/>

¹⁴⁵ Wolfgang Bittner, Hasso Düvel, Werner Holtfort und Eckart Spoo: „Sturmfest und erdverwachsen. Schwarze Geschichten über Ernst Albrecht und die CDU“, Göttingen 1980 (Steidl Verlag)

¹⁴⁶ Ulrich Lohmar über Ernst Albrecht: „Der Staat - Idee und Wirklichkeit“. Dienst, Einsatz, Ordnung“, in DER SPIEGEL 32/1976 vom 2.8.1976: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41210810.html>



147

über das „Manifest der Abendländischen Akademie“ von Dr. Gerhard Kroll¹⁴⁸ gelesen, das ich inzwischen auch im Original aus der **Kölner Diözesan-Bibliothek** lesen konnte – besser: mußte.

Ein Photo des Doktors fand ich im von mir als Familienalbum der „Katholischen Familie“ empfundenen Buch „20 años/années/years/Jahre C.E.D.I.“ aus dem „**Haus des Ostens**“ in München von Georg von Gaupp-Berghausen¹⁴⁹,



150

wie vorher schon die von Generalissimo Franco¹⁵¹, Friedrich August Freiherr von der Heydte¹⁵² und Franz Josef Strauß¹⁵³ (s.o.)¹⁵⁴ u.v.a.m.

Besonders beeindruckte mich die Tatsache, daß die bereits oben mehrfach erwähnten Herren Wenger und Roegele vom „**Rheinischen Merkur**“ und auch ein Dr. Gustav Canaval von den „Salzburger Nachrichten“ sowohl als Redner im CEDI auftraten als auch als Vertreter der Presse benannt sind und – natürlich dementsprechend kritische - Artikel über diese Versammlungen mit Franco

¹⁴⁷ „Der General-Anzeiger“, Titelgeschichte des SPIEGEL 47/1962 vom 21.11.1962 zur „Spiegel-Affäre“, S. 55-66: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45124776.html>

¹⁴⁸ Dr. Gerhard Kroll: „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951 (Neues Abendland)

¹⁴⁹ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971

¹⁵⁰ a.a.O., S. 114

¹⁵¹ a.a.O., S. 507

¹⁵² a.a.O., S. 41 und 57; als erster „rapporteur“ Deutschlands auf S. 24 genannt

¹⁵³ a.a.O., S. 372

¹⁵⁴ S.



155

Martín Artajo¹⁵⁶, Otto von Habsburg¹⁵⁷, dem späteren König Juan Carlos,



Entrant au Palais des Congrès: Georg von Gaupp-Berghausen, Fermin Zelada, Juan-Carlos de Borbón, Prince d'Espagne et le Ministre de l'Information, Alfredo Sánchez Bella, Président de la Section espagnole du CEDI

158

Friedrich August Freiherr von der Heydte,

¹⁵⁵ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971, S. 507

¹⁵⁶ vgl. Carlos Collado Seidel, UNED: „En defensa de occidente. Perspectivas en las relaciones del régimen de Franco con los gobiernos democristianos de Alemania (1949-1966)“, Bd. 2, S. 475-492, S. 481: Brief von Friedrich August Freiherr von der Heydte an Martín Artajo vom 19.10.1953: „España es la conciencia católica de Europa.“ = Spanien ist das katholische Gewissen Europas.“

¹⁵⁷ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel). „Dem Vorkämpfer für die Einheit eines christlichen Europas Dr. Otto von Habsburg in Treue und Ergebenheit“

¹⁵⁸ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971, S. 636



Les participants au IIe Congrès international

159

Franz- Josef Strauß



Alberto Martin-Artajo, Franz Joseph Strauss, Manuel Fraga Iribarne et Dr. Franz Heubl

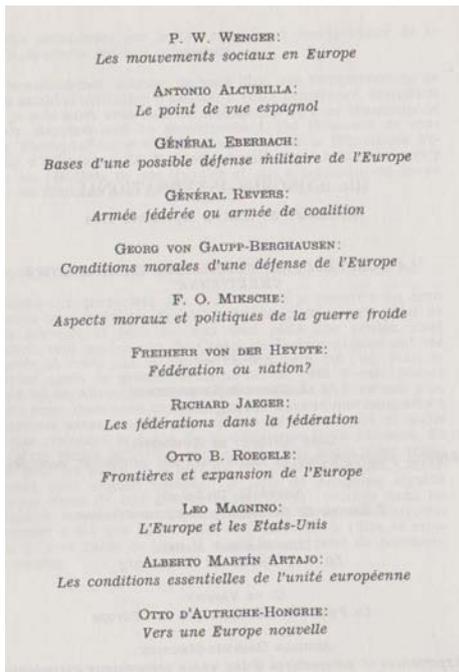
160

und so vielen Anderen mehr schrieb.

So fand ich die Herren Wenger und Roegle vom „Rheinischen Merkur“ sowohl auf einer Liste mit Redebeiträgen (P. W. Wenger: „Les mouvements sociaux en Europe“ und Otto B. Roegle: „Frontières et expansion de l'Europe“, neben den deutschen Beiträgen von Panzergeneral Eberbach, Friedrich August Freiherr von der Heydte und Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger),

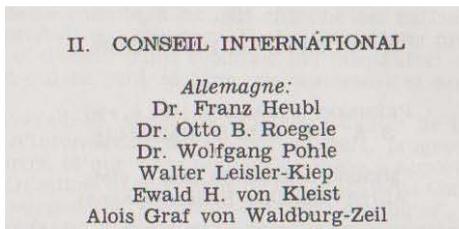
¹⁵⁹ a.a.O., S. 22

¹⁶⁰ a.a.O., 412



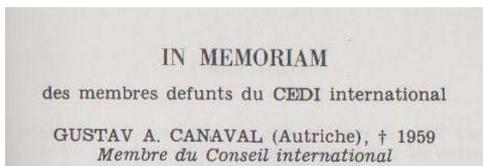
161

als auch auf dieser Mitgliederliste des „Conseil International“ (zusammen mit Franz Heubl, Wolfgang Pohle, Walter Leisler-Kiep, Ewald H. von Kleist und Alois Graf von Waldburg-Zeil),



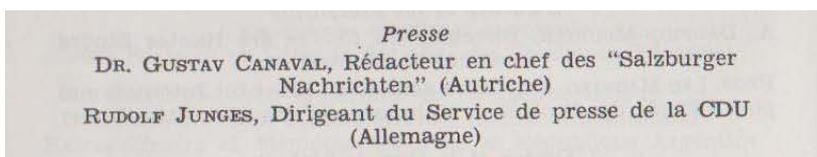
162

und Dr. Gustav Canaval fand sich sowohl unter „In memoriam des membres defunts du CEDI international“, also als verstorbenes Gründungsmitglied des CEDI



163

als auch unter „Presse“ [zusammen mit Rudolf Junges, der „Dirigeant de Service de presse de la CDU (Allemagne)“ genannt wird]



164

¹⁶¹ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971, S. 50

¹⁶² a.a.O., S. 18

¹⁶³ a.a.O., S. 5

¹⁶⁴ a.a.O., S. 38

sowie auf einem Photo neben Otto von Habsburg.



165

Ein Familienalbum eben. Auf S. 15 fand ich eine Grußbotschaft von Papst Paul VI. und sah die Teilnehmer dann auch in Santiago de Compostella.



166

„Ich bin dann mal weg“ hätte ich am liebsten nach der Lektüre eines Artikels gesagt, der mein Blut erstarren ließ. In der **Berliner Morgenpost vom 12./13.4.1968** stehen unter dem Namenskürzel „St“ auf S. 2 u.a. folgende Zeilen:

„Nach einer strengen Bestrafung des Täters und schneller Ermittlung etwaiger Hintermänner zu rufen ist selbstverständlich. Doch dieser Ruf reicht nicht aus. Das Verbrechen an Rudi Dutschke weist auf eine gemeingefährliche Radikalisierung unseres politischen Lebens. Hier sollten alle, Freunde und Gegner Dutschkes, über politische Abgründe und bittere Meinungsverschiedenheiten hinweg sich in dem Willen

¹⁶⁵ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971, S. 39

¹⁶⁶ a.a.O., S. 59

zusammenfinden, die brutale Gewalt aus der ideologischen und politischen Auseinandersetzung zu verbannen.

Es darf niemals zu dem zynischen Schluß kommen, daß Rudi Dutschke Opfer jener dämonischen Gewalttätigkeit wurde, die in Memphis Martin Luther King und in Vietnam deutsche Ärzte ermordete und von der sich Rudi Dutschke selbst nicht immer überzeugend distanzierte, wenn man an sein Schweigen zu den barbarischen Taten des Vietkong denkt. Diese Zeilen werden geschrieben, während die Ärzte des Westend-Krankenhauses um das Leben Dutschkes ringen. Da bleibt nur der Wunsch: Möge Rudi Dutschke gerettet werden! Möge das Verbrechen gegen ihn ein heilsamer Schock im Sinne der Entgiftung unseres politischen Lebens sein. ...¹⁶⁷



Es war die Formulierung „**heilsamer Schock**“, die mir das Blut in den Adern gefrieren und mir die vorhergehenden Zeilen „Es darf niemals zu dem zynischen Schluß kommen, daß Rudi Dutschke Opfer jener dämonischen Gewalttätigkeit wurde, die **in Memphis Martin Luther King** und in Vietnam deutsche Ärzte ermordete und von der sich **Rudi Dutschke** selbst nicht

¹⁶⁷ „Das Verbrechen“; in „Berliner Morgenpost“ vom 12./13.4.1968, S. 2:
<http://www.medienarchiv68.de/dl/207986/3443.jpg.pdf>

immer überzeugend distanzierte“ wie einen rhetorischen Dreh erscheinen ließ. Es erinnerte mich an die Formulierung „Frühes Blut vermeidet viel Blut.“¹⁶⁸

Auf den Artikel war ich auf der Suche nach einem Namen gestoßen. In „Verschwörung im Namen des Kreuzes“ von Egmont R. Koch und Oliver Schröm standen einige Namen von „Rittern vom Heiligen Grabe“, darunter „Hans-Peter Scherrer, Axel-Springer-Verlag, Ritter“¹⁶⁹ (auf der gleichen Seite steht der Freiherr als „Großkreuzritter“). Und dieser H.-P. Scherrer steht als „Verlagsleitung: H.-P. Scherrer“ oben links über dem oben zitierten Artikel.

In der „Welt am Sonntag“ vom 29.10.1967 schrieb William S. Schlamm „seine Meinung“,

Dutschkismus...

In seinem wieder lesenswerten Buch „Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ beschäftigt sich Lenin mit der Gesetzmäßigkeit, die neuerdings von paar hundert deutsche Studenten und ein paar Dutzend Literaten befallen hat. Von Dutschkismus hat Lenin freilich noch nichts gewußt; der blüht erst zum 30. Geburtstag der Leninschen Revolution auf. Aber der strenge Schulmeister der Revolution hätte sich in unserem zeitgenössischen Kindergarten ausgezeichnet: Es handelt sich da um einen Wiederaufbruch jenes „Radikalismus“, der schon vor 45 Jahren Lenins Kommunismus beinahe durcheinandergebracht und verpatzt hätte.

Der Dutschkismus ist eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Daß diese Mittel zumeist kindisch sind, macht sie nicht erträglicher. Die von der Kinderkrankheit Befallenen haben kuriiert zu werden. Niemand hat die Absicht, den Herren Dutschk den Hang zur „Diktatur des Proletariats“ auszutreiben. Man hat ihnen bloß beizubringen, daß Politik nicht mit anderen Mitteln fortgesetzt wird. Revolutionen sind ernste Angelegenheiten, und Kinderleien werden da einfach nicht geduldet. Die Herren Dutschke und Konsorten werden sich daran zu gewöhnen haben, daß die Revolution nicht ohne ernste Risiken für alle Beteiligten zu machen ist, und keinesfalls mit kindischen „Happenings“. Den bewaffneten Aufstand kann man ihnen nicht erparen, wohl aber die weißen Mäuse.

Denn der einfallsreiche Dr. Goebbels hat mit seinen weißen Mäusen die „Happenings“ vorgezogen. Ich erinnere mich noch sehr genau an die Uraufführung des Films „Im Westen nichts Neues“, bei der die Berliner Nazis weiße Mäuse losließen. „Man wird doch wohl noch ge-

waltlosen Spaß haben dürfen“, meinte Dr. Goebbels. Und die Polizei des Herrn Severing, eines braven Sozialdemokraten, war in der Tat eher verlegen: Kann man denn politisch eingreifen, wenn Politik mit anderen Mitteln fortgesetzt wird? An dieser Frage wäre die Weimarer Republik schon im Jahre 1931 beinahe zugrunde gegangen. Daß sie noch zwei Jahre länger lebte, lag daran, daß sich der „Reichsbanner“ auf den Witz mit den weißen Mäusen auf die Dauer nicht ein-

die ersten Probleme der modernen Gesellschaft mit hämischem Klamauk und aggressiver Allotria zu lösen. Persönlich zweifle ich nicht daran, daß es dem Herrn Dutschke sehr ernsthaft um soziale Revolution geht; aber da muß man ihm eben helfen, sich von der faschistischen Allotria zu befreien, und den bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Unterhalb dieser Schwelle ist die Sache nicht zu machen.

Mit anderen Worten, man hat den Revolutionären die kindischen Spillchen auszutreiben, und zwar, indem man sie ernst nimmt. Wer weiße Mäuse in einem überfüllten Theater ausläßt und mit diesem Witz eine Politik auszuüben versucht, hat mindestens wegen „Erregung öffentlichen Argernisses“ belangt zu werden. Wer einen Stand auf der Buchmesse überfällt, hat sich wegen Zerstörung fremden Eigentums und wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu verantworten.

Dem Staatsanwalt ist doch recht wohl bekannt, was mir bekannt ist: daß die Dutschkisten, in blenden Laune, Überfälle auf Personen und Angriffe auf fremdes Eigentum vorbereiten. Den jungen Leuten soll nicht ihre gute Laune, aber auf jeden Fall die Möglichkeit genommen werden, sich strafwürdig zu machen. Der Staatsanwalt wird nämlich keineswegs nur dafür bezahlt, ein Vergehen gegen das Strafgesetz zu bestrafen, sondern er hat dem Vergehen vorzubeugen. Ein ordentlicher Staat darf nicht zulassen, daß sich Kinderleien in Verbrechen auswachsen. Vielmehr müssen die Kindsköpfe rechtzeitig aufs Strafgesetz stoßen.

Es wird sich dabei herausstellen, daß einige dieser Kindsköpfe sich schon sehr ernsthafte Gedanken über echte Revolution

machen. Um so besser. Ernsthafte Revolutionäre können gar nicht früh genug mit den Konsequenzen der Revolution konfrontiert werden. Die Dutschkes haben nicht weniger, aber auch nicht mehr ein Recht auf Revolution, als die Gesellschaft ein Recht auf Selbstverteidigung besitzt. Eine echte Revolution hat sich im ernsthaften Konflikt dieser beiden Rechte zu bewähren. Revolutionen sind ein viel zu ernstes

und viele seiner Ideen und Worte sind mir inzwischen häufiger begegnet; besonders die „Laune“ und „die Schwelle“, unter der etwas nicht zu machen sei. William S. Schlamm schreibt: „Es wird sich dabei herausstellen, daß einige dieser Kindsköpfe sich schon sehr ernsthafte Gedanken über echte Revolution machen. Um so besser. Ernsthafte Revolutionäre können gar nicht früh genug mit den Konsequenzen der Revolution konfrontiert werden. Die Dutschkes haben nicht weniger, aber auch nicht mehr ein Recht auf Revolution, als die Gesellschaft ein Recht auf Selbstverteidigung besitzt. Eine echte Revolution hat sich im ernsthaften Konflikt dieser beiden Rechte zu bewähren. Revolutionen sind ein viel zu ernstes

¹⁶⁸ Ulrich Chausssys: „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“, Feature, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5, 11:05 Uhr; siehe S.

¹⁶⁹ Oliver Schröm und Egmont R. Koch: „Verschwörung im Zeichen des Kreuzes. Die Ritter vom Heiligen Grabe“, München 2002 (Orbis Verlag), Sonderausgabe. Titel der Originalausgabe: „Das Geheimnis der Ritter vom Heiligen Grabe“, Hamburg 1995 (Hoffmann und Campe), S. 284

¹⁷⁰ William S. Schlamm: „Dutschkismus“, in: „Welt am Sonntag“ vom 29.10.1967, „William S. Schlamm sagt seine Meinung“: <http://www.medienarchiv68.de/dl/203745/1343.jpg.pdf>

Geschäft, um Kindsköpfen überlassen zu werden. Wer den Aufstand als ‚Happening‘ übt, hat wegen Erregung eines öffentlichen Ärgernisses rechtzeitig unterrichtet zu werden.“

„Die Gesellschaft“ hat ein „Recht auf Selbstverteidigung“? Gegen wen und mit welchen Mitteln?

„Endlich! Schnellgerichte gegen die Rädelsführer!

Erstes Urteil: 7 Monate Gefängnis ohne Bewährung

München/Hamburg, 17. April

Die Justizminister der Länder wollen jetzt endlich hart gegen die Randalierer durchgreifen!

Ein erster Anfang wurde in München gemacht: Der 27 Jahre alte Goldschmied Gerhard Rotmann wurde wegen Aufruhrs zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Er hatte sich an einer SDS-Aktion gegen den Verlag beteiligt, in dem die BILD-Zeitung gedruckt wird. Die übrigen Randalierer – 151 waren in München festgenommen worden – sollen in Schnellgerichtsverfahren verurteilt werden.

Der bayrische Innenminister Dr. Bruno Merck erklärte: ‚Es ist zu begrüßen, daß die Justiz rasch handelt. Es ist notwendig und richtig, daß die Ausschreitungen durch die im Gesetz vorgesehenen Strafen gesühnt werden.‘¹⁷¹

Der Sprecher des bayrischen Innenministeriums von Mosch: ‚Wer bei Krawallen Barrikaden baut oder mit Steinen wirft, macht sich des schweren Landfriedensbruchs schuldig. Darauf steht als Regelstrafe Zuchthaus.‘

Bundeskanzler Kiesinger empfing Spitzenpolitiker von CDU und SPD, darunter Außenminister Brandt, der gerade aus Afrika zurückgekehrt war. Brandt sagte: ‚Macht m it den Gewalttätigkeiten Schluß!‘ Zur vorläufigen Festnahme seines Sohnes wollte er nicht Stellung nehmen.

Für die CDU erklärte Felix von Eckardt, der frühere Sprecher der Bundesregierung: ‚Was wir hier erlebt haben, war Terror und Rebellion. Wir werden uns das nicht länger gefallen lassen.‘ Lesen Sie weiter auf der letzten Seite: Aufruhr wird hart bestraft

Sagt nicht immer Studenten ...

Es sind Berufsrevolutionäre!

‚Krawallmacher‘ soll BILD schon vor langer Zeit die Demonstranten genannt haben. Und ‚Halbstarke‘.

Nun hatten wir die Herren ja vor der Tür. Sitzend und schreiend. Ohne Gewalt und mit Gewalt. Mit Feuer und Steinen. Und wir fragten uns: Sind das wirklich alles Studenten?

Wir sahen uns die von der Polizei festgenommenen Demonstranten an. Und siehe da, diese harmlosen ‚Friedensfreunde‘, die im Fernsehen immer nur dann gezeigt werden, wenn sie von der Polizei Prügel kriegen, hatten Schlagringe, stehende Messer, Eisenstangen und was man sonst noch bei einer Demonstration so braucht: Natürlich nicht, um damit gewalttätig zu werden, aber vielleicht, um sich damit die Nägel sauberzumachen. Oder um die hartgekochten Eier damit aufzuklopfen.

Und dann haben wir uns erkundigt, wie viele der vor unserem Hause Sitzengebliebenen denn nun tatsächlich studieren. Wenn es ein Drittel ist, dann ist das reichlich geschätzt. Die anderen sind zum Studieren zumindest zu jung.

Es sind Schüler. Und Halbstarke. Und Krawallmacher. Und genau das hatte BILD schon vor Monaten geschrieben.

Und schon vor Monaten hatte die gleiche BILD-Zeitung darum gebeten: ‚Werft die Studenten nicht in einen Topf!‘ Die gleiche Bitte wiederholen wir heute. Trotz oder gerade wegen der Brände und Verwüstungen.

Die Mehrheit der deutschen Studenten will lernen und nicht zerstören. Die Mehrheit der deutschen Studenten will eine bessere Universität und keinen Terror auf der Straße.

¹⁷¹ Der bayerische Innenminister sollte mir später noch einmal begegnen ...

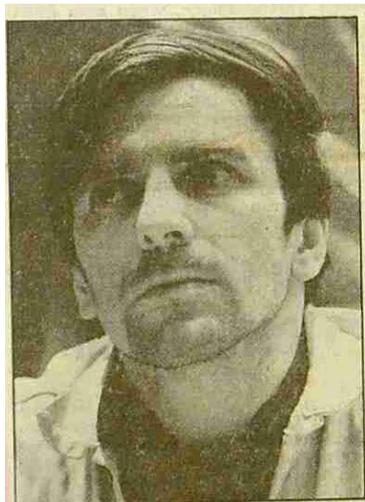
4.4.1968 erschossen, Rudi Dutschke am 12.4.1968 mit drei Schüssen in Kopf, Brust und Beine schwerst verletzt – ein Wunder, daß er überlebte.

Und wie wurde über Opfer, Täter, Ursachen und Folgen berichtet? Das eine Opfer war kein Bürgerrechtler, sondern ein „Negerführer“ (Südafrika wurde noch für weitere 24 Jahre von „Weißen“ regiert und Nelson Mandela saß fast ebenso lange als „Terrorist“ im Gefängnis),



174

das andere Opfer ein „SDS-Ideologe“,



Von Revolverschüssen lebensgefährlich verletzt: der 28jährige SDS-Ideologe Rudi Dutschke.

175

¹⁷³ William S. Schlamm: „Dutschkismus“; in: „Welt am Sonntag“ vom 29.10.1967, „William S. Schlamm sagt seine Meinung“: <http://www.medienarchiv68.de/dl/203745/1343.jpg.pdf>

¹⁷⁴ „Rassenunruhen fordern fünf Tote“, in: „Berliner Morgenpost“, 12./13.4.1968, Seite 1: <http://www.medienarchiv68.de/dl/207996/3448.jpg.pdf>

¹⁷⁵ „Einhellige Empörung über Schüsse auf Rudi Dutschke. Attentat am Kurfürstendamm – Täter noch nicht identifiziert“, in: „Berliner Morgenpost“, 12./13.4.1968, Seite 1: <http://www.medienarchiv68.de/dl/207996/3448.jpg.pdf>



176

und mitten in diese grauerregende Szenerie schickte Springer die Schlagzeilen „**Endlich! Schnellgerichte gegen die Rädelsführer! Erstes Urteil: 7 Monate Gefängnis ohne Bewährung**“.

„Rädelsführer“ – wo hatte ich dieses Wort schon einmal gelesen? Ich erinnerte mich: in Ulrich Chaussys Feature „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“¹⁷⁷. Ulrich Chaussy berichtete vom „Hilfeschrei“ des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn in der erregten Bundestagsdebatte zur „Partisaneaffäre“ vom 23.10.1952, nachdem beim „**Bund Deutscher Jugend / Technischer Dienst (BDJ/TD)**“ eine „**Proskriptionsliste**“ mit 80 Namen **innenpolitischer Gegner** gefunden worden war, „die im Fall des Einmarsches russischer Truppen **liquidiert** werden sollen“¹⁷⁸ mit Namen u.a. von SPD Abgeordneten. Georg August Zinn zitierte aus einem beschlagnahmten Dokument des BDJ/TD:

„Es trägt die Aufschrift **Maßnahmen zur Bekämpfung innerer Unruhen**‘. Dieses Dokument sieht in zwei getrennten Teilen Maßnahmen vor für die Zeit vor dem Fall X, das heißt vor dem Einmarsch einer fremden Macht, in Friedenszeiten, und Maßnahmen im Fall X. Ich zitiere die Maßnahmen für die Zeit vor dem Fall X: Personenverzeichnisse mit Aufenthalts Orten gefährlicher Elemente aufstellen. **Feststellung der gegnerischen Rädelsführer und deren Charakteristik**. Unterricht im Waffengebrauch. Sprengmitteln zum Soforteinsatz und so weiter. Sofortige Festnahme bekannter Gegner. Nimmt eine Menge eine feindselige Haltung ein, dann Handgranaten oder Leuchtraketen auf die meist hinten stehenden Einpeitscher richten. Schreckschüsse unbedingt vermeiden. Zielen auf die Beine hat größte moralische Wirkung. Alle Anfangsmaßnahmen hart und entschlossen durchführen. **Frühes Blut vermeidet viel Blut**.“¹⁷⁹

Daran mußte ich bei dem Wort „Rädelsführer“ denken. Was für eine schreckliche Sprache. Wie konnten Zeitungen so über Opfer von Mordanschlägen schreiben? Martin Luther King kämpfte für Bürgerrechte, die Studenten demonstrierten gegen den schrecklichen Krieg in Vietnam, mit Agent Orange und Flächenbombardements mit Napalm – aber der Eine war ein „Negerführer“ und der Andere ein „SDS-Ideologe“, und beide verursachten

¹⁷⁶ „Einhellige Empörung über Schüsse auf Rudi Dutschke. Attentat am Kurfürstendamm – Täter noch nicht identifiziert“, in: „Berliner Morgenpost“, 12./13.4.1968, Seite 1: <http://www.medienarchiv68.de/dl/207996/3448.jpg.pdf>

¹⁷⁷ Ulrich Chaussys: „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“, Feature, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5, 11:05 Uhr

¹⁷⁸ a.a.O.

¹⁷⁹ a.a.O.

„Aufstände“ und „innere Unruhen“; wofür bzw. wogegen war völlig egal. Der Tatbestand, daß jemand rebellierte, an sich schien schon kriminell: **„Wer den Aufstand als ‚Happening‘ übt, hat wegen Erregung eines öffentlichen Ärgernisses rechtzeitig unterrichtet zu werden.“**¹⁸⁰

Und das war „die freie Presse“ im „Freien Westen“?

Immer hatte ich mich gefragt, wie es zu Veröffentlichungen kommen konnte, die Stimmung gegen Hans Roth machten bzw. von solcher „Stimmungsmache“ berichteten.

1. „CDU: Einfluß der **Linksradikalen** wird in Hessen immer stärker“ („Gießener Allgemeine Zeitung“ vom 31.8.1974),
2. „Wie man in den Ruch kommt, ein **Aussätziger** zu sein. Der ehemalige Atommanager Klaus Traube berichtet über den hartnäckigen Kampf des gelehrten Lehrers Hans Roth um sein Recht“ („Frankfurter Rundschau“ vom 12.11.1977)
3. „Eltern wollten ihr Kind nicht von dem **‚Kommunisten‘** unterrichten lassen“ („Frankfurter Rundschau“ vom 12.11.1977) und
4. „**DKP-Lehrer** abgewiesen. ‚Bewerber **fehlt die beamtrechtlich nötige Eignung**‘“ („Darmstädter Echo“ vom 13.1.1978).¹⁸¹

Nun mußte ich erfahren, daß manch ein Autor, Journalist und Verlagsleiter auch zum erlesenen Kreis der „Abendländler“, der „Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem“ zählte und „Berichterstatte“ des CEDI im El Escorial war und sich nicht nur alljährlich in trauter Runde mit der „Katholischen Familie“ versammelte, um deren Einfluß geltend zu machen.

Friedrich August Freiherr von der Heydte („Der moderne Kleinkrieg ...“¹⁸²) war so groß und mächtig – wie konnte es nur sein, daß ihn und das CEDI kaum jemand kannte?

Das konnte kein Zufall sein. Im Kapitel „Die ‚Spiegelaffäre‘ – Das Landtagsmandat“ schrieb er in seinen Lebenserinnerungen¹⁸³: „Die ganze ‚Spiegel-Affäre‘ zeigte, daß in der Bundesrepublik das militärische Geheimnis keinen allzu großen Wert hatte – ein Faktum, das spätere Verfahren wegen Spionage oder sonstiger Geheimnisverletzungen nur bestätigen. Manchmal schien es, als sei das deutsche Volk für die Wahrung eines Geheimnisses noch nicht reif genug ...“¹⁸⁴

Immer öfter ergänzte ich den Satz von Hans Roth „Wer die Daten hat, hat die Macht“ (siehe seine „Erklärung vom 9.3.2012“ über Ernst Benda¹⁸⁵) durch das zentrale Wort „geheim“: „Wer die geheimen Daten hat, hat geheime Macht“. Wurden deshalb Edward Snowden, Julian Assange, Chelsea Mannings und John Kiriakou¹⁸⁶ kriminalisiert?

„Ein heilsamer Schock“ – dieses Wort verfolgte mich tagelang.

9. Fälschlicherweise ein Opfer des Extremistenschusses im Staat Hessen?

¹⁸⁰ William S. Schlamm: „Dutschkismus“; in: „Welt am Sonntag“ vom 29.10.1967, „William S. Schlamm sagt seine Meinung“: <http://www.medienarchiv68.de/dl/203745/1343.jpg.pdf>

¹⁸¹ siehe S. auch unter http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_artikel_briefe.pdf

¹⁸² Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner)

¹⁸³ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

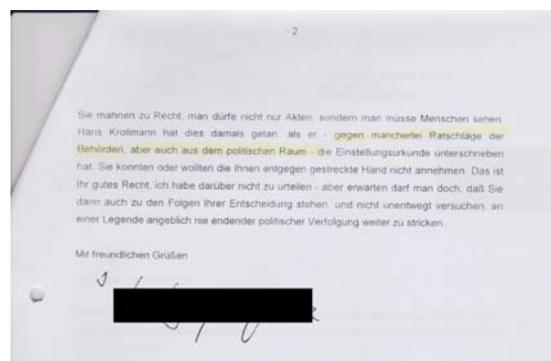
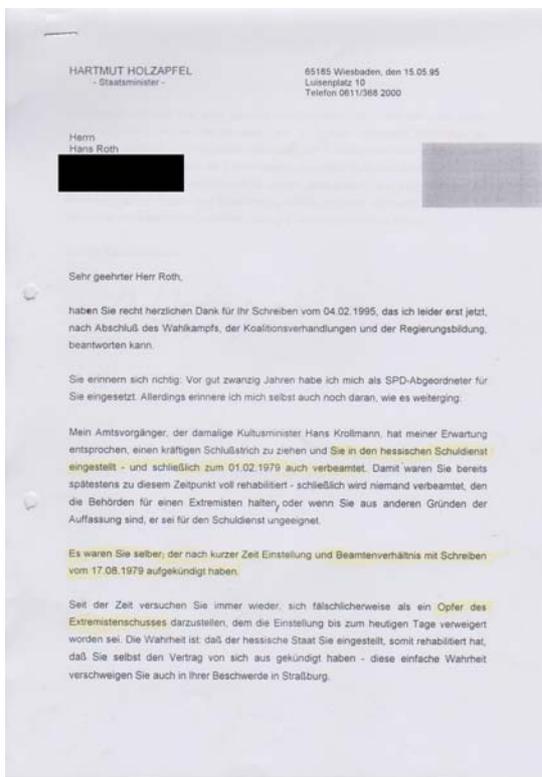
¹⁸⁴ a.a.O., S. 212

¹⁸⁵ siehe Erstes Buch, S. 109

¹⁸⁶ „Schweig, Verräter!“ unter <http://www.arte.tv/guide/de/051400-000/schweig-verraeter>

Zwei Briefe hatten mich erreicht - der eine vom Hessischen Kultusminister (1991-1999) Hartmut Holzapfel an Hans Roth vom 15.5.1995, der zweite von Hans Roth an Hartmut Holzapfel vom 10.3.1996 – und damit ein neues Wort („Opfer des Extremistenschusses“) und eine für mich neue „gerichtsformige Erklärung“:

1.
„Hartmut Holzapfel
- Staatsminister -
65785 Wiesbaden, den 15.05.95
Luisenplatz 10
Herrn
Hans Roth
(Adresse)



Sehr geehrter Herr Roth,

haben Sie recht herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 04.02.1995, das ich leider erst jetzt, nach Abschluß des Wahlkampfes, der Koalitionsverhandlungen und der Regierungsbildung, beantworten kann.

Sie erinnern sich richtig: Vor gut zwanzig Jahren habe ich mich als SPD-Abgeordneter für Sie eingesetzt. Allerdings erinnere ich mich selbst auch noch daran, wie es weiterging.

Mein Amtsvorgänger, der damalige Kultusminister Hans Krollmann, hat meiner Erwartung entsprochen, einen kräftigen Schlußstrich zu ziehen und Sie in den hessischen Schuldienst eingestellt – und schließlich zum 01.02.1979 auch verbeamtet. Damit waren Sie bereits zu diesem Zeitpunkt voll rehabilitiert – schließlich wird niemand verbeamtet, den die Behörden für einen Extremisten halten, oder wenn Sie [gemeint ist: sie; eigene Anmerkung] aus anderen Gründen der Auffassung sind, er sei für den Schuldienst ungeeignet.

Es waren Sie selber, der nach kurzer Zeit Einstellung und Beamtenverhältnis mit Schreiben vom 17.08.1979 aufgekündigt haben.

Seit der Zeit versuchen Sie immer wieder, sich fälschlicherweise als ein Opfer des Extremistenschusses darzustellen, dem die Einstellung bis zum heutigen Tag verweigert worden sei. Die Wahrheit ist: daß der hessische Staat Sie eingestellt, somit rehabilitiert hat, daß Sie selbst den Vertrag von sich aus gekündigt haben – diese einfache Wahrheit verschweigen Sie auch in Ihrer Beschwerde in Straßburg.

Sie mahnen zu Recht, man dürfe nicht nur Akten, sondern man müsse Menschen sehen. Hans Krollmann hat dies damals getan, als er – gegen mancherlei Ratschläge der Behörden, aber auch aus dem politischen Raum – die Einstellungsurkunde unterschrieben hat. Sie konnten oder wollten die Ihnen entgegen gestreckte Hand nicht annehmen. Das ist Ihr gutes Recht, ich habe darüber nicht zu urteilen – aber erwarten darf man doch, daß Sie dann auch zu den Folgen Ihrer Entscheidung stehen, und nicht unentwegt versuchen, an einer Legende angeblich nie endender politischer Verfolgung weiter zu stricken.

Mit freundlichen Grüßen
(H. Holzapfel)“

2.

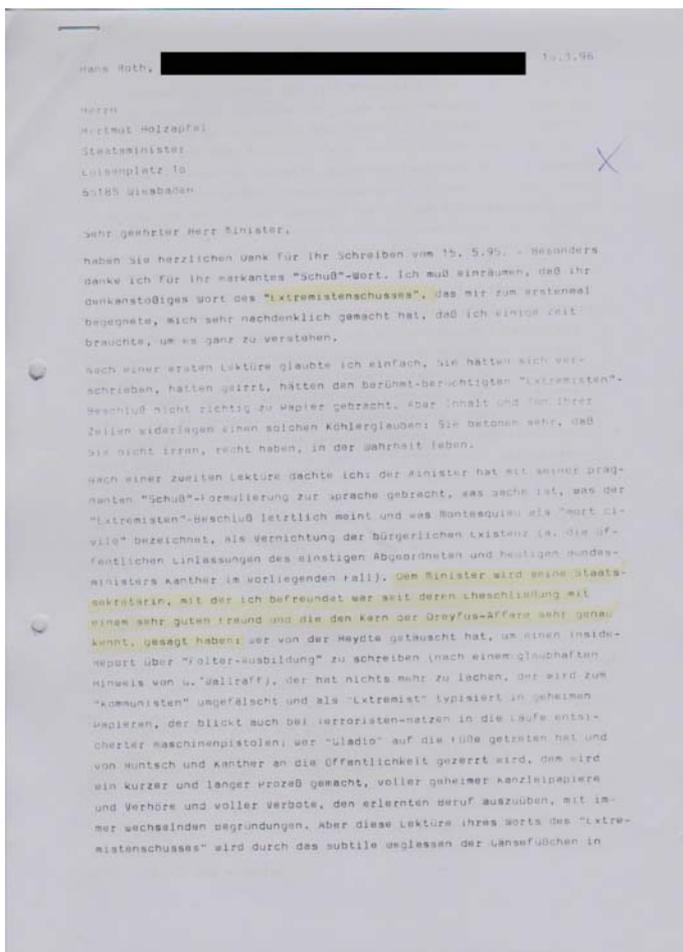
„Hans Roth (Adresse)

10.3.96

Herrn

Hartmut Holzapfel

(Adresse)



‚Extremistenschusses‘, das mir zum erstenmal begegnete, mich sehr nachdenklich gemacht hat, daß ich einige Zeit brauchte, um es ganz zu verstehen.

Nach einer ersten Lektüre glaubte ich einfach, Sie hätten sich verschrieben, hätten geirrt, hätten den berühmt-berüchtigten ‚Extremisten‘-Beschuß nicht richtig zu Papier gebracht. Aber Inhalt und Ton Ihrer Zeilen widerlegen einen solchen Köhlerglauben: Sie betonen sehr, daß Sie nicht irren, recht haben, in der Wahrheit leben.

Nach einer zweiten Lektüre dachte ich: der Minister hat mit seiner prägnanten ‚Schuß‘-Formulierung zur Sprache gebracht, was Sache ist, was der ‚Extremisten‘-Beschuß letztlich meint und was Montesquieu als ‚mort civile‘ bezeichnet, als Vernichtung der bürgerlichen Existenz (s. die öffentlichen Einlassungen des einstigen Abgeordneten und heutigen Bundesministers Kanther im vorliegenden Fall). Dem Minister wird seine Staatssekretärin, mit der ich befreundet war seit deren Eheschließung mit einem sehr guten Freund und die den Kern der Dreyfus-Affäre sehr genau kennt, gesagt haben: wer von der Heydte getäuscht hat, um einen Inside-Report über ‚Folter-Ausbildung‘ zu schreiben (nach einem glaubhaften Hinweis von G. Wallraff), der hat nichts mehr zu lachen, der wird zum ‚Kommunisten‘ umgefälscht und als ‚Extremist‘ typisiert in geheimen Papieren, der blickt auch bei Terroristen-Hatzen in die Läufe entsicherter Maschinenpistolen; wer ‚Gladio‘ auf die Füße getreten hat und von Runtsch und Kanther an die Öffentlichkeit gezerrt wird, dem wird ein kurzer und langer Prozeß gemacht, voller geheimer Kanzleipapiere und Verhöre und voller Verbote, den erlernten Beruf auszuüben, mit immer wechselnden Begründungen. Aber diese Lektüre ihres Worts des ‚Extremistenschusses‘ wird durch das subtile Weglassen der Gänsefüßchen in Frage gestellt: wenn der ‚Extremisten‘-Beschuß auf als ‚Extremisten‘ typisierte Menschen zielte, dann kann ein Extremistenschuß, dem Jägerschuß vergleichbar, nur Subjekte im Sinn haben und keine Objekte.

Eine dritte Lektüre verdeutlicht schließlich eine authentische Résistance-Handlung eines Citoyen-Ministers: dem magischen Dreieck Menschenrechte – Demokratie – Rechtsstaat verpflichtet, greift der geniale Wortschöpfer des ‚Extremistenschusses‘ in fragmentarischem Engagement fundamental und frontal den Totalitarismus-Gehalt der Strukturformel des ‚Extremisten‘-Beschlusses ‚Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit!‘ an, bringt in genialer Verrupfe einen Extremistenschuß, einen Schuß von Extremisten zur Sprache. Der soeben vom Menschenrechts-Gerichtshof in Strasbourg rechtskräftig verurteilt wurde.

Das ist das Schöne an Ihrem einsamen humanistischen Akt, Herr Minister, daß er nicht nur gegen alle herrschenden Machiavellismen die Existenz des moralischen Akts in der Politik beweist, sondern daß er die rechtskräftige Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen der Bundesrepublik Deutschland in Sachen ‚Berufsverbote‘ politisch-moralisch vorwegnahm. Ich möchte diesen Akt vergleichen mit dem einfachen ‚Ich schäme mich.‘, das mir ein ehemaliger Ministerpräsident schrieb.

Ich danke Ihnen also, Herr Minister. Und stehe für Sie zum Suchen und Finden jenes ‚accord‘, zu dem die Entscheidung in Strasbourg auffordert (7/1994/454/535), 14 Tage lang in der Nähe von Wiesbaden zur Verfügung (erreichbar bei ...).

In der Hoffnung, Ihnen als Gegner be-gegnen zu können, grüßt Sie
Hans Roth

PS: Ich vergesse nicht, daß ich immer wieder schrieb, daß für mich am Ende des unwürdigen Streits, den nur der Staat beenden kann, ein Friedensmahl steht. Und ich vergesse nicht, daß das Land Hessen in meinem Prozeß rechtskräftig verurteilt wurde (mein Alt-Freund Gerhard Bökel, zur Zeit Innenminister, wird Sie über die Tragweite der rechtshistorischen Kosten-Entscheidung aufklären), ohne daß mehr als eine formale Rehabilitierung erfolgte. In Erinnerung daran lege ich für den Fall, daß Sie das Recht nicht achten, eine gerichtsförmige Erklärung bei.“

„Anlage: gerichtsförmige Erklärung

10.3.96

Mit dem Versprechen, das im Folgenden Gesagte vor dem Menschenrechts-Gerichtshof in Strasbourg materiell zu unterfüttern, erkläre ich:

1. Der Minister behauptet, ich stellte mich ‚fälschlicherweise als ein Opfer des Extremistenschusses dar.‘ – Für den Schuß habe ich schriftlich gedankt; gegen das ‚Opfer‘ (was soll der religiöse Begriff?) spricht das gesamte Gerichts-Dossier aus 20 Jahren.

2. Der Minister behauptet, ‚daß der hessische Staat Sie eingestellt, somit rehabilitiert hat, daß Sie selbst den Vertrag von sich aus gekündigt haben.‘ – Das ist dreifach falsch. Zum einen wurde mir nicht *e i n* Angebot einer Planstelle gemacht, sondern *z w e i* (zwischen drei Ablehnungen), die beide Schein-Angebote waren (mit einem Wort der Grünen ‚Mogelpakete‘): das erste Angebot hatte zum Ziel, mich arbeitslos zu machen (in Arbeit und Brot bei einem kirchlichen Träger, kündigte ich fristgerecht und bekam statt einer Planstelle eine Ablehnung ‚wegen eines nicht zu billigen Rollenverständnisses als Lehrer und Erzieher‘); das zweite hatte zum Ziel, den Prozeß niederzuschlagen. Zum zweiten ist die ‚Rehabilitierungs‘-Behauptung so weit gefehlt wie ein Nein von einem Ja: vom Anwalt schriftlich aufgefordert, nach einer Ablehnung mit der Nazi-Formel ‚wegen fehlender charakterlicher Reife‘ und aufgrund fortgesetzter ‚Extremisten‘-Typisierung endlich eine ‚Rehabilitierung‘ auszusprechen, hat der Kultusminister Krollmann eben dies schriftlich abgelehnt; rehabilitiert, wenn auch nur formal, wurde ich Jahre später – nach einer rechtskräftigen Verurteilung des Landes Hessen, nach einer schriftlichen Rehabilitierungs-Erklärung durch den Geheimdienstchef Lochte (CDU), nach einer schriftlichen Aufforderung durch den CDU-Oppositionsführer und den ‚grünen‘ Koalitionspartner – durch den SPD-Innenminister Winterstein. Schließlich widerspricht die ‚Kündigungs‘-Behauptung einer unwidersprochenen eidesstattlichen Erklärung (s. Strasbourg-Requête¹⁸⁷), also einem gerichtlich geklärten Sach- und Menschenverhalt, den der Minister mißachtet.

3. Der Minister behauptet: ‚... diese einfache Wahrheit verschweigen Sie auch in Ihrer Beschwerde in Straßburg.‘ – Abgesehen davon, daß ich die Beschwerde in Strasbourg erhob und also den französischen Namen der französischen Stadt respektiere, und abgesehen davon, daß es in jenem Prozeß um etwas Wichtigeres als eine Planstelle ging, nämlich um eine Menschenrechts-Sache (weswegen ich gegen den Innenminister klagte und *n i c h t* gegen den Kultusminister, vermutlich als einziger ‚Berufsverbotener‘), ist auch ‚diese einfache Wahrheit‘ eine Unwahrheit. In der Beschwerde, die der Minister gelesen zu haben vorgibt, ist ausdrücklich von ‚zwei eidesstattlichen Erklärungen‘ die Rede, die genau das enthalten, was der Minister vermißt. Daß ich sie nur erwähne und nicht ausführe oder zitiere, hat seinen einfachen Grund darin, daß ich nicht aus dem ‚Tell‘ ein Anti-Obst-Stück machen kann, nur weil in dem Stück auf einen Apfel geschossen wird.

In diesem Sinne führe ich noch einmal in einer Kürzestfassung für den Minister aus, was ich während des politischen Rehabilitierungs-Prozesses dem CDU-Oppositionsführer sagte und mit Dokumenten belegte: mit einem zweiten Planstellen-Angebot konfrontiert, beriet ich mich mit Anwälten und politischen Beratern (darunter zwei SPD-Politiker, die Politologie-Professoren sind); ich folgte dem Rat, das Angebot anzunehmen, unter der Bedingung, daß eine schriftliche Rehabilitierung ausgesprochen würde und ich unter regulären Bedingungen arbeiten könnte.

Jedoch stellte sich bald heraus, daß der Minister sein (meinem Gewerkschafts-Vorsitzenden gegenüber gegebenes mündliches Versprechen schriftlich widerrief und daß ein aus dem Kultusministerium abkommandierter Schulleiter – unter Hinweis auf meine fortbestehende ‚Extremisten‘-Typisierung und auf einen Kabinettsbeschuß, demzufolge ‚Extremisten‘ keine ‚Gewissensfächer‘ unterrichten dürften – mich damit konfrontierte, daß ich a) keine Klasse übernehmen, b) nicht die von mir studierten Fächer unterrichten und c) nicht den von mir entwickelten didaktischen Ansatz, der mit zwei Buchveröffentlichungen (u.a. H. Roth,

¹⁸⁷ Es würde noch etwas dauern, bis ich auch die Eingabe in Strasbourg in die Hände bekam ...

Aufrichten oder Abrichten, Ffm 80, Nachwort H. v. Hentig) Anerkennung gefunden hatte, vertreten dürfte. Nach langer und ernster Erkrankung ob dieses Affronts gegen alle pädagogischen Imperative und dieses besonders merk-würdigen Verbots, den erlernten Beruf auszuüben, verlangten mir in einer Klinik im Bayerischen Wald Ärzte die Entscheidung ab, zwischen Prozeß und ‚Beruf‘ zu wählen – also schrieb ich: ‚Ich stelle ein Angebot zurück ... bis zu endgültigen gerichtlichen Klärung‘ (die nun erfolgt ist). –

Der CDU-Oppositionsführer, der scharfe Worte gebrauchte zu diesem Versuch, den Prozeß niederzuschlagen, fand meine Entscheidung, den Prozeß bis – zumindest – zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts weiterzuführen, mehr als richtig – und forderte schriftlich Rehabilitierung, formale und materiale.

Man muß daran erinnern, daß damals – in einem spezialdemokratischen Jagdszenen-Klima vor dem Fall der Mauer – als ‚Kommunist‘ angesehen und behandelt wurde, wer **n i c h t** den Rechtsweg bis zum Verfassungsgericht ging: schon darum konnte es für jemanden, der als ‚DKP-Lehrer‘ in die Presse gezerrt worden war und der niemals, nicht eine Geschichtssekunde lang, Kommunist gewesen war, eine andere Entscheidung nicht geben. Jedenfalls hat es niemanden gegeben, der mir zu einer anderen Entscheidung geraten hätte; auch der jetzige Kultusminister, der sich damals unter sechs Augen kritisch zu seinem Amtsvorgänger äußerte, hat es nicht getan.

4. Der Minister behauptet, ich versuchte, ‚an einer Legende angeblich nie endender politischer Verfolgung weiter zu stricken‘ – Der Minister verkennt, daß ich nicht stricken kann, daß ich mich auf das Zitieren gerichtlich geklärter Facts und unwidersprochener eidesstattlicher Erklärungen beschränke. Er verwechselt meine Wenigkeit mit Personen wie Franz Alt, Alfred Andersch, Heinrich Böll, Alfred Grosser, Hartmut von Hentig, Wolfgang Klafki, Ulrich Klug, Siccó Mansholt, Dorothee Sölle, Klaus Traube und Günter Wallraff, die alle kleinere Legenden zu Sach- und Menschenverhalt meines Falles schrieben. Seine Legende vom liebes-patriarchalischen Gnadenerweis des Ministers Krollmann (‚kräftiger Schlußstrich‘, ‚Rehabilitierung‘ etc.) wird nicht nur von sämtlichen gerichtlich geklärten Facts widerlegt, sondern auch von der ‚Ansicht des Kultusministers, er, der Bewerber, möge sich besser als Kabarettist, Schriftsteller oder Clown verwirklichen‘, wie es in einem mir zugespielten Schreiben aus dem Umfeld des Ministers heißt. Ob die Integrität dessen, der an einer solchen Legende arbeitet, Legende ist, darf bezweifelt werden.

Abschließend sei auf einen immanenten politischen Widerspruch hingewiesen. – Die jüngste Ablehnung des SPD-Ministers Holzapfel widerspricht der vorangegangenen des SPD-Ministerpräsidenten Eichel, die mir der SPD-Fraktionsvorsitzende Klose in Bonn zu lesen gab, dem Wunsch der SPD-Führung in Bonn, den ‚System-Unfall‘ (SPD-Analyse) politisch zu reparieren, und der schriftlichen Aufforderung des Ehrenvorsitzenden W. Brandt, einen ‚Irrtum‘ zu korrigieren; sie entspricht einer Ablehnung eines CDU-Ministerpräsidenten, die weit zurückliegt und gerichtlich aus der Welt geschafft wurde.
(Unterschrift Hans Roth)“

10. Zum zweiten ist die ‚Rehabilitierungs‘-Behauptung so weit gefehlt wie ein Nein von einem Ja.

In der ‚Gerichtsförmigen Erklärung‘ vom 10.3.96, der Anlage zu seinem Brief an Hartmut Holzapfel vom 10.3.1996, schrieb Hans Roth:

„Zum zweiten ist die ‚Rehabilitierungs‘-Behauptung so weit gefehlt wie ein Nein von einem Ja: vom Anwalt schriftlich aufgefordert, nach einer Ablehnung mit der Nazi-Formel ‚wegen fehlender charakterlicher Reife‘ und aufgrund fortgesetzter ‚Extremisten‘-Typisierung endlich

eine ‚Rehabilitierung‘ auszusprechen, hat der Kultusminister Krollmann eben dies schriftlich abgelehnt; rehabilitiert, wenn auch nur formal, wurde ich Jahre später – nach einer rechtskräftigen Verurteilung des Landes Hessen, nach einer schriftlichen Rehabilitierungserklärung durch den Geheimdienstchef Lochte (CDU), nach einer schriftlichen Aufforderung durch den CDU-Oppositionsführer und den ‚grünen‘ Koalitionspartner – durch den SPD-Innenminister Winterstein.“

Nach und nach gesellten sich nun weitere Schriftstücke dazu und fügten sich wie Puzzle-Teile zu einem Teil eines Bildes zusammen.

1.

„Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Gesamtverband der Lehrer und Erzieher

6000 Frankfurt 17

Postfach 17 40 51

8.1.1979

Az.: ha-ar

1. Vorsitzender

An den

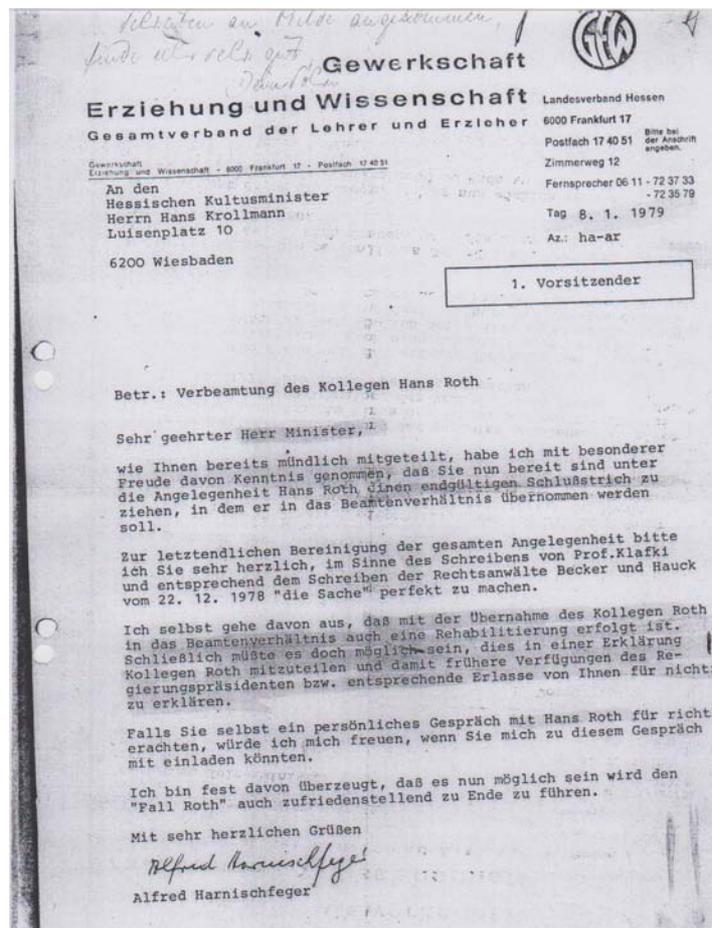
Hessischen Kultusminister

Herr Hans Krollmann

Luisenplatz 10

6200 Wiesbaden

Betr.: Verbeamtung des Kollegen Hans Roth



Sehr geehrter Herr Minister,

wie Ihnen bereits mündlich mitgeteilt, habe ich mit besonderer Freude davon Kenntnis genommen, daß Sie nun bereit sind, unter die Angelegenheit Hans Roth einen endgültigen Schlusstrich zu ziehen, indem er in das Beamtenverhältnis übernommen werden soll.

Zur letztendlichen Bereinigung der gesamten Angelegenheit bitte ich Sie sehr herzlich, im Sinne des Schreibens von Prof. Klafki und entsprechend dem Schreiben der Rechtsanwälte Becker und Hauck vom 22.12.1978 ‚die Sache‘ perfekt zu machen.

Ich selbst gehe davon aus, daß mit der Übernahme des Kollegen Roth in das Beamtenverhältnis auch eine Rehabilitierung erfolgt ist. Schließlich müsste es doch möglich sein, dies in einer Erklärung Kollegen Roth mitzuteilen und damit frühere Verfügungen des Regierungspräsidenten bzw. entsprechende Erlasse von Ihnen für nichtig zu erklären.

Falls Sie selbst ein persönliches Gespräch mit Hans Roth für richtig erachten, würde ich mich freuen, wenn sie mich zu diesem Gespräch einladen könnten.

Ich bin fest davon überzeugt, daß es nun möglich sein wird, den ‚Fall Roth‘ auch zufriedenstellend zu Ende zu führen.

Mit sehr herzlichen Grüßen
Alfred Harnischfeger“

2.

„Peter Becker
Dr. Peter Hauck
Rechtsanwälte
3550 Marburg, Lahn 1, den 19.3.1979

Herrn Staatsminister
Hans Krollmann
Kultusministerium
Luisenplatz 10
6200 Wiesbaden
I/ha

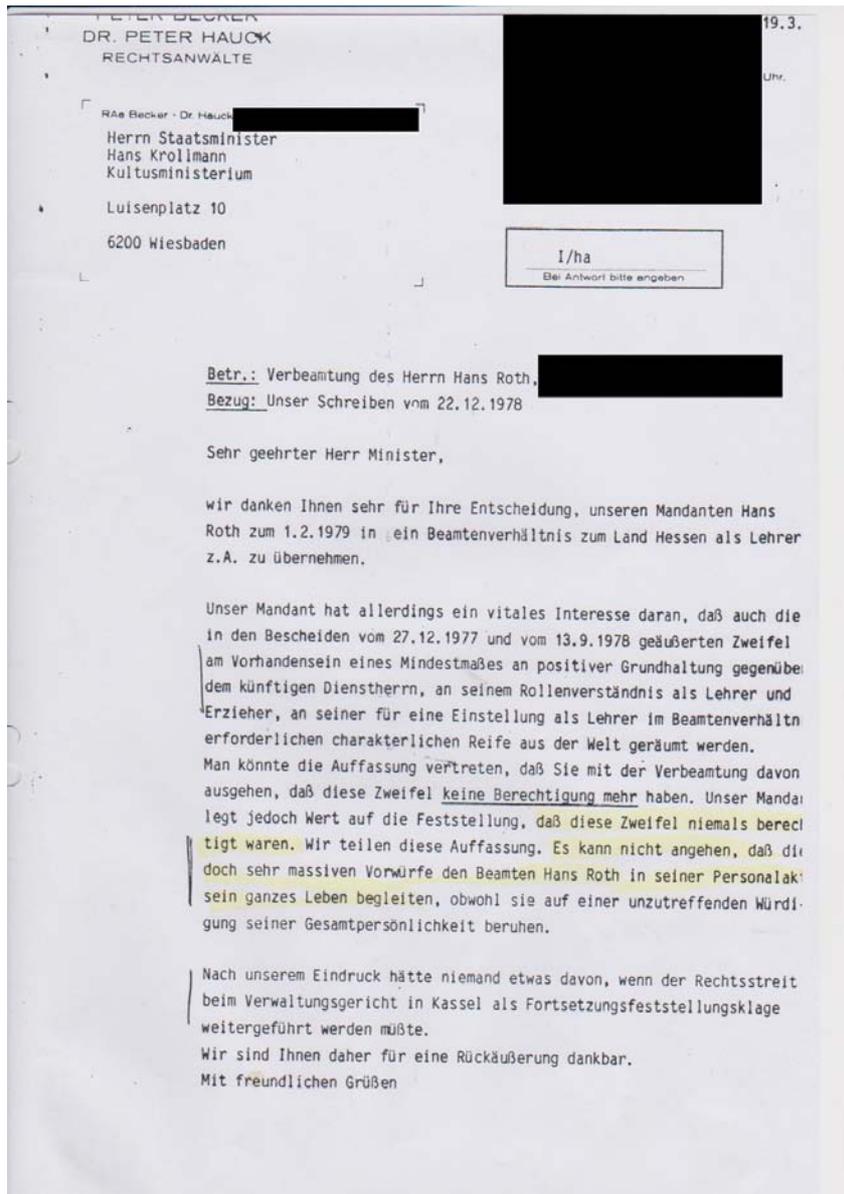
Betr.: Verbeamtung des Herrn Hans Roth (Adresse)
Bezug: Unser Schreiben vom 22.12.1978

Sehr geehrter Herr Minister,
wir danken Ihnen sehr für Ihre Entscheidung, unseren Mandanten Hans Roth zum 1.2.1979 in ein Beamtenverhältnis zum Land Hessen als Lehrer z.A. zu übernehmen.

Unser Mandant hat allerdings ein vitales Interesse daran, daß auch die in den Bescheiden vom 27.12.1977 und vom 13.9.1978 geäußerten Zweifel am Vorhandensein eines Mindestmaßes an positiver Grundhaltung gegenüber dem künftigen Dienstherrn, an seinem Rollenverständnis als Lehrer und Erzieher, an seiner für eine Einstellung als Lehrer im Beamtenverhältnis erforderlichen charakterlichen Reife aus der Welt geräumt werden.

Man könnte die Auffassung vertreten, daß Sie mit der Verbeamtung davon ausgehen, daß diese Zweifel keine Berechtigung mehr haben. Unser Mandant legt jedoch Wert auf die Feststellung, daß diese Zweifel niemals berechtigt waren. Wir teilen diese Auffassung. Es kann nicht angehen, daß die doch sehr massiven Vorwürfe den Beamten Roth in seiner Personalakte sein ganzes Leben begleiten, obwohl sie auf einer unzutreffenden Würdigung seiner Gesamtpersönlichkeit beruhen.

Nach unserem Eindruck hätte niemand etwas davon, wenn der Rechtsstreit beim Verwaltungsgericht in Kassel als Fortsetzungsfeststellungsklage weitergeführt werden müßte. Wir sind Ihnen daher für eine Rückäußerung dankbar.
Mit freundlichen Grüßen“



3.

Der Brief von Horst Geipel, damals Verfassungsschutzobmann der CDU im Hessischen Landtag, an den Vater von Hans Roth vom 17.8.1982 (Auszug):

„ ... Lieber Herr Roth, ich kann Ihre Verzweiflung und Ihren Zorn sehr gut verstehen. In der Sache Ihres Sohnes ist wohl auch alles falsch gelaufen, was überhaupt nur denkbar war. Dennoch erscheint mir notwendig, die Irrtümer und Fehler der verschiedensten Stellen zunächst einmal hintanzustellen und stattdessen zu überlegen, wie die Lage Ihres Sohnes schnellstens zu verbessern ist. ...“¹⁸⁸

4.

„Horst Winterstein

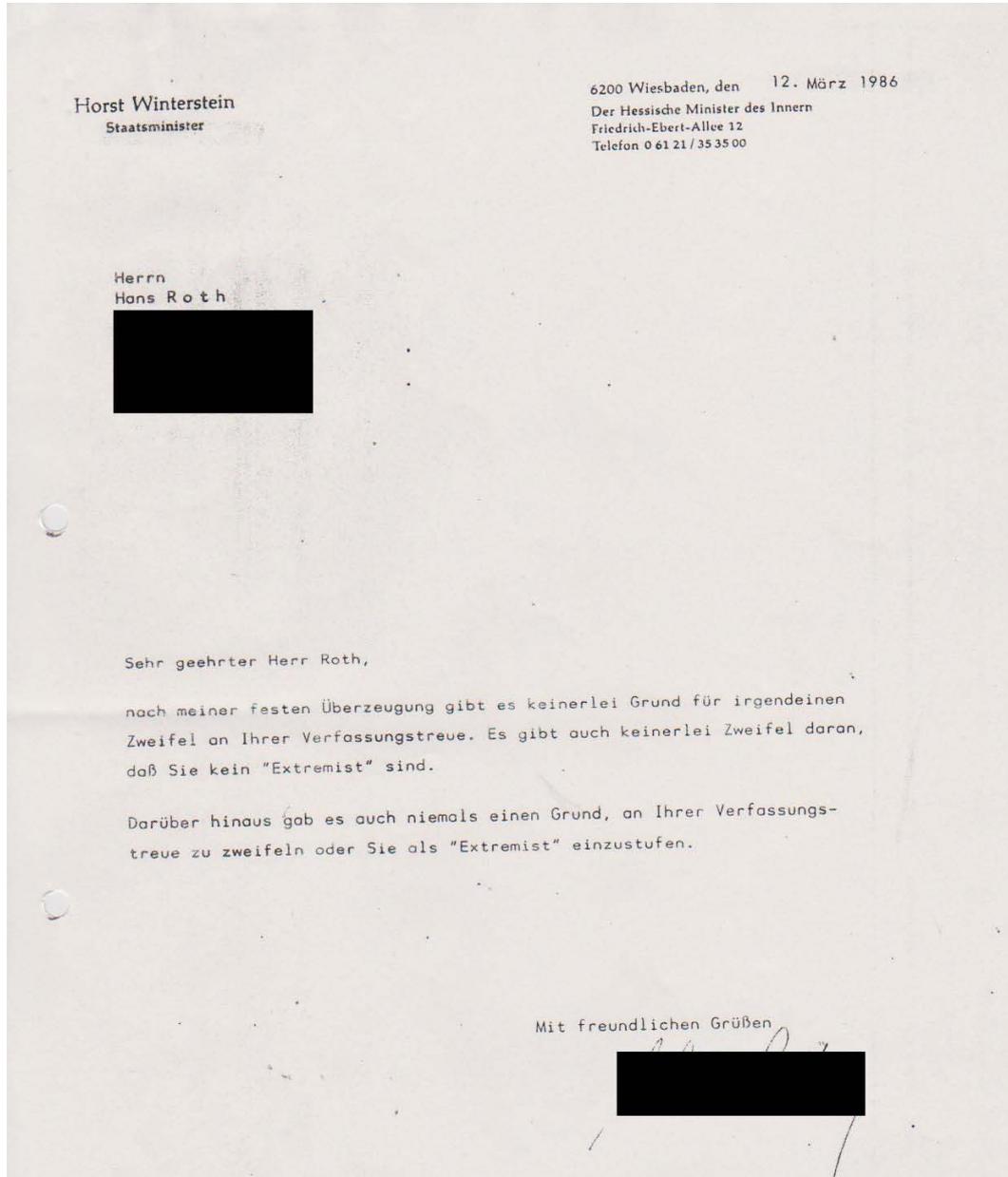
Staatsminister

6200 Wiesbaden, den 12. März 1986

Der Hessische Minister des Innern

¹⁸⁸ siehe Zweites Buch, S. 83f, auch unter http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Geipel-Brief17-08-82.pdf, Text unter <http://www.heise.de/tp/foren/S-Horst-Geipel-wohl-auch-alles-falsch-gelaufen-was-ueberhaupt-nur-denkbar-war/forum-152348/msg-25523233/read/>

Friedrich-Ebert-Allee 12
Telefon 06121(353500
Herrn
Hans Roth
c/o (Adresse)



Sehr geehrter Herr Roth,
nach meiner festen Überzeugung gibt es keinerlei Grund für irgendeinen Zweifel an Ihrer Verfassungstreue. Es gibt auch keinerlei Zweifel daran, daß Sie kein ‚Extremist‘ sind.
Darüber hinaus gab es auch niemals einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln oder Sie als ‚Extremist‘ einzustufen.
Mit freundlichen Grüßen
(Winterstein)⁶¹⁸⁹

¹⁸⁹ auch in „Dokumentation zu Hans Roth. ‚Es gab nie einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln““ vom 1.5.1986: http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappel.pdf

5.

Brief des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Gottfried Milde an Kultusminister Hans Schneider, einen Brief vom 16.6.1986 beantwortend (Auszug):

„Klar ist, daß inzwischen auch das Innenministerium eingesehen hat, man muß Herrn Roth die Chance der Rehabilitation geben. Was nützt aber die polizeirechtliche Rehabilitation, wenn die beruflichen Folgen negativ bleiben.

Ich bitte ganz herzlich, doch den Vorgang noch einmal persönlich zu überprüfen, sich auch mit dem Innenminister bzw. Herrn Staatssekretär von Schoeler in Verbindung zu setzen und einen Weg zu suchen, auf dem man Herrn Roth gerecht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Gottfried Milde

(Fraktionsvorsitzender)¹⁹⁰

6.

Brief des Büro Brandt an Hans Roth vom 24.11.1988 (Auszug)

„Der Vorgang ‚Hans Roth‘ in meiner ‚Extremisten‘-Sammlung gibt ein komplettes Bild über Ihren Weg. Willy Brandt hat Ihre Bitte gern aufgegriffen und sich an die Hessische Landesregierung gewandt mit der Bitte, Sie wieder in den Staatsdienst aufzunehmen. Vom Ausgang der Intervention will ich Sie dann unterrichten.“¹⁹¹

„Zum zweiten ist die ‚Rehabilitierungs‘-Behauptung so weit gefehlt wie ein Nein von einem Ja.“ - Und daran hatte sich bis jetzt noch nichts geändert.

11. Voilà: Sicco Mansholt

„Franz Alt, Alfred Andersch, Heinrich Böll, Alfred Grosser, Hartmut von Hentig, Wolfgang Klafki, Ulrich Klug, Sicco Mansholt, Dorothee Sölle, Klaus Traube und Günter Wallraff, die alle kleinere Legenden zu Sach- und Menschenverhalt meines Falles schrieben“, meinte Hans Roth (s.o.) – und ich freute mich, als ich jetzt auch Sicco Mansholt fand. Den Namen kannte ich nicht, der 24bändige ‚Kleine Meyer‘ schon: Es verzeichnet unter ‚Mansholt-Plan [nach dem damaligen Vizepräs. der EWG-Kommission S. L. Mansholt, * 1908] ↑Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.“¹⁹²

Na schön, warum nicht? Nach einem Bundeskanzler a.D. und so vielen Juristen, Pädagogen, Schriftstellern und Friedensnobelpreisträgern, Landes- und Bundesministern, einem Bundespräsidenten, ... – warum nicht auch ‚mal der ehemalige Vizepräsident der EWG-Kommission? (Aber ich fragte mich schon, ob es irgendjemand gab, der den ‚Fall‘ nicht gekannt hatte.)

„Dr. S. L. Mansholt

(Adresse, Telefon)

(Ort), den 7. Februar 1978

An den Hessischen Ministerpräsidenten

Herrn Holger Börner

Staatskanzlei

6200 Wiesbaden

¹⁹⁰ siehe Erstes Buch, S. 113, auch unter http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Milde1986.pdf

¹⁹¹ siehe Erstes Buch, S.114, auch unter http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_BueroBrandt24-11-88.pdf

¹⁹² Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden, Mannheim 1995, Bd.14, S. 28

Betr.: Ablehnung des Lehrers Hans Roth, Limburg
Brief vom 27. Dezember 1977

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Mit Verwunderung und sogar Bestürzung habe ich Ihre Entscheidung gelesen den Antrag von Hans Roth aus Limburg auf Einstellung als Beamter in den hessischen Schuldienst ab zu lehnen.

Vor allem die Begründung der Ablehnung bestürzt mich. Sie verneinen nicht seine fachliche Qualifikation! (Das wäre auch nicht möglich in Beziehung zur sehr guten Prüfung und den zahllosen guten Beurteilungen von Professoren und Erzieher.) Aber Sie begründen Ihre Entscheidung auf:

- das nicht vorliegen von einem Mindestmass an positiver Grundhaltung gegenüber dem künftigen Dienstherrn,
- dass von Roth bereits in seinem Lebenslauf dargelegten und von Ihnen in dieser Weise nicht zu billigenden Rollenverständnisses als Lehrer und Erzieher.

Wie soll man das verstehen? Bedeutet dies dass Sie das ‚Rollenverständnis‘ als Lehrer und Erzieher beurteilen auf Grund seiner Verhaltens gegenüber dem Dienstherrn? Gegen Roth als Lehrer und Erzieher, also im ‚Rollenverständnis zu den Schülern‘ werden keine Beschwerden eingebracht. Das scheint mir auch nicht möglich zu sein, in Betracht genommen seine Referendarzeit und seine sehr gute Prüfung und dazu noch die guten Beurteilungen von Erziehern und Professoren. Auch seine wissenschaftliche Kenntnis ist unbestritten.

Bleibt also als ihre Begründung:

Das Rollenverständnis zu den Dienstherrn.

Hier möchte ich doch meine grosse Besorgnis zum Ausdruck bringen. Wir alle kennen die oft grossen Spannungen zwischen Bürger und Bürokratie. Wir alle, die lange Jahre politisch gearbeitet haben wissen wie gefährlich es ist wenn eine bürokratische Macht, ohne genügende politische Kontrolle, ihren Weg geht. Als Politiker haben wir die grosse Aufgabe darauf zu achten dass die Bürger nicht verletzt werden durch bürokratische Handlungen, und eine gute Bürokratie weiss das zu würdigen.

Wenn ich mich jetzt vertiefe in der jahrelangen Geschichte des Streites von Roth um einfach seinen ‚Beruf‘ zu folgen, Lehrer, Erzieher zu werden, dann komme ich zur Schlussfolgerung, dass hier nicht mit grösster Sorgfalt das Verhältnis zwischen Bürokratie und Bürger in Acht genommen ist. Dass als Folge dieses jahrelangen Streites um Recht, die von Ihnen (unleserlich) ‚negative Voreingenommenheit‘ und ‚Formulierungen, die die Grenze zur Diffamierung und Beleidigung überschritten‘, entstehen kann, ist zu verstehen.

Wenn auch nicht zu würdigen, man muss sie sehen im Rahmen von jahrelang warten, jahrelang Opfer bürokratischen Handelns. Dies in Betracht zu nehmen gehört auch zu den politischen Aufgaben.

Ich möchte erinnern an:

- Einige Tage vor der Vereidigung wird Roth 25.7.1974 nach Kassel gebeten und stundenlang ausgefragt nach seinen politischen Anschauungen. Erst nach einem Jahr (Juni 1975) teilt der Regierungspräsident mit dass ‚an seinem Verhältnis zu den verfassungsmässigen Prinzipien Zweifel als nicht vorliegend erachtet werden‘.

Das bedeutet: - ein Jahr brennender Unsicherheit
ein Jahr nicht angestellt werden

- Im Januar 1976, zwei Wochen vor der Staatsprüfung zu Ende der Referendarzeit eine Mitteilung des Regierungspräsidenten:

‚Roth könnte mangels freier Planstelle nicht angestellt werden.‘

Also: keine Betrachtung von ‚mangelndem Rollenverständnis‘ ...

27. Dezember 1977,

also fast zwei Jahre nach der Prüfung,

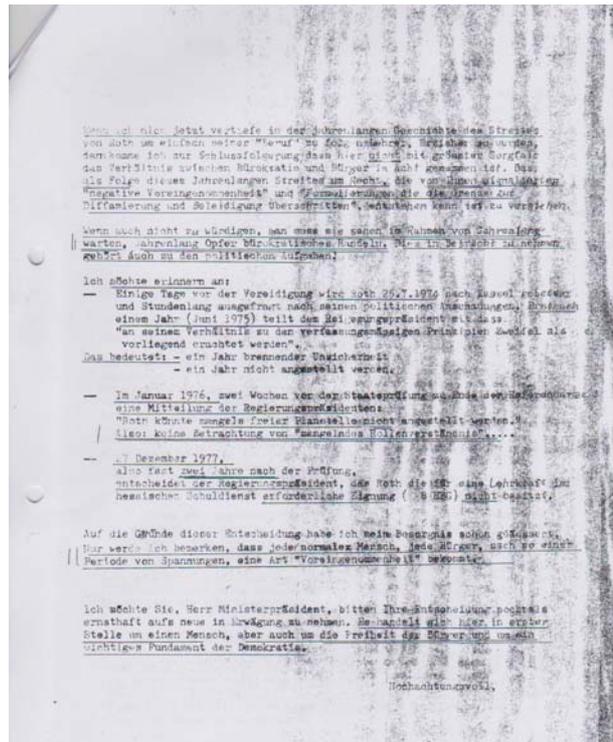
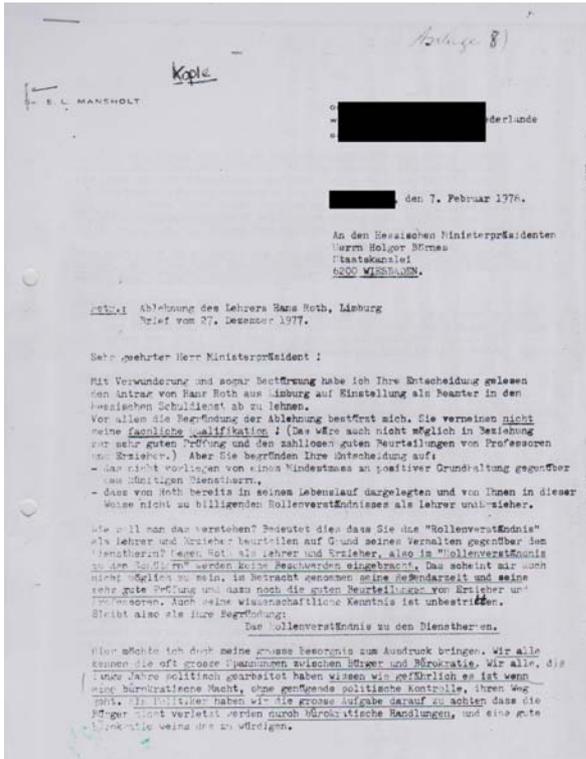
entscheidet der Regierungspräsident, dass Roth die für eine Lehrkraft im hessischen

Schuldienst erforderliche Eignung (8 HBG) nicht besitzt.

Auf die Gründe dieser Entscheidung habe ich meine Besorgnis schon geäußert. Nur werde ich bemerken, dass jeder normale Mensch, jeder Bürger, nach so einer Periode von Spannungen, eine Art ‚Voreingenommenheit‘ bekommt.

Ich möchte Sie, Herr Ministerpräsident, bitten, Ihre Entscheidung nochmals ernsthaft aufs neue in Erwägung zu nehmen. Es handelt sich auch hier in erster Stelle um einen Mensch, aber auch um die Freiheit der Bürger und um ein wichtiges Fundament der Demokratie.

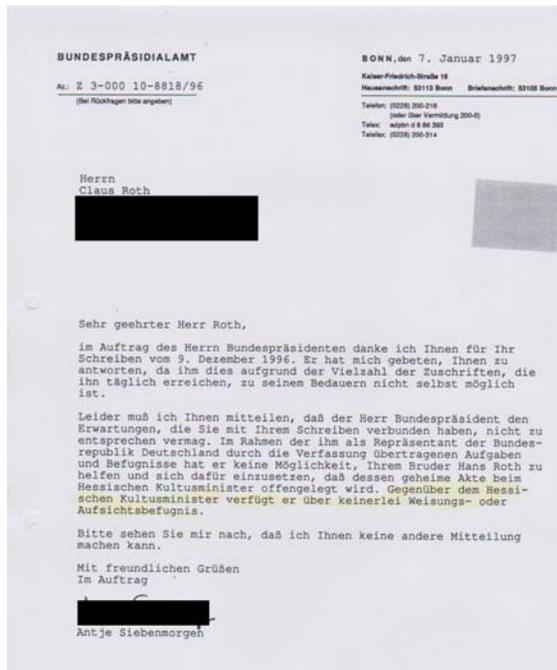
Hochachtungsvoll“



12. Existiert die geheime Akte noch? „Der Präsident vermag die Sie so quälende Frage nicht zu beantworten.“

Briefe, Briefe, Briefe – und zahlreiche Grüße von der Gummiwand:

1.
„Bundespräsidialamt
Bonn, 7. Januar 1997
Az.: Z 3-000 10-8818/96
(Bei Rückfragen bitte angeben.)
Kaiser-Friedrich-Straße 16
Hausanschrift: 53113 Bonn
Briefanschrift: 53105 Bonn
(Telefon, Telex, Telefax)
Herrn
Claus Roth



Sehr geehrter Herr Roth,
im Auftrag des Herrn Bundespräsidenten danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 9. Dezember 1996. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten, da ihm dies aufgrund der Vielzahl der Zuschriften, die ihn täglich erreichen, zu seinem Bedauern nicht selbst möglich ist.

^ Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß der Herr Bundespräsident den Erwartungen, die Sie mit Ihrem Schreiben verbunden haben, nicht zu entsprechen vermag. Im Rahmen der ihm als Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland durch die Verfassung übertragenen Aufgaben und Befugnisse hat er keine Möglichkeit, Ihrem Bruder Hans Roth zu helfen und sich dafür einzusetzen, daß dessen geheime Akte beim Hessischen Kultusministerium offengelegt wird. Gegenüber dem Hessischen Kultusminister verfügt er über keinerlei Weisungs- oder Aufsichtsbezugnis.

Bitte sehen Sie mir nach, daß ich Ihnen keine andere Mitteilung machen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Antje Siebenmorgen“

2.

„Bundespräsidialamt

Bonn, 5. Mai 1997

Az.: Z 3-000 10-8818/96

(Bei Rückfragen bitte angeben.)

Kaiser-Friedrich-Straße 16

Hausanschrift: 53113 Bonn

Briefanschrift: 53105 Bonn

(Telefon, Telex, Telefax)

Herrn

Claus Roth

(Adresse)



Sehr geehrter Herr Roth,
im Auftrag des Herrn Bundespräsidenten danke ich Ihnen für Ihr erneutes Schreiben vom
13. April 1997.

Wie ich Ihnen bereits mitteilte, kann der Herr Bundespräsident im Rahmen seines Amtes
leider nicht das Offenlegen der Verfassungsschutzakte Ihres Bruders Franz Roth veranlassen.
Dies ist keine Frage des guten Willens. Es ist ihm durch die Verfassung verwehrt. Ich kann
Ihnen daher lediglich anheingeben, sich mit Ihren Fragen an einen Rechtsanwalt zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Antje Siebenmorgen“

3.

„Bundespräsidialamt

Berlin, 8. September 2000

Spreeweg 1

Geschäftszeichen: 11-201 11-69-69/99

(bei Zuschriften angeben)

Herrn

Claus Roth

(Adresse)

Sehr geehrter Herr Roth,

Bundespräsident Rau erholt sich zur Zeit noch von seiner Operation. Er hat mich deshalb
gebeten, für Ihren Brief vom 3. August und die guten Wünsche zu seiner Genesung vielmals
zu danken. Über dieses Zeichen der Verbundenheit hat er sich sehr gefreut.

Die Erwartungen, die Sie mit Ihren Zeilen verbunden haben, muß ich allerdings enttäuschen:
Der Präsident vermag die Sie so quälende Frage nicht zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Wember

Briefanschrift: Bundespräsidialamt, 11011 Berlin, Internet:

<http://www.bundespraesident.de>

E-Mail: poststelle@bpra.bund.de”



13. LfV: „Das Landesamt für Verfassungsschutz sammelt keine erkennungsdienstlichen Unterlagen.“

Zwischendurch verging mir Hören, Sehen und Denken:

„Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
LfV - Hessen, 62 Wiesbaden – Postfach 135
Wiesbaden, den 17.2.1975
Sammelruf: 3 96 21
Az: C-085-P-110002- 3/75

Herrn
Hans Roth
(Adresse)

Betr.: Ihr Schreiben vom 27.12.1975 [gemeint ist wohl 1974; eigene Anmerkung]

Sehr geehrter Herr Roth!

Ihre Antrag auf Vernichtung von Unterlagen des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen vermag ich nicht zu entsprechen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz sammelt keine erkennungsdienstlichen Unterlagen. Die Sammlung von Unterlagen geschieht vielmehr im Rahmen des in § 3 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des

Verfassungsschutzes vom 27.9.1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7.8.1972 (BGBl. I S. 1387), festgelegten Auftrags.

Die Erfüllung der Aufgaben des Verfassungsschutzes erfordert eine weitgehende Geheimhaltung und eine längere Aufbewahrung der gesammelten Unterlagen. Die vorzeitige Vernichtung der Unterlagen würde ebenso wie ihre Offenlegung die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Daher kann es keinen Anspruch auf Vernichtung von Unterlagen des Verfassungsschutzes geben. Die Entscheidung über die Aktenvernichtung steht vielmehr im pflichtgemäßen Ermessen des Landesamtes für Verfassungsschutz.

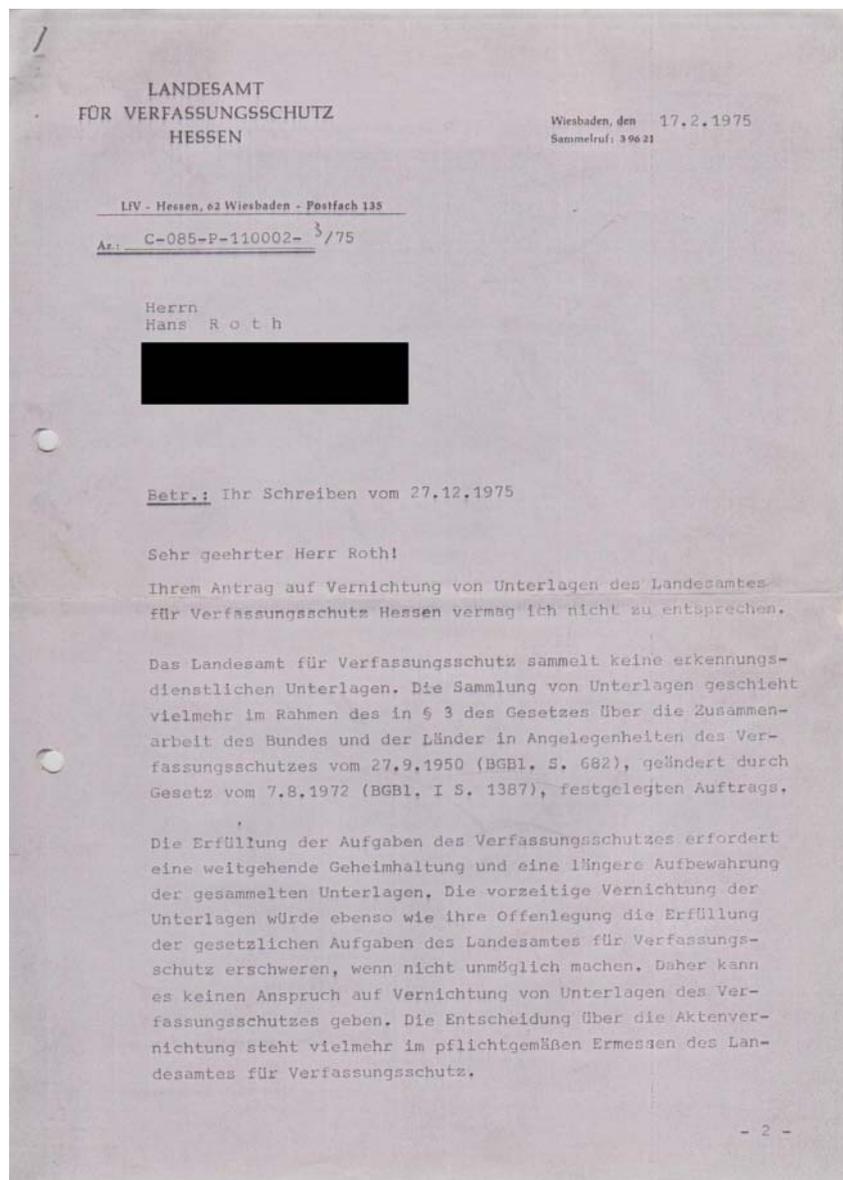
Nach diesen Rechtsgrundsätzen kommt eine Vernichtung der Sie betreffenden Unterlagen einstweilen nicht in Betracht.

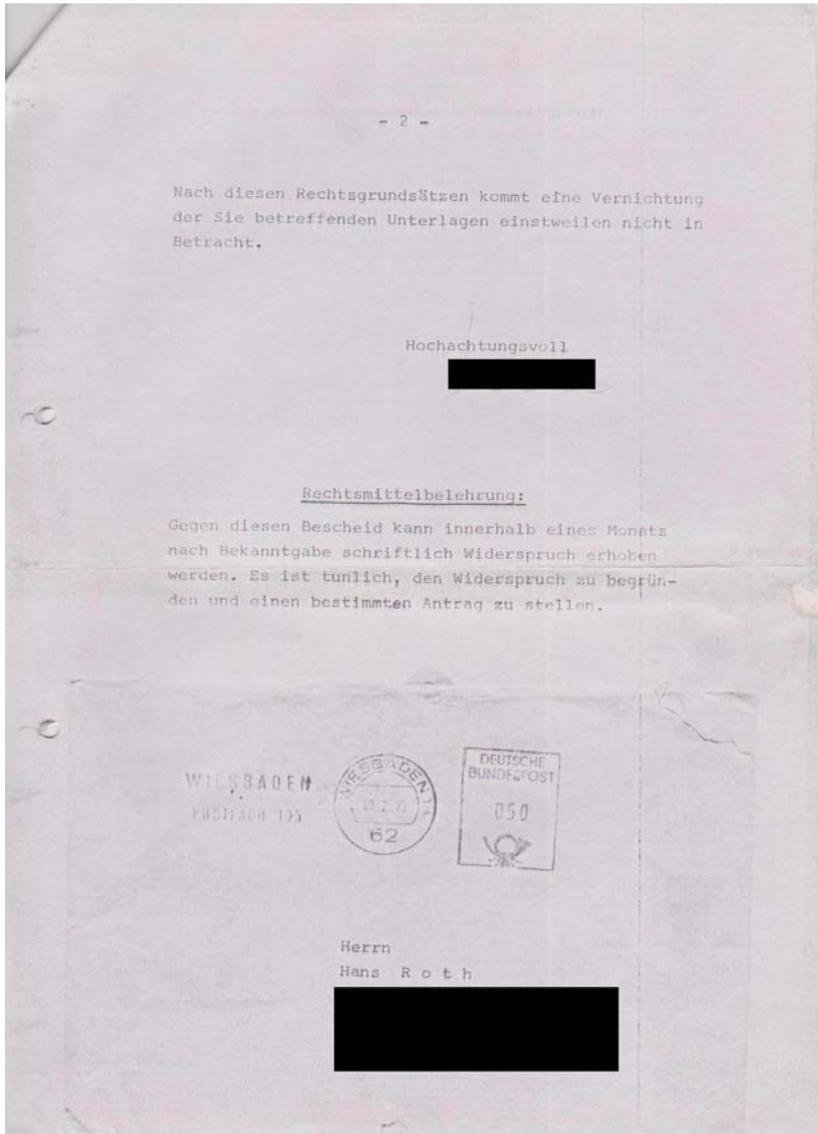
Hochtungsvoll

(Unterschrift unleserlich)

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich Widerspruch erhoben werden. Es ist tunlich, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.“

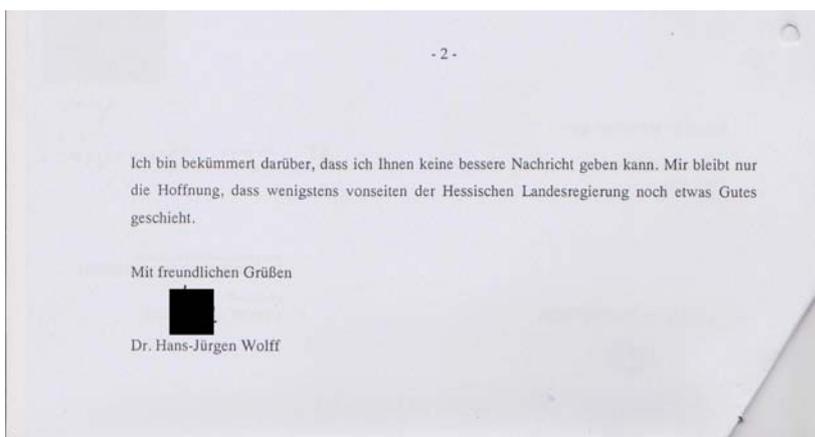
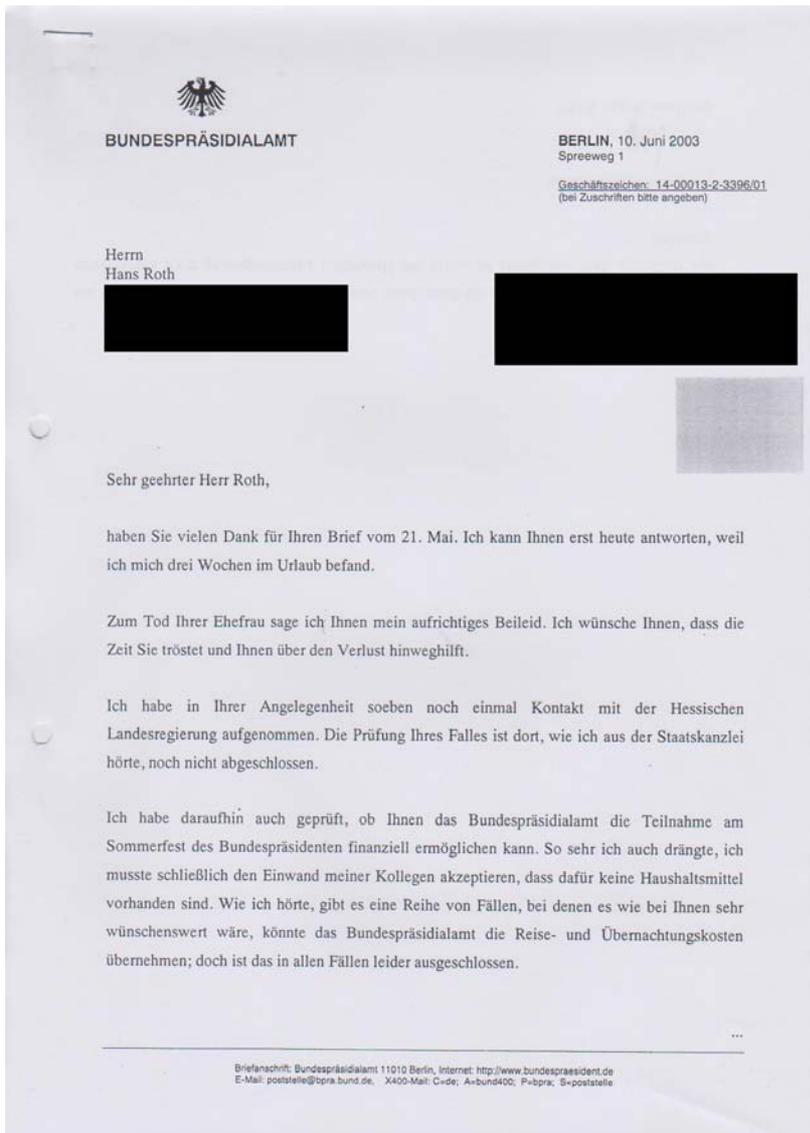




14. „Die Prüfung Ihres Falles ist dort, wie ich aus der Staatskanzlei hörte, noch nicht abgeschlossen“ (10.6.2003)

„Ich habe in Ihrer Angelegenheit soeben noch einmal Kontakt mit der Hessischen Landesregierung aufgenommen. Die Prüfung Ihres Falles ist dort, wie ich aus der Staatskanzlei hörte, noch nicht abgeschlossen.“

„Bundespräsidialamt
Berlin, 10. Juni 2003
Spreeweg 1
Geschäftszeichen: 14-00013-2-3396/01
(bei Zuschriften angeben)
Herrn
Hans Roth
(Adresse)



Sehr geehrter Herr Roth,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 21. Mai. Ich kann Ihnen erst heute antworten, weil ich mich drei Wochen im Urlaub befand.

Zum Tod Ihrer Ehefrau sage ich Ihnen mein aufrichtiges Beileid. Ich wünsche Ihnen, dass die Zeit Sie tröstet und Ihnen über den Verlust hinweghilft.

Ich habe in Ihrer Angelegenheit soeben noch einmal Kontakt mit der Hessischen Landesregierung aufgenommen. Die Prüfung Ihres Falles ist dort, wie ich aus der Staatskanzlei hörte, noch nicht abgeschlossen.

Ich habe daraufhin auch geprüft, ob Ihnen das Bundespräsidialamt die Teilnahme am Sommerfest des Bundespräsidenten finanziell ermöglichen kann. So sehr ich auch drängte, ich musste schließlich den Einwand meiner Kollegen akzeptieren, dass dafür keine Haushaltsmittel vorhanden sind. Wie ich hörte, gibt es eine Reihe von Fällen, bei denen es wie bei Ihnen sehr wünschenswert wäre, könnte das Bundespräsidialamt die Reise- und Übernachtungskosten übernehmen; doch ist das in allen Fällen leider ausgeschlossen.

Ich bin bekümmert darüber, dass ich Ihnen keine bessere Nachricht geben kann. Mir bleibt nur die Hoffnung, dass wenigstens vonseiten der Hessischen Landesregierung noch etwas Gutes geschieht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Jürgen Wolff

Briefanschrift: Bundespräsidialamt, 11011 Berlin, Internet: <http://www.bundespraesident.de>
E-Mail: poststelle@bpra.bund.de)”

15: Anlauf zur Requête in Strasbourg



Irgendwann nach der Sendung „Report Mainz“ vom 1.12.2008, als der Zeiger auf der nach oben offenen Empörungsskala noch weit nach oben ausschlug, fragte irgendjemand irgendwo,

weshalb Herr Roth von sich selbst so oft in der dritten Person sprach („Der Citoyen hat ...“). Damals mußte ich auch mehrfach an „Astérix und Obélix“ denken bzw. an einen kurzen Wortwechsel eines Schmeichlers mit Julius Caesar in „Die Trabantenstadt“: „Er ist großartig.“ – „Wer?“ – „Na, Ihr!“ – „Ach, er.“

Die folgende Requête (Eingabe) scheint mir eine Antwort zu geben: Hans Roth ist „der Beschwerdeführer“ und hat keinen juristischen Vertreter, ist Sach- und Menschenverhalt in einer Person – und das bis heute, seit inzwischen über vier Jahrzehnten.

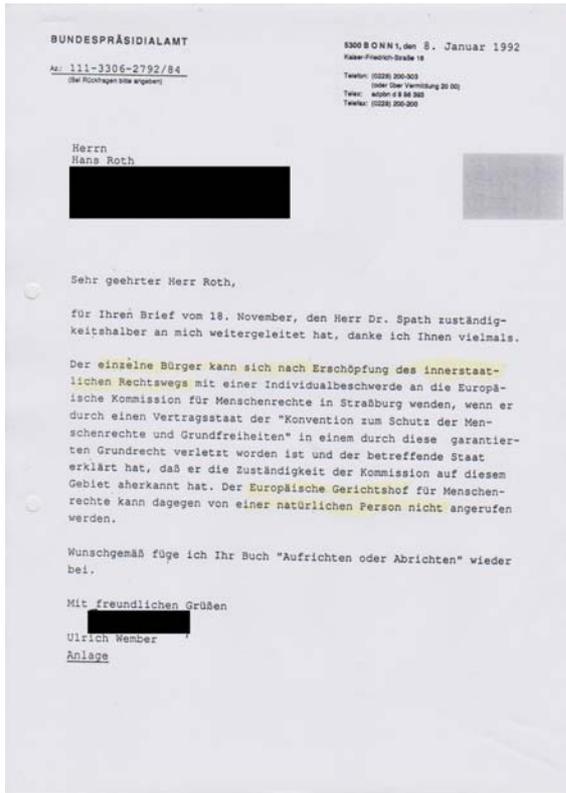


193

Der Eingabe in Strasbourg gingen zahlreiche Briefwechsel voraus. Einige seien zu besserem Verständnis vorausgeschickt. Und auch die Eingangsbestätigung bzw. Registrierung setze ich vor den eigentlichen Text der Requête.

1.
„Bundespräsidialamt
Az.: 111-3306-2792/84
(Bei Rückfragen bitte angeben.)
53 Bonn 1, den 8. Januar 1992
Kaiser-Friedrich-Straße 16
(Telefon, Telex, Telefax)
Herrn
Hans Roth
(Adresse)

¹⁹³ Irgendwo in Gallien lebt auch Hans Roth. Zugegeben: Das ist albern. Aber immer wieder mußte ich an Astérix und Obélix denken („hört nicht auf, ... Widerstand zu leisten“ und „’Öme’, ’Öme’, viele ’Öme’!“)



Sehr geehrter Herr Roth,
für Ihren Brief vom 18. November, den Herr Dr. Spath zuständigkeithalber an mich weitergeleitet hat, danke ich Ihnen vielmals.
Der einzelne Bürger kann sich nach Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs mit einer Individualbeschwerde an die Europäische Kommission für Menschenrechte in Straßburg wenden, wenn er durch einen Vertragsstaat der ‚Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten‘ in einem durch diese garantierten Grundrecht verletzt worden ist und der betreffende Staat erklärt hat, daß er die Zuständigkeit der Kommission auf diesem Gebiet anerkannt hat. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kann dagegen von einer natürlichen Person nicht angerufen werden.
Wunschgemäß füge ich Ihr Buch ‚Aufrichten oder Abrichten‘ wieder bei.
Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Wember
Anlage“

2.
„Commission Europeene des Droits de l’Homme
Conseil de l’Europe
Strasbourg
European Commission of Human Rights
Council of Europe
Strasbourg
HR
JM/id
PE 3754
Strasbourg, den 22. Dezember 1992



Sehr geehrter Herr Roth!

Hiermit bestätige ich den Empfang Ihrer gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Beschwerde vom 2. Dezember 1992 nebst Anlagen.

Bevor die Beschwerde registriert wird, muss ich Sie auf die Bedenken hinweisen, die der Zulässigkeit Ihrer Beschwerde entgegenstehen.

Nach der ständigen Rechtsprechung der Europäischen der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gehört das Recht auf Zugang zum öffentlichen Dienst grundsätzlich nicht zu den von der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Rechten, so dass die Kommission schon aus diesem Grunde Ihre Beschwerde für unzulässig erklären müsste. Zu Ihrer näheren Unterrichtung füge ich in der Anlage die Urteile des Gerichtshofes in den Sachen Glasenapp und Kosiek bei.

Ein anderes Problem ergibt sich zur Frage der Wahrung der Sechsmonatsfrist. Gemäss Art. 26 der Konvention muss die Kommission innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Ergehen der ‚endgültigen innerstaatlichen Entscheidung‘ angerufen werden.

Nach der Rechtsprechung der Kommission ist damit grundsätzlich die Entscheidung der höchsten innerstaatlichen Rechtsmittelinstanz anzusehen, im Fall der Bundesrepublik Deutschland die des Bundesverfassungsgerichts.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zu diesen Punkten Stellung nehmen könnten, bevor die Beschwerde registriert und der Kommission vorgelegt wird.

Hochachtungsvoll

Der Sekretär der Europäischen Menschenrechtskommission
i.A.

J. Marcetus

Herrn Hans Roth (Adresse)“

3.

„Hans Roth (Adresse)

12.1.1993

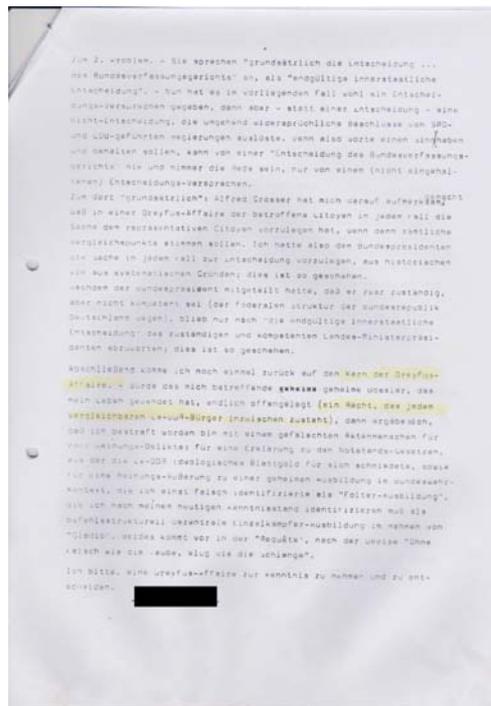
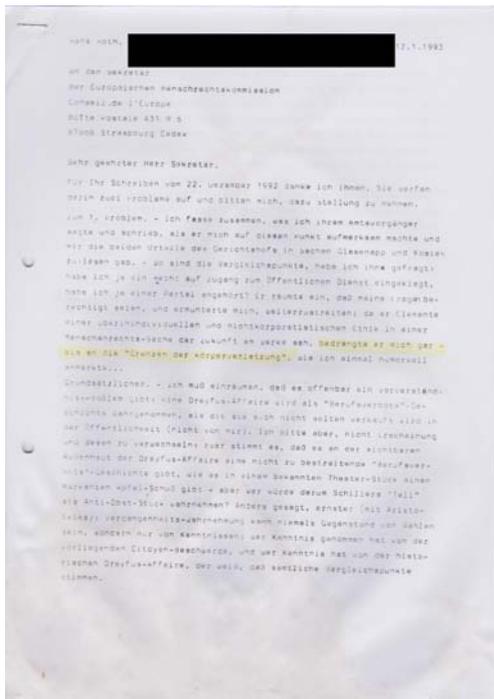
an den Sekretär

der Europäischen Menschenrechtskommission

Conseil de l'Europe

Boîte Postale 431 R 6

67006 Strasbourg Cedex



Sehr geehrter Herr Sekretär,

für Ihr Schreiben vom 22. Dezember 1992 danke ich Ihnen. Sie werfen darin zwei Probleme auf und bitten mich, dazu Stellung zu nehmen.

Zum 1. Problem. – Ich fasse zusammen, was ich Ihrem Amtsvorgänger sagte und schrieb, als er mich auf diesen Punkt aufmerksam machte und mir die beiden Urteile des Gerichtshofs in Sachen Glasenapp und Kosiek zu lesen gab. – Wo sind die Vergleichspunkte, habe ich ihn gefragt: habe ich je ein Recht auf Zugang zum Öffentlichen Dienst eingeklagt, habe ich je einer Partei angehört? Er räumte ein, daß meine Fragen berechtigt seien, er ermunterte mich, weiterzustreiten; da er Elemente einer überindividuellen und nichtkorporatistischen Ethik in einer Menschenrechts-Sache der Zukunft am Werke sah, bedrängte er mich gar – bis an die ‚Grenzen der Körperverletzung‘, wie ich einmal humorvoll anmerkte ...

Grundsätzlicher. – Ich muß einräumen, daß es offenbar ein Vorverständnis-Problem gibt: eine Dreyfus-Affaire wird als ‚Berufsverbots‘-Geschichte wahrgenommen, als die sie auch nicht selten verkauft wird in der Öffentlichkeit (nicht von mir). Ich bitte daher, nicht Erscheinung und Wesen zu verwechseln: zwar stimmt es, daß es an der sichtbaren Außenhaut der Dreyfus-Affaire eine nicht zu bestreitende ‚Berufsverbots‘-Geschichte gibt, wie es in einem bekannten Theaterstück einen markanten Apfel-Schuß gibt – aber wer würde darum Schillers ‚Tell‘ als Anti-Obst-Stück wahrnehmen? Anders gesagt, ernster (mit Aristoteles): Vergangenheits-Wahrnehmung kann niemals Gegenstand von Wahlen sein, sondern nur von Kenntnissen; wer Kenntnis genommen hat von der vorliegenden Citoyen-Beschwerde, und wer Kenntnis hat von der historischen Dreyfus-Affaire, der weiß, daß sämtliche Vergleichspunkte stimmen.

Zum 2. Problem. – Sie sprechen ‚grundsätzlich die Entscheidung ... des Bundesverfassungsgerichts‘ an, als ‚endgültige innerstaatliche Entscheidung‘. – Nun hat es im vorliegenden Fall wohl ein Entscheidungs-Versprechen gegeben, dann aber – statt einer Entscheidung – eine Nicht-Entscheidung, die umgehend widersprüchliche Beschlüsse von SPD- und CDU-geführten Regierungen auslöste. Wenn also Worte einen Sinn haben und

behalten sollen, kann von einer ‚Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts‘ nie und nimmer die Rede sein, nur von einem (nicht eingehaltenen) Entscheidungs-Versprechen.

Zum Wort ‚grundsätzlich‘: Alfred Grosser hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß in einer Dreyfus-Affaire der betroffene Citoyen in jedem Fall die Sache dem repräsentativen Citoyen vorzulegen hat, wenn denn sämtliche Vergleichspunkte stimmen sollen. Ich hatte also dem Bundespräsidenten die Sache in jedem Fall zur Entscheidung vorzulegen, aus historischen wie aus systematischen Gründen; dies ist so geschehen.

Nachdem der Bundespräsident mitgeteilt hatte, daß er zwar zuständig, aber nicht kompetent sei (der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland wegen), blieb nur noch ‚die endgültige innerstaatliche Entscheidung‘ des zuständigen und kompetenten Landes-Ministerpräsidenten abzuwarten; dies ist so geschehen.

Abschließend komme ich noch einmal zurück auf den Kern der Dreyfus-Affaire. – Würde das mich betreffende geheime Dossier, das mein Leben gewendet hat, endlich offengelegt (ein Recht, das jedem vergleichbaren Ex-DDR-Bürger inzwischen zusteht), dann ergäbe sich, daß ich bestraft worden bin mit einem gefälschten Aktenmenschen für zwei Meinungs-Delikte: für eine Erklärung zu den Notstands-Gesetzen, aus der die Ex-DDR ideologisches Blattgold für sich schmiedete, sowie für eine Meinungs-Äußerung zu einer geheimen Ausbildung im Bundeswehrkontext, die ich einst falsch identifizierte als ‚Folter-Ausbildung‘, die ich nach meinem heutigen Kenntnisstand identifizieren muß als befehlsstrukturell dezentrale Einzelkämpfer-Ausbildung im Rahmen von ‚Gladio‘. Beides kommt vor in der ‚Requête‘, nach der Devise ‚Ohne Falsch wie die Taube, klug wie die Schlange‘.

Ich bitte, eine Dreyfus-Affaire zur Kenntnis zu nehmen und zu entscheiden.

Hans Roth“

4.

„Commission Europeene des Droits de l’Homme

Conseil de l’Europe

Strasbourg

European Commission of Human Rights

Council of Europe

Strasbourg

HR-R1. D

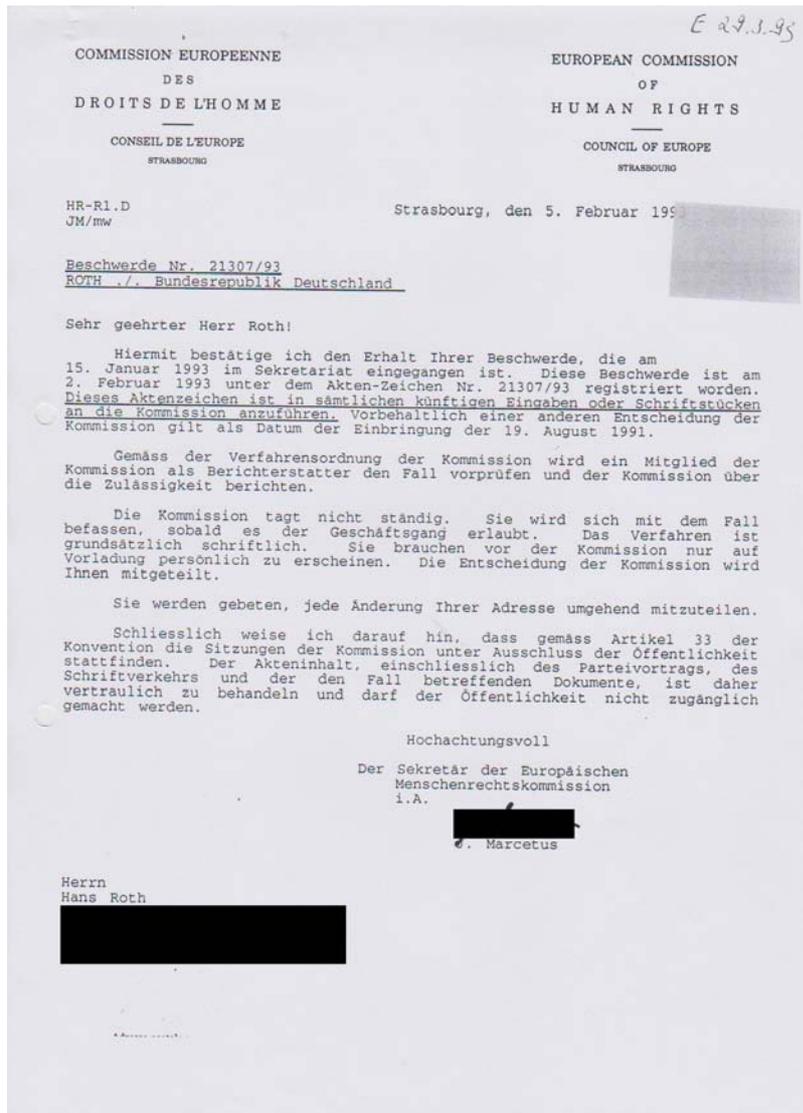
JM/mw

Strasbourg, den 5. Februar 1993

Beschwerde Nr. 21307/93

ROTH ./ Bundesrepublik Deutschland

79
Drittes Buch



Sehr geehrter Herr Roth!

Hiermit bestätige ich den Erhalt Ihrer Beschwerde, die am 15. Januar 1993 im Sekretariat eingegangen ist. Diese Beschwerde ist am 2. Februar 1993 unter dem Aktenzeichen Nr. 21307/93 registriert worden. Dieses Aktenzeichen ist in sämtlichen künftigen Eingaben oder Schriftstücken an die Kommission anzuführen. Vorbehaltlich einer anderen Entscheidung der Kommission gilt als Datum der Einbringung der 19. August 1991.

Gemäss der Verfahrensordnung der Kommission wird ein Mitglied der Kommission als Berichterstatter den Fall vorprüfen und der Kommission über die Zulässigkeit berichten.

Die Kommission tagt nicht ständig. Sie wird sich mit dem Fall befassen, sobald es die Geschäftsordnung erlaubt. Das Verfahren ist grundsätzlich schriftlich. Sie brauchen vor der Kommission nur auf Vorladung persönlich zu erscheinen. Die Entscheidung der Kommission wird Ihnen mitgeteilt.

Sie werden gebeten, jede Änderung Ihrer Adresse umgehend mitzuteilen. Schliesslich weise ich Sie darauf hin, dass gemäss Artikel 33 der Konvention die Sitzungen der Kommission unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Der Akteninhalt, einschliesslich des Parteivortrags, des Schriftverkehrs und der den Fall betreffenden Dokumente, ist daher vertraulich zu behandeln und darf der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden.

Hochachtungsvoll

Der Sekretär der Europäischen Menschenrechtskommission

i.A.
J. Marcetus
Herrn
Hans Roth
(Adresse)“

Vielleicht hatte Hans Roth in seinem „Nachwort zur 2. Petition 26.8.2013“ wegen der letzten Zeilen dieses Schreibens nur die ersten drei Seiten der Requête angeführt¹⁹⁴ - obwohl ich mir kaum vorstellen kann, daß dieses Verbot nach 22 Jahren noch gültig ist. Jedenfalls betone ich an dieser Stelle vorsichtshalber, daß ich die Dokumente nicht von ihm bekommen habe.

16. Die Requête in Strasbourg. „Die Fesseln der gequälten Menschheit sind aus Kanzleipapier“ und „Sie waren der einzige Offizier, der in meinem Sinn gehandelt hat“

Die Eingabe oder Requête – „Die Beschwerde ist am 2. Februar 1993 unter dem Aktenzeichen Nr. 21307/93 registriert worden“ und „Vorbehaltlich einer anderen Entscheidung der Kommission gilt als Datum der Einbringung der 19. August 1991“ (s.o.) - ist dreizehn Seiten lang. Die Kopien der ersten drei Seiten waren Bestandteil meiner Zweiten Petition und sind im Ersten Buch auf S. 209-212 zu finden.

- Seite 1 -

>EUROPÄISCHE KOMMISSION FÜR MENSCHENRECHTE

Europarat
Strasbourg
Frankreich

BESCHWERDE

nach Artikel 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention und
nach Artikel 37 und 38 der Verfahrensordnung der Kommission

- Seite 2 -

I. PARTEIEN

A. DER BESCHWERDEFÜHRER

(Angaben über den Beschwerdeführer und dessen Vertreter)

1. Name: Roth
2. Vorname(n): Hans (-Werner)
3. Staatsangehörigkeit: Deutscher
4. Beruf: Hilfsarbeiter u. Buchautor
5. Geburtsdatum und –ort: 4.1.1943, Gladbeck/ Westfalen
6. Ständige Anschrift (...)
7. Telefon-Nr. (...)

¹⁹⁴ siehe Erstes Buch, S. 209-212; als PDF unter http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/themen/berufsverbot/hans_roth_zweite_petition.pdf

8. Name des Vertreters: entfällt
9. Beruf des Vertreters: entfällt
10. Anschrift des Vertreters: entfällt
11. Telefon-Nr. des Vertreters: entfällt

B. DER HOHE VERTRAGSCHLIESSENDE TEIL
(Bezeichnung des Staates, gegen den die Beschwerde gerichtet ist)

12. Bundesrepublik Deutschland (Land Hessen)

- Seite 3 -

II. DARLEGUNG DES TATBESTANDES

13. Der Beschwerdeführer Hans Roth, (Adresse), wurde 1943 in Gladbeck/ Westfalen geboren. Die politische Menschwerdung des Citoyen wurde verschiedene Male öffentlich beschrieben, so z.B. im anliegenden Dokumentations-Bericht „Wie man in den Ruch kommt, ein Aussätziger zu sein“¹. Zum Tatbestand, wie er im bisherigen gerichtsförmigen Verfahren und in politischen Entscheidungen staatlicher sowie nachgeordneter Verwaltungs-Instanzen aufgetaucht ist, gehören immer wieder Erfahrungen, als „Aussätziger“ behandelt zu werden und als solcher nicht den erlernten Beruf ausüben zu dürfen. Dazu gehören ein geheimes Verhör vor 18 Jahren, das ein Gesinnungs-Profil auszuschnüffeln versuchte, sowie Regierungs-Erklärungen, die dies bestreiten²; dazu gehören geheime „Extremisten“-Typisierungen, also politische Feind-Erklärungen³, sowie Regierungs-Erklärungen, die dies bestreiten⁴; dazu gehören ein geheimes Dossier und ein falscher Aktenmensch mit einem gefälschten Kern-Dokument – sowie Regierungs-Erklärungen, die dies bestreiten⁵. Jahrelange Ablehnungen, den gelernten Beruf auszuüben (u.a. wegen „Zweifeln an der Verfassungstreue“, „fehlender Planstelle“, „nicht fristgerechter Bewerbung“, „nicht zu billigendem Rollenverständnis als Lehrer und Erzieher“, „fehlender charakterlicher Reife“ – was eine authentische Nazi-Formel ist -, wurden noch einmal bekräftigt in einer letzten Ablehnungs-Entscheidung, die der Entscheidungsträger dem Beschwerdeführer am 4. Juni 1992 mitteilte⁶; das entsprechende Ablehnungs-Schreiben des (SPD-) Ministerpräsidenten des Landes Hessen las sich wie eine politische Übersetzung eines bestimmten Auszugs aus der geheimen Personalakte des Beschwerdeführers⁷ und rieb sich im wesentlichen an dessen Gegenwehr⁸.

¹ Frankfurter Rundschau 264 (12.11.) 1977 S. 14 – s. Anlage A

² päd. Extra 13/14 1975 – s. Anlage B

³ im Sinne von Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Berlin 1963

⁴ zwölf Jahre lang, bis zum 12. März 1986 – s. Anlage C

⁵ mit einem scheinbaren Dementi – s. Anlage D

⁶ informell in Bonn – s. Anlage E

⁷ informell zugespieltes Dokument – s. Anlage F

⁸ s. Anlage G“

Warum wehrte und wehrt sich der Beschwerdeführer gegen seine „Extremisten“-Typisierung und den „Extremisten“-Beschluss, gegen geheime Dossiers und öffentliche Lügen-Komplexe⁹, gegen Verbote, den erlernten Beruf auszuüben? Warum wehrt er sich fundamental und frontal, auf jahrzehntelangen Instanzenwegen gegen einen mehr als mächtigen Gegner?

Aus ideal- und aus realpolitischem Grund.

Zum idealpolitischen Grund. - Eine der wesentlichen Errungenschaften des modernen Verfassungsstaates ist die moralische Neutralisierung der Politik: siehe die von Kant entfaltete Trennung von Moralität und Legalität, Geist und Buchstaben der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die aus Trauerarbeit an einem totalitären Regime entstanden sind, erlauben keine klammheimliche Hinnahme eines geschichtsmächtigen „Extremisten“-Beschlusses, sei es im Osten, sei es im Westen Deutschlands¹⁰. Im Osten mag er, obgleich unmoralisch, legal gewesen sein - im Westen ist er weder legal noch moralisch, sondern von totalitärer Struktur: jene Struktur-Formel „keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“, wie sie dem Beschwerdeführer in dessen geheimem Verhör im August 1974 (ohne Beistand, ohne Protokoll, ohne schriftliche Ladung) entgegenschaltete, unterscheidet sich in ihrem Totalitarismus-Gehalt nicht von ihrer östlichen Zwillingschwester „Keine Freiheit für die Feinde des Sozialismus“. Dagegen ist im Sinne der Menschenrechts-erklärungen des 17. und 18. Jahrhunderts Widerstand angesagt, „résistance à l'Oppression“, wie es in der Menschenrechts-erklärung vom August 1989 an markanter Stelle heißt. Diese Sicht auf Moralität und Legalität, auf Menschenrechte und Verfassung teilte am Anfang der Gegenwehr des Beschwerdeführers eine bürgerfreundliche Kammer der 1. Instanz, indem sie dessen Klage nach Art. 1 des Grundgesetzes (der Menschenwürde als wichtigste Kategorie, als unveräußerliches Menschenrecht vorstellt) recht gab und in einem Kernsatz festschrieb: „Zur Menschenwürde gehört die Freiheit von Furcht.“¹¹

⁹ bei ca. 4.000 Betroffenen ist der Plural angebracht

¹⁰ zur Kritik an DDR-Praktiken s. Anlage H

¹¹ Frankfurter Rundschau 36 (12.2.) 1977 S. 14 - s. Anlage K I

Warum wehrte und wehrt sich der Beschwerdeführer gegen seine „Extremisten“-Typisierung und den „Extremisten“-Beschluss, gegen geheime Dossiers und öffentliche Lügen-Komplexe⁹, gegen Verbote, den erlernten Beruf auszuüben? Warum wehrt er sich fundamental und frontal, auf jahrzehntelangen Instanzenwegen gegen einen mehr als mächtigen Gegner?

Aus ideal- und aus realpolitischem Grund.

Zum idealpolitischen Grund, - Eine der wesentlichen Errungenschaften des modernen Verfassungsstaates ist die moralische Neutralisierung der Politik: siehe die von Kant

entfaltete Trennung von Moralität und Legalität, Geist und Buchstaben der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die aus Trauerarbeit an einem totalitären Regime entstanden sind, erlauben keine klammheimliche Hinnahme eines geschichtsmächtigen „Extremisten“-Beschlusses, sei es im Osten, sei es im Westen Deutschlands¹⁰. Im Osten mag er, obgleich unmoralisch, legal gewesen sein – im Westen ist er weder legal noch moralisch, sondern von totalitärer Struktur: jene Struktur-Formel „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“, wie sie dem Beschwerdeführer in dessen geheimem Verhör im August 1974 (ohne Beistand, ohne Protokoll, ohne schriftliche Ladung) entgegenschallte, unterscheidet sich in ihrer Totalitarismus-Gehalt nicht von ihrer östlichen Zwillingschwester „Keine Freiheit für die Feinde des Sozialismus“. Dagegen ist im Sinne der Menschenrechts-Erklärungen des 17. und 18. Jahrhunderts Widerstand angesagt, „Résistance à l’Oppression“, wie es in der Menschenrechts-Erklärung vom August 1989 an markanter Stelle heißt. Diese Sicht auf Moralität und Legalität, auf Menschenrechte und Verfassung teilte am Anfang der Gegenwehr des Beschwerdeführers eine bürgerliche Kammer der 1. Instanz, indem sie dessen Klage nach Art. 1 des Grundgesetzes (der die Menschenwürde als wichtigste Kategorie, als unveräußerliches Menschenrecht vorstellt) recht gab und in einem Kernsatz festschrieb: „Zur Menschenwürde gehört die Freiheit von Furcht.“¹¹

⁹ bei ca. 4.000 Betroffenen ist der Plural angebracht

¹⁰ zur Kritik an DDR-Praktiken s. Anlage H

¹¹ Frankfurter Rundschau 36 (12.2.) 1977 S. 14 – s. Anlage I

- Seite 5 -

Zum realpolitischen Grund. – Zum Tatbestand gehören zwei Existenzweisen des Geheimen, unsichtbarer Macht also (die nicht nur geheime Dossiers, sondern auch sich selber verbirgt), eine Sphäre des Staatlichen, sichtbarer Macht also (die wie in der Dreyfus-Affaire einen „bordereau“ deckt und damit das wichtigste Demokratie-Versprechen verrät), sowie ein Citoyen, der das Menschenrecht auf „Résistance à l’Oppression“ in Anspruch nimmt. „Die Fesseln der gequälten Menschheit sind aus Kanzleipapier“, heißt es bei Kafka; gab und gibt es eine andere Möglichkeit, sich von den Fesseln eines falschen, aber geschichtsmächtigen Akten-Menschen mit geheimen „Extremisten“-Typisierungen und politischen Feind-Erklärungen zu befreien als den eingeschlagenen, von Demokratie und Rechtsstaat verheißenen? Gab und gibt es einen anderen Weg, dem kurzen Prozeß, der dem Citoyen von demokratisch nicht kontrollierter und nicht legitimierter Macht gemacht wurde, den Prozeß zu machen, als den jahrzehntelangen, den Demokratie und Rechtsstaat verheißen? Eine kurze Erinnerung an ein diesbezügliches Streitgespräch mit Andreas Baader¹², der nur kurz auflachte, als er das Wort „Verheißung“ hörte, gibt die Antwort: nein. – Und es begab sich, daß am Ende des innerstaatlichen Rechtsweges, der länger gedauert hat als das „3. Reich“, mühsam erstrittene Teilerfolge nacheinander zu schriftlichen Rehabilitierungen durch einen Geheimdienstchef¹³ zunächst, alsdann durch den politisch verantwortlichen Minister führten.¹⁴ Und es begab sich, daß in dem politischen Vermittlungs-Gespräch, das der politischen Rehabilitierung voranging, vom Entscheidungsträger der sichtbaren Macht in Zeugen-Gegenwart akzeptiert wurde, daß der „bordereau“, der den libertären Sozialisten als „Kommunisten“ auswies, von einer geheimen Organisation mit Namen „Aktion 76“ fabriziert worden war.¹⁵

- ¹² vor der RAF-Gründung, während der sogenannten „Heimterror“-Kampagne; das Gespräch endete mit einem totalen Dissens
- ¹³ u.a. einer rechtskräftigen Entscheidung in der Kostenfrage: 100% zugunsten des Beschwerdeführers
- ¹⁴ s. Anlagen K und C
- ¹⁵ Gesprächszeuge: Bernd Messinger MdL, stv. Parlamentspräsident

Zum realpolitischen Grund. - Zum Tatbestand gehören zwei Existenzweisen des Geheimen, unsichtbarer Macht also (die nicht nur geheime Obsessiers, sondern auch sich selber verbirgt), eine Sphäre des Staatlichen, sichtbarer Macht also (die wie in der Drayfus-Affaire einen "bordereau" deckt und damit das wichtigste Demokratie-verseprechen verrät), sowie ein Citoyen, der das Menschenrecht auf "Résistance à l'Oppression" in Anspruch nimmt. "Die Fesseln der gequälten Menschheit sind aus Kanzleipapier," heißt es bei Kafka; gab und gibt es eine andere Möglichkeit, sich von den Fesseln eines falschen, aber geschichtsmächtigen Akten-Menschen mit geheimen "Extremisten"-Typisierungen und politischen reind-Erklärungen zubefreien als den eingeschlagenen, von Demokratie und Rechtsstaat verheißenen? Gab und gibt es einen anderen Weg, dem kurzen Prozeß, der dem Citoyen von demokratisch nicht kontrollierter und nicht legitimierter Macht gemacht wurde, den Prozeß zu machen, als den jahrzehntelangen, den Demokratie und Rechtsstaat verheißen? Eine kurze Erinnerung an ein diesbezügliches Streitgespräch mit Andres Baader¹², der nur kurz auflachte, als er das Wort "Verheißung" hörte, gibt die Antwort: nein. - Und es ergab sich, daß am Ende des innerstaatlichen Rechtsweges, der länger gedauert hat als das "3. Reich", mühsam erstrittene Teilerfolge¹³ nacheinander zu schriftlichen Rehabilitierungen durch einen Geheimdienstchef zunächst, alsdann durch den politisch verantwortlichen Minister führten.¹⁴ Und es ergab sich, daß in dem politischen Vermittlungs-Gespräch, das der politischen Rehabilitierung voranging, vom Entscheidungsträger der sichtbaren Macht in Zeugen-Gegenwart akzeptiert wurde, daß der "bordereau", der den libertären Sozialisten als "Kommunisten" auswies, von einer geheimen Organisation mit Namen "Aktion 76" fabriziert worden war.¹⁵

-
- 12 vor der RAF-Gründung, während der sogenannten "Heimterror"-Kampagne; das Gespräch endete mit einem totalen Dissens
- 13 u.a. einer rechtskräftigen Entscheidung in der Kostenfrage: 100 % zugunsten des Beschwerdeführers
- 14 s. Anlagen ~~K + C~~ K + C
- 15 Gesprächszeuge: Bernd Messinger MdL, stv. Parlamentspräsident

Von diesem Augenblick an, in dem eine ideologische Decke weggezogen war und ein Sach- und Menschenverhalt offen zutage lag, akzeptierten SPD-geführte Regierung und CDU-geführte Opposition – unter Vermittlung eines „grünen“ Koalitionspartners –, daß die Lage ernst war, daß nach dem Gleichheits-Grundsatz der Verfassung verfahren werden mußte, daß Wiedergutmachung geboten war. Gleiches muß gleich, Ungleiches muß ungleich behandelt werden, gebietet der Gleichheits-Grundsatz des Grundgesetzes;¹⁶ nachdem mit der formalen Rehabilitierung eingeräumt war, daß der „Extremist“, der staatlich geprüfte, zu Unrecht negativ ungleich behandelt worden war, war er von nun an positiv ungleich zu behandeln, durch eine sofortige Wiedereinsetzung in den Status quo ante, vor der ersten „Extremisten“-Hypisierung, vor der ersten Ablehnung. Der formalen Rehabilitierung mußte die materiale folgen; alles andere wäre Verfassungsbruch, wurde eingeräumt von Regierung und Opposition: in diesem Sinne wandte sich der Innenminister an den Kultusminister-Kollegen. Der reagierte, völlig unsensibel gegenüber Verfassungs-Geboten, mit einem Müllabfuhr-Argument: er sei „nicht dazu da, den Dreck von Friedeburg wegzumachen.“¹⁷ Der CDU-Oppositionsführer protestierte schriftlich und eindringlich, aber ohne Erfolg.¹⁸ Es blieb bei der Ablehnung.

Jahre später, die SPD-geführte Regierung war abgewählt und eine CDU-geführte installiert worden, erreichte die Familie des Beschwerdeführers ein Anruf aus dem Innenministerium: der ehemalige CDU-Oppositionsführer, jetzt Innenminister, ließ telefonisch ausrichten, die „Wiedereinsetzung in den Status quo ante“ sei unterwegs; der „Sohn Hans“ Roth möge sich auf die baldige Ausübung seines Berufs vorbereiten.¹⁹ Gleichzeitig erreichte einen Petenten, den Pariser Hochschullehrer und deutschen Friedenspreisträger Alfred Grosser, ein Schreiben des CDU-Ministerpräsidenten, in dem dieser das genaue Gegenteil seines Innenministers schrieb;²⁰ erneute Ablehnung, mit wieder-neuer Begründung. Mit einer gerichtsförmigen Erklärung, die eine bestimmte politische Verantwortung in Sachen „Aktion 76“ präziserte, widersprach der Beschwerdeführer.²¹ Der Ministerpräsident akzeptierte schweigend; es blieb bei der Ablehnung.

¹⁶ eine entsprechende schriftlich Mitteilung von Prof. Dr. Ulrich Klug (Rechts-Professor, Justiz-Senator a.D. und Autor der „Juristischen Logik“) wurde damals eingesehen und akzeptiert.

Von diesem Augenblick an, in dem eine ideologische Decke weggezogen war und ein Sach- und Menschenverhalt offen zutage lag, akzeptierten SPD-geführte Regierung und CDU-geführte Opposition – unter Vermittlung eines „grünen“ Koalitionspartners –, daß die Lage ernst war, daß nach dem Gleichheits-Grundsatz der Verfassung verfahren werden mußte, daß Wiedergutmachung geboten war. Gleiches muß gleich, Ungleiches muß ungleich behandelt werden, gebietet der Gleichheits-Grundsatz des Grundgesetzes¹⁶; nachdem mit der formalen Rehabilitierung eingeräumt war, daß der „Extremist“, der staatlich geprüfte, zu unrecht negativ ungleich behandelt worden war, war er von nun an positiv ungleich zu behandeln, durch eine sofortige

Wiedereinsetzung in den Status quo ante, vor der ersten „Extremisten“-Typisierung, vor der ersten Ablehnung. Der formalen Rehabilitierung mußte die materiale folgen; alles andere wäre Verfassungsbruch, wurde eingeräumt von Regierung und Opposition: in diesem Sinne wandte sich der Innenminister an den Kultusminister-Kollegen. Der reagierte, völlig unsensibel gegenüber Verfassungs-Geboten, mit einem Müllabfuhr-Argument: er sei „nicht dazu da, den Dreck von Friedeburg wegzumachen.“¹⁷ Der CDU-Oppositionsführer protestierte schriftlich und eindringlich, aber ohne Erfolg.¹⁸ Es blieb bei der Ablehnung.

Jahre später, die SPD-geführte Regierung war abgewählt und eine CDU-geführte installiert worden, erreichte die Familie des Beschwerdeführers ein Anruf aus dem Innenministerium: der ehemalige CDU-Oppositionsführer, jetzt Innenminister, ließ telefonisch ausrichten, die „Wiedereinsetzung in den Status quo ante“ sei unterwegs; der „Sohn Hans“ Roth möge sich auf die baldige Ausübung seines Berufs vorbereiten.¹⁹ Gleichzeitig erreichte einen Petenten, den Pariser Hochschullehrer und deutschen Friedenspreisträger Alfred Grosser, ein Schreiben des CDU-Ministerpräsidenten, in dem dieser das genaue Gegenteil seines Innenministers schrieb²⁰: erneute Ablehnung, mit wieder neuer Begründung. Mit einer gerichtsförmigen Erklärung, die eine bestimmte politische Verantwortung in Sachen „Aktion 76“ präziserte, widersprach der Beschwerdeführer.²¹ Der Ministerpräsident akzeptierte schweigend; es blieb bei der Ablehnung.

¹⁶ eine entsprechende schriftliche Mitteilung von Prof. Dr. Ulrich Klug (Rechts-Professor, Justiz-Senator a.D. und Autor der „Juristischen Logik“) wurde damals eingesehen und akzeptiert

- Seite 7 -

Es sei erwähnt, daß den CDU-Ministerpräsidenten ebenfalls eine Petition des SPD-Ehrevorsitzenden Brandt erreichte²² – womit eine SPD in der Opposition so etwas wie einen Kurswechsel zu erkennen gab. Es sei erwähnt, daß den Beschwerdeführer immer wieder private Sympathie-Erklärungen von SPD-Abgeordneten erreichten, vom kulturpolitischen Sprecher der Landtags-Fraktion (und jetzigen Kultusminister) bis zum Vorsitzenden der Bundestags-Fraktion; als dieser, Regierung und Opposition hatten wieder einmal gewechselt, den neuen SPD-Ministerpräsidenten um Auskunft bat (als ehemaliger Regierungschef eines Bundeslandes und Partei-Vorgesetzter, jedoch ohne Exekutiv-Befugnisse) und dem Beschwerdeführer Anfang Juni in Bonn unter 6 Augen den erneuten Ablehnungs-Bescheid zu lesen gab, da zögerte er nicht, sein Bedauern mitzuteilen. Und seine Ratlosigkeit ob soviel doktrinären Beharrens auf starren Positionen: dem Vorwurf des Verfassungsbruchs, an seinen Parteifreund gerichtet²³, widersprach er nicht.

Immer wieder Verfassungsbrüche und immanente Widersprüche – warum? Die Antwort liegt, wie alle Beteiligten wissen²⁴, in einem geheimen, nicht vernichteten²⁵, geschichtsmächtigen Dossier. Der Beschwerdeführer kämpft im 18. Gegenwehr-Jahr um die Offenlegung dieses Dossiers, um die Rechtskraft der erstinstanzlichen Entscheidung, um ein Recht, wie es Mitbürgern in seinem Land in Sachen „Stasi-Akten“ inzwischen zusteht. Mit seiner Beschwerde wendet er sich, Ratschlägen des französischen Außenministers und des deutschen Bundespräsidenten folgend, an die Europäische Kommission für Menschenrechte²⁶. Menschenrechts-Kämpfer aus dem Osten, für die er sich einst eingesetzt hat, wünschen der „Requête“ Erfolg.²⁷

- ¹⁷ Mitteilung des Innen-Staatssekretärs Andreas von Schoeler an den Grünen-
Abgeordneten Jan Kuhnert
¹⁸ s. Anlage L
¹⁹ Zeugen: Familie A. W. Roth (Adresse)
²⁰ s. Anlage M
²¹ s. Anlage N
²² s. Anlage O
²³ s. Anlage G
²⁴ s. Anlage Q
²⁵ nach Auskünften zweier Geheimdienstchefs in Zeugen-Gegenwart
²⁶ s. Anloagen R, S
²⁷ s. Anlage T (V. Havel)

Es sei erwähnt, daß den CDU-Ministerpräsidenten ebenfalls eine Petition des SPD-Chrenvorsitzenden Brandt erreichte²² - womit eine SPD in der Opposition so etwas wie einen Kurswechsel zu erkennen gab. Es sei erwähnt, daß den Beschwerdeführer immer wieder private Sympathie-erklärungen von SPD-Abgeordneten erreichten, vom kulturpolitischen Sprecher der Landtags-Fraktion (und jetzigen Kultusminister) bis zum Vorsitzenden der Bundestags-Fraktion; als dieser, Regierung und Opposition hatten wieder einmal gewechselt, den neuen SPD-Ministerpräsidenten um Auskunft bat (als ehemaliger Regierungschef eines Bundeslandes und Partei-Vorgesetzter, jedoch ohne Exekutiv-Befugnisse) und dem Beschwerdeführer Anfang Juni in Bonn unter 6 Augen den erneuten Ablehnungs-Bescheid zu lesen gab, da zögerte er nicht, sein Bedauern mitzuteilen, und seine Ketlosigkeit ob soviel doktrinären Beharren auf starren Positionen; dem Vorwurf des Verfassungsbruchs, an seinen Parteilfreund gerichtet,²³ widersprach er nicht.

immer wieder verfassungsbrüche und immanente Widersprüche - warum? Die Antwort hier, wie alle Beteiligten wissen,²⁴ in einem geheimen, nicht vernichteten,²⁵ geschichtsmächtigen Dossier. Der Beschwerdeführer kämpft im 18. gegenwehr-Jahr um die Offenlegung dieses Dossiers, um die Rechtskraft der erstinstanzlichen Entscheidung, um ein Recht, wie es Mitbürgern in seinem Land in Sachen "Stasi-Akten" inzwischen zusteht. Mit seiner Beschwerde wendet er sich, nachschlägen des französischen Außenministers und des deutschen Bundespräsidenten folgend, an die Europäische Kommission für Menschenrechte.²⁶ Menschenrechts-Kämpfer aus dem Osten, für die er sich einst eingesetzt hat, wünschen der "Requête" Erfolg.²⁷

¹⁷ Mitteilung des Innen-Staatssekretärs Andreas von Schoeler an den
Grünen-Abgeordneten Jan Kuhnert

¹⁸ s. Anlage L

¹⁹ Zeugen: Familie A. W. Roth, 4390 Gladbeck, Ortelsburger Str. 29

²⁰ s. Anlage M

²¹ s. Anlage N

²² s. Anlage O

²³ s. Anlage ~~R~~ G

²⁴ s. Anlage Q

²⁵ nach Auskünften zweier Geheimdienstchefs in Zeugen-Gegenwart

²⁶ s. Anlagen R, S

²⁷ s. Anlage T (V. Havel)

111. ANGABE DER GELTEND GEMACHTEN VERLETZUNGEN DER KONVENTION
UND BEGRÜNDUNG

14. In seinem Essay "Menschenrechte - mißhandelt und mißbraucht"²⁸ zitiert W. Brandt zustimmend Gandhi: "Mahatma Gandhi hat Armut die schlimmste Form von Gewalt genannt." - Der Beschwerdeführer hat keinen Anwalt, aus Armut-Gründen. - Die folgenden Äußerungen sind also die eines juristischen Laien, von jenem Mut zur Ignoranz geprägt, wie ihn Montaigne freien Menschen empfiehlt²⁹.
- Ein kurzer Rückblick auf das vorangegangene Gerichtsverfahren, das länger gedauert hat als das "III. Reich", empfiehlt sich, in Kürzestfassung. - Nach dem geheimen Gesinnungsverhör Ende Juli 1974, dessen Existenz zunächst öffentlich bestritten wurde von allen, die es anging, und nach dem Auftauchen eines gefälschten Aktenmenschens in diesem Verhör beantragte der Beschwerdeführer im Dezember 1974 beim zuständigen Verwaltungsgericht, ~~xxx~~ das ihn betreffende geheime Dossier offenzulegen und zu vernichten. Diesem Antrag gab das Verwaltungsgericht Kassel mit Urteil vom 13.1.1977³⁰ statt, soweit es um vorgelegte Akten ging. Da die vorgelegten Akten Seitenzahlen enthielten, die auf auf das Vorhandensein weiterer Akten schließen ließen, wurde beantragt, diese Akten vorzulegen; dem gab das Verwaltungsgericht im Rahmen eines Zwischenstreits mit beschluß vom 9.12.1976 statt. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hob diese Entscheidung jedoch mit Beschluß vom 49.1977 auf. Im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde gegen diesen beschluß, die vom gesetzlichen Richter (Berichterstatterin Frau Dr. Rupp-von Brünneck) angenommen wurde³¹,
-

28 W. Brandt, Menschenrechte - mißhandelt und mißbraucht, Hamburg 1987, S. 58

29 durchgängig in den "Essays" und im Reise-Journal; vgl. auch H. Roth, Okzitanische Kirschen, Gießen 1987, S. 180ff (über

30 s. Anlage ~~II~~ I Montaigne)

31 s. Anlage A; erster Satz nach redaktionellem Vorwort

III. ANGABE DER GELTEND GEMACHTEN VERLETZUNGEN DER
KONVENTION UND BEGRÜNDUNG

14. In seinem Essay „Menschenrechte – misshandelt und missbraucht“²⁸ zitiert W. Brandt zustimmend Gandhi: „Mahatma Gandhi hat Armut die schlimmste Form von Gewalt genannt.“ – Der Beschwerdeführer hat keinen Anwalt, aus Armut-Gründen. – Die folgenden Äußerungen sind also die eines juristischen Laien, von jenem Mut zur Ignoranz geprägt, wie ihn Montaigne freien Menschen empfiehlt²⁹.

Ein kurzer Rückblick auf das vorangegangene Gerichtsverfahren, das länger gedauert hat als das „III. Reich“, empfiehlt sich, in Kürzestfassung. – nach dem geheimen Gesinnungsverhör Ende Juli 1974, dessen Existenz zunächst öffentlich

bestritten wurde von allen, die es anging, und nach dem Auftauchen eines gefälschten Aktenmenschen in diesem Verhör beantragte der Beschwerdeführer im Dezember 1974 beim zuständigen Verwaltungsgericht, das ihn betreffende geheime Dossier offenzulegen und zu vernichten. Diesem Antrag gab das Verwaltungsgericht Kassel mit Urteil vom 13.1.1977³⁰ statt, soweit es um vorgelegte Akten ging. Da die vorgelegten Akten Seitenzahlen enthielten, die auf das Vorhandensein weiterer Akten schließen ließen, wurde beantragt, diese Akten vorzulegen; dem gab das Verwaltungsgericht im Rahmen eines Zwischenstreits mit Beschluß vom 9.12.1976 statt. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hob diese Entscheidung jedoch mit Beschluß vom (unleserlich) 1977 auf. Im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde gegen diesen Beschluß, die vom gesetzlichen Richter (Berichtserstatterin Frau Dr. Rupp-von Brünneck) angenommen wurde³¹,

²⁸ W. Brandt, Menschenrechte – misshandelt und missbraucht, Hamburg 1987, S. 58

²⁹ durchgängig in den „Essays“ und im Reise-Journal; vgl. auch H. Roth, Okzitanische Kirschen, Gießen 1987, S. 180ff (über Montaigne)

³⁰ s. Anlage I

³¹ s. Anlage A: erster Satz nach redaktionellem Vorwort

- Seite 9 -

wurden umfangreiche Stellungnahmen eingeholt, darunter von Bundesgerichten und vom Bundesminister des Innern³², von den Datenschutz-Beauftragten des Bundes und des Landes; um so überraschter war der Beschwerdeführer, als er in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.5.1979 das genaue Gegenteil las: „Die Verfassungsbeschwerde wird nicht ... angenommen, weil sie unzulässig ist.“³³ Argumentiert wurde, Rückschlüsse auf den Inhalt der nicht vorgelegten Akten könnten sich auch ergeben, wenn das Hauptsache-Verfahren „normal“ durchgeführt würde.

Im übrigen wurde verheißen, daß am Ende des innerstaatlichen Rechtswegs noch einmal das höchste Gericht sich äußern könnte, dann aber „zur Hauptsache“. Was es dann wiederum *n i c h t* tat: über 6 Jahre später entschied eine andere Kammer desselben Bundesverfassungsgerichts, nicht zu entscheiden, die Verfassungsbeschwerde gar nicht erst anzunehmen.³⁴

Von solchen Widersprüchen frei ist die Entscheidung des Russell-Tribunals, die hier nur flüchtig erwähnt sei.³⁵ – Erwähnt sei ebenfalls nur am Rande, daß es während jenes Tribunals zu einem vertraulich vermittelten Gespräch zwischen dem Kläger und einem seiner (Verfassungs-)Richter gekommen ist; in diesem Gespräch unter Zeugen wurden die Vorteile einer Demokratie-Begriffs-Klärung für das höchste Gericht (Gegenüberstellung Tocqueville – Marx) durch den Kläger deutlich; der Kläger schrieb eine entsprechende lange Erklärung, und der Richter unterschrieb etwas ganz Anderes.³⁶

³² der Bundesminister des Innern lud unmittelbar nach seinem Ausscheiden aus dem Amt den Beschwerdeführer zu sich nach Hause, um ihm seinen Respekt zu sagen und mit ihm gemeinsam eine Erklärung gegen den „Extremisten“-Beschluß zu verfassen; der Bundesminister der Justiz, ebenfalls unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Amt, verfasste einen Gesetzes-Entwurf für ein Akten-

Einsichts-Recht

³³ s. Anlage V

³⁴ s. Anlage W

³⁵ s. Anlage X

³⁶ s. Anlage W; das Gespräch wurde vermittelt von Prof. Dr. Helmut Gollwitzer und von Dr. Rudi Dutschke

wurden umfangreiche Stellungnahmen eingeholt, darunter von Bundesgerichten und vom Bundesminister des Innern,³² von den Datenschutz-Beauftragten des Bundes und des Landes; um so Überraschter war der Beschwerdeführer, als er in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.5.1979 das genaue Gegenteil las: "Die Verfassungsbeschwerde wird nicht ... angenommen, weil sie unzulässig ist."³³ Argumentiert wurde, Rückschlüsse auf den Inhalt der nicht vorgelegten Akten könnten sich auch ergeben, wenn das Hauptsache-Verfahren "normal" durchgeführt würde.

Im übrigen wurde verheißen, daß am Ende des innerstaatlichen Rechtswege noch einmal das höchste Gericht sich äußern könnte, dann aber "zur Hauptsache". Was es dann wiederum nicht tat: Über 6 Jahre später entschied eine andere Kammer desselben Bundesverfassungsgerichts, nicht zu entscheiden, die Verfassungsbeschwerde gar nicht erst anzunehmen.³⁴

Von solchen Widersprüchen frei ist die Entscheidung des Russell-Tribunals, die hier nur flüchtig erwähnt sei.³⁵ - Erwähnt sei ebenfalls nur am Rande, daß es während jenes Tribunals zu einem vertraulich vermittelten Gespräch zwischen dem Kläger und einem seiner (Verfassungs-)Richter gekommen ist; in diesem Gespräch unter Zeugen wurden die Vorteile einer Demokratie-Begriffs-Klärung für das höchste Gericht (Gegenüberstellung Tocqueville - Marx) durch den Kläger deutlich; der Kläger schrieb eine entsprechende lange Erklärung, und der Richter unterschrieb etwas ganz Anderes.³⁶

³² Der Bundesminister des Innern lud unmittelbar nach seinem Ausscheiden aus dem Amt den Beschwerdeführer zu sich nach Hause, um ihm seinen Respekt zu sagen und mit ihm gemeinsam eine Erklärung gegen den "Extremisten"-Beschuß zu verfassen; der Bundesminister der Justiz, ebenfalls unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Amt, verfaßte einen Gesetzes-Entwurf für ein Akten-Einsichts-Recht

³³ s. Anlage V

³⁴ s. Anlage W

³⁵ s. Anlage X

³⁶ s. Anlage W; das Gespräch

wurde vermittelt von Prof. Dr. Helmut Gollwitzer und von Dr. Rudi Dutschke

Was ist zu dieser wiederkehr immanenter widersprüche auf anderer Ebene zu sagen? Was sagen andere als der beschwerdeführer, ein Justizminister a.D. und ein verfassungsrichter a.D. zum Beispiel?

Prof. Dr. Ulrich Klug kommentierte wie folgt:³⁷ "Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist schockierend. Sie läßt der Staatsgewalt zuviel Möglichkeiten für die Beschränkung der Rechte des Einzelnen offen. Bedauerlich finde ich auch, daß die Gründe so formuliert sind, daß der Außenstehende, selbst wenn er Jurist ist, sie an mehreren Stellen nicht ohne zusätzliche Information verstehen kann." - Es versteht sich, daß der Beschwerdeführer die Europäische Kommission für Menschenrechte bei ihrer Entscheidung bittet, auf Verstehbarkeit, Verständigkeit, Verständlichkeit zu achten, jene Dimension des Humanen.

Prof. Dr. Martin Hirsch hatte den Beschwerdeführer nach einer gemeinsamen Fernseh-Aussprache zu sich in seine Karlsruher Kanzlei geladen und ihm dort zweierlei eröffnet: zum einen offenbarte er sich völlig Überraschend als Autor des Notstandsartikels 87a und gab damit zu erkennen, daß eine frühere konfliktreiche Auseinandersetzung des Ex-Offiziers in Sachen Notstands-Gesetze³⁸ zum Kern des geheimen Dossiers gehört³⁹ - er sagte wörtlich: "Sie waren der einzige Offizier, der in meinem Sinne gehandelt hat..."; zum anderen gab er einen mehr versteckten als veröffentlichten Text des Verfassungsgerichts-Präsidenten und ehemaligen Bundesinnenministers Dr. Ernst Benda zu lesen, dessen Philosophie sich so zusammenfassen läßt: wer die Daten hat, hat die Macht. - Damit war ein doppelter Schlüssel zum Verstehen gegeben, nicht nur für den Beschwerdeführer.⁴⁰

37 s. Anlage Y

38 s. Anlage Z; aus zugespilten Dokumenten weiß der Beschwerdeführer, daß der beiliegende Artikel zu einer Waffe im Kalten Krieg wurde: ein DDR-Papier mit der Überschrift "Olt Roth bewies Zivilcourage" wurde an Bundeswehr-Soldaten geschickt

39 das damit im Kern kein Verfassungsschutz-Dossier sein kann

40 Rückfragen bei Prof. Dr. Martin Hirsch, 7500 Karlsruhe, Welfenstr. 30

Was ist zu dieser Wiederkehr immanenter Widersprüche auf anderer Ebene zu sagen? Was sagen andere als der Beschwerdeführer, ein Justizminister a.D. und ein Verfassungsrichter a.D. zum Beispiel?

Prof. Dr. Ulrich Klug kommentierte wie folgt³⁷: „Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist schockierend. Sie läßt der Staatsgewalt zuviel Möglichkeiten für die Beschränkung der Rechte des Einzelnen offen. Bedauerlich finde ich auch, daß die Gründe so formuliert sind, daß der Außenstehende, selbst wenn er Jurist ist, sie an mehreren Stellen nicht ohne zusätzliche Information verstehen kann.“ - Es versteht sich, daß der Beschwerdeführer die Europäische Kommission für

Menschenrechte bei ihrer Entscheidung bittet, auf Verstehbarkeit, Verständigkeit, Verständlichkeit zu achten, jene Dimension des Humanen.

Prof. Dr. Martin Hirsch hatte den Beschwerdeführer nach einer gemeinsamen Fernseh-Aussprache zu sich in seine Karlsruher Kanzlei geladen und ihm dort zweierlei eröffnet: zum einen offenbarte er sich völlig überraschend als Autor des Notstandsartikels 87a und gab damit zu erkennen, daß eine frühere konfliktreiche Auseinandersetzung des Ex-Offiziers in Sachen Notstands-Gesetze³⁸ zum Kern des geheimen Dossiers gehört³⁹ – er sagte wörtlich: „Sie waren der einzige Offizier, der in meinem Sinn gehandelt hat ...“; zum anderen gab er einen mehr versteckten als veröffentlichten Text des Verfassungsgerichts-Präsidenten und ehemaligen Bundesinnenministers Dr. Ernst Benda zu lesen, dessen Philosophie sich so zusammenfassen läßt: Wer die Daten hat, hat die Macht. – Damit war ein doppelter Schlüssel zum Verstehen gegeben, nicht nur für den Beschwerdeführer.⁴⁰

³⁷ s. Anlage Y

³⁸ s. Anlage Z; aus zugespielten Dokumenten weiß der Beschwerdeführer, daß der beiliegende Artikel zu einer Waffe im Kalten Krieg wurde: ein DDR-Papier mit der Überschrift „Olt Roth bewies Zivilcourage“ wurde an Bundeswehr-Soldaten geschickt

³⁹ das damit im Kern kein Verfassungsschutz-Dossier sein kann

⁴⁰ Rückfragen bei Prof. Dr. Martin Hirsch (Adresse)

- Seite 11 -

Verstehbar wurde damit nachträglich auch jene spektakuläre Mitteilung des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, sein geheimes Roth-Dossier „freiwillig vernichtet“ zu haben⁴¹ – als Prozeß-List, die erlaubte, so zu tun, als sei die Prozeß-Materie damit verschwunden. Da störte es dann kaum noch, daß nicht mitgeteilt wurde, was denn vernichtet worden sei (was ja Ziel der ursprünglichen Klage auf Offenlegung gewesen war) – und daß eine geheime Vernichtung nach den Gesetzen formaler Logik kein „öffentlicher Vorgang“⁴² sein kann ...

Im Verfassungsbeschwerdeverfahren war es insbesondere um die Verletzung der Grundrechte aus Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1 sowie Art. 19 Abs. 4 gegangen. Da nach dem Ende des innerstaatlichen Rechtswegs sowohl sichtbare als auch unsichtbare Macht eingeräumt haben, den Kläger zu Unrecht als „Extremist“ typisiert und behandelt, ihn also wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt zu haben, geht es auch um die Verletzung der Grundrechte nach Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes.

Der Beschwerdeführer, der die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. Nov. 1950 mit der produktiven Ignoranz eines juristischen Laien geprüft hat, sieht die Verletzung nach Art. 5 Abs. 1, Art. 8 Abs. 1, Art. 9 Abs. 1 sowie Art. 10 Abs. 1 als erwiesen an. Ohne Anwalt, also ohne juristisch kompetente Argumentationstechnik maß er sich keine weitere Begründungen an als die bereits vorgetragenen; er handelt damit anders als sein Gegner im Streit, der den gelernten Lehrer von fachlich nicht qualifizierten Beamten dequalifizieren ließ, nachdem der sein Hochschul-Examen „mit Auszeichnung bestanden“ und mit der Veröffentlichung seines didaktischen Ansatzes⁴³ nicht nur in Fachkreisen Anerkennung gefunden hatte.

Der Beschwerdeführer bittet um Verstehbarkeit, um Verständigkeit, um Verständlichkeit der Entscheidung.

⁴¹ s. Anlage (unleserlich; I a?)

⁴² wie der Gegner argumentierte

⁴³ s. beiliegendes Buch „Aufrichten oder Abrichten“

Verstehbar wurde damit nachträglich auch jene spektakuläre Mitteilung des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz, sein geheimes Roth-Dossier "freiwillig vernichtet" zu haben⁴¹ - als Prozeß-Liste, die erlaubte, so zu tun, als sei die Prozeß-Materie damit verschwunden. Da störte es dann kaum noch, daß nicht mitgeteilt wurde, was denn vernichtet worden sei (was ja Ziel der ursprünglichen Klage auf Offenlegung gewesen war) - und daß eine geheime Vernichtung nach den Gesetzen formaler Logik kein "öffentlicher Vorgang"⁴² sein kann...

Im Verfassungsbeschwerdeverfahren war es insbesondere um die Verletzung der Grundrechte aus Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1 sowie Art. 19 Abs. 4 gegangen. Da nach dem Ende des innerstaatlichen Rechtswegs sowohl sichtbare als auch unsichtbare Macht eingeräumt haben, den Kläger zu Unrecht als "Extremist" typisiert und behandelt, ihn also wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt zu haben, geht es auch um die Verletzung der Grundrechte nach Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes.

Der Beschwerdeführer, der die Konvention ~~es~~ zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. Nov. 1950 mit der produktiven Ignoranz eines juristischen Laien geprüft hat, sieht die Verletzung von Art. 5 Abs. 1, Art. 8 Abs. 1, Art. 9 Abs. 1 sowie Art. 10 Abs. 1 als erwiesen an. Ohne Anwalt, also ohne juristisch kompetente Argumentationstechnik maßt er sich keine weitere Begründungen an als die bereits vorgetragenen; er handelt damit anders als sein Gegner im Streit, der den gelehrten Lehrer von fachlich nicht qualifizierten Beamten dequalifizieren ließ, nachdem sein hochschul-examen "mit Auszeichnung bestanden" und mit der Veröffentlichung seines didaktischen Ansatzes⁴³ nicht nur in Fachkreisen Anerkennung gefunden hatte.

Der Beschwerdeführer bittet um Verstehbarkeit, um Verständigkeit, um Verständlichkeit der Entscheidung.

41 s. Anlage I a

42 wie der Gegner argumentierte

43 s. beiliegendes Buch "Aufrichten oder Abrichten"

IV. ANGABE ZU ARTIKEL 26 DER KONVENTION

15. Letzte innerstaatliche Entscheidung
(Datum und Art der Entscheidung, Bezeichnung des Gerichts oder der Behörde)

4. Juni 1992 Schriftliche Ablehnung, den erlernten Beruf auszuüben, durch den Hessischen Ministerpräsidenten, Wiesbaden, eingesehen um 16 Uhr beim Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn (Mitteilung des Scheiterns einer politischen Lösung fernmündlich am 2. September).

Die dem Beschwerdeführer in Artikel 26 gesetzte Frist von sechs Monaten zum Einlegen der Beschwerde läuft am 4. Dezember 1992 ab.

Die Voraussetzung, den innerstaatlichen Rechtsweg zu erschöpfen, ist erfüllt. Darüber hinaus ist der symbolische Citoyen, der Bundespräsident, vom Citoyen angeschrieben und - da das höchste Gericht entschieden hatte, in der Sache nicht zu entscheiden - aufgefordert worden, in der Meeschenrechts-Sache zu entscheiden, mit ebenfalls negativem Ergebnis.

16. Andere Entscheidungen

Sämtliche politischen, Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen aufzulisten und im Anhang aufzuführen, hieße, diese Beschwerde mit mehreren hundert Seiten zu belasten. Auf Wunsch seien diese jedoch nachgereicht.

Unter den Gerichtsentscheidungen sollte erwähnt werden eine Negativentscheidung im Lehrer-Qualitäts-Prozeß (s. beiliegendes Buch "Aufrichten oder Abrichten") in erster Instanz; aus Kräfte- und Gesundheits-Gründen wurde dieser Prozeß nicht weitergeführt.

IV. ANGABE ZU ARTIKEL 26 DER KONVENTION

15. Letzte innerstaatliche Entscheidung
(Datum und Art der Entscheidung, Bezeichnung des Gerichts oder der Behörde)

4. Juni 1992 Schriftliche Ablehnung, den erlernten Beruf auszuüben, durch den Hessischen Ministerpräsidenten, Wiesbaden, eingesehen um 16 Uhr beim Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn (Mitteilung des Scheiterns einer politischen Lösung fernmündlich am 2. September).

Die dem Beschwerdeführer in Artikel 26 gesetzte Frist von sechs Monaten zum Einlegen der Beschwerde läuft am 4. Dezember 1992 ab.

Die Voraussetzung, den innerstaatlichen Rechtsweg zu erschöpfen, ist erfüllt. Darüber

hinaus ist der symbolische Citoyen, der Bundespräsident, vom Citoyen angeschrieben und – da das höchste Gericht entschieden hatte, in der Sache nicht zu entscheiden – aufgefordert worden, in der Menschenrechts-Sache zu entscheiden, mit ebenfalls negativem Ergebnis.

16. Andere Entscheidungen
Sämtliche politischen, verwaltungs- und Gerichts-Entscheidungen aufzulisten und im Anhang aufzuführen, hieße, diese Beschwerde mit mehreren hundert Seiten zu belasten. Auf Wunsch seien diese jedoch nachgereicht.
Unter den Gerichts-Entscheidungen sollte erwähnt werden eine Negativ-Entscheidung im Lehrer-Qualitäts-Prozeß (s. beiliegendes Buch „Aufrichten oder Abrichten“) in erster Instanz; aus Kräfte- und Gesundheits-Gründen wurde dieser Prozeß nicht weitergeführt.

- Seite 13 -

17. Gab es ein Rechtsmittel, das der Beschwerdeführer nicht eingelegt hat?
Nein.

V. ANGABE DES BESCHWERDEGEGENSTANDES

18. Mit der Beschwerde nach Artikel 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention macht der Beschwerdeführer die Verletzung seiner in ihr verbürgten Rechte durch die Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen von 1979 und 1985 geltend.

VI. ANDERE INTERNATIONALE INSTANZEN, DIE MIT DIESER BESCHWERDE BEFASST SIND ODER WAREN

19. Keine (bzw. Russell-Tribunal).

VII. BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

20. siehe Anlagen

VIII. GEWÜNSCHTE VERFAHRENSPRACHE

21. Der Beschwerdeführer wünscht, die Entscheidung der Kommission in französischer Sprache zu erhalten.

IX. ERKLÄRUNG UND UNTERSCHRIFT

22. Der Beschwerdeführer erklärt nach bestem Wissen und Gewissen, daß die von ihm gemachten Angaben richtig sind und daß er die Vertraulichkeit des Verfahrens vor der Kommission wahren wird.

Ort: (Wohnort)

Datum: 2. Dezember 1992
(Hans Roth)<

17. Gab es ein Rechtsmittel, das der Beschwerdeführer nicht eingelegt hat?

Nein.

V. ANGABE DES BESCHWERDEGEGENSTANDES

18. Mit der Beschwerde nach Artikel 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention macht der Beschwerdeführer die Verletzung seiner in ihr verbürgten Rechte durch die Bundesverfassungsgerichts-Entscheidungen von 1979 und 1985 geltend.

VI. ANDERE INTERNATIONALE INSTANZEN, DIE MIT DIESER BESCHWERDE BEFASST SIND ODER WAREN

19. Keine (bzw. Russell-Tribunal).

VII. BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN

20. siehe Anlagen

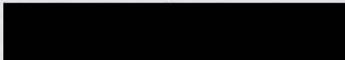
VIII. GEWÜNSCHTE VERFAHRENSSPRACHE

21. Der Beschwerdeführer wünscht, die Entscheidung der Kommission in französischer Sprache zu erhalten.

IX. ERKLÄRUNG UND UNTERSCHRIFT

22. Der Beschwerdeführer erklärt, nach bestem Wissen und Gewissen, daß die von ihm gemachten Angaben richtig sind und daß er die Vertraulichkeit des Verfahrens vor der Kommission wahren wird.

23. Er ist damit einverstanden, daß sein Name veröffentlicht wird.

Urt: 

Datum: 2. Dezember 1992

(Hans Koth)

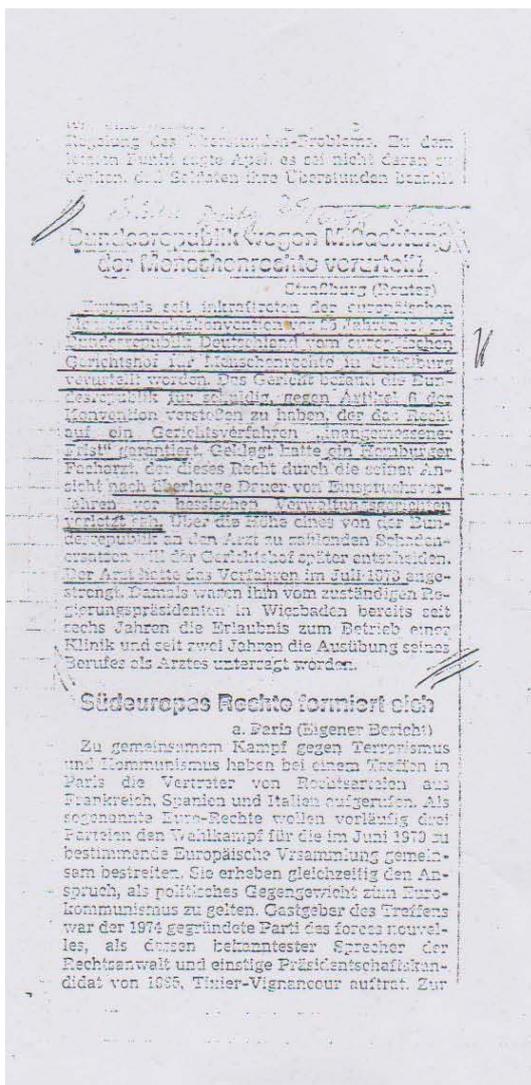
17. Das Recht auf ein Gerichtsverfahren in angemessener Frist.

Leider weiß ich nicht, wo und wann der folgende Zeitungsartikel erschienen ist. Aber er paßt so genau zu den beiden (Nicht-)Urteilen des Bundesverfassungsgerichts –

„Im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde gegen diesen Beschluß, die vom Richter (Berichtserstatterin Frau Dr. Rupp-von Brünneck) angenommen wurde, wurden umfangreiche Stellungnahmen eingeholt, darunter von Bundesgerichten und vom Bundesminister des Innern, von den Datenschutz-Beauftragten des Bundes und des Landes; um so überraschter war der Beschwerdeführer, als er in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23.5.1979 das genaue Gegenteil las: „Die Verfassungsbeschwerde wird nicht ... angenommen, weil sie unzulässig ist.“ Argumentiert wurde, Rückschlüsse auf den Inhalt der nicht vorgelegten Akten könnten sich auch ergeben, wenn das Hauptsache-Verfahren ‚normal‘ durchgeführt würde.

Im übrigen wurde verheißen, daß am Ende des innerstaatlichen Rechtswegs noch einmal das höchste Gericht sich äußern könnte, dann aber ‚zur Hauptsache‘. Was es dann wiederum **n i c h t** tat: über 6 Jahre später entschied eine andere Kammer desselben Bundesverfassungsgerichts, nicht zu entscheiden, die Verfassungsbeschwerde gar nicht erst anzunehmen.“ (Requête)

und lag wohl deshalb zwischen den Unterlagen:



„Bundesrepublik wegen Mißachtung der Menschenrechte verurteilt

Straßburg (Reuter)

Erstmals seit Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention vor 25 Jahren ist die Bundesrepublik Deutschland vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg verurteilt worden. Das Gericht befand die Bundesrepublik für schuldig, gegen Artikel 6 der Konvention verstoßen zu haben, der das Recht auf ein Gerichtsverfahren ‚in angemessener Frist‘ garantiert. Geklagt hatte ein Hamburger Facharzt, der dieses Recht durch die seiner Ansicht nach überlange Dauer von Einspruchsverfahren vor hessischen Verwaltungsgerichten verletzt sah. Über die Höhe eines von der Bundesrepublik an den Arzt zu zahlenden Schadensersatzes will der Gerichtshof später entscheiden. Der Arzt hatte das Verfahren im Juli 1973 angestrengt. Damals waren ihm vom zuständigen Regierungspräsidenten in Wiesbaden bereits seit sechs Jahren die Erlaubnis zum Betrieb einer Klinik und seit zwei Jahren die Ausübung seines Berufes als Arzt untersagt worden.“

Darunter stand der Artikel

„Südeuropas Rechte formiert sich

a. Paris (Eigener Bericht)

Zu gemeinsamem Kampf gegen Terrorismus und Kommunismus haben bei einem Treffen in Paris die Vertreter von Rechtsparteien aus Frankreich, Spanien und Italien aufgerufen. Als sogenannte Euro-Rechte wollen vorläufig drei Parteien den Wahlkampf für die im Juni 1979 zu bestimmende Europäische Versammlung gemeinsam bestreiten. Sie erheben gleichzeitig den Anspruch, als politisches Gegengewicht zum Eurokommunismus zu gelten. Gastgeber des Treffens war der 1974 gegründete Parti des forces nouvelles, als dessen bekanntester Sprecher der Rechtsanwalt und einstige Präsidentschaftskandidat von 1965, Tixier-Vignancour auftrat. Zur ...“ (Ende des Zeitungsausschnitts.“

18. Eine Revue, die mir passierte

Etwas Revue passieren lassen meint, etwas in Gedanken oder Worten noch einmal nacheinander vorführen.

Immer wieder mußte ich an drei Sätze von Rechtsanwalt Gottfried Milde denken, dem ehemaligen CDU-Fraktionsführer im Hessischen Landtag und späteren Landesinnenminister, zu dem ich über seinen Sohn, dem gleichnamigen ehemaligen CDU-Fraktionsführer im Hessischen Landtag dankenswerterweise Kontakt bekommen und der mir am 22.4.2009 in einem Brief geschrieben hatte:

1. „Ich selbst habe keine Unterlagen aus der damaligen Zeit, die CDU-Landtagsfraktion auch nicht, weil alle Aufbewahrungsfristen seit vielen Jahren verstrichen sind und die Akten dann vorschriftsmäßig vernichtet worden sind.“
2. „In der CDU-Fraktion hat seinerzeit unser Kollege Horst Geipel die Angelegenheit bearbeitet. Er ist leider sehr früh verstorben, sodass auch von dieser Seite nichts mehr in Erfahrung zu bringen ist.“
3. „Mich verblüfft allerdings, dass die Angelegenheit jetzt nach so langer Zeit wieder aufgegriffen worden ist. Herr Roth hätte ja viel früher die Möglichkeit gehabt, sich zu melden und eventuell bestehende Ansprüche geltend zu machen. ...“¹⁹⁵

Nun waren sechs Jahre vergangen, und ich ging die Unterlagen noch einmal durch. Eigentlich wollte ich die Dokumente Revue passieren lassen, aber es passierte etwas mit mir, als ich sie so vor mir sah: Mir passierte diese Revue:

¹⁹⁵ siehe Erstes Buch, S. 71

- „Das Landesamt für Verfassungsschutz sammelt keine erkennungsdienstlichen Unterlagen.“ (Brief aus dem Landesamt für Verfassungsschutz Hessen an Hans Roth vom **17.2.1975**¹⁹⁶)
- „Mit Verwunderung und sogar Bestürzung habe ich Ihre Entscheidung gelesen den Antrag von Hans Roth aus Limburg auf Einstellung als Beamter in den hessischen Schuldienst ab zu lehnen.“ (Brief von Sicco Mansholt an den Hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner vom **27.12.1977**¹⁹⁷)
- „Ich selbst gehe davon aus, daß mit der Übernahme des Kollegen Roth in das Beamtenverhältnis auch eine Rehabilitierung erfolgt ist. Schließlich müsste es doch möglich sein, dies in einer Erklärung Kollegen Roth mitzuteilen und damit frühere Verfügungen des Regierungspräsidenten bzw. entsprechende Erlasse von Ihnen für nichtig zu erklären.“ (Brief von Alfred Harnischfeger (GEW) an den Hessischen Kultusminister Hans Krollmann vom **8.1.1979**¹⁹⁸)
- „Man könnte die Auffassung vertreten, daß Sie mit der Verbeamtung davon ausgehen, daß diese Zweifel keine Berechtigung mehr haben. Unser Mandant legt jedoch Wert auf die Feststellung, daß diese Zweifel niemals berechtigt waren. Wir teilen diese Auffassung. Es kann nicht angehen, daß die doch sehr massiven Vorwürfe den Beamten Roth in seiner Personalakte sein ganzes Leben begleiten“ (Brief von Rechtsanwalt Peter Becker an den Hessischen Kultusminister Hans Krollmann vom **19.3.1979**)¹⁹⁹
- „Gegen die Aktenverfolgung der Verwaltung kamen auch sie nicht an; ein mir sehr gut bekannter SPD-MdB aus der oberen Etage der Industrie sagte mir wörtlich: ‚Ich renne wie gegen eine Gummiwand! Das Stichwort ‚Geheim‘ verschliesst alle Türen“ (Brief des Vaters von Hans Roth an seinen Parteivorstand vom **5.8.1982**²⁰⁰)
- „In der Sache Ihres Sohnes ist wohl auch alles falsch gelaufen, was überhaupt nur denkbar war. Dennoch erscheint mir notwendig, die Irrtümer und Fehler der verschiedensten Stellen zunächst einmal hintanzustellen und stattdessen zu überlegen, wie die Lage Ihres Sohnes schnellstens zu verbessern ist.“ (Brief des damaligen Verfassungsschutzobmann der hessischen CDU Horst Geipel an den Vater von Hans Roth vom **17.8.1982**²⁰¹)
- „Darüber hinaus gab es auch niemals einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln oder Sie als ‚Extremist‘ einzustufen.“ (Brief des Hessischen Innenministers Horst Winterstein an Hans Roth vom **12.3.1986**²⁰²)
- „Klar ist, daß inzwischen auch das Innenministerium eingesehen hat, man muß Herrn Roth die Chance der Rehabilitation geben. Was nützt aber die polizeirechtliche Rehabilitation, wenn die beruflichen Folgen negativ bleiben. Ich bitte ganz herzlich, doch den Vorgang noch einmal persönlich zu überprüfen, sich auch mit dem Innenminister bzw. Herrn Staatssekretär von Schoeler in Verbindung zu setzen und einen Weg zu suchen, auf dem man Herrn Roth gerecht werden kann.“ (Brief des damaligen hessischen CDU-Fraktionsvorsitzende Gottfried Milde an den damaligen Hessischen Kultusminister Karl Schneider vom **Sommer 1986**²⁰³)

¹⁹⁶ siehe Drittes Buch, S. 69

¹⁹⁷ siehe Drittes Buch, S. 65

¹⁹⁸ siehe Drittes Buch, S. 60

¹⁹⁹ siehe Drittes Buch, S. 62

²⁰⁰ siehe Zweites Buch, S. 48, auch auf http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_BriefVater.pdf

²⁰¹ siehe Zweites Buch, S. 83, auch unter http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Geipel-Brief17-08-82.pdf

²⁰² siehe Drittes Buch, S. 63, auch unter http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappe1.pdf; S. 36

²⁰³ siehe Drittes Buch, S. 64 und Erstes Buch, S. 113; auch auf http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Milde1986.pdf

- „Willy Brandt hat Ihre Bitte gern aufgegriffen und sich an die Hessische Landesregierung gewandt mit der Bitte, Sie wieder in den Staatsdienst aufzunehmen.“ (Büro von Willy Brandt an Hans Roth am **24.11.1988**²⁰⁴)
- „nach Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs“ (Brief aus dem Bundespräsidialamt an Hans Roth vom **8.1.1992**²⁰⁵)
- „Bevor die Beschwerde registriert wird, muss ich Sie auf die Bedenken hinweisen, die der Zulässigkeit Ihrer Beschwerde entgegenstehen.“ (Brief der Euroäischen Menschenrechts-Kommission in Strasbourg an Hans Roth vom **22.12.1992**²⁰⁶)
- „Ich bitte daher, nicht Erscheinung und Wesen zu verwechseln.“ (Brief von Hans Roth an den Sekretär der Europäischen Menschenrechts-Kommission vom **12.1.1993**²⁰⁷)
- „Vorbehaltlich einer anderen Entscheidung der Kommission gilt als Datum der Einbringung“ (Brief der Euroäischen Menschenrechts-Kommission in Strasbourg an Hans Roth vom **5.2.1993**²⁰⁸)
- „Seit der Zeit versuchen Sie immer wieder, sich fälschlicherweise als ein Opfer des Extremistenschusses darzustellen, dem die Einstellung bis zum heutigen Tag verweigert worden sei. Die Wahrheit ist: daß der hessische Staat Sie eingestellt, somit rehabilitiert hat, daß Sie selbst den Vertrag von sich aus gekündigt haben – diese einfache Wahrheit verschweigen Sie auch in Ihrer Beschwerde in Straßburg.“ (der damalige hessische Kultusminister Hartmut Holzapfel am **15.5.1995**²⁰⁹)
- „Ich möchte Sie aber ganz herzlich um Verständnis dafür bitten, daß ich mich außerstande sehe, mit nichts anderem als der sehr kurzen Information aus Ihrem freundlichen Brief eine Beurteilung der sehr konkreten Situation Ihres Bruders vornehmen zu können.“ (der damalige hessische CDU-Fraktionsvorsitzende Roland Koch an den Bruder von Hans Roth am **30.4.1996**²¹⁰)
- „keine Möglichkeit ... daß dessen geheime Akte beim Hessischen Kultusministerium offengelegt wird“ (Brief aus dem Bundespräsidialamt an den Bruder von Hans Roth vom **7.1.1997**²¹¹)
- „das Offenlegen der Verfassungsschutzakte Ihres Bruders Franz Roth“ (Brief aus dem Bundespräsidialamt an den Bruder von Hans Roth vom **5.5.1997**²¹²)
- „Der Präsident vermag die Sie so quälende Frage nicht zu beantworten.“ (Brief aus dem Bundespräsidialamt an den Bruder von Hans Roth vom **8.9.2000**²¹³)
- „Ich habe mir nun alles einmal in Ruhe angesehen und fand mich dabei wie mit einer Zeitmaschine in jene Jahre versetzt, deren Übertreibungen ich schon damals kritisierte und deren überspitzte Atmosphäre heute nur noch schwer zu verstehen ist.“ (der damalige Bundespräsident Johannes Rau an Herrn Roth am **15.8.2002**²¹⁴)
- „Ihr freundliches Schreiben ... nebst dem anliegenden Schreiben des Herrn Bundespräsidenten ... Um auf die darin angesprochenen Fragen eingehen zu können, sind Nachfragen bei anderen Stellen notwendig. Dies wird eine gewisse Zeit in

²⁰⁴ siehe Erstes Buch, S. 194; auch auf http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_BueroBrandt24-11-88.pdf

²⁰⁵ siehe Drittes Buch, S. 75

²⁰⁶ siehe Drittes Buch, S. 76

²⁰⁷ siehe Drittes Buch, S. 77

²⁰⁸ siehe Drittes Buch, S. 79

²⁰⁹ siehe Drittes Buch, S. 55

²¹⁰ siehe Zweites Buch, S. 170

²¹¹ siehe Drittes Buch, S. 67

²¹² siehe Drittes Buch, S. 68

²¹³ a.a.O.

²¹⁴ siehe Erstes Buch, S. 30

Anspruch nehmen, ...“ (der damalige Hessische Ministerpräsident Roland Koch an den Bruder von Hans Roth am **23.1.2003**²¹⁵)

- „Ihrem Schreiben habe ich entnommen, dass Ihr Bruder, Herr Hans Roth, verurteilt wurde und dass gegenüber Ihrem Bruder ein Verbot verhängt wurde, den von ihm erlernten Beruf auszuüben. Ich wäre Ihnen für die Übersendung von Unterlagen, ... insbesondere möglicher Gerichtsbeschlüsse oder Urteile ... dankbar.“ (Hessisches Ministerium der Justiz an den Bruder von Hans Roth am **24.1.2003**²¹⁶)
- „ich danke Ihnen für ... die übersandten Unterlagen, die ich selbstverständlich Ihrem Wunsch entsprechend an den Herrn Ministerpräsidenten weitergeleitet habe. Im Weiteren hat mir das Bundespräsidialamt ... eine Anzahl von Unterlagen zur Verfügung gestellt, die ich ebenfalls an die Hessische Staatskanzlei weitergeleitet habe.“ (Hessisches Ministerium der Justiz an den Bruder von Hans Roth am **10.4.2003**²¹⁷)
- „Die Prüfung Ihres Falles ist dort, wie ich aus der Staatskanzlei hörte, noch nicht abgeschlossen“ (Brief aus dem Bundespräsidialamt an Hans Roth vom **10.6.2003**²¹⁸)
- „die ... an mich gerichteten Schreiben, zuletzt vom 28. Juni 2005, ... Bürokratie ist nun einmal Bürokratie ... die Zeit der Geltung von ‚Radikalen-Erlassen‘ war eine andere als die heutige. Das ist auch die Schwierigkeit, vor der eine – wie auch immer geartete - ‚Wiedergutmachung‘ stünde: Ein Geschehen, das der Historie angehört, kann nicht irgendwie erneut gestaltet werden“ (der damalige Hessische Ministerpräsident Roland Koch an den Bruder von Hans Roth am **12.7.2005**²¹⁹)
- „Ich glaube nicht, dass es ein ganz so spannender Fall ist. Ich jedenfalls kenne den Vorgang im Augenblick nicht. Punkt.“ (der damalige Hessische Ministerpräsident in der Sendung von „Report Mainz“ am **1.12.2008**²²⁰)
- „leider muss ich Sie um Verständnis dafür bitten, dass ich schon aus datenschutzrechtlichen Gründen weder Ihnen gegenüber noch gegenüber der Öffentlichkeit Angaben zu dem von Ihnen angesprochenen Fall machen“ (Ministerpräsident i.A: Roland Koch am **19.12.2008**²²¹)
- „zu Ihrer erneuten Frage kann ich lediglich anmerken, dass es auch zum Bestandteil des Rechtsstaates gehört, dass getroffene Entscheidungen nicht ständig wieder in Frage gestellt werden. Das gilt insbesondere für die Entscheidungen unabhängiger Gerichte“ (Ministerpräsident i.A. Roland Koch am **5.1.2009**²²²)
- „Ausweislich der mir vorliegenden Unterlagen ist Herr Hans Roth auf eigenen Wunsch mit Wirkung vom 31. Juli 1979 aus dem hessischen Schuldienst ausgeschieden. Akten und Unterlagen, aus denen sich die näheren Umstände rekonstruieren ließen, sind nicht mehr verfügbar. Aus diesem Grunde sind Herr Hans Roth und sein Bruder Klaus Roth von den zuständigen hessischen Behörden mehrfach aufgefordert worden, Unterlagen oder Gerichtsentscheidung vorzulegen, die eine wie auch immer geartete Wiedergutmachung rechtfertigen könnten, bislang ohne Erfolg.“ (Brief des damaligen Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch an mich vom **5.1.2009**²²³)

²¹⁵ siehe Zweites Buch, S. 170

²¹⁶ siehe Zweites Buch, S. 171

²¹⁷ siehe Zweites Buch, S. 172

²¹⁸ siehe Drittes Buch, S. 73

²¹⁹ siehe Zweites Buch, S. 173

²²⁰ siehe Erstes Buch, S. 115

²²¹ siehe Erstes Buch, S. 16; auch unter http://www.abgeordnetenwatch.de/roland_koch-316-19815--f156815.html?q156815

²²² siehe Erstes Buch, S. 19; auch unter http://www.abgeordnetenwatch.de/roland_koch-316-19815--f159171.html?q159171

²²³ siehe Erstes Buch, S. 22; auch unter http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Koch2009.pdf

- „Abt. 502 (**Ministerpräsident – Staatskanzlei**) ... Die Akte enthält das Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 13.01.1977 ... Sammelakte mit BVerfG-Entscheidungen zum Radikalenerlass ... Abt. 502 (**Ministerpräsident – Staatskanzlei**) 3 Blätter einer Korrespondenz zwischen Ministerpräsident Börner und Prof. Gollwitzer „Abt. 502 (**Ministerpräsident – Staatskanzlei**) ... betreffen ausschließlich die Verfassungsbeschwerde des Hans Roth wegen der vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof bestätigten **verweigerten Vorlage** von Unterlagen des Verfassungsschutzes durch den HMDI ... Besprechung beim Bundesministern des Innern vom 10.10.1977 ... vom BMdI mit dem Stempel ‚VS-Nur für den Dienstgebrauch‘ versehen ... Geheimhaltung unterlegen“ (Beschluss des Hessischen Landtags zur Petition Nr. 04961/18 vom **17.12.2014**²²⁴)
- „Eine intensive Recherche in den Archiven des Hessischen Kultusministeriums hat ergeben, dass sich dort **keinerlei Behördenakten** mehr befinden, die über den Personalvorgang des Herrn Roth auch nur ansatzweise informieren könnten. Daher kann von hier auch keine fundierte Bewertung des Vorgangs – weder aus Ex-ante-Sicht noch aus Ex-post-Sicht – vorgenommen werden.“ (Aktenzeichen I.1 Pe-999.001.000-5131-2108, Ihre E-Mail vom 13. Februar 2009 an Herrn Staatsminister Hahn, Eingabe im Fall Hans Roth, Schreiben der damaligen Kultusministerin Dorothea Henzler an mich vom **17.4.2009**²²⁵)
- „Abt. 504 (**Kultusministerium**) ... In der Akte befindet sich die Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abg. Messinger (GRÜNE) zur ‚Dokumentation zu Hans Roth‘ vom Mai 1985“ (Beschluss des Hessischen Landtags zur Petition Nr. 04961/18 vom **17.12.2014**²²⁶)
- „Ich würde auch vermuten, dass der frühere Bundespräsident Johannes Rau, der sich ja sehr für Herrn Roth eingesetzt hat, im Falle einer wie auch immer gearteten **Beteiligung der Bundesregierung** erfolgreicher gewesen wäre bzw. sich nicht auf einen Appell an die hessische Landesregierung beschränkt hätte.“ (Brief von Martina Swanson vom Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages an mich vom **2.6.2009**²²⁷)
- „Besprechung beim **Bundesministern des Innern** vom 10.10.1977 ... vom BMdI mit dem Stempel ‚VS-Nur für den Dienstgebrauch‘ versehen ... Geheimhaltung unterlegen“ (Beschluss des Hessischen Landtags zur Petition Nr. 04961/18 vom **17.12.2014**²²⁸)
- Gerhart R. Baum, ehem. Bundesinnenminister: „Die wichtigste Pflicht des Landes Hessen wäre ihn **moralisch zu rehabilitieren**. Ihm zu sagen, daß er keinen Grund gegeben hat, ihn als Lehrer abzuweisen.“ („Report Mainz“ am **1.12.2008**²²⁹)
- Prof. Alfred Grosser, Politologe: „Er hat keinen Pfennig bekommen von der deutschen, von der hessischen Regierung. An sich stünde ihm enorme Entschädigung zu!“ („Report Mainz“ am **1.12.2008**²³⁰)

²²⁴ siehe Zweites Buch, S. 189; auch unter http://berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_PetitionHessen_Ablehnung.pdf

²²⁵ siehe Erstes Buch, S. 73; auch unter http://berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_KMBrief2009.pdf

²²⁶ siehe Zweites Buch, S. 188; auch unter http://berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_PetitionHessen_Ablehnung.pdf

²²⁷ siehe Erstes Buch, S. 85

²²⁸ siehe Zweites Buch, S. 190; auch unter http://berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_PetitionHessen_Ablehnung.pdf

²²⁹ Sendung von „Report Mainz“ vom 1.12.2008, als Video mit Sendemanuskript auf <http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

²³⁰ Sendung von „Report Mainz“ vom 1.12.2008, als Video mit Sendemanuskript auf <http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

- „Aufgrund der unterschiedlichen Schutzfristenregelungen des Hessischen Archivgesetzes für die Nutzung der betreffenden Unterlagen wird im Einzelnen wie folgt informiert“ (Beschluß des Hessischen Landtags vom **17.12.2014**²³¹)

Erst ganz langsam und plötzlich schlagartig bekam ich einen Eindruck davon, was es mit „Akten und Unterlagen“ und „intensiven Recherchen“ in Archiven auf sich haben kann: Akten und Unterlagen waren da, Hunderte von Zeitungsartikeln auch

- „Geheime Verfassungsschutzakten contra Menschenwürde“²³²
 - „Es gab nie einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln“²³³
 - „Wer schützt uns vorm Verfassungsschutz? Hans Roth kämpft um die Vernichtung seiner Verfassungsschutzakte“²³⁴
 - „Berufsverbot in Hessen. Eine Agitation mit Tatsachen“²³⁵
- aber sie standen halt nicht „zur Verfügung“?²³⁶ Wer verfügte hier über wen oder was?

„Mich verblüfft allerdings, dass die Angelegenheit jetzt nach so langer Zeit wieder aufgegriffen worden ist. **Herr Roth hätte ja viel früher die Möglichkeit gehabt, sich zu melden und eventuell bestehende Ansprüche geltend zu machen.**“ Diese Sätze von Gottfried Milde lassen sich jetzt ganz anders als im April 2009 - völlig anders.

Irgendetwas stimmte hier ganz und gar nicht! Um so mehr war ich zu dieser Zeit fest davon überzeugt, daß sich der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages wohlwollend dieser leidigen Angelegenheit annehmen würde. Diese „Akten und Unterlagen“, die wenigstens ansatzweise über den Personalvorgang von Hans Roth informieren konnten und die zum großen Teil Bestandteil meiner zweiten Petition²³⁷ waren, lagen ja ganz gewiß auch an anderen Stellen vor. Oder nicht?

19. „Ich forsche nun einmal in unserem Archiv nach, ob der Brief vielleicht mit gesonderter Post eingegangen ist.“

„Bundespräsidialamt
Berlin, 21. Januar 2002
Spreeweg 1
Geschäftszeichen: 14-00013-2-3396/01
(bei Zuschriften angeben)
Herrn
Hans Roth
(Adresse)

²³¹ siehe Zweites Buch, S. 188ff; auch unter http://berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_PetitionHessen_Ablehnung.pdf

²³² https://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_doku_2.pdf

²³³ https://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappe1.pdf

²³⁴ https://aljas.files.wordpress.com/2008/12/doku_wer_schuetzt_uns_vorm_verfassungsschutz.pdf

²³⁵ https://aljas.files.wordpress.com/2008/12/berufsverbot_in_hessen.pdf

²³⁶ An dieser Stelle möchte ich mich auch bei Lothar Letsche bedanken, der freundlicherweise einige der Dokumente verlinkte.

²³⁷ http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/themen/berufsverbot/hans_roth_zweite_petition_kurzfassung.pdf.



Sehr geehrter Herr Roth,
vielen Dank für Ihren Brief und das beigelegte Material. Ich warte nun noch Ihre
'Schlussendung' ab. Ihr Buch über Burgund hat den Bundespräsidenten erreicht, aber der von
Ihnen nun in Kopie beigelegte Brief Ihres Bruders ist allem Anschein nach Ihrem Brief vom
11.10.2001 nicht beigelegt gewesen. Ich forsche nun einmal in unserem Archiv nach, ob der
Brief vielleicht mit gesonderter Post eingegangen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Jürgen Wolff

Briefanschrift: Bundespräsidialamt, 11011 Berlin, Internet:
<http://www.bundespraesident.de>, E-Mail: poststelle@bpra.bund.de”

20. Hans Roth: Denken

„Denken

Denken heißt nein sagen. So heißt es wörtlich bei Alain. Und dann folgen, wie bei den
meisten Gesinnungsgenossen, Ratschläge zum Weitermachen mit der Zivilcourage des
Neinsagens, zum Weiterleben der so sehr zerbrechlichen ‚plastischen Vernunft‘ (Hegel), zum
einzigsten Kampf, der es wert ist: mit dem sachten Jasagen, mit dem glücklichen Zustimmen
brechen (‚rompre l’heureux acquiescement‘).

Nehmen wir ein Beispiel. – Hans im Glück sagt als Offizier nein zu den Notstands-
Gesetzen; in einer kurzen Erklärung, die veröffentlicht wurde (von G. Wallraff), sagt er
ungefähr dies: ‚Ich will nicht in die Gefahr geraten, auf meinen Bruder zu schießen.‘ Er sagt
es anders, mit Hinweisen auf Verfassungs-Verheißungen und Demokratie-Versprechen,
'innere Führung' und Gewissen. – Was er nicht ahnt: Die Vernünftler-Fraktion unter den
Offiziers-Kameraden, die seinen Text unterzeichnen wollte, unterzeichnet ihn nicht; niemand
spricht mehr mit ihm. Fünfzig Jahre später, bei einem letzten Treffen alter Klassen-

Kameraden, sprechen nur noch die mit ihm, die nicht zur Mehrheit der verdoktierten Reserve-Offiziere gehören.

Angst. – Angst ist eine gefährliche Leidenschaft. Sie verlangt eine lange und gründliche Arbeit der Vernunft, der plastischen, wenn sie nicht umschlagen soll in aggressive und mörderische Strebungen. Die sich doppelt ausleben, im Innern wie nach außen hin: im Innern wird der neue Mensch, der anders Gewordene, bekämpft und vernichtet, um das alte Selbst zu behaupten (s. Lévinas, Ricoeur); nach außen hin unterwirft sich das alte Selbst unter alte und neue Diktate, die zum einen sich instinktiven Gefühls-Aufwallungen verdanken (Kant), zum anderen begrifflich erfaßt wurden (s. C. Schmitt über Notstands-Erklärung und Staats-Souveränität).

Denken heißt nein sagen, alte Grenzen überschreiten. Und wenn man dann Jahrzehnte später in einer Fernseh-Sendung zur besten Sendezeit zu hören bekommt: ‚Er hat getan, was zu tun war. Er war der einzige‘, dann ist man für ein paar Sekunden, Stunden, Tage ein glücklicher Mensch. Und begegnet dann abgrundtiefem, blankem Haß. Bei nahen, nächsten Menschen.

Denken heißt nein sagen. Zu Verletzungen und Beleidigungen und Erniedrigungen – und zu Versuchungen, diese mit Beispielen und Namen zur Sprache zu bringen. - ‚Amarai donc es perdos‘ sagten die Troubadoure: ‚Ich werde immer lieben, also immer verzeihen.‘²³⁸

Da war sie wieder, die Sprache (das Denken und Fühlen), das ich liebe: ‚Ich werde immer lieben, also immer verzeihen‘; das ist wahr und schön. Ob ich seinen Text ‚veröffentlichen‘ dürfe? Ja. Und so bemühte ich mich – und bemühe mich gerade wieder - erneut um Gehör in der Geschichte Goliath gegen David.²³⁸

21. Der Krieg der verwischten Konturen und die Handlungsfreiheit in der Zeit

Manch eine Antwort, die ich auf fortwährenden Bemühungen bzw. Bitten um Hilfe (etwa durch eine Veröffentlichung zum ‚Fall‘) bekam, verwies auf die Zeit, die inzwischen vergangen sei, manch andere auf eine mangelnde Erfolgsaussicht. Was mich entsetzte („jenes äußerste Befremden, was als Entsetzen bezeichnet wird“²³⁹), war die Tatsache, daß beide Verweise entweder völlig unabhängig von einer Beurteilung des ‚Falles‘ oder sogar bei gleichzeitigem Eingeständnis der von Hans Roth erlittenen Ungerechtigkeit und der demzufolge fehlenden staatlichen Wiedergutmachung erfolgten. Der Satz ‚Es gibt in unserer Gesellschaft schwarze Löcher, in die Menschen fallen, und niemand holt sie da heraus‘ brachte mich wirklich an den Rand der Verzweiflung; er traf mich mitten ins Herz und stammte von einem kirchlichen Amt- und Würdenträger.

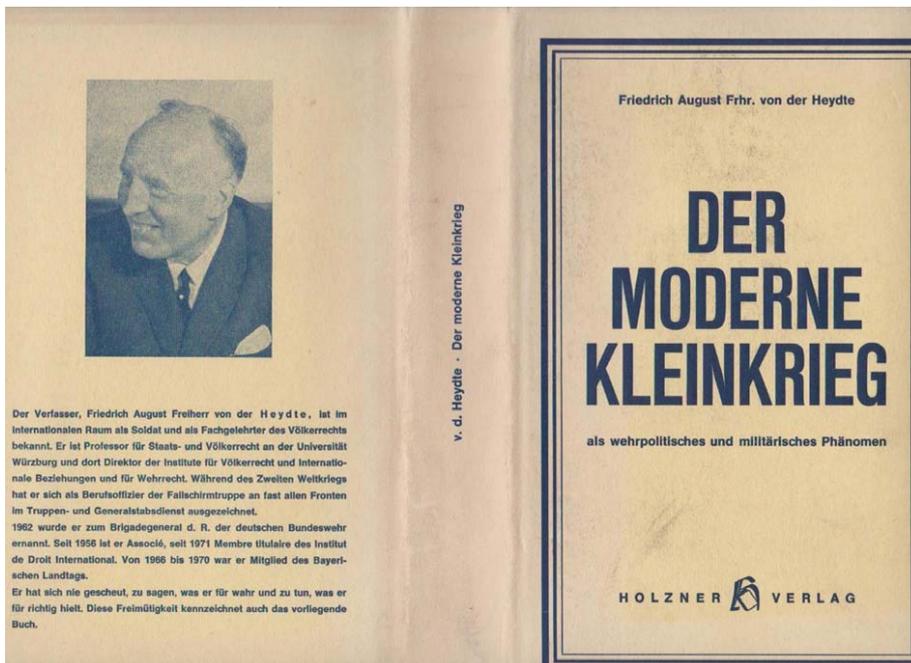
Beides – Zeit und Erfolgsaussicht – erwähnte auch der erste Protagonist in der schier nicht endenwollenden Geschichte ‚Der Freiherr und der Citoyen‘ bzw. ‚Der Professor und sein Student‘.

²³⁸ ‚Aljas Blog: Der Fall Hans Roth‘ unter <http://aljas.wordpress.com/2008/12/02/der-fall-hans-roth/>, im ‚Forum‘ zur Sendung ‚Report Mainz‘ vom 1.12.2008 unter <http://www.swr.de/forum/read.php?2,34480> und als ‚Kommentar‘ zu Jens Bergers ‚Von einem, der auszog, Lehrer zu werden‘ unter <http://www.heise.de/tp/foren/S-Hans-Roth-Denken/forum-152348/msg-26780115/read/>

²³⁹ aus Thomas Manns ‚Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull‘



Nein, die beiden meinte ich ja gar nicht - aber das Bild von Michael Hayden (rechts) und Edward Snowden (links) stellt sich immer sofort ein, wenn ich „Der Professor und sein Student“ denke, und das war schon so, bevor ich es überhaupt gesehen hatte.²⁴⁰
Friedrich August Freiherr von der Heydte schrieb 1972 „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“,



241

„Jacques Massu und Maxwell Davenport Taylor, die unter den ersten waren, die das Wesen und die militärische Bedeutung des modernen Kleinkriegs erkannt hatten, gewidmet“. Sein Wort vom „Don Carlos-Komplex“ - ausgerechnet unter „§3 Offiziere²⁴², Priester²⁴³, Parteifunktionäre, Studenten²⁴⁴ ...“²⁴⁵ hatte mich zum zum CEDI nach El Escorial gebracht,

²⁴⁰ „die story: Jagd auf Snowden - Wie der Staatsfeind die USA blamierte“, Film von John Goetz und Poul-Erik Heilbuth, gesendet in der ARD am 23.3.2015

²⁴¹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner)

²⁴² z.B. Oberleutnant

²⁴³ oder Religionslehrer?

²⁴⁴ in Würzburg?

²⁴⁵ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 126

und nun paßten weitere Passagen wie die Faust auf's Auge zu sehr vielem sehr Aktuellen, und eben auch zum „Fall“ Hans Roth.

Daß der Freiherr in „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“ ab dem „Fünften Teil“²⁴⁶ über den „**verdeckten**“, also geheim geführten Kampf schreibt, hatte ich schon erwähnt.²⁴⁷ Bis zum Fünften Teil liest sich das Inhaltsverzeichnis wie folgt:

„Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Erster Teil: Grundlagen

- I. Das Wesen des Kleinkriegs
 - § 1 Krieg als Ausnahmezustand
 - § 2 Krieg als gewollte, umfassende Gewaltanwendung
 - § 3 Kleinkrieg als unbeschränkter Krieg
- II. Kleinkrieg und Revolution
 - § 1 Der Kleinkrieg als Mittel der Revolution
 - § 2 Die Revolution als Legitimation des Kleinkriegs
 - § 3 Kleinkrieg und Bürgerkrieg
 - § 4 Vom Bürgerkrieg zum internationalen Krieg
- III. Kleinkrieg und Völkerrecht
 - § 1 Völkerrechtliche Anerkennung von Guerilleros?
 - § 2 Die sogenannten ‚humanitären Normen‘
 - § 3 Kleinkrieg als Notwendigkeit

Zweiter Teil: Kleinkrieg und große Strategie

- IV. Allgemein-strategisch-politische Probleme
 - § 1 Der Kleinkrieg in der Strategie
 - § 2 Kleinkrieg und Crisis management
 - § 3 Die psychologische Rüstung
 - § 4 Der psychologische Kampf
 - § 5 Die Funktion der Idee im Kleinkrieg
- V. Atomkrieg und Kleinkrieg als Alternativen unkonventioneller Kriegsführung
 - § 1 Das Problem des Kriegsbilds
 - § 2 Die Wahl des Kriegsbildtyps als Teil der strategischen Planung eines Aggressors
 - § 3 Ungelöste Probleme einer atomaren Kriegsführung
 - § 4 Die Atomschwelle
- VI. Atomare und Kleinkriegsdrohung im Prozeß der Kriegsverhütung
 - § 1 Das ‚atomare Patt‘
 - § 2 Kleinkrieg contra Atomkrieg
 - § 3 Der Krieg der ‚Supermächte‘ und der ‚Krieg der Schwachen‘

Dritter Teil: Der Krieg der verwischten Konturen

- VII. Probleme des Raumes
 - § 1 Die Strategie des Kleinkriegs
 - § 2 Ein Krieg ohne Soldaten
 - § 3 Ein Krieg ohne Fronten
 - § 4 Die ‚Verseuchung‘ des Raumes
 - § 5 Das Problem der ‚Basis‘
- VIII. Probleme der Zeit
 - § 1 Ein Krieg ohne Kriegsbeginn

²⁴⁶ a.a.O., S. 167ff

²⁴⁷ siehe Drittes Buch, S. 16

- § 2 Die ‚Streitkräfte‘ der Guerilleros
- § 3 Ein Krieg ohne Entscheidungsschlacht
- § 4 Ein Krieg ohne Sieg?
- IX. Bewegung, Gelände und Bevölkerung
 - § 1 Die Bewegung im Kleinkrieg
 - § 2 Die Bedeutung der Geländeformation
 - § 3 Die Bedeutung der Bevölkerungsdichte und des Charakters der Bevölkerung
- Vierter Teil: Die Vorbereitung des Kleinkriegs
 - X. Die Konspiration
 - § 1 Grundlagen
 - § 2 Der Verschwörer
 - § 3 Offiziere, Priester, Parteifunktionäre, Studenten ...
 - § 4 Formen der Verschwörung
 - § 5 Verschwörung und staatliche Ordnung
 - § 6 Der Geheimnisschutz
 - XI. Die Unterwanderung
 - § 1 Die Integration der Verschwörung
 - § 2 Die Werbung für die Idee
 - § 3 Der psychologische Kampf in der Vorbereitungsphase des Kleinkriegs
 - § 4 Der Soldat des Gegners als Ziel des psychologischen Kampfes
 - § 5 Der Propagandaplan
 - XII. Die Rüstung
 - § 1 Die Ausbildung
 - § 2 Die Beschaffung der Versorgungsgüter
 - § 3 Die Lagerung der Versorgungsgüter“

Bis vor kurzem hatte ich gedacht, „crisis management“ sei eines dieser neumodischen Anglizismen. Aber mein Freiherr benutzte es schon 1972:

„Ein auf lange Sicht vorbereitetes ‚Crisis management‘ kann schließlich in gewissem Ausmaß die vor der ganzen Welt demonstrierte Möglichkeit, einen [wohl ein Druckfehler; einem] Angriff konventioneller Kräfte mit Mitteln des Kleinkrieges zu begegnen, zur Abschreckung des potentiellen Aggressors und damit zur Erhaltung des Friedens benutzen.“²⁴⁸

Ich weiß nicht, wie oft ich diesen Satz inzwischen gelesen hatte. Stand da, daß ein „Crisis management“ **Mittel des Kleinkrieges demonstrativ zur Abschreckung** eines potentiellen Aggressors benutzen kann, um den Frieden zu erhalten – daß **die Anwendung dieser Mittel also „gut“ sein kann?** Friedrich August Freiherr von der Heydte beschreibt sein Buch als „**strategisches Modell**“ – für wen? Wer ist hier „Guerillero“ und wer der „Gegner“? Wer ist der „potentielle Aggressor“ und wer der Angegriffene? Was bedeutet „**Krieg der verwischten Konturen**“?

Und was sind „**Mittel des Kleinkrieges**“?

„Ein bewährtes Mittel, den Wehrwillen des Gegners zu erschüttern, ist es, die Idee, für die seine Soldaten zu kämpfen und seine Bevölkerung die Entbehrungen eines Krieges auf sich zu nehmen bereit sind, als utopisch und unrealistisch, ihre Verwirklichung als unmöglich und unerreichbar darzustellen, die Unabänderlichkeit und Unwiderrufbarkeit bestimmter sogenannter ‚Realitäten‘ zu verkünden und an die Vernunft, den Wirklichkeitssinn und die Nüchternheit der Angehörigen der gegnerischen Streitkräfte oder der gegnerischen Bevölkerung insgesamt zu appellieren.

Schließlich wird man im psychologischen Kampf auch das Sicherheitsbedürfnis des Menschen, vor allem des Menschen unserer Zeit, immer wieder anzusprechen versuchen. Dazu wird man mit allen zur Verfügung stehenden Propagandamitteln möglichst plastisch die

²⁴⁸ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 54

Größe der Gefahren darstellen, die den gegnerischen Soldaten und den gegnerischen Bürger erwarten, wenn seine Regierung die militärische Auseinandersetzung – wie geplant – beginnt, führt oder fortsetzt. Bei dieser ‚Verunsicherungsoperation‘ werden das eine Mal die angeblich geringen Überlebenschancen, wird das andere Mal eine scheinbar unzweifelhaft zu befürchtende Verelendung der vollkommenen Sicherheit gegenübergestellt, die gewährleistet sei, wenn nur die Regierung des Gegners nachgebe. Mitunter wird die entsprechende Propagandaaktion durch Terrorakte ergänzt, die die Soldaten oder Teile der Bevölkerung des Gegners einschüchtern und ihnen das Risiko verdeutlichen sollen, das sie eingehen, wenn sie die Regierenden weiter unterstützen. Wenn sich in Angola im Jahre 1969 drei Viertel aller Terrorakte der aus dem Kongo und Sambia eingeschleusten schwarzen Partisanen gegen die schwarze Bevölkerung Angolas gerichtet hat, so war sicher solche ‚Verunsicherung‘ eines der Ziele dieser offenbar zentral gesteuerten Unternehmen.“ Fußnote an dieser Stelle: „Glauco Carneiro, A Guerra do Ultramar, in: O **Cruzeiro** (Rio de Janeiro) vom 24. November 1970, S. 171“.²⁴⁹

Ich konnte die Worte „**Kreuzzug**“ (amerik.: crusade, span.: cruzada, port.: cruzeiro) und die dazugehörige Parole „Deus lo vult“ (siehe oben) kaum mehr ertragen; auch Brasilien, wo man (wie in Angola) Portugiesisch spricht, war 1970 eine Militärdiktatur (wie Griechenland und Spanien).

„Aktionsgruppen, aktive und passive Sympathisanten bilden zusammen die Streitkräfte der Guerilleros. Auch der passive Sympathisant ist noch durch sein Verhalten am Kleinkrieg beteiligt, das heißt Guerillero; auch er ist noch Parteigänger, Partisan. Sowohl die Führung der Guerilleros wie die ihrer Gegner muß bei der Planung des Kampfes mit jeder dieser Gruppen rechnen; die Existenz einer dieser Gruppen nicht zu berücksichtigen oder ihre Stärke falsch einzuschätzen, wäre sowohl für die eine wie für die andere Seite ein verhängnisvoller Fehler. Umgekehrt könnte es einem der Angehörigen jeder dieser drei Gruppen das Leben kosten, wenn er vergessen würde, daß er ein Guerillero – und damit der Disziplin der Guerilleros unterworfen – ist.“²⁵⁰

Ein „passiver **Sympathisant**“ ist Guerillero und kann getötet werden, wenn er sich nicht „der Disziplin der Guerilleros“ unterwirft? Worin kann die Disziplin eines Nicht-Handelnden bestehen? Doch wohl nur in seiner Verschwiegenheit. Stand da: Wer redet, stirbt? Und was bedeutete das bei einem „strategischen Modell“? Was war das? Ein Ratschlag, eine Warnung, eine Drohung?

„§ 3 Ein Krieg ohne Entscheidungsschlacht

Die Handlungsfreiheit in der Zeit hat im Kleinkrieg mitunter eine noch größere Bedeutung als die Handlungsfreiheit im Raum. Der Kleinkrieg ist seinem Wesen nach ein Krieg, zu dessen erfolgreicher Führung viel Zeit benötigt wird. Er kennt zwar blitzartig geführte Schläge; er ist jedoch niemals ein Blitzkrieg, sondern stets ein Krieg des Wartens und des Warten-Könnens. Die Strategie des Kleinkriegs ist das, was Beaufre ‚eine Strategie des sich lange hinziehenden Konfliktes‘ nennt, ‚um so den Gegner moralisch zu zermürben und zu ermüden. Um durchzuhalten‘, so fährt Beaufre fort, ‚können die Mittel primitiv sein, während die Technik ihrer Verwendung ... den Gegner zu einer sehr viel beträchtlicheren Anstrengung zwingen wird, die er nicht unbegrenzt durchhalten kann.“²⁵¹

Hans Roth am 9.3.2012: „der staatlich geprüfte ‚Extremist‘ müsse ‚mit allen Mitteln‘ bekämpft werden (nicht: mit allen rechtsstaatlichen Mitteln); um ihn verlieren zu lassen, sei

²⁴⁹ a.a.O., S. 58ff

²⁵⁰ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 102

²⁵¹ a.a.O., S. 103

die List anzuwenden, den Prozeß so zu dehnen, daß die Zeitstruktur der Macht die eines Individuallebens zermalmt“.

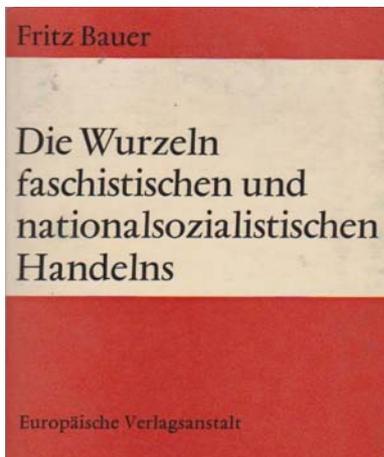
Es bedarf also keines „geheimen Buches“, um sich den Zeitfaktor in einer Strategie vorzustellen. Die Worte „**Sympathisant**“, „**Verschwörung von oben**“, „Unterwanderung“, „verfälschte oder **falsche Nachricht**“, das Hinstellen einer Idee als „**unrealistisch**“ oder „utopisch“ – das alles führt der Freiherr aus, und zwar nicht als „Analyse“ bereits bestehender Konflikte, sondern als „strategisches Modell“.

Der Freiherr, der Professor des Studenten Hans Roth am Insitut für Wehrrecht in Würzburg, Friedrich August Freiherr von der Heydte, hat ja so dermaßen Recht: Es wird so viel Zeit benötigt! Schade, daß ihn und seine Bücher „*„Muß ich sterben, will ich fallen“*. Ein Zeitzeuge erinnert sich“ von 1987 und „*Der moderne Kleinkrieg ...*“ von 1972 so wenige kennen, ebenso wie das **CEDI**, das Centro Europeo de Documentación e Información, in dem er doch so aktiv war.

„Kampf um Gerechtigkeit²⁵². Wieso ein linker Pädagoge in Hessen **niemals Lehrer** werden durfte“. Mit diesem Beitrag hatte diese Geschichte für mich angefangen. Es wurde schon so viel Zeit benötigt! Wie viel Zeit wohl noch?

22. Republik. Hans Roth über Heinz Langerhans

„Kann es sein, daß Sie sich für ausgefallene Dinge interessieren?“ Das war der Stoßseufzer auf meine dritte Frage nach **Literatur, die nicht vorhanden war**, die ich weder kaufen noch bestellen konnte. Die erste bezog sich auf die von mir im Buchhandel so schmerzlich vermißte Schrift „*Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns*“ von Fritz Bauer, die er gern als Schullektüre gesehen hätte;



die zweite wünschte eine möglichst zweisprachige Ausgabe von Gedichten von Miguel Hernández, der mir in Madrid als Namensgeber einer U-Bahn-Station

²⁵² siehe Sendung von „Report Baden Baden“ vom **31.10.1978**
(<http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124476/pv=video/gp1=4247576/nid=233454/1xu68mf/index.html>)
und Sendung von „Report Mainz“ vom **1.12.2008**
(<http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=4124472/w0qegv/index.html>)

²⁵³ Fritz Bauer: „*Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns*“, Stuttgart 1965 (Europäische Verlagsanstalt)



und in Elche als derjenige der Universität



begegnet war –

wie auch im Reclamheft „Spanische Lyrik“²⁵⁴ mit den schönen Schlußzeilen seines

„Canción última“

„ ...
El odio se amortigua
detrás de la ventana.
Será la garra suave.
Dejadme la esperanza.“

„Letztes Lied“:

„ ...
Der Haß wird sich lindern
hinter dem Fenster.
Die Krallen werden sanft.
Laßt mir die Hoffnung.“ - ;

die letzte bezog sich auf Heinz Langerhans, von dem mir Hans Roth erzählt hatte. Antiquarisch hatte ich „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“ von Fritz Bauer bekommen können, nicht aber die „Folter-Gedichte“ von Heinz Langerhans, sondern lediglich ein kleines Heftchen mit dem Titel „Partei und Gewerkschaft. Ein Untersuchung der Hegemonie der Gewerkschaft in der Deutschen Arbeiterbewegung 1890-

²⁵⁴ Stuttgart 2004

1914“, Berlin 1972. Über ihn fand ich in Bertolt Brechts „Arbeitsjournal 1942 bis 1955“ die Zeilen: „L [angerhans] ist sympathisch wie je, **erzählt vom KZ**, ...“²⁵⁵.
Das schicke ich dem nun folgenden Text von Hans Roth voraus:

„Republik

Er war der letzte deutsche Dichter und Denker für die Republik. Seine in Sachsenhausen geschriebenen Folter-Gedichte sind nach Brechts Arbeits-Journal ‚der Höhepunkt der deutschen Literatur‘; seine kurz vor der NS-Machtergreifung veröffentlichten Analysen der Nazi-Programme prognostizieren einen bevorstehenden Kriegs-Ausbruch für 1940; in den letzten Verteidigungs-Kämpfen der Weimarer Republik war er – mit seinen Freunden Brecht und Döblin – der letzte Vermittler zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Als Schüler von Korsch war er Anti-Stalinist, als solcher von den Sozialdemokraten akzeptiert; mit seinen materialistischen Argumentationen (im Sinne der ‚Qual der Materie‘, der erniedrigten, ausgebeuteten, gequälten Menschen) wendete er sich gegen jede teleologische Geschichtsdeutung, nach dem Motto: ‚Die Geschichte tut nichts, sie kämpft keine Kämpfe; es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche, der lebendige, der kämpft ...‘ – und wurde so von den Kommunisten akzeptiert. In seinem letzten Widerstands-Appell, dem ‚Charlottenburger Appell‘, ließ er alle marxistischen Dogmen fallen und wandte sich nur noch an sämtliche ‚Menschen guten Willens‘.

Er ist in den Armen einer Alt-Freundin gestorben. Bei seiner Beerdigung waren acht Personen zugegen. Die heutige Republik kennt ihn nicht. – Vielleicht wird er irgendwann seinen erlebten, seinen durchduldeten Alptraum im Nach-Denken fremder Menschen überleben, so wie es zur Zeit mit den vergessenen Partisanen und Kämpfern für eine ‚europäische literarische Republik‘ (in der Zeit zwischen dem Ende des Humanismus der Renaissance und dem Anfang der neuen Wissenschaft‘, zwischen Montaigne und Descartes) geschieht. Vielleicht findet sich irgendwann (sagen wir mal) die Spur eines Malers, der festhält (wie Rubens zu Peiresc): ‚Von seinem Gesicht ging eine Noblesse aus, seinem Genie eigen, mit einer Spiritualität, die malerisch kaum wiederzugeben ist.‘

Er war ein deutscher Dichter und Denker, dessen Kämpfen für eine Republik (das Dritte Reich war ja nicht nur dem Sieg der Nazis zu ‚verdanken‘, sondern auch der Niederlage der Republik) einen äußersten Opfergang bedeutete, einen äußersten Dienst an der res publica. Er erinnerte damit an das Genie von Sokrates, der ja deutlich gemacht hatte, daß Philosophieren im Kern nicht das ist, dieses und jenes zu wissen, sondern auf diese oder jene Art zu leben, zu sein. Und wenn er dann später mit seinem Schüler bei seinen Spaziergängen am Main am Frankfurter Institut für Sozialforschung vorbeiging, dann bemerkte er knapp zum Licht im dritten Stock: ‚Siehst Du, da bekämpft die Kritische Theorie den Positivismus ...‘. – Was man als Erwiderung auf Horkheimers infame Attacke, daß Gefolterte eine Macke weg haben (H. schrieb es wissenschaftlicher) deuten kann.

Er liebte den kleinen Mann auf der Straße, träumte von einer Dauer-Demokratie; wenn die repräsentative Demokratie ihre Repräsentanten sprechen läßt und die kleinen Leute schweigen, wenn die Märkte die in Kundschaft verkehrte Menschheit sprechen lassen und die Menschen schweigen, dann stimmt da was nicht, dann ist das Volk verlorengegangen, und mit ihm die Republik. Nur über den dauernden Austausch zwischen ‚parrhésia‘ und ‚agora‘ wird das Haus der Demokratie wirklich bewohnbar; nur so wird sein schönster Satz Wirklichkeit: ‚Man wird nicht als Citoyen geboren; man muß es erst werden – und das geht nicht ohne Kämpfen.‘

Das geht auch nicht ohne Genießen. ‚Genießen, Genossen!‘, sagte der Radikal-Demokrat einmal, und kochte dann eine Bostoner Muschelsuppe.

Hans Roth“

²⁵⁵ Bertolt Brecht: „Arbeitsjournal 1942 bis 1955“, Frankfurt am Main 1973 (Suhrkamp Verlag), S. 369

23. Das Würzburger Urteil: Zweifellos werden derartige Gedankengänge gefährlich, wenn Friedrich August Freiherr von der Heydte und seine Abendländische Aktion

Die Geschichte von Hans Roth, Oberleutnant der Reserve, würde ohne seinen ehemaligen Professor in Würzburg, Brigadegeneral der Reserve Friedrich August Freiherr von der Heydte, nicht aufzuklären sein - da war ich mir inzwischen sicher. Der Freiherr und der Citoyen waren mir beide ans Herz und Verstand gewachsen – der Eine als quälende Belastung, der Andere als guter Lehrer²⁵⁶ und Vorbild des notwendigen „Nein“ (Fritz Bauer: „Was die Leute nicht hören wollen: daß es in unserem Leben eine Grenze gibt, wo wir nicht mehr mitmachen dürfen!“), der Eine als ständig wachsender Goliath, der Andere als der ewig kleine David. Beiden galt es, gerecht werden. Also wieder zu Friedrich August Freiherr von der Heydte.

Mein Freiherr klagte. Er „focht um Ehre und Menschenwürde“ und klagte wegen „Ehrabschneidung“ und der „besonders infamen Ehrabschneidung“, sprach von „ungeheuerliche(r) Beleidigung“, „Vergehen der üblen Nachrede“ und „offensichtlich eine Formalbeleidigung“, schrieb DER SPIEGEL 10/1965.²⁵⁷

Die Frankfurter Rundschau hatte am 30.10.1962 über seine Ernennung zum Brigadegeneral der Reserve nach seiner Anzeige wegen „Landesverrats“ gegen den „Spiegel“ berichtet, mit der er die Spiegel-Affäre ausgelöst hatte, und „wenig später ... eine Charakterstudie“ von „Karl-Hermann Flach, früher FDP-Bundesgeschäftsführer, damals Ressortleiter und heute stellvertretender ‚Rundschau‘-Chef“ („Der General und das Abendland“).

Nachdem das Landgericht Würzburg am 20.3.1963 zunächst eine Einstweilige Verfügung gegen alle Behauptungen der „Frankfurter Rundschau“ erlassen hatte, urteilte die 2. Zivilkammer des gleichen Gerichts am 20.1.1965 (wegen einer erneuten Klage des Freiherrn, diesmal gegen „konkret“) anders: „daß fünf der damals verbotenen sieben Behauptungen gänzlich erlaubt seien und eine sechste sei es zur Hälfte.“ Juristisch ausgedrückt: „Da der Kläger nur hinsichtlich einer der insgesamt sieben erhobenen Unterlassungsansprüche ganz und bezüglich eines weiteren Anspruchs zur Hälfte obsiegt hat, hat er 11/14 und die Beklagte („Frankfurter Rundschau“) 3/14 der Kosten des Rechtsstreits zu tragen.“²⁵⁸

In dem Urteil der 2. Zivilkammer des Würzburger Landgerichts vom 20.1.1965 gab es zwei Sätze, die mir immer stärker aufstießen, je mehr ich über meinen Freiherrn las: **„Zweifellos operierten die Mitglieder der Abendländischen Aktion in einem politisch-geistigen Nebel ...“** und **„Zweifellos werden derartige von der Abendländischen Aktion vertretene Gedankengänge gefährlich, wenn sie von Menschen in Besitz genommen werden, die ... durch Sturz der bestehenden Ordnung ihr Gedankengut verwirklichen wollen.“**

Zu dieser Zeit quälte ich mich durch drei Bücher:

1. „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951 (Verlag Neues Abendland; die Seiten 57 bis 62 etwa zogen mir einfach die Schuhe aus)
2. Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años/années/years/Jahre C.E.D.I.“ (Madrid 1971) mit den vielen interessanten Texten, Listen und Photos (von der Heydte, Strauß, Franco, Artajo, von Merkatz, von Brentano, Roegele, Wenger, Leisler-Kiep, Canaval, Juan Carlos, de Oliveira u.v.a.m., im Monasterio de El Escorial, in Santiago de Compostela, im Valle de los Caídos oder an so vielen anderen Orten)

²⁵⁶ Hätte Hans Roth mir die Unmenge an Literatur vorgegeben oder auch nur benannt oder irgend etwas von mir verlangt oder auch nur erwartet, hätte ich mit Sicherheit längst das Handtuch geworfen.

²⁵⁷ „Von der Heydte. Elf Vierzehntel“, in DER SPIEGEL 10/1965 vom 3.3.1965:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html>, als PDF:

<http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/46169649>

²⁵⁸ a.a.O.

3. Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“ („Jacques Massu und Maxwell Davenport Taylor, die unter den ersten waren, die das Wesen und die militärische Bedeutung des modernen Kleinkriegs erkannt hatten, gewidmet“, erschienen in Würzburg 1972 - neu aufgelegt 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche (Für wen ist dieses Buch geschrieben? Wer war so begeistert davon, daß er es neu auflegen ließ?))

In der damals einmaligen „Spiegel-Schreibweise“ spricht o.a. Artikel²⁵⁹ von „Heydtnischen Heerscharen“ des „Würzburger Reserve-Strategen“, „General-Anzeigers“ und „militanten Gelehrten“, in einem neuen Wikipedia-Artikel vom 27.6.2015 über Friedrich August von der Heydte²⁶⁰ waren etliche Details seines reichhaltigen Schaffens aufgeführt, u.a. die Mitgliedschaften in zahlreichen Organisationen- und andauernd meldet sich der oben zitierte Satz in Kurzform wieder: „Zweifellos werden derartige ... Gedankengänge gefährlich, wenn sie von Menschen in Besitz genommen werden, die ... ihr Gedankengut verwirklichen wollen.“

Der Wikipedia-Artikel vermittelte mir einen Eindruck von den Bemühungen des Freiherrn, sich für seine Gedanken tatkräftig zu engagieren; ich ließ dabei die Zeit vor 1945 wohlweislich außer Acht. Der Wikipedia-Artikel enthielt u.a. folgende Informationen über den Freiherrn **nach 1945**:

„1949 Privatdozent für Völkerrecht, Allgemeine Staatslehre und Rechtsphilosophie an der Juristischen Fakultät der LMU München. Lehrbeauftragter für deutsches und bayerisches Verfassungsrecht an der staatswissenschaftlichen Abteilung der Philosophisch-theologischen Hochschule Regensburg und der Hochschule für Politik München
1952 bis 1956 Gastprofessor für Öffentliches Recht an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken und Dozent am dortigen Institut für Europäische Studien
1951 Ordinarius für Öffentliches Recht in Mainz
1954 bis 1956 nebenamtlich Richter am Obergerverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz
1961 Ruf an die Universität Wien (Widerstand der SPÖ; von der Heydte konnte den Ruf nicht annehmen und sprach von „österreichische Sozialisten und Linkskatholiken“)
1954 bis 1975 Ordinarius für allgemeines, deutsches und bayerisches Staats- und Verwaltungsrecht und politische Wissenschaften (Erweiterung) an der Julius-Maximilian-Universität Würzburg
1954 kommissarische Leitung des Instituts für Föderalismus, übernationales Recht und Verwaltungsrecht des internationalen Verkehrs (später: Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen)
1960 Gründer und gemeinsam mit Ulrich Stock Leiter des Instituts für Wehrrecht
1958/59 Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
Forschungsschwerpunkte: Rechtsphilosophie, Staatsrecht, Verfassungsrecht und Völkerrecht
Wegbereiter des Naturrechtsansatzes nach dem Zweiten Weltkrieg
Schüler: Bruno Bandulet, Otto-Friedrich Freiherr von Gamm, Alfred Jüttner, Heinrich Kipp, Heinz Laufer, Franz Mayer, Hans Merkel, Gerhard Ritter, Günter Roth, Oscar Schneider, Armin Steinkamm, Christoph Uleer, Jürgen Warnke
1954 Antrag zur Wiederaufnahme Carl Schmitts in die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtler (VDStR)
1956 assoziiertes und ab 1971 ordentliches Mitglied der Gelehrtenegesellschaft Institut de Droit international (IDI)

²⁵⁹ „Von der Heydte. Elf Vierzehntel“, in DER SPIEGEL 10/1965 vom 3.3.1965:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html>, als PDF:

<http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/46169649>

²⁶⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_August_von_der_Heydte

1960 zum Mitglied der Amerikanischen Gesellschaft für internationales Recht (ASIL) gewählt
1961 bis 1965 Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht (DGVR)
1964 Mitglied der Ständigen Finnisch-Schweizerischen Vergleichskommission zur Regelung von Vergleichsverfahren
Ab 1960 gemeinsam mit Theodor Maunz Herausgeber der Reihe *Münchener öffentlich-rechtliche Abhandlungen*
Mitherausgeber des *Internationalen Jahrbuches der Politik*
Mitherausgeber der *Friedenwarte*
Mitherausgeber der Zeitschrift Internationales Recht und Diplomatie
Zahlreiche Aufsätze in *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*,
Zeitschrift für Politik,
Stimmen der Zeit,
Archiv des Völkerrechts,
Archiv des öffentlichen Rechts,
Europäische Wehrkunde und
American Journal of International Law.
Gutachter für Bundes- und Landesregierungen vor dem Bundesverfassungsgericht u.a. zum Wehrbeitrag 1952
Engagement in der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“
1956 Vorstandsmitglied des Münchner Vereins *Westliches Wehrwesen*.
1956 bis 1966 Leiter von Wehrübungen beim Heer der Bundeswehr
1961 Wehrübung beim Feldartilleriebataillon 355 in Hammelburg
1962 Führerhilfenlehrgang an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg
1962 Wehrübung bei der 12. Panzergrenadierdivision in Tauberbischofsheim
Berät u.a. die Regierungen in Ägypten und Japan beim Aufbau ihrer Streitkräfte
1958 als einziger deutscher Vertreter an der „Vierten Nationalen Militär- und Industriekonferenz“ in Chicago, Illinois (Zusammentreffen mit General Maxwell D. Taylor und Wernher von Braun)
wohnte Planspielen an der Seekriegsschule von Long Island, New York bei
1958 Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des *Instituts für amerikanische Strategie* (Institut zur Koordinierung des amerikanischen Wehrwesens, der Wirtschaft und der Politik auf wissenschaftlicher Grundlage) in Chicago
engagierte sich im Katholischen Akademikerverband e.V.
1948 bis 1958 Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Dort in den 1950er Jahren Leiter des „Staatsbürgerliche Referat“, Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholikentag und Leiter des Sachausschusses Recht, Staat und Gesellschaft
Wiederholte Wallfahrt nach Lourdes
1954 Aufnahme in den römisch-katholischen Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem (Investitur durch Erzbischof Lorenz Jaeger)
1958 bis 1965 Statthalter der Deutschen Statthalterei des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem
Mitglied der von dem Unternehmer Georg von Waldburg zu Zeil und Trauchburg gegründeten konservativ-klerikalen Abendländischen Aktion (später: Abendländische Akademie)
1962 Anzeige gegen „Der Spiegel“ wegen „Landesverrats“
1947 Eintritt in die CSU; dort Vorsitzender der *Christlich-Demokratischen Hochschulgemeinschaft*
zeitweise Mitglied des CSU-Bezirksschiedsgerichts in Kitzlingen
Ab 1951 in der europäischen föderalistischen Bewegung aktiv

1953 Vertretung der CDU (gemeinsam mit Georg Strickrodt) auf der Jahrestagung der Internationalen Union der Christlichen Demokraten (NEI) in Tours
1966 bis 1970 Mitglied des Bayerischen Landtags (CSU, Wahlkreis Unterfranken); dort Mitglied des Ausschusses für kulturpolitische Fragen
1967 bis 1970 Beiratsmitglied der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLpB) und der Wiedergutmachung beim Landesentschädigungssamt
1969/70 stellvertretendes (nichtberufliches) Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und der *Kommission nach Art. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz*
1958 Vertreter der Bundesregierung vor dem Verfassungsgericht im Normenkontrollverfahren der Parteienfinanzierung durch steuerbegünstigte Spenden
Geschäftsführender Leiter des *Institut für Staatslehre und Politik e.V.* (ISP) an der Juristischen Fakultät der Universität Würzburg (später als Geldwaschanlage der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V. (SV)“ der CDU in Koblenz in der Diskussion)
1958 Gründungsmitglied des antikommunistischen Komitees „Rettet die Freiheit (RdF)“
Mitarbeiter der Frankfurter Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit von Theodor Oberländer
1958 Gründer des Deutschen Kreises in München
veröffentlicht im „Bayernkurier“
veröffentlichte in der „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ von Gerhard Frey
Mitarbeiter der CSU-nahen *Demokratisch-Konservativen Korrespondenz*
1963 als Gutachter für die Vertriebenenverbände Ostpreußen, Pommern, Berlin-Mark-Brandenburg und Schlesien
1969 Teilnehmer des „Europa-Kongresses“ des Bundes der Vertriebenen (BdV)
orientierte sich zunächst an der Nationalliberalen Aktion um Erich Mende
1987 Unterstützer von „Patrioten für Deutschland“ um Lyndon LaRouche (Vorwort zur Neuauflage von „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“ anno 1986; Artikel und Interviews sowie Analysen zu von der Heydte in der Wochenzeitschrift *Executive Intelligence Review (EIR) der LaRouche-Bewegung*)
Das Weiss-Blau-Buch zur deutschen Bundesverfassung und zu den Angriffen auf Christentum und Staatlichkeit der Länder. J. Habel Verlag, Regensburg 1948
Montesquieu: *Vom Geist der Gesetze.* Eine Auswahl, Übersetzung und Erläuterung durch Friedrich August von der Heydte, de Gruyter, Berlin 1950
Die Geburtsstunde des souveränen Staates. Ein Beitrag zur Geschichte des Völkerrechts, der allgemeinen Staatslehre und des politischen Denkens. J. Habel Verlag, Regensburg 1952
Fiktion und Wirklichkeit der westdeutschen Demokratie (= Politische Studien, Heft 48). Isar-Verlag, München 1954
Die Berufsbeamten und die Staatskrisen (= Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Heft 13). Berichte von Friedrich August von der Heydte, Günter Dürig, Richard Naumann, Hans Spanner und Aussprache zu den Berichten in den Verhandlungen der Tagung der deutschen Staatsrechtslehrer zu Tübingen am 14. und 15. Oktober 1954. de Gruyter, Berlin 1955
Vom heiligen Reich zur geheiligten Volkssouveränität. Ulrich Steiner Verlag, Laupheim 1955
mit Karl Sacherl (Hrsg.): *Soziologie der deutschen Parteien.* Isar-Verlag, München 1955
Verfassung und Gewerbefreiheit (= Politische Studien, Heft 76). Isar-Verlag, München 1956
mit Friedrich Giese (Hrsg.): *Der Konkordatsprozess.* 4 Bände, Isar-Verlag, München 1956–1958
Daedalus returned. Crete 1941. Übersetzung aus dem Deutschen durch W. Stanley Moss, Hutchinson, London 1958
Völkerrecht. Ein Lehrbuch. 2 Bände, Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1958–1960

mit Georg Stadtmüller, Helmut Ibach: *Bürgerschaft und Staatsordnung in Geschichte und Gegenwart* (= *Schriftenreihe des Kommunal-Verlags*, 6). Mit einem Vorwort von Hans Peters, Kommunal Verlag, Recklinghausen 1959
mit Ignaz Seidl-Hohenveldern (Hrsg.): *Völkerrecht und rechtliches Weltbild. Festschrift für Alfred Verdross*. Springer, Wien 1960
Vorrang oder Subsidiarität der freien Jugendhilfe? (= *Hamburger öffentlich-rechtliche Nebenstunden*, Band 7). Forschungsstelle für Völkerrecht und Ausländisches Öffentliches Recht, Hamburg 1961
Krise des Parlamentarismus (= *Beiträge zur Begegnung von Kirche und Welt*, Bände 58/59). Akademie der Diözese Rottenburg, Stuttgart 1961
Kirche und Staat (= *Veröffentlichungen der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg*, Band 2). Badenia-Verlag, Karlsruhe 1966
Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen (Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“), Würzburg 1972
Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen. Mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche, Neuausgabe, Böttiger, Wiesbaden 1986
Muß ich sterben, will ich fallen ... Ein Zeitzeuge erinnert sich. Hrsg. von Hendrik van Bergh, Vowinckel-Verlag, Berg am See 1987 (Autobiografie)
Die Monarchie – Eine europäische Idee. Österreich vom Wiener Kongress bis St. Germain. Amalthea Signum, Wien 1993“

Jessesmariajosefnee! Was muß dieser Mensch für eine Energie gehabt haben!
„Zweifellos werden derartige ... Gedankengänge gefährlich, wenn sie von Menschen in Besitz genommen werden, die ... ihr Gedankengut verwirklichen wollen.“²⁶¹

Wie war das? „1961 Ruf an die Universität Wien (Widerstand der SPÖ; von der Heydte konnte den Ruf nicht annehmen und sprach von ‚österreichische Sozialisten und Linkskatholiken‘“²⁶².

In Österreich standen viele Republikaner anscheinend sowohl dem „Thronfolger“ Otto von Habsburg als auch Friedrich August Freiherr von der Heydte, der ihm später seine Memoiren²⁶³ widmete, ablehnend gegenüber. Die Eigenschaft, die er in seiner Widmung hervorhebt und die er zeit seines Lebens sehr deutlich zeigte – „Dem Vorkämpfer für die Einheit eines christlichen Europas Dr. Otto von Habsburg in Treue und Ergebenheit“ -, kam in der ehemaligen Doppelmonarchie Österreich-Ungarn wohl nicht mehr gut an. So endete der Artikel „Kaiser und Caudillo“ von Stefan Müller²⁶⁴ über die Begeisterung Otto von Habsburgs für Generalissimo Franco

(Auszug:)

„... Gar nicht in dieses vornehme Bild passt aber die Sympathie des Kaisersohns für den Caudillo Francisco Franco, der 1936 einen erbitterten Bürgerkrieg gegen die spanische Volksfrontregierung entfesselte. Hitler und Mussolini lieferten dem Putschisten damals die entscheidende Waffenhilfe. Nach seinem Sieg etablierte der erzkatholische General in Spanien ein brutales, totalitäres Regime, das bis zu seinem Tod 1975 Bestand hatte.

²⁶¹ „Von der Heydte. Elf Vierzehntel“, in DER SPIEGEL 10/1965 vom 3.3.1965:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html>

²⁶² Wikipedia-Artikel über Friedrich August Freiherr von der Heydte:

https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_August_von_der_Heydte

²⁶³ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

²⁶⁴ Stefan Müller: „Kaiser und Caudillo“, in DIE ZEIT 48/2010 unter <http://www.zeit.de/2010/48/A-Habsburg/komplettansicht>

Just mithilfe des Faschisten Franco startete Habsburg 1952 sein politisches Engagement, das später in der Paneuropa-Union münden sollte. ... Und ausgerechnet diesem Franco wurde auf Geheiß von Otto Habsburg die Goldmedaille des Stiftes Mariazell, des Gnadenorts der Alma Mater Austriae, überreicht, wie nun Akten aus dem Staatsarchiv belegen, die lange unentdeckt in den Regalen geschlummert hatten, weil sie einst in einen falschen Bestand eingeordnet worden waren. Die aufgetauchten Dokumente erzählen die Geschichte eines diplomatischen Ekklats.“

Österreichs Botschafter in Madrid, Clemens Wildner, traute seinen Augen nicht, als er am 14. Dezember 1956 die Zeitung aufschlug. Die Beziehungen zu Spanien waren korrekt, nicht mehr. Das Franco-Regime war lange Zeit isoliert, erst von 1953 an – mitten im Kalten Krieg – bekam die Ächtung durch ein Militärabkommen mit den USA erste Risse. Warum wohl, fragte sich der Diplomat, überreichte der Abt des Stiftes Mariazell, Gabriel Beda Döbrenstei, dem Caudillo (Führer) am 11. Dezember ‚für Österreich‘ die goldene Medaille seines Marienheiligums?

Dem österreichischen Botschafter ist die Ehrung des Diktators peinlich

Der Benediktiner schmückte die Zeremonie mit pathosschweren Worten. Die beiden Länder, so der enge Bekannte des damaligen Thronprätendenten Habsburg, seien durch die ‚glühende Liebe‘ zur Gottesmutter fest vereint. Er wünsche, dass diese Medaille ‚das Symbol für eine tiefe Freundschaft zwischen dem katholischen Spanien und dem katholischen Österreich sein möge‘. Tags zuvor hatte Pater Beda eine Pressekonferenz gegeben. Mit dabei war auch José Ignacio de Valdeiglesias, Generalsekretär des Centro Europeo de Documentación e Información (CEDI). Otto Habsburg hatte den Elitezirkel vier Jahre zuvor mit finanzieller Unterstützung der spanischen Regierung in Madrid gegründet und führte den Vorsitz. Das Ziel: eine Einigung Europas unter christlichen Vorzeichen – und das Ende der Isolation des Franco-Regimes. ...“

mit folgenden Sätzen: „In all den Jahren blieb Österreich für den Sohn des letzten Kaisers Sperrgebiet, auch nachdem er 1961 auf seine Herrschaftsansprüche verzichtet hatte. Der Widerstand der SPÖ verhinderte seine Einreise. Bruno Kreisky, damals Außenminister, erteilte allen Konsulaten die Weisung, den spanischen Diplomatenpass nicht anzuerkennen, den das Franco-Regime Otto Habsburg ausgestellt hatte. Mitverantwortlich für die sozialistische Ablehnung war auch das enge Verhältnis des Kaisersohns zu dem spanischen Faschisten.“

1961 erst verzichtete Otto von Habsburg auf seine Herrschaftsansprüche? Wie so oft konnte ich wieder einmal kaum glauben, was ich las. Und die katholischen Kirchen beider Länder fühlten sich durch die „glühende Liebe“ zur Gottesmutter ... – Gott schütze mich. Hätten sie diese glühende Liebe nicht wenigstens auch den weltlichen Müttern zuteil werden lassen sollen, die ihre Söhne unter Franco verloren hatten?

Zwei weitere Artikel führten mir Otto von Habsburg und „sein“ CEDI vor Augen – und eben Republikaner, die sich wehrten:

CEDI – eine blaublütige Verschwörung

Dr. Habsburg herrscht über einen Verein, der seine Mitglieder an die Macht bringen soll / Von W. Scholz

Von Zeit zu Zeit tauchen in den Zeitungen Meldungen auf, daß in irgendeiner europäischen Stadt ein Kongreß des Europäischen Dokumentations- und Informationszentrums (Centre Européen de Documentation et d'Information, abgekürzt CEDI) tagt. Die Tagungen beschäftigen sich durchweg mit politischen Themen. Die meisten der Teilnehmer tragen bekannte Namen: Es sind fast lauter Aristokraten. Nur hin und wieder findet man unter den CEDILEuten einen – wie etwa unseren Finanzminister Dr. Klaus – der sich nicht mit einem „von“ schmückt.

Der Ehrenpräsident der CEDI und ihr Gründer ist ein Mann, dessen Namen in weiten Kreisen keinen guten Klang hat: Dr. Otto Habsburg. In CEDI-Kreisen wird er offiziell mit dem Titel „Erzherzog“ bedacht und offiziell mit „Majestät“ angesprochen. Schon daraus kann man erkennen, welcher Geist diese Organisation beherrscht.

Intime Atmosphäre

Am aufschlußreichsten ist wohl ein Absatz aus einer Rede die Dr. Otto Habsburg vor einem CEDI-Kongreß in Lissabon gehalten hat und die in die Stützen aufgenommen worden ist: „Es (das Europäische Dokumentations- und Informationszentrum) hat niemals versucht, eine Massenbewegung zu werden. Es war bestrebt, die Elite des europäischen politischen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens zusammenzuführen. Es versucht, zwischen diesen Kräften ein brüderliches Einverständnis zu schaffen, das erlaubt, auch die heikelsten Probleme in voller Offenheit zu besprechen. Wir wollen eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herbeiführen. Ich glaube, daß dies in jenen Ländern, in denen das Dokumentationszentrum nun schon seit Jahren arbeitet, vielfach gelungen ist. Es hat sich hier langsam eine gelungene Familie entwickelt. Männer, die sich gegenseitig verstehen und sich gegenseitig in Dienste der großen gemeinsamen Ziele unterstützen.“

Die „Elite“

In Österreich sind diese Männer, die große gemeinsame Ziele haben und sich gegenseitig laut Stützen auch den Ehrenpräsidenten Dr. Otto Habsburg unterstützen: Der ehemalige Staatssekretär Dr. Ernst Hefel (Präsident der österreichischen CEDI-Organisation), Finanzminister Dr. Klaus (Vizepräsident), Salzburger Landesbaurat Dr. Hans Lechner (Vizepräsident), Dr. Johann Altmayer-Böck (Vizepräsident), Elsa Thurn-Valasina (Direktorin der CEDI-Wien), Professor Thomas Michels (Vizepräsident der Salzburger Publikums- und Hans Forts (Generalsekretär), Professor Dr. Alexander Randa (Sekretär), der Bankdirektor Peter Winterstein (Schatzmeister) und der Geschäftsführer der „Allgemeinen Finanzierungs Ges. m. b. H. Dr. Hermann Rippel (Schatzmeister). Auch diesen CEDI-Funktionären gibt es noch eine große Zahl von österreichischen Finanzleuten, Managern, OVP-Politikern (wie zum Beispiel den Abgeordneten Stürkgh und OVP-Journalisten, unter anderem den beim Bundespressendienst arbeitenden Ministerialrat Dr. Hans Kronmayer, die der CEDI angehören.



HEUER IM JÄNNER sprach Dr. Otto Habsburg auf einer CEDI-Tagung in Madrid

Allein schon aus diesem kurzen Auszug aus der Mitgliederliste kann man entnehmen, daß die Organisation eine Macht darstellt. Natürlich – diese Macht wird nicht vor aller Öffentlichkeit angewandt. Aber wenn sich solche Leute „gegenseitig unterstützen“ so kann man sicher sein, daß eine solche Unterstützung ihre Früchte trägt.

Streben nach Macht

Es erhebt sich die Frage, was die gemeinsamen Interessen sind, die zur Bildung dieser Clique geführt haben. Die Antwort ist einfach: Das Streben nach politischer Macht. Daß Dr. Otto Habsburg an der Spitze dieser Organisation steht, ist für ihn wie für die CEDI gleichermaßen charakteristisch. Charakteristisch ist auch eine Stelle aus der bereits zitierten Habsburgrede: „In Westeuropa lehnen wir daher entschieden jene Politik ab, die

aus kleinlichem Parteilust die Grenzen unseres Erdteils entlang der Pyrenäen ziehen will. Mit allem Nachdruck bekennen wir, daß für uns Spanien und Portugal integrale Bestandteile des europäischen Erdteiles sind.“ Das ist ein klarer Befehl Dr. Habsburgs und der CEDI zur Diktatur und zum Faschismus. Das ist auch die Erklärung dafür, wieso ein ehemaliger Faschistenminister Spaniens, Don Alberto Martin Artajo, der Präsident der CEDI ist, und ihr Generalsekretär ein Marquis de Valdeiglesias.

Die Mittel, deren sich die CEDI zur Durchsetzung ihrer Ziele bedient, sind ziemlich vielfältig. Eines der Hauptmittel ist die gegenseitige Information. Da die CEDI-Leute fast durchweg führende Stellen in der Wirtschaft oder im öffentlichen Leben haben, fließen ihnen Informationen reichlich zu. Durch den Austausch werden sie noch ergiebig. Und wie man hört, sollen manche CEDI-Leute bei ihren Trustgeschäften nicht einmal vor Staatsgeheimnissen haltmachen.

Hilfe bei Wahlen

Dazu kommt noch die Methode der finanziellen Unterstützung jener Organisationen, die den CEDI-Mitgliedern zur Durchsetzung ihrer Wünsche am ehesten geeignet erscheinen. Unter diesen Organisationen befinden sich selbstverständlich die konservativen und faschistischen Parteien, und soweit sie einer starken finanziellen Hilfe bedürfen, weiß man sie in der CEDI auch zu beschaffen. Das gilt besonders dann, wenn eine Partei vor einem Wahlkampf steht und ihn nicht aus den Mitgliederbeiträgen und Spenden der Parteifreunde des eigenen Landes decken kann. Als besonders gehetüßig erweisen sich da in der letzten Zeit die Industriekapitäne des Ruhrgebietes. Wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, soll mit ihnen auch schon über eine Spende in der Höhe von einigen Millionen D-Mark für den bevorstehenden Wahlkampf in Österreich verhandelt worden sein. Das Interesse mancher Ruhrindustriellen in Österreich reaktionären Kräften ans Ruder zu verhelfen, ist begreiflich. Schließlich ist die österreichische Nationalindustrie ein scharfer Konkurrent für sie, der – da er Staatsgeldern ist – nicht einmal aufgelöst werden kann.

Die CEDI ist also eine Verschwörung des reaktionären und zum Teil sogar faschistischen Stöckels der konservativen Parteien Europas. Das führende österreichische Politiker und Wirtschaftsleute dieser Organisation angehören, sie tatkräftig unterstützen und anderseits wieder Unterstützung empfangen, sollte ein Warnzeichen sein.

„CEDI – eine blaublütige Verschwörung. Dr. Habsburg herrscht über einen Verein, der seine Mitglieder an die Macht bringen soll / Von W. Scholz

Von Zeit zu Zeit tauchen in den Zeitungen Meldungen auf, daß in irgendeiner europäischen Stadt ein Kongreß des Europäischen Dokumentations- und Informationszentrums (Centre Européen de Documentation et d'Information, abgekürzt CEDI) tagt. Die Tagungen beschäftigen sich durchweg mit politischen Themen. Die meisten

265 „Arbeiter-Zeitung“, Zentralorgan der sozialistischen Partei Österreichs, 7.7.1962, S.3: http://www.arbeiterzeitung.at/cgi-bin/archiv/flash.pl?seite=19620707_A03.html=1

der Teilnehmer tragen bekannte Namen: Es sind lauter Aristokraten. Nur hin und wieder findet man unter den CEDI-Leuten einen – wie etwa unseren Finanzminister Dr. Klaus –, der sich nicht mit einem ‚von‘ schmückt.

Der Ehrenpräsident der CEDI und ihr Gründer ist ein Mann, dessen Namen in weiten Kreisen keinen guten Klang hat: Dr. Otto Habsburg. In CEDI-Kreisen wird er offiziell mit dem Titel ‚Erzherzog‘ bedacht und inoffiziell mit ‚Majestät‘ angesprochen. Schon daraus kann man erkennen, welcher Geist diese Organisation beherrscht.

Intime Atmosphäre

Am aufschlußreichsten ist wohl ein Absatz aus einer Rede, die Dr. Otto Habsburg vor einem CEDI-Kongreß in Liechtenstein gehalten hat und die in die Statuten aufgenommen worden ist: ‚Es (das Europäische Dokumentations- und Informationszentrum) hat niemals versucht, eine Massenbewegung zu werden. Es war bestrebt, die Elite des europäischen politischen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens zusammenzuführen. Es versucht, zwischen diesen Kräften ein brüderliches Einvernehmen zu schaffen, das erlaubt, auch die heikelsten Probleme in voller Offenheit zu besprechen. Wir wollen eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herbeiführen. Ich glaube, daß dies in jenen Ländern, in denen das Dokumentationszentrum nun schon seit Jahren arbeitet, vielfach gelungen ist. Es hat sich hier langsam eine geistige Familie entwickelt, Männer, die treu zueinanderstehen und sich gegenseitig im Dienste der großen gemeinsamen Ziele unterstützen.‘

Die ‚Elite‘

In Österreich sind diese Männer, die große gemeinsame Ziele haben und sich gegenseitig (und laut Statuten auch den Ehrenpräsidenten Dr. Otto Habsburg) unterstützen: Der ehemalige Staatssekretär Dr. Ernst Hefel (Präsident der österreichischen CEDI-Organisation), Finanzminister Dr. Klaus (Vizepräsident), der Salzburger Landeshauptmann Dr. Hans Lechner (Vizepräsident), Dr. Johann Allmayer-Beck (Vizepräsident), Elsa Thurn-Valsassina (Direktorin der CEDI-Wien), Professor Thomas Michels (Vizepräsident), der Salzburger Publizist Hans Thür-Porta (Generalsekretär), Professor Dr. Alexander Randa (Sekretär), der Bankdirektor Peter Winterstein (Schatzmeister) und der Geschäftsführer der Allgemeinen Finanzierungs Ges. m.b.H. Dr. Hermann Rippel (Schatzmeister). Außer diesen CEDI-Funktionären gibt es noch eine große Anzahl von österreichischen Finanzleuten, Managern, ÖVP-Politikern (wie zum Beispiel den Abgeordneten Stürkgh und ÖVP-Journalisten, unter anderen den beim Bundespressedienst arbeitenden Ministerialrat Dr. Hans Kronhuber), die der CEDI angehören.

Allein schon aus diesem kurzen Auszug aus der Mitgliederliste kann man entnehmen, daß die Organisation eine Macht darstellt. Natürlich – diese Macht wird nicht vor aller Öffentlichkeit angewendet. Aber wenn sich solche Leute ‚gegenseitig unterstützen‘, so kann man sicher sein, daß eine solche Unterstützung ihre Früchte trägt.

Streben nach Macht

Es erhebt sich die Frage, was die gemeinsamen Interessen sind, die zur Bildung dieser Clique geführt haben. Die Antwort ist einfach: Das Streben nach politischer Macht. Daß Dr. Otto Habsburg an der Spitze dieser Organisation steht, ist für ihn wie für die CEDI gleichermaßen charakteristisch. Charakteristisch ist auch eine Stelle aus der bereits zitierten Habsburgrede: ‚In Westeuropa lehnen wir daher entschieden jene Politik ab, die aus kleinlichem Parteigeist die Grenzen unseres Erdteiles entlang der Pyrenäen ziehen will. Mit allem Nachdruck bekennen wir, daß für uns Spanien und Portugal integrierende Bestandteile des europäischen Erdteiles sind.‘ Das ist ein klares Bekenntnis Dr. Habsburgs und der CEDI zur Diktatur und zum Faschismus. Das ist auch die Erklärung dafür, wieso ein ehemaliger Faschistenminister Spaniens, Don Alberto Martin Artajo, der Präsident der CEDI ist, und ihr Generalsekretär ein Marquis de Valdeiglesias.

Die Mittel, derer sich die CEDI zur Durchsetzung ihrer Ziele bedient, sind ziemlich vielfältig. Eines der Hauptmittel ist die gegenseitige Information. Da die CEDI-Leute fast durchweg

führende Stellen in der Wirtschaft oder im öffentlichen Leben haben, fließen ihnen Informationen reichlich zu. Durch den Austausch werden sie noch ergänzt. Und wie man hört, sollen manche CEDI-Leute bei ihren Tauschgeschäften nicht einmal vor Staatsgeheimnissen hatmachen.

Hilfe bei Wahlen

Dazu kommt noch die Methode der finanziellen Unterstützung jener Organisationen, die den CEDI-Mitgliedern zur Durchsetzung ihrer Wünsche am ehesten geeignet erscheinen. Unter diesen Organisationen befinden sich selbstverständlich die konservativen und faschistischen Parteien, und soweit sie einer starken finanziellen Hilfe bedürfen, weiß man sie in der CEDI auch zu beschaffen. Das gilt besonders dann, wenn eine Partei vor einem Wahlkampf steht und ihn nicht aus den Mitgliedsbeiträgen und Spenden der Parteifreunde des eigenen Landes decken kann. Als besonders gebefreudig erwiesen sich da in der letzten Zeit die Industriekapitäne des Ruhrgebietes. Wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, soll mit ihnen auch schon über eine Spende in der Höhe von einigen Millionen D-Mark für den bevorstehenden Wahlkampf in Österreich verhandelt worden sein. Das Interesse mancher Ruhrindustriellen, in Österreich reaktionären Kräften ans Ruder zu verhelfen, ist begreiflich. Schließlich ist die österreichische Nationalindustrie ein scharfer Konkurrent für sie, der – da er Staatseigentum ist – nicht einmal aufgekauft werden kann.

Die CEDI ist also eine Verschwörung des reaktionären und zum Teil sogar faschistischen Flügels der konservativen Parteien Europas. Daß führende österreichische Politiker und Wirtschaftsleute dieser Organisation angehören, sie tatkräftig unterstützen und andererseits wieder Unterstützung empfangen, sollte ein Warnzeichen sein.“

Die Unterzeile zum Photo lautete: „HEUER IM JÄNNER sprach Dr. Otto Habsburg auf einer CEDI Tagung in Madrid“

„Zweifellos werden derartige ... Gedankengänge gefährlich, wenn sie von Menschen in Besitz genommen werden, die ... ihr Gedankengut verwirklichen wollen.“²⁶⁶

**40seitige Sonntags-AZ – Spiele und Quiz
Flugzeugunglück: Interview rettet Habsburg**

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS
P. b. b. Nr. 155 / Wien, Sonntag, 8. Juli 1962 / Gegründet 1889 / Einzelpreis 1,50 Schilling

Habsburg will Europa mit Propaganda berieseln

Die blaublütige CEDI-Verschwörung will in Liechtenstein den Tanger-Sender aufstellen / AZ-Eigenbericht

Die CEDI, eine Sammelorganisation reaktionärer und faschistischer Politiker, an deren Spitze Dr. Otto Habsburg steht, hat die Absicht, den Sender von Tanger zu kaufen und ihn in Liechtenstein aufzustellen. Der Sender ist stark genug, um in ganz Europa gehört zu werden.

Ursprünglich bestand der Plan, das Generalsekretariat der CEDI in Liechtenstein zu eröffnen. Doch dagegen wehrte sich selbst der Fürst von Liechtenstein, der ein Mitglied der CEDI ist. Er bot hingegen den Grund für einen Sender bei dem Ort Scheaan an.

Bei der letzten Tagung der CEDI in Salzburg, an der auch der österreichische Finanzminister Dr. Klaus als Vizepräsident der österreichischen CEDI-Sektion teilnahm, wurde beschlossen, den stillgelegten starken Kurzwellsender von Tanger zu kaufen und in Liechtenstein aufzustellen. Offiziell sollte es die Aufgabe des Senders sein, „Kirchenmusik zu pflegen und das Bewußtsein der Einheit des christlichen Abendlandes zu stärken“. In Wirklichkeit soll der Sender das Sprachrohr der CEDI und Dr. Otto Habsburgs werden.

Das Geld für den Kauf, den Transport- und die Aufstellung des Senders sowie die Mittel für den Betrieb sollen von der CEDI aufgebracht werden. Allein der Betrieb eines solchen Senders würde jährlich einige Dutzend Millionen Schilling kosten.

Der Aufstellung des Tanger-Senders in Liechtenstein steht allerdings noch eine Schwierigkeit entgegen. Auf Grund von Vereinbarungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz muß die Schweiz zur Aufstellung eines Senders in Liechtenstein ihre Zustimmung erteilen. Bis jetzt hat sich die Schweiz gegen ein solches Vorhaben gewehrt.

267

„Habsburg will Europa mit Propaganda berieseln. Die blaublütige CEDI-Verschwörung will in Liechtenstein den Tanger-Sender aufstellen / AZ-Eigenbericht

²⁶⁶ „Von der Heydte. Elf Vierzehntel“, in DER SPIEGEL 10/1965 vom 3.3.1965:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html>, als PDF:

<http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/46169649>

²⁶⁷ „Arbeiter-Zeitung“, Zentralorgan der sozialistischen Partei Österreichs, 8.7.1962: http://www.arbeiter-zeitung.at/cgi-bin/archiv/flash.pl?seite=19620708_A01.html

Die CEDI, eine Sammelorganisation reaktionärer und faschistischer Politiker, an deren Spitze Dr. Otto Habsburg steht, hat die Absicht, den Sender von Tanger zu kaufen und ihn in Liechtenstein aufzustellen. Der Sender ist stark genug, um in ganz Europa gehört zu werden.

Ursprünglich bestand der Plan, das Generalsekretariat der CEDI in Liechtenstein zu eröffnen. Doch dagegen wehrte sich selbst der Fürst von Liechtenstein, der ein Mitglied der CEDI ist. Er bot hingegen den Grund für einen Sender bei dem Ort Schaan an.

Bei der letzten Tagung der CEDI in Salzburg, an der auch der österreichische Finanzminister Dr. Klaus als Vizepräsident der österreichischen CEDI-Sektion teilnahm, wurde beschlossen, den stillgelegten starken Kurzwellensender von Tanger zu kaufen und in Liechtenstein aufzustellen. Offiziell sollte es die Aufgabe des Senders sein, ‚Kirchenmusik zu pflegen und das Bewußtsein der Einheit des christlichen Abendlandes zu stärken‘. In Wirklichkeit soll der Sender das Sprachrohr der CEDI und Dr. Otto Habsburgs werden.

Das Geld für den Kauf, den Transport und die Aufstellung des Senders sowie die Mittel für den Betrieb sollen von der CEDI aufgebracht werden. Allein der Betrieb eines solchen Senders würde jährlich einige Dutzend Millionen Schilling kosten.

Der Aufstellung des Tanger-Senders in Liechtenstein steht allerdings noch eine Schwierigkeit entgegen. Auf Grund von Vereinbarungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz muß die Schweiz zur Aufstellung eines Senders in Liechtenstein ihre Zustimmung erteilen. Bis jetzt hat sich die Schweiz gegen ein solches Vorhaben gewehrt.“

Nicht nur der weibliche Artikel für das im Französischen (le centre) und Spanischen (el centro) männliche und im Deutschen sächliche (das Zentrum, n) CEDI irritierte mich. Was war das für ein „Tanger-Sender“, und warum mußte die Schweiz für die Aufstellung eines Senders in Liechtenstein ihre Zustimmung geben?

Ich fand das Alles sehr merkwürdig. Aber jedenfalls hatte es wohl Proteste in Österreich gegen das CEDI, Otto von Habsburg und Friedrich August Freiherr von der Heydte gegeben, bei dem auch von „Habsburg“ die Rede war. Das fiel mir auf, vielleicht, weil Hans Roth von „Republik“ geschrieben hatte.

In Deutschland gab es meines Wissens niemanden, der allen Ernstes von einer Rückkehr zur Monarchie träumte und sich selbst auf einem Thron verortet sehen wollte.

Für die Republik Österreich war das anders: Sie hatte es anscheinend wirklich und wahrhaftig mit dem ältesten Sohn ihres letzten Kaisers zu tun, der bis 1961 für sich selbst Ansprüche an seinen Thron anmeldete. Und so achteten die Republikaner vielleicht mehr auf ihn und seinen ihm „in Treue und Ergebenheit“ verbundenen Friedrich August Freiherr von der Heydte.

Republikaner gegen die Monarchie, Monarchisten gegen die Republik. Ein altes Gegensatzpaar im alten Europa mit seinen vielen Monarchien.

„Republikaner“ gab es auch in den USA, wo es nie eine Monarchie gegeben hatte. Dort „wahlkämpften“ immer „Republikaner“ gegen „Demokraten“. Republikaner gegen Demokraten?

Irgendwie kam in meinem Kopf alles durcheinander. Und plötzlich fielen mir auch wieder „Die Republikaner“ ein, von denen ich zur Europawahl am 18.6. und zur Kommunalwahl am 1.10.1989 so viel gehört und gelesen hatte. Damals fand ich oftmals Flugblätter in meinem Briefkasten mit sich ständig wiederholenden bestimmten Parolen und Wörtern: „Überfremdung“, „kriminelle Ausländer“, „Schluß mit dem Asylmißbrauch“, „Kein Ausländerwahlrecht“, „Altparteien“, „Ja zu Europa, nein zu dieser EG“, „illegale Einwanderer“, „ausländische Flüchtlinge“, „Patrioten“ – kurzum alles, was man heute wieder immer wieder hört, vorzugsweise von der „Alternative für Deutschland (AfD)“ und „PEGIDA“, den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“.

**Schluß mit dem
Asylmißbrauch**

**Kein
Ausländer-
wahlrecht**

**DIE
REPUBLICANER**



Ausländer unter uns
Von je 100 Einwohnern sind Ausländer



**DIE
REPUBLICANER
fordern:**

- Schluß mit dem Asylmißbrauch!
- Kein Wahlrecht für Ausländer!
- Einführung von Zeitverträgen für Gastarbeiter (Schweizer Modell!)

Deutschland darf nicht zum Einwanderungsland werden

- In der Bundesrepublik Deutschland leben derzeit 4,6 Millionen Ausländer – so die offizielle Zahl. In Wirklichkeit muß man Hunderttausende von illegalen Einwanderern hinzurechnen. In Frankfurt ist schon jeder vierte Einwohner ein Ausländer.
- Die Bundesrepublik beherbergt bereits mehr als 800 000 ausländische Flüchtlinge. Das kostete den deutschen Steuerzahler allein 1987 rund drei Milliarden Mark, von den Folgekosten ganz zu schweigen. Etwa 90 Prozent aller Asylbewerber sind keine politisch Verfolgten, sondern Wirtschaftsfüchlinge, die das Asylrecht mißbrauchen.
- Die 7,6 Prozent Ausländer in der Bundesrepublik stellen bei der Kriminalität einen Anteil von 29 Prozent, beim Rauschgifthandel bis zu 50 Prozent. Erschreckende Zahlen! Wo bleibt der Schutz des Bürgers?
- Eine Meinungsumfrage des Allensbach-Instituts ergab: 82 Prozent der Bundesbürger sind überzeugt, daß zu viele Ausländer in der Bundesrepublik leben. Der Ruf nach Abwehrmaßnahmen wird immer lauter. Doch die verantwortlichen Politiker reagieren nicht.
- Die Überfremdung unseres Landes birgt viele Gefahren. Ausländerfeindlichkeit, Rassenkonflikte, steigende Kriminalität, noch mehr Arbeitslosigkeit, soziale und kulturelle Spannungen. Das muß verhindert werden. Deutsche und Ausländer sind gleichermaßen an einer Politik interessiert, die Gastfreundschaft gewährt, ohne das Pacht der Einheimischen zu mißachten.
- Die REPUBLICANER sagen: Deutschland darf nicht zum Vielvölkerstaat werden! Jede Form von Ausländerfeindlichkeit ist unmenslich und deshalb abzulehnen. Deutsche Politik darf aber auch nicht inländerfeindlich sein.

Wir müssen uns selber finanzieren – Bitte helfen Sie uns:
Die REPUBLICANER, Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 19 002 211 (BLZ 380 500 00)
Verantwortlich: Franz Glasauer, DIE REPUBLICANER, Sandstr. 41, 8000 München 2
Vertrieb: RVG Verlags GmbH, Postfach 370 160, 8000 München 37

Dieses Abschnitt bitte senden an:
RVG Verlag, Postfach 543, 8300 Landshut

Ich bestelle _____ Exemplare dieses Flugblatts
zum Preis von 40,- DM + 14 % MWSt.
per 1000 Stück, (+ Versandkosten)
(Mindestabnahme 1000 Stück)

Absender:
Name: _____
Straße: _____
PLZ und Ort: _____
Datum u. Unterschrift: _____

Bestell-Nummer 112

**DIE REPUBLICANER
DEUTSCHLAND ZUERST!**




**Eine junge Partei
im Aufwind**

Die REPUBLICANER wurden 1983 als Partei bundesweit gegründet. Ihren ersten Erfolg erzielten sie 1986 bei der Landtagswahl in Bayern, wo sie auf Anhieb drei Prozent (342.000 Stimmen) erreichten und in zwei Bezirksparlamente einzogen.
Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989 kamen die REPUBLICANER mit 11 Abgeordneten ins Parlament (7,5%).
Dadurch stellten die REPUBLICANER auch zwei Abgeordnete im Deutschen Bundestag.
Bundesvorsitzender Franz Schönhuber war stellvertretender Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks und populärer Fernsehmoderator (=Jetzt red ich). Für seine Verdienste um die Demokratie wurde er mehrfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Bayerischen Verdienstorden.
Die REPUBLICANER sind die **Samlungsbewegung demokratischer Patrioten.**

**»Andere Völker achten wir,
Deutschland aber lieben wir.«**

Wir müssen uns selber finanzieren – Bitte helfen Sie uns:
Die REPUBLICANER, Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 19 002 211 (BLZ 380 500 00)
Verantwortlich: Franz Glasauer, DIE REPUBLICANER, Sandstr. 41, 8000 München 2
Vertrieb: RVG Verlags GmbH, Postfach 370 160, 8000 München 37

Dieses Abschnitt bitte senden an:
RVG Verlag, Postfach 543, 8300 Landshut 1

Ich bestelle _____ Exemplare dieses Flugblatts
zum Preis von 50,- DM + 14 % MWSt.
per 1000 Stück, (+ Versandkosten)
(Mindestabnahme 1000 Stück)

Absender:
Name: _____
Straße: _____
PLZ und Ort: _____
Datum u. Unterschrift: _____

Bestell-Nummer 131

Die Wahrheit über die EG

Was die Altparteien verschweigen:

Die Bundesrepublik Deutschland ist der größte »Nettozahler« der EG. Im Gegensatz zu anderen Partnerländern zahlen wir weit mehr ein, als aus der Gemeinschaftskasse zurückfließt. Der Verlust des deutschen Steuerzahlers in der EG steigt von Jahr zu Jahr (in Klammern die Jahreszahl): 3,7 Milliarden Mark (1977), 7,5 Milliarden (1982), 10,4 Milliarden (1987), 12,6 Milliarden (1988). Von 1971 bis heute hat die Bundesrepublik in der EG über 100 Milliarden Mark verloren!

70 Prozent dieser gewaltigen Summe wurden für den Ausbau der Landwirtschaften in unseren EG-»Partnerstaaten« verwendet.

Die Altparteien behaupten, daß ohne EG der deutsche Export zusammenbräche. Wahrheit ist, daß heute etwas mehr als 50 Prozent unserer Ausfuhr in den EG-Bereich fließen. 1913 waren es bereits 43 Prozent, 1938 dann 45 Prozent – zu einem Zeitpunkt, als noch niemand an eine EG dachte.

Export und EG haben wenig miteinander zu tun. Ob Autos aus Japan, Stahl aus Schweden, Erdöl aus Norwegen, Möbel aus Finnland, Uhren aus der Schweiz, Wein aus Österreich – Hunderte von Nicht-EG-Staaten aus aller Welt verkaufen ihre Ware in der Bundesrepublik und in anderen EG-Ländern.

Die Verbrauchssteuern in der Bundesrepublik sollen weiter erhöht werden, um noch mehr Zahlungen an die EG leisten zu können. Schon jetzt beträgt die westdeutsche Staatsverschuldung über eine Billion Mark (1000 Milliarden Mark)! Am Ende steht eine Währungsreform, bei der Sparer und Anleger über die Einführung einer EG-Einheitswährung zur Kasse gebeten werden. Das ist Volksbetrug!

Deshalb:

Ja zu Europa, nein zu dieser EG

**Am 18. Juni
REPUBLICANER wählen!**

Damals war mir das Wort vom „christlichen Abendland“ gar nicht als so „prominent“ aufgefallen. Es stand im „Programm der Republikaner“, das mich in einer jämmerlichen Form auf Nachfrage erreichte. Es waren schlechte Kopien, auf DIN A 5-Größe gefaltet und mit zwei Büroklammern zusammengehalten. Das fiel mir sehr auf, weil die sonstigen Materialien dieser Partei sehr professionell erschienen, wie etwa diese Zeitung

DIE REPUBLIKANER REP
Partei Deutscher Patrioten
Kreisverband Köln
Postfach 410 774
5000 Köln 41

Auflage: 100000

DER REPUBLIKANER

B 9943 E NR. 6/1989 6. JAHRGANG PREIS: DM 2,50

Großbetrüger freuen sich auf EG-Binnenmarkt
Deutsche Interessen werden schwer geschädigt / Seite 5

Und sie schämen sich nicht
CDU bläst zur Schlammschlacht gegen REPUBLIKANER

Daß sich eine Partei ihrer Konkurrenz zu erwehren sucht, ist sicher legitim. Problematisch wird dies aber stets, wenn dabei zu jenem Instrumentarium gegriffen wird, das vornehm als die politische Kultur in diesem unseren Lande umschrieben wird.

Ein beredtes Beispiel für die politischen Umgangsformen unserer Zeit bietet ein sogenanntes Diskussionspapier mit dem Titel „Überlegungen zur Strategie der CDU gegenüber den REP“, das der Leiter der Grundsatz- und Planungsabteilung im Bonner Konrad-Adenauer-Haus, Wolf Schönbohm, verfaßt hat. Dieses Papier wurde Anfang Mai dieses Jahres aus der Bonner CDU-Zentrale einer Zeitung zugespielt und am 5. Mai vom „Münchner Merkur“ auszugsweise veröffentlicht.

CDU gegen die REPUBLIKANER selbst die Mitarbeiter der Herren Geißler und Schönbohm derart an, daß sie zur Erleichterung ihres Gewissens für die Veröffentlichung dieses Papiers sorgten. Der Bonner Wirbel um die Veröffentlichung war entsprechend groß, bis heute sucht man im Bonner Adenauerhaus fieberhaft nach dem Informationsleck in den eigenen Reihen.

Aufgrund zahlreicher Presseveröffentlichungen zu dem Strategiepapier sah sich auch Helmut Kohl als Bundesvorsitzender der Union zur Stellungnahme zu den unchristlichen Handlungsanweisungen für seine Parteifreunde genötigt. Am 9. Mai erklärte er, daß es sich beim Schönbohm-Papier lediglich um eine „Arbeitshilfe“ für die Mitarbeiter in Nordrhein-Westfalen handele, die noch nicht einmal den Status einer offiziellen Parteizeitung haben.

Methoden der Öffentlichkeitsarbeit

Das Strategiepapier unterscheidet zwischen der „Behandlung der REP in der Öffentlichkeit durch CDU-Politiker“ und der „intern vereinbarten deutlicheren Akzentuierung von inhaltlichen Positionen der CDU, um das Abwandern von CDU-Wählern zu den REP zu bremsen bzw. zu stoppen“. Im ersten Teil werden in sieben Abschnitten Anweisungen gegeben, wie die REPUBLIKANER zu behandeln sind:

Da „Republikaner“ ein positiver

So wählen die Deutschen

Partei	Europawahl 1979	Bundestag 1980	Bundestag 1983	Europawahl 1984	Bundestag 1987
CDU/CSU	49,2	44,5	48,8	45,9	44,3
SPD	40,8	42,9	38,2	37,4	37,0
FDP	6,0	10,6	7,0	5,2	9,1
Grüne	3,2	1,5	5,6	4,8	8,3

Stimmenanteile in %

Alles blickt auf die REPUBLIKANER

Noch nie hat eine Europawahl in der Bundesrepublik so viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Am 18. Juni wird sich entscheiden, ob die REPUBLIKANER ein Mitglied im EG-Parlament werden.

„Die REPUBLIKANER konnten sich deutlich über 5 Prozent stabilisieren“, teilte jetzt das Wicker-Institut (Tübingen) (Bereich) der Presse mit. In drei Meinungsumfragen hatten die Demoskopie auch nach den REPUBLIKANERN geforscht (einmal vor der Bonner Regierungsbildung, dann kurz danach und nochmals Ende April).

Lagen die REPUBLIKANER laut Wicker vor der Kabinettsbildung bei 5,5 Prozent, so sanken sie kurzfristig nach dem Revirement auf 5,4 Prozent ab, um bald darauf wieder auf 5,6 Prozent zu klettern.

Nach Ansicht der Meinungsforscher dürfte der Anteil der REPUBLIKANER noch höher liegen, da nach Angaben von Interviewern immer wieder Befragte Hemmungen oder gar Angst äußerten, sich offen zu dieser Partei zu bekennen. Die sonstigen Parteien gingen von 1 über 0,9 auf jetzt 0,6 Prozent zurück.

Befragt wurden bei jeder der Umfragen rund 3100 repräsentativ ausgewählte Wähler. Die Umfrage wurde am Sonntag den 17. Juni durchgeführt. Die Umfrage wurde von der Wicker-Institut (Tübingen) durchgeführt.

SPD-Umfrage:
8 Prozent für REPUBLIKANER

Der südbayerische SPD-Chef Peter Glotz berichtete jetzt in München von einer jüngsten Repräsentativumfrage seiner Partei: Danach können die REPUBLIKANER zur Europawahl mit acht Prozent der Stimmen bundesweit rechnen. „Auch wir werden dafür bluten“, fügte Glotz an.

In Stuttgart warnte SPD-Oppositionsführer Dieter Spöhl vor dem Gedanken an eine große Koalition zur Abwehr der REPUBLIKANER, wie von Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth angeregt. Spöhl prophezeite den REPUBLIKANERN für diesen Fall Wahlergebnisse „von deutlich mehr als zehn Prozent“.

ein sensationeller Durchbruch auf breiter Ebene. In München, das politisch in der Bundesrepublik aber derart viel in Bewegung geraten, daß den Beobachtern sogar ein REPUBLIKANER-Einzug ins EG-Parlament nicht mehr unmöglich erscheint.

Auf nach München!
OLYMPIAHALLE

Franz Schönhuber spricht
Dienstag, 13. Juni 1989, 20.00 Uhr.
Große Abschlußkundgebung der REPUBLIKANER zur Europawahl.

Eintritt: DM 5,- Kartenvorverkauf über Bundesgeschäftsstelle

Fortsetzung Seite 2

Ja zu Europa – NEIN zu dieser EG

Die REPUBLIKANER kandidieren nach ihren Wahlerfolgen in Berlin (7,5%) und Hessen (10,5%) bundesweit zur Europawahl. Sie bekennen sich zur europäischen Zusammenarbeit, lehnen aber eine EG-Politik ab, die deutschen Interessen schadet. Die Bundesrepublik darf nicht länger Zahlmeister und Lastesel für andere sein.

Die REPUBLIKANER sagen:

- Kein Wahlrecht für Ausländer
- Asylmißbrauch stoppen
- Entschlossene Bekämpfung der Kriminalität
- Abwehr des Extremismus
- Schutz nationaler Identität

Andere Völker und Staaten achten wir. Aber:
Wir wollen in Europa Deutsche bleiben!

Deshalb am 18. Juni zur Europawahl:

DIE REPUBLIKANER
Postfach 37 01 60, 8000 München 37, Tel. 0 89 / 5 23 30 56 / 67
Gerne schicken wir Ihnen Informationsmaterial

Aus Liebe zu Deutschland

Diese Großanzeige erscheint zur Europawahl in deutschen Tageszeitungen und Zeitschriften mit Millionenaufage. Aus Kostengründen können nicht alle Blätter abgedeckt werden. Freunde der REPUBLIKANER werden deshalb um Eigeninitiative gebeten: Bitte schalten Sie diese Anzeige auf Eigenkosten in Ihrer örtlichen Tageszeitung oder in den überall erscheinenden Werbespiegeln. Sie tragen damit zum Wahlerfolg der REPUBLIKANER wesentlich bei. Auf Nachweis stellt Ihnen der Bundesgeschäftszweiger eine steuerabzugsfähige Spendenquittung aus. Ihre Hilfe tut not! Eine weitere Anzeige finden Sie auf Seite 6 dieser Zeitung.

und die darin enthaltene Liste der „Werbeartikel für die Partearbeit“;

Impressum DER REPUBLIKANER
Herausgeber: Franz Schönhuber
Chefredakteur: Harald Neubauer
(verantwortlich für den redaktionellen Inhalt)
Verantwortlich für Anzeigen: Franz Glasauer
Verlag und Vertrieb:
RVG Verlags- und Vertriebs GmbH

Sammelanschrift: Postfach 370160,
8000 München 37, Telefon 089/5233066
Konto der RVG GmbH:
Volksbank München eG,
Nr. 1388770, BLZ 70190000
Jahresabonnement für 12 Ausgaben: DM 36,-
Gesamtherstellung: E. C. Baumann KG,
E.-C.-Baumann-Straße 5, 8650 Kulmbach.

Werbeartikel für die Parteiarbeit

Günstige Preise

Druckkugelschreiber

Standardausführung, weiß, blauer Aufdruck „Die Republikaner“ mit Raute, 50 Stück: **DM 27,-**

Druckkugelschreiber

bessere Ausführung, blau, weißer Aufdruck „Die Republikaner“ mit Raute, 50 Stück: **DM 39,-**

Einwegfeuerzeug

weiß, blauer Schriftzug „Die Republikaner“: 50 Stück: **DM 45,-**

Magnetschilder fürs Auto

Aufschrift: DIE REPUBLIKANER/Deutschland zuerst! Format: 11 x 30 cm, Vier-Farb-Druck. Die Magnetschilder lassen sich bei Verlassen des Autos leicht abnehmen und vor jeder Fahrt ohne Mühe wieder anbringen, Stück: **DM 18,-**

Kartenspiele

Rückseite mit Aufdruck DIE REPUBLIKANER und Raute

Skat-Blatt

DM 3,20

Schafkopf-/Tarock-Blatt

DM 3,90

Luftballon

mit Aufdruck DIE REPUBLIKANER 100er-Beutel: **DM 14,80**

Papier-Aufkleber

gummiert, blau mit weißer Schrift DIE REPUBLIKANER, verschiedene Texte, zum Anfeuchten, 100 Stück, sortiert: **DM 8,-**

REPUBLIKANER-Aufkleber

aus PVC, nicht nur fürs Auto, 5 x 20 cm 10 Stück **DM 3,50**
11,5 x 30 cm 10 Stück **DM 12,80**

Ordnerbinden

Stück: **DM 1,85**

Baumwoll-Tragetaschen

mit Aufdruck DIE REPUBLIKANER und Raute, Stück: **DM 1,95**

Aschenbecher

mit REP-Aufdruck und Raute: **DM 3,95**

Flaschenöffner

10 cm lang, zum Kapselheben und Flaschenverschließen, Aufdruck „Die Republikaner“, 50 Stück: **DM 42,-**

Nähset

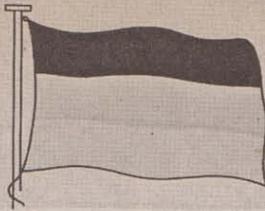
Klappetui mit Nähutensilien, Metallverschluss, REP-Eindruck: „Ja zu Europa, Nein zu dieser EG“, Stück: **DM 1,50**

Weizenbierbecher

aus Ton mit Aufschrift DIE REPUBLIKANER und schwarzrotgoldener Raute: **DM 15,-**



Deutschland-Flagge



60 x 90 cm, schwarzrotgold, ohne Stock: **DM 29,50**

Bayern-Flagge

60 x 90 cm, weißblau, ohne Stock: **DM 29,50**

REPUBLIKANER-Flagge

weiße Schrift auf blauem Grund, schwarz-rot-goldene Raute, Stück: 60 x 90 cm **DM 35,-**
80 x 120 cm **DM 45,-**

Hilfahnen

Bund, 100 x 200 cm **DM 69,-**
Bayern, 100 x 200 cm **DM 69,-**

Tischwimpel

blau, weiße Schrift DIE REPUBLIKANER und Raute: **DM 20,-**

(ohne Ständer)



Ständer für Tischwimpel **DM 9,80**

Sonnenschirm

für Informationsstände oder eigenen Garten, blau, mit REPUBLIKANER-Schriftzug und Raute, ohne Fuß **DM 90,-**

REPUBLIKANER-Transparente

100 x 200 cm: **DM 79,-**

Wandkarte

Historische Karte Nr. 11 DIE DEUTSCHEN SIEDLUNGSGEBIETE VOR AUSBRUCH DES II. WELTKRIEGES **DM 14,80**

Jogging-Anzug

blau, mit weißem Aufdruck „Die REPUBLIKANER“ und REP-Raute, 3 Größen (klein, mittel, groß). **DM 49,00.**

T-Shirt

weiß, blauer Aufdruck, 3 Größen **DM 17,50**

Krawatten

blau, mit schwarzrotgoldener REP-Raute: **DM 20,-**

Parteinadeln

REP-Raute
Anstecknadel **DM 4,50**
Sicherheitsnadel **DM 5,20**

Zündholzbriefchen

mit REP-Aufdruck
100 Stück **DM 15,-**

Zu

V



Blic
1. R
von

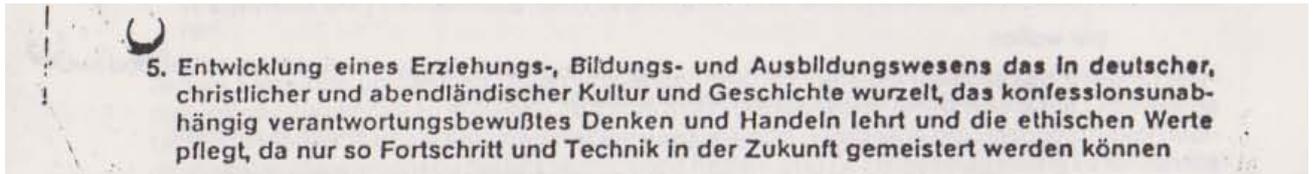
Pa
Dam
heut
das
rade
nigt
nen,
freu
sche
Staa
Wi
Allii
Deu
und
hier
Berl
der
ches
kriti
men
KAN
den
der
Di
habe
drau
tion
sen
mus
in d
ten
vorr
gege
verz
Wi
Erke
gere
gren
ten
vert
Ver
unse
wah
nich

offenbar war die Nachfrage nach dem Parteiprogramm in der Öffentlichkeitsarbeit nicht vorgesehen gewesen.

„Die REPUBLIKANER sind eine Gemeinschaft deutscher Patrioten, eine freiheitliche und nationale Partei mit hoher sozialer und ökologischer Verpflichtung“, stand an hervorragender Stelle. „Patrioten“?

Auf S. 1 findet sich unter „II. Grundsätze“: „Die Republikaner als eine deutsche Partei setzen sich für das Lebensrecht und die Menschenrechte aller Deutschen im Sinne des Grundgesetzes ein, und zwar 1. für eine rechtsstaatliche Ordnung, in der Rechte und Pflichten des Einzelnen und die von Familie, Volk und Staat geachtet und gewahrt werden, 2. für den inneren und äußeren Frieden durch Abschluß eines Friedensvertrages, der von der völkerrechtlichen Grundlage des Deutschen Reiches in allen seinen Teilen ausgeht, 3. ...“.
„Des Deutschen Reiches in allen seinen Teilen“?

Auf S. 5 stand unter „II. 5 Erziehung, Bildung und Ausbildung“: „Entwicklung eines Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungswesens das in deutscher, christlicher und abendländischer Kultur und Geschichte wurzelt, ...“.



Abendländische Kultur und Geschichte.

Und was fehlte jetzt noch in diesem Cocktail aus „Überfremdung“, „kriminelle Ausländer“, „Schluß mit dem Asylmißbrauch“, „Kein Ausländerwahlrecht“, „Altparteien“, „Ja zu Europa, nein zu dieser EG“, „illegale Einwanderer“, „ausländische Flüchtlinge“, „Patrioten“, „Deutsches Reich“ und „Familie, Volk und Staat“ – kurzum alles, was man heute wieder immer wieder hört, vorzugsweise von der „Alternative für Deutschland (AfD)“ und „PEGIDA“, den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“?

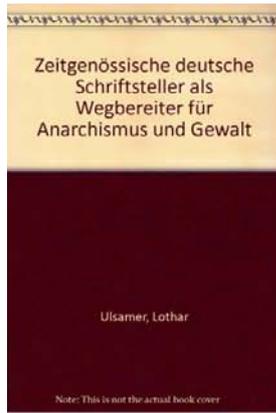
Genau, eine zünftige Bedrohung. Und unter „III: Schwerpunkte“ befindet sich am als letzter Punkt „17. Terrorismusbekämpfung“: „... Für uns ist Terrorismus mit seinen Gewalttaten kaltblütiger Mord bzw. Beihilfe zum Mord. Er ist zu bekämpfen durch eine strenge Gesetzgebung, durch unnachsichtige Strafverfolgung des Einzeltäters und der Helfer, durch Vermummungsverbot, durch Einzelhaft und absolute Kontaktsperre der Häftling nach außen, durch Verbot von Publikationen, welche dem Terrorismus Vorschub leisten und ihn unterstützen, durch internationale Zusammenarbeit zur Vernichtung der Terrororganisationen und zur Zerschneidung ihrer internationalen Verbindungen und durch schärfere diplomatische Maßnahmen gegenüber Ländern, die Terroristen Zuflucht geben und sie unterstützen. ...“

Als ich mir diese alten Schriften der „Republikaner“ jetzt noch einmal durchlas und auf „Verbot von Publikationen, welche dem Terrorismus Vorschub leisten und ihn unterstützen“ stieß, dachte ich unwillkürlich an den oben erwähnten²⁶⁸ Lothar Bossle und sein „Familienunternehmen an der Julius-Maximilians-Universität“²⁶⁹ bzw. an Lothar Ulsamers Dissertation „Zersetzen, Zersetzen, Zersetzen – Zeitgenössische Deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt“²⁷⁰ von 1988, in der auch Heinrich Böll, Günter Wallraff und Hans Magnus Enzensberger genannt wurden. Und tatsächlich fand ich in der Zeitung „Die Republikaner“ Nr.6/1989, 6. Jahrgang (mit den Werbeartikeln) auch die entsprechende Bücherliste, so daß ich jetzt die alte Abbildung mit dem Hinweis „Note: This is not the actual book cover“ mit dieser Literaturempfehlung dieser „Republikaner“ ergänzen kann:

²⁶⁸ siehe Erstes Buch, S. 290

²⁶⁹ Otto Köhler: „Doktorspiele in Würzburg“ in der „Zeit“ vom 4.11.1988: <http://www.zeit.de/1988/45/doktorspiele-in-wuerzburg>

²⁷⁰ „Staatsknete für rechte Hetze“ in DER SPIEGEL 17/1988 auf S. 230: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13529449.html>



schrieb.

Ullsamer: ZERSETZEN, ZERSETZEN, ZERSETZEN
Neuerscheinung
268 Seiten,
DM 24,-

Der Soziologe und Journalist Dr. Lothar Ullsamer weist nach, daß es hochgerühmte bundesdeutsche Schriftsteller und Intellektuelle waren, die mit ihren Werken den Linksterrorismus ausgelöst und begünstigt haben. Eine bedrückende (Un-)Geistesgeschichte mit erschreckenden Beispielen politischer Verantwortungslosigkeit.



LOTHAR ULLSAMER

Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt

Kallenegger: DIE DEUTSCHE
Neuerscheinung
572 Seiten,
49 Schwarzweißfotos
Leinen, DM 48,-

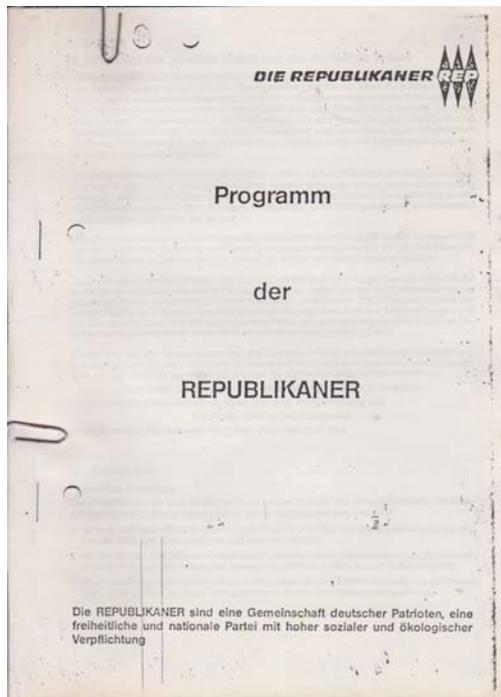
Nach kriegshistorischen Unterlagen und Augenzeugenberichten schildert der Autor den Weg der Gebirgsjäger von den Anfängen bis zum Kriegsende. Die wohl umfassendste Dokumentation über diese Truppe, deren soldatische Tradition auch in der Bundeswehr weitergeführt wird. Eine Geschichte politisch mißbrauchten Opfermuts und Tapferkeit.

✂

Bitte ausschneiden und senden

**An den REP-Versand,
Postfach 543, 8300 Landshut 1**

Hiermit bestelle ich auf Rechnung (plus Porto):



„Republikaner“ in Deutschland ...

24. Organisierte Friedlosigkeit oder Jeder glaubt, was auf dem Papier steht



271

Anfang Dezember 2014 hatte ich den Sendemitschnitt der Sendung „5 nach 10“ zum Thema „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“ vom 16.2.1984²⁷² bekommen und sah sie mir immer wieder an. Faszinierend für mich war, wie mir erst im Laufe der folgenden Monate, in denen auch immer neue Enthüllungen von Edward Snowden ans Licht kamen und gleichzeitig auch über die Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ berichtet wurde, immer klarer wurde, worum sich immer wieder alles drehte, was es bedeutete, wenn wirklich keine parlamentarische Kontrolle besteht über Organisationen, die derart elementar in Grundrechte eingreifen können.

Nach und nach verstand ich die Teilnehmer immer besser und lernte sie nacheinander ein bißchen kennen. Im Folgenden versuche ich, manche Äußerungen wortgetreu wiederzugeben. Dabei erlaube ich mir, zum besseren Verständnis des verschriftlichten gesprochenen Wortes manches fett zu markieren und betone, daß die Reihenfolge nichts über irgendeine Wichtigkeit ausdrückt. Vielmehr halte ich die ganze Sendung für so aufschlußreich, daß ich wünschte, sie stünde jedermann jederzeit zur Verfügung.

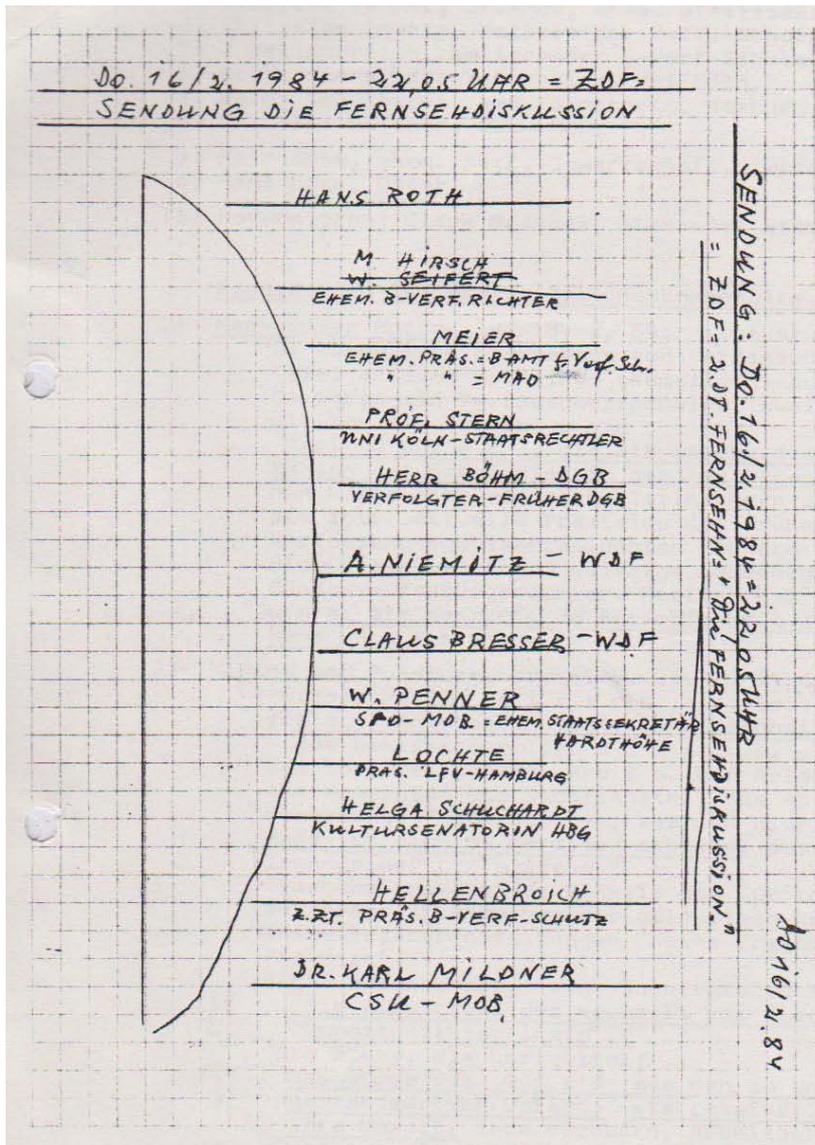
An den beklagten Sachverhalten hat sich nichts für den einzelnen Bürger wirklich verbessert; vielmehr hat sich die ganze Problematik ins Negative bewegt – als sei ein ganzes Koordinatensystem auf einem viel größeren auf einer Achse verschoben worden. Mein ehemaliger Datenschutzbeauftragte Peter Schaar sagte vor einigen Jahren einmal in einem Interview: „Der Rechtsstaat befindet sich in Auflösung.“

In der Sendung war er noch vertreten, dieser Rechtsstaat: in Gestalt eines Bürgers, vorgestellt als **„Lehrer und Bundeswehroffizier Hans Roth, verfolgt als Verfassungsfeind“**, der von einem zu schaffenden Gesetz sprach, an dem auch der ehemalige Justizminister Jürgen Schmude (mit-)arbeite, und von einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das demnächst erfolgen werde. Daß dieses Bundesverfassungsgericht etwa ein Jahr später entscheiden würde, kein Urteil ergehen zu lassen, also nicht zu entscheiden, konnte er damals noch nicht wissen.

Hans Roths Vater hatte die Sendung damals im Fernsehen gesehen und sich Notizen gemacht:

²⁷¹ siehe Zweites Buch, S. 149-153

²⁷² Sendemitschnitt bestellbar beim ZDF-Programmservice auf zwei DVDs für 55 Euro



Seine Erinnerung war nicht ganz richtig. Im Halbkreis sitzen von links nach rechts nebeneinander:

- | | | |
|------------------|-------------------|-----------------------|
| Richard Meier | Alexander Niemetz | Klaus Bresser |
| Martin Hirsch | | Christian Lochte |
| | | Heribert Hellenbroich |
| Helga Schuchardt | | Karl Miltner |
| Walther Böhm | | Wilfried Penner |
| Hans Roth | | Klaus Stern |

Moderiert wurde die Sendung von Klaus Bresser und Alexander Niemetz, der Herrn Roth so vorstellte: „Der dritte Mann, der in die Mühlen geraten ist, wenn man so will, ist eigentlich ein Beispiel für den Fall eines kleinen Mannes, eines Durchschnittsmannes: Hans Roth, aus konservativem Elternhaus, geht selbstverständlich zur Bundeswehr, wird dort Offizier, und im Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen dann gerät er ins Nachdenken, als er einen Anti-Demonstrations-Zug anführen und aufstellen sollte. Ab da eigentlich schon indirekt in den Mühlen drin. Er wird aus der Bundeswehr ausgeschlossen mit einem nicht ganz klaren Kriegsdienstverweigerungsverfahren, ohne jemals den Offiziersstatus zu verlieren. Danach fünf Jahre Studium ohne wesentliche Ereignisse, und in diesen fünf Jahren der oberflächlichen Ruhe, da passiert es, Herr Roth: Danach kamen Sie in die Mühle herein.“

Hans Roth antwortet: „Ja, das kam plötzlich und überraschend. Eines Tages wurde ich auf einen Anruf hin eingeladen zu einem Regierungspräsidenten; ich bekam keine schriftlich Ladung, ich bekam keinen Hinweis, einen Anwalt mitzubringen oder Zeugen, ich fand mich urplötzlich in einer geheimen **Anhörung**. Diese geheime Anhörung hat eindreiviertel Stunden gedauert. Es ging um zwei wesentliche Sachpunkte und um eine ganze Menge Fragen nach meiner politischen Identität. Die beiden Sachpunkte, um die es ging, waren **erstens** ein Vortrag, den ich gehalten hatte, über die Umstände meines Verhaltens bei der **Bundeswehr**. Das war in einer evangelischen Kirchengemeinde. Da hab’ ich ein bißchen über meine Erfahrungen erzählt und habe dabei ein Wortgebraucht, das mir vorgehalten worden ist: das Wort von der ‚organisierten Friedlosigkeit‘²⁷³. Das ist in Friedensdebatten ein gesicherter Begriff, der wird immer wieder verwandt. Und dieser Begriff tauchte auf in der Presseberichterstattung, und ich wurde gefragt, wie ich denn diesen Begriff gebrauchen könne, wenn ich doch als zukünftiger Beamter von der Friedfertigkeit unserer Gesellschaft überzeugt sein mußte. Das war der eine Punkt.

Der zweite Punkt – der wurde dann zum Hauptpunkt - : Mir wurde vorgehalten ein **Papier des Verfassungsschutzes** – ein einziges, einzelnes Blatt - , da stand oben drüber das Wort ‚Spartakus‘, dann standen eine Menge Namen darauf, und unter diesen Namen tauchte auch mein Name auf. Das war also das Papier: ‚Spartakus‘ – mein Name. Acht Jahre später habe ich nachweisen können, daß es zu diesem Zeitpunkt den ‚Spartakus‘ als Organisation noch nicht ’mal gab. Aber ich stand d’rauf, und was dann passiert, ist das: Jeder glaubt, was auf diesem Papier steht. Das geht bis in die intimsten Bereiche; ohne jeden Vorwurf muß ich sagen, daß meine Freunde, meine nächsten Angehörigen, meine Eltern das geglaubt haben. Und damit mußte ich leben.“

Alexander Niemetz: „Herr Roth, Sie haben dann nach einer Bedenkzeit sich entschlossen, zu prozessieren, obwohl Sie Lehrer oder Referendar genauer gesagt im Lehramt werden konnten. Man hat sie daran nicht gehindert, Sie hätten es werden können. **Warum haben Sie dann dennoch prozessiert?**“

Hans Roth: „Ja, das stimmt. Nach einigen Widerständen durfte ich dann mein Referendariat beginnen. Die Frage nach der Gegenwehr – das ist nicht leicht und schnell zu sagen, weil erst ’mal eine ganze Menge an Empfindungen auftauchen. Ich bin ein ziemlich konservativer Mensch, und ich steh’ dazu, zu diesen konservativen Empfindungen: Ich hatte so das Gefühl, einfach in eine Falle geraten zu sein. Ich hab’ das für unanständig gehalten –

²⁷³ „Anfang Juli dieses Jahres nahm das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde des Dekanatsjugendwarts Hans Roth aus Limburg gegen die ‚Weigerung des Landes Hessen‘ an, ‚alle im Besitz des Landesamts für Verfassungsschutz befindlichen Akten über den Beschwerdeführer dem Verwaltungsgericht Kassel vorzulegen“ und erwähnt eine Berichterstattung von 1971 in der „Oberhessische Presse“. Hans Roth habe in einem Vortrag vom „System organisierter Friedlosigkeit“ gesprochen – sie berichtete nicht, daß Roth damit **den Leiter der ‚Hessischen Stiftung für Friedensforschung, Senghaas zitiert** hatte“; aus: „Wie man in den Ruch kommt, ein Aussätziger zu sein. Der ehemalige Atommanager Klaus Traube berichtet über den hartnäckigen Kampf des gelehrten Lehrers Hans Roth um sein Recht“, Frankfurter Rundschau, 12.11.1977

das ist kein Urteil, das ist ein Empfindung -, und ich hab' mir überlegt: ‚Läßt Du das durchgehen?‘ Das war die erste Empfindung.

Und dann hab' ich mir natürlich 'was dabei gedacht: Meine Entscheidung, mich dagegen zu wehren. Die erste Frage war die: Hat das einen Sinn, Gegenwehr zu üben? Bringt das 'was? Hast Du überhaupt eine Chance? Gibt's eine objektive Möglichkeit?

Da ist 'n Papier. Einen Gegenbeweis kannst Du nicht führen: **Der Geheimdienst gibt sein Dossier nicht 'raus**, die Gegenseite erklärt nicht, daß ich nicht beim ‚Spartakus‘ bin. **Da steht man im Niemandsland, schutzlos und kann sich nicht wehren**. Und dann muß man natürlich auch noch überlegen, einfach rein rechnerisch: Wie lange dauert so etwas? Und mir war klar, nachdem ich die Instanzenwege durchgerechnet habe: Unter acht Jahren komm' ich nicht weg. Und ich hab' dann nach einer sehr, sehr langen Überlegungszeit – da können wir nachher noch einmal auf diesen Grundansatz zu sprechen kommen – ich hab' mir gesagt: **Das ist eine Situation, die nicht sein darf** unter Verheißungen des Rechtsstaats, unter Verheißungen politischer Demokratie – da ist **Gegenwehr nötig! Und ich hab' dann Klage erhoben** ohne Organisation, ohne Anwalt, ohne finanzielle Unterstützung. Das genügt vielleicht.“

„Das genügt vielleicht zu Beginn.“

„Jeder glaubt, was auf diesem Papier steht“:

„Gießener Allgemeine Zeitung“, 31.8.1974: „CDU: Einfluß der Linksradiكالen wird in Hessen immer stärker“²⁷⁴ u.a. mit den Zeilen, der „Vorsitzende der Gießener CDU, MdL Wilhelm Runtsch“ habe gesagt, „daß es die „Pflicht jeden Staatsbürgers sei, gegen Verfassungsfeinde vorzugehen“ und „daß an den Schulen und Universitäten ... Kräfte agierten, denen es nur darum gehe, die verfassungsmäßige Ordnung unseres Staates außer Kraft zu setzen. Als jüngstes Beispiel für den immer stärker werdenden Einfluß linksradikaler Kräfte in Hessen bezeichnete Runtsch den Fall des Lehramtskandidaten Roth.“ Hans Roth hatte gerade sein Referendariat doch noch beginnen können.

„Jeder glaubt, was auf diesem Papier steht.“

„Darmstädter Echo“, 13.1.1978: „DKP-Lehrer abgewiesen. ‚Bewerber fehlt die beamtenrechtlich nötige Eignung‘“²⁷⁵, einen infamen Artikel voller Un- und Halbwahrheiten, ein Brei aus falschen Behauptungen und Formulierungsfetzen, um einen falschen Zusammenhang herzustellen.

„Jeder glaubt, was auf diesem Papier steht.

„‚Spartakus‘ – mein Name. Acht Jahre später habe ich nachweisen können, daß es zu diesem Zeitpunkt den ‚Spartakus‘ als Organisation noch nicht 'mal gab.“



276

Richard Meier, damals ehemaliger Präsident des Verfassungsschutzes: „Nein, ich werf' ihm nicht den Prozeß vor, sondern **ich versteh' nur den Vorgang nicht. Warum kann er nicht in einer kürzeren Form geklärt werden?**“

²⁷⁴ siehe Erstes Buch, S. 26, auch unter http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_artikel_briefe.pdf

²⁷⁵ siehe Erstes Buch, S. 27, auch a.a.O.

²⁷⁶ Richard Meier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsschutzes, vormalis Bundesnachrichtendienst

Und jetzt fielen mir zwei Passagen aus „Der moderne Kleinkrieg ...“²⁷⁷ ein:
Zu „Warum kann er nicht in einer kürzeren Form geklärt werden?“ die oben zitierte
„**Handlungsfreiheit in der Zeit**“, die „**den Gegner zu einer sehr viel beträchtlicheren
Anstrengung zwingen wird, die er nicht unbegrenzt durchhalten kann**“²⁷⁸,
und zu „**Jeder glaubt, was auf diesem Papier steht**“ folgende Ausführungen seines
ehemaligen Professors:

„XI. DIE UNTERWANDERUNG § 1 Die Integration der Verschwörung.

Kleinkrieg ist vor allem ein psychologischer Krieg. Propaganda ... jede sich bietende
Möglichkeit einer Beeinflussung seiner Gegner und unentschlossener Dritter ... benutzt dabei
bald das in irgendeiner Form verbreitete – gesprochene oder geschriebene – Wort, die gezielt
oder breitgestreut weitergegebene – oft verfälschte oder falsche – Nachricht, bald das
öffentlich gezeigte oder heimlich von Hand zu Hand gereichte Bild, bald den erregenden Ton
als sinnlichen Ausdruck eines Gedankens. Ziel jeder solchen Beeinflussung ist es, bei dem
Angesprochenen bestimmte Vorstellungen zu wecken oder bestimmte Ideenassoziationen
hervorzurufen.

... fällt der Propaganda eine dreifache Bedeutung zu. Sie soll ... Mitglieder der ersten Kader
geistig und seelisch ... rüsten... Sie soll ... die Idee, um deren Verwirklichung es ... geht, in
weiten Bevölkerungskreisen verbreiten und ... neue Mitarbeiter und Freunde gewinnen, die ...
wenn nicht zum aktiven Kampf, so doch zur Unterstützung und wohlwollenden Duldung der
Kämpfer bereit sind. Sie soll schließlich ... die Widerstandskraft und den Widerstandswillen
des Gegners schon vor Beginn des eigentlichen Kleinkriegs schwächen.

Kommt es das eine Mal ... darauf an, das Erlebnis der Idee zu vermitteln, um deren
Verwirklichung willen demnächst Gewalt angewendet werden soll, so geht es das andere
Mal ... darum, dem Gegner den Glauben an den Erfolg und an den Wert seiner eigenen Idee –
ja selbst an deren Existenz – zu nehmen. In jedem dieser Fälle will die Propaganda in erster
Linie Emotionen erregen: dort Begeisterung, hier Mißstimmung, Skeptizismus und
Verzagtheit.“²⁷⁹

„... Propaganda ... **oft verfälschte oder falsche – Nachricht** ... In jedem dieser Fälle will die
Propaganda in erster Linie **Emotionen erregen: dort Begeisterung, hier Mißstimmung,
Skeptizismus und Verzagtheit**“.

Auch ich bin ein ziemlich konservativer Mensch, und auch ich stehe zu meinen
Empfindungen. Aber an dieser Stelle urteile ich auch: „Ich hab’ das für unanständig gehalten“
– das ist sowohl Urteil als auch meine Empfindung. Geschrieben steht: „Du sollst nicht lügen“
(verfälscht oder falsche Nachricht).

Es gibt eine Kultur des Friedens und eine Kultur des Krieges, und die beiden schließen
sich aus. Ein Denken, in dem Feindbilder sein müssen, wird immer wieder die alten und auch
immer wieder neue sogenannte „Feinde“ ausmachen, ja, sie sich womöglich selbst
produzieren. Schon der berühmt-berüchtigte Volksmund spricht davon, daß man „sich Feinde
machen“ kann. Es ist sehr schwierig, keine Feindbilder zuzulassen und seine Feinde zu
lieben!

„Der moderne Kleinkrieg“. Der Freiherr, Brigadegeneral d.R., der ehemalige Professor
vom Oberleutnant d.R. Hans Roth, weiß viel, viel mehr als Andere: „Soweit der Verfasser
militärische Vorschriften fremder Staaten benutzte, die der Öffentlichkeit nicht oder nur
beschränkt zugänglich sind, verbot sich aus Gründen der Courtoisie ihre Zitierung.“²⁸⁰

²⁷⁷ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches
Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972

²⁷⁸ a.a.O., S. 103; siehe Drittes Buch, S. 109

²⁷⁹ a.a.O., S. 134ff

²⁸⁰ a.a.O., S. 14



281

25. „Von der menschlichen Seite ist das natürlich eine furchtbare Sache.“ Vom „besten Wissen und Gewissen“, vielen „Pannen“ und dem „Schweiß aller Edlen“



282

Klaus Bresser, später ZDF-Intendant und selber abgehört: „Wir wollen auf **das Prinzipielle** kommen, und das ist doch die Frage: Wie weit sind die **Rechte des Staatsbürgers eingeschränkt** durch mögliche Übergriffe der Dienste? Das ist das, worüber wir hier reden.“
Hans Roth:



²⁸¹ Uderzo und Goscinny: „Die Trabantenstadt“ (Großer Asterix-Band XVII), Stuttgart 1974

²⁸² „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

„Ich bin politisch typisiert worden als ‚Extremist‘ ... und das geht jetzt über zehn Jahre ... Vielleicht sollte ich jetzt doch ’mal schildern die Grundüberlegungen, weshalb ich diesen oft genannten Rechtsweg denn dann auch beschritten hab’.

Ich hatte vorhin gesprochen von meinen Empfindungen; die standen am Anfang: Der Körper äußert sich, das will man nicht wahrhaben. Da wir im Orwell-Jahr 1984 leben, will ich ’mal die Schlüsselkategorie von Orwell zitieren: Das ist nämlich der ‚**kalte Schweiß**‘, der immer wieder auftaucht – den hab’ ich gehabt, und mit dem wollt’ ich nicht leben.

So. Und dann hab’ ich mir ein paar Gedanken gemacht. Dann hatte ich einen politischen Lehrer, der hat mich da beraten; wie gesagt: einen Anwalt hatte ich nicht. Da haben wir uns gesagt: Also: Die Verheißungen des Rechtsstaats, die besagen ja im Wesentlichen

1. ‚daß man das Grundgesetz in einem Satz zusammenfassen kann: **Der Staat hat dem Bürger zu dienen und nicht umgekehrt.**
2. Man muß sich wehren können. Das Menschenrecht auf **résistance à l’oppression** (Artikel 2 der Menschenrechtserklärung von 1789), das ist vielleicht viel zu wenig bekannt. Das wird immer wieder beschworen. Es wird beschworen in Richtung Osten, bei uns weniger im Innern. Ich hab’ dieses Menschenrecht in Anspruch genommen und hab’ also das Menschenwürde-Versprechen des Grundgesetzes beim Wort genommen.

Das heißt also, ich hatte **drei Ziele**, als ich mich wehrte:

1. Natürlich wollte ich **als Person rehabilitiert** werden.
2. Ich wollte den rechtlichen Schutz vergleichbar betroffener Bürger verbessert wissen. Jemand, der in so ’ne Situation gerät – sich ausgesetzt sieht einem Papier, das er nicht bestreiten kann, einer Definitionsmacht, die er nicht brechen kann – für einen solchen Bürger wollte ich **Schutz verankert wissen**, und das hieß **also: objektive Rechtsprechung** erreichen, möglichst durch ein höchst-richterliches Urteil. Und das
3. Ziel – und da haben manche gesagt: „Der spinnt!“ - : Ich wollte ’n **Gesetz**.

So, und jetzt kann man vielleicht auch ad hoc sagen. Zu

1. zu $\frac{3}{4}$ erreicht; zu
2. das ist unterwegs: Das ist im zehnten Jahr zum zweiten Mal in Karlsruhe und wird verhandelt und entschieden; und
3. Ich hab’ in der vorigen Woche eine Nachricht bekommen des ehemaligen Bundesjustizministers Schmude (s.o.)²⁸³ – kann ich vielleicht auch noch einmal heiter sagen: Das ist seit einiger Zeit ’n stiller Mitarbeiter von mir an diesem Gedanken von dem Gesetzentwurf - ; der hat mir einen solchen Gesetzentwurf zugeschickt [Frage aus der Gesprächsrunde: „Für was?“] für die Stärkung des Personenschutzes in einer solchen Situation. Ich kann Ihnen das auch gern zu lesen geben (s.o.). Das ist im Bundestag, das wird gemacht, das ist in der Debatte, und mir scheint, daß sich hier – so wie sich das andeutet in dem Gespräch – wirklich wechselseitige Lernprozesse miteinander vorbereiten sollten.

Für mich gilt das genauso wie für Herrn Lochte. Ich habe auch Fehler gemacht bei dieser Gegenwehr. Eine solche Gegenwehr ist schwer, die kostet viel und man verrenkt sich leicht. Und man ist ja auch ein tief Verletzter, wenn man so typisiert wird, wie das bei mir der Fall war: Ich bin nämlich wegen ‚fehlender charakterlicher Reife‘ schließlich - das war meine, meine fünfte Ablehnungsbegründung. Und das ist ’ne Nazi-Formel, wenn man ein bißchen Geschichtsbewußtsein hat. Das verletzt, das geb’ ich zu. Und also hab’ ich als Verletzter auch manchmal verletzende Formulierungen gebraucht. Das ist das Problem. Genügt das zur Gegenwehr?“

²⁸³ siehe Zweites Buch, S. 26ff

Daraufhin wandte sich Klaus Bresser an Martin Hirsch: „Herr Hirsch, immerhin lange Jahre Verfassungsrichter! Man fragt sich ja angesichts eines solchen Falles, den man ja wirklich nicht in allen Einzelheiten diskutieren muß – man fragt sich mit Politikern aus Hessen aller Parteien, die die Frage gestellt haben: **Warum muß ein Prozeß so skandalös lange dauern?**“



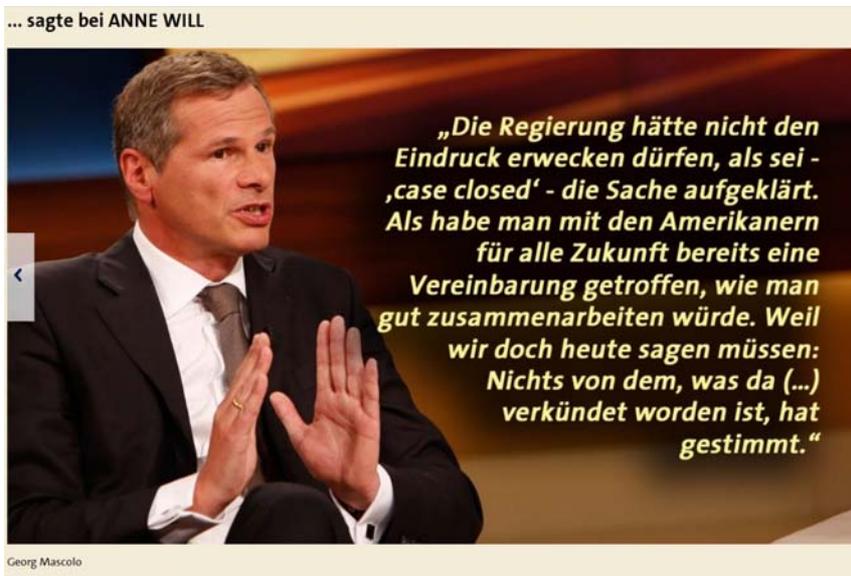
„Das liegt an der Zahl der Verfahren beim Verfassungsgericht. Damit will ich also gar nichts entschuldigen. Von der menschlichen Seite ist das natürlich eine furchtbare Sache. Es kann jedem von uns passieren, daß er in **falschen Verdacht** gerät; das muß gar nicht mit Verfassungsschutz zusammenhängen – jedem von uns kann das passieren. Aber natürlich müßte ein Staat, der völlig in Ordnung ist, dafür sorgen, daß ein solcher Verdacht, wenn er unberechtigt ist, **so schnell wie möglich ausgeräumt** wird. Und daß jemand wie Herr Roth oder auch Herr Böhm – bei Frau Schuchardt nehme ich das ja mehr scherzhaft: Sie sind ja noch nicht ernsthaft verfolgt worden; Sie sind immerhin noch Senatorin, nicht? Nicht? Aber immerhin ... – in diesen beiden Fällen, wo das **furchtbar viel Leid verursacht** hat: Daß das in diesen Fällen so lange dauert, das ist ein Minuspunkt für diesen unseren Staat. Gar kein Zweifel! Und es wär' des Schweißes aller Edlen wert - ganz egal, wie sie sonst politisch denken – daß sie in der Ausgangsposition - Pannen können passieren, die sind nur verwaltend; es wird alles von Menschen gemacht – daß dann wenigstens solche Pannen so schnell wie möglich bereinigt werden; da sind wir uns sicher einig!“

Helga Schuchardt: „Also ich glaube, es geht hier um mehr als um Pannen. Das Thema heißt: Wer kontrolliert eigentlich wen? Wir sind in einer Demokratie und wissen erstens nicht, wer kontrolliert; die meisten sind für die Öffentlichkeit im Dunkeln und bleiben dort auch im Dunkeln – selbst als Zeugen können sie sehr häufig nicht aus dem Dunkel hervorgekramt werden. ...

Zweitens: Wir wissen nicht, wen er kontrolliert. Wir wissen nur inzwischen: Es werden viel mehr Akten geführt, als es sich wahrscheinlich bisher die Mehrheit hat träumen lassen.“



Und ich dachte an Edward Snowden und Hans Roth – und an die Gesprächsrunde bei Anne Will mit dem Thema „Ausspähen unter Freunden geht doch! Wie glaubwürdig ist Angela Merkel noch?“²⁸⁴ mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Thorsten Schäfer-Gümbel (Stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender), Stephan Mayer (Innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion) und Georg Mascolo (Leiter der Recherchekooperation von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung: „Die Regierung hätte nicht den Eindruck erwecken dürfen, als sei – ‚case closed‘ – die Sache aufgeklärt, als habe man mit den Amerikanern für alle Zukunft bereits eine Vereinbarung getroffen, wie man gut zusammenarbeiten würde. Weil wir doch heute sagen müssen: **Nichts von dem, was da ... verkündet worden ist, hat gestimmt**“).



285

Der Begleittext zur Sendung hieß: „In der Spähaffäre um den US-Geheimdienst NSA werden Vorwürfe laut, die Bundesregierung habe die Öffentlichkeit 2013 über ein mögliches No-Spy-Abkommen mit den USA getäuscht. Ein solches Abkommen sei seitens der US-Regierung nie geplant gewesen, wie geheime Dokumente, die NDR, WDR und die Süddeutsche Zeitung einsehen konnten, nun belegen sollen. Hat die Union im Wahlkampf die Unwahrheit gesagt? Und hat Bundeskanzlerin Angela Merkel wirklich alles getan, um Schaden vom deutschen

²⁸⁴ „Ausspähen unter Freunden geht doch! Wie glaubwürdig ist Angela Merkel noch?“ „Anne Will“ vom 13.5.2015 um 22:45 Uhr in der ARD ?“ mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Thorsten Schäfer-Gümbel, Stephan Mayer und Georg Mascolo: <http://media.ndr.de/download/podcasts/annewill966/AU-20150518-1223-1042.mp3>

²⁸⁵ „Sagte bei Anne Will“: <http://daserste.ndr.de/annewill/media/-sagte-bei-ANNE-WILL,zitate832.html>

Volk abzuwenden? Jahrelang soll der Bundesnachrichtendienst der NSA möglicherweise unwissentlich geholfen haben, europäische Unternehmen und Politiker mittels teilweise rechtswidriger Suchanfragen auszuforschen. SPD und Opposition verlangen nun die Offenlegung dieser sogenannten Selektorenliste, die dem BND von der NSA übermittelt wurde. Kann Merkel ihre Glaubwürdigkeit nur zurückerlangen, wenn sie diese Liste auch gegen den Widerstand der Amerikaner zugänglich macht?“

In der Sendung fragt Anne Will Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die ehemals ehemalige, dann wieder amtierende und jetzt wieder ehemalige Bundesjustizministerin: „Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Sie haben am Montag in einem Interview gesagt, Sie fühlten sich **vom Kanzleramt hinter die Fichte geführt**. Glauben Sie Angela Merkel also nicht, daß jeder nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet hat?“



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Die Frage ist: Was ist hier ‚bestes Wissen‘ und ‚bestes Gewissen‘? Es geht ja darum: Was sind die Fakten? Ich bin damals noch als Justizminister im Kabinett noch davon ausgegangen, daß es sehr gute Chancen gibt, ein Abkommen zu bekommen, ein sogenanntes ‚No-Spy-Abkommen‘, ohne das nun irgendwie bekannt war, mit welchem Inhalt, aber natürlich vor dem Hintergrund der Publikationen durch Edward Snowden eine Absprache zur Einschränkung der geheimdienstlichen gegenseitigen Tätigkeit. Das hat sich ja immer dahinter verborgen oder das war immer die Zielrichtung.

Und ich hab’ jetzt auch sehr sorgfältig den veröffentlichten Emailverkehr gelesen - den ich jetzt das erste Mal zu Gesicht bekommen habe -, und danach haben zwar wohl einige von den Geheimdienstverantwortlichen- der Alexander und der Clapper in den Vereinigten Staaten - gesagt, man könne ja ’mal über ein Abkommen reden, aber ...“

Anne Will: „Alexander ist der Chef der NSA, Clapper ist der Chef aller amerikanischen Geheimdienste.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Der oberste Geheimdienstkoordinator. Und danach war ja eigentlich ganz klar: Nur das Weiße Haus kann sagen: ‚Es gibt so ein Abkommen.‘ Da hat man nie so etwas gesagt, und die Erklärung von Präsident Obama jetzt macht ja eigentlich deutlich, daß das auch wirklich nie beabsichtigt war. Es wäre das erste Abkommen überhaupt, das es dann gegeben hätte mit Deutschland, und da wollte man dann auch gar keinen Präzedenzfall schaffen.

²⁸⁶ „Sagte bei Anne Will“: http://daserste.ndr.de/annewill/media/-sagte-bei-ANNE-WILL_zitate832.html

Also alles in allem: Es wurde 'ne große Erwartung geweckt, und es war ein wichtiges Thema damals in der Regierung und in der Koalition als erste Antwort auf das, was Edward Snowden publiziert hat.“

Klaus Bresser 1984: „Wir wollen auf das Prinzipielle kommen, und das ist doch die Frage: Wie weit sind die Rechte des Staatsbürgers eingeschränkt durch mögliche Übergriffe der Dienste? Das ist das, worüber wir hier reden.“ Mögliche Übergriffe „der Dienste“, der „Nachrichten-Dienste“, der auch militärischen Geheim-Dienste.

Durch die Enthüllungen von Edward Snowden von vor zwei Jahren wissen wir, daß es inzwischen nicht mehr nur um „mögliche Übergriffe“ geht, sondern um **totale Überwachung von uns allen** („NSA-Skandal“, „BND-Skandal“, verdachtsunabhängige „Vorratsdatenspeicherung“, „Meta-Daten“, „Selektorenliste“, Frank Schirrmachers „Ego. Das Spiel des Lebens“ und so weiter und so fort). „Wir Bürger als Sicherheitsrisiko“ und als Versuchskaninchen. Wo bleibt unsere Menschenwürde, unser Recht auf Privatsphäre, also auch auf Post-, Brief und Fernmeldegeheimnis?

„Wie weit sind die Rechte des Staatsbürgers eingeschränkt durch mögliche Übergriffe der Dienste? Das ist das, worüber wir hier reden.“ Aktueller konnte der „Fall“ Roth nicht werden.

Hans Roth in seiner **Erklärung vom 9.3.2012** (s.o.)²⁸⁷: „Bei der Lektüre im Wohnzimmer des Verfassungsrichters staunte ich über meinen angeblichen Gefährlichkeitsgrad: die Klage zielte ins Zentrum der Macht, nach dem Motto: ‚Wer die Daten hat, hat die Macht.‘; der staatlich geprüfte ‚Extremist‘ müsse ‚mit allen Mitteln‘ bekämpft werden (nicht: mit allen rechtsstaatlichen Mitteln); um ihn verlieren zu lassen, sei die List anzuwenden, den Prozeß so zu dehnen, daß die Zeitstruktur der Macht die eines Individuallebens zermalmt.“

Martin Hirsch: „Von der menschlichen Seite ist das natürlich **eine furchtbare Sache**.“

Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Die Strategie ... ist das, was Beaufre ‚eine Strategie des sich lange hinziehenden Konfliktes‘ nennt, ‚um so den Gegner moralisch zu zermürben und zu ermüden. Um durchzuhalten ... können die Mittel primitiv sein, während die Technik ihrer Verwendung ... den Gegner zu einer sehr viel beträchtlicheren Anstrengung zwingen wird, die er nicht unbegrenzt durchhalten kann.“²⁸⁸

Zutiefst beeindruckten mich in beiden Sendungen die Äußerungen der jeweiligen Mitglieder der „Parlamentarischen **Kontroll-Kommissionen**“, 1984 Karl Miltner, 2015 Stephan Mayer. Beide schienen kaum Probleme damit zu haben, daß von einer wirklichen Kontrolle keine Rede sein konnte bzw. kann; Karl Miltner wollte immerzu das **Vertrauen** in die Dienste gestärkt sehen und wirkte neben Heribert Hellenbroich, als wolle er unbedingt Pat und Patachon mit ihm spielen,

²⁸⁷ siehe Erstes Buch, S. 109

²⁸⁸ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“ S. 103



289

und Stephan Mayer verstieg sich zu einer faszinierenden Bemerkung der ehemaligen Bundesjustizministerin gegenüber:



Stephan Mayer

290

„Populistisch“ war inzwischen das neue Zauberwort, um unbequeme bis schmerzhaft Gedanken oder Wahrheiten zu diffamieren, von denen man argwöhnte, sie könnten von einer demokratischen Mehrheit geteilt oder gewußt sein.

26. Ein Sammelsurium, wem man bedingungslos glaubt und der deutscheste Untersuchungsausschuß aller Zeiten

Richard Meier. „Wir stehen in der Gefahr, was die Fälle betrifft, daß wir ein Sammelsurium haben: **Frau Schuchardt auf einer Liste wegen der Gegnerschaft zur Hochschulen der Bundeswehr**, also ich meine (man redet durcheinander) – also ich glaube, darüber brauchen wir nicht zu reden, daß hier nicht die geringste Grundlage besteht, die Hand an einen Stift zu nehmen.

Das zweite Beispiel der Spionage: Da ist zwar von Friedhofsgängen die Rede gewesen und von der Abwesenheit der Ehefrau, aber mir fehlt zumindest ein Ansatz der Schlüssigkeit des Vorwurfs. Mich würde interessieren – ich kenne den Fall nicht; wenn er '74 gespielt hat,

²⁸⁹ „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

²⁹⁰ „Sagte bei Anne Will“: <http://daserste.ndr.de/annewill/media/-sagte-bei-ANNE-WILL,zitate832.html>

da war ich nicht im Amt, da war ich beim BND – was denn eigentlich der Kern des Spionagevorwurfs bedeutet. Das müssen Sie doch gehört haben.



291

Bei Ihnen [gemeint ist **Hans Roth**; eigene Anmerkung] ist mir völlig unerklärlich, was die **acht Jahre Auseinandersetzung wegen Bestehens auf einem Flugblatt betrifft – daß nicht ein Gespräch möglich ist mit Ihnen, das ist mir völlig unverständlich.**

Da haben wir die beiden letzten beiden Beispiele gehabt:

Traube – ein schwieriger Fall, der, was Traube betrifft, sicher als ein Fehlgriff zu bezeichnen war, und wenn wir von dem Überläufer, dem rumänischen stellvertretenden Leiter der Dienstes, der sehr gewandt ist, der rumänische Nachrichtendienst: Das ist ein Idealfall für alle Sicherheitsdienste, wenn ein so hochrangiger Überläufer kommt, so daß wir davon ausgehen mußten, daß seine Angaben zutreffen. Er hat noch eine andere Person genannt, wenn ich das hier 'mal beitragen darf: Mitarbeiter eines bekannten Politikers, und dieser Politiker hat diesem Mann am Abend vorher gesagt, daß morgen die Polizei kommt. Ja, und trotzdem ...“

Klaus Bresser: „Also jetzt halten wir 'mal nichts geheim: Es handelte sich um Egon Bahr, das ist ein Politiker, und es handelte sich um seinen Referenten Joachim Broudré-Gröger²⁹² - nur damit wir jetzt hier nicht Katz und Maus spielen.“

Richard Meier: „Und seltsamerweise sind immer noch zwei Minox-Kameras²⁹³ gefunden worden. Das sind natürlich Dinge, ...“

Klaus Bresser: „Es gibt natürlich noch andere Leute, die die haben.“

Martin Hirsch: „Ich hab' auch eine.“

Richard Meier: „Ja, gut. Nein, aber es gibt ... ja. Es gibt also eine Serie von Beispielen jetzt, die wir ordnen müßten. Wir müssen sehen, **daß wir hier im Fall Roth eine politische Verdächtigung haben**, im Fall Schuchardt gar nichts haben, im Fall Böhm eine Spionage-Verdächtigung, wo uns das Legen des Sachverhalts fehlt, während wir bei Traube also weit ausholen müßten, aber Traube selbst ausschließen können.“

Alexander Niemetz: „Wir können ja bei den beiden 'mal bleiben, und sollten Ihnen Gelegenheit geben, Herr Böhm, jetzt zu antworten, und nach Ihnen, Herr Roth, zu sagen, was Ihre Motivationslage ausmacht.“

Nach einem kurzen Dialog zwischen Herrn Böhm und Herrn Meier, in dem der DGB-Verbindungsmann betonte, keinerlei Akteneinsicht erhalten zu haben, schaltete sich **Wilfried Penner, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium**, ein:

²⁹¹ Richard Meier bei „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

²⁹² vgl. „Agentenjagd in Bonn: Alles Qualm“, in DER SPIEGEL 36/1978 vom 4.9.1978 (unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40406070.html>) und Stefanie Waskes „Nach Lektüre vernichten. Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“ (wegen der vielen Freiherrn und Otto B. Roegele in den „Verteilern“, der seit 1953 im CEDI im Escorial ... (s.o.)

²⁹³ „Minox-Kameras“ sollten mir später in Stefan Austs „Der Baader-Meinhof-Komplex“ wiederbegegnen.



„Aber Herr Meier, ich glaube, das bringt doch gar nichts. Wir können doch diesen konkreten Fall nicht analysieren, weil wir den Sachverhalt überhaupt nicht kennen.“

Richard Meier: „Wir geh’n aber aus vom konkreten Sachverhalt.“

Wilfried Penner: „Aber Herr Meier, und deshalb würde ich empfehlen, daß wir mit den Beispielen etwas haushalten. Sie haben jetzt zweimal vergangene Fälle beschworen und haben dazu auch verhüllt Ihre Meinung gesagt. Ich bin der Meinung: Das hilft uns hier überhaupt nicht weiter. Wir können davon ausgehen: Diese Fälle sind einer Erledigung zugeführt worden – die mögen Sie werten, wie Sie wollen, aber ich glaube, daß wir ein bißchen nach vorne diskutieren sollten.“

Ein bißchen, Herr Meier – ich kenn’ Sie ja schon längere Zeit – ist mir aufgefallen an Ihrer Sprache: ‚Sammelsurium‘, das war so’n Stichwort. Wissen Sie: Ich bin nun wirklich nicht einer, der nicht den Sinn von Diensten einsähe. Aber der Begriff ‚Sammelsurium‘ signalisiert mir, daß Sie das menschliche Einzelschicksal, was hier geschildert worden ist, vielleicht in der richtigen Weise nicht einzuordnen vermögen.

Ein bißchen hätte ich mir gewünscht – gerade aus dem Abstand des Amtes - , daß Sie gedacht hätten: **„Mensch, da ist einer in ein Mühlwerk, in ein Mahlwerk geraten, der ist davon berührt worden, und es hat sich gezeigt, daß nachher der Verdacht – jedenfalls mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen - nicht gerechtfertigt war.“** Verstehen Sie: Da steckt doch einiges mehr hinter, als es dieser Sammelausdruck ‚Sammelsurium‘ zum Ausdruck zu bringen vermag.“

Und sofort sagt Martin Hirsch, ehemaliger Richter beim Bundesverfassungsgericht:



„Ja, wenn ich da gleich anknüpfen darf – das ist auch eine Frage an Herrn Meier: Ich verstehe beim besten Willen nicht die Überschätzung von Ostblock-Überläufern²⁹⁴. Das sind doch Leute, die aus irgendwelchen Gründe hier rüberkommen. Die müssen doch angeben, müssen möglichst viel behaupten, weil sie davon also viele Jahre leben können.“ - Irgendjemand sagt „Und dann auch noch Balkan“, worauf Unruhe entsteht, und dann verstehe ich noch „Ist doch wahr“ - „Und ich kenne also einige Fälle, wo denen bedingungslos geglaubt worden ist, und auf diese Weise sind dann **unschuldige Menschen in Gefahr geraten**, wo ich mir sofort gesagt habe: Der Betreffende, also Überläufer, der will ja davon leben – der sitzt da irgendwo an einem geheimen Ort und wird bestens ernährt und bestens gepflegt und so weiter, und davon lebt er doch, indem er möglichst viel auspackt; daß man denen so bedingungslos glaubt.

Aber um gleich noch etwas Anderes in die Debatte zu werfen: Es hat ja **vor fünfzehn Jahren einen Untersuchungsausschuß des Bundestages** gegeben. Ich hatte die Ehre, ihm vorzusitzen. Und das war also der deutscheste Untersuchungsausschuß aller Zeiten, weil dem nämlich **alle Vorsitzenden aller Fraktionen** angehörten: das war Helmut Schmidt, das war Rainer Barzel, das war Herr Mischnick, und das war Herr Stücklen, und ich war also der Vorsitzende.

Und vor fünfzehn Jahren haben wir uns bereits im Bundestag in diesem Untersuchungsausschuß mit der Problematik befaßt, und das war insofern ein so günstiger Untersuchungsausschuß, weil da auch die **damalige Regierung nicht wagte**, bei diesem erlauchten Gremium – ich war ja nicht erlaucht, aber die anderen vier – denen etwa **Akteneinsicht zu verweigern oder einem Beamten die Genehmigung nicht zu erteilen, dort auszusagen**.

Und der Ausschuß hat damals also einen Bericht gemacht, der endete sogar mit einem Vorschlag zur Änderung der Verfassung, mit dem also diese Problematik **so einigermaßen rechtsstaatlich - mit all den Lücken, die Herr Stern ja richtig skizziert hat**²⁹⁵ - aufgefangen worden wäre.

Ich will die Geschichte jetzt nicht weiter ausweiten, aber im letzten Moment zögerten dann Herr Barzel und Herr Schmidt. Und es lief dann im Bundestag so, daß dieser Antrag auf Verfassungsänderung zwar eine Mehrheit im Bundestag kriegte, aber keine 2/3-Mehrheit, also daß es zu dieser Verfassungsänderung nicht kam.

Und die Problematik von vor fünfzehn Jahren steht heut' noch im Raum und wird dann immer 'mal wieder anhand irgendeines bestimmten Falles virulent.

Und das ist das Unverständliche, daß **die jeweilige Regierung – ich dreh' die Hand nicht um; ganz egal, wer regiert – mit allen Mitteln immer verhindern, daß diese Sache in Ordnung gebracht wird. Das ist nämlich das Kernproblem.**“

Klaus Bresser: „Ja, nun , ich glaube, wir sollten Herrn Meier die Gelegenheit geben, kurz noch zu antworten. Es gibt ja eine Mentalität von Geheimdiensten, Herr Meier. Da gibt doch Gesinnungsschnüffelei, und da gibt's so Gerüchte-Verwertung bei Ihnen – das war ja das, was Herr Penner ansprach, daß darüber das menschliche Maß oder das Maß für das Normale verloren gehen kann. Haben Sie nicht manchmal das Gefühl?“

Richard Meier: „Ja, jetzt hab' ich drei Vorwürfe zu beantworten. Ich fange dann bei Ihnen [gemeint ist Wilfried Penner] an: ‚Sammelsurium‘ – damit hab' ich gemeint, daß mir die Typik der Fälle fehl, daß wir den **Fall Schuchardt** nicht ernsthaft diskutieren können,

²⁹⁴ vgl. „Agentenjagd in Bonn: Alles Qualm“ in DER SPIEGEL 36/1978: „Der Bundestag mußte aus den Ferien kommen. Die Wohnung eines Bahr-Mitarbeiters und das Büro eines Abgeordneten wurden durchsucht. Haben die Aussagen des rumänischen Geheimdienstchefs Paceba den Top-Spion enttarnt? Oder ist die Agentenjagd, wie Kanzleramtschef Manfred Schüler vermutet, ‚alles Qualm‘?“ Darin heißt es über General Ion Pacepa u.a.: „Als einziger Name fiel ihm nur der des Bundestagsabgeordneten Uwe Holtz ein. Der General verkündete knapp: ‚Er ist ein Agent, ein ganz hervorragender. Er macht alles.‘“

über eine Recht- oder Unrechtmäßigkeit, das meinte ich, daß es ein Fall ist, der hier – wenn das ein Dienst gemacht hat – **völlig indiskutabel** ist, so zu handeln.

Der Fall Böhm – da fehlt mir die Problematik des Spionagevorwurfs. D’rum sag’ ich ‚Sammelsurium‘. Ich möchte zumindest hören, daß ihm gesagt wurde. ‚Sie haben das und das getan‘, was schlüssig Spionage wäre.

Schlüssig ist der Fall des Herrn Roth . Da will ich nichts dazu sagen.“



Warum mußte der Prozeß, den Hans Roth schon so lange durchstand, so skandalös lange dauern? Martin Hirsch: „Von der menschlichen Seite ist das natürlich eine furchtbare Sache. Es kann jedem von uns passieren, daß er in falschen Verdacht gerät; das muß gar nicht mit Verfassungsschutz zusammenhängen – jedem von uns kann das passieren. Aber natürlich müßte ein Staat, der völlig in Ordnung ist, dafür sorgen, daß ein solcher Verdacht, wenn er unberechtigt ist, so schnell wie möglich ausgeräumt wird.“

Und so hoffte ich weiter auf den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages ...

27. Unterschiedliche Logiken und eine Binsenweisheit des Rechtsstaats

Klaus Bresser: „Lassen Sie mich zwischendurch an eine Binsenweisheit des Rechtsstaats erinnern, daß jeder so lange als unschuldig zu gelten hat, wie er nicht beweiskräftig verurteilt worden ist. Das ist glaub’ ich ganz wichtig, weil hier so zwischendurch allerlei Namen fallen [Joachim Broudré-Gröger, Uwe Holtz²⁹⁶, Klaus Traube²⁹⁷ u.a.], von denen man nicht in jedem Falle sagen kann, daß das überführte Spione wären.“

Hans Roth: „Aber das gilt nicht.“

Klaus Bresser: „Was gilt nicht?“

Hans Roth: „Verzeihung, wenn ich die Betroffenenlogik zur Sprache bringe. Sie werden konfrontiert mit einem Vorwurf, und Sie haben die ganze Beweislast, nicht die andere Seite. Und es scheint mir ...“

(Unruhe. Verstehen kann ich **Klaus Stern:** „Nein, nein, nein.“)

Hans Roth: „Verzeihung. Ich nehme zurück die allgemeine Behauptung. Ich begrenze das jetzt auf meine Erfahrung und habe auch vorher gesagt: Das ist die Betroffenenlogik. Es gibt unterschiedliche Logiken.

Und ich hab’ mich auch ein bißchen beim Publikum erkundigt; dort kam das Echo: Das hebt ab in eine Expertendiskussion - das könnte eine Gefahr sein. Verzeihung, wenn ich jetzt also

²⁹⁶ „Spionage-Affäre: Höchst dürftig“, in DER SPIEGEL 39/1978: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40606772.html>. Zur Person siehe auch http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/nachlass/nachlass_h/holtz-uw.htm

²⁹⁷ <http://www.faz.net/aktuell/2.2032/klaus-traube-im-portraet-der-erste-aussteiger-1610402.html>

noch einmal mit Macht die Betroffenlogik zur Sprache bringe – die sieht anders aus. Ich will die konkret darstellen:

Ich hab' 'mal mit dem damals verantwortlichen Minister in Hessen, Herr von Friedeburg, sprechen können über die Extremisten im öffentlichen Dienst, konkret: Lehrer. Damit sind wir bei dem von Ihnen [gemeint ist Richard Meier] benannten Thema ‚politische Bewertung‘.

Herr Lochte hatte schon gesagt: Das hat in Hamburg begonnen. Entgegen einer Legende waren es sozialdemokratisch regierte Länder – nicht CDU regierte Länder – ,die damit begonnen haben. Und entgegen einer Legende hat Hessen auch sehr früh angefangen, obwohl das geleugnet wurde.

Herr Friedeburg hat das eingeführt und hat mir offen gesagt ... (Unruhe) ... Herr Friedeburg hat mir offen gesagt: Natürlich soll nicht jeder ... (Unruhe. Zu verstehen ist Klaus Stern: „1950 Heinemann als Bundesinnenminister hat das gemacht“) ...

Ich möchte gern auf ein ... (weiterhin Unruhe) ... Ich möchte (langsam tritt Ruhe ein) eine politische Diskussion jetzt politisch führen, nachdem ich ja auch einiges anerkennen mußte als Argument, würde ich jetzt gern einem Argument widersprechen, das mir ein Geheimdienst-Argument zu sein scheint.

Herr von Friedeburg hat mir gesagt: Natürlich ist nicht jeder geeignet, Lehrer zu sein, wenn er seine Examina hat; er verteidigte damit den Radikalenerlaß. Das halte ich für einen fundamentalen Fehler einer politischen Kultur - und jetzt sag' ich das so allgemein, weil ich in Frankreich lebe. Ich lebe in einem anderen Land - das ist auch eine Folge meiner Geschichte; ich brauchte andere Themen - , ich arbeite dort als Hilfsarbeiter, ich lerne dort eine andere Kultur kennen, eine andere politische Kultur.

Dort ist es klar, daß jeder, der die Examina hat, seinen Beruf ausüben kann – die Fragen über die Qualifikation eines Lehrers bleiben pädagogische Fragen. Ich habe damals Herrn von Friedeburg gesagt: Ich stimme Ihnen zwar auch zu – aber es müssen pädagogische Kriterien sein, die den Zugang verbieten, und nicht politische.

Und bei uns haben diese politischen Qualitäten den Vorrang gekriegt, wobei dann jetzt noch hinzu kommt, daß diese politische Diskussion gar nicht offen geführt wird. Diese politische Diskussion – Genesis des Extremistenbeschlusses – sah verdeckt so aus: Hintergrund: Ostpolitik - Öffnung nach Osten. Gegendruck: Aber bitte nicht Öffnung im Innern.“

Genau an dieser Stelle endet die erste DVD; die zweite DVD beginnt mit: „So entstand der Extremistenbeschluß - das ist unsere Analyse, die Analyse der Betroffenen. Und ich bitte Sie um Verständnis, wenn ich hier auch für orthodoxe Kommunisten, deren Grundüberzeugung ich nicht teile, mit argumentiere. Diese Analyse scheint mir zu stimmen.

Und weil ich so denke, daß das ein politisches Vehikel in einer bestimmten Zeit war, hab' ich dann meinen Handlungsansatz so geführt, daß ich mit einem anderen Strategieansatz den Rechtsweg einschritt, aber auch gleichzeitig Solidarität mit betroffenen Kommunisten übte. Das schien mir wichtig. Ich geb' auch hiermit zu erkennen, daß ich dem einen oder anderen bei Gerichtstexten geholfen hab', weil ich das mit einem Rechtsstaatsprinzip für unvereinbar halte, daß gilt – was hier auch schon angesprochen worden ist-: ‚Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit‘.

Und das ist für mich der Knubbel.²⁹⁸ Übrigens ist das auch 'ne Frage, die in der politischen geheimen Anhörung auch gestellt worden ist. Ich glaube nicht, daß das gehalten werden kann, diese Parole – sie widerspricht elementaren Grundsätzen politischer Demokratie. Und ich sage das mit um so größerem Nachdruck, als ich in Frankreich bei den

²⁹⁸ Welcher Knubbel? Mich wunderte immer wieder der bestimmte Artikel. Wenn Hans Roth „Das ist für mich ein Knubbel“, könnte ich mir einfach denken, daß das so etwas ist, was ich „Knoten im Gehirn“ nenne. Aber „der Knubbel“ klingt so, als habe er schon einmal von einem Knubbel gesprochen. Deshalb wunderte ich mich.

konservativsten Autoren finden kann: Diese Parole ist eine totalitäre Parole. Das können Sie bei Raymond Aron in seinem Aufsatz über die Freiheitsrechte finden. Und diese Formel „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ gleicht wie ein Ei der anderen Formel im Osten „Keine Freiheit für die Feinde des Sozialismus“. Hier - meine ich - müssen wir eine andere Qualität 'reinbringen!“
(Wieder Unruhe – und wieder verstehe ich nur **Klaus Stern**: „Nein, nein, nein, nein.“)

Als ich „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ und „Keine Freiheit für die Feinde des Sozialismus“, also diese merkwürdige Alternative „**Freiheit oder Sozialismus**“ hörte, dachte ich an zwei prominente Vertreter dieser angeblichen „Gegensätze“: Hans Filbinger sagte „Freiheit oder Sozialismus“ und hatte noch wenige Tage vor Ende des Krieges junge Menschen töten lassen, die nicht weiter „Für Führer, Volk und Vaterland“ töten wollten, leugnete es aber so lang wie irgend möglich,



299

der andere war als Sozialist und Sozialdemokrat unter den Nationsasozialisten zwölf Jahre im Konzentrationslager. Was für eine ungeheuerliche Geschichte! Was für eine Unverschämtheit den Sozialdemokraten gegenüber!



300

In der DDR suchte der Staatssicherheit nach „Feinden des Sozialismus“, in der BRD suchten Verfassungsschutz, BND und MAD nach „Feinden der Freiheit“ und CDU/CSU bezeichneten

²⁹⁹ Szene aus „Hans Filbinger – eine Karriere in Deutschland“ von Ingo Helm, gesendet in der ARD am 18.5.2015 von 23:30 - 00:15 Uhr

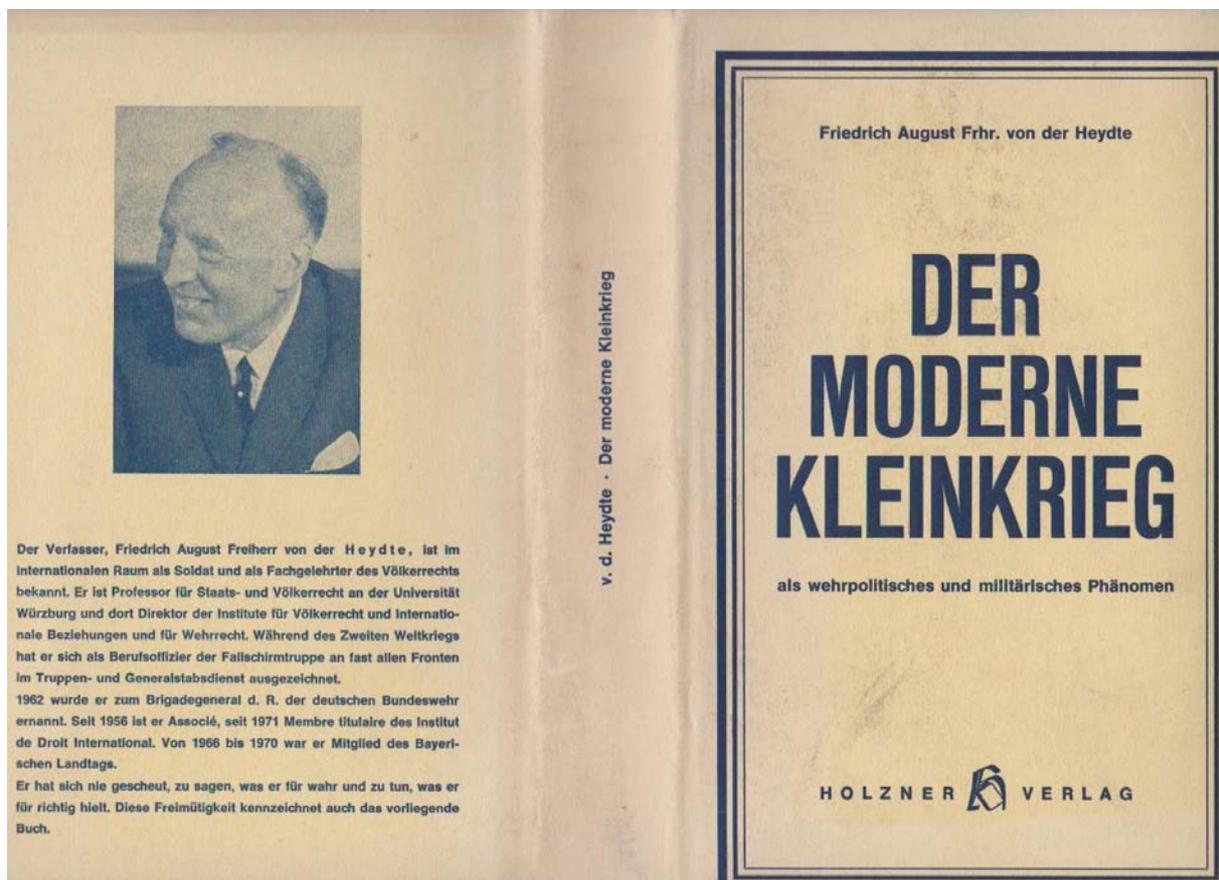
³⁰⁰ Kurt Schumacher, gestützt von Annemarie Renger

Sozialisten – ihrer Parole nach zu urteilen – ja als genau solche „Feinde der Freiheit“. Durften Sozialdemokraten, die dachten wie Kurt Schumacher und Otto Wels, demnach keine Lehrer werden und wurden geheimdienstlich überwacht?

Hans Roth: „Ich möchte eine politische Diskussion jetzt politisch führen. Nachdem ich ja auch einiges anerkennen mußte als Argument, würde ich jetzt gern einem Argument widersprechen, das mir ein **Geheimdienst-Argument** zu sein scheint.“

„Ich lerne dort [in Frankreich; eigene Anmerkung] eine andere Kultur kennen, eine andere politische Kultur.“

28. Die Logik des modernen Kleinkriegs. Der Soldat und Völkerrechtler. Der Schutzumschlag



Vorderseite:

„Friedrich August Frhr. von der Heydte
Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen
Holzner Verlag“

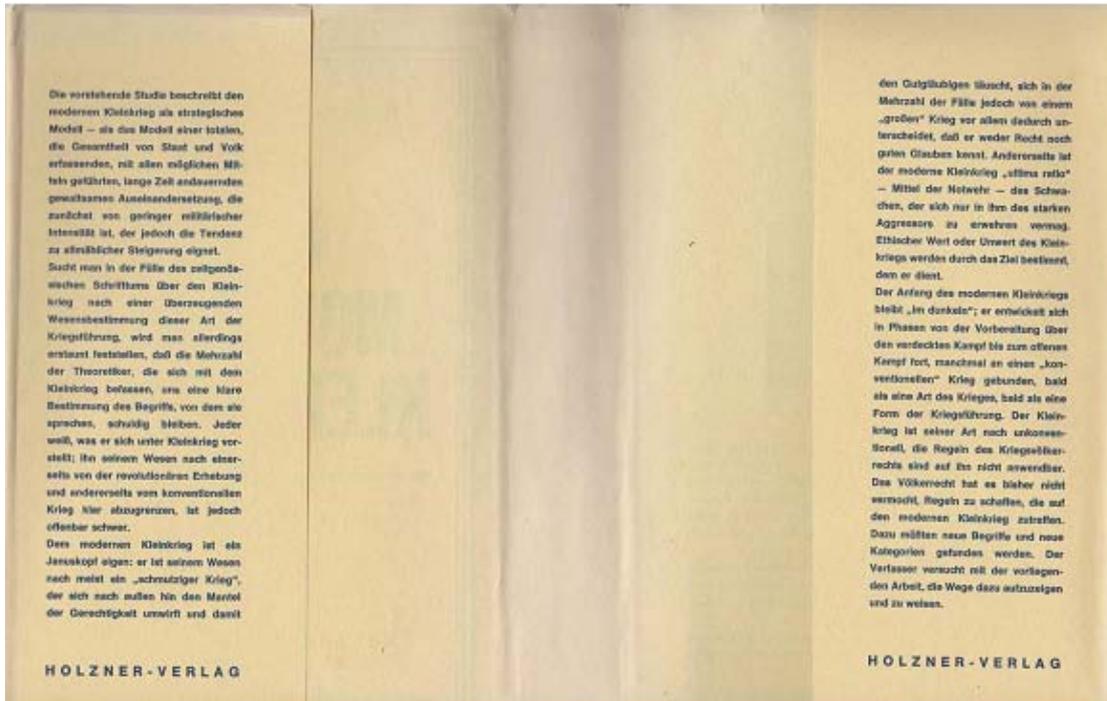
Rückseite:

„Der Verfasser, Friedrich August Freiherr von der Heydte, ist im internationalen Raum als Soldat und als Fachgelehrter des Völkerrechts bekannt. Er ist Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Würzburg und dort Direktor der Institute für Völkerrecht und Internationale Beziehungen und für Wehrrecht. Während des Zweiten Weltkrieges hat er sich

als Berufsoffizier der Fallschirmtruppe an fast allen Fronten im Truppen- und Generalstabsdienst ausgezeichnet.

1962 wurde er zum Brigadegeneral d. R. der deutschen Bundeswehr ernannt. Seit 1956 ist er Associé, seit 1971 Membre titulaire des Institut de Droit International. Von 1966 bis 1970 war er Mitglied des Bayerischen Landtags.

Er hat sich nie gescheut, zu sagen, was er für wahr und zu tun, was er für richtig hielt. Diese Freimütigkeit kennzeichnet auch das vorliegende Buch.“



Klappentext:

„Die vorstehende beschreibt den modernen Kleinkrieg als strategisches Modell – als das Modell einer totalen, die Gesamtheit von Staat und Volk erfassenden, mit allen möglichen Mitteln geführten, lange Zeit andauernden gewaltsamen Auseinandersetzung, die zunächst von geringer militärischer Intensität ist, der jedoch die Tendenz zu allmählicher Steigerung eignet.

Sucht man in der Fülle des zeitgenössischen Schrifttums über den Kleinkrieg nach einer überzeugenden Wesensbestimmung dieser Art der Kriegsführung, wird man allerdings erstaunt feststellen, daß die Mehrzahl der Theoretiker, die sich mit dem Kleinkrieg befassen, uns eine klare Bestimmung des Begriffs, von dem sie sprechen, schuldig bleiben. Jeder weiß, was er sich unter Kleinkrieg vorstellt; ihn seinem Wesen nach einerseits von der revolutionären Erhebung und andererseits vom konventionellen Krieg klar abzugrenzen, ist jedoch schwer.

Dem modernen Kleinkrieg ist ein Januskopf eigen: er ist seinem Wesen nach meist ein ‚schmutziger Krieg‘, der sich nach außen hin den Mantel der Gerechtigkeit umwirft und damit den Gutgläubigen täuscht, sich in der Mehrzahl der Fälle jedoch von einem ‚großen‘ Krieg vor allem dadurch unterscheidet, daß er weder Recht noch guten Glauben kennt. Andererseits ist der moderne Kleinkrieg ‚ultima ratio‘ – Mittel der Notwehr – des Schwachen, der sich nur in ihm des starken Aggressors zu erwehren vermag. Ethischer Wert oder Unwert des Kleinkriegs werden durch das Ziel bestimmt, dem er dient.

³⁰¹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

Der Anfang des modernen Kleinkriegs bleibt ‚im dunkeln‘; er entwickelt sich in Phasen von der Vorbereitung über den verdeckten Kampf bis zum offenen Kampf fort, manchmal an einen ‚konventionellen‘ Krieg gebunden, bald als eine Art des Krieges, bald als eine Form der Kriegsführung. Der Kleinkrieg ist seiner Art nach unkonventionell, die Regeln des Kriegsvölkerrechts sind auf ihn nicht anwendbar. Das Völkerrecht hat es bisher nicht vermocht, Regeln zu schaffen, die auf den modernen Kleinkrieg zutreffen. Dazu müßten neue Begriffe und neue Kategorien³⁰² gefunden werden. Der Verfasser versucht mit der vorliegenden Arbeit, die Wege dazu aufzuzeigen und zu weisen.³⁰³

S. 50f:

„IV. ALLGEMEIN-STRATEGISCH-POLITISCHE PROBLEME

§ 1 Der Kleinkrieg in der Strategie

Nicht nur die Theorie des Völkerrechts, die im Grunde eine Wissenschaft vom Frieden ist oder wenigstens sein soll, sondern auch die ‚Wissenschaft vom Kriege‘, die Theorie der Strategie, wird durch das Phänomen des modernen Kleinkriegs herausgefordert: Die Antwort, die die Völkerrechtslehre auf die Fragen gibt, die der moderne Kleinkrieg aufwirft, und die Antwort des ‚Strategen‘ auf die gleichen Fragen ergänzen und bedingen einander ihrem Wesen nach. Das Völkerrecht kommt nicht ohne die Einsichten der Strategie, die Strategie nicht ohne die Erkenntnisse des Völkerrechts aus.

Es gehört heute, spricht man von Strategie, zum guten Ton, darauf hinzuweisen, daß Strategie mehr ist als nur die Kunst, militärische Gewalt zur Erreichung der von der Politik bestimmten Ziele einzusetzen. Strategie ist vielmehr nach moderner Auffassung die Kunst, Macht schlechthin – sei es als Gewalt, sei es als Einflußnahme sonstiger Art – bei der Durchsetzung politischer Ziele zur Geltung zu bringen. Macht ist im Grunde – es wurde immer schon darauf hingewiesen – ja nichts anderes als Einfluß bestimmter Intensität: Ein Einfluß, der so stark ist, daß derjenige, den er erfaßt, sich so verhält, wie der es will, der ihn ausübt.

D e m o n s t r a t i o n der Macht [Weitstellung der Buchstaben im Buch, auch an den weiteren Stellen; eigene Anmerkung] soll den Gegner überzeugen, daß es nutzlos sei, den, der die Macht zeigt, daran hindern zu wollen, die politischen Ziele zu erreichen, um deretwillen diese Macht gezeigt wird. Strategie ist die Kunst einer richtigen Demonstration der Macht; sie will beim Gegner eine bestimmte p s y c h o l o g i s c h e Reaktion hervorrufen, um ein p o l i t i s c h e s Ziel zu erreichen.

Auch die m i l i t ä r i s c h e Strategie, die ein Teil der allgemeinen Strategie ist, stellt es auf einen solchen p s y c h o l o g i s c h e n Effekt ab. Sie unterscheidet sich von der allgemeinen Strategie nur dadurch, daß sie b e s t i m m t e Machtmittel, nämlich die Mittel militärischer Gewalt, verwendet.

M i l i t ä r i s c h e Strategie ist nicht notwendig eine Strategie des K r i e g e s. Die eigentliche Kunst einer militärischen Strategie ist es, o h n e Krieg – durch bloße D e m o n s t r a t i o n militärischer Machtmittel – an das angestrebte politische Ziel zu gelangen [Fußnote]. Die Strategie des K r i e g e s, bei der sich die Demonstration zur

³⁰² Später würde ich auch woanders von „völkerrechtlichen Kategorien“ lesen. In Stefan Austs „Der Baader-Meinhof-Komplex“ (Neuausgabe, München 2010) spricht Horst Herold auf S. 298 davon („Deshalb werden ja auch in dem ganzen Kampf nicht nur militärische Kategorien verwendet, auch sondern zunehmend – ich spreche es ungern aus, aber die Tendenz dahin zeichnet sich ab – gleichsam völkerrechtliche Kategorien eingeführt.“), ebenso wie Andreas Baader („Es ist Herold, der Polizist, der um rechtliche Normen der Guerilla ringt, schließlich völkerrechtliche Normen, weil sie für seinen Machtanspruch funktional sind. Er sagt, die Tendenz ist die Verpolizeilichung des Krieges und die Verlagerung der militärischen Auseinandersetzungen nach innen.“) auf S. 289f und Jan-Carl Raspe auf S. 524 („Aber natürlich fassen wir unsere Politik nicht in völkerrechtliche Kategorien.“) Aber hier greife ich voraus.

³⁰³ An diese Stelle dachte ich später, als Stefan Aust a.a.O. auf S. 608 Andreas Baader so zitiert: „Die Regierungschefs würden bestätigen, daß die ‚RAF seit 1972 nach einer grundgesetzwidrigen und grundgesetzfeindlichen Konzeption der antisubversiven Kriegsführung‘ verfolgt worden sei.“

Gewalt anwendung steigert, ist nur eine Spielart der militärischen Strategie. Sie ist ihre letzte Möglichkeit, wenn anders sie nicht den gewollten Erfolg erreichen kann.

Sowohl die militärische Strategie insgesamt, als in ihrem Rahmen auch und vor allem die Strategie des Krieges wird das eine Mal versuchen, durch unmittelbare Konfrontation der gegenseitigen Kräfte ans Ziel zu kommen. Solche ‚Strategie der direkten Aktion‘ packt den Stier bei den Hörnern und strebt im Krieg nach einer großen Entscheidungsschlacht, in der es gilt, mit wenigen, massiven Schlägen den wesentlichen Teil der gegnerischen Streitkräfte zu vernichten. Das andere Mal wird die militärische Strategie insgesamt – und in ihrem Rahmen wiederum vor allem die Strategie des Krieges – danach trachten, unter Vermeidung eines unmittelbaren Messens der gegenseitigen Kräfte den Gegner räumlich und zeitlich ‚auszumanövrieren‘. Diese ‚Strategie der indirekten Aktion‘ weicht dem Toro aus, um ihm die Banderillas von der Seite in den Nacken zu setzen. Sie sucht den Gegner in die Irre zu führen, ihn in eine schlechtere Position zu locken, und ihn – ohne sich je in der großen Schlacht zu stellen – durch viele kleine Nadelstiche so zu zermürben, daß er schließlich ermattet in die Knie geht.

Im Rahmen sowohl der militärischen Strategie als insbesondere einer Strategie des Krieges spielt der Kleinkrieg als Kriegsart und als Form der Kriegsführung eine bedeutsame Rolle. Durch die Drohung mit dem Kleinkrieg oder durch seine tatsächliche Durchführung soll der Gegner veranlaßt werden, sich so zu verhalten, wie der es will, der mit dem Kleinkrieg droht oder ihn beginnt.“

Fußnote: Es gibt auch eine Demonstration der Bereitschaft zum Kleinkrieg, die zu dem Zweck erfolgt, bestimmte politische Ziele zu erreichen. Wenn etwa in den großen Herbstmanövern 1971 Jugoslawien besonders deutlich seine Fähigkeit gezeigt hat, dem Angriff überlegener konventioneller Kräfte eines Gegners auch mit den Mitteln des Kleinkriegs zu begegnen, so war dies sicherlich zwar nicht ausschließlich, aber doch u.a. auch eine militärische Demonstration zur Abschreckung eines potentiellen Feindes. Ein ähnlicher Nebenzweck mag auch mit dem gemeinsamen französisch-belgischen Manöver im Raum Tournai-Leuze-Pérnwelz im Herbst 1971 verbunden gewesen sein, in dem die Abwehr von Guerilleros und die Säuberung eines ‚verseuchten‘ Raumes demonstriert wurde.“
304

„Verseuchter Raum“? „Seuche“ hat mit „Siechtum“ zu tun und meint „ansteckende Epidemie“, dementsprechend bedeutet „verseuchen“, etwas „mit Krankheitskeimen verunreinigen“. Wenn ich den Brigadegeneral d.R. richtig verstanden habe, ging es 1971 „im Raum Tournai-Leuze-Pérnwelz“ aber nicht um den Einsatz von Ärzten.

Ich fragte mich, ob der Freiherr bei diesem Manöver wohl dagegewesen war, denn ich erinnerte mich an das Bild in seinen Lebenserinnerungen mit der Unterzeile „Geländebesprechung der belgischen Armee mit General Hasso von Manteuffel (Mitte) und mir“. Beide Mitglieder der „Abendländischen Akademie“ trugen keine Uniform; Hasso von Manteuffel³⁰⁵ wurde ja schon 1955 als „Panzer-General außer Diensten und FDP-MdB“ vorgestellt³⁰⁶. Aber der Freiherr? Warum trug er bei einer „Geländebesprechung“ keine Uniform?

³⁰⁴ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 50f

³⁰⁵ siehe Zweites Buch, S. 74 (Ernst Klee: „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Frankfurt am Main 2005, 42013)

³⁰⁶ „Weltanschauung/ Abendland: Die missionäre Monarchie“, in DER SPIEGEL 33/1955 vom 10.8.1955:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31970943.html>



Geländebesprechung der belgischen Armee mit General Hasso von Manteuffel (Mitte) und mir.

307

Leider steht keine Jahreszahl bei dem Photo, und ich konnte das Alter nicht schätzen. Könnte das 1971 gewesen sein?

Wann war der Freiherr aus dem Militär ausgeschieden? In der Festschrift „Um Recht und Freiheit“ endet „Der militärische Werdegang“ von Walther Nehring³⁰⁸ - dessen Stil mich so sehr an den des Freiherrn erinnert, als ob er ihn selbst geschrieben hätte -abrupt mit der Ernennung zum Brigadegeneral der Reserve; dieser unvollständige (aber gleichwohl sehr ausdrucksstarke) Werdegang half mir bei der Beantwortung der Frage nicht weiter.

In seiner Autobiographie schrieb er auf S. 213: „Mit dem ersten April 1967 erlosch meine Verpflichtung in der Bundeswehr; sieben Jahre später wurde ich auch als Hochschulprofessor emeritiert.“

Aber als Hochschullehrer war er nach 1967 weiterhin sehr begehrt: Unter „Erlebnisse in Afrika“ las ich: „Mein guter Vorsatz, nach dem Verzicht auf eine neue Kandidatur für den bayerischen Landtag mich ganz – und nur – meiner Wissenschaft zu widmen, dauerte nicht allzu lange. Wenige Monate nach dem Zusammentritt des neuen Landtags, dem ich nicht mehr angehörte, erhielt ich eine Einladung der Regierung von Südafrika, ein Viertel Jahr dort zu verbringen und an verschiedenen südafrikanischen Universitäten auf Englisch Vorträge zu halten.

Da ich den Norden Afrikas aus dem Krieg und aus Ferienreisen, die uns bis nach Fes und Rabat geführt hatten, schon verhältnismäßig gut kannte, schien mir ein Flug nach Südafrika mit verschiedenen Zwischenstationen eine interessante Ergänzung meiner Kenntnisse von Afrika. Zudem hatte ich vor, ein Buch über den modernen Kleinkrieg zu schreiben – das Mitte der 70er Jahre auch erschienen ist, viel gelesen und wenig verkauft wurde – und hoffte, auf dieser Reise nach Südafrika Material auch für dieses Buchsammeln zu können.“³⁰⁹

Danach folgen die Kapitel „Südafrika 1971“ („Das Gespräch kam – wie konnte es anders sein – auch auf die Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung, die der Bischof an sich ablehnte, wenn er auch, was die Hygiene anbelangt, gewisse Einschränkungen für nötig hielt“³¹⁰) und „Mit Franz Josef Strauß in Angola“ („Die damalige portugiesische Regierung stellte dem früheren deutschen Verteidigungsminister ein Flugzeug zur Verfügung, das er selbst steuern durfte ...“³¹¹), und in „Ein Abstecher nach China“ erzählt Friedrich August Freiherr von der Heydte der Freiherr erneut davon, wie bekannt er war und welchen internationalen Ruf er genoss: „Während meiner Tätigkeit als Abgeordneter erhielt ich in

³⁰⁷ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...’.Ein ‚Zeitzeuge’ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), zwischen S. 128 und 129

³⁰⁸ Festschrift für Friedrich August (Freiherr) von der Heydte: „Um Recht und Freiheit“; Berlin 1977 (Duckler & Humblot), Bd. 2, S. 1511-1516

³⁰⁹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...’.Ein ‚Zeitzeuge’ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel),S. 219

³¹⁰ a.a.O., S. 232

³¹¹ a.a.O., S. 236

unserem Würzburger Heim den Besuch dreier sehr höflicher Chinesen aus Formosa – oder, wie man heute sagt, Taiwan. Der jüngste dieser unerwarteten Besucher stellte sich als Enkel Tschiangkaischeks, des Präsidenten von Nationalchina, vor; sein Großvater wünschte, daß er in Deutschland studiere und war ausgerechnet auf mich als Lehrer und Erzieher seines Enkels verfallen.³¹²

Mein Gott, wie bekannt und besonders muß der Freiherr gewesen sein, wenn man ihn sogar in Taiwan kannte.

Schon zu seiner Gefangennahme schrieb er: „ ‚Trendpark‘ war eine Art Spezialgefangenenlager für die diejenigen Offiziere, die der Engländer unter der Bezeichnung ‚VIP‘ – ‚Sehr bedeutende Persönlichkeiten‘ –einordnet. Infolgedessen waren dort fast nur Generäle untergebracht. Die einzigen beiden Obersten, die in dieses Generalslager aufgenommen worden waren, war der spätere Bundes-Wohnungsbauminister, Oberst Wildermuth, und ich.“³¹³

In „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen‘. Ein Zeitzeuge erinnert sich“ nannte der Brigadegeneral d.R. einige Stationen seines Lebens, die ihm bestimmt besonders wichtig waren bzw. Personen, mit denen er besonderen Umgang pflegte: „Begrüßung durch den US-General Maxwell Taylor, Stadtkommandant von Berlin, anlässlich einer Tagung in Chicago“ (18), die eben erwähnte „Geländebesprechung der belgischen Armee mit General Hasso von Manteuffel (Mitte) und mir“ (20), „Im Gespräch mit Kardinal Tisserant in Rom im Jahr 1960“ (21), „Auszug der Ritter vom Hl. Grab aus der Peterskirche –rechts hinter mir: Prinz Xavier de Bourbon“ (22), „Als Gast in Spanien – bei einer Tagung über das Thema Außenpolitik am 20. Sept. 1953“ (23), „Im Gespräch mit Kardinal Jäger [Jaeger; eigene Anmerkung], dem früheren Erzbischof von Paderborn, in Rom“ (24), „Ankunft in Athen als Gast der griechischen Regierung im Jahr 1970“ (25), „Der griechische Koordinationsminister, Oberst N. Makarezos, begrüßt meine Frau und mich zu einem Dinner der ‚Auberge‘ am 28.5.1970 in Athen“ (26) und „Der Sohn Tschiang Kai-scheks, Oberbefehlshaber der National-Chinesischen Armee, bei einer Parade zu meinen Ehren“ (29).

DER SPIEGEL schrieb in „Von der Heydte. Elf Viertel“³¹⁴ von „Heydtnischen Heerscharen“ des „Würzburger Reserve-Strategen“, „General-Anzeigers“ und „militanten Gelehrten“. Im Urteil stand (über die „Abendländische Akademie“, die sich im CEDI zusammenfand, vorzugsweise im Escorial): „Zweifellos werden derartige von der Abendländischen Aktion vertretene Gedankengänge gefährlich, wenn sie von Menschen in Besitz genommen werden, die ... durch Sturz der bestehenden Ordnung ihr Gedankengut verwirklichen wollen.“

„Ethischer Wert oder Unwert des Kleinkriegs werden durch das Ziel bestimmt, dem er dient.“ – Der Autor „hat sich nie gescheut, zu sagen, was er für wahr und zu tun, was er für richtig hielt. Diese Freimütigkeit kennzeichnet auch das vorliegende Buch“, verkündet der Umschlag von „Der moderne Kleinkrieg ...“³¹⁵, und auf S. 200 steht: „Terror will Menschen und menschliche Gruppen zu bestimmtem Verhalten veranlassen. Terror soll einen Einfluß bestimmter Intensität zeigen. Terror ist – so gesehen – eine Demonstration der Macht, und zwar der Macht einer aktiven und zu allem entschlossenen Minderheit.“

³¹² a.a.O., S. 239

³¹³ a.a.O., S. 185

³¹⁴ DER SPIEGEL 10/1965: „Von der Heydte. Elf Viertel“ vom 3.3.1965; www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html, siehe Drittes Buch, S. 113

³¹⁵ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner)

Was bedeutete das? Und was bedeutet „Abwehr von Guerilleros und die Säuberung eines ‚verseuchten‘ Raumes“, die „demonstriert wurde“³¹⁶. Was für erläuternde Demonstrationen³¹⁷ würden das wohl gewesen sein?

Aber um ehrlich zu sein: Ich wollte es gar nicht ganz genau wissen. Als Pazifistin erschrecke ich mich schon bei dem Wort „Silberne Nahkampfspace“. Der Freiherr und der Citoyen, der Jura-Professor und sein Student, der Brigadegeneral und sein Oberleutnant, Friedrich August Freiherr von der Heydte und Hans Roth, die eiskalte Logik des „modernen Kleinkrieges“ und die „Betroffenen-Logik“ – was für eine Geschichte! Von der menschlichen Seite ist das natürlich eine furchtbare Sache.

29. Ein verstecktes, unauffälliges Vorgehen der Meinungsmanipulatoren ratsam oder notwenig

Man wird den Freiherrn wohl mit Fug und Recht als den Theoretiker und Praktiker des Krieges bezeichnen dürfen. Das zeigt sich nirgendwo deutlicher als auf S. 148f in „Der moderne Kleinkrieg ...“:

„Die Aufforderung an die Soldaten des Gegners zu desertieren, spielt während des eigentlichen Kampfes eine größere Rolle, als sie dies in der Vorbereitungsphase des Kleinkriegs tut. ...

Eine von den Guerilleros organisierte Massendesertion in einem bestimmten Augenblick kann den Gegner in seinen Aktionen stören und behindern. So verließ am Vorabend der Invasion in Frankreich, am 5. Juni 1944, auf Weisung einer französischen Widerstandsgruppe eine größere Anzahl Elsässer und Lothringer, die im Fallschirmjägerregiment 6, der Korpsreserve auf der Halbinsel Cotentin, als Kraftfahrer Dienst getan hatten, schlagartig unter Mitnahme der Kraftfahrzeugschlüssel die Truppe; das Regiment war gezwungen, an Stelle der Fahnenflüchtigen neue Kraftfahrer einzuteilen und in Eile neue Kraftfahrzeugschlüssel zu beschaffen. Wäre diese Massendesertion nur einige Stunden später erfolgt, wäre es im Augenblick der alliierten Landung nur mit Teilen bewegungsfähig gewesen.“

In seinen Lebenserinnerungen³¹⁸ schrieb der „Fallschirm-Professor“ (Hans Speidel) nicht auf S. 148, sondern S. 149: „Am 5. Juni desertierte ein großer Teil der elsässischen Fahrer meines Regimentstrosses.“ Die „Massendesertion“ fand also in seinem eigenen „Regimentstroß“ statt. Friedrich August Freiherr von der Heydte erzählt aus seinem Leben.

Er beschrieb auch seine erste Begegnung mit Maxwell Davenport Taylor am 9.6.1944 nach der Landung in der Normandie und widmete ihm 1972 sein Buch „Der moderne Kleinkrieg ...“: „Jacques Massu und Maxwell Davenport Taylor, die unter den ersten waren, die das Wesen und die militärische Bedeutung des modernen Kleinkriegs erkannt hatten, gewidmet“.

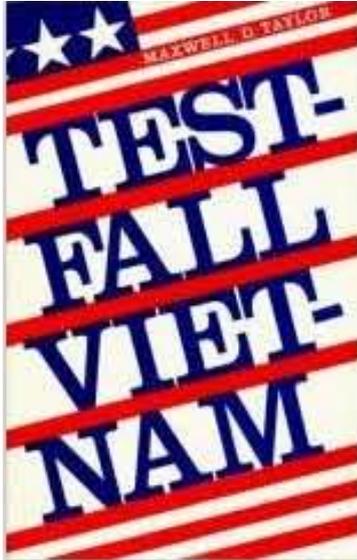
Maxwell D. Taylor befindet sich auch im reichhaltigen Literaturverzeichnis, das sich für mich wie die Bibliothek aus einem Gruselfilm liest; Titel wie „Totale Kriegskunst im Frieden. Einführung in die Strategie“ (André Beaufre) oder „Kernwaffen und auswärtige Politik“ von Henry A. Kissinger jagen mir kalte Schauer über den Rücken, und die Buchtitel

³¹⁶ a.a.O., S. 51, Fußnote

³¹⁷ Die Formulierung erinnerte mich an den Brief aus dem Bundesverteidigungsministerium an Hans Roth vom 10.2.1976 („die von Ihnen beschriebenen Demonstrationen an der Kampfgruppenschule Hammelburg ... solche erläuternden Demonstrationen seit 1969 nicht mehr vorgeführt worden“) in der „Dokumentation zu Hans Roth“, http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappe1.pdf, S. 13

³¹⁸ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

von Maxwell Davenport Taylor stoßen mich besonders ab. Die Einträge auf S. 174 lauten: „Taylor, Maxwell Davenport, Und so die Posaune einen undeutlichen Ton gibt, wer wird sich zum Streite rüsten? (1. Korinther 14,8). Deutsch von Johannes Schwab, Gütersloh 1962; Testfall Vietnam. Amerikas Strategie in einer multipolaren Welt. Aus dem Amerikanischen übertragen von Alice Meyer, Frauenfeld-Stuttgart 1967“.



Die Einträge davor, einfach nach alphabetischer Reihenfolge – „Taylor, Joe G., Air Support for Guerillas on Cebu, in: Military Affairs (US), Vol. XXIII, 1959, No. 3, S. 149-152“ – und danach – „Teixeira, Bernardo, The Fabric of Terror: Three Days in Angola. New York 1965; Teske, H.: Partisanen gegen die Eisenbahn, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1953; Thayer, Charles W., Guerillas und Partisanen. Wesen und Methodik der irregulären Kriegsführung. Deutsche Übersetzung von Helmut Degner, München 1964; Thomson, Sir Robert, Defeating Communist Insurgency, Experiences from Malaya and Vietnam. London 1966 (Studies in International Security, No. 10)“ - mögen veranschaulichen, *wie* reichhaltig das Literaturverzeichnis ist.

„Taylor, Maxwell Davenport, Und so die Posaune einen undeutlichen Ton gibt, wer wird sich zum Streite rüsten? (1. Korinther 14,8)“ – Ob Maxwell Davenport Taylor auch so „religiös“ wie der Freiherr war? Ob er sich auch als „Krieger Christi“ gesehen hat?

Ich konnte es einfach nicht glauben: Der Film „Die unerzählte Geschichte Amerikas“ von Oliver Stone beginnt nach seinen einleitenden Worten mit der Zündung der ersten Atombombe und folgendem Text: „Die ‚Sangre de Cristo‘, zu Deutsch das ‚Blut Christi‘, ist eine Gebirgskette in den Rocky Mountains. Es ist eine weite, dünn besiedelte Landschaft. In einem abgelegenen Farmhaus haben sich an einem kühlen Morgen Wissenschaftler aus aller Welt versammelt. Ganz in der Nähe hängt an einem Stahlurm eine Bombe, die heute getestet werden soll. Der Test findet unter dem Codenamen ‚Trinity‘, ‚Dreifaltigkeit‘ statt. Zu diesem Namen wird Oppenheimer von seinem Lieblingsdichter John Donny inspiriert. Oppenheimer ist Physiker und Atomforscher, und er liebt die Literatur. Ein ruhiger Mann, der eher zufällig die verheerendste Waffe der Welt mitentwickelt hat.“

Blut Christi? Dreifaltigkeit? Die Atombombe. „Und so die Posaune einen undeutlichen Ton gibt, wer wird sich zum Streite rüsten? (1. Korinther 14,8)“? „Testfall Vietnam“? Wie um Gottes Willen und um alles in der Welt paßt das zusammen? Wie paßt das zu einer Religion, deren „gladio peribunt“ („Sie werden durch das Schwert umkommen“) ich immer als absolut Waffenverbot verstanden habe und zu ihrer wirklich erlösenden Frohen Botschaft „Fürchtet Euch nicht!“ und ihrem wunderbaren „Liebet Eure Feinde“?

Wie konnte irgend jemand auf die Idee kommen, die erste Atombombe „Dreifaltigkeit“ zu nennen?

In „Der moderne Kleinkrieg ...“ steht auf S. 149: „Neben den Streitkräften des Gegners sind vor allem sein Behördenapparat und alle meinungsbildenden Kräfte – die sogenannten Multiplikatoren öffentlicher Meinung – Objekt des psychologischen Kampfes in der Vorbereitungsphase eines Kleinkriegs. Es genügt, wenn die Guerilleros von morgen bei Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzung an jeder wichtigen ‚Schaltstelle‘ mit einem einzigen Sympathisanten rechnen können: Doch diesen einen Mann an entscheidender Stelle brauchen sie. Ihn zu gewinnen oder – ist dies nicht möglich – einen schon gewonnenen Sympathisanten an die in Frage kommende Stelle einzuschleusen, ist eine Aufgabe, von deren Erfüllung bis zu einem gewissen Grad der Erfolg des späteren Kampfes abhängen kann.“

[Fußnote an dieser Stelle: „Vgl. dazu Robert F. Williams, a.a.O., S. 181, der die Errichtung einer ‚Sicherheitsorganisation‘ der schwarzen Guerilleros von morgen vorschlägt. Diese ‚Sicherheitsorganisation ... hat die Aufgabe, einen wirkungsvollen Geheimdienst aufzubauen, der die Armee, die Nationalgarde, das FBI, die CIA, die öffentlichen Dienste und alle politischen Gruppen auf der Rechten, in der Mitte und auf der Linken unterwandert.‘]

Weiter im Text (aus dem „strategischen Modell“ „Der moderne Kleinkrieg ...“ von 1972): „Wesentlich ist dabei, daß dieser e i n e Mann an entscheidender Stelle im staatlichen Behördenapparat unerkant bleibt. Zeigt er seine Sympathien für die Guerilleros von morgen zu früh, so ist er für diese wertlos geworden, ja unter Umständen sogar Belastung oder Gefahr.

Unter den Multiplikatoren öffentlicher Meinung haben Journalisten und Lehrkräfte jeder Art als Einflußagenten der Guerilleros von morgen eine besondere Bedeutung. Genügen im Behördenapparat einige w e n i g e g e h e i m e³¹⁹ Sympathisanten – e i n e r an jeder wichtigen Stelle – so kommt es hier sowohl auf die große Zahl als auch darauf an, daß die Idee, für die die Guerilleros zu kämpfen sich anschicken, von den Journalisten und Lehrern, die für die gewonnen sind, auf ein gegebenes Zeichen hin – nach der ‚Stunde X‘ verbreitet wird. In welcher Form dies geschehen kann, hängt von der jeweiligen Situation ab. Bei der Verschwörung ‚von oben‘ wird dies meist offen, wenn auch nicht allzu aufdringlich geschehen; bei einer Konspiration ‚von unten‘ ist hingegen in der Regel ein verstecktes, unauffälliges Vorgehen der Meinungsmanipulatoren ratsam oder notwendig.“

„Verschwörung von oben?“ „**Ratsam?**“ Ich habe eigens im Duden nachgesehen: ‚Ratsam‘ heißt ‚empfehlenswert‘. **Wer empfiehlt hier wem was?** Nur das ‚was‘ ist klar: „ein verstecktes, unauffälliges Vorgehen der Meinungsmanipulatoren“.

Wenn diese Mittel selbst in einem Krieg (dem „modernen Kleinkrieg“) effizient eingesetzt werden: Um wie viel mehr sind sie wohl effizient in der ganz normalen Politik? „Der moderne Kleinkrieg“ auch als politisches Phänomen? Die „Mittel (können) primitiv sein, während die Technik ihrer Verwendung ... den Gegner zu einer sehr viel beträchtlicheren Anstrengung zwingen wird, die er nicht unbegrenzt durchhalten kann“ (Beaufre, zitiert nach Professor Friedrich August Freiherr von der Heydte, Brigadegeneral der Reserve, der von seinem Studenten der Wehrwissenschaft, Oberleutnant der Reserve Hans Roth, bestimmt sehr enttäuscht war).

³¹⁹ Weitstellung hier und im Folgenden im Originaltext

30. Nachrichtendienstliche, präventive, repressive und konstruktive Gegenmaßnahmen ergänzen sich. Unterrichten, verhindern, vernichten, isolieren oder

Das Ziel der psychologischen Isolierung der Guerilleros nie aus den Augen verlieren

„Der moderne Kleinkrieg ...“³²⁰, S. 258-261:

„§ 4 Das Verhalten des Gegners der Guerilleros

Der Gegner der Guerilleros wird zu ihrer Bekämpfung **nachrichtendienstliche, präventive, repressive und konstruktive Maßnahmen** ergreifen. Die nachrichtendienstlichen Maßnahmen sollen den Gegner möglichst frühzeitig über in Bildung begriffene oder schon vorhandene Guerillabewegungen und ihre Ziele, Pläne und Absichten **unterrichten**. Die präventiven Maßnahmen - Objektschutz, Überwachung verdächtiger Personen und Gruppen und andere Sicherheitsvorkehrungen – sollen geplante Kleinkriegsaktionen der Guerilleros **verhindern**; die repressiven Maßnahmen – im verdeckten Kampf Spurensicherungen, Fahndungsaktionen, Festnahmen von Tatverdächtigen und Bestrafung von Überführten, im offenen Kampf Durchkämmen ‚verseuchten‘, Freikämpfen ‚befreiten‘ Gebiets und Zerschlagung der Guerillaverbände in offener Abwehr – sollen Guerilleros, die Kleinkriegsaktionen durchgeführt haben, **vernichten**, das heißt für dauernd unfähig machen, den Kampf fortzuführen oder wieder aufzunehmen

[Fußnote an dieser Stelle: „H. von Dach, a.a.O., S. 221-275, stellt eingehend ‚das Vorgehen der Besetzungsmacht bei der Bekämpfung von Kleinkriegsaktionen‘ und ‚die Bekämpfung der zivilen Widerstandsbewegung‘ dar, beschränkt sich aber auf repressive – und einige präventive – Maßnahmen. Er erwähnt weder die nachrichtendienstlichen noch die konstruktiven Maßnahmen.“];

die konstruktiven Maßnahmen schließlich – laufende Information der Bevölkerung über die von den Guerilleros drohende Gefahr, effektive Propaganda für die von den Guerilleros bekämpfte nationale oder soziale Idee, Hebung des Lebensstandards vor allem der Schichten, die aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen Sympathien für die Guerilleros zeigen – sollen diese **isolieren** [Fußnote an dieser Stelle: „Vgl. Josef S. Roucek, a.a.O., S. 76: „Solange die Zivilbevölkerung nicht veranlaßt werden kann, aktiv mit den Truppen und den staatlichen Organen zusammenzuarbeiten, ist die Aufgabe der Pazifizierung meist ein langer, mühsamer und an Rückschlägen reicher Weg.“].

Nachrichtendienstliche, präventive, repressive und konstruktive Gegenmaßnahmen ergänzen sich; jede Vernachlässigung eines dieser vier Gebiete durch den Gegner der Guerilleros bietet diesen eine Chance. Die Guerilleros leben von den Fehlern ihres Gegners.

Dem Gegner wird eine erfolgreiche Bekämpfung der Guerilleros nur dann möglich sein, wenn er **möglichst frühzeitig** – also schon in der Phase der Vorbereitung des Kleinkriegs – **ein klares Bild von den Zielen, Plänen und Möglichkeiten** der Guerilleros gewinnt; in dieser Phase werden daher die **nachrichtendienstlichen Maßnahmen im Vordergrund** stehen.

[Fußnote an dieser Stelle: „Vgl. Josef S. Roucek, a.a.O., S. 78: „Eine leistungsfähige Feindaufklärung gehört ... neben einer gut ausgebildeten Polizeimacht und der Unterbindung des Nachschubs aus dem Ausland zu den wichtigsten Voraussetzungen des Sieges über eine Partisanenbewegung.“]

Hand in Hand mit ihnen werden aber schon in der Vorbereitungsphase auf Seiten des Gegners der Guerilleros präventive und vor allem konstruktive Maßnahmen anlaufen. Konstruktive Maßnahmen wirken sich erst nach längerer Zeit aus. Je früher sie ergriffen und je gezielter sie durchgeführt werden, desto mehr Erfolgsaussicht haben sie. Zu spät in Angriff genommene oder zu wenig auf **psychologische Isolierung** der Guerilleros abgestellte

³²⁰ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

konstruktive Maßnahmen werden von den Guerilleros im psychologischen Kampf unterlaufen werden. Konstruktive Maßnahmen sind keine Feuerlöscher, mit denen sich schon ausgebrochene Brände wirksam bekämpfen lassen.

In der Phase des verdeckten Kampfes treten präventive und repressive Maßnahmen des Gegners der Guerilleros in den Vordergrund. Die schon in der Vorbereitungsphase in Angriff genommenen nachrichtendienstlichen und konstruktiven Gegenmaßnahmen werden jedoch von einem Gegner, der den ernstesten Willen zur Vernichtung der Guerilleros hat, verstärkt weitergeführt werden. Bei repressiven Maßnahmen wird der Gegner der Guerilleros sich in der Phase des verdeckten Kampfes darauf beschränken, Ordnungskräfte einzusetzen. Es wäre ein grober Fehler, würde er schon in dieser Phase Teile der Streitkräfte zur Bekämpfung der Guerilleros heranziehen. Die Streitkräfte beschränken sich während des verdeckten Kampfes auf nachrichtendienstliche und präventive Maßnahmen zu ihrer eigenen Sicherung.

In der Phase des verdeckten Kampfes wird es dem Gegner der Guerilleros nicht immer leicht sein, konstruktive Maßnahmen einerseits und repressive Maßnahmen andererseits zu koordinieren. Eine solche enge und reibungslose Koordination ist jedoch für ihn gerade in dieser Phase unbedingt notwendig. Vor allem, wenn sie sich gegen ganze Bevölkerungsgruppen wenden und damit auch ‚Unschuldige‘ treffen, können übereilte oder unzumutbare repressive oder unpopuläre präventive Maßnahmen im eigentlichsten Sinn den Worten ‚über Nacht‘ alle sorgfältig geplanten und mit großem Einsatz begonnenen konstruktiven Gegenmaßnahmen ihres Werts und ihrer Wirkung berauben. Ein Gegner, der weiß, um was es im Kleinkrieg geht, wird auch bei seinen präventiven und repressiven Maßnahmen das Ziel der psychologischen Isolierung der Guerilleros nie aus den Augen verlieren und deshalb jede beabsichtigte Präventiv- oder Repressivmaßnahme, bevor er sie ergreift, auf ihre mögliche psychologische Auswirkung auf die Bevölkerung überprüfen.

‚Die Guerilla als totalen Existenzkampf mit militärischen oder polizeilichen Mitteln oder gar mit verstärktem Terror überwinden zu wollen, das gehört‘, so stellt Hahlweg fest, ‚mit zu den größten Irrtümern, welchen die deutsche oberste politische und militärische Führung im Zweiten Weltkrieg unterlag.‘

[Fußnote an dieser Stelle: „Werner Hahlweg, a.a.O., S. 148. H. von Dach, a.a.O., S. 250 unterscheidet bei der Bekämpfung der zivilen Widerstandsbewegung zwischen Aktionen, die die Polizei allein zu unternehmen hat, Aktionen, die die Polizei mit Hilfe der Armee durchführt, und Maßnahmen, die die Armee mit Hilfe der Polizei verwirklicht.“]

Erst in der Phase des Übergangs zum offenen Kampf wird der Gegner Teile seiner Streitkräfte zum Vorgehen gegen die Guerilleros einsetzen. Dabei werden die Streitkräfte den Guerilleros weitgehend mit deren eigenen Methoden begegnen. Die gegen die Guerilleros eingesetzten leichten Verbände werden ebenso beweglich sein wie die der Guerilleros selbst. Sie werden in einer ‚systematischen Unregelmäßigkeit‘ ihrer Aktionen ebenso die operative und taktische Überraschung als Mittel zum Erfolg benutzen wie die Guerilleros dies ihrerseits tun. ‚Die taktischen Grundsätze‘, denen der Gegner beim Einsatz von Teilen seiner Streitkräfte gegen die Guerilleros in der Phase des Übertritts zum offenen Kampf folgt, sind im übrigen, wie ein Merkblatt der Führungsakademie der Deutschen Bundeswehr von 1967 feststellt, ‚den Grundsätzen für das Abwehrgefecht unter atomarer Bedrohung vergleichbar ... Der wichtigste Unterschied liegt in der Verlagerung des selbständigen Kampfes auf wesentlich kleinere Kampfgemeinschaften und damit in einer noch größeren Aufsplitterung des Kampfes im Raum‘, wobei sich zahlenmäßige Stärke, Zusammensetzung und Ausstattung einer solchen Kampfgemeinschaft jeweils nach der vermuteten Stärke und Kampfkraft des Guerillaverbandes richtet, gegen den sie eingesetzt wird. Ihm muß sie jedenfalls an Zahl, geeigneter Bewaffnung und nicht zuletzt an Kampfgeist gewachsen oder überlegen sein.“³²¹

³²¹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 258-261

„Die taktischen Grundsätze, denen der Gegner beim Einsatz von Teilen seiner Streitkräfte gegen die Guerilleros in der Phase des Übertritts zum offenen Kampf folgt, sind im übrigen, wie ein Merkblatt der Führungsakademie der Deutschen Bundeswehr von 1967 feststellt, ‚den Grundsätzen für das Abwehrgeschehen unter atomarer Bedrohung vergleichbar‘? „Ein Merkblatt der Führungsakademie der Deutschen Bundeswehr von 1967“ – bisher hatte ich nicht gewußt, daß es so etwas überhaupt gab; ebenso wenig wie von Spezialeinheiten in Hammelburg oder von Friedrich August Freiherr von der Heydte.

Ich konnte diese Sprache, dieses Denken nicht ertragen; allein diese Zeilen abzuschreiben war wirklich eine Qual!

„H. von Dach, a.a.O., S. 250 unterscheidet bei der Bekämpfung der zivilen Widerstandsbewegung zwischen Aktionen, die die Polizei allein zu unternehmen hat, Aktionen, die die Polizei mit Hilfe der Armee durchführt, und Maßnahmen, die die Armee mit Hilfe der Polizei verwirklicht.“ **Bekämpfung der zivilen Widerstandsbewegung?**

„Soweit der Verfasser militärische Vorschriften fremder Staaten benutzte, die der Öffentlichkeit nicht oder nur beschränkt zugänglich sind, verbot sich aus Gründen der Courtoisie ihre Zitierung“³²².

„Zeigt dem Feind: Hier ficht ein Heydte,
Seinen tapfern Ahnen gleich,
Ritterlich für Pflicht und Ehre,
Für das Heil’ge Röm’sche Reich:
Pflicht und Ehr
Ruft zur Wehr
Ge’n den **Feind** zu reiten“³²³.

„Bekämpfung der zivilen Widerstandsbewegung“?
Der Hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer schrieb in seinem 35seitigen Büchlein „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“³²⁴ u.a. zum „Heiligen Römischen Reich“ („Tendenzen, die Freiheit abzuschaffen, gab es vor allem in Italien, in Deutschland, in Rußland, in Spanien und in Portugal ... Diese fünf Länder sind ehemalige Weltreiche, ... Das alte Rom war cäsarisch, nicht demokratisch ...“) und zu „Ordnungssinn“ und „Sachlichkeit“ („Die Deutschen wurden auf ihre sachliche Arbeit ausgerichtet. Dem Anspruch des Staates auf Machtentfaltung nach außen und innen entsprach die Forderung nach fragloser, mechanischer Disziplin des Untertanen. Hier galt die Ideologie ‚Gesetz ist Gesetz‘ und ‚Befehl ist Befehl‘, sie sicherte Präzision. Weltanschaulicher, moralischer und humanitärer Ballast machten nach der herrschenden Auffassung einen Staat schwach und anfällig“).³²⁵

Das „Heilige Römische Reich“ hatte der Freiherr stets vor Augen: sowohl gedanklich in den **„Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“ (München 1951),**

als auch im wahrsten Sinne des Wortes im Monasterio de El Escorial, siehe

Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años/années/years/Jahre C.E.D.I.“ (Madrid 1971)

³²² Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 14

³²³ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinkel). Das „alte Familienlied“ steht am Ende.

³²⁴ Fritz Bauer: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“, Stuttgart 1965 (Europäische Verlagsanstalt)

³²⁵ siehe S.

mit den vielen interessanten Texten, Listen und Photos (von der Heydte, Strauß, Otto von Habsburg, Franco, Atrajo, von Merkatz, von Brentano, Otto B. Roegele, Wenger, Leisler-Kiep, Canaval, Juan Carlos, de Oliveira u.v.a.m., im Monasterio de El Escorial, in Santiago de Compostela, im Valle de los Caídos oder an so vielen anderen Orten).

„Befehl ist Befehl“ kennt Friedrich August Freiherr von der Heydte auch: „Am 11. Juni [1944, wenige Tage nach der Landung der alliierten Befreier in der Normandie]... begegnete ich ... einem Mercedes der Waffen-SS ... aus dem der Ia der Division ‚Götz von Berlechingen‘ stieg. ... Mein Einwand ... ließ ihn kalt ... Befehl, mein Regiment der SS-Division ‚Götz von Berlechingen‘ zu unterstellen. ... Befehl ist Befehl.“³²⁶

In „Der moderne Kleinkrieg ...“, seinem „strategischen Modell“ von 1972, neu aufgelegt 1986 mit einem Vorwort von LaRouche („Patrioten für Deutschland“) wimmelt es nur so von Literaturangaben. Eine davon lautet:

„Redelis, Valdis, Partisanenkrieg. Entstehung und Bekämpfung der Partisanen- und Untergrundbewegung im Mittelabschnitt der Ostfront 1941 bis 1943. In der Reihe: Die Wehrmacht im Kampf, Einzeldarstellungen zum Zweiten Weltkrieg, Bd. 17, Heidelberg 1958“

Und mir fallen Fritz Bauers Zeilen ein: „Die Präzision, die roboterartige Tüchtigkeit geschah aber auf Kosten des Menschlichen. Das Moralische wurde hintangestellt. Man tat seine Pflicht. Nun ist zwar Pflichterfüllung etwas Schönes und Großes, aber es gibt nicht nur eine Verpflichtung gegenüber der Sachaufgabe, die gestellt ist, sondern auch gegenüber den Menschen.

Es gab einen Dichter in Deutschland, der schon vor über einem Jahrhundert bitter darüber geklagt hat. Hölderlin litt und zerbrach. In seinem Hyperion lesen wir:

Handwerker siehst du, aber keine Menschen,
Denker, aber keine Menschen,
Priester, aber keine Menschen,
Herren und Knechte, aber keine Menschen.’

Der Deutsche fühlte sich stets verantwortlich für seine Arbeit, er ging in ihr auf, ...“³²⁷

Ich lebe in einem Staat, der im ersten Artikel seiner Verfassung das genaue Gegenteil sagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Grundgesetz, Artikel 1). Wie schön ist dieses unser Gesetz, wie schön die Worte des Juristen Fritz Bauer:

„Eine Politik im Dienste des Rechts eines jeden auf Glück wird aber nicht nur in politischen Zirkeln, durch Diskussionen und Wahlen getrieben. Jede Stunde des Alltags gibt allen Gelegenheit dazu, zu Hause, bei der Arbeit, auf der Straße, im Umgang und in Zusammenarbeit mit den Menschen aller Stände, Rassen und Weltanschauungen. Goethe hat einmal gesagt: ‚Der Zweck des Lebens ist das Leben selbst.‘ Leben meint Leben und Lebenlassen, heißt das Leben und alle Menschen lieben. Das ist, gerade weil es mitunter recht schwerfällt, jedenfalls heroischer, als die Menschen zu quälen, zu plagen und totzuschlagen.“³²⁸

Oder mit den Worten meines geliebten jüdischen Rabbi, nach dem die Christen sich benennen und den die Muslime als den Propheten Isa verehren: „Was Ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, das habt Ihr mir getan (Mt 25, 40).

³²⁶ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 155

³²⁷ Fritz Bauer: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“, Stuttgart 1965 (Europäische Verlagsanstalt)

³²⁸ a.a.O., Ende



329

31. Francos „National-Katholizismus“ und von der Heydtes „Abendländische Aktion“ im CEDI. „Wenn Paulus im Römerbrief sagt, der Staat trage das Schwert nicht umsonst“ (Römerbrief 13, 4)

Bevor ich die Gedankenwelt meines Freiherrn ausführlicher zu Wort kommen lasse, möchte ich betonen, daß ich einige seiner Bedenken durchaus teile. Manchmal habe ich bei der Lektüre lachen müssen – wegen einiger Formulierungen, die mich an die Schreibweise des „Spiegel“ erinnerten; so hätte eine Überschrift damals vielleicht lauten können: „Die von Gott gewollte echte Autorität des Staates, die sittliche Freiheit des Bürgers und das übriggebliebene betriebsame Gezappel in den Amtsstuben“. Früher. Heute gibt es ja immer weniger Beamte bzw. Amtsstuben (siehe „Subsidiaritätsprinzip“).

„Jessesmariajosefnee!“³³⁰ habe ich mehrfach gedacht und mich an einen unserer besten Witze erinnert:

Als Moses (Moishe, Musa) vom Berg Sinai herabkommt, wo er die Zehn Gebote von Gott (Jahwe, Allah) erhalten hat, sagt er dem erwartungsvollen Volk, er habe ein gute und eine schlechte Nachricht. Die gute: er habe Gott auf zehn heruntergehandelt – die schlechte: Ehebruch sei immer noch dabei.

Zehn Ge- bzw. Verbote. Zehn – mehr nicht. Zwei davon: Du sollst nicht töten und nicht lügen! Was kann das Anderes bedeuten als „Du sollst keinen ‚modernen Kleinkrieg‘ führen“ - mit seinen falschen oder gefälschten Nachrichten und seinem Terror?“

Friedrich August Freiherr von den Heydte empfindet sich als „katholisch“. Wie kann er dann zulassen, daß auf dem Klappentext zu seinem „strategischen Modell“ „Der moderne Kleinkrieg ...“ dieser Satz steht: „**Ethischer Wert oder Unwert des Kleinkriegs werden durch das Ziel bestimmt, dem er dient.**“

„**Ich kann mir keinen größeren Betrug vorstellen**“, schrieb Nelson Mandela in „Der Kampf ist mein Leben“ (Dortmund 1986, Weltkreis) auf S. 177. Was nannte er den „größten Betrug“? Über die Massenmedien Südafrikas war noch vor Beginn des Generalstreikes, zu dem der ANC aufgerufen hatte, verbreitet worden, daß sich die Menschen an dieser „Stay-at-

³²⁹ http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_101I-004-3633-32A_Russland_Cholm_gefallene_Rotarmisten.jpg

³³⁰ Kölsch für „Jesus, Maria und Josef – nein!“

home“-Kampagne 1961 nicht beteiligten, daß der friedliche Protest also keinen Sinn habe, daß er gescheitert sei. 27 Jahre hat der spätere Friedensnobelpreisträger und Präsident Südafrikas im Gefängnis ausharren müssen, um uns allen zu beweisen, daß friedlicher Protest nicht umsonst ist.

„Ich kann mir keinen größeren Betrug vorstellen“ – das dachte ich mehrfach bei der Lektüre der „Grundlagen abendländischer Erneuerung“ von 1951, dem „Manifest der Abendländischen Aktion“, deren Vorsitzender Friedrich August Freiherr von der Heydte war. Und dabei mußte ich auch an Mt 48-52, an die Gefangennahme Jesu am Ölberg denken: **Einer seiner Jünger verrät Jesus durch einen Kuß! Das „Manifest“ der „Abendländischen Aktion“ ist für mich „Der Kuß des Freiherrn“.**

„Meister, welches Gebot ist das größte im Gesetz?“, fragt ein „Gesetzeslehrer“ Jesus, also Isa, und Matthäus berichtet, daß mein geliebter Rabbi antwortet: „Du sollst den Herrn Deinen Gott lieben mit Deinem ganzen Herzen und Deiner ganzen Seele und mit Deiner ganzen Vernunft. Das ist das größte und erste Gebot. Das zweite ist ihm gleich. Du sollst Deinen Nächsten lieben als Dich selbst. An diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten“ (Mt 22, 35-40).

Das ganze Gesetz und die Propheten mit seinen zehn Regeln, was man **nicht tun** soll – darunter „Du sollst nicht töten“ (Thora, 2. Buch Moses oder Exodus, Ex 20,13) und „Du sollst nicht lügen“ (Ex 20,16) – kann nicht schöner ausgeführt werden als in der „Bergpredigt“ (Mt 5,1 – 7,28).

„Selig sind die Sanftmütigen“ (Mt 5,5),

„Selig sind die Trauernden“ (Mt 5, 4),

„Selig sind die Barmherzigen“ (Mt 5,7) und

„Liebet Eure Feinde“ (Mt 5, 44) sagt mein Rabbi, und „Wer Dich auf die rechte Wange schlägt, dem halte auch die andere hin“ (Mt 5, 39).

„Frieden hinterlasse ich Euch; meinen Frieden gebe ich Euch.“ Wie oft habe ich diesen Satz gehört? Jede katholische Messe endet so.

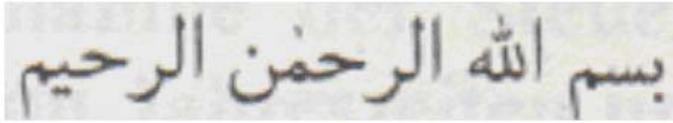
Was kann „Liebet Eure Feinde“ anderes bedeuten als den Verzicht auf Feindbilder? „Zeigt dem Feind: Hier ficht’ ein Heydte, ...“ schreibt mein Freiherr und möchte diese Haltung auch von seinen Söhnen und Enkeln vertreten wissen. Feindbilder funktionieren immer gleich: Man hält sich selbst für „gut“ oder zumindest „besser“ und **unterstellt dem „Feind“ alles Böse, was man sich selber ausgedacht hat.** Im „Manifest der Abendländischen Aktion“ ist „Satan am Werke“ und der „Verteidigungskrieg“ nicht nur ein „Recht“, sondern „Pflicht“.

Satan, der ewige Widersacher: „heute, wo der Bolschewismus als ein satanisches System die Welt bedroht, ist die nicht-bolschewistische Welt ... sittlich verpflichtet, jedem Eroberungsgelüste dieser Macht zu widerstehen“ – auch wenn es ihm „nicht um irdischen Besitz geht“, sondern er „vielmehr die Seelen verderben will, um sie für die Ewigkeit zu vernichten“. Das ist ein Kreuzzug: Deus lo vult.

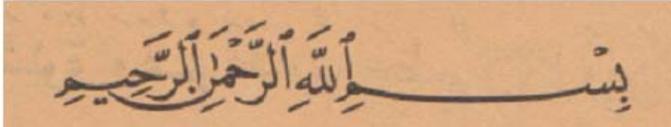
„Liebet Eure Feinde“ (Mt 5, 44) sagt mein Rabbi, und „Wer Dich auf die rechte Wange schlägt, dem halte auch die andere hin“ (Mt 5, 39).

Dieser und so viele andere Sätze aus dem Buch der vielen Bücher machen mich verliebt in die Propheten, in die Religion, und ich würde mich ohne zu zögern als Christ bezeichnen, wenn nicht meine muslimischen, jüdischen, alevitischen, hinduistischen, buddhistischen und auch meine nicht konfessionell gebundenen Freunde das Gleiche sagten. Nicht nur jedes Gebet meiner muslimischen Freunde ruft zuallererst den „Barmherzigen“, den „Allerbarmer“ an.

„Im Namen Gottes, des sehr Barmherzigen, des Allbarmherzigen.



Bis-mil-lâhir rah-mâ-nir ra-hîm.



... (siehe „Die neue Gerechtigkeit“ der Bergpredigt).

„Du aber, wenn Du betest, geh’ in Deiner Kammer und verschließe die Tür“, sagt mein geliebter Jude (Mt 6,6), nach dem die Christen sich benennen und den die Muslime als den Propheten Isa verehren – und überall beten Juden, Christen und Muslime mehr oder weniger demonstrativ zu Hauf⁷. Daß das ihr gutes Recht zu sein hat, gebietet mir auch die Aufklärung mit ihren Menschenrechten, und so bete ich mit all meinen Brüdern zusammen hin und wieder zusammen in ihren Synagogen, Moscheen, Cems oder Kirchen – aber am liebsten, häufigsten und innigsten in Zimmern, nachdem ich die Tür verschlossen habe, oder in der Natur, wo es keiner bemerkt. Und danach kann ich mich wieder mit „Zöllnern“ und „Aussätzigen“ an einen Tisch setzen, egal, wie man sie gerade nennt –

- **„Bolschewisten“**, **„Kommunisten“**, **„Maoisten“**, **„Trotzkisten“**, **„Stalinisten“** (während die, die sich selbst so nennen, sich meist vehement voneinander abgrenzen, werden sie von ihren „Gegnern“ mit Vorliebe alle zusammen in einen Topf geworfen, und „der Sozialismus“ gleich mit):
„Der Hessische Minister des Innern unterstellte Hans Roth ‚Verfassungsfeindlichkeit‘. Er behauptete sogar, Roth habe ‚für den Spartakus, eine Assoziation marxistischer Studenten, kandidiert und damit die Ziele des Marxismus-Leninismus vertreten. Daß Gruppierungen, die für die Ziele des Marxismus-Leninismus eintreten, verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, ergibt sich aus dem KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.‘ Hier irrten Verfassungsschutz und Innenminister. Hans Roth hat nicht für den marxistischen Spartakus kandidiert. Hier ist die Wahlliste von damals, ohne den Namen Roth. Hans Roth war nie Mitglied einer kommunistischen Partei“, berichtete „Report Baden Baden“ am 31.10.1978³³¹;
- **„Sozialisten“** (Hans Roth bezeichnete sich als „libertärer Sozialist“);
- **„Liberal-Demokraten“**: „Der angebliche Kommunist Hans Roth hat im Wahlkampf 1974 eine Bürgerinitiative für die SPD unterstützt, und 1978 die F.D.P. – so verfassungsfeindlich und so gefährlich ist dieser Mann“ („Report Baden Baden“ am 31.10.1978);
- **„Landes-“ oder „Hochverräter“** (Edward Snowden – aber auch Hans Roth mit seinem „Insider-Bericht“ über die „Folter-Ausbildung“ innerhalb der Bundeswehr, die er in seiner Eingabe in Strasbourg als Teil von „Gladio“ bezeichnet - „Gladio“, das best-gehütete Geheimnis der NATO);
- **„Linksradikale“** („CDU: Einfluß der Linksradikalen wird in Hessen immer stärker“, Gießener Allgemeine Zeitung vom 31.8.1974),
- **„DKP-Lehrer“** („DKP-Lehrer abgewiesen. ‚Bewerber fehlt die beamtrechtlich nötige Eignung‘“, Darmstädter Echo vom 13.1.1978),

³³¹ Sendung „Report Baden Baden“ vom 31.10.1978:

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124476/pv=video/gp1=4247576/nid=233454/1xu68mf/index.html>

- „**Extremist**“ (Schreiben von Dr. Krug an Staatsminister Ludwig von Friedeburg vom 19.8.1974, „Betr.: Extremisten im öffentlichen Dienst. Hier: Hans-Werner Roth“³³²;
- oder auch als „**Homosexuelle**“, „**Juden**“, „**Zigeuner**“, „**Islamisten**“, „**Christen**“ – je nach dem, wo wer gegen wen oder was gerade „zu Felde ziehen“ will ...

„Religionskriege“ - Ich kann mir keinen größeren Betrug vorstellen (Mt 48-52). Nun also zur „Abendländischen Aktion“ von Friedrich August Freiherr von der Heydte, dem ehemaligen Professor von Hans Roth:

32. Die „Abendländische Aktion“: „Satan am Werke“

Friedrich August Freiherr von der Heydte war der Vorsitzende der „Abendländischen Aktion“. Das „Manifest“ aber hatte ein Dr. Gerhard Kroll geschrieben.

„Sonderheft Neues Abendland
Grundlagen abendländischer Erneuerung
Das Manifest der Abendländischen Aktion
von

Dr. Gerhard Kroll

Sonderheft August 1951

Preis DM 2.-

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Die Ursachen des abendländischen Verfalls

- I. Wofür kämpft der Westen? (Seite 7)
- II. Autonomes und christliches Bewußtsein (Seite 9)
- III. Autonomes Bewußtsein und politisches Verbrechen (Seite 15)
- IV. Die Zerstörung der Familie (Seite 19)
- V. Die Nivellierung der Gesellschaftspyramide (Seite 21)
- VI. Der Staat als Gesellschaftsvertrag (Seite 23)
- VII. Die Wirtschaft als Experimentierfeld des entfesselten Erwerbsstrebens (Seite 27)
- VIII. Die Auflösung der Kultur (Seite 30)

Zweiter Teil

Vorschläge zur Erneuerung der abendländischen Welt

- IX. Die geistigen Grundlagen (Seite 36)
- X. Voraussetzungen und Bedingungen (Seite 42)
- XI. Die Wiedergeburt der Familie (Seite 45)
- XII. Vom Neubau des Staates (Seite 49)
 1. Vom Wesen des Staates (Seite 49)
 2. Das göttliche Gebot (Seite 54)
 3. Der Rechtsschutz nach außen (Seite 57)
 4. Das Subsidiaritätsprinzip (Seite 59)
 5. Das Ausleseverfahren in der Demokratie (Seite 62)
 6. Zur Lehre von der Gewaltenteilung (Seite 65)
 7. Vorschlag für einen Verfassungsneubau (Seite 67)
 8. Die christliche Verwaltung der Macht (Seite 74)

³³² Dokumentation zu Hans Roth. „Es gab nie einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln“ auf http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappe1.pdf, S. 18

- 9. Die überstaatliche Ordnung (Seite 78)
- 10. Zur Theologie des Reichsgedankens (Seite 84)
- XIII. Die Ordnung des Wirtschaftslebens und die Voraussetzungen sozialer Gerechtigkeit (Seite 97)
- XIV. Die Erneuerung des Rechtsbewußtseins und die Sicherung der Rechtsprechung (Seite 120)
- XV. Über das Verhältnis von Kirche und Staat (Seite 127)
- XVI. Zur Erneuerung von Kunst, Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Seite 130)
 - 1. Zur Erneuerung der Kunst (Seite 130)
 - 2. Die religiöse Erneuerung (Seite 133)
 - 3. Die Aufgaben der Wissenschaft (Seite 135)
 - 4. Die Reform der Erziehung (Seite 137)
 - 5. Die Volksbildung (Seite 143)
- Schlußwort (Seite 145)
- Anhang (Seite 149)
- Auszug aus Ethelbert' Stauffer, Christus und die Cäsaren (Seite 149)“

Dieses Inhaltsverzeichnis steht auf S. 5 der „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“ von 1951, über die DER SPIEGEL u.a. in den Ausgaben 33/1955, 7/1956 und 10/1965 berichtete:

1. 1955 in „Weltanschauung. Abendland: Die missionäre Monarchie“ mit atemberaubenden Zitaten und einer **beeindruckenden Liste von Mitgliedern der „Abendländischen Akademie“**, deren Vorsitzender Friedrich August Freiherr von der Heydte war³³³;
2. 1956 in „Weltanschauung/ Abendländische Akademie: Wo hört der Unsinn auf?“. Erwähnt wird auch ein Artikel der „Frankfurter Rundschau“ unter der Überschrift „Die Revolutionäre der Reaktion - **Was sich gewisse Herren unter konstruktivem abendländischem Verfassungsschutz vorstellen**“³³⁴;
3. 1962 in „Der Generalanzeiger“, Titel über den Ersteller der Anzeige wegen „Landesverrats“ (Konrad Adenauer, auch ein „**Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem**“: „Ein Abgrund von Landesverrat“) gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“³³⁵;
4. 1965 in „Von der Heydte. Elf Vierzehntel. Recht“ mit dem Urteil des Landgerichts Würzburg vom 20.1.1965: „Zweifellos operierten die Mitglieder der Abendländischen Aktion in einem politisch-geistigen Nebel ...“ und „**Zweifellos werden derartige von der Abendländischen Aktion vertretene Gedankengänge gefährlich, wenn sie von Menschen in Besitz genommen werden, die ... durch Sturz der bestehenden Ordnung ihr Gedankengut verwirklichen wollen**“³³⁶.

³³³ DER SPIEGEL 33/1955 vom 10.8.1955: „Weltanschauung/ Abendland: Die missionäre Monarchie“ unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31970943.html>

³³⁴ DER SPIEGEL 7/1956 vom 15.2.1956: „Abendländische Akademie / Weltanschauung: Wo hört der Unsinn auf?“ unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31587424.html>

³³⁵ „Der General-Anzeiger“, Titelgeschichte des SPIEGEL 47/1962 vom 21.11.1962 zur „Spiegel-Affäre“, S. 55-66: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45124776.html>

³³⁶ „Recht. Von der Heydte. Elf Vierzehntel. Professor Friedrich August Freiherr von der Heydte, **Rechtsgelehrter, Brigadegeneral der Reserve und Ritter vom Heiligen Grab**, focht um Ehre und Menschenwürde. Er verlor den Kampf - zu elf Vierzehnteln“ in DER SPIEGEL 10/1965 vom 3.3.1965: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html>



Die folgende Passage³³⁷ nenne ich „**Der Kuß des Freiherrn**“ (Mt 48-52) und denke auch an Hans Roths Worte „Und bei uns haben diese politischen Qualitäten den Vorrang gekriegt, wobei dann jetzt noch hinzu kommt, daß diese politische Diskussion gar nicht offen geführt wird. Diese politische Diskussion – Genesis des Extremistenbeschlusses – sah verdeckt so aus:

Hintergrund: Ostpolitik - Öffnung nach Osten.

Gegendruck: Aber bitte nicht Öffnung im Innern. [Ende der 1. DVD]

So entstand der Extremistenbeschluß - das ist unsere Analyse, die Analyse der Betroffenen.“

³³⁸

„3. Der Rechtsschutz nach außen

Ein besonderes Wort ist noch über den Rechtsschutz nach außen zu sagen. Solange es einen übernationalen Rechtsschutz nicht gibt, wie ihn das Mittelalter in Gestalt des Hl. Römischen Reiches zu verwirklichen trachtete, bleibt es die Pflicht der Einzelstaaten, ihre Bewohner vor räuberischen Angriffen anderer Staaten zu schützen. Daß raublustige Eroberung mit dem Ziel der Ausbeutung und Unterdrückung ein schweres Verbrechen ist, ergibt sich wohl nach dem bisher Gesagten von selbst. Umstritten ist die Pflicht der Verteidigung in dem genannten Falle.

Nicht nur der dogmatische Pazifismus, auch einzelne Christen glauben, besonders angesichts der Furchtbarkeit der modernen Waffen, einen Verteidigungskrieg in jedem Falle ablehnen zu müssen, und berufen sich hierbei nicht selten auf einzelne Schriftstellen des Neuen Testaments. Was allerdings ein Rechtsschutz nach innen als Staatsaufgabe noch für einen Sinn haben soll, wenn der Angriff auf das Recht im großen durch räuberische Staaten nicht abgewehrt werden soll, vermag wohl niemand mehr einzusehen. Wenn Paulus im Römerbrief sagt, der Staat trage das Schwert nicht umsonst, und ihn als Gottesgehilfen, als Gerichtsvollstrecker bezeichnet für den, der Böses tut, dann wird diese Aussage sinnlos, wenn man sie nicht auch auf die Rechtsbrecher im großen bezieht. Die gesamte christliche Tradition

³³⁷ Dr. Gerhard Kroll: „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951 (Neues Abendland), S. 57-59

³³⁸ „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

hat es immer so verstanden und für eine Pflicht der Staaten gehalten, sich im äußersten Notfall zu wehren.

Im Neuen Testament sind uns Kriege bis an das Ende der Zeiten verheißen, die Apokalypse spricht von furchtbaren Kriegen in der Endzeit. Im Lichte des Glaubens sind Kriege die Früchte der Sünde, der menschlichen Ichsucht und Habgier, der Raub- und Mordlust. Wo der Friede Christi wohnt, gibt es keinen Krieg, je gottesferner die Menschheit wird, desto mehr entspricht der Krieg der anwachsenden Bestialität des autonomen Menschen. An einem ungerechten Krieg, der als solcher klar erkannt wird, darf sich niemand beteiligen; man es in der Regel schwer sein, einen solchen wirklich zu erkennen, heute, wo der Bolschewismus als ein satanisches System die Welt bedroht, ist die nichtbolschewistische Welt – auch wenn sie ihre Gebrechen hat – sittlich verpflichtet, jedem Eroberungsgelüste dieser Macht zu widerstehen. Der Bolschewismus, begnügt sich keineswegs mit der Eroberung, Ausbeutung und Versklavung der eroberten Gebiete, das fürchterlichste [Fürchterlichste; eigene Anmerkung] an ihm ist die Unterwerfung unter sein verbrecherisches System, das die Menschen auf die Bahn der Gottesfeindschaft führt und alle Beteiligten ins Böse verstrickt, ja, sie geradezu zum Verbrechen zwingt;

in diesem System ist Satan am Werke, dem es nicht um irdischen Besitz geht, der vielmehr die Seelen verderben will, um sie für die Ewigkeit zu vernichten. Gewiß ist es nicht möglich, dieser dämonisch verfestigten Macht allein mit den Waffen zu widerstehen, ohne die Hilfe Gottes, die es in einem nie gekannten Ausmaß zu erlehen gilt, werden wir nicht gerettet werden. Aber grenzenlose Torheit wäre es zu glauben, daß es sittlich erlaubt wäre, im Angriffsfalle dieser Macht die Welt kampflos zu überliefern. Abschließend sei aus dem jüngst (Innsbruck 1950) erschienenen Werke von Johannes Meßner: „Das Naturrecht“, in welchem diese gesamte christliche Naturrechtstradition verarbeitet ist, die Ansicht dieses Autors über die Frage des äußeren Rechtsschutzes hier wiederzugeben:

„Selbstschutz gegen den äußeren Angreifer bildet für den Staat die Voraussetzung der Erfüllung der gesellschaftlichen Grundfunktionen, die seine Natur ausmachen. Die Selbstschutzfunktion kann ihm den Krieg aufnötigen. (Über das Wesen des Krieges, das Kriegsrecht und die Ausschaltung des Krieges durch völkerrechtliche Einrichtungen haben wir bereits oben bei der Behandlung des Naturrechts der Völkergemeinschaft gesprochen.) Gegen den Krieg als Mittel des staatlichen Selbstschutzes erheben Vertreter eines christlichen und humanitären Pazifismus in gleicher Weise Einspruch mit dem Argument, daß der Krieg, mag er als Selbstverteidigungsmittel einmal gerechtfertigt gewesen sein, unter heutigen Umständen nicht mehr als gerechtfertigt gelten kann. Der moderne Krieg, so sagen sie, mit seinem Massenmord, seinen Zerstörungen, seiner Haßpropaganda, seinen sittlichen Verheerungen bedeutet ein so ungeheures Übel, daß kein Angriff auf die Güter eines Gemeinwesens ihn zu einem angemessenen Mittel der Verteidigung machen kann, da seine Auswirkungen immer den Schaden überwiegen, der sonst das Gemeinwesen treffen würde.

In diesem Argument war vielleicht etwas Richtiges, solange die Welt noch nichts von den totalitären Staaten gewusst hat. Seitdem die Menschheit aber erfahren hat, mit welcher Konsequenz solche Staaten alle Möglichkeiten eines Auflebens von Freiheit und Recht im eroberten Staate auszutilgen wissen, kann es kaum zweifelhaft sein, daß die Sicherung einer Chance der Erhaltung jener Güter, zumal diese auch die religiösen und sittlichen Freiheiten umfassen, nicht nur ein Recht zum Verteidigungskrieg, sondern auch eine Pflicht dazu begründet. Nicht einmal das Auftreten der Atomwaffen kann dieses Argument erschüttern, eben weil der totalitäre Staat, mit solchen Waffen in der Hand, eine wirkliche Chance der Weltherrschaft besitzt und nach aller Erfahrung der jüngsten Zeit wahrscheinlich nicht zögern dürfte, jede Waffe im Dienste seiner Zwecke zu benützen. Das alte Prinzip der traditionellen Naturrechtslehre bleibt daher in Geltung; der Krieg ist ein Recht und sogar eine Pflicht, wenn die höchsten Güter der staatlichen Gemeinschaft oder der Völkergemeinschaft durch einen Angreifer aufs schwerste bedroht sind.“

„Der Bolschewismus“ – diese Bezeichnung kenne ich nur in Verbindung mit der Sowjetunion – ist ein „satanisches System“, das „die Seelen verderben will“ und „die ganze Welt bedroht“, eine „dämonisch verfestigte Macht“? Sechs Jahre, nachdem die deutsche Armee 27 Millionen Bürger³³⁹ eben dieser Sowjetunion durch einen „räuberischen Raub- und Vernichtungsfeldzug im Osten Europas“³⁴⁰ ermordet³⁴¹ hatte?

Beim Überfall auf Polen, das sechs Millionen Ermordete und viele total zerstörte Städte zu beklagen hatte bzw. wieder aufbauen mußte, am 1.9.1939 verkündete Adolf Hitler „Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen.“ Wie viele Aggressoren bezeichneten ihre Angriffskriege als „Verteidigungskriege“? Wahrscheinlich so gut wie alle.

Eine Ausnahme bildet Friedrich II. von Preußen, der eingestand, er habe seine Kriege gegen Österreich geführt, um in die Geschichtsbücher einzugehen³⁴² – was ihm ja auch gelungen ist. Und wie!



343

„Frieden hinterlasse ich Euch – meinen Frieden gebe ich Euch“³⁴⁴? Das klingt eher nach Dieter Senghaas' Begriff von der „Organisierten Friedlosigkeit“, die Hans Roth mehrfach erwähnt³⁴⁵.

³³⁹ „Während der NS-Zeit hieß es, die Stalingradkämpfer hätten ihr Leben für Volk, Reich und »Führer« gegeben. Danach deutete man ihren Tod zur Tragödie um: die Wehrmacht, an der Wolga zerrieben, von Hitler verraten. Wieder später wurden aus den einstigen Helden hilflose Menschen, die ins Getriebe des Krieges geraten waren. Die sowjetische Seite aber blieb stets außen vor. In stiller Kontinuität zur NS-Propaganda blenden auch viele jüngere Darstellungen die Rotarmisten als »gesichtslose Untermenschenmasse« einfach aus.“ Jochen Hellbeck in einem Interview in der Zeit: <http://www.zeit.de/2012/47/Stalingrad-Jochen-Hellbeck>

³⁴⁰ Bundestagspräsident Norbert Lammert am 27.1.2014 im Deutschen Bundestag: „Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee befreit - zufällig auf den Tag genau ein Jahr nach Ende der Leningrader Blockade. Kein Zufall ist dagegen der Zusammenhang zwischen Auschwitz und Leningrad, zwischen dem Völkermord an den europäischen Juden und dem mörderischen Raub- und Vernichtungsfeldzug im Osten Europas: Sie wurzelten in der menschenverachtenden nationalsozialistischen Rassenideologie.“ (<http://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2014/001.html>)

³⁴¹ Wer hatte hier die „niedrigen Beweggründe“ des §211 StGB – zu Beginn und später während des Vollzugs des „Raub- und Vernichtungsfeldzuges im Osten Europas“ (Norbert Lammert, CDU)? Vgl. Stefan Ruzowitzky „Das radikal Böse“ von 2014 (DVD)

³⁴² Christian Graf von Krockow: „Friedrich der Große“, Feature von Wolfgang Bauernfeind, SFB 1986, auf 2 CDs von „Der Audio-Verlag“

³⁴³ Das Bild vom „Tag von Potsdam“ (<http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/potsdam/index.html>)

schmückte viele deutsche Wohnstuben und gehört zu den höchst beklagenswerten Beweisen unheilvoller deutscher Tradition: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_183-S38324_Tag_von_Potsdam_Adolf_Hitler_Paul_v_Hindenburg.jpg.

Thomas Mann: „;Der alte Fritz' – ein schauerlicher Name, wenn man Sinn fürs Schauerliche hat; denn es ist wirklich im höchsten Maße schauerlich, wenn der Dämon populär wird und einen gemütlichen Namen erhält.“ (siehe Zweites Buch, S. 68)

³⁴⁴ Am Ende jeder katholischen Messe: „Gehet hin in Frieden ...“

³⁴⁵ siehe Drittes Buch, S. 130, im Netz auf <http://www.heise.de/tp/foren/S-Organisierte-Friedlosigkeit-oder-Jeder-glaubt-was-auf-dem-Papier-steht/forum-152348/msg-26843839/read/>

„Im Neuen Testament sind uns Kriege bis an das Ende der Zeiten verheißen, ...“ Was war das Neue Testament **dann** für ein entsetzliches Buch, wenn man daraus logisch folgerte, daß diese Kriege dann – als „Verteidigungskriege“ - „sittlich geboten“ und demzufolge „dogmatischer Pazifismus“ nicht „sittlich erlaubt“ waren!

Und was war das Neue Testament dann für ein wunderschönes Buch, wenn man es anders liest. Wie schön fand ich so viele Stellen; sie begründe(te)n auch meinen Pazifismus.

Und was das Unglaubliche war: Es waren ganz genau die gleichen Stellen – z.B. Mt 26,52: „Converte gladium tuum in locum suum; omnes enim, qui acceperint gladium, **gladio** peribunt = Tue Dein Schwert an seinen Platz; denn alle, die das Schwert ergreifen, werden durch das Schwert umkommen“ - ...

Religionskriege. Deus lo vult. Ich kann mir keinen größeren Betrug vorstellen! Der Kuß des Freiherrn ...

33. Bolschewismus, Sozialismus und der liberal-demokratische Staat („Vielparteienstaat“)

Um Dr. Gerhard Kroll, Friedrich August Freiherr von der Heydte und ihr CEDI

Dr. Gerhard Kroll (S. 114)



„oder die ... ‚aus politischen Rücksichten‘ nicht offiziell in Erscheinung treten wollten“ (S. 13)

Friedrich August Freiherr von der Heydte S. 57)



VORWORT

Dieses Buch soll anlässlich des XX. Jahreskongresses einen Überblick über das Leben und Wirken des CEDI in den vergangenen zwei Jahrzehnten geben. Eine Rückschau in Daten, Bild, Resolutionen, Zusammenfassungen und Pressekommentaren. Die Referate einzelner Tagungen hier zu bringen, würde den Umfang dieses Buches sprengen, im übrigen sind sie alle in den Jahrbüchern des CEDI enthalten. Ein Erinnerungsband, der dem Charakter der Arbeit des CEDI gerecht werden soll, dieser Arbeit, die im wesentlichen den menschlichen Kontakten gegolten hat und erst in zweiter Linie wissenschaftlichen oder politisch-dokumentarischen Arbeiten. Diesen menschlichen Kontakten, die ein oder zwei Jahrzehnte hindurch gehalten haben, war in der politischen Praxis vieles zu verdanken. Bei den Wenigen, die „nur vorübergehend“ beim CEDI partizipiert haben, oder „aus politischen Rücksichten“ nicht offiziell in Erscheinung treten wollten, hat das CEDI trotzdem seine Spuren hinterlassen. Auch diese kurzfristigen Freunde haben die menschlichen Kontakte des CEDI persönlich immer wieder in Anspruch genommen. Dank dieser Bindungen und auch echten Freundschaften konnte viel Positives für das Verständnis der europäischen Völker untereinander erreicht werden. Die Erfolge figurierten zwar offiziell nie unter dem Namen des CEDI, doch wusste man sehr wohl, wem sie zu verdanken waren.

besser verstehen zu können, mußte ich im „Manifest der Abendländischen Aktion“³⁴⁷ weiterlesen:

„4. Das Subsidiaritätsprinzip

Mit dem Rechtsschutz sind die Staatsaufgaben keineswegs erschöpft, nur gilt auch für alle übrigen Aufgabenbereiche, daß das Recht die Grundlage der Herrschaft ist. Für das Rechtsprechen ist dem Staat die Fülle der Autorität gegeben, während für alle übrigen

³⁴⁶ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971

³⁴⁷ Dr. Gerhard Kroll: „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951 (Neues Abendland)

Aufgaben die Subsidiarität zur Grundlage seines Handelns dient. Alle Aufgaben, deren Erfüllung für das Gemeinwohl notwendig ist und die vom einzelnen oder den bestehenden Gemeinschaften als Selbstverwaltungsaufgaben nicht gelöst werden können, fallen dem Staat zu. Sie hier einzeln aufzuführen, würde zu weit führen, dieser Aufgabenbereich ist im Verlaufe der Geschichte der Völker ständigem Wandel unterworfen, seine allgemeine Bestimmung ist darum auch nicht möglich, soweit es sich um Aufgaben von hervorragender Bedeutung für die Gegenwart handelt, werden sie in den folgenden Abschnitten behandelt.

Viel wichtiger ist die Hervorhebung des Subsidiaritätsprinzips, von seiner richtigen Durchführung hängt Entscheidendes für das Wohl der Gesamtheit ab. Der Staat soll keinerlei Aufgaben an sich reißen, die ihm nicht notwendigerweise zufallen. Die verantwortlichen Träger der Staatsgewalt haben bei allen sich aufdrängenden Notständen die bereits bestehenden Gemeinschaften, Familie, Sippe, Gemeinde, Betrieb einschließlich aller freien Verbände und Selbstverwaltungskörper zur Bewältigung heranzuziehen, bevor sie eine Aufgabe zur Staatsaufgabe machen. Das Subsidiaritätsprinzip ist der Todfeind des Totalitarismus, denn es ist das Prinzip der Freiheit selbst. Der Staat ist nicht um seiner selbst willen da, er halt vielmehr dienenden Charakter, sein Zweck leitet sich vom Zweck des Menschen her. Das kostbarste Gut des Menschen, die Freiheit, durch den staatlichen Zwang zu beschränken, ist nur gerechtfertigt, wenn das allgemeine Wohl es unbedingt erfordert. Der richtig verstandene Staat muß seine Hauptaufgabe gerade darin erblicken, die Freiheit zu schützen, nicht sie zu vernichten. Darum fehlt aller Totalitarismus gegen den Geist des wahren Staates, weil er seinen Aufgabenbereich ins Ungemessene aufbläht und wie ein Krebsgeschwür wuchern läßt.

Man sollte sich jedoch hüten, diese Gefahr nur bei den totalitären Staaten zu sehen. Wenn sie die Vernichtung der Freiheit auch am rücksichtslosesten vorantreiben, so hat doch der liberal-demokratische Staat der Neuzeit durch die Vernichtung vieler organisch gewachsener Gemeinschaften, durch eine immer stärkere Zentralisierung der Staatsverwaltung weitgehend die Voraussetzung für den Totalitarismus geschaffen. Weil die Aufgabenbereiche der Familie, Sippe, Gemeinde, Gemeindeverbände, aber auch aller Träger wirtschaftlicher und kultureller Selbstverwaltung ausgehöhlt wurden, weil man sich längst in allem an zentralistische Regierungen gewöhnt hatte, darum war es für den Totalitarismus nicht schwer, auch den Rest der Freiheit zu beseitigen. Kein geringerer als Freiherr vom Stein hat diesen Tatbestand sehr früh erkannt. Deshalb sah er in der Idee der Selbstverwaltung mit der Teilnahme des Bürgers an der Regelung seiner eigenen lokal begrenzten Angelegenheiten die Garantie dafür, daß ‚der Einklang zwischen dem Geist der Nation, ihren Absichten und Bedürfnissen und denen der Staatsbehörden‘ herbeigeführt wird. (Nassauer Denkschrift 1807). Auch Constantin Frantz wies in seiner 1870 erschienenen Naturlehre des Staates auf die erschreckenden Folgen der Zentralisation im Gefolge der französischen Revolution hin:

‚Zu Anfang der **Revolution von 1789** gab es allerdings noch viele selbständige Elemente, die nicht in dem einheitlichen Massenwillen aufgehen wollten und worauf sich die Bestrebungen der sogenannten Föderalisten stützten, die aber gänzlich unterdrückt wurden. Alle Keime und Stützpunkte eines selbständigen Lebens in Gemeinden, Korporationen und Provinzen wurden seitdem **vernichtet durch eine alles egalisierende und reglementierende Zentralisation** und so das föderative Prinzip bis auf die Wurzel ausgerottet. Es konnte sich nie wieder regen.‘

Was aber bedeutet die damals bereits erkenntliche Aushöhlung der freien Gesellschaft gegen den heutigen Zustand, wo es kaum noch einen Lebensbereich gibt, für den der Staat nicht die Verantwortung an sich gezogen hätte. Der Prozeß der Sozialisierung des Lebens ist auch in den Ländern im Gange, die auf ihre wirtschaftliche Freiheit noch heute stolz sind. So grundverschiedene Geister wie Kierkegaard und Nietzsche waren sich bereits im vorherigen Jahrhundert in der Beurteilung dieser **Wirkung des Sozialismus** einig. Von Kierkegaard stammt der Satz:

, vergötterte positive Prinzip des Sozialismus in unserer Zeit ist gerade das, das Demoralisierende, das in einer Reflexions-Sklaverei selbst Tugenden zu vitia splendida macht.’

Und Nietzsche prophezeite:

, Ich weiß, woran die Staaten zugrundegehen werden, an dem non-plus-ultra-Staat der Sozialisten.’

Daß im übrigen der Sozialismus grundsätzlich gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt, indem es [er; eigene Anmerkung] dem Staate Aufgaben zuweist, die dem wirtschaftenden Menschen als solchem zukommen, dürfte wohl einleuchten. An die Stelle der Verpflichtung des Staates, eine sinnvolle Ordnung des Wirtschaftslebens zu sichern, setzt der Sozialismus die staatliche Zwangswirtschaft, die in ihrem Wesen selbst die größte Unordnung darstellt. Im übrigen zeigt es sich, daß aller Sozialismus zu einer unvorstellbaren Bürokratisierung und Zentralisierung führt, wobei der Mensch in vollkommener Weise von der bürokratischen Maschine abhängig wird und seine Freiheit verliert. Die Entwicklung in England [Zeile wiederholt; eigene Anmerkung] ist hierfür ein eindringlicher Beleg. Nicht der paradiesisch reichgedeckte Tisch, sondern die Rationierung ist das praktische Ergebnis sozialistischer Staatsweisheit³⁴⁸. Daß im übrigen alle Zentralisierung und Sozialisierung mit einer Aufblähung der staatlichen Verwaltung verbunden ist, sei nur am Rande erwähnt.

Billig kann eine Staatsverwaltung nur sein, wenn sie es versteht, möglichst viele Aufgaben auf bereits bestehende Körperschaften zu übertragen; der voll zentralisierte und vollsozialisierte Staat ist nicht nur der schlechteste, sondern auch der teuerste Staat, in ihm herrschen, um mit Platon zu sprechen, die Drohen. Der Tod der Freiheit zieht den gesellschaftlichen Tod nach sich und zwingt den totalitären sozialistischen Staat unabänderlich zur Einführung der billigen Sklavenarbeit, da nur noch auf diese Weise sein riesiger Behören- und Überwachungsapparat durchgeführt werden kann, weshalb der Bolschewismus die Sklaverei auch wieder eingeführt hat und über ein Drittel seiner arbeitsfähigen Bevölkerung hinter Stacheldraht hält. Der totalitäre Staat wird zum gigantischen Ausbeuter, er erpreßt wirklich von seinen Untertanen den Mehrwert mit Hunger und Terror und stellt mühelos ein noch so erwerbsgieriges kapitalistisches Unternehmertum in den Schatten. Wie bedauerlich, daß Karl Marx die Theorie der staatskapitalistischen Ausbeutung und der Erpressung der Über-mehr-Wertes durch den Leviathan-Total-Staat zu schreiben unterlassen hat.

Fassen wir das bisher über die Staatsaufgaben Gesagte zusammen, so ergeben sich als dringlichste Aufgaben für den Staat das Recht, nach innen und außen zu sichern und um Aufrichtung einer gerechten Sozialordnung bemüht zu sein.

Alle übrigen Aufgaben fallen ihm nach Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips zu., insoweit sich keine Gemeinschaft findet, die eine dringliche Aufgabe entweder selbständig oder im staatlichen Auftrag zu übernehmen vermag.

Grundsätzlich ist dem Staat zur Erfüllung dieser Aufgaben von Gott das Recht zum Machtgebrauch verliehen, aber gerade weil die Anwendung von Zwang mit einer Einschränkung der menschlichen Freiheit verbunden ist, gilt summarisch der Grundsatz: ‚So viel Freiheit wie möglich, so viel Zwang wie nötig.‘ Der richtige Staat ist nicht der Leviathan, sondern der sich seiner dienenden Funktion an der Gesellschaft bewußte Staat, der so wenig wie möglich Aufgaben an sich zieht und Zwang anwendet, dafür um so mehr bemüht ist, alle Träger echter Selbstverwaltung zu stärken, ohne indessen dringenden Notständen aus dem Wege zu gehen. Verantwortungsscheu ist kein Zeichen guter Staatsführung, sie gedeiht nicht zuletzt im parlamentarisch geführten Vielparteienstaat, in welchem der Regierung echte Autorität ermangelt. Diese aber (als von Gott stammend) gilt es in gleicher Weise zu sichern

³⁴⁸ An dieser Stelle dachte ich an die Lebensmittelkarten während und nach dem Krieg.

wie die sittliche Freiheit des Bürgers. Beide zusammen erst bilden neben dem Recht die Grundpfeiler staatlicher Ordnung.³⁴⁹

34. Der innere Mechanismus der Führerbestellung. Zusammenbruch der Lehre, daß die Macht von unten stammt

Und so geht es dann logisch weiter im „Manifest der Abendländischen Aktion“:

„5. Das Ausleseverfahren in der Demokratie

Wenn man die Auffassung vertritt, daß der Staat selbst ein Bestandteil der Schöpfungsordnung ist, daß die dazugehörige Macht gottgewollt ist und das Recht Art und Umfang der Machtanwendung bestimmt, dann ist es eine Frage zweiter Ordnung, wie die Träger der Macht ausgelesen werden. Die moderne Auffassung ist genau die entgegengesetzte. Nicht der Inhalt der Staatsaufgaben, nicht das ‚Was‘ der Gerechtigkeit sind für uns heute die entscheidenden Grundfragen des Staates, sondern das ‚Wie‘ der Auslese der Herrschenden und das ‚Wie‘ des Zustandekommens der Gesetze. Vielmehr meint man durch das *Wie* auch das *Was* entscheidend zu bestimmen. Wir haben bereits gesehen, daß die Lehre vom Staatsvertrag zwingend zum allgemeinen gleichen Wahlrecht führt, zur Repräsentativdemokratie, wobei unterstellt wird, daß jeder gleich viel Rechte an den Staat abtritt.

Man kommt dabei logisch zur Lehre von der Identität von Regierenden und Regierten und merkt noch nicht einmal, daß damit das Wesen staatlicher Existenz ausgelöscht wird. Wo es keine echte Autorität mehr gibt, hat der Staat zu bestehen aufgehört, auch wenn ein noch so betriebsames Gezappel in den Amtsstuben übrigbleibt. Die Zwangsvorstellung der formaldemokratischen Auslese läßt sich weder logisch noch theologisch begründen. Die Völker mögen die Besten auslesen, die sie mit der Aufgabe der Herrschaft betrauen, es wird kaum ein Ausleseverfahren geben, das eine wirklich zufriedenstellende Lösung mit sich bringt.

Kein Ausleseverfahren wird Gott daran hindern, die Herrscher zu verwerfen, wenn sie das Recht beugen. Aber etwas anderes ist es, nicht gerade das dümmste Ausleseverfahren als das einzig mögliche herauszustellen und nicht immer nur die Massen zum Entscheid darüber aufzurufen, wer über sie herrschen solle, dabei Parteien zu bilden, die sich gegenseitig zerfleischen und die eine dauernde Friedensordnung unmöglich machen. Es ist eine geradezu klägliche Vorstellung zu meinen, ein Staat müßte auf sich gegenseitig heftig befehlenden Parteien aufgebaut und ständigen Zerreißproben ausgeliefert sein. Das Volk selbst hat mit einem derartigen Parteienstaat wenig zu tun, vielmehr empfindet es in der Regel heftige Abneigung gegen einen Vielparteienstaat. Am allerwenigsten übt es darin wahre Herrschaft aus. Treffend schreibt Meßner hierzu:

„Die moderne Demokratie ist weit davon entfernt, Herrschaft des Volkes zu sein. Sie ist zum guten Teil Herrschaft der Parteien und der Parteienmaschinerie über das Volk. Schon die Nominierung der Repräsentanten des Volkes hängt nicht vom Volkswillen, sondern von den Parteiorganisationen ab. Bei der Willensäußerung in der gesetzgebenden Körperschaft ist der Repräsentant des Volkes weitgehend an die Parteidisziplin gebunden; er weiß, daß seine Wiederwahl von der Partei nicht unterstützt wird, wenn er zu oft mit der Parteidisziplin in Konflikt kommt. Die Richtung der Parteipolitik selbst wird teilweise durch außerparlamentarische, vor dem Volke nicht verantwortliche Mächte festgelegt, seien diese die hinter den Parteien

³⁴⁹ Dr. Gerhard Kroll: „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951 (Neues Abendland), S. 59-61)

stehenden finanziellen Mächte oder die ideologisch bestimmten Mächte der Parteiexekutive. Die an der Macht befindlichen Parteien sind immer geneigt, Politik im Parteiinteresse zu machen: sie müssen, um im Konkurrenzkampf, den der Parteienparlamentarismus mit sich bringt, zu bestehen, Staatspolitik mit dem Blick auf die nächste Wahl machen. Parteipolitik tritt daher auch in der Staatsführung leicht vor die dauernden Interessen des staatlichen Gemeinwesens. Dies ist heute um so leichter möglich, als die Staatsführung einen ungeheuren Propagandaapparat zur Verfügung hat, mit dem die öffentliche Meinung geleitet, Erfolglosigkeit verdeckt, kleinere Mißerfolge in Erfolge umgedeutet, offensichtliche Mißerfolge den Gegnern der Regierung und ‚des Volkes‘ angelastet werden können. Andererseits vermögen Oppositionsparteien aus bloßer Parteitaktik die ganze Maschinerie des Parlaments und damit die Arbeit der Regierung lahmzulegen durch Ausnutzung der Parlamentsroutine. Der Parlamentarismus der Staaten Europas nach dem ersten Weltkrieg ist voll von Beispielen dafür. Man denke an die sogenannten Obstruktionsreden, durch die oft Oppositionsparteien die Erledigung von Gesetzesvorschlägen verhinderten und die zugleich die Möglichkeit sicherten, das Parlament zur Tribüne der Parteidemokratie zu machen. Dies gibt außerdem, besonders in Zeiten innerer und äußerer Schwierigkeiten eines Staates, dem *Demagogentum* eine ungeheure Chance. Daß ein solches Demagogentum den politischen Mechanismus der Demokratie auch der Schaffung des totalitären Einparteienstaates dienstbar machen kann, hat die jüngste Zeit beiwiesen.’

Was das Ergebnis der demokratischen Auslese anbelangt, so wäre es billig, über das Niveau der Parlamente zu polemisieren. Die Parlamentarier sind im Grunde die unglücklichsten Opfer des sich überschlagenden autonomen Geistes. Sie können ihrer Aufgabe niemals gerecht werden, auch wenn man unterstellt, daß sie den besten Willen dazu hätten. Vielleicht hatte Goethe doch nicht so unrecht, wenn er zu Eckermann sagte, das Regieren sei
„auch ein Metier, das gelernt sein will, und das
sich niemand anmaßen soll, der es nicht versteht.’

Die Auslese der Herrschenden ist wohl das dunkelste Kapitel der Demokratie. Der Wiener Soziologe Othmar Spann, der nach dem ersten Weltkrieg den Kampf gegen die Zersetzung des Zeitgeistes führte, kennzeichnete die Situation bereits 1922 wie folgt [Fußnote an dieser Stelle: „Othmar Spann: Der wahre Staat, 3. Aufl. Fischer Jena 1931.“]:

„Um hier richtig zu urteilen, muß man doch erst fragen: Wer wählt denn aus? Hier liegt nun gerade eine unheilbringende Schwäche der Demokratie. Die meisten Aussichten, Führer zu werden, hat, wer auf die niederen Instinkte der Masse rechnet. Gerade daß die Masse es ist, die geführt werden soll, begünstigt die niederen Führerqualitäten, die ganz äußerlichen Rednertalente und Lärmmacher, und zwingt ferner die gegeneinander wetteifernden Führer, sich in ihren Versprechungen zu überbieten: ‚auf Perikles folgt Kleon‘, auf ‚rechts‘ folgt ‚links‘, auf ‚gemäßigt‘ ‚radikal‘, weil es leichter ist, die große Massen durch Überschreien und Überbieten zu gewinnen als durch sachliches Abwägen und kühle Wahrheit. Es gilt allgemein:

In der Demokratie drängt der innere Mechanismus der Führerbestellung dahin, daß der radikalere Führer den gemäßigten, der auf niedere Instinkte der Menge fußende Führer den auf Einsicht und Idee fußenden Führer verdrängt. Das bestätigt die Geschichte, das bestätigt ebenso deutlich die Gegenwart. Geschichtlich sehen wir in der Regel, daß die Demokratien bei ihrer ersten Entstehung, wo eine hilfsbedürftige Masse gehoben werden soll, große Führer finden, die Mäßigung und aufbauende Kraft besitzen, z.B. Perikles, die Gracchen. Dann aber kommt der Gerber Kleon, dann kommt die Masse, die Gerichtsgelder haben will, die nach Zirkusspielen und Brot schreit (‚panem et circenses‘). Die besseren Führer müssen unfehlbar die Zügel verlieren [Hier lasse ich nichts aus: Die Punkte sind im Originaltext; eigene Anmerkung]

Die Lehre von der ‚Führerauswahl auf breiter Grundlage‘ irrt gänzlich. Gerade die Auswahl der Führer ist einer der dunkelsten Punkte der Demokratie. In aller Hierarchie dagegen wird der untere Führer von höheren bestellt und erzogen, die Sachverständigen haben hier das Wort. Auch der absolute Fürst sucht sich zu Staats- und Heerführern grundsätzlich nur sachlich und fachlich geeignete Männer aus. Vielleicht hat er kein Glück damit, aber geradewegs auf unfähige Leute, die auf die niedrigsten Instinkte des großen Haufens lauern, wird er nie verfallen, oder auch nicht dadurch Schlachten verlieren, daß er jeden Tag dem Lose gemäß einem anderen Feldherrn die Führung übertragen läßt, wie dies die Athener taten. Diese Männer sind verantwortlich, und zuletzt ist es der Fürst selbst. In der Demokratie aber ist im Grunde niemand verantwortlich, ja, die Drahtzieher stehen oft hinter den Kulissen und sind unsichtbar, unerreichbar, sind hungrige Geldmächte, sind grundsätzlich nicht Träger allgemeiner öffentlicher Ziele, wie das selbst in den schlimmsten Zeiten die entartete Feudalaristokratie gewesen war.⁷

Hierzu kommt, was in der Regel nicht sonderlich beachtet wird, die Tatsache, daß die Gesetzgebung eines Staates sich heutzutage über alle Materien des Lebens erstreckt, von der Hebammenordnung bis zur komplizierten Sozialgesetzgebung, von der Gemeindeordnung bis zur Außenpolitik, von der Regulierung der Wasserkräfte bis zur Gründung von Universitäten usw., wobei als urteilsfähig immer nur eine kleine Schar von hervorragend geschulten und im politischen Leben wirklich erfahrenen Staatsmännern anzusprechen ist, die ihrerseits noch unbedingt auf die Unterstützung von Spezialfachkräften angewiesen sind. Das moderne Parlament ist wohl das unglücklichste Forum, in dem diese Dinge zur Sprache gebracht und verantwortlich verabschiedet werden können.

Im Grunde funktionieren unsere Parlamente heute nur noch als Abstimmungsmaschinen, wobei der Abstimmung mehr oder weniger fruchtlose Debatten in den Ausschüssen und im Plenum vorangehen. Die Abstimmungen selbst stehen in der Regel unter dem Zeichen parteipolitischer Erwägungen, sie sind selbst reine Machtkämpfe um Interessensphären, wobei eine verantwortungslose Opposition ihrem destruktiven Willen nach Herzenslust Ausdruck verleihen kann. Wenn die Zwangsvorstellung fällt, daß die Formaldemokratie das einzig erlaubte, sittliche Ausleseverfahren gefunden hat, dann ist der Raum auch wieder frei, um sich erneut Gedanken zu machen, wie am besten die Träger der Macht ausgelesen und gefunden werden. Mit anderen Worten: mit dem Zusammenbruch der Lehre, daß die Macht von unten stammt, brechen alle Formen zusammen, die darauf aufrufen [vermutlich gemeint: aufbauen; eigene Anmerkung], damit aber ist die Voraussetzung für einen konstruktiven Neuaufbau des Staates gegeben.³⁵⁰

35. Personen, die durch Geburt, Vermögen oder Ehren hervorrangen. Gesetzgebungskammer kein Parlament der Massen. Exekutive in der Hand eines Monarchen

Und also geht es logisch Schritt für Schritt weiter im „Manifest der Abendländischen Aktion“:

„6. Zur Lehre von der Gewaltenteilung

An dieser Stelle scheint es geboten, darauf hinzuweisen, daß das Problem einer Kontrolle der Macht und eines entsprechenden Schutzes der menschlichen Freiheit an sich nichts mit der Lehre von der Demokratie zu tun hat. Um es schlagwortartig auszudrücken: Montesquieu und Rousseau haben verschiedene Anliegen, und es ist nicht die Schuld Montesquieus, daß seine Lehre von der Gewaltenteilung im praktischen Vollzuge als ein demokratisches Institut

³⁵⁰ Dr. Gerhard Kroll: „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951 (Neues Abendland), S. 62-65

begriffen wurde. Montesquieu, der unter dem Eindruck des Machtmissbrauches im absoluten Fürstenstaate stand, empfahl die Dreiteilung der Gewalten in Gesetzesgebung, Regierung und Rechtsprechung als Abhilfe, ohne sich deshalb die Lehre des Gesellschaftsvertrages zu eigen zu machen. Nichtsdestoweniger ahnte er einiges von den Gefahren, die sich ergeben müssen, wenn Gesetzgebung und Regierung auseinandergerissen werden, dennoch glaubte er das Problem einer Kontrolle der Macht gelöst zu haben. Ihm schwebte jedoch als Gesetzgebungskammer kein Parlament der Massen vor, vielmehr ein Zweikammersystem, bei dem die eine Kammer als ausgesprochenes Oberhaus gedacht war, während eine gleichberechtigte Volkskammer daneben treten sollte:

Montesquieu >Vom Geist der Gesetze<: [Fußnote an dieser Stelle: „Zitiert nach v. d. Heydte: Montesquieu, Vom Geist der Gesetze, Berlin 1950“]

In einem Staat gibt es stets Personen, die durch Geburt, Vermögen oder Ehren hervorragten; gingen diese Persönlichkeiten in der Masse unter und hätten wie alle anderen nur eine Stimme, wäre die gemeinschaftliche Freiheit für die Knechtschaft, und sie hätten an ihrer Verteidigung kein Interesse; denn die meisten Entscheidungen würden sich gegen sie richten. Der Anteil, den sie an der Gesetzgebung nehmen, muß daher in rechtem Verhältnis zu der Vorrangstellung stehen, den sie sonst im Staate einnehmen, was der Fall sein wird, wenn sie eine eigene Körperschaft bilden, die das Recht haben muß, die Unternehmungen des Volkes anzuhalten, genau so, wie das Volk das Recht hat, ihren Unternehmungen Halt zu gebieten.

So wird die Gesetzgebung sowohl der gewählten Volksvertretung als auch der Körperschaft des Adels anvertraut werden, die jede für sich ihre Versammlungen und Beratungen und getrennte Ansichten und Interessen haben wird.⁷

Immerhin verkannte Montesquieu die Gefahr einer Lähmung der Staatspolitik durch die Gewaltenteilung nicht völlig, nur glaubte er noch an eine Harmonie der Kräfte, die alles zum guten Ausgleich bringen würde:

„Die Grundlage der Verfassung der Regierung, von welcher wir sprechen, ist also folgende: Die Zusammensetzung des gesetzgebenden Körpers aus zwei Teilen bewirkt, daß beide einander durch ihre wechselseitige Befugnis zu verhindern in Schranken halten. Alle beide werden durch die ausführende Gewalt gebunden, welche ihrerseits wieder durch die gesetzgebende Gewalt gebunden wird. Diese drei Gewalten müßten eigentlich eine Ruhe und Untätigkeit zur Folge haben. Da aber die notwendige Bewegung der Dinge sie zwingt, vorwärts zu gehen, so sind sie genötigt, in Eintracht zusammen zu gehen.“⁷

Montesquieu wollte darum auch die vollziehende Gewalt in der Hand eines Monarchen wissen, da ein einzelner den Erfordernissen des Handelns besser entgegenkomme als ein vielköpfiges Gremium.³⁵¹

Und jetzt stellte ich mir meine beiden Protagonisten in dem Theaterstück „Der Freiherr und der Citoyen“³⁵² vor: den Jura-Professor und seinen Studenten, Friedrich August Freiherr von der Heydte und Hans Roth, den ewig kriegerischen³⁵³ Brigadegeneral der Reserve mit seinem „modernen Kleinkrieg“³⁵⁴ und den Oberleutnant der Reserve mit seiner

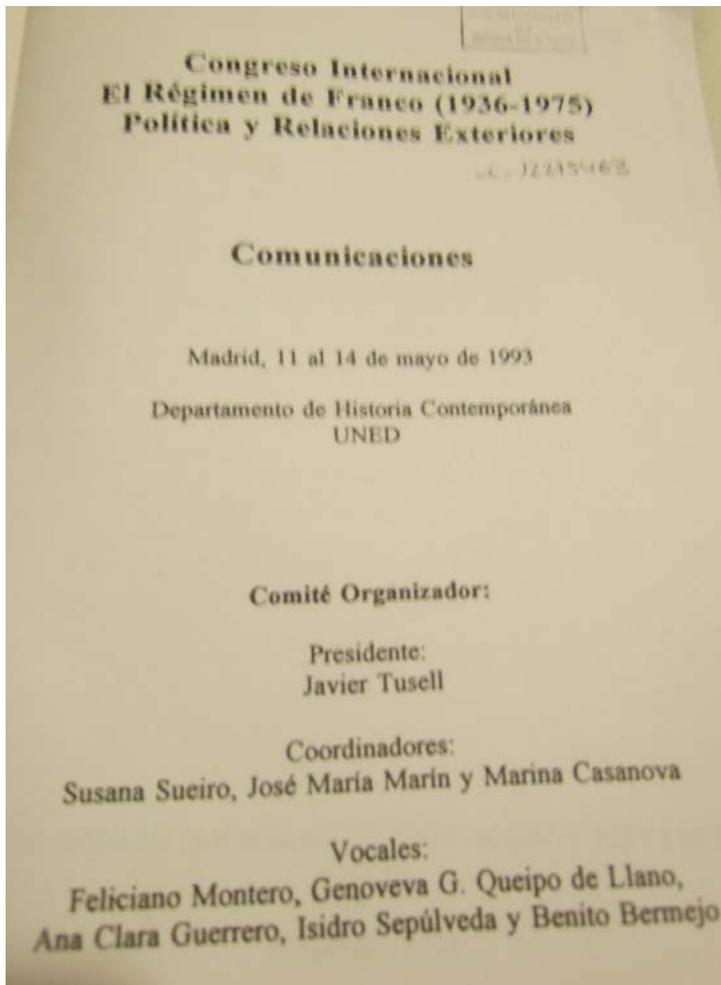
³⁵¹ Dr. Gerhard Kroll: „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951 (Neues Abendland), S. 65f

³⁵² Inzwischen war auch die Idee eines Krimis aufgetaucht, und irgend jemand rief: „Nein, ich will ein Märchen haben! ‚Es war einmal ein kleiner Oberleutnant‘, so soll es anfangen, und wie alle Märchen mit ‚Und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heute‘ wird es enden.“

³⁵³ Titel seiner Memoiren: „Muß ich sterben, will ich fallen...“. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“

³⁵⁴ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

„Bewegungsumkehr der Liebe: Weg vom Erhabenen und hin zum Würmchen“³⁵⁵, den Liebhaber von Spanien im CEDI im Kloster vom Escorial, vom Heiligen Römischen Reich und Francos National-Katholizismus („España es la conciencia católica de Europa“³⁵⁶)



und seinen ehemaligen Offizier, der sich selbst einen „libertären Sozialisten“ nannte und Sozialkunde und Religion unterrichten wollte, den Freiherrn, der sich bestimmt auch als eine der „Personen, die durch Geburt, Vermögen oder Ehren hervorragen“ gesehen hat³⁵⁷, und den bürgerlichen „Radikal-Demokraten“ Hans Roth.

Wie enttäuscht muß mein Freiherr von seinem ehemaligen Studenten gewesen sein! Hans Roth in seiner Erklärung vom April 2014³⁵⁸:

³⁵⁵ siehe Erstes Buch, S. 287 und http://aljas.files.wordpress.com/2009/03/stumme_koennen_selber_reden.pdf; aus: Marie Veit (Hrsg.): „Stumme können selber reden. Praxisberichte aus dem Religionsunterricht an Haupt- und Sonderschulen. Von Wilma Berkenfeld, Leony Peine und Hans Roth“, Wuppertal 1978; darin „Die ‚besseren Blöden‘ sprechen für sich. Erkenntnisse und Erfahrungen mit Schülern im Hauptschul-Unterricht“ von Hans Roth (S.93-155)

³⁵⁶ Javier Tusell, Susana Sueiro, José Marín und Marina Casanova (Hrsg.): „El régimen de Franco (1936-1975)“, Madrid 1993, Bd. 2, S. 481

³⁵⁷ Und nicht nur er. In „Muß ich sterben, will ich fallen“ schreibt er auf S. 185: „ ‚Trendpark‘ war eine Art Spezialgefangenenlager für diejenigen Offiziere, die der Engländer unter der Bezeichnung ‚VIP - ‚Sehr bedeutende Persönlichkeiten‘ – einordnet. Infolgedessen waren dort fast nur Generäle untergebracht. Die einzigen beiden Obersten, die in dieses Generallager aufgenommen worden waren, war der später Bundes-Wohnungsbauminister, Oberst Wildermuth, und ich.“ Vgl. Sönke Neitzel: „Abgehört. Deutsche Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942-1945“, Berlin 2012 (List Taschenbuch)“, S. 57, 59, 72, 74, 77, 191, 206f, 298, 302, 316ff, 362, 423f, 451f, 481.

³⁵⁸ siehe Erstes Buch, S. 276

„Im Mittelpunkt der politischen Demokratie steht der Citoyen. – Man wird nicht als Citoyen geboren; man muss es erst werden. – Diese politische Menschwerdung ist nach Kant z.B., der Metaphysik nicht in der Theorie ansiedelte, sondern in der lebensgeschichtlichen Praxis, ein metaphysischer Akt.

Der kann so aussehen: Du lebst bei G. Wallraff; der bittet dich als Offizier mit einem ‚Auschwitz‘-Hinweis, dich in ein geheimes ‚Folter-Lager‘ einzuschleichen; er liefert dir Ausbildung und Ausrüstung (Tonband in der Brusttasche und Mikrofon in der Armbanduhr). – Als du da lebend herauskommst, ist dein Leben gewendet. – Umgehend wirst du diffamiert, von einem geheimen Tribunal wegen ‚Hochverrats‘ verurteilt, mit einem gefälschten Aktenmensch konfrontiert. – Jahrzehnte später, nach einem Gerichts-Sieg zu 100% mit Rechtskraft und einem Empfang beim Bundespräsidenten, hörst du dann: ‚Das Wunder ist nicht, dass er gewonnen hat; das Wunder ist, daß er noch lebt‘ (Markus Wolf, von Gilles Perrault übermittelt).

Er kann auch so aussehen, der metaphysische Akt: Du hast deine Offiziers-Prüfung mit dem Legen eines atomaren Feuerfeldes bestanden (‚Lage Hoheneggelsen‘, Atom-Minen gegen überlegene Panzer-Verbände); du brauchst Jahre, um zu verstehen, was du da gemacht hast. Nach jahrelanger Hilfsarbeiter-Tätigkeit und intensiver Beschäftigung mit Theoretikern des nuklearen Zeitalters wie Anders und Jaspers einerseits, Kahn und Kissinger andererseits schreibst du dann eine wissenschaftliche Arbeit beim deutschen Experten von der Heydte zum heiklen Thema ‚Deeskalation‘ – und bekommst, wie dir zwei Geheimdienstchefs vertraulich mitteilen, einen bestimmten Gefährlichkeitsgrad.

Der Citoyen ist zur Risikoperson geworden ...“

Friedrich August Freiherr von der Heydte schrieb von „Jugendliche(m) Idealismus“ und „jugendliche(m) Radikalismus, der den Dingen ‚bis an die Wurzel‘ nachgehen und ‚Übelstände‘ an der Wurzel packen will“, und die sich „beim Studenten mit dem Wunsch (verbinden), sich nicht mit der Theorie ... abfinden zu müssen, sondern Gelerntes und Erkanntes so bald wie möglich zu erproben“. Der Professor sprach vom „Don-Carlos-Komplex eines jungen Menschen (), der mit zwanzig Jahren überzeugt ist, nicht nur etwas ‚für die Unsterblichkeit‘ zu tun, sondern dabei auch die Welt verändern und verbessern zu müssen. ‚Die Studenten fühlen sich‘ nach einem Wort Hermann Gebharts, das nicht nur für Lateinamerika gilt, ‚als Avantgarde des Volkes‘“³⁵⁹

Bei dieser Textstelle unter „§3 Offiziere, Priester, Parteifunktionäre, Studenten ...“ kam es mir immer stärker so vor, als habe der Professor für Völkerrecht sowie bayerisches Staatsrecht an der Universität Würzburg auch an seinen ehemaligen Studenten Hans Roth gedacht, der ja gleichzeitig auch noch Offizier war und ausgerechnet Religion unterrichten wollte – ausgerechnet Religion!

Vielleicht war es doch wirklich ein „**Philipp II-Komplex**“ – das Escorial paßt jedenfalls wie die Faust auf’s Auge, ebenso wie „Soweit der Verfasser militärische Vorschriften fremder Staaten benutzte, die der Öffentlichkeit nicht oder nur beschränkt zugänglich sind, verbot sich aus Gründen der Courtoisie ihre Zitierung.“³⁶⁰ Und eine Stimme in mir sagte: „In meinem Land geht die Sonne nicht unter.“

³⁵⁹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 126

³⁶⁰ a.a.O., S. 14

36. Ein schreckliches Come-back: von der Heydtes „Landesverrat“

Am 1.8.2015 kam ein Rund-E-Mail¹ von „Campact“².

„Journalismus ist kein Landesverrat.

Erstmals seit 50 Jahren: Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen Journalisten wegen ‚Landesverrats‘ – weil sie Unterlagen von Geheimdiensten veröffentlichten. Fordern Sie von der Regierung, diesen Angriff auf Pressefreiheit und Demokratie zu stoppen! Unterzeichnen Sie unseren Eil-Appell...³

50 Jahre ist es her, dass zum letzten Mal Journalisten wegen Landesverrats verhaftet und eingesperrt wurden – der Beginn der Spiegel-Affäre. Jetzt könnte es bald wieder soweit sein: Generalbundesanwalt Harald Range ermittelt gegen die Blogger Markus Beckedahl und André Meister wegen Landesverrats. Der Grund: Sie haben Unterlagen von Geheimdiensten veröffentlicht. Nun drohen ihnen mehrere Jahre Haft.

‚Das ist Angstmache‘, kommentiert der Deutsche Journalistenverband. ‚Man will Journalisten mundtot machen für bestimmte Themen.‘ – Und es ist ein Angriff auf die Pressefreiheit. Das Aufdecken von Geheimdienstskandalen ist genau das, wofür wir in einer Demokratie eine freie Presse brauchen. Und die Aufgabe eines Generalbundesanwalts wäre es eigentlich, gegen die Skandale der Geheimdienste zu ermitteln – statt gegen diejenigen, die sie aufdecken. ...

Markus Beckedahl und Andre Meister klären in ihrem renommierten Blog Netzpolitik.org unermüdlich über staatliche Überwachung auf. Sie protokollieren eigenhändig jede Sitzung des NSA-Untersuchungsausschusses, weil der Bundestag keine offiziellen Protokolle herausrückt. Ihre Veröffentlichungen sind eine wichtige Quelle für andere Medien. Kein Wunder, dass die Überwachungsfanatiker sie mundtot machen wollen.

Doch nach der Spiegel-Affäre stellte das Bundesverfassungsgericht eindeutig fest: Journalist/innen sind nach anderen Maßstäben zu messen als Spione. Sie können Geheimnisse aufdecken und damit der Demokratie dienen. Denn ohne Öffentlichkeit gibt es keine Demokratie und Missstände werden nicht abgestellt.

Doch Generalbundesanwalt Harald Range überschreitet jetzt die Grenzen, die das Bundesverfassungsgericht zum Schutz der Pressefreiheit gezogen hat. Gleichzeitig weigert sich Range, gegen die Verantwortlichen der NSA- und BND-Überwachungsaffäre vorzugehen.

Justizminister Maas geht bereits vorsichtig auf Distanz zu Range. Er habe Zweifel daran, dass es sich bei den veröffentlichten Dokumenten ‚um ein Staatsgeheimnis handelt, dessen Veröffentlichung die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt‘. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass Maas als Vorgesetzter den Generalbundesanwalt dazu bewegt, die Ermittlungen komplett einzustellen.

Herzliche Grüße Maritta Strasser, Katharina Nocun und Christoph Bautz

PS: Markus Beckedahl und Andre Meister drohen möglicherweise mehrere Jahre Haft. Umso mehr bedanken sich die beiden bei Ihnen für Ihre Solidarität.“

Peter Schaar, der ehemaligen Bundesdatenschutzbeauftragte und vehemente Gegner der Vorratsdatenspeicherung⁴,

¹ oder wie nennt man das?

² Campact e.V., Artilleriestraße 6, 27283 Verden, www.campact.de

³ Es folgte ein Link zum Anklicken: <https://www.campact.de/pressefreiheit/appell/teilnehmen/...>

⁴ Und wenn es nur dieses Interview auf <http://www.elektrischer-reporter.de/site/film/47/> gäbe ...



5

legte den juristischen und politischen Hintergrund mit vielen Gesetzestexten im Internet⁶ dar; die Fußnoten in seinem Text waren „Hyperlinks“, die ich hier als fortlaufende Fußnoten angebe:

„netzpolitik.org: Abgründe des Landesverrats oder Angriff auf den Rechtsstaat?

Dass im Jahr 1962 viele Menschen gegen die Besetzung der Spiegel-Zentrale auf die Straße gingen, hat auch damit zu tun, dass der Angriff auf die Pressefreiheit mit Händen zu greifen war. Von Generalsbundesanwälten angeleitete Polizisten durchsuchten die Redaktionsräume und beschlagnahmten kistenweise journalistische Unterlagen. Dies entfachte einen medialen Sturm, der letztlich auch den damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, der für die Aktion politisch verantwortlich war, aus dem Amt fegte. Dies ereignete sich im Zeitalter der Schreibmaschine, in dem die Strafverfolgungsbehörden auf Papiere zugreifen mussten, an die sie nur durch offene Aktionen – Durchsuchung und Beschlagnahme – gelangen konnten.

Im Internetzeitalter gelten andere Regeln, auch in dem von der Bundesanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen den Blog netzpolitik.org. Heute geht es um Daten, die elektronisch gesammelt, verarbeitet und verbreitet werden. Um an sie zu gelangen, braucht es keine Hausdurchsuchung mehr. Dafür gibt es neue und sehr wirksame Ermittlungsinstrumente, die auch in diesem Fall zum Einsatz kommen könnten oder bereits eingesetzt werden.

Der Generalbundesanwalt hat am 30. Juli 2015 die Betreiber des Blogs darüber informiert, dass gegen sie wegen Landesverrats ermittelt werde (§ 94 Abs. 1 Nr. 2 Strafgesetzbuch – StGB). Ob es sich bei den von netzpolitik.org veröffentlichten Informationen wirklich um Staatsgeheimnisse handelt, wird aus guten Gründen infrage gestellt.

§ 93 StGB⁷ definiert Staatsgeheimnisse als

- (1).. Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und vor einer fremden Macht geheimgehalten werden müssen, um die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der

⁵ Peter Schaar: „Überwachung total“, Berlin 2014 (Aufbau)

⁶ <http://www.eaid-berlin.de/?p=730>

⁷ http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/St_93.html

Bundesrepublik Deutschland abzuwenden.

(2) Tatsachen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder unter Geheimhaltung gegenüber den Vertragspartnern der Bundesrepublik Deutschland gegen zwischenstaatlich vereinbarte Rüstungsbeschränkungen verstoßen, sind keine Staatsgeheimnisse.

Die inkriminierten Veröffentlichungen betreffen nach **Auskunft von netzpolitik.org**⁸ Papiere zu Haushalts- und Organisationsangelegenheiten des Verfassungsschutzes, die als "VS-VERTRAULICH" eingestuft waren.

Nach der **Verschlusssachenanordnung (VSA)**⁹ des Bundesministeriums des Innern ist dies der niedrigste Geheimhaltungsgrad, bei dem Informationen nur besonders überprüften Personen zugänglich sind. VS-VERTRAULICH werden Dokumente eingestuft, „wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder schädlich sein kann“ (§ 3 Nr. 3 VSA). Informationen, deren „Kenntnisnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden oder ihren Interessen schweren Schaden zufügen kann“, sind mindestens in der Klassifikation „GEHEIM“ einzustufen (§ 3 Nr. 2 VSA). Schon allein die Einstufung der veröffentlichten Papiere als VS-VERTRAULICH und nicht als GEHEIM oder STRENG GEHEIM spricht dagegen, dass hier Staatsgeheimnisse offenbart wurden.

Warum der Generalbundesanwalt gleichwohl einen Anfangsverdacht des Landesverrats festgestellt hat, soll hier nicht weiter vertieft werden. Nachgehen möchte ich allerdings der Frage, welche strafprozessualen Konsequenzen sich aus den Vorwurf des Landesverrats ergeben. Mit der Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens wegen Landesverrats kann sich die Bundesanwaltschaft aus dem gut gefüllten Instrumentenkasten alter und neuer Ermittlungsbefugnisse bedienen.

In den letzten Dekaden wurden besondere Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur Überwachung der elektronischen Kommunikation und zum Zugriff auf digital gespeicherte Daten eingeführt und ausgeweitet. Diese Befugnisse lassen sich in den **Paragraphen 100a ff der Strafprozessordnung**¹⁰ nachlesen: Die Telekommunikation darf überwacht werden, große und kleine Lauschangriffe, also das Aufnehmen von Gesprächen in Wohnräumen und anderswo sind heute zulässig. Telekommunikationsunternehmen müssen Verkehrsdaten an die Polizei und an die Staatsanwaltschaften herausgeben. Allen diesen neuen Befugnissen ist gemein, dass sie heimlich, hinter dem Rücken der Betroffenen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Anders als bei Hausdurchsuchungen, in denen ausdrücklich im Gesetz vorgeschrieben ist, dass zumindest ein Zeuge zugegen sein muss, erfahren die Betroffenen von den elektronischen Überwachungsmaßnahmen bestenfalls im Nachhinein, etwa dann, wenn gegen sie Anklage erhoben wird.

Dabei beschränkt sich etwa die Möglichkeit der Überwachung der Telekommunikation nicht auf die ausdrücklich Beschuldigten. Vielmehr dürfen entsprechende Maßnahmen auch gegen Personen ergriffen werden, von denen anzunehmen ist, dass sie für den Beschuldigten bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Beschuldigte ihren Anschluss benutzt. Auch die übrigen oben erwähnten Ermittlungsbefugnisse beschränken sich nicht auf den Beschuldigten, sondern können auch Dritte betreffen.

Nicht zuletzt dem Bundesverfassungsgericht ist es zu verdanken, dass die Strafverfolgungsbehörden die meisten dieser neuen Befugnisse nur bei Verdacht auf besonders schwere Straftaten einsetzen dürfen. Dazu gehört auch der Landesverrat.

⁸ <https://netzpolitik.org/2015/geheime-referatsgruppe-wir-praesentieren-die-neue-verfassungsschutz-einheit-zum-ausbau-der-internet-ueberwachung>

⁹ <http://www.bmi.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Sicherheit/SicherheitAllgemein/VSA.html>

¹⁰ <http://www.gesetze-im-internet.de/stpo/index.html>

Journalisten, ihnen zugegangene oder selbst erarbeitete Unterlagen und ihre Quellen genießen ein besonderes Zeugnisverweigerungsrecht (§ 53 Abs. 1 StPO¹¹). Entsprechende Unterlagen dürfen auch nicht beschlagnahmt werden (§ 97 Abs. 5 StPO¹²). Der Schutz des Inhalts selbst erarbeiteter Materialien und den Gegenstand entsprechender Wahrnehmungen entfällt jedoch bei besonders schweren Straftaten, zu denen auch der Landesverrat gehört (§ 53 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 StPO¹³).

Weder das Zeugnisverweigerungsrecht noch der Beschlagnahmeschutz sind hier also einschlägig. Dies wiegt deshalb besonders schwer, weil sich das Ermittlungsverfahren gegen Journalisten richtet, deren Tätigkeit die für die Demokratie essenzielle Pressefreiheit des **Artikels 5 Abs. 1 Grundgesetz**¹⁴ verwirklicht:

„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Die herausragende Bedeutung der Pressefreiheit hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt, insbesondere in seinem „Cicero-Urteil“ vom 27. Februar 2007 verdeutlicht:

„Die Freiheit der Medien ist konstituierend für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Eine freie Presse und ein freier Rundfunk sind daher von besonderer Bedeutung für den freiheitlichen Staat. Dementsprechend gewährleistet Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG den im Bereich von Presse und Rundfunk tätigen Personen und Organisationen Freiheitsrechte und schützt darüber hinaus in seiner objektiv-rechtlichen Bedeutung auch die institutionelle Eigenständigkeit der Presse und des Rundfunks. Die Gewährleistungsbereiche der Presse- und Rundfunkfreiheit schließen diejenigen Voraussetzungen und Hilfstätigkeiten mit ein, ohne welche die Medien ihre Funktion nicht in angemessener Weise erfüllen können. Geschützt sind namentlich die Geheimhaltung der Informationsquellen und das Vertrauensverhältnis zwischen Presse beziehungsweise Rundfunk und den Informanten. Dieser Schutz ist unentbehrlich, weil die Presse auf private Mitteilungen nicht verzichten kann, diese Informationsquelle aber nur dann ergiebig fließt, wenn sich der Informant grundsätzlich auf die Wahrung des Redaktionsgeheimnisses verlassen kann.“

(– 1 BvR 538/06 , Rnr. 42¹⁵) –

Wenn Journalisten und deren Informanten damit rechnen müssen, dass die eigens zu ihrem Schutz geschaffenen Vorschriften – Beschlagnahmeschutz, Zeugnisverweigerungsrechte – nicht mehr wirken, weil gegen die Journalisten selbst ermittelt wird, ist die Pressefreiheit in Gefahr.

Wir wissen nicht, ob und inwieweit die oben genannten Ermittlungsinstrumente in dem Verfahren gegen netzpolitik.org bereits verwendet worden sind oder ob ihr Einsatz geplant ist. Angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erscheint es mir ziemlich unwahrscheinlich, dass es zu einer Anklageerhebung wegen Landesverrat oder gar zu einer rechtskräftigen Verurteilung kommen wird.

Eines hat die Bundesanwaltschaft mit ihrem außergewöhnlichen Vorgehen, das in diametralem Gegensatz zu ihrer demonstrativen Hemmung in Sachen NSA-Überwachung steht, allerdings schon erreicht: Eine Verunsicherung des Vertrauens – nicht nur bei Journalisten – in das Funktionieren unseres Rechtsstaats.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Schaar“

¹¹ http://www.gesetze-im-internet.de/stpo/_53.html

¹² http://www.gesetze-im-internet.de/stpo/_97.html

¹³ http://www.gesetze-im-internet.de/stpo/_53.html

¹⁴ http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html

¹⁵ http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20070227_1bvr053806.html

Sowohl der Deutsche Journalistenverband als auch Peter Schaar betonten die Wirkung, die eine solche Anzeige haben konnte, sollte, mußte und würde: Angst.

Aufhebung von Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmenschutz oder der Unverletzlichkeit der Wohnung - wer will so etwas schon riskieren?

„Die SPIEGEL-Affäre begann im Herbst 1962 mit der Durchsuchung von Redaktion und Verlag sowie der Verhaftung von SPIEGEL-Gründer Rudolf Augstein und Conrad Ahlers, Redakteur der Titelgeschichte ‚Bedingt abwehrbereit‘, deretwegen man dem SPIEGEL ‚Landesverrat‘ vorwarf.

Es ist das wohl wichtigste Ereignis in der Geschichte des Blattes – in Wahrheit eine Affäre des jungen Staates Bundesrepublik Deutschland: Unter dem Vorwand, der SPIEGEL habe mit seiner Titelgeschichte ‚Bedingt abwehrbereit‘ über das Nato-Manöver ‚Fallex‘ Landesverrat begangen – ‚systematisch, um Geld zu verdienen‘, wie der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer im Bundestag erklärte –, besetzte die Polizei in einer Octobernacht die Redaktions- und Verlagsräume.

Der Herausgeber, der Verlagsdirektor und mehrere Redakteure wurden festgenommen und bis zu 103 Tage in Untersuchungshaft gehalten.

Eine Protestwelle schwappte über das Land, die Behauptungen der Staatsmacht erwiesen sich als haltlos. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, tief in die Affäre verstrickt, musste zurücktreten. ...¹⁶

„Der Herausgeber, der Verlagsdirektor und mehrere Redakteure wurden festgenommen und **bis zu 103 Tage in Untersuchungshaft** gehalten.“ Und was mir besonders auffiel, war die Zeile „deretwegen man dem SPIEGEL ‚Landesverrat‘ vorwarf.“ Man? Wer?

SPIEGEL 47/1962



17

Wieder kein Wort von Friedrich August Freiherr von der Heydte, der damals die Strafanzeige gestellt hatte. Der Brigadegeneral d.R. und Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem kam mir in manchen Zusammenhängen immer stärker vor wie Lord Voldemort: „Er, dessen Name nicht genannt werden darf“.

Mich erinnerte diese „**Angstmache**“ (Deutscher Journalistenverband), diese „**Verunsicherung**“ des Vertrauens – nicht nur bei Journalisten – in das Funktionieren unseres Rechtsstaats“ (Peter Schaar) so sehr an den Freiherrn und sein strategisches Modell „Der moderne Kleinkrieg“:

„Schließlich wird man **im psychologischen Kampf** auch das Sicherheitsbedürfnis des Menschen, vor allem des Menschen unserer Zeit, immer wieder anzusprechen versuchen. Dazu wird man mit allen zur Verfügung stehenden Propagandamitteln möglichst plastisch die Größe der Gefahren darstellen, ...“¹⁸

¹⁶ http://www.spiegel.de/keineangstvorderwahrheit/rudolf_augstein.html

¹⁷ „Der General-Anzeiger“, Titelgeschichte des SPIEGEL 47/1962 vom 21.11.1962 zur „Spiegel-Affäre“, S. 55-66: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45124776.html>

¹⁸ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 58

37. Der psychologische Kampf – ein kleines Intermezzo

„Nadja, hast du schon mal von der Bewegung WILPF gewusst? Ich komme erst kürzlich darauf. Hast Du von Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann gehört?“ So fragte mich eine spanische Freundin, die mich als Pazifistin kannte und die ich nach dem CEDI gefragt hatte. CEDI kannte sie nicht, und ich kannte weder eine Bewegung „WILPF“ noch Anita Augspurg oder Lida Gustava Heymann. Also begab ich mich auf die Suche.

Ich erfuhr, daß „WILPF“ für „Women’s International League for Peace and Freedom“ steht, der englischen Übersetzung von „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“, kurz „IFFF“.¹⁹

„Anita Augspurg (1857 - 1943) war Deutschlands erste promovierte Juristin und setzte sich ab dem Ende des 19. Jahrhunderts für soziale und politische Rechte der Frauen ein. Die Einführung des Frauenwahlrechts war ihr vorrangiges Ziel.

Anita Augspurg gehörte zu dieser Zeit gemeinsam mit Lida Gustava Heymann zum Kern des so genannten radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung. Ab 1899 arbeitete sie an Minna Cauers Zeitschrift ‚Die Frauenbewegung‘ mit und redigierte deren Beilage ‚Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung‘. Auch dem Vorstand des radikalen Vereins Frauenwohl gehörte sie einige Zeit an und war Mitbegründerin sowie zweite Vorsitzende des Verbands fortschrittlicher Frauenvereine (VFF), der sich als radikaler Gegenpol zum gemäßigten Bund deutscher Frauenvereine verstand. Den Radikalen ging es vor allem um eine Angleichung der Frauen an die Stellung des Mannes; ihr heute noch modern wirkendes rechtspolitisches Konzept beinhaltete das Ringen um Geschlechtergerechtigkeit und die Kritik an einer patriarchalisch organisierten kapitalistischen Gesellschaft und reichte weit über einen Kampf um formale Gleichberechtigung hinaus. ...

Aufsehenerregender Politik- und Lebensstil ...

Pazifistisches Engagement ...

Aufgrund ihrer demokratischen Haltung und ihres antimilitaristischen Engagements erkannte Anita Augspurg sehr früh die faschistische Gefahr. 1933, nach der ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten, kehrten Augspurg und Heymann, die seit 1923 auf der Liquidationsliste der Nazis standen, in kluger Voraussicht des Kommenden von einer Auslandsreise nicht mehr nach Deutschland zurück. Sie lebten bis zu ihrem Tod im Züricher Exil und arbeiteten dort weiter für die IFFF. Da ihr Vermögen in Deutschland konfisziert wurde, lebte das Paar unter schwierigsten Bedingungen von publizistischen Tätigkeiten und von der Unterstützung durch Freundinnen aus der internationalen Frauenbewegung. Auch ihr umfangreiches Frauenarchiv und ihr gesamter Nachlass wurden von den Nationalsozialisten zerstört. Am 20. Dezember 1943 starb Anita Augspurg 86-jährig in Zürich – nur fünf Monate nach dem Tod ihrer Lebensgefährtin.

Augspurg, Anita (1894): Die ethische Seite der Frauenfrage. Minden / Leipzig.

Augspurg, Anita (1898): Über die Entstehung und Praxis der Volksvertretung in England. In: Annalen des deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik, S. 499-543.

Heymann, Lida Gustava; Augspurg, Anita (1972): Erlebtes - Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850 - 1940, hg v. Margrit Twellmann. Meisenheim am Glan, Anton Hain (Neuaufgabe: Königstein: Ulrike Helmer 1992).²⁰

¹⁹ <http://www.wilpf.de/ueber-uns/friedensfrauen/lida-gustava-heyman.html>

²⁰ Artikel von Dr. Elke Schüller auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35320/anita-augspurg?p=all>



21

„Lida Gustava Heymann (*15. März 1868 in Hamburg; † 31. Juli 1943 in Zürich) war eine deutsche Frauenrechtlerin. ...“²²



23

„Mit ihrem beträchtlichen Erbe richtete sie ein Frauenzentrum ein, das berufstätigen Frauen einen Mittagstisch anbot sowie einen Kinderhort und eine Beratungsstelle. Des Weiteren gründete sie ein koedukatives Gymnasium, Berufsverbände für weibliche kaufmännische Angestellte und für Bühnenkünstlerinnen.

Zusammen mit Anita Augspurg gründete Heymann 1902 in Hamburg den Deutschen Verein für Frauenstimmrecht. Gemeinsam mit Augspurg gab sie von 1919 bis 1933 in Deutschland die Zeitschrift ‚Frau im Staat‘ heraus, in der pazifistische, demokratische und feministische Positionen vertreten wurden.

1923 forderten Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg die Ausweisung Adolf Hitlers aus Deutschland. ...

- Das kommunale Wahlrecht der Frauen im Deutschen Reiche. Kastner und Callwey Verlag, München 1910.
- Wird die Mitarbeit der Frauen in den politischen Männerparteien das Frauenstimmrecht fördern? Dietrich Verlag, Leipzig 1911.

²¹ Anita Augspurg (1902): https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Anita_Augspurg.jpg

²² https://de.wikipedia.org/wiki/Lida_Gustava_Heymann

²³ Lida Gustava Heymann (1900): https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_146-1987-143-05_Lida_Gustava_Heymann.jpg

- Frauenstimmrecht und Völkerverständigung. Leipzig 1919.²⁴
„Journalistin, Frauenrechtlerin
- 1902
Heymann ist mit Augspurg Gründungsmitglied des ‚Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht‘, der sich 1904 als ‚Deutscher Verband für Frauenstimmrecht‘ dem ‚Weltbund für Frauenstimmrecht‘ der Internationalen Frauenbewegung anschließt.
Sie ist Mitglied und Sekretärin des radikal-pazifistischen ‚Bundes für Frauenstimmrecht‘.
- 1914-1919
Redakteurin des Organs des ‚Bundes für Frauenstimmrecht‘, der ‚Bundesmitteilungen‘, in denen Heymann eine sofortige Beendigung des Ersten Weltkriegs fordert.
- 1933 Sie veranstaltet zu Beginn des Jahres eine Friedenskundgebung in München gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).
Heymann und Augspurg kehren nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten von einem Urlaub nicht mehr nach Deutschland zurück und gehen ins Exil in die Schweiz. Ihr gesamte Vermögen wird von den Nationalsozialisten konfisziert. Von Zürich aus schreibt Heymann - unterstützt von der IFFF - Artikel gegen das NS-Regime.
- 1941 Heymann verfaßt zusammen mit Augspurg ihre Autobiographie ‚Erlebtes - Erschautes: Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940‘.²⁵

Je mehr ich las, desto mehr wunderte ich mich, daß ich diese Namen nicht kannte. Ich dachte an Wolfgang Borcherts „Dann gibt es nur eins: Sagt NEIN!“, an sein „Mütter in aller Welt: Sagt Nein!“.
So viel fand ich von dem, was mir so wichtig ist, was ich auch denke.

Schon beim zweiten Bild in dem Artikel in Wikipedia fiel mir etwas auf:



26

Es war der Link mit dem Dateinamen „Suffrage_Alliance_Congress,_London_1909“, der mir auffiel. Suffrage = Wahlrecht oder Stimmrecht. Wahlrecht für Frauen, die Hälfte der Menschheit – das war die Forderung, die damals für viele Herren so unvorstellbar war. „Frauenrechte“, die nichts Anderes als Menschenrechte sind. One man - one vote! Menschenrechte!

²⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Lida_Gustava_Heymann

²⁵ <https://www.dhm.de/lemo/biografie/lida-heyman>

²⁶ Anita Augspurg (unten rechts) auf einem Kongress in London, 1909:
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Suffrage_Alliance_Congress,_London_1909.jpg

„Suffrage“ – daraus wurde „Suffragetten“. Und was sagt „Meyers Großes Taschenlexikon“ zu „Suffragetten“? „Suffragetten [frz.-engl., zu lat. suffragium „Stimmrecht“, i.e.S. die radikalen Mgl. der Frauenbewegung in Großbritannien, die vor 1914 für die polit. Gleichberechtigung der Frauen kämpften; bekannteste S. war E. Pankhurst. I.w.S. auch Bez. für andere aktivist. Gruppen der Frauenbewegung.“

„I.e.S.“ und „i.w.S.“; „im engeren Sinne“ und „im weiteren Sinne“; das, was der Name meint – der Kampf von Frauen für ihr Wahlrecht - und das, was er meinen soll: „aktivistische Gruppen“. Nein, nicht aktive Gruppen – aktivistische Gruppen, der Begriff wird diskreditiert. Und so kannte ich ihn auch: Wenn mein Vater eine Frau als „Suffragette“ bezeichnete, war das jedenfalls nicht als Kompliment gedacht.

„Aktivistisch“ – ein komisches Wort. Aktiv zu sein ist gut – bis ins hohe Alter. Doppelherz. Aber „aktivistisch“ – nein, das klingt nach Unruhe, Veränderung. Und Unruhe und Veränderung in Richtung gleiches Recht für alle – und also gegen Kriege, in denen Menschen aufeinandergehetzt werden, die noch nie in ihrem Leben auch nur ein einziges Wort miteinander gewechselt und eigentlich alle dieselben Bedürfnisse haben, keine „Feinde“ sind, sondern von „Völkerverständigung“ sprechen -: das rief den **Freiherrn** auf den Plan. Auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung fand ich den Artikel „**Fast vergessen - die Frauenfriedensbewegung in der BRD**“ von Dr. Florence Hervé, und im Abschnitt „Antikommunismus in der 1950er Jahren und Kalter Krieg“ die Zeilen:

„Im Westen galt in den 1950er Jahren die Beschäftigung mit dem Frieden als kommunistische Agitation. Trotzdem gründete sich der Demokratische Frauenbund Deutschland im Westen mit dem Ziel, für den Frieden zu arbeiten und eine Wiederbewaffnung der BRD zu verhindern. ...

Die antikommunistischen Strömungen in Deutschland der fünfziger Jahre wendet sich in erster Linie gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), deren Jugendverband FDJ und den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD): Die Organisationen werden verboten, die führenden Frauen und Männer werden verfolgt und strafrechtlich belangt. Doch der Antikommunismus richtet sich gegen die gesamte Friedensbewegung. 1959, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, wird ein Komitee **Rettet die Freiheit** unter der Leitung des Christdemokraten Rainer Barzel gegründet; 1960 erscheint das sogenannte Rotbuch mit einer langen Liste von Hunderten von Namen und Organisationen, die als ‚kommunistisch gesteuert‘ erklärt werden - es wird der Presse und allen Parteien zugeschickt. Aufgelistet findet sich auch die IFFF, eine kommunistische Tarnorganisation! Dagegen reicht die deutsche Sektion Klage ein - und sie gewinnt den Prozeß. Doch der Schaden in der deutschen Sektion ist groß: Viele der engagierten Frauen springen ab und finden keinen Mut, weiter für die IFFF zu arbeiten. Es bleiben die Gruppen in West-Berlin und Hamburg bestehen, in Bremen, München und Duisburg.“²⁷

Friedrich August Freiherr von der Heydte war Gründungsmitglied von „Rettet die Freiheit“²⁸.

„Schließlich wird man im psychologischen Kampf auch das Sicherheitsbedürfnis des Menschen, vor allem des Menschen unserer Zeit, immer wieder anzusprechen versuchen. Dazu wird man mit allen zur Verfügung stehenden Propagandamitteln möglichst plastisch die Größe der Gefahren darstellen, ...“²⁹ Das Sicherheitsbedürfnis ...

²⁷ Florence Hervé: „Fast vergessen - die Frauenfriedensbewegung in der BRD“:

<http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauenbewegung/35283/friedensfrauen-im-westen>

²⁸ Siehe Erstes Buch, S. 6, 141, 202, 280, 282, 285, 289, 322; Zweites Buch, S. 69, 133; Drittes Buch, S. 33

²⁹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 58



30

„1933 Sie [**Lida Gustava Heymann**; eigene Anmerkung] veranstaltet zu Beginn des Jahres eine Friedenskundgebung in München gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)³¹

„Jeder Wähler in Deutschland fand im Programm der NSDAP irgendeine Forderung, die ihn ansprach und für die neue Herrschaft begeisterte.“³²

Jeder Wähler?

„**Thälmann, Ernst**, *Hamburg 16. April 1886, †KZ Buchenwald 18. Aug. 1944, dt. Politiker. – U.a. Hafen- und Transportarbeiter; ab 1903 Mgl. der SPD, ab 1917 der USPD, ab 1920 der KPD; ab 1921 Hamburger KPD-Vors.; 1919-33 Mgl. der Bürgerschaft; seit 1924 als Vertreter der innerparteil. Linken in der Parteiführung und Führer des Rpten Frontkämpferbundes; 1925-30 Vors. der KPD; 1924-33 MdR; am 3. März 1933 verhaftet, Einzelhaft in verschiedenen Konzentrationslagern.“³³

„Jeder Wähler in Deutschland fand im Programm der NSDAP irgendeine Forderung, die ihn ansprach und für die neue Herrschaft begeisterte“?

Otto Wels (im Exil gestorben), **Kurt Schumacher** (KZ), **Fritz Bauer** (aus dem Exil zurückgekommen), **Hans Kelsen** (im Exil geblieben), ...? Jeder von ihnen Jude und/oder Sozialdemokrat, der sich keine Sekunde „für die neue Herrschaft begeisterte“.

³⁰ CDU-Wahlplakat von 1953

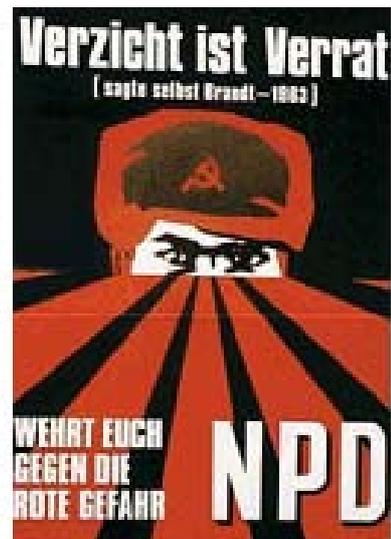
³¹ <https://www.dhm.de/lemo/biografie/lida-heyman>

³² Friedrich August Freiherr von der Heydte: „,Muß ich sterben, will ich fallen...’.Ein ‚Zeitzeuge’ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 42

³³ Meyer Großes Taschenlexikon über Ernst Thälmann, der bei der letzten „Freien Wahl“ schon in Haft war und am 18.8.1944 in der Haft ermordet wurde



Das Sicherheitsbedürfnis ...



³⁴ Wahlplakat der SPD bei der letzten „Freien Wahl“ am 5.3.1933

³⁵ Wahlplakat der SPD 1953

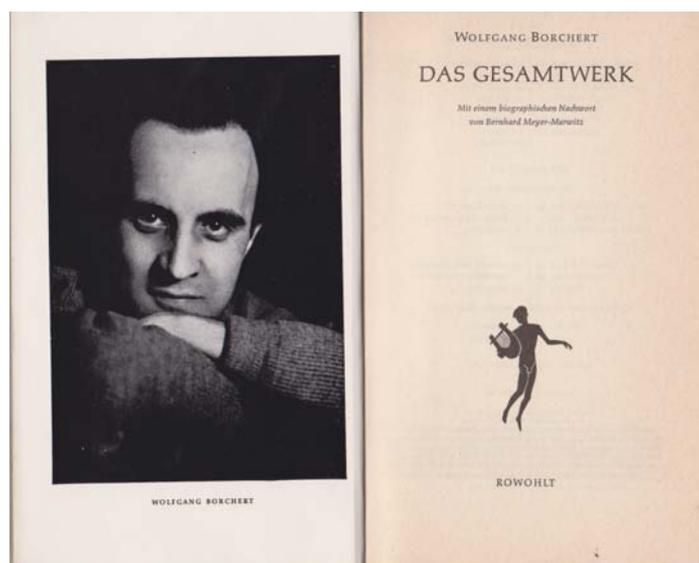
„Bundeskanzler Adenauer dagegen nannte nach seiner römischen Stärkung alle diejenigen, die eine Neutralisierung und Demilitarisierung eines vereinigten Deutschland in Betracht ziehen, ‚Dummköpfe oder Verräter‘.“³⁶

Meine Eltern waren gegen eine Remilitarisierung Deutschlands. Waren sie für Konrad Adenauer „Dummköpfe“ oder „Verräter“? Das ist mir völlig gleich. Ich trage jedenfalls ihr Erbe in mir



37

und beklage den Zustand der Partei, die sie wählten; Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt.

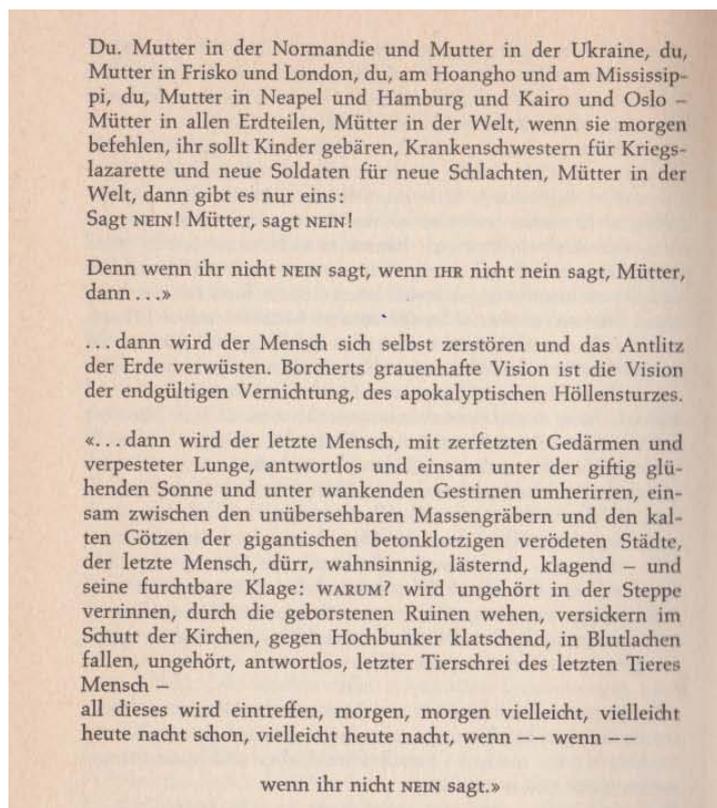


38

³⁶ „Remilitarisierung. Dummköpfe oder Verräter“, in DER SPIEGEL 28/1951 vom 10.7.1951: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-29194309.html>

³⁷ Wahlplakat der SPD 1953

³⁸ Wolfgang Borchert: „Das Gesamtwerk“, Hamburg 1949



„Nadja, hast du schon mal von der Bewegung WILPF gewusst? Ich komme erst kürzlich darauf. Hast Du von Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann gehört?“



39

Ja, Marga. Das habe ich jetzt. Vielen Dank!

³⁹ http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/JahreDesAufbausInOstUndWest_plakatFrauenUndMuetter/index.html

38. Landesverrat weiter

„Landesverrat. Eine Warnung an alle“ stand in „Die Zeit“; der Artikel begann mit den Worten: „Geheimdienstchef Maaßen dürfte die Empörung über das Verfahren gegen ‚netzpolitik.org‘ nicht stören. Im Gegenteil. Was er am meisten fürchtet, ist ein deutscher Snowden.“⁴⁰

„Ein deutscher Snowden“ war Hans Roth. Es tut mir leid, wenn ich mich auch hier wiederhole. Aber es war halt so, daß die Texte mir nach und nach erst deutlicher wurden. Wahrscheinlich habe ich erst die Vorwürfe gegen André Meister und Markus Beckedahl und die Reaktionen darauf hören und lesen müssen, um wieder ein kleines Puzzleteilchen irgendwo hinlegen zu können.

Hans Roth im April 2014⁴¹: „... Du lebst bei G. Wallraff; der bittet dich als Offizier mit einem ‚Auschwitz‘-Hinweis, dich in ein geheimes ‚Folter-Lager‘⁴² einzuschleichen; er liefert dir Ausbildung und Ausrüstung (Tonband in der Brusttasche und Mikrofon in der Armbanduhr). – Als du da lebend herauskommst, ist dein Leben gewendet. – Umgehend wirst du diffamiert, von einem geheimen Tribunal wegen ‚Hochverrats‘ verurteilt, mit einem gefälschten Aktenmensch konfrontiert. – Jahrzehnte später, nach einem Gerichtssieg zu 100% mit Rechtskraft und einem Empfang beim Bundespräsidenten, hörst du dann: ‚Das Wunder ist nicht, dass er gewonnen hat; das Wunder ist, dass er noch lebt‘ (Markus Wolf, von Gilles Perrault übermittelt). ...“

Und Hans Roths „Eidesstattliche Erklärung, zugleich politisches Testament“ vom Oktober 2008⁴³: „Ich klage an das geheime Militär-Tribunal von ‚Gladio‘, das mich in einem geheimen Verfahren aufgrund eines Inside-Reports (mit G. Wallraff als Begleiter) wegen ‚Hochverrats‘ verurteilte. Ich klage an die geheime Terror-Organisation ‚Aktion 76‘, von der hessischen CDU politisch geführt, die mich über eine bestimmte hessische Presse an die Öffentlichkeit zerrte (‚Extremist‘, ‚DKP-Lehrer‘ - der ich nie war) und mein Leben wendete. Ich klage an eine spezialdemokratisch geführte Landesregierung, die beide Verurteilungen ungeprüft übernahm und ihr noch heute geschichtsmächtiges Berufsverbot mit der Nazi-Formel ‚fehlende charakterliche Reife‘ aussprach. Ich klage an eine Kirchenleitung, die ihren Religionslehrer nie verteidigte, und eine Kampfpresse, die meine Gegendarstellungen nie veröffentlichte, auch nach gerichtlicher Klärung nicht. Ich klage an jene geheimen Kommandos, die immer wieder bei mir einbrachen und wichtige Dokumente stahlen, manchmal am gleichen Tag bei meinem Bruder, die gleichen Dokumente entwendend. Ich klage an jenen Verfassungsgerichtspräsidenten, der ein geheimes Buch voller Anweisungen zu meinem Prozess verfasste, der einen schweren Akzent auf die Macht-Frage der Kontrolle geheimer Dossiers legte und einen nicht minder schweren auf die unterschiedlichen Zeit-Strukturen von Staat und Individuum. Ich klage an den Hessischen Ministerpräsidenten, der zuerst versprach, dem orientierenden Schreiben des Bundespräsidenten zu folgen und das Recht zu achten – und dann doch das grausame Spiel von bleibendem Berufsverbot und ausbleibender Wiedergutmachung fortsetzte, also Verfassungsbruch beging. Am Ende der ‚Hölle‘, am Anfang des ‚Purgatorio‘ möchte ich allen Geheim-Experten Gevatter Kants ‚transzendente Formel des öffentlichen Rechts‘ ins Stammbuch

⁴⁰ <http://www.zeit.de/digital/internet/2015-07/landesverrat-netzpolitik-anzeige-verfassungsschutz-generalbundesanwalt-abschreckung>

⁴¹ siehe Erstes Buch, S. 276

⁴² siehe die Schreiben aus dem Bundesverteidigungsministerium an Hans Roth vom 21.10.1975 („Halluzinationen“) und 10.2.1976 („die von Ihnen beschriebenen Demonstrationen an der Kampfgruppenschule Hammelburg ... solche erläuternden Demonstrationen seit 1969 nicht mehr vorgeführt worden“) sowie die Erklärung von Günter Wallraff, Erstes Buch, S. 293-297; aus der „Dokumentation zu Hans Roth. ‚Es gab nie einen Grund, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln‘“, S. 12 und 13, im Netz auf http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappe1.pdf

⁴³ siehe Erstes Buch, S. 69; im Netz auf http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_testament.pdf

schreiben: „Alle auf des Recht anderer Menschen bezogenen Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht.“⁴⁴

Immer wieder hatte Hans Roth von „Gladio“ gesprochen, wovon am 5.10.2014 auch Ulrich Chausseys Feature „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“ handelte⁴⁴. Immer wieder mußte ich an seine Worte denken.

Gladio – das best gehütete Geheimnis der NATO, und Friedrich August Freiherr von der Heydte mit seiner „Courtoisie“: „Soweit der Verfasser militärische Vorschriften fremder Staaten benutzte, die der Öffentlichkeit nicht oder nur beschränkt zugänglich sind, verbot sich aus Gründen der Courtoisie ihre Zitierung“⁴⁵.

Friedrich August Freiherr von der Heydte, der mir immer wieder vorkam wie Lord Voldemort: „Er, dessen Name nicht genannt werden darf“.

Das erste Mal hatte ich das am 24.4.2014 bei der Sendung „Markus Lanz“ gedacht, in der auch Franz Georg Strauß und Franziska Augstein zu Gast waren, um als „mittelbare“ Zeitzeugen, als Zeugen der Zeitzeugen von der „Spiegel-Affäre“ zu sprechen. Der Sohn des ehemaligen Bundesverteidigungsministers sprach von einem „Oberst“, der eine Strafanzeige nach der anderen gestellt habe, insgesamt sieben Strafanzeigen. Franz Georg Strauß vermittelte mir den Eindruck, als sei sein Vater einigermaßen genervt gewesen, als habe er eigentlich gar nicht auf ‚Bedingt abwehrbereit‘ reagieren wollen, als habe hinter Franz Josef Strauß dieser „Oberst“ gestanden und ihn gedrängt. Der Name von der Heydte fiel nicht.

Der Name von der Heydte fiel nie. „Abendland“? Von der Heydte - unbekannt. „Landesverrat“? Von der Heydte - unbekannt. „Spiegelaffäre“? Von der Heydte - unbekannt. Natürlich wußten so viele so viel mehr, als ich mir in den letzten Jahren zusammengesammelt hatte. Aber ich habe den Namen eben nie gehört.

Der schrieb in seinen Lebenserinnerungen⁴⁶: „Die ganze ‚Spiegel-Affäre‘ zeigte, daß in der Bundesrepublik das militärische Geheimnis keinen allzu großen Wert hatte – ein Faktum, das spätere Verfahren wegen Spionage oder sonstiger Geheimnisverletzungen nur bestätigen. Manchmal schien es, als sei das deutsche Volk für die Wahrung eines Geheimnisses noch nicht reif genug ...“

Das „militärische Geheimnis“ schreibt der Brigadegeneral der Reserve, Völkerrechtler und Jura-Professor vom Oberleutnant der Reserve Hans Roth.

Friedrich August Freiherr von der Heydte mit seiner „Abendländischen Aktion“, gegründet 1951, ebenso wie das „Centro Europeo de Documentación e Información“, dem CEDI⁴⁷, in dem er sich vorwiegend im Escorial mit so vielen (Franco, Strauß, Roegele, von Brentano, von Merkatz, Juan Carlos, de Oliveira, Leisler Kiep und so vielen anderen mehr) alljährlich versammelte⁴⁸. Im „Manifest der Abendländischen Aktion“⁴⁹ ist „der Bolschewismus“

⁴⁴ <http://www.wdr5.de/sendungen/dok5/staybehind100.html>

⁴⁵ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 14

⁴⁶ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 212f

⁴⁷ Birgit Aschmann: „Treue Freunde ...‘. Westdeutschland und Spanien 1945-1963“, Stuttgart 1999 (Franz Steiner Verlag)

⁴⁸ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971

⁴⁹ Dr. Gerhard Kroll: „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951 (Neues Abendland)



als „Satan am Werke“

„Das ist politischer Exorzismus“

Wie SPD-regierte Bundesländer den Radikalenerlaß handhaben

Sozialdemokratische Spitzenpolitiker bezeichnen den Radikalenerlaß von 1972 als „Irrtum“, „Fehler“ und „politisches Mißurteil“. In SPD-geführten Bundesländern aber

wird die umstrittene Regelung so rigoros angewendet wie in unionsregierten Ländern. SPD-Vorstandsmitglied Rudi Arndt gibt den „Kerlen in der Verwaltung“ die Schuld.

51

es geht um den „Kampf gegen die Zersetzung des Zeitgeistes“ und „Wenn Paulus im Römerbrief sagt, der Staat trage das Schwert⁵² nicht umsonst“.⁵³

Friedrich August Freiherr von der Heydte mit seinem „strategischen Modell“ „Der moderne Kleinkrieg“, dem „Krieg der verwischten Konturen“, den „militärische(n) Vorschriften fremder Staaten“, die der Öffentlichkeit nicht oder nur beschränkt zugänglich sind“⁵⁴, der „Handlungsfreiheit in der Zeit“, den „Aktionsgruppen“, dem „Behördenapparat und alle(n) meinungsbildenden Kräfte(n) – die sogenannten Multiplikatoren öffentlicher Meinung“, dem „versteckte(n), unauffällige(n) Vorgehen der Meinungsmanipulatoren“, den „Nachrichtendienstliche(n), präventive(n), repressive(n) und konstruktive(n) Gegenmaßnahmen“⁵⁵ und so vielem anderen mehr.

„Hochverrat“? „Militärisches Geheimnis“? „Landesverrat“? Diese Begriffe berüh(t)en politische, juristische, militärische und geheimdienstliche Ebenen und dreh(t)en sich sämtlich um die Frage: Wer darf wann was über wen oder was wissen? Wer bestimmt darüber, was wir wissen dürfen? Wer entscheidet darüber, wann sich jemand strafbar macht,

⁵⁰ Internetseite des „Haus der Geschichte“ unter „Aufbau in Ost und West“:

http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/JahreDesAufbausInOstUndWest_plakatCDUAlleWegedesMarxismus1953/index.html

⁵¹ „Das ist politischer Exorzismus. Wie SPD-regierte Bundesländer den Radikalenerlaß handhaben“ in DER SPIEGEL 21/1978: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40616552.html>

⁵² lat. gladium, gladii, gladio, gladium, gladio (Singular) – das mußte ich jetzt immer bei „Schwert“ denken

⁵³ „Zweifellos werden solche Gedankengänge gefährlich, ...“; „Recht. Von der Heydte. Elf Vierzehntel“ in DER SPIEGEL 10/1965 vom 3.3.1965: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html>

⁵⁴ vielleicht auch das „Field Manual 30-31, Anhang B“ vom 18.3.1970; in: Wolfgang Schorlau: „Das München-Komplott“, 2009, 14. Auflage 2014, S. 316-331

⁵⁵ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

wenn er Wahrheiten ausspricht⁵⁶ - nichts Anderes als Wahrheiten (wie Edward Snowden, John Kiriakiou – und bestimmt auch Hans Roth)!

Und wer kontrolliert(e) diejenigen, die eben darüber entscheiden?⁵⁷ Hier ging und geht es um unsere Grundrechte, um Menschenrechte.

„Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“ hieß das Thema der ZDF-Sendung „5 nach 10“ am 16.2.1984, u.a. mit dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch und Hans Roth; das war vor 32 Jahren gewesen. Und damals erzählte der Bundesverfassungsrichter von einem Untersuchungsausschuß, dessen Vorsitzender er fünfzehn Jahre früher war: „Und die Problematik von vor fünfzehn Jahren steht heut’ noch im Raum und wird dann immer ’mal wieder anhand irgendeines bestimmten Falles virulent. Und das ist das Unverständliche, daß die jeweilige Regierung – ich dreh’ die Hand nicht um; ganz egal, wer regiert – mit allen Mitteln immer verhindern, daß diese Sache in Ordnung gebracht wird. Das ist nämlich das Kernproblem.“

Die Problematik der parlamentarischen Kontrolle geheimer Dienste „steht heut’ noch im Raum und wird dann immer ’mal wieder anhand irgendeines bestimmten Falles virulent“. Aber ein bestimmter Fall ist eben kein bestimmter „Fall“, sondern ein Mensch! 1984 waren es z.B. Helga Schuchard (damals Kultursenatorin in Hamburg, FDP, mit 50000 Anderen auf einer Liste „Basiskartei Zersetzung“, weil sie sich gegen eigene Universitäten der Bundeswehr ausgesprochen hatte), Walter Böhm (ehemaliger parlamentarischer Verbindungsmann des DGB in Bonn, 1976 „Super-Spion“) und Hans Roth (vorgestellt als „Lehrer und Bundeswehroffizier Hans Roth, verfolgt als Verfassungsfeind“).

Und heute? Wer entscheidet darüber, was Edward Snowden sagen darf? Wer entscheidet darüber, was Markus Beckedahl und André Meister schreiben dürfen? Wer entscheidet also darüber, was ich wissen darf?

Noch immer wurden André Meister und Markus Beckedahl von „Netzpolitik.org“ des „Landesverrats“ beschuldigt. „Dieser Vorwurf ist angesichts der veröffentlichten Tatsachen absurd. Netzpolitik.org bemüht sich um Aufklärung von möglicherweise gesetz- und verfassungswidrigen Praktiken der Nachrichtendienste. Das Ziel ist die öffentliche Diskussion ...“, schrieb Gerhart Baum in seinem Gastkommentar im „Spiegel“⁵⁸. Der ehemalige Bundesinnenminister hatte sich – wie Alfred Grosser – auch massiv für Hans Roth verwendet⁵⁹

Nie schien mir „der Fall Roth“ aktueller als gerade in diesen Tagen. „Von der menschlichen Seite ist das natürlich eine furchtbare Sache“, sagte Bundesverfassungsrichter a.D. Martin Hirsch zum „Fall“ Hans Roth am 16.2.1984 in der ZDF-Sendung „5 nach 10“ zum Thema „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“

„Ich fordere den Generalbundesanwalt auf, die Ermittlungen gegen das Informationsportal Netzpolitik.org wegen Landesverrats unverzüglich einzustellen“, schrieb Gerhart Baum jetzt.

Der Vorwurf des „Landesverrats“ gegen den „Spiegel“ 1962 war eine falsche Beschuldigung. Heute kommen falsche Beschuldigungen gegen André Meister und Markus Beckedahl von „Netzpolitik.org“. Und seinerzeit wimmelte es von falsche Beschuldigungen

⁵⁶ Dieter Wulf: „Whistleblowing in den USA oder warum Edward Snowden fliehen musste. Heimat der Mutigen“, Feature, gesendet am 3.5.2015 auf WDR 5, 11:05 Uhr; <http://www.wdr5.de/sendungen/dok5/heimat-der-mutigen-100.html>, als Podcast unter http://podcast-www.wdr.de/medstdp/fsk0/69/693794/wdrfeaturedepot_2015-05-03_heimatdermutigenwhistleblowingindenusaoderwarumedwardsnowdenfliehenmusste_wdr3.mp3

⁵⁷ vgl. „Presseclub“ vom 3.5.2015 mit dem Thema „BND und NSA: Geheimdienst außer Kontrolle?“: <http://www.wdr5.de/sendungen/presseclub/bnd-nsa-ausser-kontrolle-100.html>

⁵⁸ http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/gastkommentar-von-gerhart-baum-zu-netzpolitik-org-a-1046240.html#utm_source=netzwelt#utm_medium=medium#utm_campaign=plista&ref=plista

⁵⁹ „Report Mainz“ vom 1.12.2008:

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

gegen Hans Roth⁶⁰. Später räumt der Verfassungsschutzobmann der hessischen CDU „Irrtümer und Fehler der verschiedensten Stellen“ ein und möchte „überlegen, wie die Lage Ihres Sohnes schnellstens zu verbessern ist“⁶¹.

Wenn Nachrichtendienste „sich irren“. Geschrieben stehen Zehn Ge- bzw. Verbote - nur zehn. Darunter: „Du sollst nicht lügen“ und „Du sollst nicht falsches Zeugnis ablegen wider Deinen Nächsten.“ Wie weit war der Vorwurf des „Landesverrats“ – zum Nachteil des eigenen Landes „im Dienste einer fremden Macht“! – von einem solchen falschen Zeugnis entfernt?

„Irrtümer und Fehler der verschiedensten Stellen“ - „Falsche oder gefälschte Nachrichten“ – wie in Friedrich August Freiherr von der Heydte Buch „Der moderne Kleinkrieg ...“⁶², das er als „strategisches Modell“ bezeichnet, und auf dessen Klappentext 1972 zu lesen ist: „Der Verfasser, Friedrich August Freiherr von der Heydte, ist im internationalen Raum als Soldat und als Fachgelehrter des Völkerrechts bekannt. ... Er hat sich nie gescheut, zu sagen, was er für wahr und zu tun, was er für richtig hielt. Diese Freimütigkeit kennzeichnet auch das vorliegende Buch. ... Ethischer Wert oder Unwert des Kleinkriegs werden durch das Ziel bestimmt, dem er dient.“

„Von der menschlichen Seite ist das natürlich eine furchtbare Sache“ - und nicht nur von der menschlichen, sondern auch von der Seite unserer ganzen Republik mit ihrem wunderbaren Verfassungsauftrag: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Grundgesetz, Artikel 1).

Oder wie mein jüdischer geliebter jüdischer Rabbi, nach dem die Christen sich benennen und den die Muslime als den Propheten Isa verehren, sagte: „Was Ihr einem meiner geringsten Brüder getan habt, das habt Ihr mir getan (Mt 25, 40). ... Und was Ihr einem meiner geringsten Brüder nicht getan habt, das habt Ihr mir nicht getan“ (Mt 25, 45). Diese beiden Regeln (Grundgesetz, Artikel 1, und Mt 25, 40-45) waren und sind für mich identisch.

Am 5.8.2015 benannte die Internetseite von „arte“⁶³, worum es bei dem Vorwurf des „Landesverrats“ wirklich ging. Bettina Baumann und David Zurmely schrieben:

„Verräter, Terrorist, Krimineller? Nein. Journalist!“

Landesverrat. Ein harter Vorwurf des mittlerweile aus dem Amt geschiedenen Generalbundesanwalts Harald Range an zwei Blogger von netzpolitik.org. Warum? Sie veröffentlichten vertrauliche Dokumente, in denen es um Maßnahmen des Bundesverfassungsschutzes zur Überwachung sozialer Netzwerke ging. Das Vorgehen gegen die Journalisten löste eine Welle der Empörung aus. Gestern versetzte Justizminister Heiko Maas seinen Generalbundesanwalt in den Ruhestand.

Das Verfahren gegen den Bloggründer Markus Beckedahl und Autor André Meister erhitzte die deutschen Gemüter. Doch weniger wegen der veröffentlichten Inhalte, bei denen es immerhin um mehr Bürgerüberwachung ging, als vielmehr wegen des Drucks, den die deutsche Justiz mit ihrem eingeleiteten Verfahren auf die Journalisten ausübte. Die Mittel, mit denen die Arbeit von Journalisten weltweit überwacht, eingeschränkt, schlicht torpediert wird, kennen teilweise keine Grenzen. Die Arbeit für Journalisten wurde in den vergangenen Jahren zunehmend erschwert, gerade durch Anti-Terrorgesetze, die viele Länder infolge der Anschläge vom 11. September erlassen haben. In den vergangenen Monaten

⁶⁰ Um nur zwei zu nennen: „Als jüngstes Beispiel für den immer stärker werdenden Einfluß linksradikaler Kräfte in Hessen bezeichnete Runtsch den Fall des Lehramtskandidaten Roth“ in „Gießener Allgemeine Zeitung“ am 31.8.1974 und „DKP-Lehrer abgewiesen. Bewerber fehlt die beamtenrechtlich nötige Eignung“ in „Darmstädter Echo“ am 13.1.1978; siehe Erstes Buch, S. 26f; im Netz auf

http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_artikel_briefe.pdf

⁶¹ siehe Zweites Buch, S. 83f; im Netz auf http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Geipel-Brief17-08-82.pdf

⁶² Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

⁶³ <http://info.arte.tv/de/netzpolitik.org-journalisten-europa>

wurden diese vielerorts nachgebessert – regelrechte Angriffe auf die Pressefreiheit bleiben da nicht aus.

Die folgende Auflistung zeigt auf, welche Maßnahmen europäische Staaten unter der Prämisse der Bürgersicherheit in letzter Zeit ergriffen haben.

Spanien

Kaum ein anderes europäisches Land erlebt so viele Demonstrationen wie Spanien. Allein in den vergangenen zwei Jahren waren es mehr als 80.000. Insbesondere Themen wie die Austeritätspolitik, Korruption oder Polizeigewalt trieben die Menschen immer wieder auf die Straße. Unter dem Vorwand, bei alledem die öffentliche Ordnung zu wahren, verabschiedete die konservative Regierungspartei Partido Popular (PP) das sogenannte ‚Gesetz zur Sicherheit der Bürger‘, das am 1. Juli in Kraft trat. Kritiker betiteln es als ein ‚Maulkorbgesetz‘. Denn die damit verbundenen Reformen berühren das Versammlungsrecht, das Streikrecht und das Demonstrationsrecht.

Der neue Strafen-Katalog umfasst über 45 möglicher Vergehen, darunter auch solche, die die Arbeit der Journalisten einschränken. So müssen diese, wenn sie Ordnungskräfte bei deren Amtsausübung im öffentlichen Raum fotografieren, mit einer Geldstrafe von 600 und 30.000 Euro rechnen.

Frankreich

‚Senat stimmt für Totalüberwachung‘, ‚Frankreich auf dem Weg in die Totalüberwachung‘. So oder so ähnlich lauteten viele der deutschen Titel in Tageszeitungen, nachdem Frankreich im Juni ein neues Geheimdienstgesetz verabschiedet hatte. Mit dem Gesetz erhalten Geheimdienste umfangreiche Möglichkeiten zur Bespitzelung von Mobilfunk und Datenverkehr in dem Land. In dem verabschiedeten Gesetz wird unter anderem festgelegt, welche Spionage- und Überwachungstechniken die französischen Geheimdienste einsetzen dürfen. Zum Beispiel dürfen sie Online- und Telefonkommunikation von Terrorverdächtigen ohne richterlichen Beschluss überwachen. Sie dürfen Algorithmen nutzen, um massenhaft gesammelte Verbindungsdaten zu analysieren. Somit kann auch der Schutz journalistischer Quellen nicht mehr garantiert werden, was für Journalisten wichtige Informanten abschrecken könnte. Das Gesetz wurde stark kritisiert, so dass es Frankreichs Präsident François Hollande vom Verfassungsgericht noch einmal überprüfen lassen will.

Großbritannien

Aus einem Papier von Whistleblower Edward Snowden geht hervor, wie hart die Verschärfung der britischen Anti Terror-Gesetze die Presse traf. Geheimdienstagenten stuften Journalisten als ‚potenzielle Gefahr für die Sicherheit‘ ein. Infolgedessen hat sich die britische Polizei Ende 2013 Einzelverbindungen nachweise von über 1700 Mitarbeitern von News UK beschafft, dem Herausgeber der Zeitungen The Times, Sunday Times und The Sun. Die Tageszeitung The Guardian hatte belegt, dass der britische Geheimdienst GCHQ im Jahr 2008 allein während einer zehnminütigen Übung 70.000 Emails abfing, darunter solche von Journalisten der Welt, des Guardian, der New York Times, der SUN, von NBC und Washington Post.

Italien

Zwar garantiert die italienische Verfassung Meinungsfreiheit, doch ist für Journalisten der Zugang zu behördlichen Unterlagen schwierig. Dieser ist in einer Vielzahl von Verordnungen geregelt. Bestehen Journalisten auf ihr Recht, dauert es oft Jahre bis sie Dokumente ausgehändigt bekommen. Zudem ist in dem Land nach wie vor ein vom faschistischen Regime erlassenes Diffamierungsgesetz in Kraft. Unter Berufung auf das Gesetz werden zahlreiche Journalisten verfolgt und teilweise zu Haftstrafen verurteilt.

Großbritannien

In einem 2014 veröffentlichten Bericht wurde bekannt, dass der Chefredakteur des Politikressorts der Tageszeitung SUN, Tom Newton Dunn, im Rahmen des Plebgate-Skandals von der Polizei abgehört wurde. Der Skandal entstand infolge einer Auseinandersetzung

zwischen Polizisten und einem Minister, der wegen des Skandals zurücktreten musste. Dem Bericht zufolge wurde der Polizist aufgrund des abgehörten Telefons des Journalisten identifiziert.

Portugal

Rui Cruz ist wegen ‚Informatiksabotage‘, ‚nicht berechtigtem Zugang‘ und ‚illegaler Veröffentlichung von Daten‘ angeklagt. Die Anklage erfolgte im Rahmen von Untersuchungen zu Cyberattacken. Festgenommen hatte man ihn im Februar 2015 und daraufhin zwei Tage lang festgehalten. Auf seiner Website Tugaleaks.com machte der Journalist Sicherheitslücken öffentlicher Behörden bekannt und beschrieb zudem, wie diese von Hackern ausgenutzt werden könnten. Bereits 2012 wurde das Konto von Tugaleaks blockiert. Die Bank berief sich dabei auf ein Geldwäschegesetz und Gesetz zur Terrorismusfinanzierung.

Italien

Nach der Veröffentlichung von Untersuchungen, die Politiker und Geschäftsleute belasteten, sind mehrere Journalisten wegen Diffamierung angeklagt. Auch die Onlinezeitschrift Basilicata24 wurde angeklagt, nachdem sie ein Video über die Gefährlichkeit des lokalen Wassers veröffentlicht hatte. Seit April 2014 war sie deshalb vom Bürgermeister der Gemeinde Tito gerichtlich verfolgt worden. Ebenfalls die Journalistin Puppato de Il Fatto Quotidiano wurde angeklagt, und zwar vom Bürgermeister von Padua. Dieser stieß sich an einem Artikel, in dem sie ihm vorwirft, sich geweigert zu haben, einen marokkanischen Konsul zu treffen. In Italien kann Diffamierung mit einer Gefängnisstrafe bestraft werden.

Bulgarien

Ende 2014 hat die bulgarische Finanzaufsicht die Webseite Bivol.bg aufgefordert, innerhalb von drei Tagen ihre Quellen offenzulegen. Andernfalls drohe eine Geldstrafe. Die Anordnung folgte auf eine Serie von Artikeln, die die dubiosen Aktivitäten und Bankkredite der First Investment Bank aufgedeckt hatten. Die Finanzaufsicht hatte außerdem eine Untersuchung wegen ‚Handel vertraulicher Informationen‘ und ‚Marktmanipulation‘ lanciert, basierend auf einem Gesetz zur Bekämpfung von Finanzvergehen.

Andere bulgarische Medien wurden von der Aufsichtsbehörde aus ähnlichen Gründen oder wegen ihrer Weigerung, Quellen bekanntzugeben verurteilt. So zum Beispiel: Inconomedia (80.000 Euro und 25.000 Euro), ein Redakteur von Denvnik (5.000 Euro) sowie zovnews.bg (50.000 Euro). Am 19. Januar 2015 haben 200 Menschen vor dem bulgarischen Parlament gegen diese Strafen protestiert. Sie waren dem Aufruf des Netzwerks ‚Freies Wort‘ gefolgt, einer kürzlich gegründeten NGO.

Luxemburg

Am 23. April 2015 wurde gegen Edouar Perrin Anklage erhoben, nachdem er 2012 den LuxLeaks-Skandal aufgedeckt hatte. Dabei ging es um Steuerrabatte, die das Land Konzernen gewährte - von Amazon, über Fiat bis zur Deutschen Bank. In seinen Untersuchungen stütze sich der französische Journalist auf verbindliche Steuerauskünfte eines ehemaligen Angestellten der Prüfungsgesellschaft PwC, die die finanziellen Abmachungen zwischen der Regierung und den Kunden verhandelte.

Dänemark

Zwei Journalisten, Nils Mulvad und Kjeld Hansen, wurden im Oktober 2014 verurteilt, weil sie einen Gesundheitsskandal aufgedeckt hatten: das Vorkommen von giftigen Staphylokokken in Agrar-Betrieben, deren Namen sie auch genannt und veröffentlicht hatten.

Slowenien

Während des Wahlkampfes 2011 machte Anuska Delic in einem Artikel die Verbindungen zwischen der Slowenisch Demokratischen Partei (SDS) und der rechtsextremen Gruppe ‚Blut und Ehre‘ publik. Heute ist die Journalistin dafür angeklagt, vertrauliche Informationen des slowenischen Geheimdienstes erhalten und veröffentlicht zu haben. Anuska Delic droht eine dreijährige Gefängnisstrafe.

Kroatien

Slavica Lukic, Journalistin bei Jutarnji list, wurde 2014 in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 4.000 Euro verurteilt, da sie die Veruntreuung von öffentlichen Geldern durch eine private medizinische Einrichtung öffentlich machte. In Kroatien sieht das Strafgesetzbuch die Verurteilung aller Personen vor, die die Ehre anderer bewusst schädigen – selbst dann, wenn die Vorwürfe wahr sind.“

Angst und Verunsicherung. Grundrechte waren keine Grundrechte mehr, viel wurde geheimgehalten (TTIP), verschwiegen, verklausuliert – und nun ging man ganz offen gegen diejenigen vor, die intensiv recherchierten oder einfach sagten, was sie wußten. All das war für mich unfassbar! War das der „Freie Westen“ mit seinen „westlichen Werten“? War das noch meine Republik, mein Europa? Ich erkannte kaum etwas wieder. Irgendwie sah alles anders aus.

39. „Kasseler Verwaltungsrichter verpflichten den hessischen Verfassungsschutz, Akten über einen Lehrer offenzulegen. Die Staatsschützer fürchten nun eine Preisgabe ihre Überwachungspraxis“

„Kasseler Verwaltungsrichter verpflichten den hessischen Verfassungsschutz, Akten über einen Lehrer **offenzulegen**. Die Staatsschützer fürchten nun eine **Preisgabe ihre Überwachungspraxis**“, stand am 27.9.1976 im „Spiegel“⁶⁴.

Für Bums

Kasseler Verwaltungsrichter verpflichten den hessischen Verfassungsschutz, Akten über einen Lehrer offenzulegen. Die Staatsschützer fürchten nun eine Preisgabe ihrer Überwachungspraxis.

Im oberhessischen Biedenkopf bezog er als „Kriegsdienstverweigerer im Range eines Oberleutnants“ gegen die Bundeswehr Stellung. An der Universi-

„Im oberhessischen Biedenkopf bezog er als ‚Kriegsdienstverweigerer im Range eines Oberleutnants‘ gegen die Bundeswehr Stellung. An der Universität Gießen kandidierte er für die marxistische Hochschulgruppe ‚Bums‘.

Wo immer der Pädagoge Hans Roth, 36, stritt, ob gegen den Bund oder für Bums, der **hessische Verfassungsschutz führte heimlich Buch**. Jetzt sollen die Wiesbadener Staatsschützer **offenlegen**, was sie über Roth gesammelt haben.

Das Verwaltungsgericht Kassel beschloß jetzt⁶⁵ in einem **Musterprozeß**, in dem der Lehrer in Wartestellung und derzeitige Jugendwart die Vernichtung über ihn angelegter Verfassungsschutz-Akten durchsetzen will, das Land Hessen müsse vorab dem Gericht ‚die den Kläger betreffenden Vorgänge‘ vorlegen - frei zum Einblick auch für den Betroffenen. Der im Bundesgebiet bislang beispiellose⁶⁶ Richterspruch bringt, so er Bestand hat und Schule macht, die **Verfassungsschützer in Bedrängnis**.“

Das Wort „**Musterprozeß**“ erinnerte mich an zwei Äußerungen:

⁶⁴ „Für Bums. Kasseler Verwaltungsrichter verpflichten den hessischen Verfassungsschutz, Akten über einen Lehrer offenzulegen“; in DER SPIEGEL 40/1976 vom 27.9.1976: www.spiegel.de/spiegel/print/d-41136329.html, als PDF <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/41136329>

⁶⁵ „Zur Menschenwürde gehört die Freiheit von Furcht. Das aufsehenerregende Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel / Bürger hat Anspruch auf Vernichtung von Verfassungsschutzakten“, Frankfurter Rundschau vom 12.2.1977, siehe Erstes Buch, S. 111 und 153ff, Text auch auf <http://www.heise.de/tp/foren/S-Hans-Roth-schreibt-Rechtsgeschichte-Frankfurter-Rundschau-vom-12-2-1977/forum-152348/msg-23967794/read/>

⁶⁶ Bernt Engelmann: „Trotz alledem. Deutsche Radikale 1777-1977“; Hamburg 1979 (rororo sachbuch)

1. In der Gesprächsrunde bei Anne Will vom 13.5.2015⁶⁷ sagte die vormalig ehemalige, dann wieder amtierende und jetzt wieder ehemalige **Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**, bei einem sogenannten „No-Spy-Abkommens“⁶⁸ „vor dem Hintergrund der Publikationen durch Edward Snowden“ ginge es um „eine Absprache zur **Einschränkung der geheimdienstlichen gegenseitigen Tätigkeit** ... Nur das Weiße Haus kann sagen: ‚Es gibt so ein Abkommen.‘ ... die Erklärung von Präsident Obama jetzt macht ja eigentlich deutlich, daß das auch wirklich nie beabsichtigt war. Es wäre das erste Abkommen überhaupt, ... und da wollte man dann auch gar **keinen Präzedenzfall schaffen**.“
2. In der Gesprächsrunde „5 nach 10“ zum Thema „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“ vom 16.2.1984⁶⁹ u.a. mit Hans Roth (vorgestellt als „Lehrer und Bundeswehroffizier Hans Roth, verfolgt als **Verfassungsfeind**“) **sagte der Bundesverfassungsrichter a.D. Martin Hirsch**: „Es hat ... vor fünfzehn Jahren einen Untersuchungsausschuß des Bundestages gegeben. ... dem ... alle Vorsitzenden aller Fraktionen angehörten: ... Helmut Schmidt, ... Rainer Barzel, ... Herr Mischnick ... und Herr Stücklen, ... ich war ... der Vorsitzende. ... das war insofern ein so günstiger Untersuchungsausschuß, weil da auch die damalige **Regierung nicht wagte, ... denen etwa Akteneinsicht zu verweigern** oder einem Beamten die Genehmigung nicht zu erteilen, dort auszusagen. ... endete sogar mit einem Vorschlag zur Änderung der Verfassung, mit dem also diese Problematik **so einigermassen rechtsstaatlich - mit all den Lücken**, die Herr Stern ja richtig skizziert hat - aufgefangen worden wäre. ... im letzten Moment zögerten dann Herr Barzel und Herr Schmidt. ... Und die **Problematik von vor fünfzehn Jahren steht heut' noch im Raum** und wird dann immer 'mal wieder anhand irgendeines bestimmten Falles virulent. Und das ist das Unverständliche, daß die jeweilige Regierung – ich dreh' die Hand nicht um; **ganz egal, wer regiert – mit allen Mitteln immer verhindern, daß diese Sache in Ordnung gebracht wird**. Das ist nämlich das Kernproblem.“

„Bei der Lektüre im Wohnzimmer des Verfassungsrichters staunte ich über meinen angeblichen Gefährlichkeitsgrad: die Klage zielte ins Zentrum der Macht, nach dem Motto: **‚Wer die Daten hat, hat die Macht.‘**”; der staatlich geprüfte ‚Extremist‘ müsse ‚mit allen Mitteln‘ bekämpft werden (nicht: mit allen rechtsstaatlichen Mitteln); um ihn verlieren zu lassen, sei die List anzuwenden, den **Prozeß so zu dehnen**, daß die Zeitstruktur der Macht die eines Individuallebens zermalmt.“ (Hans Roth am 9.3.2012)⁷⁰

⁶⁷ „Ausspähen unter Freunden geht doch! Wie glaubwürdig ist Angela Merkel noch?“, „Anne Will“ vom 13.5.2015 um 22:45 Uhr in der ARD?“ mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Thorsten Schäfer-Gümbel, Stephan Mayer und Georg Mascolo: <http://media.ndr.de/download/podcasts/annewill966/AU-20150518-1223-1042.mp3>, siehe Zweites Buch, S. 328

⁶⁸ von wem so genannten – zu welchem Zweck? Sollte das Wort die mögliche Existenz suggerieren – wie beim Wort „Kriegsrecht“? Mein Vater sagte immer: „Krieg ist die Hölle auf Erden.“ Und hält der Teufel sich an Gesetze?

⁶⁹ „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

⁷⁰ siehe Erstes Buch, S. 109



71

„Musterprozeß“ – „Präzedenzfall“ – „einigermaßen rechtsstaatlich - mit all den Lücken, die Herr Stern ja richtig skizziert hat“ – „mit allen Mitteln immer verhindern, daß diese Sache in Ordnung gebracht wird“.

Klaus Bresser am 16.2.1984: „Wir wollen auf das Prinzipielle kommen, und das ist doch die Frage: Wie weit sind die Rechte des Staatsbürgers eingeschränkt durch mögliche Übergriffe der Dienste? Das ist das, worüber wir hier reden.“

„Mögliche Übergriffe“? Ich sah vor mir die **ingeräumten „Irrtümer und Fehler der verschiedensten Stellen“**⁷² und den Brief des hessischen Landesinnenministers Horst Winterstein vom 12.3.1986 („Darüber hinaus gab es auch **niemals einen Grund**, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln oder Sie als ‚Extremist‘ einzustufen“)⁷³, las erneut die **Ablehnung g meiner ersten Petition**⁷⁴ und fühlte mich wie in einem Tollhaus. Es waren keine „möglichen“ Übergriffe gewesen, sondern tatsächliche, die als „Fehler und Irrtümer“ bezeichnet und eingeräumt und schlicht und ergreifend so stehengelassen worden waren. Der Verfassungsschutz hatte Beweise vernichtet („Verfassungsschutz steckte Dossier freiwillig in den Reißwolf“, FR 13.5.1981, Titelseite), das war mir jetzt klar geworden. Und seit Jahrzehnten wandten sich alle möglichen Stellen wie die Aale. „Status quo“ und „Status quo ante“ – Formulierungen, die mir am Anfang hölzern und splitterig vorgekommen waren, leuchteten mir jetzt einfach ein. Überhaupt: Das Wort „Splitter“ gewann an Kraft.

In seiner Erklärung vom 1. Juni 2014⁷⁵ schrieb Hans Roth von „Erinnerungs-Fetzen“, und dann kamen zwei Wörter, die lange gebraucht hatten, um sich zu entfalten: „Wahrheits-Splitter“ und „Erinnerungs-Splitter“. Ich versuchte mir vorzustellen, was alles in diesem Kopf, diesem Herzen und in dieser Seele ständig Revue passierte. Briefe, Briefe, Briefe – des Vaters, des Bruders, von Freunden und Kollegen, Rektoren und anderen Arbeitgebern. Was mir immer stärker wie eine Art Biographie erschien, die ich über einen deutschen Offizier, der „Nein“ sagte, zu schreiben hatte, war doch sein eigenes Leben, seine Hoffnungen, seine Enttäuschungen. Und so verstand ich auch seine Worte „an die Öffentlichkeit gezerrt“ besser.

„Was das Landesamt weiter über Roth recherchiert hatte, wollten die Verfassungsschützer für sich behalten. Sie beriefen sich auf eine Vorschrift der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), die stets bemüht wird, wenn die Schutzämter **Geheimes oder Heikles verbergen** möchten. Nach Paragraph 99 VwGO dürfen sie das, ‚wenn das Bekanntwerden des Inhalts dieser Urkunden oder Akten und dieser Auskünfte dem Wohle des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde‘ oder ‚die Vorgänge nach

⁷¹ Die **drei Verfassungsschutzpräsidenten** in „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984: der damals amtierende Bundesverfassungsschutzpräsident Heribert Hellenbroich, der damals amtierende Landesverfassungsschutzpräsident Hamburgs Christian Lochte und der ehemalige Bundesverfassungsschutzpräsident Richard Meier, vormals BND

⁷² Brief von Verfassungsschutzobmann Horst Geipel an Hans Roths Vater vom 17.8.1982; siehe http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Geipel-Brief17-08-82.pdf

⁷³ siehe „Dokumentation zu Hans Roth“ unter http://aljas.files.wordpress.com/2008/12/hans_roth_blaue_mappe1.pdf, S. 36

⁷⁴ Anfang meiner zweiten Petition (Kapitel 3)

⁷⁵ siehe Zweites Buch, S. 3

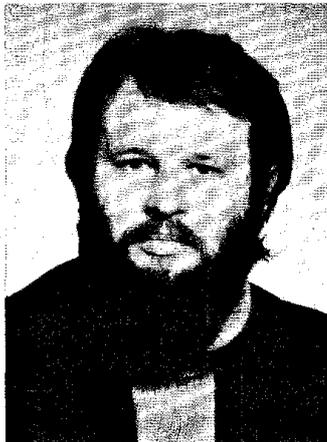
einem Gesetz oder ihrem Wesen nach geheimgehalten werden müssen'. Das alles muß, so fordert es das Gesetz, ‚glaubhaft gemacht‘ werden.

Mitunter begnügen sich Gerichte, wie etwa der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im letzten Jahr, wenn der Vertreter des Innenministeriums in der mündlichen Verhandlung die Unterlagen schlicht als ‚geheimzuhaltende Erkenntnisse nachrichtendienstlicher Art‘ deklariert. Die **Kasseler Richter verlangten mehr**. Der hessische Innenminister persönlich, zumindest aber sein Staatssekretär, mußten durch ‚eidesstattliche Versicherung nach persönlich gewonnener Erkenntnis und Überzeugung‘ das Bedürfnis der Geheimhaltung darlegen und glaubhaft machen, bezogen ‚auf den konkreten Inhalt der Schriftstücke‘.

Als Staatssekretär Heinrich Kohl dann nur pauschal versicherte, die Offenlegung interner Akten würde ‚Rückschlüsse auf die Organisation und die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörden‘ zulassen und somit ‚die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der Verfassungsschutzämter gefährden‘, ordnete das Verwaltungsgericht prompt die **Vorlage** der Akten an.

Nach Auffassung der Verwaltungsrichter sind Akten der Verfassungsschutzämter **keineswegs ‚ihrem Wesen nach geheim‘**. Die Rechtsprechung erkenne selbst, so die Begründung, ‚bei nachrichtendienstlichen Vorgängen die Geheimhaltungsbedürftigkeit derartigen Aktenmaterials **aus seiner Natur‘ nicht** an.

Die Wiesbadener Verfassungsschützer wollen den Spruch nicht gelten lassen. Sie kündigten Beschwerde an, denn hier gehe es, gab Beckmann zu bedenken, ‚um **Grundsätzliches über die Landesgrenzen hinaus‘**.“



Lehrer Roth
„Dem Wesen nach geheim“

76

Was sollte hier geheim bleiben? Welche „Irrtümer und Fehler“⁷⁷ verschiedensten Stellen? Welche Tatsache war ihrem Wesen nach so geheim, daß sie nie vorgelegt werden durfte, sondern plötzlich „freiwillig“ im Reißwolf verschwand⁷⁸?

Immer wieder meldete sich Friedrich August Freiherr von der Heydte mit seinem „christlichen Abendland“ und seinem „Landesverrat“: „Die ganze ‚Spiegel-Affäre‘ zeigte, daß in der Bundesrepublik das militärische Geheimnis keinen allzu großen Wert hatte – ein Faktum, das spätere Verfahren wegen Spionage oder sonstiger Geheimnisverletzungen nur bestätigen. Manchmal schien es, als sei das deutsche Volk für die Wahrung eines

⁷⁶ „Für Bums. Kasseler Verwaltungsrichter verpflichten den hessischen Verfassungsschutz, Akten über einen Lehrer offenzulegen“; in DER SPIEGEL 40/1976 vom 27.9.1976

⁷⁷ Brief von Horst Geipel, damals Verfassungsschutzobmann der CDU im Hessischen Landtag, an den Vater von Hans Roth vom 17.8.1982: http://www.berufsverbote.de/tl_files/docs/F-HansRoth_Geipel-Brief17-08-82.pdf

⁷⁸ siehe Erstes Buch, S. 166 (Bestandteil meiner Petition): „Verfassungsschutz steckte Dossier freiwillig in den Reißwolf. Gerichtsverfahren über Vorlage und Vernichtung geheimer Akten über einen Lehramtskandidaten war noch nicht abgeschlossen“, Frankfurter Rundschau vom 13.5.1981 (Titelseite)

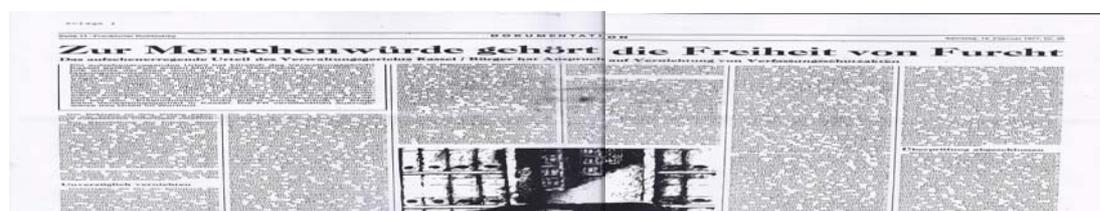
Geheimnisses noch nicht reif genug ...“.⁷⁹ Hans Roth hatte mehrfach von „Gladio“ als dem bestgehüteten Geheimnis der NATO gesprochen, von einer geheimen Armee und einem „Folter-Lehrgang“ auf deutschem Boden, und der Artikel begann mit den Worten „Im oberhessischen Biedenkopf bezog er als ‚Kriegsdienstverweigerer im Range eines Oberleutnants‘ gegen die Bundeswehr Stellung.“⁸⁰

Jedenfalls hatte der Verfassungsschutz das Dossier über Hans Roth verschwinden lassen,



81

zu dessen Vorlage es verurteilt worden war⁸²



wogegen der hessische Landesinnenminister Berufung eingelegt hatte und worüber noch nicht entschieden worden war. Damit war Hans Roth die Einsicht in seine Akten endgültig und ohne eine Rechtsgrundlage genommen bzw. verwehrt worden.

40. Das 100%-Urteil (Az.: IV/3 E 2422/81): „Danach fallen die Verfahrenskosten dem Beklagten zur Last“

Der Verfassungsschutz hatte das Dossier über Hans Roth verschwinden lassen, zu dessen Vorlage es verurteilt worden war - und am 18.11.1982 entschied das Verwaltungsgericht Kassel:

„In dem Verwaltungsstreitverfahren des Herrn Hans Roth, (Adresse), bevollmächtigt: Rechtsanwälte P. Becker u.a., (Adresse), Klägers gegen das Land Hessen, vertreten durch den Hessischen Minister des Innern, Friedrich-Ebert-Allee (unleserlich), 6200 Wiesbaden, Beklagten, wegen Vernichtung von Verfassungsschutzakten“ unter dem Az.: IV/3 E 2422/81 „über die Kosten des Verfahrens nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung des bisherigen Sach- und Streitstandes:

...

⁷⁹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinkel), S. 212

⁸⁰ „Für Bums. Kasseler Verwaltungsrichter verpflichten den hessischen Verfassungsschutz, Akten über einen Lehrer offenzulegen“; in DER SPIEGEL 40/1976 vom 27.9.1976:

⁸¹ „Verfassungsschutz steckte Dossier freiwillig in den Reißwolf. Gerichtsverfahren über Vorlage und Vernichtung geheimer Akten über einen Lehramtskandidaten war noch nicht abgeschlossen“, Frankfurter Rundschau vom 13.5.1981 (Titelseite)

⁸² „Zur Menschenwürde gehört die Freiheit von Furcht. Das aufsehenerregende Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel / Bürger hat Anspruch auf Vernichtung von Verfassungsschutzakten“, Frankfurter Rundschau vom 12.2.1977, S. 14

Danach fallen die Verfahrenskosten dem Beklagten zur Last, weil er mit der Vernichtung der fraglichen Unterlagen dem Kläger die Möglichkeit genommen hat, eine ihm [unleserlich] den Kosten freistellende Entscheidung in der Hauptsache zu erstreiten, ohne daß eine Vernichtung der Unterlagen durch Umstände außerhalb des Prozesses – über die dargestellte Verwaltungspraxis hinaus – geboten war.“

Abschrift: - 9. JA. 1983

Offentliche Sitzung
des Verwaltungsgerichts Kassel
Am. 19/3 E 242/76

Kassel, den 10.11.1982

Engang
10.11.1982
11.11.1982
12.11.1982
13.11.1982
14.11.1982
15.11.1982
16.11.1982
17.11.1982
18.11.1982
19.11.1982
20.11.1982
21.11.1982
22.11.1982
23.11.1982
24.11.1982
25.11.1982
26.11.1982
27.11.1982
28.11.1982
29.11.1982
30.11.1982

Verwaltungsgericht Kassel

Anwesend:

Vizepräsident des VG Bötzing	als Vorsitzender,
Richter am VG Dr. Zyak	als Richter,
Richter am VG Kassel abgeordnete Richter am AG Spies	als Richter,
Angestellter Fischer	als chronistische Richter
Hausfrau Gebria	

In dem Verwaltungsstreitverfahren
des Herrn Hans Roth, Rellies Al. 1500 Damm-14-Dottendorf,
Klagers,

bevollmächtigt: Rechtsanwalt P. Seebach u.a.,
Dorfstraße 75, 3500 Norburg/L.,

9 4 8 8 8

den Land Hessen,
vertreten durch den Hessischen Minister des Innern,
Friedrich-Ebert-Allee 12, 6300 Wiesbaden,
Beklagten,

um Vernichtung von Verfassungsschutzakten

1. Der Kläger in Person
und Rechtsanwalt Becker

2. Für den Beklagten:
Ministerialrat Jens
- unter Bezugnahme auf seine allgemeine Bevollmächtigung
bei den Generalakten des Gerichts -

Dem Gericht liegen folgende Beilagen vor, die zum Gegenstand
der mündlichen Verhandlung gesucht werden:

a) Gerichtsakten, 2 Bände
b) Beilagen, betreffend das Verfahren IV E 497/76

Der Beklagte erklärt, die Akte sei in Gegenwart der Unterschrift
durch den Reißwolf vernichtet worden und die Löschung der
Speicherung automatisch durch Eingabe in den Datengebr
erfolgt.

Er legt vor: das Protokoll über die Vernichtungsverhandlung und
die Lösungsverhandlung vom 25.3.1981 in
Original, versehen mit jeweils einem Stempel des
Hess. Minister des Innern und des Landesamtes für
Verfassungsschutz, die nach Eingang des Schriftst
satzes vom 4.11.1982 hinzugefügt wurden.

Der Kläger erklärt den Rechtsstreit in der Hauptsache ebenfalls
für erledigt.

v. u. g.

Nach geheimer Beratung wird öffentlich folgende Entscheidung
verkündet:

1. Der Beklagte hat die Kosten des in der
Hauptsache erledigten Verfahrens zu tragen
2. Der Streitwert beträgt 1.000,- DM.

Gründe

Nach den übereinstimmenden Erledigungserklärungen der Be-
teiligten ist gemäß § 161 Abs. 2 VwGO über die Kosten des
Verfahrens nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung

- 3 -

bisherigen Sach- und Streitstandes zu entscheiden.
Nach fallen die Verfahrenskosten dem Beklagten zur
Last, weil er mit der Vernichtung der fraglichen Unter-
lagen dem Kläger die Möglichkeit genommen hat, eine ihm
den Kosten freistellende Entscheidung in der Hauptsache
erstreiten, ohne daß eine Vernichtung der Unterlagen
durch Umstände außerhalb des Prozesses – über die darge-
stellte Verwaltungspraxis hinaus – geboten war.

Streitwertfestsetzung beruht auf § 13 Abs. 1 des
Streitwertgesetzes i. d. Fassung vom 14.12.1975.

Rechtsmittelbelehrung

Dieser Beschluß ist mit Ausnahme der Streitwertfestsetzung unanfechtbar (Art 238
des Grundgesetzes zur Errichtung der Gerichte in der Verwaltungs- und Finanzgerichtssta-
bel vom 31.03.1978, BGBl. I S. 446).

Gegen die Streitwertfestsetzung ist die Beschwerde möglich, wenn der Wert des Be-
schwerdegegenstandes 100,- DM übersteigt.

Die Beschwerde ist bei dem
Verwaltungsgericht Kassel
Brüder-Grimm-Platz 3
3500 Kassel

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen
Sie ist nur innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache
Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, zulässig.

Der Vorsitzende: Der Schriftführer:
Bötzing Heuser

Ausgefertigt:
Kassel, den 13. NOV. 1982
Angestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
des Verwaltungsgerichts Kassel

VERWALTUNGSGERICHT KASSEL

„Irrtümer und Fehler der verschiedensten Stellen“ - oder doch eher folgender Grund: „Die Wiesbadener Verfassungsschützer wollen den Spruch nicht gelten lassen. Sie kündigten

Beschwerde an, denn hier gehe es ... „um **Grundsätzliches über die Landesgrenzen hinaus?**“
Um was genau?

Die Verfahrenskosten fielen zu 100% „dem Beklagten zur Last“. Aber Hans Roth war nicht nur die Möglichkeit genommen worden, eine „Entscheidung in der Hauptsache zu erstreiten“:

„Ich hätte nie gedacht, daß ein **Berufsverbot ein Leben lang**⁸³ dauern kann, daß man nicht seinen Beruf ausüben darf, dass man seine beruflichen Einnahmen überhaupt nicht mehr bekommt“, sagte Alfred Grosser in „Report Mainz“⁸⁴, und Gerhart Baum „Die wichtigste Pflicht des Landes Hessen wäre ihn moralisch zu rehabilitieren. Ihm zu sagen, **daß er keinen Grund gegeben hat**, ihn als Lehrer abzuweisen.“

Aber einen Grund mußte es doch gegeben haben. Welchen?

41. „Olt. Roth bewies Zivilcourage“. Das „DDR-Papier“ aus der Requête in Strasbourg

Bei dem Versuch, beiden Protagonisten des Dramas⁸⁵, Krimis⁸⁶ oder Märchens⁸⁷ „Der Freiherr und der Citoyen“ gerecht zu werden, wurde ich hin und her gerissen zwischen Friedrich August Freiherr von der Heydte, Brigadegeneral der Reserve, und seinem ehemaligen Studenten Hans Roth, Oberleutnant der Reserve, zwischen „Muß ich sterben, will ich fallen“⁸⁸ und „Okzitanische Kirschen“⁸⁹, zwischen „Das Manifest der Abendländischen Aktion“⁹⁰ (von dem mein Freiherr so begeistert war⁹¹) und „Aufrichten oder Abrichten“⁹², zwischen „Der moderne Kleinkrieg“⁹³ und „Stumme können selber reden“⁹⁴. Und immer wieder neue alte Dokumente tauchten aus der Versenkung auf.

Auf S. 10 seiner Eingabe (Requête) bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Strasbourg⁹⁵ hatte Hans Roth geschrieben: „Prof. Dr. **Martin Hirsch** hatte den

⁸³ vgl. „Hochschulen/ Relegation: Athener Format“ in DER SPIEGEL 10/1969, S. 74-76:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45763619.html>

⁸⁴ Sendung von „Report Mainz“ vom 1.12.2008 als Video mit Sendemanuskript auf

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

⁸⁵ erträumter Autor war und ist Rolf Hochhuth („Der Stellvertreter“)

⁸⁶ erträumter Autor wäre Wolfgang Schorlau („Denglers xter Fall: „Die Akte Roth“)

⁸⁷ Mein kürzestes Märchen: „Ich bin ein Königssohn“, sagte die Prinzessin, und alles Zureden half nichts. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.“ Hier wäre es „Das Märchen vom armen Oberleutnant“, dessen Republik sagt: „Ich bin ein souveräner Rechtsstaat ...“

⁸⁸ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...’.Ein ‚Zeitzeuge’ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

⁸⁹ „Okzitanische Kirschen. Auf Nebenwegen durch Frankreichs Süden. Ein Reisebuch“; Gießen 1987

⁹⁰ Dr. Gerhard Kroll: „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951 (Neues Abendland)

⁹¹ „Recht. Von der Heydte. Elf Vierzehntel. Professor Friedrich August Freiherr von der Heydte, Rechtsgelehrter, Brigadegeneral der Reserve und Ritter vom Heiligen Grab, focht um Ehre und Menschenwürde. Er verlor den Kampf - zu elf Vierzehnteln“ in DER SPIEGEL 10/1965 vom 3.3.1965:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html>

⁹² Hans Roth: „Aufrichten oder Abrichten. Erfahrungen eines Hauptschullehrers“, Frankfurt/ Main 1980

⁹³ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

⁹⁴ Marie Veit (Hrsg.): „Stumme können selber reden. Praxisberichte aus dem Religionsunterricht an Haupt- und Sonderschulen. Von Wilma Berkenfeld, Leony Peine und Hans Roth“, Wuppertal 1978

⁹⁵ siehe Drittes Buch, S. 80-96

Beschwerdeführer⁹⁶ nach einer gemeinsamen Fernseh-Aussprache⁹⁷ zu sich in seine Karlsruher Kanzlei geladen und ihm dort zweierlei eröffnet: zum einen offenbarte er sich völlig überraschend als **Autor des Notstandsartikels 87a** und gab damit zu erkennen, daß eine frühere konfliktreiche Auseinandersetzung des Ex-Offiziers in Sachen Notstands-Gesetz³⁸ zum **Kern des geheimen Dossiers** gehört³⁹ – er sagte wörtlich: „Sie waren der einzige Offizier, der in meinem Sinn gehandelt hat ...“; zum anderen gab er einen mehr versteckten als veröffentlichten Text des **Verfassungsgerichts-Präsidenten und ehemaligen Bundesinnenministers Dr. Ernst Benda** zu lesen, dessen Philosophie sich so zusammenfassen läßt: Wer die Daten hat, hat die Macht. – Damit war ein doppelter Schlüssel zum verstehen gegeben, nicht nur für den Beschwerdeführer.⁴⁰

Die Fußnoten waren:

³⁸ s. Anlage Z; aus zugespielten Dokumenten weiß der Beschwerdeführer, daß der beiliegende Artikel zu einer Waffe im Kalten Krieg wurde: ein DDR-Papier mit der Überschrift „Olt Roth bewies Zivilcourage“ wurde an Bundeswehr-Soldaten geschickt

³⁹ **das damit im Kern kein Verfassungsschutz-Dossier sein kann**

⁴⁰ Rückfragen bei Prof. Dr. Martin Hirsch (Adresse)“

„Ein DDR-Papier mit der Überschrift „Olt Roth bewies Zivilcourage“ wurde an Bundeswehr-Soldaten geschickt“. Anscheinend war mir eben dieses „DDR-Papier“ zugeschickt worden:

„Olt. Roth bewies Zivilcourage

Herr Oberleutnant Roth hat das Kind beim Namen (unleserlich): Jeder Soldat sollte sich für einen Notstandseinsatz (unleserlich) [Dieser Text befindet sich in dem Photo, und die Kopie war ziemlich schlecht; eigene Anmerkung]

Der in der Bundesrepublik zur Zeit ranghöchste Kriegsdienstverweigerer ist Hans-Werner Roth aus Gießen. Seine Kriegsdienstverweigerung wird von der Führungsspitze gehütet wie ein militärisches Geheimnis. Der Protest eines Offiziers gegen jeden Notstandseinsatz könnte Unruhe in die Truppe tragen.

Nach Verabschiedung der Notstandsgesetze schrieb Oberleutnant Roth einen Brief an die Schmalspuroffiziere des Kreiswehersatzamtes in Gelsenkirchen. Darin stand u.a.: ‚Mir, einem Offizier der Bundeswehr, will es nicht mehr gelingen, hinter der Formulierung des Notstandsartikels 87a etwas anderes zu sehen als grünes Licht für den Einsatz der Armee gegen die eigenen Landsleute.‘

Olt. Roth zieht daraus die Konsequenz: ‚Einer Armee, die sich auf den Bürgerkrieg einschießt – Anti-Demonstranten-Züge wurden bereits aufgestellt – kann ich nicht angehören. Deshalb schicke ich Ihnen meinen Wehrpaß zurück.‘ Roth mußte lange auf eine Antwort aus Gelsenkirchen warten. Monate später teilte das erwähnte Kreiswehersatzamt dem jungen Offizier lakonisch mit, er sei als ‚Kriegsdienstverweigerer anerkannt‘.

Roth erhielt diesen Bescheid, ohne je vor einer Prüfungskommission, wie es immerhin das Gesetz vorschreibt, vernommen worden zu sein. Es liegt die Vermutung nahe, daß gewisse Leute in der Führungsspitze jegliches Aufsehen vermeiden wollen. Nur ein kleiner dezenter Vermerk im Wehrpaß macht darauf aufmerksam, daß mit Roth im ‚Ernstfall‘ nicht zu rechnen ist. Warum diese Heimlichtuerei?

Durch diese inoffizielle, heimliche Regelung zur Ausschaltung des ehemaligen linientreuen und braven Soldaten Roth sollte nichts anderes erreicht werden, als daß in der Truppe keine Diskussion über den Notstandseinsatz entsteht. Der Fall Roth wurde totgeschwiegen. Die

⁹⁶ Immer wieder mußte ich lachen: „Er ist großartig.“ – „Wer?“ – „Na, Ihr!“ – „Ach, er.“ Das ist mir aber immer noch sympathischer als Friedrich August Freiherr von der Heydtes „Unsere Studie zeigt“; er rutscht mehrfach lieber in den pluralis majestatis – oder wessen Studie ist das, die er unter seinem Namen veröffentlicht?

⁹⁷ ZDF, 16.2.1984, „5 nach 10“ mit dem Thema „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“

Bundeswehr hat jedoch wider Willen eingestanden, daß sich die Soldaten aufgrund der Notstandsgesetze von ihrem Eid entbunden fühlen können.“

Direkt unter diesen Zeilen, räumlich eingebettet in den Artikel, befindet sich in einem Kästchen folgender Text:

„Der Wähler hat das Wort

Der Bund sollte sich von solchen Generalen wie Schnez, Molinari, Karst und Wagenknecht und Wagenknecht trennen, die aus ihrer Sympathie für die faschistischen Diktatoren Griechenlands keinen Hehl machen. Minister Helmut Schmidt sollte aber auch jenen Offizieren den ‚Laufpaß‘ geben, die ihre Soldaten im Sinne der neonazistischen NPD zu erziehen versuchen.

Kanonier Alfred T., 3 Hannover“



Olt Roth bewies Zivilcourage

Herr Oberleutnant Roth hat
— Kind beim Namen
Jeder Soldat sollte sich für sein
Notstandseinsatz zu ...

Der in der Bundesrepublik zur Zeit ranghöchste Kriegsdienstverweigerer ist Hans-Werner Roth aus Gießen ● Seine Kriegsdienstverweigerung wird von der Führungsspitze gehütet wie ein militärisches Geheimnis ● Der Protest eines Offiziers gegen jeden Notstandseinsatz könnte Unruhe in die Truppe tragen.

Nach Verabschiedung der Notstandsgesetze schrieb Oberleutnant Roth einen Brief an die Schmalspuroffiziere des Kreiswehrratsamtes in Gelsenkirchen. Darin stand u. a.: „Mir, einem Offizier der Bundeswehr, will es nicht mehr gelingen, hinter der Formulierung des Notstandsartikels 87a etwas anderes zu sehen als grünes Licht für den Einsatz der Armee gegen die eigenen Landsleute.“ Olt Roth zieht daraus die Schlußfolgerung: „Einer Armee, die sich auf den Bürgerkrieg einschießt – Antidemonstranten-Züge wurden bereits aufgestellt –, kann ich nicht angehören. Deshalb schicke ich Ihnen meinen Wehrpaß zurück.“ Roth mußte lange auf eine Antwort aus Gelsenkirchen warten. Monate später teilte das erwähnte Kreiswehrratsamt dem jungen Offizier lakonisch mit, er sei als „Kriegsdienstverweigerer anerkannt“. Roth erhielt diesen Bescheid, ohne je vor einer Prüfungskommission, wie es immerhin das Gesetz vorschreibt, vernommen worden zu sein. Es liegt die Vermutung nahe, daß gewisse Leute in der Führungsspitze jegliches Aufsehen vermeiden wollten. Nur

ein kleiner dezenter Vermerk im Wehrpaß macht darauf aufmerksam, daß mit Roth im „Ernstfall“ nicht zu rechnen ist. Warum diese Heimlichtuerei? Durch diese inoffizielle, heimliche Regelung zur Ausschaltung des ehemaligen linientreuen und braven Soldaten Roth sollte nichts anderes erreicht werden, als daß in der Truppe keine Diskussion über den Notstandseinsatz entsteht. Der Fall Roth wurde totgeschwiegen. Die Bundeswehr jedoch hat wider Willen eingestanden, daß sich die Soldaten aufgrund der Notstandsgesetze von ihrem Eid entbunden fühlen können.

Der Wähler hat das Wort

Der Bund sollte sich von solchen Generalen wie Schnez, Molinari, Karst und Wagenknecht trennen, die aus ihrer Sympathie für die faschistischen Diktatoren Griechenlands keinen Hehl machen. Minister Helmut Schmidt sollte aber auch jenen Offizieren den „Laufpaß“ geben, die ihre Soldaten im Sinne der neonazistischen NPD zu erziehen versuchen.

Kanonier Alfred T., 3 Hannover

42. Die Verfassungswirklichkeit des Staates, in dem wir leben (Otto Köhler, 14.8.1967). Brigadegeneral Freiherr von der Heydte ... ausgerechnet in der Deutschen National-Zeitung

„Anschlag auf den Staat“ hieß ein Artikel von Otto Köhler, der 1967 im „Spiegel“ erschien⁹⁸. Der letzte Abschnitt des ehemaligen Medien-Kolumnisten beim „Spiegel“, Redakteurs bei „Pardon“ und „konkret“, der für „WDR“, „Deutschlandfunk“, „Stern“, „Zeit“ und die Gewerkschaftszeitung „Metall“ arbeitete, in „Junge Welt“, „Freitag“ und der Zweiwochenschrift „Ossietsyky“ schrieb und Bücher zu geschichtlichen und politischen Themen veröffentlichte, lautete:

„Nein, es wäre ein Anschlag auf unseren Staat - so wie er ist -, wollte man die ‚National-Zeitung‘ verbieten, deren Verlagsleiter Emmerich Giel immerhin als CSU-Ortsvorsitzender in München mitten im demokratischen Leben steht. Und schließlich ließ ein in Pressefragen so sachkundiger Mann wie der CSU-Abgeordnete und Brigadegeneral Freiherr von der Heydte seine zündenden Aufsätze („Zuchthaus für Verzichtpolitiker“) ausgerechnet in der ‚National-Zeitung‘ veröffentlichen. Nein, wer die ‚National-Zeitung‘ verbieten will, der tastet vielleicht nicht das Grundgesetz selig, aber doch die Verfassungswirklichkeit des Staates an, in dem wir leben.“



Im Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsident Alfons Goppel.

99

Weiter vorne zitierte Otto Köhler Schlagzeilen aus der „Deutsche National-Zeitung“:

- „Juden zersetzen Deutschland“
- „Die Fälschungen über Hitlers Schuld“
- „Wird Deutschland verraten und verkauft?“
- „Deutsche wollt ihr ewig sühnen?“

und führte aus: „Bei den letzten bayrischen Landtagswahlen veröffentlichte die ‚National-Zeitung‘ einen Wahlaufuf („Schlagt die Linke, wo ihr sie trifft!“) für den ‚hervorragenden Ministerpräsidenten Goppel‘ (CSU).

Bei den Niedersachsen-Wahlen empfahl sie unter dem schönen Motto ‚Rettet die Freiheit!‘ gleichfalls die CDU, und vor der Wahl des neuen Bundeskanzlers richtete das Blatt ‚die Hoffnung aller Nationalen‘ auf Kurt Georg Kiesinger.“

1967.

„Unsere Verfassungswirklichkeit hat sich schließlich schon viel zu weit von unserer Verfassung entfernt, als daß wir unseren Menschen begreiflich machen könnten, was am Kampf der ‚National-Zeitung‘ eigentlich strafbar sein soll. **Verfassungsfeindlichkeit ist für viele Bundesbürger allein mit dem Kommunismus identisch.**“

⁹⁸ DER SPIEGEL 34/1967 vom 14.8.1967: www.spiegel.de/spiegel/print/d-46351651.html, als PDF: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/46351651>

⁹⁹ „Im Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel.“, in Friedrich August Freiherr von der Heydte: „„Muß ich sterben, will ich fallen...“. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinkel)

„Ein in Pressefragen so sachkundiger Mann wie der CSU-Abgeordnete und Brigadegeneral Freiherr von der Heydte“, schreibt Otto Köhler und ruft damit dessen zahlreiche Klagen gegen verschiedene Zeitungen und Zeitschriften ins Gedächtnis, u.a. die gegen den „Spiegel“ wegen „Landesverrats“¹⁰⁰ und gegen die „Frankfurter Rundschau“¹⁰¹.

DEUTSCHLAND

ZEITGESCHICHTE

VON DER HEYDTE

General-Anzeiger

(siehe Titelbild)

Der Vorschlag des Verteidigungsministeriums, den Oberst der Reserve von der Heydte zum General der Reserve zu befördern, ging im Bundespräsidialamt Ende Juni dieses Jahres ein.

Der bayrische Freiherr selbst: „Ein absolut einmaliger Fall, es hat in Deutschland noch nie einen General der Reserve gegeben. Ich weiß auch, daß der Herr Bundespräsident deswegen lange gezögert hat.“

Der ehemalige Fallschirmjäger von der Heydte, der General werden wollte, zögerte im Gegensatz zu Heinrich Lübke keineswegs. Wie er es auf Kreta und im Reichswald gelernt hatte, sprang er am 6. Juli 1962, offenkundig zur Entlastung seines F1bag-bedrohten obersten Befehlshabers Strauß, tollkühn hinter den feindlichen Linien ab.

Er ließ in dem Würzburger Katholiken-Blättchen „Deutsche Tagespost“ einen aggressiven Aufsatz erscheinen, der anschließend vom CDU-finanzierten Kölner „Rheinischen Kreis“ als Flugblatt vertrieben wurde. Heydte brandmarkte die Kritiker des Franz-Josef Strauß als „gesinnungslose Publizisten“ und den SPIEGEL als landesverräterisches Organ.

Nachdem ihm ein Hamburger Gericht die weitere Verbreitung seiner Erkenntnisse verboten hatte, zeigte der Fallschirmjäger, dessen Beförderung noch immer im Präsidialamt schlummerte, den SPIEGEL bei der Bundesanwaltschaft an. Vorwurf: Landesverrat und landesverräterische Fälschung.

Am 23. Oktober wurden in Karlsruhe die Haft- und Hausdurchsuchungsbefehle gegen die SPIEGEL-Redakteure unterzeichnet. Einen Tag zuvor,



Reserve-General von der Heydte: „Wir sind klerikal — und bleiben klerikal“

Und was schrieb Friedrich August Freiherr von der Heydte selbst?

„Wesentlich ist dabei, daß dieser e i n e Mann an entscheidender Stelle im staatlichen Behördenapparat unerkannt bleibt. Zeigt er seine Sympathien für die Guerilleros von morgen zu früh, so ist er für diese wertlos geworden, ja unter Umständen sogar Belastung oder Gefahr.

Unter den Multiplikatoren öffentlicher Meinung haben **Journalisten und Lehrkräfte** jeder Art als Einflußagenten der Guerilleros von morgen eine besondere Bedeutung. Genügen im Behördenapparat einige w e n i g e g e h e i m e Sympathisanten – einer an jeder wichtigen Stelle – so kommt es hier sowohl auf die große Zahl als auch darauf an, daß die Idee, für die die Guerilleros zu kämpfen sich anschicken, von den Journalisten und Lehrern, die für die gewonnen sind, auf ein gegebenes Zeichen hin – nach der ‚Stunde X‘ - v e r b r e i t e t wird. In welcher Form dies geschehen kann, hängt von der jeweiligen

¹⁰⁰ „Der General-Anzeiger“, Titelgeschichte des SPIEGEL 47/1962 vom 21.11.1962 zur „Spiegel-Affäre“, S. 55-66: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45124776.html>

¹⁰¹ „Recht. Von der Heydte. Elf Vierzehntel“ in DER SPIEGEL 10/1965 vom 3.3.1965: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html>

Situation ab. Bei der **Verschwörung ‚von oben‘** wird dies meist offen, wenn auch nicht allzu aufdringlich geschehen; bei einer Konspiration ‚von unten‘ ist hingegen in der Regel ein **verstecktes, unauffälliges Vorgehen der Meinungsmanipulatoren** ratsam oder notwendig.¹⁰²

Ein „Mann an entscheidender Stelle“ und „ein verstecktes, unauffälliges Vorgehen der Meinungsmanipulatoren“ – seine Worte ließen mich einfach nicht mehr los.

Wahrscheinlich wollte der Professor von der Heydte auch dem Franz-Josef Strauß keine Schwierigkeiten bereiten, als er mit seiner Landesverrats-Anzeige gegen den SPIEGEL jene Lawine lostrat, in deren stäubenden Wolken der Oberbefehlshaber nahezu unsichtbar geworden ist.

103

43. Gräber öffnen – Würde wiedererlangen. Exhumando fosas - recuperando dignidades. Eine Ausstellung in Berlin.

Dieses Kapitel trägt nichts zur faktenmäßigen Aufklärung des „Falles“ Hans Roth bei, weil es keinerlei Dokumente o.ä. enthält. Es sind sehr persönliche Erfahrungen, die ich Friedrich August Freiherr von der Heydte und meinen spanischen Freunden zu verdanken habe und die für mich wesentlich waren. Die folgenden Seiten haben viel mit dem Brief von

Friedrich August Freiherr von der Heydte
an den damaligen spanischen Außenminister
Martín Artajo vom 19.10.1953 zu tun¹⁰⁴:

„No sólo las sesiones del Centro Europeo de Documentación, sine toda la estancia en España fue para mí una experiencia única: he visto por primera vez un país que vive de la fe y con la fe informa su política; espero que este país será para una Europa sin fe o, por la menos, con una fe débil, estímulo, ejemplo y base. España es la conciencia católica de Europa.“

„Nicht allein die Tagungen des Europäischen Zentrums für Dokumentation, sondern der ganze Aufenthalt in Spanien war für mich eine einzigartige Erfahrung: Ich habe zum ersten Mal ein Land gesehen, das aus dem Glauben lebt und mit dem Glauben seiner Politik Gestalt gibt; ich hoffe, daß dieses Land für ein Europa ohne Glauben oder zum wenigsten einem kraftlosen Glauben eine Anregung, ein Vorbild und eine Basis sein wird. Spanien ist das katholische Gewissen Europas.“

¹⁰² Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 149; Weitstellung der Buchstaben im Originaltext

¹⁰³ Schlußzeilen von „Der General-Anzeiger“, Titelgeschichte des SPIEGEL 47/1962 vom 21.11.1962 zur „Spiegel-Affäre“, S. 55-66: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45124776.html>

¹⁰⁴ Zitiert nach Carlos Collade Seidel „En defensa de occidente. Perspectivas en las relaciones del régimen de Franco con los gobiernos democristianos de Alemania (1949-1966)“ [„Die Verteidigung des Abendlandes. Perspektiven in den Beziehungen zwischen Franco und den christdemokratischen Regierungen in Deutschland (1949-1966)“; eigene Übersetzung; in Javier Tusell, Susana Sueiro, José Marín und Marina Casanova (Hrsg.): „El régimen de Franco (1936-1975)“, Madrid 1993, Band 2, S. 481

zu tun und sind im Grunde eine einzige große Liebeserklärung an Federico Mayor Zaragoza, Baltasar Garzón¹⁰⁵, Emilio Silva, Matias Alonso, Miguel, Antonio, Marga, Joaquín, Luis, Concha, Laura, Nerea, Joe und all die Anderen.

Die Pressemitteilung der Deutschen UNESCO-Kommission¹⁰⁶ vom 3.9.2015 hatte es mir angetan. „Über 800 Studierende in Kenia und Uganda zu Unternehmern fortgebildet“, lautete sie, und am gleichen Tag bekam ich die Nachricht von Joe Dramiga, er habe „an der Aktion #BloggerFuerFluechtlinge teilgenommen und den Artikel ‚Nennt ihre Namen!‘ geschrieben. Nennt ihre Namen!“¹⁰⁷, wiederholte er und schickte mir den Link zum Artikel¹⁰⁷ mit der Bitte um Weitergabe.

Dieser Artikel endet mit einem „Epilog“, worin Joe Dramiga schrieb: „Ich war auch **Flüchtlingskind**. Meine Mutter floh vor dem blutigen Terrorregime Idi Amins aus **Uganda** nach Deutschland. Ich gehöre dem Volk der Acholi an und wurde in Bensberg geboren. Mein Großvater mütterlicherseits gab mir deshalb den Acholi-Mittelnamen **‚Otim‘**, was bedeutet: ‚Der in der Fremde Geborene‘.“

„Joe Dramiga ist Neurogenetiker und hat Biologie an der Universität Köln und am King’s College London studiert. In seiner Doktorarbeit beschäftigte er sich mit der Genexpression in einem Mausmodell für die Frontotemporale Demenz. Die Frontotemporale Demenz ist eine Erkrankung des Gehirns, die sowohl Ähnlichkeit mit Alzheimer als auch mit Parkinson hat. Zurzeit arbeitet er als freier Wissenschaftsjournalist und Online-Redakteur.“¹⁰⁸

„PM: Über 800 Studierende in Kenia und Uganda zu Unternehmern fortgebildet“ und „Nennt ihre Namen! ... Meine Mutter floh vor dem blutigen Terrorregime Idi Amins aus Uganda“ – diese beiden Nachrichten bekam ich innerhalb von drei Stunden, in denen ich gerade am Computer saß. Ein Zufall?

Für mich gibt es keine Zufälle; ich bin ein zutiefst religiöser Mensch. Einer meiner Propheten - es gibt so viele: Nelson Mandela, Martin Luther King, Mahatma Gandhi, Jesus bzw. Isa und viele andere mehr, Gott bzw. Jahwe bzw. Allah bzw. Haq (oder wie wir kleinen Schüler-Menschlein der/die/das „**Ich bin**“¹⁰⁹ auch immer nennen mögen) sei Dank! – meinte, wer Ohren habe, solle hören, wer Augen habe, solle sehen. So manches Mal entpuppten sich „Zufälle“ einfach als Wahrnehmungen: Manch ein gesprochenes Wort ließ mich aufhorchen, manch ein Augenblick öffnete mir die Augen, manch ein geschriebenes Wort ließ ich mir auf der Zunge zergehen und fand es geschmacklos, und manch eine Tatsache, die ruckbar wurde, brannte mir auf den Nägeln, ging mir unter die Haut und hinterließ ein schreckliches Gefühl.

Hören, sehen, schmecken, riechen, fühlen – ich versuchte, meine fünf Sinne beieinander zu halten; ich wollte nicht geblendet, betäubt, geschmack- oder gefühllos sein und mich nicht mehr riechen können!

Eine der schönsten Erinnerungen meines Lebens war die Antwort eines Kindes auf die Frage des Religionslehrers nach den „fünf Sinnen“ des Menschen. Die Schüler meldeten sich mit „Sehen“ und „Riechen“, und dieser kleine Prophet meldete sich und sagte „Lieben“. „Amen!“, dachte ich. Lieben ist der sechste Sinn.

Früher gab es die Fernsehsendung „Der siebte Sinn“, die vor Gefahren im Straßenverkehr warnte.

Für mich gibt es sieben Sinne, der berühmt-berüchtigte deutsche Volksmund nennt fünf. Damit wir unsere „fünf Sinne beieinander haben“, nicht „von Sinnen sind“ und unser Leben nicht sinnlos wird, brauchen wir aber auch den sechsten Sinn: Liebe. Glaube, Liebe

¹⁰⁵ <http://infopalancia.com/baltasar-garzon-acude-a-el-toro/>

¹⁰⁶ Deutschen UNESCO-Kommission e.V., Colmantstraße 15 in 53115 Bonn, www.unesco.de/presse

¹⁰⁷ <http://www.scilogs.de/die-sankore-schriften/nennt-ihre-namen-bloggerfuerfluechtlinge/>

¹⁰⁸ <http://www.scilogs.de/die-sankore-schriften/author/dramiga/>

¹⁰⁹ In der Bibel sag Gott, man solle ihm keinen Namen geben – außer „Ich bin“. Ist das „das Sein“ in der Philosophie?

und Hoffnung – so erzählen die Propheten. Gerade verwandelte sich Joe Dramiga in einen davon; in einen Menschen, der in schlimmen Zeiten einfach an Wahrheiten festhält.

Zwar lebte ich nun auch schon seit Jahrzehnten „interkulturell“ und „interreligiös“ – nach meiner Heirat mit meinem ägyptischen Mann auch offiziell – , liebte meine Sprache¹¹⁰ wie Andere die ihrige¹¹¹, liebte meine Religion¹¹² wie Andere die ihrige¹¹³; und durch Armenier¹¹⁴ und Dersimer¹¹⁵, die ich in Köln hatte kennenlernen dürfen, hatte ich eine konkretere Vorstellung bekommen – sowohl von ihrem Leid¹¹⁶ als auch von meiner Verantwortung¹¹⁷ und meinem Glück¹¹⁸, daß ich in Deutschland geboren und kein Flüchtling war.

„Bevor die letzten Zeugen von uns gegangen sind“¹¹⁹ hieß die Überschrift zu einem Text von Yaşar Kaya aus Dersim, der mir vor einigen Jahren mit einem einzigen Wort ans Herz gewachsen war. Auf meine Frage, wie es sei, aus seiner Heimat geflohen zu sein und „in einem fremden Land“ leben zu müssen, hatte er geantwortet: „Das ist traurig.“

Bei einer Veranstaltung am 13.5.2013 im Düsseldorfer Landtag¹²⁰



121

hatte ich aber erlebt, wie schwierig Gespräche selbst oder gerade zwischen Betroffenen sein können – und wie lebenswichtig für uns alle eben diese Gespräche sind. Die DVD von dieser Veranstaltung, die ich über Yol-TV bekommen konnte, wünschte ich mir als Unterrichtsmaterial in allen möglichen Unterrichtsfächern, als Gesprächsgrundlage zu vielen Gesprächen im politischen Raum. Als hier nämlich Deutsche, vorwiegend sunnitische Kurden, vorwiegend christliche Armenier und vorwiegend alevitische Dersimer unterschiedlichen Alters auf einen Vortrag des Historikers Burak Çopur reagierten, wurden

¹¹⁰ Friedrich Schiller im Generalanzeiger über Poetry-Polis „Wut“: <http://www.general-anzeiger-bonn.de/lokales/bonn/Geballte-Wut-in-zehn-Sprachen-im-Haus-der-Vielfalt-Migrapolis-article254583.html>

¹¹¹ Zum Tag der Muttersprache am 21. Februar 2011:

<http://www.zazaki.de/deutsch/nadjawelttagmuttersprache.pdf>

¹¹² Ismail: <http://www.migrapolis-deutschland.de/index.php?id=1941>

¹¹³ Offener Brief an meine Brüder im Glauben: <http://www.migrapolis-deutschland.de/index.php?id=2306>

¹¹⁴ „Wir sind alle Armenier!“: <http://afz-ethnos.org/aktuelles/63-wir-sind-alle-armenier>

¹¹⁵ „Dersim ’38 nicht vergessen!?:“: <http://alevi.com/de/%E2%80%9Edersim-38i-xo-virra-meke-%E2%80%9Edersim-38-nicht-vergessen-%E2%80%9Edersim-38e-biraxe-meke-%E2%80%9Edersim/>

¹¹⁶ Der Schmerz, der seit 74 Jahren nicht enden kann: <http://dersim-tertele.com/de/content/der-schmerz-der-seit-74-jahren-nicht-enden-kann>

¹¹⁷ Zum 1. September: <http://www.migrapolis-deutschland.de/?id=2069>

¹¹⁸ Gutsein heißt, Böses zu unterlassen: <http://www.migrapolis-deutschland.de/index.php?id=2060>

¹¹⁹ <http://dersim-tertele.com/sites/default/files/Bevor%20die%20letzten%20Zeugen%20von%20uns%20gegangen%20sind....pdf>

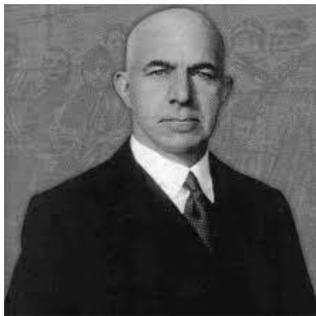
¹²⁰ <http://www.fdg-dersim.org/deutsch/index.php/aktuel/156-presse.html>

¹²¹ http://www.dersimdersim.com/wp-content/uploads/2013/05/941625_594580087240988_1560285106_n.jpg

Empfindlichkeiten unterschiedlichster Art berührt, was die Notwendigkeit eines äußerst behutsamen Umgangs miteinander belegte.

„Interkultureller Kompetenz als Schlüsselqualifikation“ – was kann das Anderes bedeuten als das Wissen um unsere gemeinsame Geschichte? Wie schnell überrollen wir die Gefühle unseres Nächsten wie mit einer Dampfwalze, ohne es auch nur zu merken – wie oft muß mein eigenes Nichtwissen meine Freunde aus der Türkei¹²² und aus Spanien¹²³ schon verletzt haben; sie kannten Goethe und Schiller – und wen kannte ich? Was wußte ich überhaupt?

Daß auch die Türkei viele Deutsche vor den Nationalsozialisten rettete, indem sie ihnen Zuflucht gewährte, wußte ich jedenfalls nicht; daß ich der Türkei also zum Beispiel Ernst Reuter und Paul Hindemith verdanke, war mir neu. Auch, daß es einen „türkischen Oskar Schindler“ gab: Behiç Erkin rettete als türkischer Botschafter in Frankreich etwa 20000 Juden durch Transport in die Türkei.



124

Wie dankbar war ich allen Beteiligten, vor allem aber Dr. Burak Çopur vom Institut für Turkistik an der Universität Duisburg-Essen für seine Präsentation „Herausforderungen und Chancen einer deutsch-türkischen Erinnerungskultur“.

Wahrscheinlich gibt es nichts Wichtigeres als die Vernetzung von „Migrantenselbstorganisationen (MSO)¹²⁵“, die in der „Zeitzeugenarbeit“¹²⁶ tätig sind. Etwas näher hatte ich mich mit dem „Oral History-Projekt Dersim 1937/38“¹²⁷ befassen können¹²⁸, und die Arbeit dieses Projekts¹²⁹ entsprach exakt den Bemühungen der „Asociación para Recuperación de Memoria Histórica“¹³⁰, die ich in Spanien kennenlernen durfte.¹³¹

Sehr oft führen entweder Betroffenheit oder Unwissenheit - und wie oft beides zusammen - zu massiven Störungen in einer Kommunikation¹³², verhindern eine wirkliche Mit-Teilung, einen wahren Austausch von Informationen. Gespräche etwa zwischen

¹²² <http://dersim-tertele.com/index.php/de/dersim/beitraege/item/91-gespraech-der-fdg-delegation-mit-dem-stell-tuerkischen-ministerpraesidenten-buelent-ar-nc-am-2-dez-2011>

¹²³ <http://memoriahistorica.org.es/s6-general/c38-opinion/la-impunidad-es-una-materia-dura-y-abundante-en-el-subsuelo-de-nuestra-democracia/>

¹²⁴ Behiç Erkin, Quelle: Prof. Dr. Arnold Reisman: „An Ambassador and a Mensch“

¹²⁵ wengleich ich dieses Wortungeheuer aus 1000 Gründen nicht mag

¹²⁶ Auch dieses Wort gefällt mir nicht. Es geht um „Betroffene“ und „Überlebende“

¹²⁷ <http://dersim-tertele.com/index.php/de/dersim/beitraege/item/85-unterstuetzung-fuer-das-oral-history-projekt-dersim-1938-von-prof-deborah-dwork>

¹²⁸ <http://www.turkishforum.com.tr/de/content/wp-content/uploads/2011/06/F%C3%BCr-das-Oral-History-Projekt-Dersim-38.pdf>

¹²⁹ <http://dersim-tertele.com/index.php/de/dersim/beitraege/item/87-heilige-erde-unter-druck-von-hueseyin-kaya>
www.memoriahistorica.org

¹³⁰ „Gräber öffnen – Würde wiedererlangen. Exhumando fosas - recuperando dignidades“ unter <http://afz-ethnos.org/index.php/aktuelles/102-exhumando-fosas-recuperando-dignidades>

¹³¹ <http://gruss-vom-bosporus.berliner-zeitung.de/2013/08/26/das-trauma-der-aleviten-eine-reise-nach-dersim/>; die Kommentare unter dem Artikel zeugen von der Schwierigkeit, über ein Thema zu sprechen bzw. den Anderen wahrzunehmen

Armeniern und Kurden, zwischen Kurden und Dersimern oder zwischen Pontos-Griechen und Türken sind ebenso belastet wie die Arbeit der ARMH in Spanien.

Was für mich ein wunderschöner Abschluß der Rede vom 13.5.2013 von Yaşar Kaya zum Zeitzeugen-Projekt der Menschen aus Dersim gewesen war –

„Helfen Sie uns bei unserer Arbeit, damit wir sie nachhaltig zur allgemeinen Verwendung bereitstellen können ... für alle Menschen, die die Wahrheit erfahren und in Frieden zusammenleben wollen. Denn nur die Wahrheit kann uns frei machen!“¹³³ –

diese Formulierung stieß in Spanien sowohl auf freundliche Aufnahme als auch auf Ablehnung¹³⁴, weil manch einer das Zitat aus der Bibel (Joh 8,32) in Anbetracht des vom Kardinal von Sevilla 1931 ausgerufenen „Kreuzzuges gegen die Roten und die Freimaurer“ bzw. des „National-Katholizismus“ Francos verständlicherweise kaum ertragen konnte.¹³⁵

Jo 8,32:



« Et cognoscetis veritatem; et veritas liberabit vos. »



Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica
memoria36@hotmail.com

Unwissenheit und Betroffenheit – Welch große Kräfte, gerade in der Zeitzeugenarbeit. Für mich ist es eine Katastrophe, wenn Jugendliche, die sich „Muslime“ oder „Salafisten“ nennen, vor laufender Kamera Menschen köpfen und jeden Tag fünfmal zu „Allah, dem

¹³³ <http://dersim-tertele.com/index.php/de/dersim/beitraege/item/90-rede-von-yasar-kaya-im-landtag>

¹³⁴ <https://www.facebook.com/436808436432907/photos/pcb.736910099756071/736908839756197/?type=1&theater>

¹³⁵ „Ich kann mir keinen größeren Betrug vorstellen.“ Immer und immer wieder dachte ich an Nelson Mandelas Satz.

Barmherzigen“ beten, wie es für mich ebenso eine Katastrophe war, als George W. Bush einen „Kreuzzug gegen das Böse“ ausrief und in Abu Ghuraib und Guantanamo gefoltert wurde¹³⁶. Daß Kriege im Namen welcher „Religion“ oder besser Konfession auch immer ausgerufen und geführt werden, ist für mich eine gigantische Perversion des Denkens, denn jede Religion spricht davon, daß wir alle Geschwister sind.

Erfahrungen prägen, und nur die unermüdliche Arbeit von Menschen, die sich für unbedingte Aufklärung, für wirkliche Wahrheitsfindung einsetzen und in der Zeitzeugenarbeit tätig sind, kann Sprachlosigkeit überwinden. Bislang wird Geschichte von den Siegern geschrieben; sie bestimmen, was wir wissen, welche Sprache wir sprechen, was die Schulbücher schreiben und die Museen zeigen dürfen. Wie lange noch?

Nur, wenn es uns gelingt, die Toten auf allen Seiten würdig zu bestatten,



können sich sowohl die Nachfahren der Täter als auch die Nachfahren der Opfer von der ewigen Spirale von Angst befreien – von der Angst vor Entdeckung oder der Angst vor weiteren Diskriminierungen. Immer wieder sehe ich, daß Menschen andere Menschen zu Gegnern oder sogar „Feinden“ erklären, die sie überhaupt nicht kennen, von denen sie überhaupt nichts wissen, und die Bilder sind dann immer die gleichen¹³⁷.

Lassen wir unsere Sterne funkeln¹³⁸ – unsere Sterne der Opfer auf allen Seiten, unsere Sterne der Wahrheit und des Anstandes, unserer Religion(en) und unserer freiheitlichen Gesellschaft. Erst, wenn nicht nur die Sieger die Geschichte schreiben, sondern auch die Verlierer, ja einzelne Opfer selbst zu Wort kommen und einzeln wahrgenommen werden¹³⁹, ist Empathie möglich. Wie hatte ich am 27.1.2013 geweint, als Norbert Lammert vom „Raub- und Vernichtungsfeldzug im Osten“ sprach¹⁴⁰ und Daniil Granin von den Tagebüchern einzelner Leningrader¹⁴¹. Das bedeutete Joe Dramigas „Nennt ihre Namen!“

Bei Zeitzeugenarbeit – wie bei jeder menschlichen Arbeit - kann es nie darum gehen, wer „der Beste“ ist¹⁴². Sie lebt und stirbt mit dem fortwährenden Versuch, möglichst viele zum Sprechen zu bringen, unsere Sprachlosigkeit zu überwinden; wir müssen miteinander ins Gespräch kommen.

Mein Traum ist es, daß sich die Zeitzeugenarbeiter untereinander vernetzen, daß wir uns unsere Erfahrungen mit-teilen, unsere Unbefangenheit Anderen gegenüber mit

¹³⁶ Heimat der Mutigen: <http://www.wdr5.de/sendungen/dok5/heimat-der-mutigen-100.html>

¹³⁷ „Wie sich die Bilder gleichen: 1992 Rostock-Lichtenhagen und 1993 Sivas“: <http://www.migrapolis-deutschland.de/index.php?id=2261>

¹³⁸ „Funkelt, Ihr Sterne am Himmel!“: <http://www.migrapolis-deutschland.de/index.php?id=2276>

¹³⁹ „Zum 27. Januar – Zwei Jahrestage und zwei Tagebücher“: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=15970>

¹⁴⁰ <http://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2014/001.html>

¹⁴¹ Rede von Daniil Granin am 27.1.2013; Video: <http://dbtg.tv/cvid/3078281>, PDF <http://www.tagesschau.de/rede-granin100.pdf>

¹⁴² „Schneller, höher, weiter oder Jetzt ist wieder Matthäus am Letzten!“: <http://www.migrapolis-deutschland.de/index.php?id=2282>

einbringen. Da, wo manches Gespräch abrupt endet, weil ein Trauma aufbricht, „Narbenstrukturen“ (Hans Roth) sichtbar werden, die ich auch „verbale Tretminen“ nenne, kann jemand aus einem anderen Land, einem anderen Kulturkreis, der diese Erfahrung aber auch kennt – der genau weiß, was „Betroffenheit“ und was „Befangenheit“ bedeuten – weiter sprechen. Manch ein „Republikaner“ aus Spanien kann einen Dersimer besser verstehen als manch ein Türke; auch ihm wurde seine Muttersprache (hier Katalanisch oder Baskisch, dort Zazaki bzw. Kirmancki) verboten, auch ihm wurde eine Konfession aufgezwungen (hier Francos National-Katholizismus, dort Moscheen statt Cems). Und wer Familie auch in arabischen Ländern und als Rheinländerin sowieso das, was manche „jüdisches Blut“ nennen, in den Adern hat, weiß, daß Blut dicker ist als Wasser.

Und so freute ich mich sehr über die Ausstellung „Gräber öffnen – Würde wiedererlangen. Exhumando fosas - recuperando dignidades“, die vom 2.9. bis zum 30.10.2015 in Berlin stattfand, veranstaltet von der „Deutsche Gesellschaft e.V.“, der „Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica“ und der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“.

„Spanien ist übersät mit Massengräbern – manche bekannt und als solche gekennzeichnet, längst nicht alle, und in einigen Gegenden, sagen die Zyniker, liegen mehr Tote vor den Friedhöfen als darin.“ So zitierte die im Jahr 2000 gegründete „Asociación para Recuperación de Memoria Histórica“¹⁴³ aus „Blutorangen“¹⁴⁴.

Wie dankbar war ich meinen spanischen Freunden, die es mir nicht verübelt haben, daß ich so lange überhaupt nichts davon wußte:

Nichts von den 114 000 Menschen, die die ARMH¹⁴⁵ wiederfinden will - Menschen, die seit 1936, dem Beginn des spanischen „Bürgerkrieges“^{146,147} „verschwanden“, irgendwo verscharrt, erschossen, erschlagen, weggeworfen, liegengelassen, in Straßengräben, Wüsten, unter Parkplätzen – irgendwo. Nur die Zeitzeugen erinnern sich noch – die Brüder, Söhne, Ehefrauen,

Nichts von der „Asociación para Recuperación de la Memoria Histórica“ (ARMH), die zur Zeit in Spanien mit bloßen Händen und Pinseln nach unbekanntem Opfern sucht.¹⁴⁸

Nichts von Emilio Silva, der mit Santiago Macías zusammen das Buch „Las fosas de Franco. Los republicanos que el dictador dejó en las cunetas. Prólogo de Isaías de Lafuente“ (Madrid 2003) geschrieben hat.

Nichts von Friedrich August Freiherr von der Heydte, der am 19.10.1953 an den spanischen Außenminister Martin Artajo schrieb: „España es la conciencia católica de Europa“¹⁴⁹. Und alljährlich versammelte er sich mit dem CEDI, dem „Centro Europeo de Documentación e Información“, mit Franco, Salazar, Strauß, Roegele und so vielen anderen hoch- und höchstrangigen Politikern, Militärs, Bankiers und Verlegern mehr vorzugsweise im Escorial, im Vaille de los Caídos, in Santiago de Compostela ...

¹⁴³ www.memoriahistorica.org

¹⁴⁴ <http://blutorangen.com/?p=36>

¹⁴⁵ <http://memoriahistorica.org.es/was-ist-der-verein-zur-wiedererlangung-der-historischen-erinnerung/>

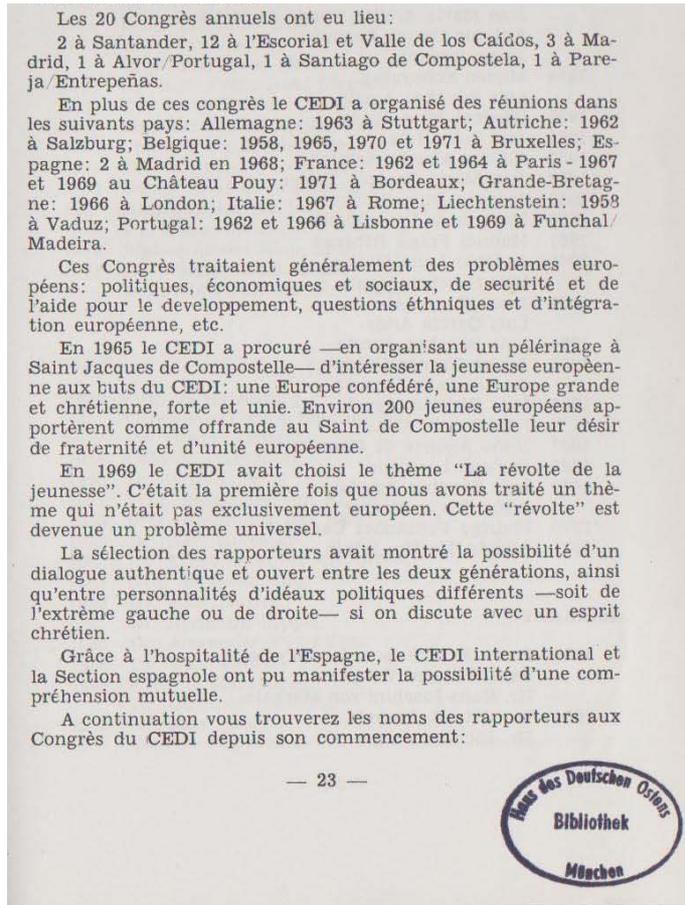
¹⁴⁶ https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/d2a06029_1

¹⁴⁷ Die „Legion Condor“ zerstörte Guernica

(http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/ca/Bundesarchiv_Bild_183-H25224%2C_Guernica_%2C_Ruinen.jpg); drei Jahre lang kämpften 15 000 deutsche Soldaten Hitlers und verhalfen Franco an die Macht.

¹⁴⁸ „Die Täter kennen wir, die Opfer nicht“, sagte eine spanische Prophetin zu mir.

¹⁴⁹ „El régimen de Franco (1936-1975)“, hrsg. von Javier Tusell, Susana Sueiro, José Marín und Marina Casanova, Madrid 1993, Bd. 2, S. 481



150

Auch das CEDI kannte ich bis vor kurzen nicht, obwohl das Escorial und das Vaille de los Caídos nicht eben unbedeutende Versammlungsorte, die Teilnehmer nicht gerade unbedeutende Figuren sind.

Auf dem Weg von Aachen nach Köln sieht man von der Autobahn in Höhe von Frechen in etwa 25 km Entfernung den Kölner Dom liegen.



Ähnlich verhält es sich, wenn man von Madrid nach El Escorial bzw. Vaille des los Caídos fährt: Weit in der Ferne steht dieses gigantische Kreuz.

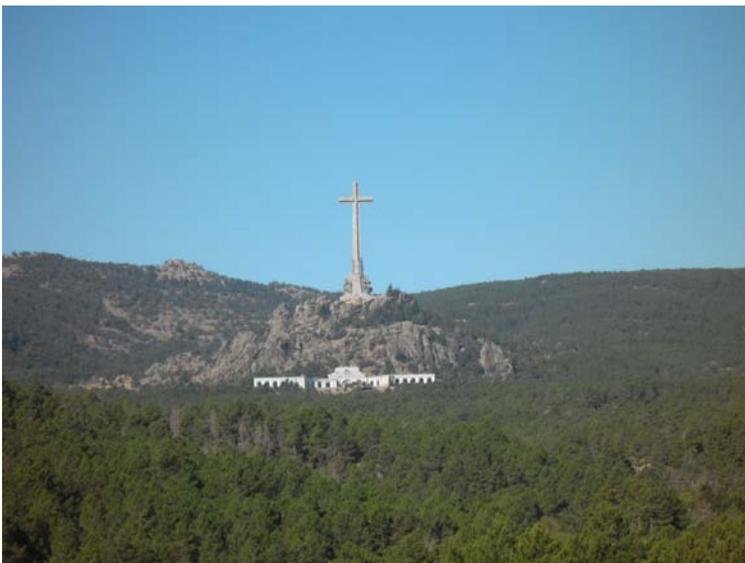
¹⁵⁰ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971, S. 23



Auf den Spuren von Friedrich August Freiherr von der Heydte war ich damals bis hierher gekommen.



Und ich habe damals etwas gesehen, was ich bis heute nicht verstehen kann.





Bis heute werde ich mit diesen Bildern nicht fertig. Diese Kirche, die nach dem „Spanischen Bürgerkrieg“ von Gefangenen in den Berg hineingeschlagen wurde; die Kirche, die man nur betreten darf, nachdem man wie am Flughafen kontrolliert wurde; die Kirche, in der man nicht fotografieren darf; die Kirche, die das Grab von Generalissimo Franco hinter dem Altar beherbergt; die Kirche mit den gigantischsten Engelsstatuen, die mit bedrohlicher Eiseskälte die Gebeine der 30000 Toten bewachen, die auch dort liegen.

Bisher war ich immer gern in Kirchen gegangen, und in jedem Gotteshaus habe ich irgendetwas gesehen oder erlebt, was mich religiös, also menschlich berührt hatte. Diese von Gefangenen ohne Maschinen in den Berg geschlagene Höhle war die erste „Kirche“, die nichts, aber auch rein gar nichts Menschliches hatte. Diese Basilika war eine in Stein gehauene gigantische Demonstration der Macht, also absolut unvereinbar mit meiner Vorstellung von Religion.

Meinen spanischen Freunden Marga, Joaquín, Joaquín, Alicia, Luis, Concha, Nerea und Laura verdanke ich, daß sie mir Bekanntschaften mit weiteren wunderbaren Menschen ermöglichten. So besuchte Emilio Silva mit mir Friedhöfe und gab mir einen Eindruck davon, wie unterschiedlich an Tote erinnert wird – so



oder so



oder eben gar nicht:



„Ecco homo!”

Und Matías Alonso Blasco, Miguel Mezquida Fernández und ihre „Grupo para la Recuperación de la Memoria Histórica (GPRMH)” schickten mich nicht in die Wüste, sondern nahmen mich mit und zeigten mir, wie eine „Kultur des Friedens” (Federico Mayor Zaragoza) wesentlich aussieht:



Was für großartige Menschen sind das, die in sengender Hitze mitten in der Sierra versuchen, Tote zu finden – Menschen, die einfach vergessen werden sollten.



Niemals werde ich irgendjemandem sagen können, wie ich meine spanischen Freunde liebe und wie dankbar ich ihnen bin.



151

Keiner der oben Genannten kannte Friedrich August Freiherr von der Heydte oder das CEDI, als ich sie danach fragte – wie konnte das sein?

Was wissen wir sonst noch alles nicht? Was wissen wir überhaupt von unserer Geschichte und also voneinander? Wer schreibt die Geschichtsbücher? Wer soll was wann über wen oder was (nicht) wissen?

Wer die Daten hat, hat die Macht.
Ich suchte Wahrheiten und fand Tote.

¹⁵¹ Grupo para la Recuperación de la Memoria Histórica (GPRMH)



152



153

Zeitzeugenarbeit ...

¹⁵² In der Sierra el Toro mit Miguel Mezquida Fernández und Matías Alonso Blasco

¹⁵³ Ein Freund ließ mir diese diese Bilder zukommen, leider ohne Quellennachweis.

44. Der Freiherr und sein Verteidigungsminister. Franz Josef Strauß in von der Heydtes CEDI. „Wer das Schwert ergreift, wird durch das Schwert umkommen.“

Zum 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß am 6.9.2015 liefen im Fernsehen mehrere Sendungen, und ich wunderte mich, daß so gar nicht von Friedrich August Freiherr von der Heydte („Lord Voldemort“) und seinem CEDI die Rede war. Dabei wären die Anlässe mehr als naheliegend gewesen.

Phoenix sendete zunächst die zweiteilige Dokumentation „Franz-Josef Strauß“ (Teil 1: „Der Aufsteiger“ / Teil 2: „Der König von Bayern“)¹⁵⁴. Es wurde über die Spiegelaffäre berichtet, der Name des „General-Anzeigers“¹⁵⁵ von der Heydte fiel wieder nicht.

Es folgte das Interview von Günter Gaus aus der Reihe „Zur Person“¹⁵⁶, das am 29.4.1964 erstmalig ausgestrahlt wurde und mich besonders mit einer Passage fesselte:

Günter Gaus fragte: „Warum gebrauchen Sie Formulierungen, wie zum Beispiel jene aus einer Rede im Oktober 1956 in Hollfeld, von der **Möglichkeit des Westens, die Sowjetunion auszuradieren, wenn es darauf ankomme?** Was ist der Grund, daß Sie zu Formulierungen greifen, die dann zwangsläufig zu einer Kontroverse um Ihre Person führen müssen?“

Und Franz Josef Strauß antwortete: „Ich habe heute schon einmal in einem anderen Zusammenhang, ohne es zu Ende zu führen, gesagt, daß man solche Dinge, Äußerungen – die im übrigen hier nicht genau zitiert sind, aber zum Teil so gebracht worden sind –, daß man nicht auf solche Äußerungen zurückgreifen kann, ohne den Zusammenhang der Dinge herzustellen. **Ich habe nie gesagt: Jemandem soll die Hand abfallen, bevor er ein Gewehr wieder ergreift**, sondern ich habe darüber gesprochen, daß der Staatsmann nicht zur Gewalt greifen darf nach dem Bibelwort: **„Wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert umkommen.“** Das steht nicht im Widerspruch zur legitimen Verteidigung.“

Da war sie wieder, diese merkwürdige **Kurzform von Mt 26,52**. Schon einmal¹⁵⁷ hatte sich mir die Frage aufgedrängt, ob Mt 26,52 („Converte gladium tuum in locum suum; omnes enim, qui acceperint gladium, **gladio peribunt**“ = „Tue Dein Schwert an seinen Platz; denn alle, die das Schwert ergreifen, werden durch das Schwert umkommen“) möglicherweise von Menschen, die sich „Christen“ nennen, nicht als Waffenverbot (wie von mir), sondern **als Warnung oder sogar Drohung interpretiert** wird: Gladio peribunt = Sie werden durch das Schwert umkommen.

„Warum gebrauchen Sie Formulierungen, wie zum Beispiel jene aus einer Rede im Oktober 1956 in Hollfeld, von der Möglichkeit des Westens, die Sowjetunion auszuradieren, wenn es darauf ankomme?“ Später sagte Franz Josef Strauß im Interview: „Aber zum Beispiel die Äußerung in Hollfeld hätte in demselben Sinn auch anders formuliert werden können.“ Aber sie ist eben so formuliert worden, und ein Jahr nach Einreihung der Bundesrepublik Deutschland in die NATO,

¹⁵⁴ Sebastian Dehnhardt und Manfred Oldenburg: „Franz-Josef Strauß (Teil 1: „Der Aufsteiger“ / Teil 2: „Der König von Bayern“), gesendet am 6.9.2015 auf Phoenix:

https://www.phoenix.de/content/phoenix/tv_programm/historische_ereignisse/988840

¹⁵⁵ „Der General-Anzeiger“, Titelgeschichte des SPIEGEL 47/1962 vom 21.11.1962 zur „Spiegel-Affäre“, S. 55-66: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45124776.html>

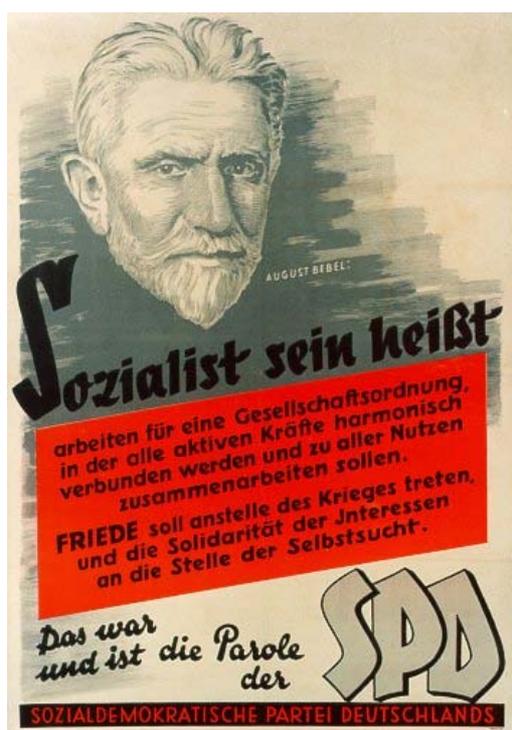
¹⁵⁶ nachzulesen unter http://www.rbb-online.de/zurperson/interview_archiv/strauss_franz_josef.html

¹⁵⁷ <http://www.heise.de/tp/foren/S-Blutige-und-schreckliche-Schlachten-Verdeckte-Operationen-Gladio/forum-152348/msg-26531387/read/>

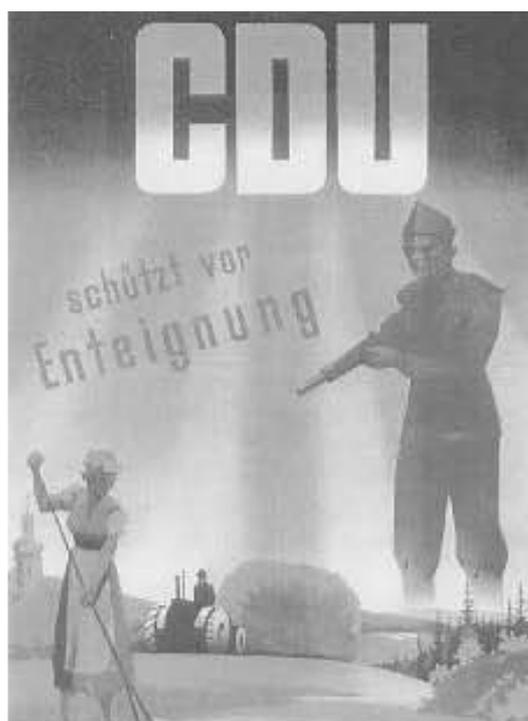


158

ein Jahr nach ihrer **Remilitarisierung**¹⁵⁹ mit den vielen **kampferprobten Soldaten**¹⁶⁰, die den Tod von 55 Millionen Menschen, darunter allein 27 Millionen Bürger der Sowjetunion, mit zu verantworten hatten — ist so eine Formulierung für mich wirklich einfach grauenhaft! Wie konnte Franz-Josef Strauß nur so etwas sagen?



161



162

¹⁵⁸ http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/JahreDesAufbausInOstUndWest_tilakatNatoSeineKameraden/index.html

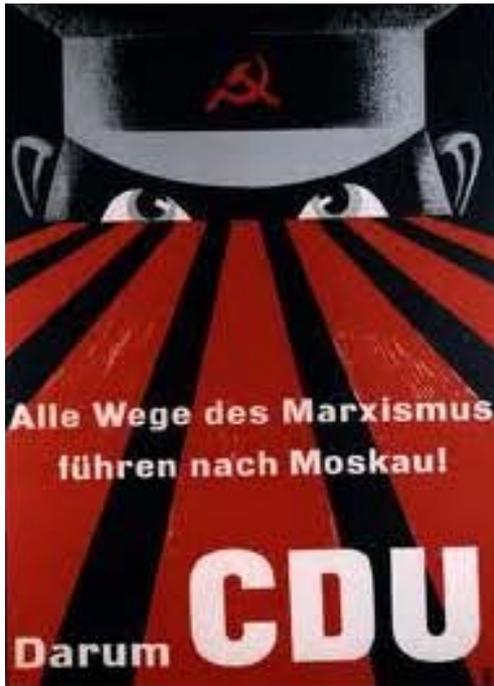
¹⁵⁹ „Trotz des von den Siegermächten auf der Potsdamer Konferenz gefassten Beschlusses zur vollständigen Entmilitarisierung Deutschlands kommt es im Zuge des Kalten Krieges schon bald zur Wiederbewaffnung.“ (<http://www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/Wiederbewaffnung/index.html>)

¹⁶⁰ wie etwa Friedrich August Freiherr von der Heydte und Franz Josef Strauß

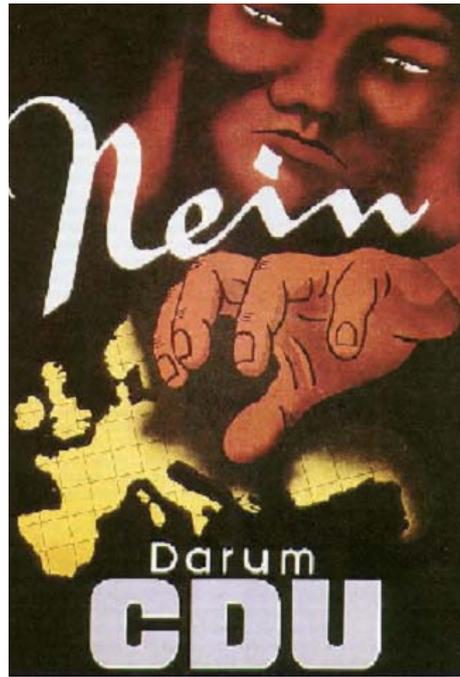
¹⁶¹ SPD-Plakat von 1949:

http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/Nachkriegsjahre_plakatSPD1946SozialistSeinHeisst/index.html

¹⁶² http://www.berthold-schulz.com/wahlplakate_bundestagswahl_1953.html



163



Wie konnte Franz-Josef Strauß so etwas sagen?



164

Was mir aber ganz besonders aufgefallen war: Franz Josef Strauß war zum Zeitpunkt dieses Interviews nicht mehr Verteidigungsminister. Der Vorwurf des „Landesverrats“ hatte ihn zu seinem Anruf in Spanien veranlaßt, woraufhin Conrad Ahlers an seinem Urlaubsort verhaftet worden war. Jede persönliche Beteiligung hatte Franz Josef Strauß geleugnet und mußte als Minister zurücktreten; allgemein wurde das Ende seiner Karriere erwartet.

¹⁶³ CDU-Plakat von 1953:

http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/JahreDesAufbausInOstUndWest_plakatCDUAlleWegedesMarxismus1953/index.html

¹⁶⁴ Das Plakat der SPD zur Bundestagswahl 1957 warnt vor einer Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen: http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/JahreDesAufbausInOstUndWest_plakatSPDAtomruetzungZeugtMassentod/index.html

Nun führte mich Mt 26,52 („Gladio peribunt“) immer wieder zum CEDI, wo hoch- und höchstrangige „christliche“, „abendländische“ Politiker und Militärs, Bankiers und Verleger sich vorzugsweise im Escorial alljährlich und an vielen anderen Orten nicht nur einmal im Jahr versammelten. Es war Georg von Gaupp-Berghausen¹⁶⁵, der Generalsekretär, **Major und Malteserritter**¹⁶⁶, der mir immer wieder neue Photos präsentierte. In seinem Vorwort schrieb zu „20 Jahre CEDI“ schrieb er:

„Dieses Buch soll anlässlich des XX. Jahreskongresses einen Überblick über das Leben und Wirken des CEDI in den vergangenen zwei Jahrzehnten geben. Eine Rückschau in Daten, Bild, Resolutionen, Zusammenfassungen und Pressekommentaren. ... Ein Erinnerungsband, der dem Charakter der Arbeit des CEDI gerecht werden soll, dieser Arbeit, die im wesentlichen den menschlichen **Kontakten** gegolten hat Diesen menschlichen Kontakten, die ein oder zwei Jahrzehnte hindurch gehalten haben, war **in der politischen Praxis viel zu verdanken**. Bei den Wenigen, die ‚nur vorübergehend‘ beim CEDI partizipiert haben, oder ‚aus politischen Rücksichten‘ nicht offiziell in Erscheinung treten wollten, hat das CEDI trotzdem seine **Spuren hinterlassen**. Auch diese kurzfristigen Freunde haben die menschlichen Kontakte des CEDI persönlich immer wieder in Anspruch genommen. ... Die Erfolge figurierten **offiziell nie unter dem Namen des CEDI**, doch wußte man sehr wohl, wem sie zu verdanken waren.“

Und so sehe ich die vielen Photos mit Generalissimo Franco, Juan Carlos, Friedrich August Freiherr von der Heydte, Franz Josef Strauß, Otto von Habsburg u.v.a.m. - und auch die Listen der „rapporteurs“, u.a. aus

Spanien

[Alfredo Sánchez Bella, José Solís Ruiz, José Maria Otero Navascués, Général Antonio Alcubilla, Général Gerardo Caballero, José Maria Areiliza, conde de Motrico, Antonio Correa Veglison, Jorge Jordana (1953), Miguel Echegaray, Luis Sánchez Agesta (1954). Général Jorge Vigón (1955), José Solís Ruiz (1956), Alberto Martín Artajo (1957), José María Cordero Torres (1958), Joaquín Ruiz Giménez (1959), Marquis de Valdeiglesias (1960), Manuel Fraga Iribarne (1961), Antonio Luna García, Luis Sánchez Agesta (1962), Jesús Fueyo Alvarez, Luis García Arias (1963), Luis Sánchez Agesta (1964), Adolfo Tornos Cafranga, José Serrano Carvajal (1965), Luis Sánchez Agesta, Luis García Arias (1966), Nuño Aguirre de arcer (1967), Enrique Larroque (1968), Luis Sánchez Agesta, Jesús Fueyo Alvarez (1969), Rodrigo Fernández Carvajal (1970), Alberto Martín Artajo (1971)]

und Deutschland

[Prof. Dr. Frh. von der Heydte, Paul Wilhelm Wenger, Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1953), Dr. Otto B. Roegele, Dr. Richard Jaeger (1954), Pater Dr. Gustav Grundlach S. J., Dr. Richard Jaeger (1955), Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1956), Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1957), Dr. Otto Georg Pirkham, Dr. Westrick (1958), Dr. Alfons Dalma (1959), Ernst Majonica, MdB (1960), Dr. Hans-Joachim von Merkatz, Ernst Majonica, MdB (1961), Dr. h.c. Franz-Josef Strauss (1963), Dr. Franz Heubl (1964), Max Streibl, MdL (secrétaire général CSU) (1965), Comte Alois de Waldburg-Zeil (1966), Dr. Wolfgang Pohle, MdB (1967), Comte Alois de Waldburg-Zeil (1968), Hanswilhelm Haefs, Dr. Hans Hutter (1969), Walter Leisler-Kiep, MdB (1970), Dr. Werner Marx, MdB, Dr. Fritz Pirkl, Ministre d'Etat (1971)].

Als Günter Gaus sein Interview mit Franz-Josef Strauß machte, war der 12. Internationale Kongreß des CEDI im Escorial noch nicht langte vorbei, zu dem in Georg von Gaupp-Berghausens „20 años / années / years / Jahre C.E.D.I.“ auf den S. 361-363 u.a. steht:

„XIIe CONGRES INTERNATIONAL

¹⁶⁵ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre C.E.D.I.“, Madrid 1971

¹⁶⁶ http://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Georg_von_Gaupp-Berghausen

El Escorial, 8 – 10 juin 1963

„EUROPE EN MUTATION“

APERÇU

Ouverture

EDMOND MICHELET:

XII^{ème} Réunion Annuelle du CEDI

ALBERTO MARTÍN ARTAJO:

Europa, en mutation

1) Les grands instruments de la politique européenne occidentale

FRANZ JOSEF STRAUSS: Europa in der NATO

JACQUES BAUMEL: Au delà de la Communauté Economique Européene. La Communauté Politique de l'Europe

DR. BIRGER HAGARD: Au delà de la CEE; Communauté Politique de l'Europe

Interventions:

RONALD WARING (Irlande)

DR. ALBERT MÜNST (Suisse)

FRANÇOISE DA VEIGA PINTO et JORGE DE MELLO (Portugal)

HENRIQUE MARTINS DE CARVALHO (Portugal)

ADRIANO MOREIRA (Portugal)

CARLOS KRUS ABECASIS (Portugal)

JOSÉ MARÍA CORDERO TORRES (Espagne)

ANONIO DE ITURMENDI (Espagne)

ALFONS DALMA (Allemagne)

SIR PETER AGNEW (Grande-Bretagne)

C. DE LA MALENE (France)

MARQUÉS DE PRAT DE NANTOUILLET (Espagne)

ALMEIDA (Portugal)

JOSÉ M. RUIZ MORALES (Espagne)

H. J. VON MERKATZ (Allemagne)

JAQUES BAUMEL (France)

FRANZ JOSEF STRAUSS (Allemagne)

J. P. Palewski (France)

2) L'Europe et le bloc soviétique

JESÚS FEUYO ALVAREZ: El encuentro de **dos mundos** y su **consecuencia para Europa**

JOHN RODGERS: Political aspects of détente

Interventions:

JOSÉ SOLÍS RUIZ (Espagne)

CHEVALIER MARCEL DE ROOVER (Belgique)

GEORGE PAPADOPOULOS (Grèce)

JEAN PAUL PALEWSKI (France)

DR. FRITZ ZIMMERMANN (Allemagne)

EDMUND MICHELET (France)

ALBERTO ULLASTRES (Espagne)

FRANCISCO DE MOROSY (Hongrie)

ISIDORO VÁZQUEZ DE ACUÑA (**Chili**)

ALBERT MÜNST (Suisse)

PROF. MARTINS DE CARVALHO (Portugal)

DR. A. SILVA TAVARES (Portugal)

JOHN RODGERS (Grande-Bretagne)

3) L'Europe et l'Extrême Orient

LUIS GARCÍA ARIAS: China y la Unión Soviética

Interventions:

OTTO VON HABSBURG (Autriche)

PRÍNCIPE DE STARHEMBERG (Autriche)

RICHARD JAEGER (Allemagne)

VEIGA DO PINTO (Portugal)

MARQUÉS DE PRAT DE NANTOUILLET (Espagne)

ALFONSO ARZÚA ZULAICA (España)

MAXIMILIEN QUENUM-POSSY-BERRY (France)

4) Résolutions

5) Clôture

MANUEL FRAGA IRIBARNE; Ministre de l'Information et du Tourisme

Interventions:

CARL BOBLETER (Autriche)

CHEVALIER MARCEL DE ROOVER (Belgique)

CONDE FRANÇOIS DE LA NOE (France)

DIMITRI BOTZARIS (Grèce)

MARIO LEDEBUR (Liechtenstein)

CARLOS KRUS ABECASIS (Portugal)

RONALD WARING (Irlande)

ALBERT MÜNST (Suisse)

MARINOFF (Bulgarie)

PAUL E. MOLLER (USA)

OSCAR LUIS MOLINA (Amérique Latine)

ALBERTO MARTÍN ARTAJO (Espagne)

6) Cronique de la XII^{ème} Réunion Internationale du CEDI par SANTIAGO GALINDO HERRERO

7) Commentaires de presse“

Zwei Dinge fand ich so ausgesprochen bemerkenswert:

Da versammeln sich Menschen aus Irland, der Schweiz, Portugal, Spanien, Westdeutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Griechenland, Ungarn, Chile, Österreich, Liechtenstein, den USA, aus „Lateinamerika“ und Bulgarien im Escorial, und Franz Josef Strauß hält eine Rede – und niemand, den ich gefragt habe, wußte irgendetwas davon oder von den vielen anderen deutschen Politikern im CEDI. Und auch Strauß selber, den ich nun als nicht eben bescheidenen Menschen kennengelernt habe, erwähnt solch eine hochrangige Vereinigung nicht.

Auch zu seinem 100. Geburtstag wurde sein Wirken im CEDI in keiner Dokumentation erwähnt. Warum nicht?

„Landesverrat“ – „Spiegelaffaire“ – Friedrich August Freiherr von der Heydte – Franz Josef Strauß – Spanien (Achim Oster - Conrad Ahlers) - „Abendland“ ... – das gehört irgendwie alles zusammen, wird aber nie zusammen erwähnt. Warum nicht?

„Les grands instruments de la politique européenne occidentale (= „**Die großen Instrumente der abendländischen europäischen Politik**“). „FRANZ JOSEF STRAUSS: Europa in der NATO“¹⁶⁷

Die Lust am „Abendland“ war mir inzwischen trotz Carl Zuckmayers „Des Teufels General“¹⁶⁸ gründlich vergangen¹⁶⁹. Es schien mir schon so zu sein, wie Rainer Hank in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 20.12.2014 schrieb: „**Abendland**“, das war stets ein

¹⁶⁷ Georg von Gaupp-Berghausen mit seinem „20 años / années / years / Jahre C.E.D.I.“, S. 361

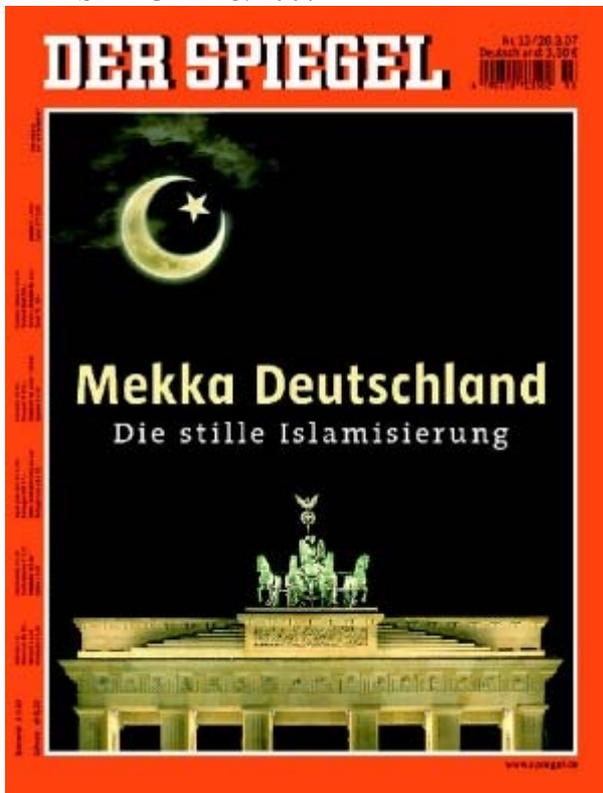
¹⁶⁸ http://www.heidecker.eu/Rheinweinstube/D_RWSStory04.htm

scharfer Kampfbegriff ...¹⁷⁰. Aber auch in seinem Artikel fiel kein Wort von von der Heydte, Strauß, dem CEDI oder Francos National-Katholizismus. Warum nicht?

45. Das Abendland als Kampfbegriff – wer kämpft gegen wen und warum?

Seit dem 20.10.2014 demonstrierte jede Woche eine Vereinigung, zunächst nur in Dresden, die sich den sinnigen Namen „PEGIDA“ gegeben hatte: „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Jessesmariajosefnee: Patrioten waren sie also, Europäer und Abendländer. Und einen Feind hatten sie auch: „die Islamisierung“. „Islamisierung“. Was immer dieses Wort genau bedeuten sollte: Seit langem war es immer wieder irgendwo aufgetaucht. Es gehörte wie manch andere Wörter zu einer für mich relativ neuen Kategorie: Wörter, die ich ausschließlich in den Medien hörte, niemals von einem Menschen aus Fleisch und Blut.

DER SPIEGEL 13/2007



Schwarzer Himmel mit einem wirklich gruseligem Mond – da soll einem nicht angst und bange werden.

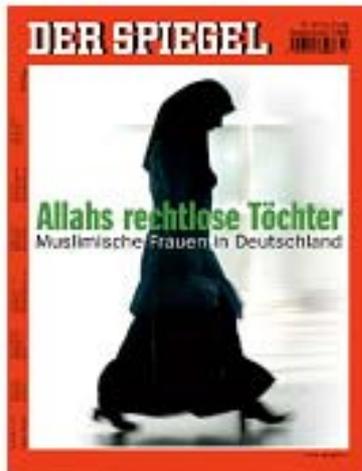
¹⁶⁹ „Fremdenhass in Deutschland. Wie PEGIDA das Land verändert“: <http://www.swr.de/report/pegida-demos/fremdenhass-in-deutschland-wie-pegida-das-land-veraendert/-/id=233454/did=14756452/mpdid=14972600/nid=233454/1mo1yxc/index.html>

„PEGIDA“ = „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Seit dem 20.10.2014 demonstrierten diese „Abendländler“ in Deutschland, vor allem in Dresden. Am 14.4.2015 sendete „Report Mainz“ den Beitrag „Wie sich die Bewegung auf internationaler Ebene vernetzt“ (<http://www.swr.de/report/wie-sich-die-bewegung-auf-internationaler-ebene-vernetzt-rechtsruck-bei-pegida/-/id=233454/did=15192088/nid=233454/1dcezk7/index.html>).

¹⁷⁰ http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/pegida-abendland-war-stets-ein-kampfbegriff-13333220.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

Mehrfach hatte sich DER SPIEGEL schon heftig ins Zeug gelegt und „den Islam“ in den schwärzesten Farben gemalt: in Gestalt von „Allahs rechtlose(n) Töchter(n)“, die schwarz in schwarz mit gesenktem Blick am Leser vorbeihuschen, einem bis auf die Augen verummten Kopf mit einer Kalligraphie eines Koranverses über der Stirn und einem riesigen Koran neben sich unter dem Titel „Zwölf Mohammed-Karikaturen erschüttern die Welt“, einer wahren Lichtgestalt, dem Papst, die aus dem komplett schwarzen Hintergrund auftaucht mit dem Text „Papst contra Mohammed. Glaubenskampf um den Islam, die Vernunft und die Gewalt“,

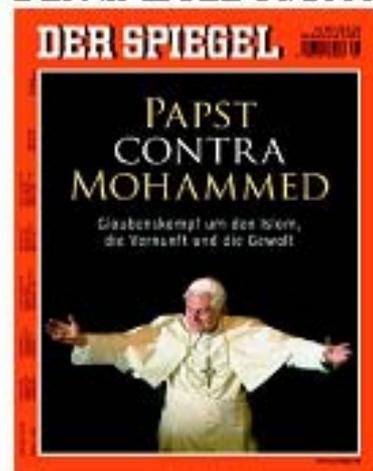
DER SPIEGEL 47/2004



DER SPIEGEL 6/2006

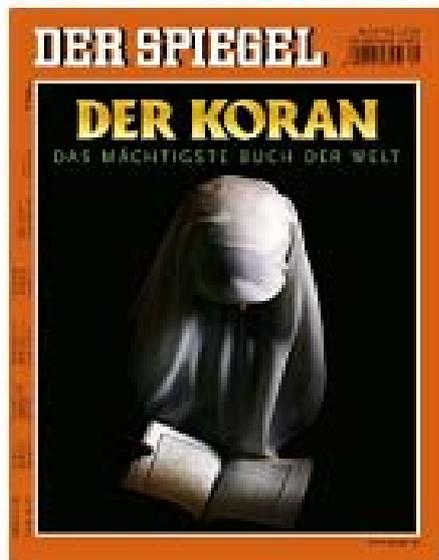


DER SPIEGEL 38/2006



hatte den Koran mit einer wieder gesichtslosen Gläubigen zum „mächtigsten Buch der Welt“ erklärt und einen „ewigen Zwist zwischen Islam und Christentum“ postuliert,

DER SPIEGEL 52/2007



DER SPIEGEL 52/2009



und inzwischen gab es etwas in der anderen, so unheimlichen fingerhakehenden Konfession, das mich wiederum an die „Harry Potter“-Romane von J.K. Rowling erinnerte. Diesmal war es nicht „Lord Voldemort“ – Er, dessen Name nicht genannt werden darf -, sondern jene gesichtslosen Wesen, die anderen die Seele aussaugen: Dementoren. Jetzt gab es Dementoren mitten in Europa:



„Islamisierung“. Was immer dieses Wort bedeutete: Es war etwas Angsteinflößendes. Etwas, was einem die Seele aussaugen, die Seele verderben konnte. Die Seele verderben – wo hatte ich diesen Ausdruck schon gelesen?

Schon drei Monate nach ihrer ersten Demonstration hatten diese „abendländischen“ „Europäer“ gegen „die Islamisierung“ schon ein Ziel erreicht: „Fremdenhass in Deutschland. Wie PEGIDA das Land verändert“, berichtete „Report Mainz“ am 27.1.2015: „Migranten und Flüchtlinge aus Dresden, selbst die schon lange in der Stadt leben, berichten von einem Klima aus Hass und Gewalt, welches ihnen oft entgegen schlägt. REPORT MAINZ ist deshalb der Frage nachgegangen, ob Pegida¹⁷¹ das Klima gegen Ausländer bundesweit verändert hat. Dazu wurden Presse- (Fernsehen, Hörfunk und Zeitungen) und Polizeiberichte sowie Zahlen der Opferberatungsstellen aufwendig ausgewertet. ... Ergebnis: Seit Pegida gibt es eine Steigerung fremdenfeindlicher Angriffe um 130 Prozent. Pegida habe ein Klima entfesselt, das Gewalt will, bewertet der Rechtsextremismus-Forscher, Prof. Hajo Funke¹⁷², diese Entwicklung.“¹⁷³

„Mein Leben ist ja anders geworden. Ich habe sehr viel **Angst**. Die Stimmung hat sich sehr drastisch geändert, die Stimmung hat sich **eskaliert**, muss ich so sagen, in Richtung

¹⁷¹ Es stand nicht „PEGIDA“ oder wenigstens PEGIDA (wie bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder FDP o.ä., sondern einfach Pegida (wie Auto oder Horst). U d ich dachte wieder an Thomas Manns Wort über die Bezeichnung „Der alte Fritz“ für Friedrich II. von Preußen: „Ein schauerlicher Name, wenn man Sinn fürs Schauerliche hat; denn es ist wirklich im höchsten Maße schauerlich, **wenn der Dämon populär wird und einen gemütlichen Namen erhält.**“ (siehe Zweites Buch, S. 68)

¹⁷² Hajo Funke: „Jenseits des Rechts. Der Sieg der Geheimdienste über Parlament und Öffentlichkeit. Brandstifter mit Staatsauftrag und die Blockade der Aufklärung. Kritische Bestandsaufnahme eines Politikwissenschaftlers“; in Andreas Förster (Hrsg.): „**Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur**“, Tübingen 2014

¹⁷³ „Fremdenhass in Deutschland. Wie PEGIDA das Land verändert“, „Report Mainz“ am 27.1.2015: <http://www.swr.de/report/pegida-demos/-/id=233454/did=14756452/nid=233454/qcvcx/index.html>

Aggressivität, teilweise auch Gewalttätigkeit“, erzählte Hussein Jinah in der Sendung, der seit 30 Jahren in Dresden lebt und in der Stadtverwaltung arbeitet,



und Hajo Funke¹⁷⁴ sagte:



„PEGIDA hat ein Klima entfesselt, das Gewalt will. Es geht dann doch gegen die Fremden, gegen Multi-Kulti, gegen Migranten, vor allem aber Muslime. Und das Ergebnis sehen wir in der Erhöhung der Gewaltzahlen.“

Schon am 14.4.2015 sendete „Report Mainz“ den Beitrag „Wie sich die Bewegung auf internationaler Ebene vernetzt. Rechtsruck bei PEGIDA“¹⁷⁵: Die Bewegung habe „sich deutlich radikalisiert und von der Öffentlichkeit unbemerkt weltweit vernetzt“. Das macht sie gefährlich.“

Andauernd wurde aus verschiedenen Orten berichtet. „Kölner Dompropst im Interview: ‚Zum Nachdenken anregen‘. Wenn am Montag (05.01.2015) die Pegida-Bewegung in Köln demonstriert, wird die Beleuchtung des Kölner Doms abgeschaltet - als ‚Zeichen des Protests gegen Fremdenfeindlichkeit‘. Trotz zahlreicher negativer Reaktionen steht Dompropst Norbert Feldhoff ebenso wie Erzbischof Woelki zu der Aktion.“¹⁷⁶ Trotz zahlreicher negativer Reaktionen?

„Islamgegner in Düsseldorf: Ausnahmezustand wegen rechter Demo“¹⁷⁷.

Man sprach von „Islamgegnern“ und von „Kögida“ (Kölner gegen die Islamisierung), Dügida (Düsseldorfer gegen die Islamisierung), Lediga u.v.a.m.

Nach dem „Landesverrat“ war jetzt also auch das „Abendland“ wieder auferstanden, und vom „NSA-Skandal“, „BND-Skandal“, „NSA/BND-Skandal“ oder TTIP war fortan so gut wie keine Rede mehr, und selbst Gaza, die Ukraine und Griechenland mit Alexis Tsipras taugten nicht mehr als alltägliches Objekt der Begierde.

¹⁷⁴ Hajo Funke: „Jenseits des Rechts. Der Sieg der Geheimdienste über Parlament und Öffentlichkeit. Brandstifter mit Staatsauftrag und die Blockade der Aufklärung. Kritische Bestandsaufnahme eines Politikwissenschaftlers“; in Andreas Förster (Hrsg.): „Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur“; Tübingen 2014, S. 225-242

¹⁷⁵ „Wie sich die Bewegung auf internationaler Ebene vernetzt. Rechtsruck bei PEGIDA“, „Report Mainz“ am 14.4.2015: <http://www.swr.de/report/wie-sich-die-bewegung-auf-internationaler-ebene-vernetzt-rechtsruck-bei-pegida/-/id=233454/did=15192088/nid=233454/1dcezk7/index.html>

¹⁷⁶ http://www1.wdr.de/themen/politik/sp_pegida/pegida-koeln-interview-westblick-100.html

¹⁷⁷ http://www1.wdr.de/themen/archiv/sp_amrechtenrand/rechteszenenrw/duегда/noduegida100.html

Islamisierung – spätestens seit dem 11. September hatte dieser Begriff jubelnd Einzug in die Medienwelt gefunden. Rechtsextremistische und rechtsradikale „Übergriffe“ und Morde hatte es schon viele gegeben. Rostock-Lichtenhagen 1992¹⁷⁸ („Der Plattenbau brannte, die Masse johlte, Besoffene hoben die Hand zum Hitlergruß: Ende August 1992 eskalierte im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen der Fremdenhass, Ausländer bangten um ihr Leben. ... „Das war ein sehr merkwürdiges Gefühl für mich. Ich dachte, das gibt es doch nicht: Der normalste Bürger von nebenan, die Frau, die drüben einen Gemüseladen hat, alle standen da und applaudierten! Wie eine verkehrte Welt“, sagte Ingo Hasselbach, damals Neonazi)¹⁷⁹, Solingen am 29.5.1993,



180

Hünxe, Mölln – die Karte des „wieder“ „vereinigten“ Deutschlands verzeichnete grauenhafte Orte.

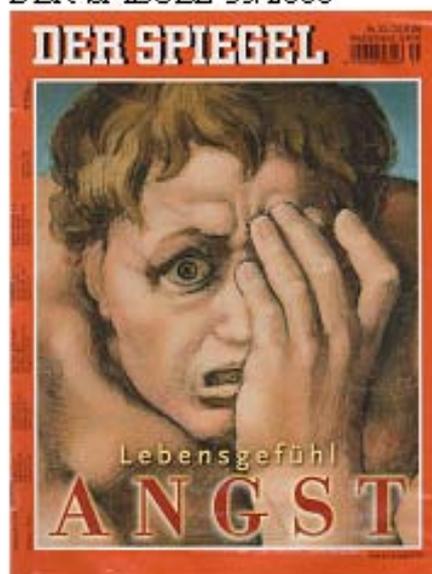
Zwischen

DER SPIEGEL 44/1989



und

DER SPIEGEL 35/2006



war viel passiert. Die ehemalige DDR war „abgewickelt“ worden, die Treuhand hatte den ehemaligen Staatsbesitz wieder in private Hände gegeben (80% davon aus dem „Westen“),

¹⁷⁸ Rostock-Lichtenhagen: Das Skelett im Kleiderschrank: <http://www.migrapolis-deutschland.de/index.php?id=2288>

¹⁷⁹ <http://www.spiegel.de/panorama/rostock-lichtenhagen-als-der-mob-die-herrschaft-uebernahm-a-501220.html>

¹⁸⁰ Gedenktafel für die Opfer von Solingen

und viele der ehemaligen Eigentümer von vor 1945 hatten ihren Besitz zurückerhalten.¹⁸¹ Viele Betriebe, die sich nun nicht mehr „rentierten“, wurden geschlossen¹⁸², die Arbeitslosigkeit stieg, viele „gingen in den Westen“, und diejenigen, die da blieben, waren nicht so frei geworden, wie sie sich das erträumt hatten. Plötzlich standen ganze Landstriche ohne Arbeitgeber da, und nach und nach mangelte es auch an Schulen und Kindergärten, und sogar Polizeistationen wurden geschlossen. „Blühende Landschaften“ ... Und dann zog eine Mörderbande unter sehr merkwürdigen Begleitumständen¹⁸³ durch die deutschen Lande;

Interaktive Grafik: Die Taten des NSU

Welche Taten sind dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zuzuschreiben? Die gezielten rassistischen Morde, die Sprengstoffanschläge und Banküberfälle des NSU ergeben ein Bild des Terrors. Die bisherigen Erkenntnisse haben wir in einer interaktiven Grafik zusammengefasst.

18.11.2013

Für weitere Infos zu den Taten des NSU auf die Symbole klicken:



184

sie nannte sich „Nationalsozialistischer Untergrund“¹⁸⁵,

¹⁸¹ siehe Ilona Zioks Film „Der Junker und der Kommunist“ in „Gemeinsam widerstehen – Kommunistischer und adeliger Widerstand im Nationalsozialismus“: <http://www.afz-ethnos.org/index.php/5-leitartikel/100-kommunistischer-und-adeliger-widerstand-im-nationalsozialismus>

¹⁸² Am 13.5.2015 sendete die ARD um Mitternacht die Dokumentation „Goldtausch. Die Geschichte der Treuhand“. Der Videotext hieß: „1990 wurde die Treuhandanstalt gegründet, um die ‚volkseigenen‘ Betriebe der DDR zu privatisieren. In den folgenden vier Jahren werden rund 4000 dieser Betriebe geschlossen, etwa 2½ Millionen Arbeitsplätze gehen verloren. Die Treuhandanstalt macht bis zu ihrer Schließung Ende 1994 Schulden in Höhe von insgesamt 256 Milliarden Mark. Dieser Skandal wurde nie vollständig aufgeklärt. Die meisten Täter gingen straffrei aus oder wurden gar nicht angeklagt.“

¹⁸³ siehe Vorläufiger Abschlußbericht des **NSU-Untersuchungsausschusses unter dem Vorsitz von Sebastian Edathy** [Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, eingesetzt durch Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26. Januar 2012 (Bundestagsdrucksache 17/8453)], Berlin, den 22. August 2013: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/2untersuchungsausschuss/Vorl_ufer_Bericht/Vorl_ufiger_Bericht.pdf

¹⁸⁴ <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/172933/interaktive-grafik-die-taten-des-nsu>

¹⁸⁵ Wolfgang Schorlau: „Die schützende Hand“, Köln 2015



abgekürzt „NSU“¹⁸⁶.

Oury Jalloh verbrannte am 7.1.2005 unter bis heute ungeklärten Umständen im Dessauer „Polizeigewahrsam“.¹⁸⁷



188

¹⁸⁶ Andreas Förster (Hrsg.): „Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur“; Tübingen 2014; darin: u.a. Hajo Funke: „Jenseits des Rechts. Der Sieg der Geheimdienste über Parlament und Öffentlichkeit. Brandstifter mit Staatsauftrag und die Blockade der Aufklärung. Kritische Bestandsaufnahme eines Politikwissenschaftlers“. Vgl. Nebenklage NSU-Prozess: <http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2013/04/>

¹⁸⁷ Margot Overath: „Die widersprüchlichen Wahrheiten eines Todesfalls“, Feature, gesendet am 2.11.2014 auf WDR 5. Begleittext zur Sendung: „7. Januar 2005, Dessau, Sachsen-Anhalt. In einer Polizeizelle verbrennt ein an Händen und Füßen gefesselter Mensch bei lebendigem Leib. Selbst verschuldet, sagen die einen. Ermordet, sagen die anderen. Klare Beweise liegen nicht vor. Zwei Prozesse vor dem Landgericht Magdeburg bringen keine endgültige Aufklärung über die Brandursache. Eine Revision lehnt der Bundesgerichtshof ab. Mit Unterstützung von Gerichtsmedizinern, Toxikologen und Kriminalbeamten geht die Autorin Widersprüchen nach und bekommt Hinweise auf einen weiteren Beteiligten. Ging es bislang um unterlassene Hilfeleistung des Dienstgruppenleiters, ermittelt die Staatsanwaltschaft Dessau nun gegen Unbekannt wegen Mord.“ (<http://www.wdr5.de/sendungen/dok5/ouryjalloh110.html>)

¹⁸⁸ Demonstration am 7. Januar 2014 (9. Jahrestag des Todes von Oury Jalloh) in Dessau-Rosslau.

Daß rechtsextreme Täter Angst, Schrecken und Tod, also blanken Terror verbreiteten und immer wieder durch merkwürdige „Ermittlungspannen“¹⁸⁹ unbehelligt blieben, geriet langsam aber sicher ins Bewußtsein;



190

der Artikel „Ohne Führer und Bekenner schreiben“ von Toralf Staud und Johannes Radke auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung erzählt diese Geschichte über Jahrzehnte der Bundesrepublik Deutschland und jagte mir kalte Schauer über den Rücken.¹⁹¹ Auch sie schrieben vom „Bundes Deutscher Jugend (BDJ)“ und von „Gladio“¹⁹², und ich dachte wieder an den Hilfeschrei von Georg August Zinn¹⁹³ und diesen entsetzlichen Satz „Frühes Blut vermeidet viel Blut“¹⁹⁴. Und auch das fürchterliche Wort vom „heilsamen Schock“¹⁹⁵ fiel mir wieder ein.

¹⁸⁹ „Inwieweit trifft es zu, dass Zielfahnder des Thüringer Landeskriminalamtes kurz nach dem Untertauchen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe diese drei Personen in Chemnitz aufgespürt hatten, der Einsatz von Polizeibeamten zur Festnahme der drei Gesuchten bevorstand und dieser Einsatz erst im letzten Moment abgebrochen worden ist? Wenn dieser Sachverhalt zutrifft: Welcher Amtsträger in welcher Thüringer Behörde hat den Abbruch des genannten Einsatzes angeordnet und aus welchen Gründen erfolgte dies? Trifft es zu, dass sich die am bevorstehenden Einsatz beteiligten Beamten über den Abbruch beschwert haben? Falls ja, bei wem? Trifft es zu, dass es daraufhin ein Gespräch zwischen Vertretern des Thüringer Innenministeriums und den betreffenden Beamten gegeben hat? Zwischen welchen Beamten und welchen Vertretern des Thüringer Innenministeriums hat zu welchem Zeitpunkt ein solches Gespräch stattgefunden?“ „Vorläufiger Untersuchungsbericht des NSU-Untersuchungsausschusses“, http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/2untersuchungsausschuss/Vorl_ufer_Bericht/Vorl_ufiger_Bericht.pdf, S. 69

¹⁹⁰ <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167686/ohne-fuehrer-und-bekennerschreiben?type=galerie&show=image&j=167835>

¹⁹¹ <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167686/ohne-fuehrer-und-bekennerschreiben>

¹⁹² „Terrorgruppen in diesem Sinne entstanden in Deutschland erst ab **Ende der 1960er Jahre**, doch Vorläufer gab es schon in den ersten Nachkriegsjahren. In den 1950ern etwa erlaubte es der verbreitete Antikommunismus Altnazis und Veteranen der Waffen-SS, unter dem Deckmantel des rechtsgerichteten Bundes Deutscher Jugend (BDJ) eine **paramilitärische Kampftruppe** aufzubauen. Finanziert wurde dieser ‚Technische Dienst‘ (TD) des BDJ vom US-Geheimdienst CIA. (Fußnote: Der Spiegel 48/1990, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502527.html>) Bei einem Einmarsch der Russen sollten **die Partisanen** in ‚kleinen unabhängigen Einheiten‘ Widerstand leisten. Rechtsradikale galten dabei den Amerikanern als besonders zuverlässig. Sie durften Waffendepots anlegen, auf US-Übungsplätzen schießen, spurloses Töten, Vernehmungs- und **Foltermethoden trainieren** und galten als deutscher Arm der Nato-Geheimarmee **Gladio/Stay Behind**, die während des Kalten Krieges in ganz Westeuropa bestand und mit **rechtsextremen Terrorakten** in mehreren Ländern, vor allem in Italien, in Verbindung gebracht wird. 1952 flog der TD auf, alle Festgenommenen aber wurden nach kurzer Zeit freigelassen. (Fußnote: Ganser, Daniele: Nato-Geheimarmeen in Europa. **Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung**. Zürich 2008)“

¹⁹³ siehe Zweites Buch, S. 116

¹⁹⁴ Ulrich Chaussys: ‚Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?‘, Feature, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5, 11:05 Uhr

¹⁹⁵ siehe Drittes Buch, S. 47, im Netz auf <http://www.heise.de/tp/foren/S-Ein-heilsamer-Schock-und-noch-ein-Ritter-vom-Heiligen-Grabe/forum-152348/msg-26699860/read/>

Jetzt war wieder von Fremdenhass die Rede, auch jetzt fühlten Menschen sich bedroht -aber nun kam aber etwas Neues hinzu; jedenfalls hatte ich es noch nie bemerkt:

Mitten unter diesen Menschen, die sich „PEGIDA“ nannten, also „Patrioten“ und „Europäer“ und „Abendländler“, tauchten nicht nur Neonazis auf, sondern auch eine bestimmte Fahne:



196

Lenz Jacobsen schrieb in „PEGIDA. Hinter Zäunen diese Wut“¹⁹⁷ in DIE ZEIT vom 13.4.2015: „Geert Wilders und PEGIDA hetzen gegen den Islam, in einem sorgfältig eingezäunten Rechteck auf einer Dresdner Wiese. Und junge Männer sehnen sich nach Unruhe im Land. ... Was zu sehen ist: viele Deutschlandfahnen natürlich und fast ebenso viele mit einem schwarzen, gelb umrandeten Kreuz vor rotem Hintergrund. Schaute man nicht genau hin, konnte man die Fahne gerade an den dunklen Dresdner PEGIDA-Winterabenden lange für die norwegische halten. Doch beim schwarz-rot-goldenen sogenannten **Philippuskreuz** handelt es sich um die Flagge, die sich einst Adolf Hitlers Gegner ausgedacht hatten. Jene Gruppe um Stauffenberg, die am 20. Juli 1944 versuchte, Hitler zu töten, und schon die Zeit danach geplant hatte. Es war der **Christdemokrat Josef Wirmer**, der die Kreuz-Flagge in den deutschen Farben für die Nach-Hitler-Zeit entworfen hatte. Nun weht die Flagge der Hitler-Gegner in den Händen der Islamisierungsgegner. Und Wilders sagt: **„Wir sind heute hier in der Tradition von Kant, Schiller und Stauffenberg.“**“

Was war das für eine Bewegung? Patrioten, Europäer, Abendländler mit „Philippuskreuz“ und „in der Tradition von Kant, Schiller und Stauffenberg“?

46. Die Besorgnis der Befangenheit, Blatt 55 der Personalakten und § 54 Abs. 2 VwGO

Zwei Schreiben: „d.d.Hd.d.Herrn Leiters des Studienseminars 27“ und an das Verwaltungsgericht Kassel

1.

„Der Regierungspräsident in Kassel

¹⁹⁶ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-04/wilders-pegida-dresden-kundgebung>

¹⁹⁷ Lenz Jacobsen schrieb in „PEGIDA. Hinter Zäunen diese Wut“ in DIE ZEIT vom 13.4.2015: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-04/wilders-pegida-dresden-kundgebung>

Kassel, den 20. Juni 1975

Steinweg 6

Telefon: (0561) 106-1 (Vermittlung)

Durchwahl: 106 267

II/1b – PA Roth, Hans-Werner

(Im Antwortschreiben bitte Geschäftszeichen angeben)

Der Regierungspräsident in Kassel · 3500 Kassel 1 · Postfach 103067

Herr

Lehramtsreferendar

Hans-Werner Roth

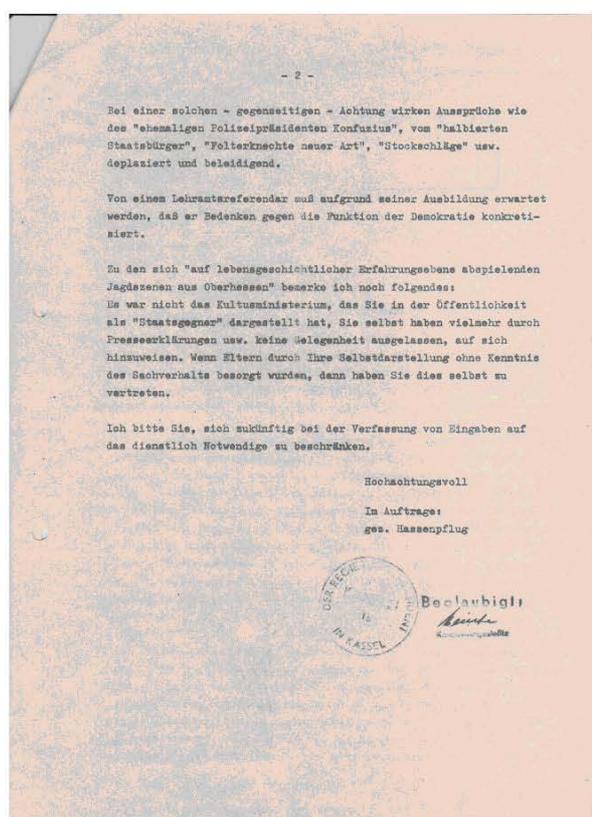
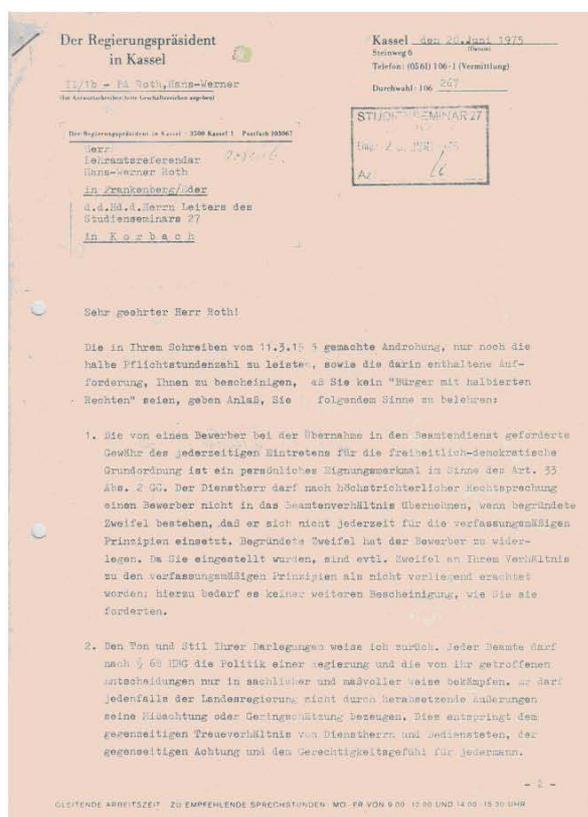
in Frankenberg/ Eder

d.d.Hd.d.Herrn Leiters des

Studienseminars 27

in K o r b a c h

[Eingangsstempel: STUDIENSEMINAR 27, Eing. 2(unleserlich). JUNI 1975, Az: (Handzeichen)]



Sehr geehrter Herr Roth!

Die in Ihrem Schreiben vom 11.3.1975 gemachte Androhung, nur noch die halbe Pflichtstundenzahl zu leisten, sowie die darin enthaltene Aufforderung, Ihnen zu bescheinigen, daß Sie 'kein Bürger mit halbierten Rechten' seien, geben Anlaß, Sie in folgendem Sinne zu belehren:

1. Die von einem Bewerber bei der Übernahme in den Beamtendienst geforderte Gewähr des jederzeitigen Eintretens für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist ein persönliches Eignungsmerkmal im Sinne des Art. 33 Abs. 2 GG. Der Dienstherr darf nach höchstrichterlicher Rechtsprechung einen Bewerber nicht in das

Beamtenverhältnis übernehmen, wenn begründete Zweifel bestehen, daß er sich nicht jederzeit für die verfassungsmäßigen Prinzipien einsetzt. **Begründete Zweifel hat der Bewerber zu widerlegen.** Da Sie eingestellt wurden, sind evt. Zweifel an Ihrem Verhältnis zu den verfassungsmäßigen Prinzipien **als nicht vorliegend erachtet** worden; hierzu bedarf es keiner weiteren Bescheinigung, wie Sie es forderten.

2. Den Ton und Stil Ihrer Darlegungen weise ich zurück. Jeder Beamte darf nach § 68 HBG die Politik einer Regierung und die von ihr getroffenen Entscheidungen nur in sachlicher und maßvoller Weise bekämpfen. Er darf jedenfalls der Landesregierung nicht durch herabsetzende Äußerungen seine Mißachtung oder Geringschätzung bezeugen. Dies entspringt dem gegenseitigen Treueverhältnis von Dienstherrn und Bedienstetem, der gegenseitigen Achtung und dem Gerechtigkeitsgefühl für jedermann.

[Seite 2]:

Bei einer solchen – gegenseitigen – Achtung wirken Ansprüche wie des ‚ehemaligen Polizeipräsidenten Konfuzius‘, vom ‚halbierten Staatsbürger‘, ‚Folterknechte neuer Art‘, ‚Stockschläge‘ usw. deplaziert und beleidigend.

Von einem Lehramtsreferendar muß aufgrund seiner Ausbildung erwartet werden, daß er Bedenken gegen die Funktion der Demokratie konkretisiert.

Zu den sich ‚auf lebensgeschichtlicher Erfahrungsebene abspielenden Jagdszenen aus Oberhessen‘ bemerke ich noch folgendes:

Es war nicht das Kultusministerium, das Sie in der Öffentlichkeit als ‚Staatsgegner‘ dargestellt hat, Sie selbst haben vielmehr durch Presseerklärungen usw. keine Gelegenheit ausgelassen, auf sich hinzuweisen. Wenn Eltern durch Ihre Selbstdarstellung ohne Kenntnis des Sachverhalts besorgt wurden, dann haben Sie dies selbst zu vertreten.

Ich bitte Sie, sich zukünftig bei der Verfassung von Eingaben auf das dienstlich Notwendige zu beschränken.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage:
gez. **Hassenpflug**

Stempel (rund): „DER REGIERUNGSPRÄSIDENT IN KASSEL“ [innen unleserlich;
„KANZLEI 15“?]

Daneben ein weiterer Stempel: „Beglaubigt: [unleserliche Unterschrift] Kanzlei-Angestellte“

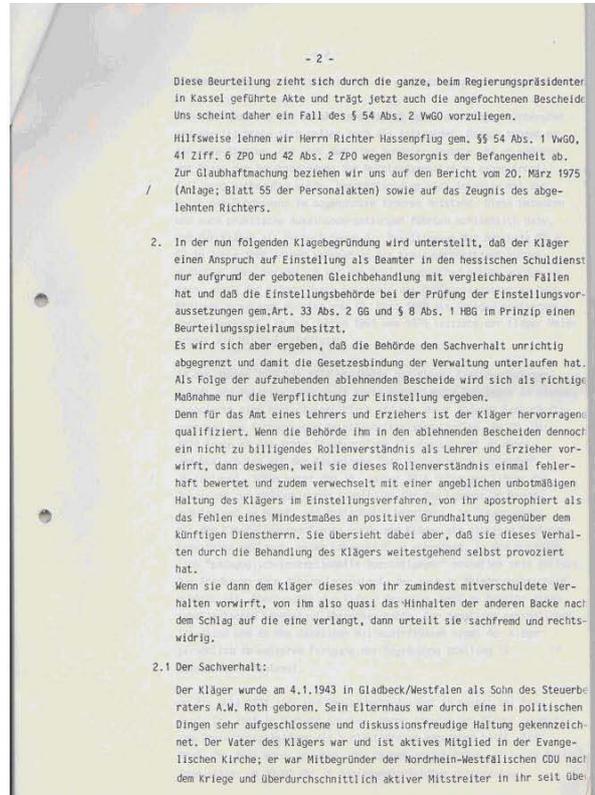
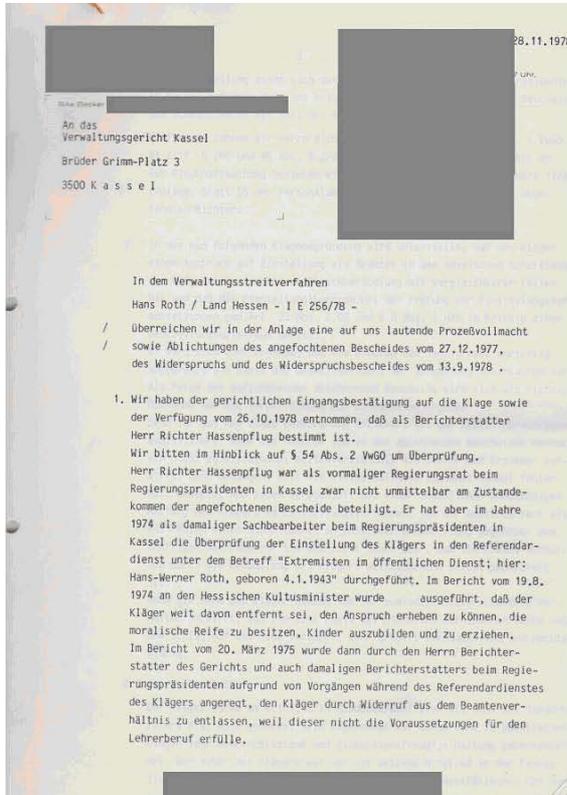
2.
„Peter Becker
Dr. Peter Hauck
Rechtsanwälte
3550 Marburg, Lahn 1, den 28.11.1978 (Adresse)

An das Verwaltungsgericht Kassel

Brüder Grimm-Platz 3
3500 K a s s e l

I/ha

Bei Antwort bitte angeben



In den Verwaltungsstreitverfahren
Hans Roth / Land Hessen – I E 256/78

überreichen wir in der Anlage eine auf uns lautende Prozeßvollmacht sowie Ablichtungen des angefochtenen Bescheides vom 27.12.1977, des Widerspruchs und des Widerspruchsbescheides vom 13.9.1978.

1. Wir haben der gerichtlichen Eingangsbestätigung auf die Klage sowie der Verfügung vom 26.10.1978 entnommen, daß als Berichterstatter Herr Richter **Hassenpflug** bestimmt ist.

Wir bitten im Hinblick auf § 54 Abs. 2 VwGO um Überprüfung.

Herr Richter Hassenpflug war als vormaliger Regierungsrat beim

Regierungspräsidenten in Kassel zwar nicht unmittelbar am Zustandekommen der angefochtenen Bescheide beteiligt. Er hat aber im Jahre 1974 als damaliger Sachbearbeiter beim Regierungspräsidenten in Kassel die Überprüfung der Einstellung des Klägers in den Referendardienst unter dem Betreff „Extremisten im öffentlichen Dienst; hier: Hans-Werner Roth, geboren 4.1.1943“ durchgeführt. Im Bericht vom 19.8.1974 an den Hessischen Kultusminister wurde ausgeführt, daß der Kläger weit davon entfernt sei, den Anspruch erheben zu können, die moralische Reife zu besitzen, Kinder auszubilden und zu erziehen.

Im Bericht vom 20. März 1975 wurde dann durch den Herrn Berichterstatter des Gerichts und auch damaligen Berichterstatters beim Regierungspräsidenten aufgrund von Vorgängen während des Referendardienstes des Klägers angeregt, den Kläger durch Widerruf aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen, weil dieser nicht die Voraussetzungen für den Lehrerberuf erfülle.

(Seite 2)

Diese Beurteilung zieht sich durch die ganze, beim Regierungspräsidenten in Kassel geführte Akte und trägt jetzt auch die angefochtenen Bescheide. Und scheint daher ein Fall des § 54 Abs. 2 VwGO vorzuliegen.

Hilfsweise lehnen wir Herrn Richter Hassenpflug gem. §§ 54 Abs. 1 VwGO, 41 Ziff. 6 ZPO und 42 Abs. 2 ZPO wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Zur Glaubhaftmachung beziehen wir uns auf den Bericht vom 20. März 1975 (Anlage; Blatt 55 der Personalakten) sowie das Zeugnis des abgelehnten Richters.

2. In der nun folgenden Klagebegründung wird unterstellt, daß der Kläger einen Anspruch auf Einstellung als Beamter in den hessischen Schuldienst nur aufgrund der gebotenen Gleichbehandlung mit vergleichbaren Fällen hat und daß die Einstellungsbehörde bei der Prüfung der Einstellungsvoraussetzungen gem. Art. 33 Abs. 2 GG und § 8 Abs. 1 HBG im Prinzip einen Beurteilungsspielraum besitzt. Es wird sich aber ergeben, daß die Behörde den Sachverhalt unrichtig abgegrenzt und damit die Gesetzbindung der Verwaltung unterlaufen hat. Als Folge der aufzuhebenden Bescheide wird sich als richtige Maßnahme nur die Verpflichtung zur Einstellung ergeben. Denn für das Amt eines Lehrers und Erziehers ist der Kläger hervorragend qualifiziert.

Wenn die Behörde ihm in den ablehnenden Bescheiden dennoch ein nicht zu billiges Rollenverständnis als Lehrer und Erzieher vorwirft, dann deswegen, weil sie dieses Rollenverständnis einmal fehlerhaft bewertet und zudem verwechselt mit einer angeblich unbotmäßigen Haltung des Klägers im Einstellungsverfahren, von ihr apostrophiert als das Fehlen eines Mindestmaßes an positiver Grundhaltung gegenüber dem künftigen Dienstherrn. Sie übersieht dabei aber, daß sie dieses Verhalten durch die Behandlung des Klägers weitestgehend selbst provoziert hat.

Wenn sie dann dem Kläger dieses von ihr zumindest mitverschuldete Verhalten vorwirft, vom ihm also quasi das Hinhalten der anderen Backe nach dem Schlag auf die eine verlangt, dann urteilt sie sachfremd und rechtswidrig.

...“

Insgesamt ist das Schreiben vom 28.11.1978 an das Verwaltungsgericht Kassel 34 Seiten stark. Mir ging es hier um „den Herrn Berichterstatter des Gerichts und auch damaligen Berichterstatters beim Regierungspräsidenten“, Herrn Hassenpflug „in Personalunion“, und um seine vorherige Aussage „**Begründete Zweifel hat der Bewerber zu widerlegen**“.

Beides erinnerte mich an „Eine Binsenweisheit des Rechtsstaats und unterschiedliche Logiken“¹⁹⁸, von denen in der ZDF-Sendung „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“¹⁹⁹ die Rede war:

„Lassen Sie mich zwischendurch an eine **Binsenweisheit des Rechtsstaats erinnern, daß jeder so lange als unschuldig zu gelten hat, wie er nicht beweislich [beweiskräftig; eigene Anmerkung] verurteilt worden ist.** ...“

Hans Roth: „Aber das gilt nicht.“

„Was gilt nicht?“

Hans Roth: „Verzeihung, wenn ich die Betroffenenlogik zur Sprache bringe. Sie werden konfrontiert mit einem Vorwurf, und **Sie haben die ganze Beweislast**, nicht die andere Seite. Und es scheint mir ...“

¹⁹⁸ siehe Drittes Buch, S. 143

¹⁹⁹ „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

Hier entstand Unruhe, und verstehen konnte ich nur den Staatsrechtler Klaus Stern von der Universität Köln mit einem deutlichen
„Nein, nein, nein!“

47. Das beklagte Land, das Menschenbild des Grundgesetzes und je 33 Abschriften. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht im öffentlichen Recht

Und wieder zwei neue alte Dokumente:

1.

>Hans Roth, 3559 Burgwald-Rottendorf, den 10.10.1974 (Adresse)

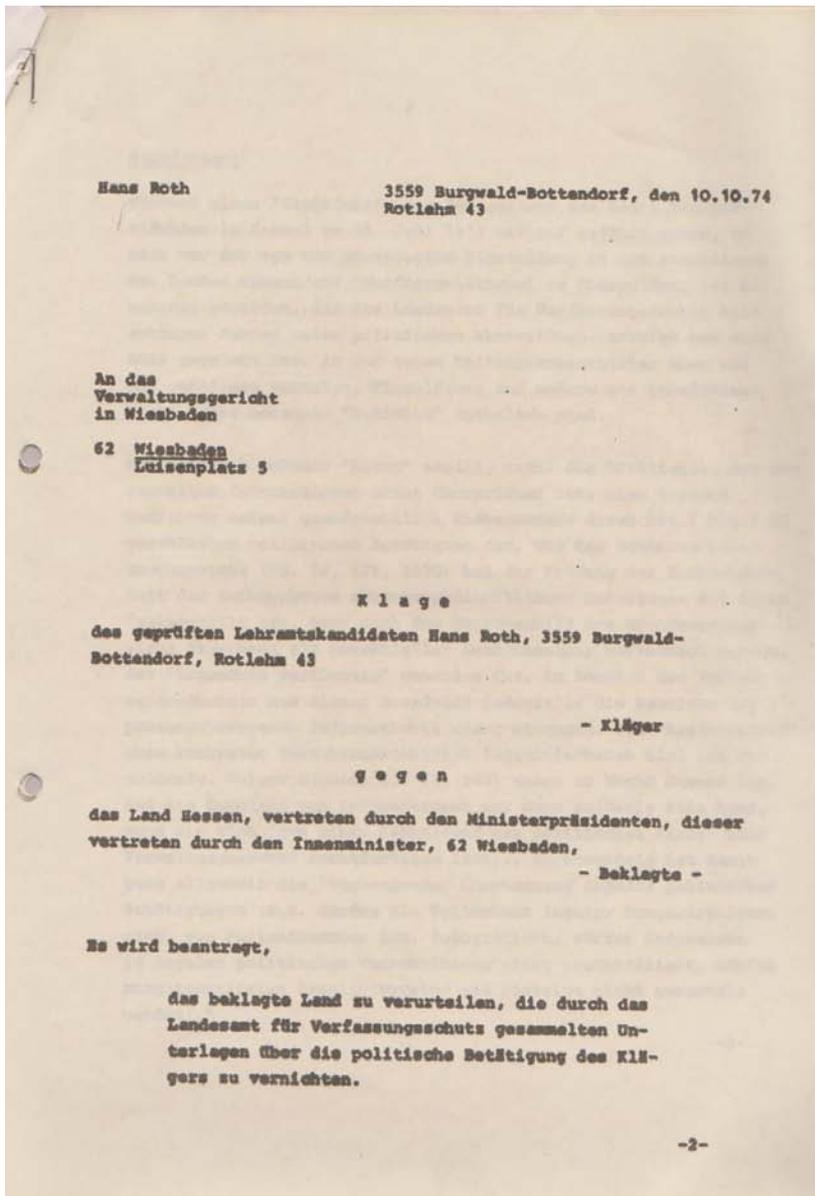
An das

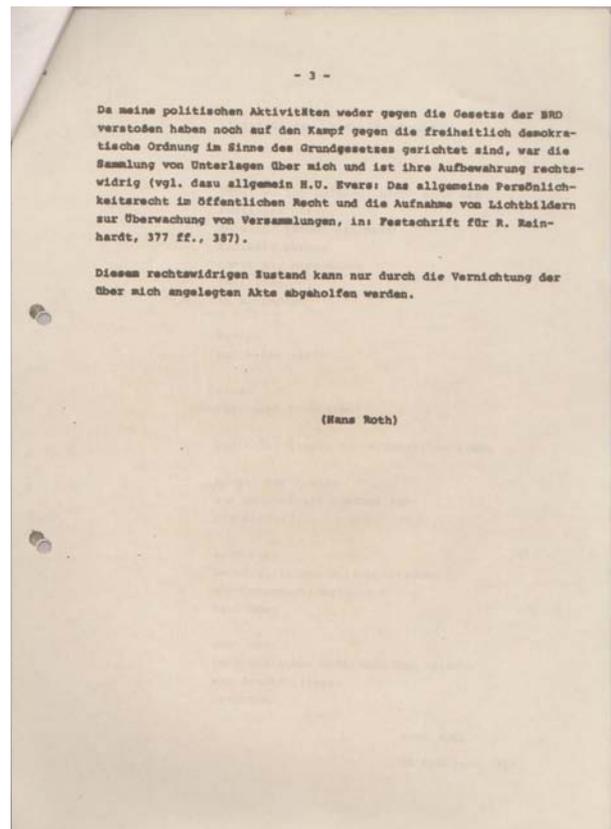
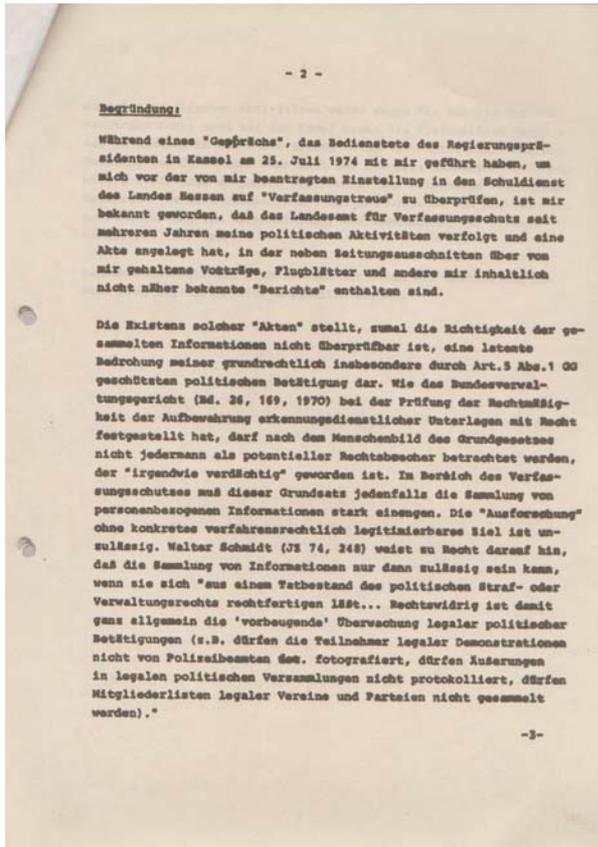
Verwaltungsgericht

in Wiesbaden

62 Wiesbaden

Luisenplatz 5





K l a g e

des geprüften Lehramtskandidaten Hans Roth (Adresse)

Kläger

g e g e n

das Land Hessen, vertreten durch den Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch den Innenminister, 62 Wiesbaden,

Beklagte –

Es wird beantragt,

das beklagte Land zu verurteilen, die durch das Landesamt für Verfassungsschutz gesammelten Unterlagen über die politische Betätigung des Klägers zu vernichten.

- 2-

Begründung:

Während eines „Gesprächs“, das Bedienstete des Regierungspräsidenten in Kassel am 25. Juli 1974 mit mir geführt haben, um mich vor der von mir beantragten Einstellung in den Schuldienst des Landes Hessen auf „Verfassungstreue“ zu überprüfen, ist mir bekannt geworden, daß das Landesamt für Verfassungsschutz seit mehreren Jahren meine politischen Aktivitäten verfolgt und eine Akte angelegt hat, in der neben Zeitungsausschnitten über von mir gehaltene Vorträge, Flugblätter und andere mir inhaltlich nicht näher bekannte „Berichte“ enthalten sind.

Die Existenz solcher „Akten“ stellt, zumal die Richtigkeit der gesammelten Informationen nicht überprüfbar ist, eine latente Bedrohung meiner grundrechtlich insbesondere durch Art. 5 Abs. 1 GG geschützten politischen Betätigung dar. Wie das Bundesverwaltungsgericht (Bd. 26, 169, 1970) bei der Prüfung der Rechtmäßigkeit der Aufbewahrung erkennungsdienstlicher Unterlagen mit Recht festgestellt hat, darf nach dem Menschenbild des Grundgesetzes nicht jedermann als potentieller Rechtsbrecher betrachtet werden, der „irgendwie verdächtig“ geworden ist. Im Rahmen des Verfassungsschutzes muß dieser Grundsatz jedenfalls die

Sammlung von personenbezogenen Informationen stark einengen. Die „Ausforschung“ ohne konkretes verfahrensrechtlich legitimierbares Ziel ist unzulässig. Walter Schmidt (JS 74, 248) weist zu Recht darauf hin, daß die Sammlung von Informationen nur dann zulässig sein kann, wenn sie sich „aus einem Tatbestand des politischen Straf- oder Verwaltungsrechts rechtfertigen läßt ... Rechtswidrig ist damit ganz allgemein die ‚vorbeugende‘ Überwachung legaler politischer Betätigungen (z. B. dürfen die Teilnehmer legaler Demonstrationen nicht von Polizeibeamten fotografiert, dürfen Äußerungen in legalen politische Versammlungen nicht protokolliert, dürfen Mitgliederlisten legaler Vereine und Parteien nicht gesammelt werden).“

-3-

Da meine politischen Aktivitäten weder gegen die Gesetze der BRD verstoßen haben noch auf den Kampf gegen die freiheitlich demokratische Ordnung im Sinne des Grundgesetzes gerichtet sind, war die Sammlung von Unterlagen über mich und ist ihre Aufbewahrung rechtswidrig (vgl. dazu allgemein H. U. Evers: Das allgemeine Persönlichkeitsrecht im öffentlichen Recht und die Aufnahme von Lichtbildern zur Überwachung von Versammlungen, in: Festschrift für R. Rainhardt, 377ff., 387).

Diesem rechtswidrigen Zustand kann nur durch die Vernichtung des über mich angelegten Akts abgeholfen werden.

(Hans Roth)<

2.

>BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Erster Senat

- Der Berichtserstatter -

7500 Karlsruhe 1, den 04. 07. 1977

Postfach 1771

Schloßbezirk 3

Fernsprecher: ...

(oder über Vermittlung: ...)

Telex: ...

Herrn Rechtsanwalt

Peter Becker

(Adresse)

[Eingangsstempel vom 8. JULI 1977]

Betr.: Verfassungsbeschwerde des Herrn Hans Roth, Limburg, vom 15. März 1977

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Es ist beabsichtigt, die Verfassungsbeschwerde der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat, den Länderregierungen, dem Hessischen Minister des Innern, dem Hessischen Minister der Justiz, dem Bundesverwaltungsgericht, dem Bundesfinanzhof und dem Datenschutzbeauftragten des Landes Hessen zuzustellen. Es wird deshalb gebeten, binnen zwei Wochen je 33 Abschriften des Beschlusses des Verwaltungsgerichts Kassel vom 9. September 1976 – IV E 368/75 - , des Beschlusses des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 4. Februar 1977 – VI TE 444/76 – und der Verfassungsbeschwerde vom 15. März 1977 nachzureichen.

Hochachtungsvoll

Dr. Rupp-v.Brünneck

Bundesverfassungsrichterin

Beglaubigt (Unterschrift)
 Regierungsinspektor
 [Stempel: Bundesverfassungsgericht]<

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT
 Erster Senat
 – Der Berichterstatter –
 – 1 BvR 231/77 –

7500 Karlsruhe 1, den 04. 07. 1977
 Postfach 1771
 Schloßbezirk 3
 Fernsprecher (07 21) 149 203
 (oder über Vermittlung: 1491)
 Telex 7 826 749

Herrn Rechtsanwalt
 Peter Becker
 Renthof 13
 3550 Marburg 1

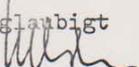
Eingegangen
 - 8 JUL 1977
 RA Peter Becker, Marburg

Betr.: Verfassungsbeschwerde des Herrn Hans Roth,
 Limburg, vom 15. März 1977

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Es ist beabsichtigt, die Verfassungsbeschwerde der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat, den Länderregierungen, dem Hessischen Minister des Innern, dem Hessischen Minister der Justiz, dem Bundesverwaltungsgericht, dem Bundesfinanzhof und dem Datenschutzbeauftragten des Landes Hessen zuzustellen. Es wird deshalb gebeten, binnen zwei Wochen je 33 Abschriften des Beschlusses des Verwaltungsgerichts Kassel vom 9. September 1976 - IV E 368/75 -, des Beschlusses des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 4. Februar 1977 - VI TE 444/76 - und der Verfassungsbeschwerde vom 15. März 1977 nachzureichen.

Hochachtungsvoll
 Dr. Rupp-v.Brünneck
 Bundesverfassungsrichterin

Beglaubigt

 Regierungsinspektor



Und ich dachte wieder an Hans Roths Erklärung vom 9.3.2012 – siehe Erstes Buch, S. 109 -, in die ich nun nach und nach Namen und Dokumente einsetzen konnte. Hans Roth schrieb von der „ohne Anwalt geschriebene(n) Klage“ – und hier war sie. Er schrieb vom

„Kerngedanken ‚Zur Menschenwürde gehört die Freiheit von Furcht‘“ und schickte den Zeitungsartikel „Zur Menschenwürde gehört die Freiheit von Furcht. Das aufsehenerregende Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel / Bürger hat Anspruch auf Vernichtung von Verfassungsschutzakten“ aus der Frankfurter Rundschau vom 12.2.1977, sechsspaltiger Artikel auf S. 14) mit – siehe Erstes Buch, S. 111 (Kopie) und S. 153-159 (Abschrift) -. Der oberste Verfassungshüter, der ein „geheimes Buch“ geschrieben hatte, war Ernst Benda, der Verfassungsrichter Martin Hirsch. Das „Zentrum der Macht“ war mir jetzt ein bißchen klarer geworden: „Wer die Daten hat, hat die Macht“ – dabei dachte ich jetzt an Frank Schirrmacher und Edward Snowden.

Und bei „den Prozeß so zu dehnen, daß die Zeitstruktur der Macht die eines Individuallebens zermalmt“, dachte ich jetzt an „Der moderne Kleinkrieg“²⁰⁰, an von der Heydtes „Krieg der verwischten Konturen“ mit der „Handlungsfreiheit in der Zeit“, seinem „Behördenapparat und alle(n) meinungsbildenden Kräfte(n), ... sogenannten Multiplikatoren öffentlicher Meinung“, seinem „versteckte(n), unauffällige(n) Vorgehen der Meinungsmanipulatoren“ und seinen „Nachrichtendienstliche(n), präventive(n), repressive(n) und konstruktive(n) Gegenmaßnahmen“, dem „Krieg ohne Entscheidungsschlacht“: „Diese ‚Strategie der indirekten Aktion‘ weicht dem Toro aus, um ihm die Banderillas von der Seite in den Nacken zu setzen. Sie sucht den Gegner in die Irre zu führen, ihn in eine schlechtere Position zu locken, und ihn – ohne sich je in der großen Schlacht zu stellen – durch viele kleine Nadelstiche so zu zermürben, daß er schließlich ermattet in die Knie geht“ – siehe Drittes Buch, S. 149.

Ulrich Klugs „schockierend“ hatte ich gesehen (siehe Erstes Buch, S. 111) und auch das 100% Urteil (siehe Drittes Buch, S. 200). Etwas schaffen, wo es nichts gab (Recht und Gesetz) war das „StaSi-Gesetz“ (siehe Drittes Buch, S. 134). „Zwei totalitäre Maschinen“ – ja, davon hatte ich jetzt einen kleinen Eindruck bekommen. Über „Gladio“ hatte ich inzwischen auch einiges gehört und gelesen (siehe Zweites Buch, S. 111 ff).

Ganz langsam, peu-à-peu, nach und nach, traten Gesichter und Namen auf, und plötzlich stellten sie sich gegenüber auf. Es waren eben nicht Juristen, sondern solche oder solche Juristen, solche oder solche. Mir fiel Fritz Bauer ein: „Man hat oft zwei Typen europäischer Menschen unterschieden; der eine Typus denkt vorzugsweise an Ordnung, der andere an Freiheit.“²⁰¹

Hier waren Juristen so unterschiedlicher Meinung. Juristen – und es fiel mir die Festschrift für Friedrich August Freiherr von der Heydte zu seinem 70. Geburtstag ein²⁰² mit den vielen Artikeln, u.a. von Ernst Benda und noch einem Völkerrechtler aus Würzburg, den ich bis vor kurzem nicht kannte: Dieter Blumenwitz.

Die Festschrift von 1977 hieß „Um Recht und Freiheit“. Ernst Benda bürdete Hans Roth den langen Instanzenweg auf (der 1985 in Deutschland mit einer Nicht-Annahme der Klage beim Bundesverfassungsgericht endete), und Dieter Blumenwitz schrieb nicht nur an der chilenischen Verfassung für Augusto Pinochet mit.

Wie unterschiedlich konnten Juristen denken, wie unterschiedlich können Vorstellungen sein, bei denen es UM RECHT UND FREIHEIT geht! Unfaßbar!

²⁰⁰ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

²⁰¹ Fritz Bauer. „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“, Stuttgart 1965

²⁰² Festschrift für Friedrich August (Freiherr) von der Heydte: „Um Recht und Freiheit“, Berlin 1977 (Duckler & Humblot)

48. „Eine bemerkenswerte Stelle. Ich möchte sagen, unsere Überprüfung wird umfassend sein.“ Die „letzte Zusatzfrage“ von Helmut Schmidt

DER SPIEGEL 51/1955 vom 14.12.1955²⁰³ berichtete über die Fragestunde der 116. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages am 7. Dezember 1955.

Heft 33/1955 hatte unter „Abendland – Die missionäre Monarchie“²⁰⁴ zahlreiche **Mitglieder der „Abendländischen Akademie“** namentlich genannt:

Eberhard Fürst von Urach; Georg Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg, Verleger der Monatszeitschrift „Neues Abendland“; Elimar Freiherr von Fürstenberg, ehemals MdB; Dr. Friedrich August Freiherr von der Heydte, Universitätsprofessor in Würzburg und Vorsitzender der Akademie; Ritter Georg von Gaupp-Berghausen, Generalsekretär der Akademie; Fräulein Gundula von Hassell, Mitarbeiterin der Akademie; Dr. Heinrich von Brentano, Bundesaußenminister; Dr. Hans-Joachim von Merkatz, Bundesratsminister; Dr. Rudolf Lodgman von Auen, Vorsitzender des Verbandes der Landsmannschaften; Hasso von Manteuffel, Panzer-General außer Diensten und FDP-MdB; Walter von Keudell, Reichsminister außer Diensten; Professor Dr. Theodor Oberländer, Bundesvertriebenenminister; Dr. Franz-Joseph Wurmeling, Bundesfamilienminister; Heinrich Hellwege, niedersächsischer Ministerpräsident; Dr. Friedrich Holzapfel, Gesandter in Bern; Dr. Heinrich Weitz, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes; Professor Dr. Süsterhenn, Präsident des Verfassungsgerichtshofes von Rheinland-Pfalz; Dr. Richard Jaeger, Vizepräsident des Bundestages; Hans Schubert, Bundespostminister außer Diensten und CSU-MdB; Dr. Dr. h. c. Hermann Pünder, CDU-MdB; Dr. Dr. Alois Hundhammer, Landtagspräsident außer Diensten; Se. Exzellenz Dr. Lorenz Jaeger, Erzbischof von Paderborn; Se. Exzellenz Dr. Joseph Schröffer, Bischof von Eichstätt; Prof. Dr. Hugo Lang, OSB, Abt von St. Bonifaz und in Andechs; Basilius Ebel, Abt von Maria Laach; Prälat Dr. Michael Schmaus, Adoptivvater der Korporationsstudenten; Pater Gilbert Corman; D. Wilhelm Stählin, ehemals Landesbischof von Oldenburg und D. Hans Asmussen, ehemals Propst in Kiel.

Nachdem nun also all diese Amt- und Würdenträger aus Politik, Kirche und Recht im o.a. Spiegel-Artikel²⁰⁵ genannt worden waren, „beantwortete Bundesinnenminister Dr. Schröder eine Frage des Hamburger **SPD-Abgeordneten Helmut Schmidt** betreffend die Mitarbeit von Kabinettsmitgliedern bei der Vereinigung „Abendländische Akademie“ und meinte, es bestünde „nach den bei der Bundesregierung vorhandenen Unterlagen () weder ein formeller noch ein materieller Zusammenhang zwischen der Abendländischen Akademie und der in Presseveröffentlichungen der letzten Zeit verschiedentlich angegriffenen Abendländischen Aktion“²⁰⁶.

Bundestagspräsident **Eugen Gerstenmeier** gestattete eine Zusatzfrage des späteren Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, der darauf hinwies, „daß der stellvertretende Generalsekretär der Abendländischen Akademie im August dieses Jahres öffentlich bekanntgemacht hat, die Aufgaben der Abendländischen Aktion würden seit zwei Jahren von der Abendländischen Akademie fortgeführt“ und daß „die Abendländische Aktion und die Abendländische Akademie aus der gleichen Quelle finanziert worden sind und weiterhin finanziert werden“. Und er fragte: „Sind Sie, Herr Bundesminister, oder ist die Bundesregierung bereit, für den Fall, daß die eben von mir behaupteten Tatsachen sich auch nach ihrer Prüfung als zutreffend erweisen sollten, nunmehr den Kabinettsmitgliedern zu empfehlen, aus der Abendländischen Akademie auszuschneiden?“

²⁰³ Helmut Schmidts „letzte Zusatzfrage“, „Rückspiegel“ in DER SPIEGEL 51/1955 vom 14.12.1955, S. 58: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31971778.html>

²⁰⁴ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31970943.html>

²⁰⁵ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31970943.html>

²⁰⁶ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31971778.html>

Der Innenminister antwortete, er habe „die Antwort auf Grund der vorhandenen Unterlagen gegeben“ und „werde das, was Sie soeben vorgetragen haben, sorgfältig prüfen lassen ...“.

Und die letzte Zusatzfrage von Helmut Schmidt lautete:

„Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, in Ihre Prüfung alle Veröffentlichungen einzubeziehen, die aus dem Kreis sowohl der Abendländischen Aktion als auch der Abendländischen Akademie in die Öffentlichkeit gedrungen sind, insbesondere unter anderen verfassungsfeindlichen Äußerungen auch jene, die ich wörtlich zitieren darf:

„Als Träger der Regierungsverantwortung kann man nicht gleichzeitig Gott in seinem Gewissen verantwortlich sein und die Gesetze aus der Hand Dritter empfangen oder, wie es in der parlamentarischen Demokratie üblich ist, sogar noch vom Vertrauen des Parlaments abhängig sein.“

Hierauf antwortete Bundesinnenminister Schröder: „Eine bemerkenswerte Stelle, die Sie zitiert haben, Herr Kollege. Ich möchte sagen, unsere Überprüfung wird umfassend sein.“

DR. GERSTENMAIER: „Letzte Zusatzfrage.“

SCHMIDT: „Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, in Ihre Prüfung alle Veröffentlichungen einzubeziehen, die aus dem Kreis sowohl der Abendländischen Aktion als auch der Abendländischen Akademie in die Öffentlichkeit gedrungen sind, insbesondere unter anderen verfassungsfeindlichen Äußerungen auch jene, die ich wörtlich zitieren darf:

„Als Träger der Regierungsverantwortung kann man nicht gleichzeitig Gott in seinem Gewissen verantwortlich sein und die Gesetze aus der Hand Dritter empfangen oder, wie es in der parlamentarischen Demokratie üblich ist, sogar noch vom Vertrauen des Parlaments abhängig sein.“

DR. SCHRÖDER: „Eine bemerkenswerte Stelle, die Sie zitiert haben, Herr Kollege. Ich möchte sagen, unsere Überprüfung wird umfassend sein.“

„Veröffentlichungen (), die aus dem Kreis sowohl der Abendländischen Aktion als auch der Abendländischen Akademie in die Öffentlichkeit gedrungen sind“? Man braucht nur „Das Manifest der Abendländischen Aktion“ von 1951 von Dr. Gerhard Kroll zu lesen und dazu „20 años/années/years/Jahre C.E.D.I.“ von Georg von Gaupp-Berghausen mit den vielen, vielen Photos anzusehen - das stolze „Familienalbum“, das 1971 in Madrid erschien – mit Dr. Gerhard Kroll auf S. 114, Joachim von Merkatz und Franz Josef Strauß auf S. 376 und Georg von Gaupp-Berghausen neben Franco auf S. 507.

„An die Öffentlichkeit gedrungen“? War das „Manifest“ von 1951 geheim? („20 años/années/years/Jahre C.E.D.I.“ konnte natürlich erst 1971 erscheinen.)

Bundestagspräsident Eugen Gerstenmeier hatte die Zusatzfragen gestattet. Auch er taucht in „20 años/années/years/Jahre C.E.D.I.“ auf: Auf S. 87 heißt es: „Commentaires de Presse. Salzburger Nachrichten v. 11. Juni 1955. Europa vom Escorial von „Chefredakteur Dr. G. A. Canaval“. Der Artikel (S. 87-94) enthält auf S. 89 den Satz: „Prominenzten der kirchlichen Welt, sowohl katholisch wie evangelisch, waren durch Pater Grundlach S.J., Rom (...) und Dr. Gerstenmeier, der evangelischer Konsistorialrat ist, gegeben“ (S. 89). Auf der gegenüberliegenden Seite befindet sich ein ganzseitiges Photo von „Le Dr. Eugen Gerstenmeier, Président de la Chambre des Députés allemande“, allerdings nicht im CEDI, sondern im Deutschen Bundestag. Das fiel mir auf; komisch.

Nun steht „Chefredakteur Dr. G. A. Canaval“ auch auf S. 5 unter „In memoriam des membres defunts du CEDI international“. Könnte es sein, daß das CEDI-Mitglied Canaval als

²⁰⁷ <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/31971778>

„Chefredakteur“ vielleicht ein bißchen geflunkert hat? Die anderen Photos sind jedenfalls immer am Ort des Geschehens (also meist im Escorial) aufgenommen. Gefolgt wird der Artikel von Gustavo A. Canaval²⁰⁸ von „Was bedeutet Koexistenz? Die IV. Jahrestagung des Europäischen Dokumentationszentrums“ von Dr. Otto B. Roegele, „Rheinischer Merkur“ vom 24.6.1955. Und das erinnerte mich wieder an meine Petition²⁰⁹ mit dem Zitat aus dem „Spiegel“ vom 26.09.1983²¹⁰:

> „Der CSU-Freiherr war Vorsitzender der ‚Abendländischen Akademie‘, kämpfte im ‚Deutschen Kreis‘ gegen die Koexistenz-Propaganda des Ostens ... Gefördert wurden aus ‚publizistischen Zwecken‘ konservative Verlagshäuser wie Springer (90 000 Mark), der katholische ‚Rheinische Merkur‘ (37 000 Mark) ...“

Otto B. Roegele und Paul Wilhelm Wenger vom „Rheinischen Merkur“ stehen beide als „rapporteurs“ (1953 bzw. 1954) in Georg von Gaupp-Berghausens „20 años/años/years/Jahre C.E.D.I.“ (S. 24), Otto B. Roegele auch im „Verteiler“ in Stefanie Waskes „Nach Lektüre vernichten. Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“²¹¹.

Wie kommt es, daß Helmut Schmidt so zaudernd fragte oder fragen mußte? Schade, daß ich „20 años/años/years/Jahre C.E.D.I.“ von 1971 bisher nirgendwo kaufen konnte, auch antiquarisch nicht. Wie gern hätte ich die vielen, vielen Photos von so vielen unserer ehemaligen Politiker (s.o.)! So wenige sprechen vom CEDI und seinem ersten „rapporteur“ aus Deutschland im Jahr 1953, Friedrich August Freiherr von der Heydte, und niemand hat zu seinem 100. Geburtstag Franz Josef Strauß in dieser Eigenschaft im Jahr 1963 erwähnt – und das bei so viel „Landesverrat“, „Patrioten“, „Europa“ und „Abendland“. Bei so viel regierungsamtlicher Beteiligung: Worüber sprechen wir und worüber nicht? Was wissen wir, meinen wir zu wissen, und was wissen wir nicht - und warum nicht? Wo hatte ich vor kurzem das Wort „Meinungsmanipulatoren“ schon einmal gelesen?

49. Über „apabiz“ zu von der Heydte in Kurt Hirschs „Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945“: „daß hier offener als sonst üblich die regierungsamtliche Beteiligung ans Tageslicht trat“

Es war ein bißchen mühsam, meinen Freiherrn gezielt zu finden, und ich war dankbar für jeden Fingerzeig. Bei „apabiz“²¹² stünde ein Artikel über die „Abendländische Akademie“, hatte mir jemand geschrieben. Über diesen Artikel von Michael Bauerschmidt, Susanne Brandt, Ulli Jentsch und Kurt Ohrowski²¹³ gelangte ich zu einem zweiten Buch von Kurt Hirsch: „Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945. Ein Lexikon“ war 1989 erschienen und beantwortete mir die Frage, wie es zu der Neuauflage von Friedrich August Freiherr von der Heydtes „Der moderne Kleinkrieg“ (Würzburg 1972) 1986 mit einem Vorwort von LaRouche kam.

Auf der Rückseite des Buchumschlags stand:

„Das Nachschlagewerk gibt Auskunft über rund 900 Organisationen und mehr als 300 Personen, die seit dem Ende des Dritten Reichs im rechtsradikalen und rechtskonservativen Lager Westdeutschlands hervorgetreten sind. Der Autor hat in Jahrzehnten alle erreichbaren

²⁰⁸ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971, S. 87-94

²⁰⁹ Erstes Buch, Kapitel 3 und http://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/themen/berufsverbot/hans_roth_zweite_petition.pdf, dort S. 85ff

²¹⁰ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021356.html>

²¹¹ München 2013 (Carl Hanser Verlag), S. 92

²¹² „antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v.“

²¹³ <http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/AAkad.htm>

Daten systematisch gesammelt und die wichtigsten in diesem Buch zusammengefaßt. Darüber hinaus zeigt er die Verflechtungen zwischen Einzelpersonen und Gruppierungen im rechtskonservativ-rechtsextremen Spektrum auf, aber auch deren Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit. Dokumente und Zitate belegen die programmatischen Aussagen der maßgeblichen Vertreter des äußersten rechten Flügels; sie führen deren Ziele und Agitation vor Augen.

Der Band behandelt, jeweils mit einleitendem Kommentar, folgende Themenbereiche: rechtsradikale Vereinigungen, Parteien und Sammlungsgruppen; rechtsradikale Jugendorganisationen; ausländerfeindliche Vereinigungen; Gruppen und Organisationen der Vertriebenen; Kalter Krieg und Antikommunismus; militärische Traditionsverbände; rechtsextremistische Kulturvereinigungen; neonazistische Hilfsorganisationen; sonstige Parteien und Gruppen rechts von der Union. Daran schließt sich ein chronologisches, nach Gründungsjahren geordnetes Verzeichnis rechtsradikaler Organisationen und Parteien für die Jahre 1945 bis 1989 an. Den Abschluß bilden Kurzbiographien rechtsgesinnter Aktivisten.“

Im Register fand ich dann „Heydte, Friedrich August Freiherr von der 50, 213, 249f, 302, 385ff“ und war wieder einmal tief beeindruckt vom Fleiß des ehemaligen Würzburger Jura-Professors von Hans Roth:

„**Deutscher Kreis 58**

Initiatoren dieser 1958 gegründeten rechtskonservativen Sammlungsbewegung waren Dr. Walter Becher, Professor Dr. Friedrich August von der Heydte, Ernst J. Salter, Dr. Richard Jaeger, Dr. Rudolf Seidl, Winfried Martini und Kurt Ziesel.“²¹⁴

„**Rettet die Freiheit**

Der Spiegel berichtete im Februar 1959 über die Vorgeschichte der Anfang 1959 gegründeten Organisation: ‚Tatsächlich waren es die propagandistischen Erfolge der Atomtod-Bewegung, die direkt zur Vereinsgründung der Freiheits-Retter führten. >Rettet die Freiheit< soll eine Anti-Anti-Atomtod-Bewegung werden. Welche Freiheit damit gerettet werden soll, macht ein Blick auf Geburtshelfer, Förderer und Gründer deutlich. Darunter befinden sich Verteidigungsminister Strauß, Innenminister Schröder und Staatssekretär Globke. Ferner: der Inspektor der Bundesmarine, Vizeadmiral Ruge, der Leiter des Ministerbüros Strauß, Major Fred Sagner, der christdemokratische Bundestagsabgeordnete Rainer Barzel, dem die Katholische Nachrichtenagentur die Einsicht zuschreibt, daß >auch das Atom ein Geschenk Gottes< sei, und der Freiherr von der Heydte, Mitglied jener >Abendländischen Akademie<, die von der Demokratie nichts hielt.‘

Der Verein unterschied sich von den vielen anderen schon bestehenden Organisationen mit ähnlicher Zielrichtung dadurch, daß hier offener als sonst üblich die **regierungsamtliche Beteiligung ans Tageslicht** trat. Zum Vorsitzenden wurde der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Rainer Barzel gewählt, der beim Taufakt von Rettet die Freiheit stolz bemerkte: ‚Ich bin lieber der letzte Kalte Krieger als der erste Kapitulant.‘ Barzel wollte als Spitzenreiter des Kalten Krieges in Erscheinung treten und erklärte, den Verein als **Propagandainstrument zur Bekämpfung der Aktion gegen die atomare Aufrüstung** gegründet zu haben. In einem Interview mit Radio Bremen äußerte er hierzu:

‚Ich bin ein wenig betrübt über einen Teil der Kritik an unserem Vorhaben, weil ich diese Kritik nicht gehört habe, als man versuchte, außerhalb des Parlaments durch sogenannte Volksbefragungen und **Anti-Atom-Geschichten die Grundlagen unseres Staates zu zerrütten**, und daß ich das nicht nur als Politiker sage, hat das Verfassungsgericht bescheinigt.‘

Über die in den Gründungsvorbereitungen steckende Organisation schrieb der SPD-nahe Parlamentarische Pressedienst im Dezember 1958: ‚Um den 30. Januar herum wird eine neue publizistische Hilfstruppe des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauß an die Öffentlichkeit treten: eine **Kampftruppe für die psychologische Verteidigung** unter dem Namen >Rettet die Freiheit<.

²¹⁴ Kurt Hirsch: „Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945“, München 1989, S. 50

Geplant ist, die neue Straußtruppe mit einem Appell zugunsten einer Bewegung für Berlin bei der Öffentlichkeit einzuführen, um auf diese Weise einen ordentlichen Eintritt in die öffentliche Diskussion zu bekommen. Die Ziele der Gruppe gehen aber über diese Bewegung hinaus. Die Lage Berlins ist lediglich ein sehr erwünschter Ausgangspunkt für die späteren Vorhaben, mit denen insbesondere >wenigstens ein Prozentsatz der Intelligenz< angesprochen werden soll [...]

Von den Beteiligten wird nicht bestritten, daß die **Finanzierung des Vorhabens vom Verteidigungsministerium übernommen** worden ist.²¹⁵

Dr. Rainer Barzel ließ sich in seiner Begeisterung für die >Rettung der Freiheit< auch nicht beirren, als die Veröffentlichung des vom Komitee Rettet die Freiheit produzierten >Rotbuches< einen Riesenskandal verursachte. Es war – in übelster McCarthy-Manier – eine Massenverdächtigung bundesdeutscher Persönlichkeiten, die den >Freiheitsrettern< als politisch unzuverlässig erschienen und deshalb wahllos als >ostverdächtig< oder kryptokommunistisch angeprangert wurden.

Es hagelte Strafanzeigen und Einstweilige Verfügungen gegen die >Rotbuch<-Verantwortlichen. Als der Skandal zur Blamage der >Freiheitsretter< wurde, erklärte Barzel: >Ich bin ruiniert.< Doch diese Befürchtung erwies sich als voreilig. Denn wer sich als >Freiheitsretter< betätigt – und sei diese Betätigung mit noch so vielen Skandalen und Blamagen verbunden -, ist in der Bundesrepublik keineswegs ruiniert. Er kann zum Beispiel, wie der Fall Barzel beweist, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen werden.²¹⁵

Unter „**Rechtsextremistische Kulturvereinigungen**“:

„Die Bedeutung jener rechtsradikalen Vereinigungen, die sich mit der Wahrnehmung kulturpolitischer Aufgaben tarnen, liegt vor allem in der Tatsache, daß sie oftmals eine geistige Brücke zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus darstellen. Da die Trennlinie zwischen den beiden Bereichen absichtsvoll verwischt wird, können solche Organisationen für ihre Veranstaltungen häufig konservative Persönlichkeiten gewinnen, denen dann eine Feigenblattfunktion zufällt. So kommt es sicher nicht von ungefähr, daß die seinerzeit stärkste Vereinigung auf diesem Gebiet, das Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG), aufgrund von Interventionen CSU-naher Kreise nicht im Verfassungsschutzbericht auftauchte.“²¹⁶

An erster Stelle der alphabetischen Liste steht die

„**Abendländische Akademie**“

Im Jahr 1955 entstand, zum Teil aus Mitgliedern der Abendländischen Aktion, unter der Präsidentschaft Dr. Friedrich August Freiherr von der Heydtes die Abendländische Akademie. Ziel dieser Vereinigung sollte es sein, ein Diskussionsforum für christlich-konservative Strömungen zu bilden, doch wiesen die teilweise Übernahme der Ideen Dr. Gerhard Krolls und seiner Abendländischen Aktion sowie deren Verbreitung im Sprachrohr der Akademie, der Zeitschrift Neues Abendland, auf eine eher rechtslastige Richtung hin. Neben dem ehemaligen CSU-Landtagsabgeordneten Kroll und von der Heydte betätigten sich u.a. Dr. Heinrich von Brentano, damals Bundesaußenminister, Dr. Hans-Joachim von Merkatz, seinerzeit Bundesratsminister, Heinrich Hellwege, damals niedersächsischer Ministerpräsident, und Professor Dr. Theodor Oberländer, ehemals Bundesvertriebenenminister, bei der Akademie, zu deren engerem Kreis Otto von Habsburg, Graf Waldburg-Zeil, Kurt Ziesel und Armin Mohler gezählt werden können. Enge Verbindung hielt die Akademie zum Europäischen Dokumentations- und Informationszentrum (CEDI) in Madrid, dessen Präsident Otto von Habsburg war und das gute Beziehungen zum Franco-Regime hatte. In den 60er Jahren kam die Akademie fast

²¹⁵ a.a.O., S. 213

²¹⁶ a.a.O., S. 249

völlig zum Erliegen; die Aktivitäten ihrer einstigen Mitglieder waren jedoch weiterhin in den Zeitschriften Deutschland-Magazin und Criticon nachzuvollziehen.²¹⁷

Es folgt die

„Abendländische Aktion

Zu Beginn der 50er Jahre schrieb der vormalige bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Gerhard Kroll (CSU) die beiden Werke *Grundlagen abendländischer Kultur – Das Manifest der Abendländischen Aktion* und *Das Ordnungsbild der Abendländischen Aktion*. Sie enthielten das weltanschauliche Credo dieser Vereinigung; u.a. war da zu lesen:

„Als Träger der Regierungsverantwortung kann man nicht gleichzeitig Gott in seinem Gewissen für sein Handeln verantwortlich sein und die Gesetze aus der Hand Dritter empfangen oder, wie es in der parlamentarischen Demokratie üblich ist, sogar noch vom Vertrauen des Parlaments abhängig sein [...] Die Abendländische Aktion erblickt im modernen Vielparteienstaat [...] einen Ausdruck neuzeitlicher Willkür.“

Zum Vorstand der Aktion gehörte Dr. Friedrich August Freiherr von der Heydte, der 1955 die Abendländische Akademie gründete, zum großen Teil mit Mitgliedern der Aktion, die daraufhin ihre Aktivitäten weitgehend einstellte.²¹⁸

Und dann fand ich den Freiherrn auch bei den

„Patrioten für Deutschland

Im Oktober 1985 rief diese Vereinigung in großformatigen Anzeigen in der Welt, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Bild zu einer >überparteilichen Sammlung< aller >patriotisch gesinnten Mitbürger und schon bestehender Gruppen und Vereinigungen< auf. Unterzeichner des Aufrufs waren u.a. Helga Zepp-LaRouche, Vorsitzende der von US-Kreisen initiierten Europäischen Arbeiterpartei (EAP), und der ehemalige Vorsitzende der Abendländischen Akademie, Friedrich August Freiherr von der Heydte, Mitglied der CSU. Unterstützung erfuhr die Gruppierung insbesondere durch die in den USA beheimatete Bewegung Peace through Strength, die das Ziel verfolgte, der US-amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative SDI Befürworter zu gewinnen. Das US-Patronat wurde auch in dem nachstehend abgedruckten Programm deutlich, das die Vereinigung in einem Extrablatt im Januar 1988 veröffentlichte und in dem sie Punkt für Punkt ihre Position darlegte.

„Außenpolitik

Die Patrioten sind gegen die Finnlandisierung und den Ausverkauf der Bundesrepublik Deutschland. Die westliche Allianz kann nur überleben, wenn die Amerikaner ihre Politik entscheidend verändern, wobei die Präsidentschaftskampagne Lyndon LaRouches die größte Hoffnung darstellt. Die Patrioten sagen ein deutliches NEIN zum INF-Vertrag und jeder weiteren Untergrabung unserer Verteidigungsfähigkeit. Wir stehen fest zum Bündnis mit Amerika, Frankreich und den anderen westeuropäischen Staaten.

Innenpolitik

Die Patrioten sind, erst recht nach der Ermordung der Polizisten am Frankfurter Flughafen, für einen kompromißlosen Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der von der Sowjetunion gegen den Westen eingesetzt wird. Wir sind für die schonungslose Aufdeckung der Hintermänner, Finanziere und internationalen Verbindungen des Rauschgift- und Waffenhandels. Die effektive Beobachtung und Isolierung des terroristischen Umfelds ist dringend erforderlich.

Wirtschaftspolitik

Die Patrioten haben seit Jahren vor einem Finanzkollaps von weit schlimmeren Ausmaßen als 1929 gewarnt. Es muß sofort gehandelt werden. Die Bundesregierung muß den erheblichen Einfluß der führenden Industrienation Bundesrepublik Deutschland geltend machen, um sicherzustellen, daß IWF und Weltbank durch ein neues, leistungsfähiges

²¹⁷ a.a.O., S. 249f

²¹⁸ a.a.O., S. 250

Weltwährungssystem ersetzt werden, das auf produktive Entwicklung ausgerichtet ist. Dazu soll der Goldreservestandard wieder eingeführt und die Bundesbank der Bundesregierung unterstellt werden.

Landwirtschaft

..., fordern wir einen Marshallplan, ...

Gesundheitspolitik

Die Gesundheitspolitik unseres Landes hat sich zu einem untragbaren Sicherheitsrisiko entwickelt, besonders wegen der skandalösen Verharmlosung der bedrohlichen Massenseuche AIDS durch Frau Süsmuth. Die Patrioten fordern die Aufnahme von AIDS ins Bundesseuchengesetz: namentliche Meldepflicht von AIDS-Erkrankungen und – Ansteckungen, kostenlose Reihenuntersuchungen. Am wichtigsten aber ist ein Sofortprogramm in der AIDS-Forschung, das keine Kosten scheuen darf.

Kultur und Bildung

Die Bürger Baden-Württembergs sollten auf den großen Dichter Friedrich Schiller, den Wissenschaftler Johannes Kepler und den Wirtschaftspolitiker Friedrich List stolz sein und diese kulturelle Tradition fördern und pflegen. Die Patrioten fordern die Erziehung der jungen Generation im Sinne der deutschen Klassik und des Humboldtschen Bildungsideals. Im Bereich der Naturwissenschaften müssen wir die Tradition von Leibnitz, der Göttinger Schule und der Weltraumpioniere der 20er Jahre wiederbeleben und fortsetzen.

Wissenschaftspolitik

Die Patrioten setzen sich für die Modernisierung der deutschen Stahl- und Werftindustrie sowie für die Modernisierung des Verkehrsnetzes – z.B. mit der umweltfreundlichen Magnetschwebebahn – ein. Im Gegensatz zu Lothar Späth wollen die Patrioten den zügigen Ausbau unserer sicheren Kernenergie, des Schnellen Brüters und des HTR. Nur durch die Förderung industrieller Großprojekte werden wir neue Arbeitsplätze schaffen.²¹⁹

Kurzbiographie:

„Heydte, Dr. Friedrich August Freiherr von der

Geboren 1908

Bis 1945

1933 Schreibt fünf Monate nach Hitlers Machtergreifung anlässlich einer soziologischen Tagung des Katholischen Akademikerverbands Ende August in Maria Laach:

„Es war Sünde wider den Heiligen Geist, die notwenig zum Untergang des politischen Katholizismus führen mußte, daß **der deutsche Katholizismus dieses sein Erstgeburtsrecht im Kampf gegen den Liberalismus nicht ausgenützt** hat, sondern im politischen Katholizismus der Nachkriegszeit die unnatürliche Verbindung mit einem **entarteten Liberalismus** noch enger geschlossen hat – daß er Tagespolitik getrieben hat statt Grundsatzpolitik, und **daß er leidenschaftlichen Widerstand dem entgegengesetzte, der mit Intuition im Liberalismus den Feind des Volkes erkannt** hat.“

Ab 1945

1947 Mitglied der CSU

1955 Vorsitzender der rechtslastigen Abendländischen Akademie

1956 Mitglied des Vereins **Westliches Wehrwesen**. Im selben Jahr wird eine Ansprache bekannt, die der ehemalige Fallschirmjäger-Oberstleutnant und Professor von der Heydte bei einer Tagung der Abendländischen Akademie gehalten hat. Er **bekannt sich darin zu den** Auffassungen des spanischen Staatsmannes **Juan Donoso Cortés**, der 1849 in einer historischen Rede vor dem spanischen Parlament erklärte:

„Wenn die Legalität genügt, die Gesellschaft zu retten, dann meinetwegen Legalität. Wenn sie aber nicht genügt, dann eben die Diktatur [...] Es handelt sich darum, zwischen der Diktatur, die von oben kommt, zu wählen [hier fehlt wohl etwas?; eigene Anmerkung]; ich erwähle mir die, welche von oben kommt, weil sie aus reichlicheren und ausgeglicheneren Gegenden

²¹⁹ a.a.O., S. 301-303

stammt. Es handelt sich schließlich darum, zu wählen zwischen der Diktatur des Dolches und der Diktatur des Säbels; ich wähle mir die Diktatur des Säbels [gemeint ist der Adel], denn sie ist vornehmer und ehrenhafter.’

1957 Vorsitzender der neugegründeten Christlich-demokratischen Hochschulgemeinschaft
1958/1959 Zählt zu den Initiatoren der Kalte-Kriegs-Organisation Deutscher Kreis und Rettet die Freiheit. Die FDP-nahe *Liberale Studenten-Zeitung* schreibt 1959:

„Mit Steuergeldern wurden die Wehrdienstverweigerer kleingemacht. Mit Steuergeldern sind die Wahlschlachten geführt worden. Mit Steuergeldern wurde die Aktion Kampf dem Atomtod bekämpft. Mit Steuergeldern wird man jetzt die Angst vor dem roten Mann schüren, um die Furcht vor dem Schwarzen zu übertönen. Man malt den Teufel an die Wand, um vom Geschehen im Inneren des Hauses abzulenken. Alles mit Steuergeldern. Alles wie gehabt. Wie einst vor tausend Jahren. Wehe, wenn uns erst die >Freiheit< der von der Heydte blüht. Wie warnen vor diesen >Rettern der Freiheit<. Um unserer Freiheit willen.’

1958-1965 Statthalter und Träger des Großkreuzes des Ordens vom Heiligen Grabe zu Jerusalem. Mitarbeiter der rechtsgerichteten Studiengemeinschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit.

1962 Wird zum Reserve-Brigadegeneral befördert. Wegen mehrere im *Spiegel* erschienener Beiträge, die sich kritisch mit der Bundeswehr und verwandten militärischen Themen auseinandersetzen, erstattet der Würzburger Staatsrechtler, der über gute Beziehungen zu Franz Josef Strauß verfügt, im Oktober bei der Bundesanwaltschaft zwei Strafanzeigen wegen Landesverrats.

1964 Mitglied des der CSU nahestehenden Demokratisch-konservativen Kreises

1966-1970 Landtagsabgeordneter der CSU

1967 Teilnehmer des Europakongresses des Bundes der Vertriebenen (BDV)

1974 Wird mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.²²⁰

1956 sei eine Ansprache bei einer Tagung der Abendländischen Akademie (im CEDI im Escorial?) bekannt geworden, in der sich der Freiherr zu Auffassungen des spanischen Staatsmannes Juan Donoso Cortés von 1849 bekannt habe: „Wenn die Legalität genügt, die Gesellschaft zu retten, dann meinetwegen Legalität. Wenn sie aber nicht genügt, dann eben die Diktatur ... Es handelt sich schließlich darum, zu wählen zwischen der Diktatur des Dolches und der Diktatur des Säbels; ich wähle mir die Diktatur des Säbels, denn sie ist vornehmer und ehrenhafter.“

Zu „Säbel“ fiel mir die ergreifende Schilderung in des Freiherrn Lebenserinnerungen²²¹ ein. „Ich werde Soldat – und heirate“²²² heißt das sechste Kapitel, in dem Friedrich August Freiherr von der Heydte auch von seiner Zeit in Münster 1934 schreibt: „Im Grunde konnte man die politische Auseinandersetzung in Münster - vermutlich auch im Rheinland – als Wiederholung des unseligen Kulturkampfes der Bismarckzeit werten. Weder in Österreich, noch in Bayern, noch in Ostpreußen konnte ich derart harte Fronten feststellen. Ohne es zu wollen, saß ich binnen kurzem zwischen zwei Stühlen: Für die einen war ich zu katholisch und für die anderen zu nationalsozialistisch eingestellt.“²²³

Das waren Sätze, wie ich sie nie für möglich gehalten hätte. Unmögliche Sätze. Aber Friedrich August von der Heydte erzählte eben aus seinem Leben, und so manches würde ich wohl nie verstehen können.

Aber ich wollte doch die Geschichte mit dem Säbel noch einmal lesen und suchte also in dem Kapitel weiter.

²²⁰ a.a.O., S. 385-387

²²¹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...’.Ein ‚Zeitzeuge’ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

²²² a.a.O., S. 61-75

²²³ a.a.O., S. 63

Daß niemand etwas dafür kann, was ein Freund später einmal tut, schicke ich voraus. Denn auf der gleichen Seite unten blieb mir fast das Herz stehen: „Ein Freund von mir, der Sohn eines Industriellen, Moritz Klönne, ...“²²⁴
Möriz Klönne.

GESELLSCHAFT

VERBRECHEN

Die Mörder sind unter uns

Die Ostausläufer des Arnberger Waldes schimmerten schon im zarten Grün, als am ersten Frühlingstag des Jahres 1945 zwei Männer durch die flache Mulde des Langenbachtals unweit des westfälischen Städtchens Warstein stapften. Es waren der SS-Obersturmbannführer Wolfgang Wetzling und der Panzerhauptmann Ernst-Moritz („Emo“) Klönne, Sproß einer der bedeutendsten Industriellen-Familien des Ruhrreviers.

Sie suchten einen Platz, der ihnen geeignet erschien, um dort — wie ihnen jetzt zur Last gelegt wird — „eine größere Anzahl von Menschen . . . heimtückisch und grausam zu töten“. An der Stelle, die Wetzling und Klönne erkundeten, wurden in

225

Ernst-Moritz Klönne - diesen Namen hatte ich erst vor kurzem kennenlernen müssen. Ob das der gleiche Mensch ist? Oder gab es sowohl einen Moritz als auch einen Ernst-Moritz Klönne, beide Söhne eines Industriellen?

Im Grunde ist das auch hier nicht so wichtig. Denn ob es der Freund des Freiherrn selbst war oder ein Verwandter von ihm, ist Nebensache. Mir ist das Auftauchen dieses Namens nur wichtig, weil es mit Familie zu tun hat. Denn ebenso, wie mein gestorbener Vater sich immer wieder bei mir meldete — etwa, als der Freiherr mir gerade von der „Ardennenoffensive“ erzählt hatte und ich im Hürtgenwald die Knochen eines Menschen gezeigt bekam, der ohne diese „Ardennenoffensive“ vielleicht noch leben würde („Would you surrender in the same situation?“),



so meldete sich bei „Klönne“ meine Mutter — und auch und gerade die 208 in den letzten Wochen des Krieges ermordeten Bürger der Sowjetunion verlangen von mir, daß ich an dieser Stelle ihrer angemessen gedenke. Auch viele von ihnen könnten heute noch leben.

²²⁴ a.a.O., S. 63f

²²⁵ DER SPIEGEL 50/1957 vom 11.12.1957, S. 32



226

Wenige Monate vor ihrem Tod erzählte mir meine Mutter, in ihrem Geburtsort, den ich nur von Erzählungen und zwei Beerdigungen her kannte, seien wenige Tage vor Kriegsende russische Zwangsarbeiter im Wald ermordet und verbuddelt worden. Wenige Wochen nach der Befreiung hätte man sie gefunden, und die Bevölkerung habe an den Leichen vorbeigehen müssen. Sie, ihre Schwester und ihr zukünftiger Schwager seien dabei gewesen. Es sei wirklich grauenhaft gewesen, und mein damals 17jähriger Onkel habe sehr geweint. Es sei gut von den Amerikanern gewesen, die Menschen dazu zu zwingen, Wahrheiten zur Kenntnis zu nehmen. Niemand hätte sagen können, er habe „von all dem nichts gewußt“. Der Ort des Geschehens hieß Langenbachtal.

Langenbachtal – so hieß also ein besonderes Erbe meiner Mutter. Von russischen Zwangsarbeitern hatte sie ihr ganzes Leben lang erzählt, und davon, daß es unmöglich gewesen war, „von all dem nichts gewußt“ zu haben. Sie jedenfalls habe mit 18 eine Menge gewußt. Ihr Vater, der ein halbes Jahr nach meiner Geburt starb, war damals Arzt, und sie habe ihm mehrfach geholfen, die eiternden Geschwüre „auszuschaben“; sie habe oft die Arme oder Beine festgehalten, während mein Großvater sie behandelte.

Aber daß russische Zwangsarbeiter noch wenige Tage vor Kriegsende²²⁷ im Langenbachtal ermordet worden waren, hatte sie nicht erzählt.

Sobald ich konnte fuhr ich in den Arnberger Wald²²⁸ und fand die Toten nach einigem Suchen in Meschede auf dem Waldfriedhof, der auch „Franzosenfriedhof“ genannt wird, weil er im Ersten Weltkrieg für die 20000 Kriegsgefangenen aus Frankreich angelegt worden war.

Eigentlich hätte ich keine Chance gehabt, die ermordeten der Massaker vom 20. bis zum 23. März.1945 zu finden. Nichts deutete darauf hin, daß die Opfer der drei Massenerschießungen von Suttrop, Eversberg und dem Langenbachtal alle hier lagen. Nicht die Bezeichnung des Ortes als „Kriegsgräberstätte“, nicht der Eingang mit dem großen Tor, nicht die Tafel hinter dem Eingang

²²⁶ https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Arnsberg_Wood_Massacre?uselang=de#/media/File:German_man_holding_exhumed_baby_from_a_mass_grave_outside_the_town_of_Suttrop.jpg

²²⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/Endphaseverbrechen>

²²⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_im_Arnberger_Wald



- WALDFRIEDHOF FULMECKE -

DER FRIEDHOF WURDE IM I: WELTKRIEG ABGELEGT
UND DIENTE ALS RUHESTÄTTE FÜR KRIEGSGEFANGENE
MEHRERER NATIONEN (INSBES. FVRANZOSEN), DIE IM
MESCHEDER KRIEGSGEFANGENENLAGER VERSTORBEN WAREN.
FRANZÖSISCHE, BELGISCHE UND ITALIENISCHE KRIEGSTOTE
WURDEN NACH DEM I: WELTKRIEG IN IHRE HEIMAT ÜBERFÜHRT.
FÜR DIE RUSSISCHEN UND POLNISCHEN KRIEGSTOTEN DES
I: WELTKRIEGES BLIEB DER WALDFRIEDHOF DIE LETZTE RUHRSTÄTTE.

IM JAHRE 1964 WURDEN 121 UNBEKANNTE RUSSISCHE TOTE AUS
DEN GEMEINDEN SUTTROP UJND WARSTEIN NACH HIER ÜBERFÜHRT.
IN DEN JAHREN 1965/66 ERFOLGTE DIE VÖLLIGE
NEUGESTALTUNG DES FRIEDHOFES.
HEUTE RUHEN HIER 287 RUSSISCHE UND POLNISCHE KRIEGSTOTE.
DAS SCHMIEDEISERNE TOR MIT DEN ANDSTEINFLÜGELMAUERN
SOWIE DIE FIGUR DES FRANZÖSISCHEN SOLDATEN SIND ARBEITEN
UNBEKANNTER FRANZÖSISCHER KRIEGSGEFANGENER.
DIE STELE IM HINTEREN BEREICH DES FRIEDHOFES WURDE
NACH DEM II: WELTKRIEG DURCH DIE SOWJETUNION ERRICHTET.

und auch nicht die sechs steinernen Platten mit den verschiedenen Angaben, wie viele Tote an der jeweiligen Stelle liegen:



Woher hätte ich beispielsweise wissen können, daß hier die 80 Erschossenen von Eversberg lagen?



„HIER RUHEN 80
SOWJETISCHE BÜRGER,
DIE IN DER SCHWEREN ZEIT
1945
FERN VON IHRER
HEIMAT STARBEN.“

Es war nur die angekündigte Stele ganz, ganz hinten in der Ecke, die etwas erzählte. Zuerst habe ich sie gar nicht gesehen;



ganz, ganz hinten stand sie,



und erst, als ich dicht davor stand, erfuhr ich, was in etwa passiert war:



Gott sei Dank hatte die Sowjetunion damals daran gedacht, daß die meisten Deutschen kein Russisch können und hatte den Text auch übersetzt anbringen lassen, sowohl auf Englisch als auch auf Deutsch.



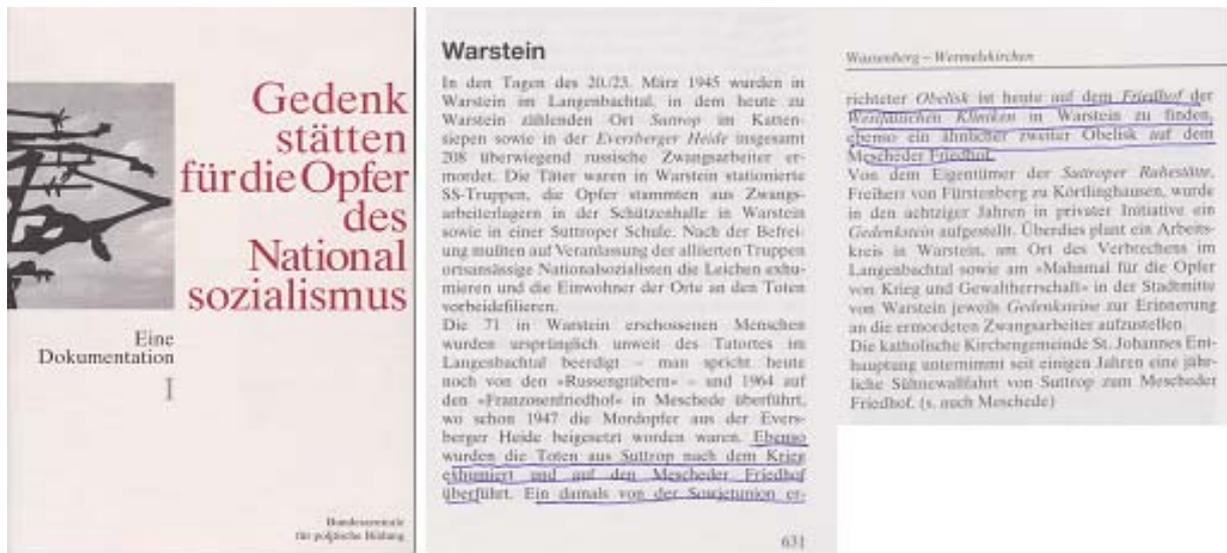
HIER RUHEN RUSSISCHE BÜRGER, BESTIALISCH ERMORDET IN FASCHISTISCHER GEFANGENSCHAFT. EWIGER RUHM DEN GEFALLENEN DES GROSSEN VATERLÄNDISCHEN KRIEGES 1941 - 1945

Diese Stele besteht aus drei Seiten, und auf jeder steht der Text in einer der drei Sprachen. Leider konnte ich nur Teile so photographieren, weil mir das Gebüsch im Nacken saß. Aber man erkennt es ja auch so.



Daß auf dem „Franzosenfriedhof“ keinerlei Hinweis auf Französisch zu finden war, fand ich außerordentlich bedauerlich.

Gott sei Dank gibt es wunderbare Bücher, und aus zweien möchte ich hier zitieren: Das erste ist die zweibändige Dokumentation „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“²²⁹ der Bundeszentrale für politische Bildung von 1995 mit Artikeln über „Warstein“ und „Meschede“. Auf S. 631f fand ich das gesuchte Massaker im Langenbachtal:



„In den Tagen des 20./23. März 1945 wurden in Warstein im Langenbachtal, in dem heute zu Warstein zählenden Ort Suttrop im Kattensiepen sowie in der Eversberger Heide insgesamt 208 überwiegend russische Zwangsarbeiter ermordet. Die Täter waren in Warstein stationierte SS-Truppen, die Opfer stammten aus Zwangsarbeiterlagern in der Schützenhalle in Warstein sowie in einer Suttroper Schule. Nach der Befreiung mußten auf Veranlassung der alliierten Truppen ortsansässige Nationalsozialisten die Leichen exhumieren und die Einwohner der Orte an den Toten vorbeidefilieren.

Die 71 in Warstein erschossenen Menschen wurden ursprünglich unweit des Tatortes im Langenbachtal beerdigt – man spricht heute noch von den ‚Russengräbern‘ – und 1964 auf

²²⁹ Ulrike Puvogel, Martin Stankowski, unter Mitarbeit von Ursula Graf: „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“, Bonn 1995, Nachdruck 1996 (Bundeszentrale für politische Bildung)

den ‚Franzosenfriedhof‘ in Meschede überführt, wo schon 1947 die Mordopfer aus der Eversberger Heide beigesetzt worden waren. Ebenso wurden die Toten aus Suttrop nach dem Krieg exhumiert und auf den Mescheder Friedhof überführt. Ein damals von der Sowjetunion errichteter Obelisk ist heute auf dem Friedhof der Westfälischen Kliniken in Warstein zu finden, ebenso ein ähnlicher zweiter Obelisk auf dem Mescheder Friedhof.“

Das zweite Buch ist Peter Bürgers „Zwischen Jerusalem und Meschede“²³⁰, das auf 217 Seiten so viele Informationen und Materialien zusammenträgt, daß ich ihm nur auf Knien dafür danken kann; daß er es zum Download zur Verfügung stellt²³¹, ist einfach großartig. Auf S. 23 benennt er kurz und knapp, was das Stichwort „Langenbachtal“ meint:

„Die Anklage lautete auf Mord und Mordversuch. Wetzling wurde vorgeworfen, 71 Menschen heimtückisch und grausam getötet zu haben und zur Tötung von weiteren 80 Menschen Beihilfe geleistet zu haben. Die anderen Beschuldigten wurden der Beihilfe zu heimtückischen und grausamen Tötungen in einer jeweils unterschiedlichen Zahl beschuldigt. Es ging um drei miteinander verbundene Tatkomplexe:

- Im Langenbachtal bei Warstein wurden 14 Männer, 56 Frauen und 1 Kind getötet. Dort starben also 71 Zwangsarbeiter. Hauptbeschuldigter war der Angeklagte Wetzling. Beteiligt waren daran auch Anhalt und Klönne.
- In einem Wiesengrund bei Eversberg wurden 80 männliche Zwangsarbeiter ermordet. In diesem Fall war der Angeklagte Gaedt der Hauptbeschuldigte. Weitere Beschuldigte waren Wetzling und Miesel.
- In einem Wald bei Suttrop wurden 35 Männer, 21 Frauen und ein Kind ermordet. An der Tat beteiligt war von den Angeklagten im Prozess nur Zeuner. Daran maßgeblich beteiligt war vermutlich auch der frühere Hauptmann Schmoller, der vor Gericht lediglich als Zeuge auftrat.“

„Langenbachtal“ meint also eines von drei innerhalb von wenigen Tagen begangenen „Endphaseverbrechen“, dem Mord an 208 meist russischen Zwangsarbeitern im Raum Warstein im Arnsberger Wald.

Und Ernst-Moritz Klönne saß unter dem Vorwurf der Beihilfe mit auf der Anklagebank.



232

²³⁰ Peter Bürger / Jens Hahnwald / Georg D. Heidingsfelder: „Zwischen Jerusalem und Meschede. Die Massenmorde an sowjetischen und polnischen Zwangsarbeitern im Sauerland während der Endphase des 2. Weltkrieges und die Geschichte des ‚Mescheder Sühnekreuzes‘“, Eslohe 2015

²³¹ <http://www.sauerlandmundart.de/pdfs/daunlots%2076.pdf>

²³² a.a.O., S. 18 (Ausschnitt aus der Westfalenpost vom Neujahrstag 1958)

„Am Morgen des 20. März 1945 rief Wetzling bei Klönne an und bat ihn, bei der Auswahl eines geeigneten Erschießungsplatzes zu helfen. Sie fuhren zu dem von Klönne schon früher erwähnten Platz im Langenbachtal. Der Mordplatz war eine Lichtung, etwas von der durch das Tal führenden Straße entfernt. Gegen Abend befahl der Angeklagte Anhalt, dem Hauptwachtmeister der Stabsbatterie, ein etwa 15 Mann starkes bewaffnetes Sonderkommando zusammenzustellen. Dieses hatte sich gegen 22 oder 23 Uhr beim Amtsgericht in Warstein zu melden. Beim Eintreffen der Kommandos waren Wetzling, Klönne und eine untergeordnete SS-Charge anwesend. Den Soldaten wurde der Tötungsbefehl verkündet. Dabei wurde auf die angebliche Gefahr, die von den Zwangsarbeitern ausgehen würde, hingewiesen. Die Tötung diene demnach dem Schutz der Bevölkerung. Hingewiesen wurde auch auf die schlechte Ernährungslage. Wetzling versäumte nicht, auf die ‚Greuelthaten der Roten Armee‘ und die schweren Luftangriffe der Alliierten hinzuweisen. Lobend erwähnte er die Bereitschaft von Klönne, sich der Aktion freiwillig anzuschließen. Gegen den Protest Klönnes, der durch die Nähe der Straße, eines Försterhauses und eines Müttergenesungsheimes wohl die Entdeckung fürchtete, wurde der Erschießungsort etwas verlegt. Wetzling verpflichtete die Beteiligten zur Geheimhaltung. Irgendeinen Widerspruch hat es nicht gegeben. [Fußnote: LG Arnsberg 12.2.1958, 3 Ks 1/57 S. 579f.]

Ein Teil des Kommandos begab sich zum Mordplatz. Dem schloss sich auch Klönne an. Der andere Teil mit Wetzling und Anhalt fuhren zur Schützenhalle. Mit einer Dolmetscherin betraten sie gegen Mitternacht die Halle. Es wurde den dort anwesenden bis zu 1000 Zwangsarbeitern gesagt, wer arbeiten wolle, solle sich melden, er komme dann in ein anderes, besseres Lager. Eine beträchtliche Gruppe von Internierten – unter ihnen viele Frauen, eine sogar mit einem Kind – meldeten sich. Mit Blick darauf, dass ein Großteil der Opfer Frauen waren, sagte Wetzling später: ‚Ich habe dann auch sehr darauf geachtet, dass bei der nächsten Exekution nur Männer erschossen wurden, damit die Parität wieder hergestellt war ...‘. Mit einem Lastkraftwagen wurden die Zwangsarbeiter in mehreren Transporten ins Langenbachtal gefahren. Bei der Mordstätte handelte es sich um eine Weide in einer Talmulde, etwa vier Kilometer von Warstein entfernt. Die Zwangsarbeiter des ersten Transports wurden nach ihrer Ankunft aufgefordert, ihre Habseligkeiten abzulegen. Klönne wurde aufgefordert, sich zu entfernen. Zwei Posten hatten die Aufgabe, das Gelände vor dem Hinzukommen fremder Personen abzuschirmen. Die Zwangsarbeiter verhielten sich während der Geschehnisse sehr ruhig. Ihnen wurde befohlen sich zu zweit oder dritt nebeneinander zu stellen. Die Soldaten traten links neben die Zwangsarbeiter. So wurde die Gruppe von der Straße an den eigentlichen Tötungsort geführt. Auf ein Signal hin eröffneten die Soldaten das Feuer auf die neben ihnen befindlichen Menschen. In kurzer Zeit war der Befehl ausgeführt. Nach vollbrachter Tat marschierte das Erschießungskommando wieder zur Straße zurück. In ähnlicher Weise erfolgte auch die Ermordung der Angehörigen der folgenden Transporte. Beim letzten Transport löste sich vorzeitig ein Schuss. Dies führte bei den Gefangenen zu Unruhe. Sie schrien, und einige versuchten vergeblich zu fliehen. Ein Zwangsarbeiter, der in Richtung der Straße flüchten wollte, wurde auf Zuruf Wetzlings vom Angeklagten Anhalt mit seiner Dienstpistole erschossen.

Nach dem Ende der Tat hoben die Soldaten unter dem Kommando von Anhalt Massengräber aus. Während der Bestattung fanden die Soldaten ein Mädchen von etwa 18 Jahren, das noch lebte. Sie kamen dem Befehl, dieses zu töten, nicht nach, worauf Anhalt sie als ‚Feiglinge‘ bezeichnete und das Opfer durch einen Genickschuss zu Tode brachte. Die Gräber wurden zugeschüttet, und man versuchte die sonstigen Tatspuren zu verwischen. Noch brauchbare Habseligkeiten der Getöteten wurden auf den LKW geladen. Auch etwa 1000 Reichsmark an Bargeld wurden eingesammelt.²³³

²³³ a.a.O., S. 30

Ernst-Moritz Klönne: „Nicht zur Division z.V. gehörte der Angeklagte ERNST MORITZ KLÖNNE. Dieser stammte aus einer bekannten Dortmunder Unternehmerfamilie. Er war Sohn des Unternehmers und früheren Reichstagsabgeordneten Moritz Klönne. Als mehrfach ausgezeichnete und verwundete Wehrmachtangehöriger war er 1943 vom aktiven Frontdienst zur Führerreserve genommen worden. Als solcher war er als Ausbilder tätig und diente bei der Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres. 1944 wurde er zum Hauptmann der Reserve ernannt. Anfang 1945 wurde er zur Unterstützung der Leitung des Familienunternehmens unabhömmlich gestellt. Zum Tatzeitpunkt lebte er bei seinen Eltern in deren Wochenendhaus in der Nähe Warsteins. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft kehrte er bereits 1945 nach Dortmund zurück, wo er Teilhaber des Familienunternehmens wurde. Auch er war verheiratet und hatte Kinder.“²³⁴



235



236

Bis 1964 stand die Stele Nahe am Ort des Geschehens. Dann aber wurden die Toten samt Stele nach Meschede überführt, wie alle Bürger der Sowjetunion, die in Warstein, Eversberg und in Suttrop ermordet worden waren, nachts im Wald.

Und ich hatte die Toten gesucht und gefunden, an einem Ort, an dem diese Wörter nicht zu finden waren. Nur eine Stele, die den gleichen Text trug wie eine zweite mit vier Seiten auf dem Friedhof der LWL.

²³⁴ a.a.O., S. 21

²³⁵ https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Arnsberg_Wood_Massacre?uselang=de#/media/File:Massgrave_Suttrop-Dig_graves_for_the_bodies_of_57_Russians.jpeg

²³⁶ Archiv des „Psychiatriemuseums“ der LWL-Klinik



Und so beklage ich an dieser Stelle, daß niemand unterscheiden kann zwischen einer „Kriegsgräberstätte“, auf der deutsche Soldaten liegen, die vielleicht auch fernab von der Heimat gestorben sind, auf fremdem Territorium, das man ihnen zu erobern auftrag und deren Einwohner sie getötet oder zu Sklavendienst gezwungen haben – und einer „Kriegsgräberstätte“, auf der eben solche versklavten Menschen liegen, getötet von deutschen Soldaten nachts im Wald durch Schüsse in den Kopf und ins Genick, wenige Tage vor ihrer bevorstehenden Befreiung durch die US-amerikanische Armee.

Die Toten vom Langenbachtal liegen fernab von anderen Toten, auf einem kleinen separaten Friedhof, „Franzosenfriedhof“ genannt, und es gibt keinerlei Hinweis darauf, wer wo wodurch gestorben ist. Mit dieser Klage stehe ich weder allein noch neu da:



237

Manche Akten und Unterlagen können noch von Namen, von Geburts- und Todesdaten erzählen, von jungen und älteren Menschen. In Archiven kann man Listen finden von sowjetischen Bürgern, die noch nach ihrer Befreiung gestorben sind – an den Verwundungen oder an Krankheiten, die sie sich auch während der bzw. durch die Zwangsarbeit „zugezogen“ hatten.

²³⁷ Blickpunkt Meschede Nr.9, 5. Mai 1982. Unterzeilen zum Photo: „Das Tor zum sogenannten ‚Franzosenfriedhof‘ zeigt das große Bild. Allerdings liegt hier kein Franzose mehr begraben. Statt dessen ruhen hier neben Wasili Loboda (kleines Bild) viele Osteuropäer, die im 2. Weltkrieg zwangsweise ins Sauerland deportiert wurden und deren Schicksal ‚UNBEKANNT‘ bleibt.“ (Stadtarchiv Meschede)

Lfd. Nr.	Familienname und Vornamen (bei Frauen auch Geburtsname)	Geburtstag und -ort	Beruf	Todestag und -ort	Sterbefall beurkundet beim Standesamt in unter Nr. ggf. Todesursache
1	2	3	4	5	6
11	Pakurzka, Eduard	† † 1915 unbekannt	unbek.	13.3.1945	Sut trop 98/45
12	Lasorenko, Maria	5.1.1925 Kowtuni	"	7.4.1945	Sut trop 125/45
13	Politaewa, Anna	unbekannt	"	9.4.1945	Sut tro 126/45
14	Letowka, Iwan	16.1.1925 Poterjaikino	"	10.5.1945	Sut tro 169/45
15	Godowanetz, Philipp	22.11.1911 Golchwesti	"	15.5.1945	Sut trop 177/45
16	Konowitschenko, Peter	2.5.25 Nowodenjewka	"	14.5.1945	Sut tro 176/45
17	Sietschenko, Maria	25 Jahre unbekannt	"	24.5.1945	Sut tro 208/45
18	Artümjak, Stefani	10.3.1926 unbekannt	"	29.6.1945	Sut tro 338/45
19	Ratuschna, Tatiana	10.10.1928 unbekannt	"	1.7.1945	Sut tro ^{340/} 10/45
20	Filipenko, Maria	21.8.1912 unbekannt	"	13.6.45	Sut tro ^{289/} 19/45

Vordruckverlag Sattler & Köb, Habelberg Rhld., Vordruck 8351 Gräberliste

Aber wie lange werden die Grabsteine noch Namen nennen können von den Menschen, die nachts im Wald ermordet und verbuddelt worden sind, an einem Tatort, den Ernst-Moritz Klönne mit ausgesucht hatte?







Manche Inschriften kann man jetzt schon kaum noch bis nicht mehr lesen.

Der Hauptmann außer Dienst Ernst-Moritz Klönne unterscheidet sich wesentlich von seinen fünf Mitangeklagten, die durchweg aus sozial kleinen Verhältnissen stammen und auch nach dem Kriege kaum mittelständischen Durchschnitt erreichten. Dem Ernst-Moritz Klönne, Sproß einer der bedeutendsten Unternehmerfamilien des Industriereviere, blieben seit dem Warsteiner Massaker, an dem er aus Gefälligkeit so viel freiwilligen Anteil hatte, manche Fährlichkeiten des Lebens erspart. Ihn trug bald wieder die Woge der Konjunktur.

Sämtliche Angeklagten erklärten sich für „nicht schuldig“ im Sinne der Anklage. Das, was sie taten sei — wie sie sagen — erwachsen aus dem Staats- und Befehlsnotstand. Sagt der Divisionsrichter außer Dienst Wetzling, der den Auftrag bekam, Henker zu sein: „Ich hatte dem Befehl zu gehorchen, ganz gleich, was ich von ihm dachte.“

Die Richter und Geschworenen haben die dornige Aufgabe, nicht nur diese Behauptung zu prüfen, sondern in ihrem Urteil auch den Umstand zu berücksichtigen, daß der gute Leumund (Wetzling: „Ich bin mit einem Instinkt behaftet, der mir stets aufgibt, anderen zu helfen!“) noch nichts aussagt über die Bereitschaft, zu töten, wenn das „von oben“ befohlen ist.

Sämtliche Angeklagten erklärten sich für „nicht schuldig“ im Sinne der Anklage. Das, was sie taten sei — wie sie sagen — erwachsen aus dem Staats- und Befehlsnotstand. Sagt der Divisionsrichter außer Dienst Wetzling, der den Auftrag bekam, Henker zu sein: „Ich hatte dem Befehl zu gehorchen, ganz gleich, was ich von ihm dachte.“

Es ist doch wirklich immer das gleiche. Fritz Bauer: „Die Deutschen wurden auf ihre sachliche Arbeit ausgerichtet. Dem Anspruch des Staates auf Machtentfaltung nach außen und innen entsprach die Forderung nach fragloser, mechanischer Disziplin des Untertanen. Hier galt die Ideologie ‚Gesetz ist Gesetz‘ und ‚Befehl ist Befehl‘, sie sicherte Präzision.“²³⁹ Schrecklich!

Zu diesem Rezept noch ein bißchen „Staatsnotstand“, ein bißchen „Befehlsnotstand“, und alles, alles ist möglich!

Hätte es in der deutschen Armee doch nur mehr Offiziere wie Hans Roth gegeben, der einem verfassungswidrigen Befehl den Gehorsam verweigerte, der wußte, „daß es in unserem Leben eine Grenze gibt, wo wir nicht mehr mitmachen dürfen“ (Fritz Bauer²⁴⁰).

„Für die einen war ich zu katholisch und für die anderen zu nationalsozialistisch eingestellt.“

²⁴¹ Dieser für mich unmögliche Satz gewinnt Qualität nicht nur von dem auf ihn folgenden - „Die ‚Berufskatholiken‘ haben es mir nie verziehen, ...“, der deutlich macht, daß es „die Katholiken“ eben nun einmal nicht gibt. Besondere Bedeutung erfährt er durch die Geschichte des „Mescheder Sühnekreuzes“, die Peter Bürger in seiner Dokumentation „Zwischen Jerusalem und Meschede. Die Massenmorde an sowjetischen und polnischen Zwangsarbeitern im Sauerland während der Endphase des 2. Weltkrieges und die Geschichte des ‚Mescheder Sühnekreuzes“²⁴² ausführlich darlegt.

Noch bevor ich seine Dokumentation gelesen hatte, war ich auf der Suche nach Informationen auf eine Broschüre gestoßen, die mir sehr auffiel. Karl Berkenkopf hatte im November 1981 „: Kreuze im Sauerland“ geschrieben, hrsg. vom KAB-Bezirksverband Brilon-Meschede-Waldeck, „mit freundlicher Unterstützung der beiden Mescheder KABVereine St. Walburga und Maria Himmelfahrt“ (Brilon; Selbstverlag). Von den 38 Seiten beschäftigten sich die S. 14-22 mit dem Mescheder Sühnekreuz, und es war viel von „Gegensätzen innerhalb Meschedes die Rede“.

Die Gegensätze innerhalb Meschedes waren so kraß, daß es unumgänglich ist, darauf hinzuweisen, daß "die Unterlagen, nach denen dieser Bericht erstellt worden ist, unmittelbar nach den damaligen Ereignissen aufgeschrieben und von 2 Zeugen eidesstattlich bestätigt worden" sind.

Auf der einen Seite stand "die soziologisch gewichtige Majorität" der alteingesessenen Mescheder, die allen "Buiteringern" mit Mißtrauen begegnete; auf der anderen Seite standen alle diejenigen, welche nach Ansicht eben jener Majorität als "Buiteringe" "überhaupt nicht im Volke verwurzelt" waren und mit denen man damals nur

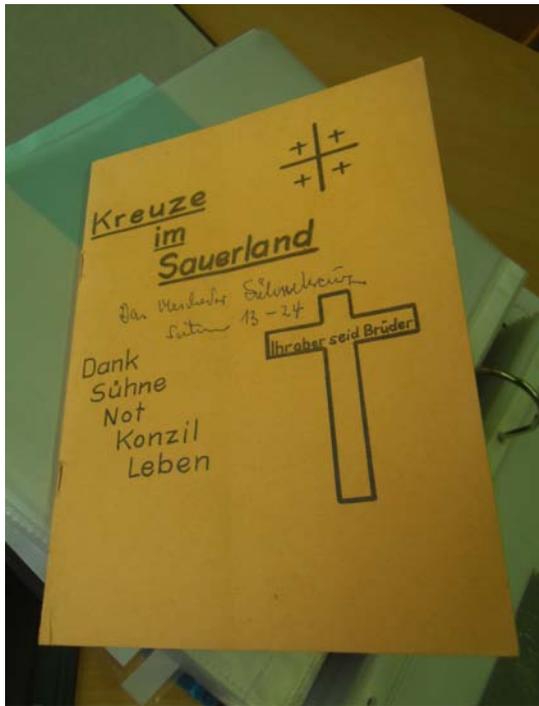
²³⁹ Fritz Bauer: „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns“, Stuttgart 1965 (Europäische Verlagsanstalt)

²⁴⁰ Originalaufnahme im Film „Fritz Bauer. Tod auf Raten“ von Ilona Ziok, produziert von Manuel Götsching

²⁴¹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 63

²⁴² Eslohe 2015; im Netz auf <http://www.sauerlandmundart.de/pdfs/daunlots%2076.pdf>

Peter Bürger geht in „Zwischen Jerusalem und Meschede“ ausführlich auf dieses mit Schreibmaschine geschriebene und kopierte DIN A 5-Heftchen ein (S. 67-72), das im Mescheder Stadtarchiv so vor mir lag:



Da waren sie wieder, die fünf roten Kreuze der „Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem“. Warum waren sie mir bisher nirgendwo aufgefallen und begegneten mit jetzt schon wieder?



243

Konnte jemand ein Interesse daran (gehabt) haben, daß Geschichte so oder so oder eben einfach gar nicht geschrieben wurde - oder zum wenigsten kaum Interesse daran, daß die Wahrheit ans Licht kam und daß man sie angemessen würdigte?

Wie konkret griff gerade der ehemalige Erzbischof von Paderborn, mit dem sich der Freiherr in seiner Autobiographie schmückte, gerade in meine ureigene Familiengeschichte ein – in das Erbe meiner Mutter, die mir das Wort „Langenbachtal“ mit auf meinen Lebensweg gab, wenige Monate vor ihrem Tod?

²⁴³ aus Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...“. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

Im Stadtarchiv Meschede fand ich diesen Brief. Ich gebe ihn hier wieder, weil er beweist, daß es noch nicht einmal „die Katholiken“ in der „römisch-katholischen Kirche“ gibt – um wieviel weniger also „die Juden“ oder gar „den Islam“.

Irmgard Rode
Drehberg 19
5778 Meschede
Tel. (0291)/50945

Meschede, den 5.6.64

Herrn
Erzbischof
Lorenz Jäger
Paderborn

Hochwürdigster Herr Erzbischof!

Ihr Besuch in unserer Stadt und die Spendung des Firmsakramentes veranlassen mich, Ihnen einige sehr dringende Fragen zu stellen. Ich würde Sie nicht damit belästigen, wenn ich die Klärung dieser Fragen nicht für unbedingt wichtig für die innere Haltung unserer Gemeinde hielte.

Vielleicht wissen Sie, daß in der Nähe von Meschede eine Anzahl russischer Arbeiter gegen Kriegsende ermordet wurden. Katholische Männer haben daraufhin ein Kreuz zur Sühne errichtet. Es wurde kirchlich geweiht. Kurz darauf wurde es nächtlicher Weise abgerissen, abgebrannt, geschändet, es ist ein offenes Geheimnis, das/dies von kath. Jungmännern geschah. In einer öffentlichen Versammlung wurde die Gesinnung der Kreuzeschänder und ihrer Anteilhaber deutlich:
" Nicht 80 Russen, sondern 800 Russen hätten umgelegt werden müssen "
- " Die Errichtung des Kreuzes ist eine Beschmutzung unseres eigenen Nestes." - Wir Mescheder haben die Russen doch nicht umgebracht, also haben wir auch nicht dafür zu sühnen!" - "Das Kreuz kann uns schaden, denn es kann eventuell politische oder militärische Racheakte nach sich ziehen." - Es waren bekannte Leute aus der kath. Bevölkerung, die in diesem Sinne sprachen.

Unser früherer Pfarrer war ängstlich und gab den Schreibern nach, versprach zwar, das Kreuz an anderer Stelle wieder aufzurichten - aber ließ die Sache auf sich beruhen.

Die Männer, die das Kreuz aufgerichtet hatten, haben es dann, wohl um es vor weiteren Racheakten zu bewahren, in das Grab auf der Wiese gelegt, das inzwischen leer war, da die Gebeine auf einem Friedhof beigesetzt wurden. Dort liegt das Kreuz heute noch. Es ist aus Eichenholz und wird noch erhalten sein.

Einige dringende Fragen:

Darf eine solche Kreuzeschändung von Katholiken betrieben werden?

- 2 -

Muß der irreführende Teil der Bevölkerung nicht aufgeklärt werden über den christlichen Sühnegedanken?

Darf sich die Gemeinde verängstigen lassen von einigen Schreibern und Verblendeten, die ein Sühnekreuz für eine Schande halten?

Sehen nicht Prozessionen, Bekenntnisse, Firmung und anderes wie leere Farben aus, besonders bei Andersdenkenden, wenn die Katholiken keinen Mut beweisen, ein geschändetes Kreuz wieder aufzurichten?

Wenn wir in einem solchen Falle nicht handeln, wie wollen wir dann in einem wirklichen Ernstfall unsern Glaubensmut bezeugen?----

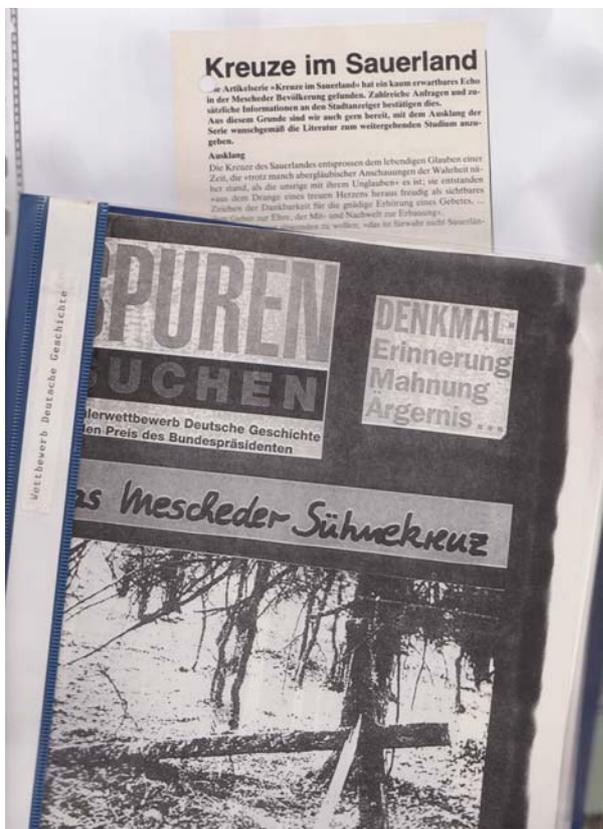
Ich habe auf alle diese Fragen soviel ausweichende, ängstliche, unentschlossene und unklare Antworten gehört, daß ich nun sehr darauf warte, von Ihnen ein mutiges Wort in dieser Angelegenheit zu hören. Ich habe den Eindruck, daß ein klärendes Wort von höherer Warte dringend notwendig ist, und daß etwas geschieht, um die Finsternis und Verblendung eines Teils der Bevölkerung aufzuhellen.

In Zuversicht und in Vertrauen auf den Geist der Firmung, den Geist der Wahrheit, des Lichtes und der Stärke

mit freundlichen Grüßen

Irmgard Rode

Irmgard Rode



Worum ging es?

kath. Jungmännern geschah. In einer öffentlichen Versammlung wurde die Gesinnung der Kreuzeschänder und ihrer Anteilhaber deutlich:
 " Nicht 80 Russen, sondern 800 Russen hätten umgelegt werden müssen "
 - " Die Errichtung des Kreuzes ist eine Beschmutzung unseres eigenen Nestes." - Wir Mescheder haben die Russen doch nicht umgebracht, also haben wir auch nicht dafür zu sühnen!" - "Das Kreuz kann uns schaden, denn es kann eventuell politische oder militärische Racheakte nach sich ziehen." - Es waren bekannte Leute aus der kath. Bevölkerung, die in diesem Sinne sprachen.

ausgegrabenes Sühnekreuz



meschedisches Sühnekreuz



244

Worum ging es?

Massengrab

245

Worum?



246



247

²⁴⁶ https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Arnsberg_Wood_Massacre?uselang=de#/media/File:Mass_Grave_identification_outside_the_town_of_Suttrop.jpg

²⁴⁷ https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a9/Mass_Graves_%28Suttrop%29_Russian_Refugees_identify_corpses.jpg



248

Davon also hatte meine Mutter mir erst kurz vor ihrem Tod erzählt. Das war das, was sie nicht mit ins Grab nehmen wollte: das Massaker an 71 sowjetischen und polnischen Zwangsarbeitern am 20. März 1945 in Warstein im Langenbachtal.

„Would you surrender in the same situation?“ Mit dieser Frage antwortete Friedrich August Freiherr von der Heydte am 9. oder 10. Juni 1944 Maxwell Davenport Taylor, als der ihm nach der Landung der Alliierten in der Normandie ein Angebot zur Aufgabe machte.²⁴⁹ Da lebten sie alle noch: Anne Frank, Tanja Sawitschewa und der Bruder meines Vaters²⁵⁰ - und die 208 Zwangsarbeiter. Familiengeschichte ...

„Would you surrender in the same situation?“

Aber wie war das denn jetzt mit dem „Säbel des Freiherrn“?

„Von der Nähe eines Krieges überzeugt, entschloß ich mich im Sommer 1938, auf Brautschau zu gehen, um zu verhindern, daß im Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, in der ich mein Leben lassen könnte, unsere Familie, deren erste Angehörigen im 13. Jahrhundert erscheinen, im 20. Jahrhundert ausstürbe. Das Pech wollte es, daß eine solche Brautschau in Herford nicht leicht war: Gelegenheit gab es nur einmal im Jahr in Münster auf dem sogenannten ‚Damenclub-Ball‘ und im Herbst auf den Jagden. Weder diese noch jener boten allzuviel Möglichkeiten, eine Frau fürs Leben kennenzulernen. Ich entschloß mich daher, einen entfernten Onkel in Bayern, von dem ich den Eindruck hatte, daß er nicht mit allzuviel Arbeit überlastet war, zu bitten, mir eine Liste der heiratsfähigen, weiblichen jungen Adelligen in Südbayern zu senden, damit ich mich mit diesem merkwürdigen ‚Baedecker‘ in der Hand beim nächsten Urlaub auf Brautschau begeben könnte.“

²⁴⁸ https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Arnsberg_Wood_Massacre?uselang=de#/media/File:Mass_Graves_%28Suttrop%29_1945.jpg

²⁴⁹ siehe Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 154

²⁵⁰ siehe Drittes Buch, S. 18ff

Nach ein paar mißlungenen ‚Musterproben‘ fand ich dann im Juni 1938 in der reizenden, bescheidenen jüngeren Tochter der Gräfin Montgelas im Schloß Egglkofen das, was ich suchte. Die Zeit drängte: Ich hatte nur noch 14 Tage Urlaub, infolgedessen hielt ich wenige Tage nach unserem Kennenlernen um die Hand der jungen Gabrielle Montgelas an. Meine Kameraden in Herford, die mich für einen eingefleischten Junggesellen hielten, staunten, als ich verlobt aus meinem bayerischen Urlaub nach Herford zurückkam.

Die Hochzeit war von uns auf den 4. Oktober 1938, den Tag des Hl. Franziskus, den wir beide sehr verehrten, angesetzt. Niemand ahnte bei Festsetzung dieses Termins, daß Hitler seine Politik der Rastlosigkeit mit den Schritten eines Riesen fortsetzen werde.²⁵¹

Münchener Abkommen.

„Dabei war die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete zum weitaus größeren Teil die Urbevölkerung, während die Tschechen das Gebiet von Deutsch-Böhmen erst im Laufe der Zeit infiltriert hatten.

Das Egerland war durch Jahrhunderte Reichsland und wurde erst zu Beginn des 14. Jahrhunderts durch Jan von Luxemburg, den ‚blinden König‘, als Teil der Hausmacht luxemburgischer Kaiser mit Böhmen vereint. Letzteres war, wie schon erwähnt, vermutlich einer der Gründe, warum unsere Familie zu Beginn des 14. Jahrhunderts weiter westlich siedelte.

Anfang Oktober 1938 schien es, als sei durch das Nachgeben der Alliierten ein militärischer Zusammenstoß zur Rückgewinnung der deutschsprachigen Gebiete durch die Tschechoslowakei vermieden worden. Unter dem Jubel der Bevölkerung marschierten deutsche Truppen in die deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei ein.²⁵²

Damit schien auch das wesentliche Hindernis für meine Hochzeit am 4. Oktober beseitigt. Ich erbat mir von unserem Abteilungskommandeur trotz des noch bestehenden Alarmzustandes, mit dessen formaler Aufhebung erst nach Beendigung der Besetzung zu rechnen war, Heiratsurlaub ab 3. Oktober.. Die Reaktion der Abteilungsführung war das Gegenteil der von mir erwarteten, nämlich ein hartes ‚Nein‘.

Unsere Hochzeit mußte also verschoben werden, obwohl schon aller Vorbereitungen getroffen, alle Gäste eingeladen, alle Mitwirkenden – vom Bischof bis zum Koch – in Egglkofen eingetroffen waren. Es war ein Meisterstück meiner Schwiegermutter, die Hochzeit trotzdem mit allem Drum und Dran im letzten Augenblick um 14 Tage zu verschieben.

Soweit ich es überblicken kann, war unsere Hochzeit das letzte, sorglos fröhliche Fest des südbayerischen Adels. Sie wurde in altem Stil gefeiert: Der Hochzeitszug bewegte sich in lockerer Zweierreihe vom Schloß hinunter ins Dorf zur Kirche. An der Spitze marschierte der gute, alte Franz, der Leibjäger meines zukünftigen Schwagers, in seiner schönen, alten Uniform. Die Trauung nahm Bischof Graf Preysing - ‚Onkel Konrad‘, wie wir ihn nannten – in würdevoller, altüberlieferter Weise vor. Wie es früher Sitte war, schnallte ich während des Trauungsaktes den Säbel ab und übergab ihn einem Brautführer. Das letzte Mal vor dem Krieg traf sich bei unserer Hochzeit wohl auch deutscher und nichtdeutscher Adel, darunter zum Polterabend Prinz und Prinzessin Konrad von Bayern.²⁵³

Ende gut – alles gut:

²⁵¹ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 67f

²⁵² vgl. Friedrich Torberg: „Die Tante Jolesch oder Der Untergang des Abendlandes in Anekdoten“, München 1977 (dtv). „Das ist – ich sag’s zum Abschluß noch einmal – ein Buch der Wehmut. Vielleicht hätte ich ein Buch der Trauer schreiben sollen; aber die möchte ich doch lieber mit mir allein abmachen. Wehmut kann lächeln, Trauer kann es nicht. Und Lächeln ist das Erbteil meines Stammes.“

²⁵³ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel), S. 69f



Die beiden Jung-Verlobten in Eggkofen im Jahr 1938.



Das Schloß der Grafen Montgelas in Eggkofen/Oberbayern.



Als Oberleutnant bei der Panzerjäger-Abt. 6 in Herford beim letzten Friedensmanöver.

254

Und es bleibt eben alles in der Familie, bei den Freiherrn



Meine Mutter, Cèlestine, geb. Colin, mit ihrem ältesten Enkelkind Rudolf Konrad, dem späteren Herrn von Eggkofen.

255

und bei den Citoyens.

²⁵⁴ a.a.O.

²⁵⁵ a.a.O.



256



257



258

50. Der negative Friedensbegriff des Völkerrechts

Immer wieder geisterten einzelne Sätze in meinem Kopf herum, und immer wieder mußte ich nachschlagen, ob ich mich auch wirklich richtig erinnerte; ich konnte es manchmal einfach nicht glauben:

²⁵⁶ https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Arnsberg_Wood_Massacre?uselang=de#/media/File:Mass_Grave_outside_the_town_of_Suttrop_-_German_Mother.jpg

²⁵⁷ August Wilhelm Roth mit seinem Sohn Hans

²⁵⁸ Hans und Claus Roth

1.

„Im Neuen Testament sind uns Kriege bis an das Ende der Zeiten verheißen, die Apokalypse spricht von furchtbaren Kriegen in der Endzeit. ...

Der Bolschewismus begnügt sich keineswegs mit der Eroberung, Ausbeutung und Versklavung der eroberten Gebiete, das fürchterlichste [Fürchterlichste; eigene Anmerkung] an ihm ist die Unterwerfung unter sein verbrecherisches System, das die Menschen auf die Bahn der Gottesfeindschaft führt und alle Beteiligten ins Böse verstrickt, ja, sie geradezu zum Verbrechen zwingt; in diesem System ist Satan am Werke, dem es nicht um irdischen Besitz geht, der vielmehr die Seelen verderben will, um sie für die Ewigkeit zu vernichten.“²⁵⁹
Dieser Gerhard Kroll traf sich mit Franco, Friedrich August von der Heydte, Franz Josef Strauß und all den anderen hochrangigen Politikern, Militärs, Bankiers und Verlegern im CEDI.²⁶⁰

2.

Der „Spiegel“ vom 6.4.1970²⁶¹ berichtete u.a. über Dieter Joachim Haase, Rechtsreferendar und Hauptmann der Reserve, der - ebenso wie Hans Roth als Oberleutnant der Reserve - bei Friedrich August Freiherr von der Heydte in Würzburg studierte. „Beide einigten sich 1967 auf ein Dissertationsthema, das auch den Reserve-General zu eigenen Studien und zu Vorträgen selbst in Spanien inspiriert hatte: der verdeckte Kampf mit der **Anwendung und Abwehr von Terror, Sabotage und Spionage unterhalb der Schwelle zum offenen Krieg**. Um die Pläne zur Abwehr eines gegen die Bundesrepublik gerichteten Partisanen-Krieges möglichst erschöpfend erlernen zu können, ließ sich Haase, seit 1962 CSU-Mitglied, wiederholt zu **Reserveübungen in entsprechenden Bundeswehr-Einheiten** einberufen - versehen mit Persilscheinen von Bürgern, die bei der Bundeswehrführung besonderes Vertrauen genießen: so auch mit einer **Referenz des Reserve-Generals von der Heydte** ...“.

3.

„**Zweifellos werden derartige von der Abendländischen Aktion vertretene Gedankengänge gefährlich**, wenn sie von Menschen in Besitz genommen werden, die ... durch Sturz der bestehenden Ordnung *ihre Gedankengüter verwirklichen wollen*“, urteilte die 2. Zivilkammer des Würzburger Landgerichts am 20.1.1965 laut „Der Spiegel“ 10/1965²⁶².

4.

„Ethischer Wert oder Unwert des Kleinkriegs werden durch das Ziel bestimmt, dem er dient.“
Dieser Satz auf dem Klappentext zu „Der moderne Kleinkrieg“ ließ mich gar nicht mehr los, und ich hatte mich gefragt, wie der Freiherr zulassen konnte, daß er so Verwendung finden konnte.

Jetzt fand ich ihn wieder an exponierter Stelle, nämlich im „Nachwort“ (S. 262f) von „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, gewidmet „Jacques Massu und Maxwell Davenport Taylor, die unter den ersten waren, die das Wesen und die militärische Bedeutung des modernen Kleinkriegs erkannt hatten“:

„NACHWORT

„Die vorstehende Studie beschreibt den modernen Kleinkrieg als strategisches Modell – als das Modell einer totalen, die Gesamtheit von Staat und Volk erfassenden, mit allen möglichen Mitteln geführten, lange Zeit andauernden gewaltsamen Auseinandersetzung, die zunächst von geringer militärischer Intensität ist, der jedoch die Tendenz zu allmählicher Steigerung eignet. In dieser Auseinandersetzung obsiegt der Streitteil, dem es gelingt, **seinen Gegner im Verlauf des Kampfes mit der Zeit psychologisch und räumlich so zu isolieren und moralisch so zu zermürben, daß er alle ihm gestellten Bedingungen annimmt.**

²⁵⁹ Gerhard Kroll: „Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“, München 1951, S. 57-59

²⁶⁰ Georg von Gaupp-Berghausen: „20 años / années / years / Jahre CEDI“, Madrid 1971

²⁶¹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45197375.html>

²⁶² www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169649.html

Unsere Studie²⁶³ spricht von einem kollektiven Gebrauch bewaffneter Gewalt, der der atomaren Drohung ebenso **ausweicht** wie dem Verbot, in den zwischenstaatlichen Beziehungen militärische Gewalt anzuwenden oder mit ihrer Anwendung zu drohen. Wir haben nicht den Ablauf konkreter *historischer* [Weitstellung hier wie weiter unten im Originaltext; eigene Anmerkung] Ereignisse geschildert, die schon hinter uns liegen. An Hand von solchen Ereignissen wurde vielmehr ein **Krieg der Zukunft** dargestellt. In deutlichem Gegensatz zu den Theorien der extremen Linken wird dieser Krieg jedoch von uns²⁶⁴ **nicht** als geschichtliche Notwendigkeit, sondern – um einen Begriff der Philosophie zu gebrauchen – **als kontingenter Sachverhalt** verstanden. An Hand von Fakten, die wir kennen, wurden Möglichkeiten untersucht, die eintreten **können**. Ein Urteil über die aposteriorische Wahrscheinlichkeit, daß er früher oder später – vor allem – in Europa zu der für möglich gehaltenen Entwicklung kommt, soll und kann damit nicht abgegeben werden.

Diese Studie handelt von einem **Krieg, der unbemerkt ausbricht und in der Regel lange unerkannt bleibt**, von einem Krieg, in dem der **Angreifer sich als Friedenskämpfer zu tarnen** vermag und der Angegriffene sich nur allzu gerne in der Sicherheit wiegt, weiter in Frieden leben zu können.

Unsere Untersuchung hat gezeigt, daß der moderne Kleinkrieg einen Januskopf trägt. Er ist seinem Wesen nach meist ein ‚schmutziger‘ Krieg, ein Krieg, der sich nach außen hin den Mantel der Gerechtigkeit umwirft und damit den Gutgläubigen täuscht, sich **in der Mehrzahl der Fälle** jedoch von einem ‚großen‘ Krieg vor allem dadurch unterscheidet, daß er weder Recht noch guten Glauben kennt. Das schließt nicht aus, daß der moderne Kleinkrieg mitunter auch als ‚ultima ratio‘ – als Mittel der Notwehr – des Schwachen erscheint, der sich nur in ihm des starken Aggressors zu erwehren vermag. Ethischer Wert oder Unwert der Kleinkriegs werden durch das Ziel bestimmt, dem er dient. Diese abstrakte Feststellung ist kein Versuch, Gewaltanwendung zu rechtfertigen, auch nicht Gewaltanwendung in der Form des Kleinkriegs. Den Verfasser dieser Studien verbindet nichts mit jenen Wissenschaftlern, die in Theorie und Praxis einen – von ihnen so genannten - ‚positiven‘ Friedensbegriff einzuführen sich bemühen, der die gleiche Gewaltanwendung sanktionieren, ja fördern könne, deren Abwesenheit beim ‚negativen‘ Friedensbegriff den Friedenszustand umschriebe.

Frieden in seinem Wesen zu ergründen und jeweils *hic et nunc* zu verwirklichen, ist die große Aufgabe des Völkerrechts. Dazu muß es sich auch mit dem Phänomen des Krieges auseinandersetzen. Theorie und Praxis des Völkerrechts haben sich bisher viel zu wenig mit dem Phänomen des modernen Kleinkriegs befaßt. *Ein* Zweck – und nicht der geringste – unserer Untersuchung war es, einen Weg zu weisen, auf dem sich völkerrechtliche Normen für den Kleinkrieg von morgen entwickeln lassen. Diese Regeln des Völkerrechts können sich nicht am konventionellen Krieg orientieren; die dort üblichen Unterscheidungen, etwa die zwischen Kriegsstand und Zivilbevölkerung, sind hier nicht mehr anwendbar. Es gilt, neue Begriffe und neue Kategorien zu finden, die Grundlage neuer Rechtsnormen sein können. Dies ist nur an Hand eines Modells des Kleinkriegs möglich. Ein solches Modell – nicht mehr – wollte unsere Studie *auch* für Theorie und Praxis des modernen **Völkerrechts** geben.

Wir wollten Probleme aufzeigen, nicht fertige Lösungen anbieten. Wenn der Leser, legt er dieses Buch aus der Hand, sich angeregt fühlt, über das, was er gelesen hat, ein wenig nachzudenken, hat unsere Studie ihre Aufgabe in einer Zeit erfüllt, in der so viel von Entspannung [Entspannung; eigene Anmerkung] gesprochen wird, Entspannung aber meist nichts anderes bedeutet als Fortsetzung der Spannung mit anderen Mitteln.²⁶⁵

²⁶³ Friedrich August Freiherr von der Heydte spricht mehrfach im Plural. Wer ist dieses „wir“?

²⁶⁴ Von wem?

²⁶⁵ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972, S. 262f

Der Freiherr müßte demnach sehr zufrieden mit mir sein, denn ich als sein Leser sehe mich nicht nur „angeregt“, sondern gezwungen, über das, was ich gelesen habe, nachzudenken:

Der große Meyer²⁶⁶ schreibt zu „Friede“ u.a.: „Im Völkerrecht ist F. negativ definiert als die Abwesenheit von ↑Krieg und krieger. ↑Angriff (=Friedensbruch).“ Der Artikel ist sehr lang, aber dieser eine Satz gibt mir eben sehr zu denken.

Zunächst klingt mir das selbstverständlich. Aber dieser Völkerrechtler schreibt „von einem **Krieg, der unbemerkt ausbricht und in der Regel lange unerkannt bleibt**, von einem Krieg, in dem der **Angreifer sich als Friedenskämpfer zu tarnen** vermag und der Angegriffene sich nur allzu gerne in der Sicherheit wiegt, weiter in Frieden leben zu können“. Was ist das für ein „Krieg“? Den Krieg, von dem meine Eltern erzählten, brach weder unbemerkt aus noch blieb er unerkannt! **Was ist das für ein Kriegsbegriff?**

Wenn für den Völkerrechtler von der Heydte Frieden die Abwesenheit von Krieg ist und gleichzeitig der Abendländer von der Heydte bei Bolschewismus „**Satan am Werke**“ sieht, „dem es nicht um irdischen Besitz geht, der vielmehr die Seelen verderben will, um sie für die Ewigkeit zu vernichten“, und er „**Kommunismus**“, „**Sozialismus**“ und „**liberal-demokratischen Staat**“ als permanente Angreifer und Bedrohung erlebt, dann klingt das für mich so, als sei für ihn eigentlich **immer Krieg**.

In „Der moderne Kleinkrieg“ führt er denn unter „**§2 Eskalation des Terrors**“ auf S. 200 auch einige Handlungen auf, die ich dort niemals vermutet hätte: „Unter dem Stichwort: ‚Was man alles machen kann!‘ bringt der sogenannte ‚Rote Kalender 1972 für Lehrlinge und Schüler‘ (Fußnote) eine **Liste von Vorschlägen für Terrorakte**, die eine ganze Seite füllt. Der ‚Rote Kalender‘ nennt unter anderem die ‚Unterbrechung von Predigten jeder Art (auch linken), ..., **ausführliche Sexualberichte in Beichtstühlen**, ...; ...gegenüber der Bürokratie sich dummlich oder überausführlich äußern ..., **bei jeder Anordnung ohne Unterlaß nach den Gründen fragen ...**‘ ...“.

Das sind „**Terrorakte**“? Das erinnerte mich an den Artikel „Athener Format“ vom 3.3.1969²⁶⁷:

„Dem Münchner Landtag liegt seit Mitte Februar als erstem westdeutschen Parlament der Entwurf eines ‚Gesetzes zur Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre‘ vor -formuliert von Würzburgs abendländischem CSU-Abgeordneten, Reserve-Brigadegeneral und Rechts-Professor Friedrich August Freiherr von der Heydte, und ‚einstimmig‘ verabschiedet von der christlich-sozialen Fraktion, die den Landtag beherrscht. Der Eh-Entwurf (‚Das Gesetz ist dringlich‘) **bedroht alle Studenten**, die in Bayern beispielsweise mit Sit-ins oder Go-ins gegen die Hochschulpolitik der CSU protestieren, letztlich mit ‚**lebenslänglichem Berufsverbot**‘, wie vergangene Woche der Münchner Rektor Scheuermann erkannte.“
Nein wirklich: Das gibt mir zu denken.

„Wir wollten Probleme aufzeigen, nicht fertige Lösungen anbieten. Wenn der Leser, legt er dieses Buch aus der Hand, sich angeregt fühlt, über das, was er gelesen hat, ein wenig nachzudenken, hat unsere Studie ihre Aufgabe in einer Zeit erfüllt, in der so viel von Entspannung gesprochen wird, Entspannung aber meist nichts anderes bedeutet als Fortsetzung der Spannung mit anderen Mitteln.“

1972. „In einer Zeit ..., in der ... Entspannung ... meist nichts anderes bedeutet als Fortsetzung der Spannung mit anderen Mitteln“? „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“?

Er scheint mir nicht ganz unproblematisch, dieser negative Friedensbegriff des Völkerrechtlers Friedrich von der Heydte, Brigadegeneral der Reserve, **Liebhaber von**

²⁶⁶ Bd. 9, Mannheim 1973

²⁶⁷ „Hochschulen/ Relegation: Athener Format“ in DER SPIEGEL 10/1969, S. 74-76:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45763619.html>

Francos Spanien und Gast des griechischen Obersten Makarezos am 28.5.1970 in Athen (siehe die stolzen Photos in seinen Memoiren „ ‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘.Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“).

Herr Roth erzählte in der ZDF-Sendung „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“²⁶⁸, er sei bei seiner „Anhörung“ auf einen „Vortrag, den ich gehalten hatte, über die Umstände meines Verhaltens bei der Bundeswehr“ in einer evangelischen Kirchengemeinde angesprochen worden. Dabei habe er „ein Wort gebraucht, das mir vorgehalten worden ist: das Wort von der ‚organisierten Friedlosigkeit‘. Das ist in Friedensdebatten ein gesicherter Begriff, der wird immer wieder verwandt ... und ich wurde gefragt, wie ich denn diesen Begriff gebrauchen könne, wenn ich doch als zukünftiger Beamter von der Friedfertigkeit unserer Gesellschaft überzeugt sein müßte“. „Und im gleichen Jahr 1971, so berichtete die ‚Oberhessische Presse‘, hat er in einem Vortrag vom ‚System organisierter Friedlosigkeit‘ gesprochen – sie berichtete nicht, daß Roth damit den Leiter der ‚Hessischen Stiftung für Friedensforschung, Senghaas‘ zitiert hatte.“²⁶⁹. War Dieter Senghaas einer jener Wissenschaftler, mit denen den Freiherr nichts verband?

Immer wieder keisten diese Worte in meinem Kopf herum: „Im Neuen Testament sind uns **Kriege bis an das Ende der Zeiten** verheißen“ - „Spanien ist **das katholische Gewissen** von Europa.“ - „Den Verfasser dieser Studien verbindet nichts mit jenen Wissenschaftlern, die ... einen ‚positiven‘ **Friedensbegriff** einzuführen sich bemühen“ - „daß Roth damit den Leiter der ‚Hessischen Stiftung für Friedensforschung‘ Senghaas zitiert hatte.“ Und dann wollte dieser ehemalige Student Hans Roth, der sich als „libertärer **Sozialist**“ bezeichnet, Lehrer werden? „Unter den **Multiplikatoren öffentlicher Meinung** haben **Journalisten und Lehrkräfte** jeder Art als Einflußagenten der Guerilleros von morgen eine besondere Bedeutung“ („Der moderne Kleinkrieg“, S. 149). Und dann auch noch **Religionslehrer?**

Friedrich August Freiherr von der Heydte schreibt „von einem Krieg, der unbemerkt ausbricht und in der Regel lange unerkannt bleibt, von einem Krieg, in dem der Angreifer sich als Friedenskämpfer zu tarnen vermag und der Angegriffene sich nur allzu gerne in der Sicherheit wiegt, weiter in Frieden leben zu können“. **Wer ist hier der Angreifer, und wer der Angegriffene?**

Nein wirklich: Er scheint mir nicht ganz unproblematisch, dieser spezielle negative Friedensbegriff des **Völkerrechtlers und Abendländlers** Friedrich von der Heydte, Brigadegeneral der Reserve, Gast des griechischen Obersten Makarezos und Liebhaber von Franco-Spanien.

„Zeigt dem Feind: Hier ficht ein Heydte,
Seinen tapfern Ahnen gleich,
Ritterlich für Pflicht und Ehre,
Für das Heil’ge Röm’sche Reich²⁷⁰:
Pflicht und Ehr
Ruft zur Wehr
Ge’n **den Feind** zu reiten“ (am Ende seiner Memoiren, **Otto von Habsburg gewidmet**²⁷¹).

²⁶⁸ „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

²⁶⁹ „Wie man in den Ruch kommt, ein Aussätziger zu sein. Der ehemalige Atommanager Klaus Traube berichtet über den hartnäckigen Kampf des gelernten Lehrers Hans Roth um sein Recht“, Frankfurter Rundschau vom 12.11.1977

²⁷⁰ Wie sollte ich da jetzt nicht als das CEDI und seinen Tagungsort in El Escorial denken?

²⁷¹ Und plötzlich war Otto von Habsburg kein kleines Männchen mehr, sondern ein Habsburger.



272

Was bedeutet es, **wenn ein Abendländer von „Feinden“ spricht?** Escorial – ein längst tot geglaubtes Reich stand vor meinen Augen wieder auf ...



273

²⁷² Meyers Großes Taschenlexikon

²⁷³ Johannes Großmann: „Die Internationale der Konservativen: Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945“, München 2014 (Oldenbourg Verlag), S. 362. Bildunterschrift: „Abb.12: Pilgerreise für eine konservative Erneuerung Europas. Die Teilnehmer des als Jugendwallfahrt konzipierten CEDI-Jahreskongresses im Juli 1965 vor der Kathedrale von Santiago de Compostela.“

51. Wofür sich ein Bundesverfassungsrichter öffentlich zu schämen begann. „Wo ist denn da Rechtsstaatlichkeit gewährleistet?“

Zu den Sätzen, die immer wieder in meinem Kopf herumgeisterten und die ich immer wieder nachschlagen bzw. nachhören mußte, gehörten auch viele aus der ZDF-Sendung „5 nach 10“²⁷⁴.

Klaus Bresser: „Zunächst Herr Professor Stern, Staatsrechtler in Köln: Wie sieht denn die gesetzliche Grundlage für die drei Dienste aus?“ Und Professor Stern antwortete:



„Es ist gerade schon von Herrn Lochte²⁷⁵ angesprochen worden, daß der **Verfassungsschutz** im Grundgesetz selbst erwähnt ist. Im Parlamentarischen Rat war man sich klar nach den Erfahrungen von Weimar, daß es eines spezifischen Instrumentes bedarf, daß auch die Verfassung selbst, also die **Legitimitätsgrundlagen** des Staates, eines Schutzes bedürftig sind. Man hat die Erfahrungen gehabt, daß in Weimar gerade von den extremistischen Parteien die Verfassung unterwandert wurde, und deshalb war von vornherein bei allen Parteien des Parlamentarischen Rates, der das Grundgesetz verabschiedet hat²⁷⁶, die Notwendigkeit erkannt, einen Verfassungsschutz einzurichten.

Dementsprechend kam es schon **1950** zu dem Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundesverfassungsschutzes mit den Verfassungsschutzämtern **der Länder**, und mittlerweile haben alle Länder, zuletzt Nordrhein-Westfalen und Bremen, **seit 1981** für ihre Verfassungsschutzämter eine gesetzliche Grundlage geschaffen.

Damit läßt sich ganz klar sagen: Der Verfassungsschutz ist auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Er ist verfassungsrechtlich legitimiert. Artikel 73 Nummer 10 b Grundgesetz und andere Bestimmungen haben damit den Verfassungsschutz - wie man technisch ausdrückt - eine konstitutionelle, also verfassungsmäßige Abstützung gegeben.“

Klaus Bresser: „Wie sieht das aber bei den anderen Diensten aus?“

Klaus Stern: „Berechtigtermaßen [?] ist die Frage: Wie sieht es aber bei den anderen Diensten aus?“

²⁷⁴ „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

²⁷⁵ Christian Lochte, Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, der Hans Roth später in einem Brief schrieb: „Ich würde Ihnen auch sehr gern helfen, ich weiß nur nicht wie. – Aus den beigegeführten Unterlagen vermag ich juristisch gesehen den Prozeßstand nicht zu ersehen; so erging es auch unserem Justitiar, dem ich die Unterlagen zur Einsicht gegeben habe, damit er juristischen Rat erteile. Auch persönlich würde ich Ihnen gerne helfen. – Daß Sie kein Extremist sind, ist für mich so eindeutig, dass alle weiteren Ausführungen dazu überflüssig sind.“

²⁷⁶ Dr. Gerhard Kroll („Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion“) war Mitglied des Parlamentarischen Rates und lehnte das Grundgesetz ab. Er war „Gut Freund“ mit Hans Globke, unter Konrad Adenauer Kanzleramtschef und damit zuständig für die Geheimdienste (also auch Reinhard Gehlens BND)

Für den MAD und für den Bundesnachrichtendienst gibt es keine gesetzlichen Grundlagen. Man hat wiederholt überlegt, ob man solche Grundlagen schaffen soll. Bis jetzt ist ein Gesetz für beide Dienste nicht vorgelegt worden. Es ist ein Kabinettsbeschluß für den Bundesnachrichtendienst mit entsprechenden innerdienstlichen Anweisungen, und es ist ein entsprechender Organisationsentscheid des Verteidigungsministeriums da für das Amt für Sicherheit der Bundeswehr an der Spitze des militärischen Abschirmdienstes.

Vielleicht muß man aber noch hinzusetzen - das ist gerade von Herrn Niemetz erwähnt worden - , daß es eine Parlamentarische Kontroll-Kommission gibt. Diese Parlamentarische Kontroll-Kommission beruht auf einem Gesetz von 1978, und in diesem Gesetz sind alle drei Dienste noch einmal zusätzlich erwähnt.

Außerdem - Sie haben das gerade gesagt für den Haushaltsplan. Dieser Haushaltsplan beruht ja auf einem Gesetz des Bundestages. Damit ist auch die gesetzliche Grundlage für diese Institutionen gegeben.

Außerdem ist im sogenannten G 10-Gesetz, auf das wir noch zu sprechen kommen für die sogenannte Telefon und Postverkehrs-Abhörnung - sind ebenfalls die drei Dienste erwähnt. Aber was natürlich vollkommen richtig ist: Die Instrumente, die Aufgaben und Befugnisse – so wie sie für den Verfassungsschutz in einem Gesetz festgelegt sind - sind nicht spezifiziert in gesetzlichen Grundlagen.“

Darauf hin wendet sich Alexander Niemetz an Bundesverfassungsrichter a.D. Martin Hirsch: „Herr Hirsch, auch wenn wir davon ausgehen müssen, daß nur das Bundesamt für Verfassungsschutz gesetzlich auf einer Basis steht, die beiden anderen Dienste nicht, so können wir doch davon ausgehen: An Rechtsstaatsprinzipien sind sie alle drei gebunden. Nun ist es doch so, daß den Gerichten dann eine ganz entscheidende Funktion zukommt²⁷⁷. Aber gerade die Gerichte sind es doch, die in die Lage versetzt werden, daß sie keine Aussagen kriegen²⁷⁸. Wo ist denn da Rechtsstaatlichkeit gewährleistet?²⁷⁹“

Und Martin Hirsch antwortet:



„Ja nun, da muß ich jetzt zwei Vorbemerkungen machen. Zunächst: Nach dem, was ich von meinen drei Nachbarn zur Rechten [Hans Roth, der als „Lehrer und Bundeswehroffizier Hans

²⁷⁷ „Zur Menschenwürde gehört die Freiheit von Furcht. Das aufsehenerregende Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel / Bürger hat Anspruch auf Vernichtung von Verfassungsschutzakten“ aus der Frankfurter Rundschau vom 12.2.1977, sechsspaltiger Artikel auf S. 14; Text auf <http://www.heise.de/tp/foren/S-Hans-Roth-schreibt-Rechtsgeschichte-Frankfurter-Rundschau-vom-12-2-1977/forum-152348/msg-23967794/read/>

²⁷⁸ „Verfassungsschutz steckte Dossier freiwillig in den Reißwolf. Gerichtsverfahren über Vorlage und Vernichtung geheimer Akten über einen Lehramtskandidaten war noch nicht abgeschlossen“, Frankfurter Rundschau vom 13.5.1981 (Titelseite): <http://www.heise.de/tp/foren/S-Dem-Wohle-des-Bundes-oder-eines-deutschen-Landes-FR-13-5-1981-Titelseite/forum-152348/msg-23970814/read/>

²⁷⁹ „DER SPIEGEL 40/1976 und Az. IV/3 E 2422/81 vom 18.11.1982: zu 100 Prozent“: <http://www.heise.de/tp/foren/S-DER-SPIEGEL-40-1976-und-Az-IV-3-E-2422-81-vom-18-11-1982-zu-100-Prozent/forum-152348/msg-26895907/read/>

Roth, verfolgt als Verfassungsfeind“ vorgestellt wurde; Walter Böhm, ehemaliger parlamentarischer Verbindungsmann des **DGB** in Bonn, 1976 als „Super-Spion“ bezeichnet; Helga Schuchardt, Kultursenatorin in Hamburg, FDP, mit 50000 Anderen auf einer Liste „Basiskartei Zersetzung“, weil sie sich gegen eigene Universitäten der **Bundeswehr** ausgesprochen hatte; eigene Anmerkung] gehört habe, **fang’ ich ja an, mich zu schämen, daß ich - jedenfalls nach dem, was mir bekannt ist - , bisher noch auf keiner Liste des Verfassungsschutzes stehe.** (Heiterkeit in der Runde; man hört „Wissen Sie das genau?“ und „Sind Sie da sicher?“ Hans Roth lacht laut.)

Und zweitens möchte ich eine Geschichte erzählen, die typisch ist für Ihre Beurteilung des Ansehens der Dienste: Ich habe vor einigen Monaten eine Veranstaltung in der Universität in Freiburg gehabt, und da gab’s eine sehr angeregte Diskussion zu allen möglichen Themen. Und da hatte ein sehr engagierter CDU-Mann an der Diskussion teilgenommen mit einem ganz vernünftigen Diskussionsbeitrag, der aber nicht allen Leuten in dem Plenum da gefiel. Und dann meldete der sich ganz plötzlich noch einmal, war ganz böse und hat gesagt: ‚Herr Hirsch, ich verwahre mich dagegen, daß ich hier in dieser Veranstaltung beleidigt werde.‘ Da hab’ ich gesagt: ‚Das ist ’ne Schweinerei. Wieso sind Sie denn hier beleidigt worden?‘ Da hat er gesagt: ‚Ja, hier mein Nachbar hat gesagt: Sie gehör’n wohl zum Verfassungsschutz.‘ Und da hab’ ich ihm gesagt: Seit wann ist das eigentlich eine Beleidigung? (Willfried Penner, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium: „Sehr richtig.“)

Ja, das ist also eine sehr typische Bemerkung dieses Mannes, und das muß einem zu denken geben; das ist gar kein Zweifel. Und ich bedauere das sehr; daß wir uns nicht mißverstehen. In Wirklichkeit müßte der Verfassungsschutz für jeden demokratischen Bürger ein Instrument sein, durch das er sich bestärkt fühlt in seiner demokratischen Gesinnung – und wenn das nicht so ist, dann stimmt irgendetwas nicht!“

52. „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ gleicht wie ein Ei der anderen Formel im Osten „Keine Freiheit für die Feinde des Sozialismus“. Hier - meine ich - müssen wir eine andere Qualität ’reinbringen!“

Hans Roth hatte in der Sendung²⁸⁰ gesagt, die Parole „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ widerspräche „elementaren Grundsätzen politischer Demokratie“ und sei „eine totalitäre Parole“. Er „sage das mit um so größerem Nachdruck“, weil er diese Einschätzung „in Frankreich bei den konservativsten Autoren finden“ könne, namentlich bei Raymond Aron.

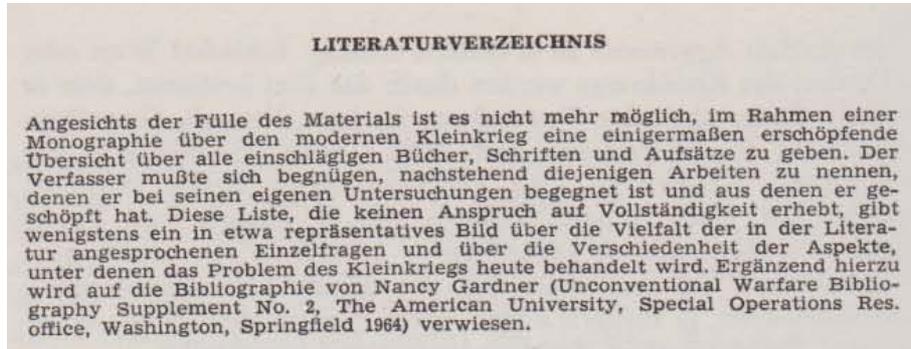
Wie so vieles und so viele kannte ich bis dahin auch Raymond Aron nicht. Wie lächerlich mußte ich mich in den Augen Vieler gemacht haben, als ich den Namen des großen Franzosen falsch geschrieben hatte²⁸¹. Aber als kleines Schüler-Menschlein²⁸² hatte ich ja nichts zu verlieren, sondern war für jede Korrektur und jeden Hinweis dankbar und lernte einfach immer hinzu.

²⁸⁰ „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

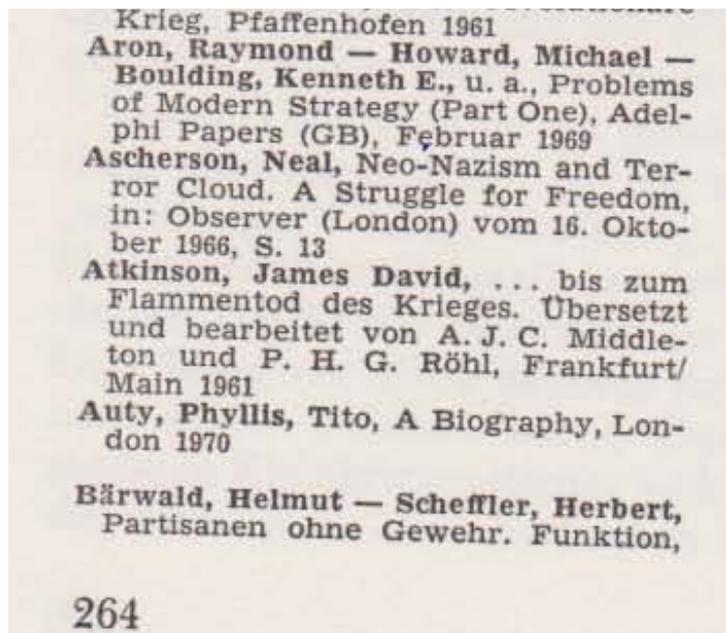
²⁸¹ „Unterschiedliche Logiken und eine Binsenweisheit des Rechtsstaats“: <http://www.heise.de/tp/foren/S-Unterschiedliche-Logiken-und-eine-Binsenweisheit-des-Rechtsstaats/forum-152348/msg-26854039/read/>

²⁸² Marie Veit (Hrsg.): „Stumme können selber reden. Praxisberichte aus dem Religionsunterricht an Haupt- und Sonderschulen. Von Wilma Berkenfeld, Leony Peine und Hans Roth“, Wuppertal 1978; darin „Die ‚besseren Blöden‘ sprechen für sich. Erkenntnisse und Erfahrungen mit Schülern im Hauptschul-Unterricht“ von Hans Roth (S.93-155)

Inzwischen hatte ich Raymond Aron nicht nur auch in DIE ZEIT vom 5.1.1979²⁸³ gefunden („Etwas zögernd, mit dem schon legendären ‚oui, mais ...‘ (ja, aber) macht er dem Interviewer das Zugeständnis, seinen **Standpunkt als liberal** zu bezeichnen: „... aber nur **im Sinne eines militanten Liberalismus**. Denn liberal sein bedeutet **nicht, feige** zu sein. Im Gegenteil, man muß kämpfen“), sondern sogar auch im Literaturverzeichnis



von „Der moderne Kleinkrieg“²⁸⁴ von Hans Roths ehemaligem Professor in Würzburg, Friedrich August Freiherr von der Heydte²⁸⁵:



²⁸³ Mareike Boom: „Ein militanter Liberaler“, in DIE ZEIT Nr. 02 vom 5.1.1979, S. 38:

<http://www.zeit.de/1979/02/ein-militanter-liberaler>

²⁸⁴ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“; Band 3 der „Würzburger Wehrwissenschaftlichen Abhandlungen“, Würzburg 1972 (Holzner), neu aufgelegt Wiesbaden 1986 mit einem Vorwort von Lyndon LaRouche von den „Patrioten für Deutschland“

²⁸⁵ „Angesichts der Fülle des Materials ist es nicht mehr möglich, im Rahmen einer Monographie über den modernen Kleinkrieg eine einigermaßen erschöpfende Übersicht über alle einschlägigen Bücher, Schriften und Aufsätze zu geben. Der Verfasser mußte sich begnügen, nachstehend diejenigen Arbeiten zu nennen, denen er bei seinen eigenen Untersuchungen begegnet ist und aus denen er geschöpft hat. Diese Liste, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, gibt wenigstens ein in etwa repräsentatives Bild über die Vielfalt der in der Literatur angesprochenen Einzelfragen und über die Verschiedenheit der Aspekte, unter denen das Problem des Kleinkriegs heute behandelt wird. Ergänzend hierzu wird auf die Bibliographie von Nancy Gardner (Unconventional Warfare Bibliography Supplement No. 2, The American University, Special Operations Res. Office, Washington, Springfield 1964) verwiesen.“

Ob der Freiherr den Citoyen am 16.2.1984 auch im Fernsehen gesehen hatte? Je mehr ich hörte und las, desto mehr schien mir „Der Freiherr und der Citoyen“ die richtige Wahrnehmung dieses „Falles“. Manchmal schien es mir, als würden sich die beiden immer wieder „durch die Blume“ **persönlich** ansprechen.

Der Professor hatte von „Jugendliche(m) Idealismus“ und „jugendliche(m) Radikalismus“ geschrieben, „der den Dingen ‚bis an die Wurzel‘ nachgehen und ‚Übelstände‘ an der Wurzel packen will“, die sich „beim Studenten mit dem Wunsch (verbinden), sich nicht mit der Theorie ... abfinden zu müssen, sondern Gelerntes und Erkanntes so bald wie möglich zu erproben“²⁸⁶.

Sein ehemaliger Student berief sich nun auf Raymond Aron und sagte: „**Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit’ gleicht wie ein Ei der anderen Formel im Osten**, **Keine Freiheit für die Feinde des Sozialismus’**. Hier - meine ich - müssen wir eine andere Qualität **’reinbringen**.“ (An dieser Stelle entstand Unruhe, und ich konnte nur **Klaus Sterns** „**Nein, nein, nein, nein!**“ verstehen.)

Freiheit oder Sozialismus?



Sozialistenchef Brandt?

SPD-Chef Willy Brandt soll Präsident der Sozialistischen Internationale werden. Einflußreiche europäische Parteifreunde wie Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky und Schwedens abgewählter Premier Olof Palme bedrängen den deutschen Ex-Kanzler, sich Ende November in Genf um die Führung der Dachorganisation von sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien aus 57 Ländern zu bewerben. Schwedens Palme hat eine Kandidatur abgelehnt. Er will lediglich für einen Vize-Präsidenten-Job kandidieren, freilich unter der Bedingung, daß Brandt das Präsidentenamt übernimmt. Der Deutsche zögert noch; er möchte einen Mann an der Spitze der Welt-Sozialisten sehen, der weniger zu tun hat als er. Brandt: „Ich bin mit meiner Arbeit als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands voll ausgelastet.“

288

Bei der Alternative, entweder Freiheit oder Sozialismus – wo blieb denn da die SPD? Die Partei von Otto Wels, die am 23.3.1933 als einzige Partei gegen die Machtübergabe an die Nationalsozialisten stimmte (Ernst Thälmann und viele andere waren schon verhaftet und ihre Mandate für null und nichtig erklärt worden)? Die Partei von Kurt Schumacher, der 12 Jahre im KZ gewesen war? Die Partei von Willy Brandt, der vor den Nazis fliehen mußte und später den Friedensnobelpreis für seine Entspannungspolitik bekommen hatte? Freiheit oder Sozialismus?

„**Sozialist sein heißt** arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammenarbeiten sollen. Friede soll anstelle des Krieges treten, und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Selbstsucht. Das war und ist die Parole der SPD, Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, stand auf dem Plakat von 1946.

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser

²⁸⁶ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „Der moderne Kleinkrieg als wehrpolitisches und militärisches Phänomen“, Würzburg 1972, unter „§3 Offiziere, Priester, Parteifunktionäre, Studenten ...“ auf S. 126

²⁸⁷ http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/Nachkriegsjahre_plakatSPD1946SozialistSeinHeisst/index.html

²⁸⁸ „Sozialistenchef Brandt?“ in DER SPIEGEL 42/1976, S. 18

sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine **gemeinwirtschaftliche Ordnung** soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.²⁸⁹

So weit waren die Parteien doch gar nicht auseinander. Das eben zitierte **Ahlener Programm** der CDU von 1947 könnte auch ein Sozialdemokrat geschrieben haben. Wie kam es dann dazu, daß eine Partei sich „**christlich**“ nannte? Waren Sozialisten keine Christen? Durften „Christen“ keine „Sozialisten“ sein? War das die „Freiheit eines Christenmenschen“? „Freiheit oder Sozialismus“?



290

Wie vertrug sich diese „Alternative“ mit Meinungs- und Religionsfreiheit? „Christen“ mußten „rechts“ sein und wollten „Linke“ schlagen? Wie mag jemand über „Sozialisten“ denken, wenn eine solche „Parole“ ausgegeben wird? Und wie behandelt man dann Menschen, die sich „(libertäre) Sozialisten“ nennen und womöglich auch noch Lehrer werden wollen („Unter den Multiplikatoren öffentlicher Meinung haben Journalisten und Lehrkräfte jeder Art als Einflußagenten der Guerilleros von morgen eine besondere Bedeutung“²⁹¹)?

War das „der freie Westen“? War das die „Verfassungswirklichkeit“ von Art. 1, 3, 5 und 33? Was für ein Realität, **was für ein Rechtsstaat war das**, als der Verfassungsrechtler Klaus Stern über den **MAD** sowie den **BND**, also den militärischen sowie den größten deutschen Geheimdienst, sagte, „**Die Instrumente, die Aufgaben und Befugnisse ... sind nicht spezifiziert in gesetzlichen Grundlagen**“?

Und heute, im Zeitalter Edward Snowdens? Hatte sich Entscheidendes geändert in der Frage „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“ Die Sendung „Anne Will“ vom 13.5.2013 mit dem Titel „Ausspähen unter Freunden geht doch! Wie glaubwürdig ist Angela Merkel noch?“²⁹² sprach Bände, als Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sagte:

²⁸⁹ Programmatische Erklärung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone auf der Tagung vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen; <http://www.kas.de/wf/de/33.813/>

²⁹⁰ CDU-Wahlplakat 1976

²⁹¹ a.a.O., S. 149

²⁹² <http://media.ndr.de/download/podcasts/annewill966/AU-20150518-1223-1042.mp3>

„Die Frage ist: Was ist hier ‚bestes Wissen‘ und ‚bestes Gewissen‘? Es geht ja darum: Was sind die Fakten? Ich bin damals noch als Justizminister im Kabinett noch davon ausgegangen, ... Es wäre das erste Abkommen überhaupt, das es dann gegeben hätte mit Deutschland, und da wollte man dann auch gar keinen Präzedenzfall schaffen“.

Und Georg Mascolo, Leiter der Recherche Kooperation von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung: „Nichts von dem, was da ... verkündet worden ist, hat gestimmt.“

Hans-Christian Ströbele: „Ich sehe mich von den Bundesregierung – und zwar von den verschiedenen Bundesregierungen verschiedener Couleur, muss man sagen, weil das ja über viele Jahre ging, auch falsch informiert, reingelegt und irregeleitet.“²⁹³

Martin Hirsch: „Und das ist das Unverständliche, daß die jeweilige Regierung – ich dreh‘ die Hand nicht um; ganz egal, wer regiert – mit allen Mitteln immer verhindern, daß diese Sache in Ordnung gebracht wird. Das ist nämlich das Kernproblem.“²⁹⁴

Hans Roth: „Ich möchte eine politische Diskussion jetzt politisch führen. Nachdem ich ja auch einiges anerkennen mußte als Argument, würde ich jetzt gern einem Argument widersprechen, das mir ein Geheimdienst-Argument zu sein scheint.“

Warum muß ein Prozeß so skandalös lange dauern? Martin Hirsch am 16.2.1984: „Von der menschlichen Seite ist das natürlich eine furchtbare Sache. Es kann jedem von uns passieren, daß er in falschen Verdacht gerät; das muß gar nicht mit Verfassungsschutz zusammenhängen – jedem von uns kann das passieren. ... Aber natürlich müßte ein Staat, der völlig in Ordnung ist, dafür sorgen, daß ein solcher Verdacht, wenn er unberechtigt ist, so schnell wie möglich ausgeräumt wird.“

Was für ein alter – und was für ein brennend aktueller „Fall“ ist der „Fall“ Hans Roth, der – im Unterschied zu seinem Professor – niemals „fallen“ wollte.²⁹⁵

Es war der 18.10.2015, und ich schrieb zum letzten Mal im Internet die folgenden Zeilen:

„Bitte unterstützen Sie meine Petition für Hans Roth (Internetseite der gew-hessen.de > aktuell > themen > berufsverbote)! Ein kurzer Brief per Post (62 Cent für die Demokratie) an den Petitionsausschuß genügt:

„Deutschen Bundestag

Petitionsausschuß

Platz der Republik

11011 Berlin

Hiermit zeichne ich die Petition Nr. Pet 1-18-06-12-000067 von Nadja Thelen-Khoder für Hans Roth mit.

(Name, Adresse, Ort, Datum und Unterschrift)‘

Voller Glauben, Liebe und Hoffnung

Nadja Thelen-Khoder“²⁹⁶

²⁹³ Ulrich Chaussys: „Geheimarmee ‚stay behind‘. Der Staat als Pate des Terrors?“, Feature, gesendet am 5.10.2014 auf WDR 5, 11:05 Uhr

²⁹⁴ „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984

²⁹⁵ Friedrich August Freiherr von der Heydte: „‚Muß ich sterben, will ich fallen...‘. Ein ‚Zeitzeuge‘ erinnert sich“ Berg am See 1987 (Vowinckel)

²⁹⁶ „Wofür sich ein Bundesverfassungsrichter öffentlich zu schämen beginnt“: <http://www.heise.de/tp/foren/S-Wofuer-sich-ein-Bundesverfassungsrichter-oeffentlich-zu-schaemen-beginnt/forum-152348/msg-26987759/read/>

53. „Der von den Fraktionen DIE LINKE. und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, ist mehrheitlich abgelehnt worden.“

Und dann passierte etwas Schlimmes: In meinem Briefkasten lag ein Umschlag mit folgendem Inhalt:

„Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Die Vorsitzende
Frau

Nadja Thelen-Khoder
(Adresse)

Berlin, 19. Oktober 2015

Bezug: Ihre Eingabe vom

18. November 2013; Pet 1-18-06-12-000067

Anlagen: 1

Kersten Steinke, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

(Telefon)

(Fax)

vorzimmer.peta@bundestag.de



Sehr geehrte Frau Thelen-Khoder,
der Deutsche Bundestag hat Ihre Petition für Herrn Hans Roth beraten und am 15. Oktober 2015 beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

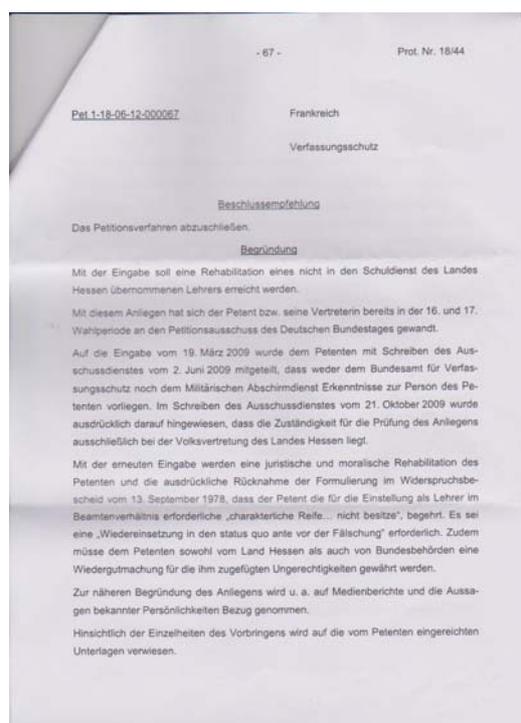
Er folgt damit der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (BT-Drucksache 18/6212), dessen Begründung beigefügt ist.

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages ist das Petitionsverfahren beendet.

Mit freundlichen Grüßen

Kersten Steinke

Seite 2:



Prot. Nr. 18/44

- 67 -

Pet 1-18-06-12-000067

Frankreich

Verfassungsschutz

Beschlussempfehlung

Das Petitionsverfahren ist abzuschließen.

Begründung

Mit der Eingabe soll eine Rehabilitation eines nicht in den Schuldienst des Landes Hessen übernommenen Lehrers erreicht werden.

Mit diesem Anliegen hat sich der Petent bzw. seine Vertreterin bereits in der 16. und 17. Wahlperiode an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gewandt.

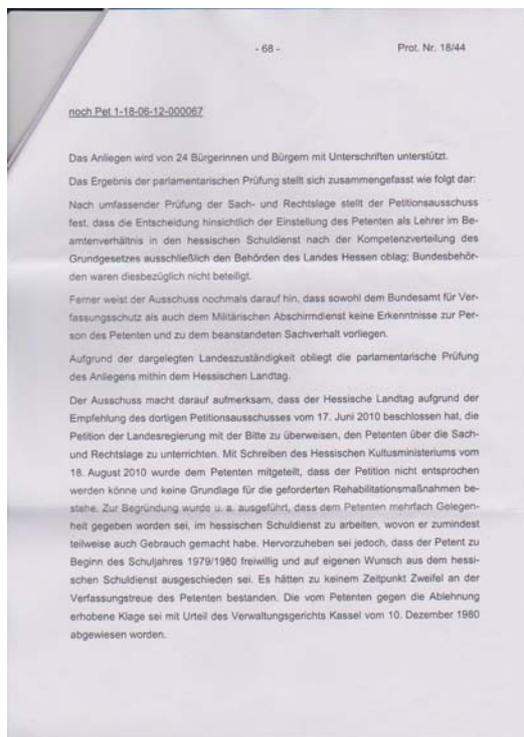
Auf die Eingabe vom 19. März 2009 wurde dem Petenten mit Schreiben des Ausschussdienstes vom 2. Juni 2009 mitgeteilt, dass weder dem Bundesamt für Verfassungsschutz noch dem Militärischen Abschirmdienst Erkenntnisse zur Person des Petenten vorliegen. Im Schreiben des Ausschussdienstes vom 21. Oktober 2009 wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit für die Prüfung des Anliegens ausschließlich bei der Volksvertretung des Landes Hessen liegt.

Mit der erneuten Eingabe werden eine juristische und moralische Rehabilitation des Petenten und die ausdrückliche Rücknahme der Formulierung im Widerspruchsbescheid vom 13. September 1978, dass der Petent die für die Einstellung als Lehrer im Beamtenverhältnis erforderliche „charakterliche Reife ... nicht besitze“, begehrt. Es sei eine „Wiedereinsetzung in den status quo ante vor der Fälschung“ erforderlich. Zudem müsse dem Petenten sowohl vom Land Hessen als auch von den Bundesbehörden eine Wiedergutmachung für die ihm zugefügten Ungerechtigkeiten gewährt werden.

Zur näheren Begründung des Anliegens wird u.a. auf Medienberichte und die Aussagen bekannter Persönlichkeiten Bezug genommen.

Hinsichtlich der Einzelheiten des Vorbringens wird auf die vom Petenten eingereichten Unterlagen hingewiesen.

Seite 3:



Prot. Nr. 18/44

- 68 -

noch Pet 1-18-06-12-000067

Das Anliegen wird von 24 Bürgerinnen und Bürgern mit Unterschriften unterstützt.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich zusammengefasst wie folgt dar:

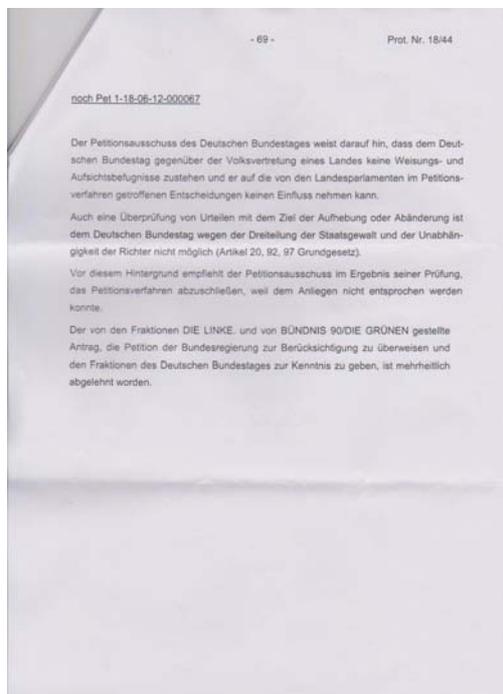
Nach umfassender Prüfung der Sach- und Rechtslage stellt der Petitionsausschuss fest, dass die Entscheidung hinsichtlich der Einstellung des Petenten als Lehrer im Beamtenverhältnis in den hessischen Schuldienst nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes ausschließlich den Behörden des Landes Hessen oblag; Bundesbehörden waren diesbezüglich nicht beteiligt.

Ferner weist der Ausschuss nochmals darauf hin, dass sowohl dem Bundesamt für Verfassungsschutz als auch dem Militärischen Abschirmdienst keine Erkenntnisse zur Person des Petenten und zu dem beanstandeten Sachverhalt vorliegen.

Aufgrund der dargelegten Landeszuständigkeit obliegt die parlamentarische Prüfung des Anliegens mithin dem Hessischen Landtag.

Der Ausschuss macht darauf aufmerksam, dass der Hessische Landtag aufgrund der Empfehlung des dortigen Petitionsausschusses vom 17. Juni 2010 beschlossen hat, die Petition der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Mit Schreiben des Hessischen Kultusministeriums vom 18. August 2010 wurde dem Petenten mitgeteilt, dass der Petition nicht entsprochen werden könne und keine Grundlage für die geforderten Rehabilitationsmaßnahmen bestehe. Zur Begründung wurde u.a. ausgeführt, dass dem Petenten mehrfach Gelegenheit gegeben worden sei, im hessischen Schuldienst zu arbeiten, wovon er zumindest teilweise auch Gebrauch gemacht habe. Hervorzuheben sei jedoch, dass der Petent zu Beginn des Schuljahres 1979/1980 freiwillig und auf eigenen Wunsch aus dem hessischen Schuldienst ausgeschieden sei. Es hätten zu keinem Zeitpunkt Zweifel an der Verfassungstreue des Petenten bestanden. Die vom Petenten gegen die Ablehnung erhobene Klage sei mit Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 10. Dezember 1980 abgewiesen worden.

Seite 4:



Prot. Nr. 18/44

- 69 -

noch Pet 1-18-06-12-000067

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages weist darauf hin, dass dem deutschen Bundestag gegenüber der Volksvertretung eines Landes keine Weisungs- und Aufsichtsbefugnisse zustehen und er auf die von den Landesparlamenten im Petitionsverfahren getroffenen Entscheidungen keinen Einfluss nehmen kann.

Auch eine Überprüfung von Urteilen mit dem Ziel der Aufhebung oder Abänderung ist dem Deutschen Bundestag wegen der Dreiteilung der Staatsgewalt und der Unabhängigkeit der Richter nicht möglich (Artikel 20, 92, 97 Grundgesetz).

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss im Ergebnis seiner Prüfung, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Der von den Fraktionen DIE LINKE. und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und den

Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, ist mehrheitlich abgelehnt worden.“

Etwas Schlimmes war passiert: Vor meinen Augen war eine riesige, schöne, bunte Seifenblase zerplatzt - etwas, das ich bis jetzt meine Republik und einen Rechtsstaat genannt hatte. Aber diese Republik hatte es wohl nie gegeben. Also hielt ich weiter an etwas fest, das es nie gegeben hat, einfach, weil ich sie lieb(t)e: an meiner schönen Republik. Denn drei Aussagen waren für mich bindend:

1.

Prof. Dr. Alfred Grosser:

„Ich hätte nie gedacht, daß ein Berufsverbot ein Leben lang dauern kann, daß man nicht seinen Beruf ausüben darf, dass man seine beruflichen Einnahmen überhaupt nicht mehr bekommt. ... Er hat keinen Pfennig bekommen von der deutschen, von der hessischen Regierung. An sich stünde ihm enorme Entschädigung zu!“²⁹⁷

2.

Bundesinnenminister a.D. Gerhart Baum:

„Die wichtigste Pflicht des Landes Hessen wäre ihn moralisch zu rehabilitieren. Ihm zu sagen, daß er keinen Grund gegeben hat, ihn als Lehrer abzuweisen.“²⁹⁸ (in „Report Mainz“, 1.12.2008)

3.

Bundesverfassungsrichter a.D. Martin Hirsch:

„Von der menschlichen Seite ist das natürlich eine furchtbare Sache. Es kann jedem von uns passieren, daß er in falschen Verdacht gerät; das muß gar nicht mit Verfassungsschutz zusammenhängen – jedem von uns kann das passieren. Aber natürlich müßte ein Staat, der völlig in Ordnung ist, dafür sorgen, daß ein solcher Verdacht, wenn er unberechtigt ist, so schnell wie möglich ausgeräumt wird. Und daß jemand wie Herr Roth oder auch Herr Böhm, ..., wo das furchtbar viel Leid verursacht hat: daß das in diesen Fällen so lange dauert, das ist ein Minuspunkt für diesen unseren Staat. Gar kein Zweifel!

Und es wär' des Schweißes aller Edlen wert - ganz egal, wie sie sonst politisch denken – ... daß dann wenigstens solche Pannen so schnell wie möglich bereinigt werden; da sind wir uns sicher einig!“²⁹⁹

„Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“

Der Freiherr und der Citoyen. Die Geschichte ging also weiter ...

²⁹⁷ Sendung von „Report Mainz“ vom 1.12.2008 als Video mit Sendemanuskript auf <http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=4124472/pv=video/gp1=4248512/nid=233454/1nob9as/index.html>

²⁹⁸ a.a.O.

²⁹⁹ „Geheimdienste: Wer kontrolliert wen?“, ZDF, „5 nach 10“ vom 16.2.1984